
Einblick 2018

Über die RBI

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	6
Vorstand der RBI	8
Bericht des Aufsichtsrats	10
Raiffeisen im Überblick	14
Strategie der RBI	16
RBI auf dem Kapitalmarkt	17
Corporate-Governance-Bericht	21
Human Resources	40

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	44
Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr	48
Ergebnis- und Finanzentwicklung	50
Bilanz	55
Forschung und Entwicklung	57
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	58
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	61
Risikomanagement	63
Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht	63
Ausblick	64
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	65

Segmentberichte

Segmentüberblick	68
Entwicklung der Segmente	69

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	87
Bilanz	90
Eigenkapitalveränderungsrechnung	91
Kapitalflussrechnung	93
Segmentberichterstattung	95
Anhang	102
Risikobericht	180
Bestätigungsvermerk	268

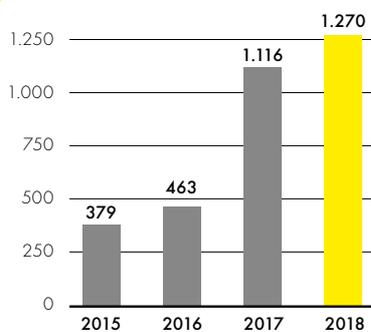
Service

Glossar	278
Alternative Leistungskennzahlen (APM)	278
Adressen	280
Impressum	282

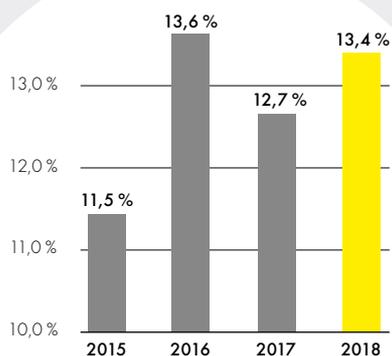
RBI im Überblick

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI) betrachtet Österreich, wo sie als führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 13 Märkte der CEE-Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung und M&A.

47.000
MITARBEITER



Konzernergebnis
in € Millionen



Common Equity Tier 1 Ratio
(fully loaded)

MEHR ALS
30 JAHRE
ERFAHRUNG IM
BANKGESCHÄFT
IN CEE

16,1
MILLIONEN
KUNDEN

2.159
GESCHÄFTS-
STELLEN

Überblick – Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2018	2017	Veränderung	2016	2015	2014
Erfolgsrechnung	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Zinsüberschuss	3.362	3.225	4,2%	2.935	3.327	3.789
Provisionsüberschuss	1.791	1.719	4,2%	1.497	1.519	1.586
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	17	35	-52,4%	215	16	-30
Verwaltungsaufwendungen	-3.048	-3.011	1,2%	-2.848	-2.914	-3.024
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-166	-312	-46,9%	-754	-1.264	-1.750
Ergebnis vor Steuern	1.753	1.612	8,8%	886	711	-105
Ergebnis nach Steuern	1.398	1.246	12,2%	574	435	-587
Konzernergebnis	1.270	1.116	13,8%	463	379	-617
Bilanz	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.
Forderungen an Kreditinstitute	9.998	10.741	-6,9%	9.900	10.837	15.573
Forderungen an Kunden	80.866	77.745	4,0%	70.514	69.921	77.925
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.980	22.378	7,2%	12.816	16.369	22.408
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87.038	84.974	2,4%	71.538	68.991	66.094
Eigenkapital	12.413	11.241	10,4%	9.232	8.501	8.178
Bilanzsumme	140.115	135.146	3,7%	111.864	114.427	121.500
Kennzahlen	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Return on Equity vor Steuern	16,3%	16,2%	0,1 PP	10,3%	8,5%	-
Return on Equity nach Steuern	12,7%	12,5%	0,2 PP	6,7%	5,2%	-
Konzern-Return-on-Equity	12,6%	12,2%	0,4 PP	5,8%	4,8%	-
Cost/Income Ratio	57,5%	59,1%	-1,5 PP	60,7%	59,1%	56,5%
Return on Assets vor Steuern	1,33%	1,23%	0,10 PP	0,79%	0,60%	-
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,50%	2,48%	0,03 PP	2,78%	3,00%	3,24%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,21%	0,41%	-0,20 PP	1,05%	1,64%	2,17%
Bankspezifische Kennzahlen	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.
NPL Ratio (Nichtbanken)	3,8%	5,7%	-1,9 PP	9,2%	11,9%	11,4%
NPE Ratio ¹	2,6%	4,0%	-1,3 PP	-	-	-
NPL Coverage Ratio (Nichtbanken)	77,6%	67,0%	10,6 PP	75,6%	71,3%	67,5%
NPE Coverage Ratio ¹	58,3%	56,1%	2,1 PP	-	-	-
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	72.672	71.902	1,1%	60.061	63.272	68.721
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,4%	12,7%	0,6 PP	13,6%	11,5%	10,0%
Tier 1 Ratio (fully loaded)	14,9%	13,6%	1,3 PP	13,6%	11,5%	10,1%
Eigenmittelquote (fully loaded)	18,2%	17,8%	0,3 PP	18,9%	16,8%	15,1%
Aktienkennzahlen	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Ergebnis je Aktie in €	3,68	3,34	10,2%	1,58	1,30	-2,17
Schlusskurs in € (31.12.)	22,20	30,20	-26,5%	17,38	13,61	12,54
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	35,32	30,72	15,0%	18,29	15,69	31,27
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	21,30	17,67	20,6%	10,21	9,01	11,51
Anzahl der Aktien in Millionen (31.12.)	328,94	328,94	0,0%	292,98	292,98	292,98
Marktkapitalisierung in € Millionen (31.12.)	7.302	9.934	-26,5%	5.092	3.986	3.672
Dividende je Aktie in €	0,93	0,62	50,0%	-	-	-
Ressourcen	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	47.079	49.700	-5,3%	48.556	51.492	54.730
Geschäftsstellen	2.159	2.409	-10,4%	2.506	2.705	2.866
Kunden in Millionen	16,1	16,5	-2,6%	14,1	14,9	14,8

¹ Basierend auf der IFRS-9-bedingten Definitionsänderung in der EBA-Richtlinie (FINREP ANNEX III REV1/FINREP ANNEX V) sind Einlagen bei Zentralbanken und Sichteinlagen für die Berechnung der NPE Ratio zu berücksichtigen. Die Vergleichsperiode 2017 wurde entsprechend angepasst.

Seit Jänner 2017 ist das von der Raiffeisen Zentralbank AG eingebrachte Geschäft in der RBI vollständig enthalten. Mit Raiffeisen Bank International (RBI) wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet.

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Zusätzlich zur Einführung von IFRS 9 hat die RBI auch ihr Bilanzbild und in Teilbereichen die Erfolgsrechnung verändert. Diese folgen nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP). Diese Umstellung erforderte eine Adaptierung der Werte der Vergleichsperiode 2017 und des Vergleichsstichtags 31. Dezember 2017. Die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden ist nur bedingt gegeben.

Über die RBI

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	6
Vorstand der RBI	8
Bericht des Aufsichtsrats	10
Raiffeisen im Überblick	14
Strategie der RBI	16
RBI auf dem Kapitalmarkt	17
Corporate-Governance-Bericht	21
Human Resources	40

„Das beste Jahr unserer Geschichte.“

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Johann Strobl

Die RBI hat 2018 ein hervorragendes Geschäftsergebnis erzielt. Was sind die Gründe für diesen Erfolg?

Mit einem Konzernergebnis von 1,27 Milliarden Euro war 2018 sogar das beste Jahr in der Geschichte unserer Bank. Sehr erfreulich dabei: Alle unsere Netzwerkbanken schreiben Gewinne. Haupttreiber für das sehr gute Ergebnis war die Entwicklung der Risikokosten. Hier haben wir von der sehr guten Konjunktorentwicklung in Zentral- und Osteuropa profitiert, aber gleichzeitig auch aktiv daran gearbeitet, unser Risikoprofil weiter zu verbessern. Diese Maßnahmen tragen nun Früchte. Unsere NPL Ratio ist 2018 deutlich gesunken und beträgt nur noch 3,8 Prozent – im Jahr 2015 waren es noch 12 Prozent. Zufrieden bin ich aber auch mit unseren Erträgen: Wir konnten in einem nach wie vor sehr schwierigen Zinsumfeld unsere Betriebserträge im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent steigern.

An welchen Stellen gibt es noch Verbesserungsbedarf?

Den sehe ich weiterhin auf der Kostenseite. Wir haben 2018 zwar eine Cost/Income Ratio von 57,5 Prozent erreicht und damit den Wert des Vorjahres unterboten, doch wir spüren einen Kostenauftrieb, der von Lohninflation in einigen unserer Märkte sowie Investitionen in die digitale Transformation der RBI ausgeht. Wir werden aktiv gegensteuern, um unser Ziel für die Cost/Income Ratio mittelfristig zu erreichen, ohne dabei an den notwendigen Investitionen zu sparen. Wir dürfen uns jedenfalls nicht auf dem sehr guten Ergebnis des vergangenen Jahres ausruhen. Denn es werden auch wieder Zeiten kommen, in denen die Konjunktur schlechter läuft. Und auch dann möchten wir gute Ergebnisse erzielen.

Im Gegensatz zum sehr guten Ergebnis werden Sie mit der Entwicklung Ihres Aktienkurses im abgelaufenen Jahr kaum zufrieden sein. Was sind die Gründe für die schwache Kursentwicklung?

Leider war 2018 für viele österreichische Aktien ein schwieriges Jahr. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass der ATX im Jahresverlauf 20 Prozent eingebüßt hat. Die Gründe dafür liegen zu einem guten Teil im internationalen Umfeld, vom Handelsstreit zwischen den USA und China bzw. Europa über die Unklarheiten beim Brexit bis hin zum Haushaltsstreit Italiens mit der EU. Eine große Rolle spielt für unsere Aktie nach wie vor auch die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Russland.

Für wie kritisch halten Sie die Sanktionen?

Wenn wir mit Investoren und Analysten reden, steht das Thema Russland meistens sehr weit oben auf der Agenda, da Russland ein wichtiger Markt für die RBI ist – und auch bleiben wird. Mir ist es wichtig, in diesen Gesprächen klar zwischen den administrativen und den ökonomischen Auswirkungen der Sanktionen zu unterscheiden. Die Russlandsanktionen verursachen einen höheren administrativen Aufwand, den wir natürlich auf uns nehmen, weil wir ja keinesfalls gegen die Sanktionen verstoßen wollen. Ökonomisch betrachtet sind die Folgen der Sanktionen für uns gering. Unsere russische Tochterbank betreut 2,8 Millionen Kunden in einem sehr großen Markt. Dem steht eine überschaubare Zahl von Privatpersonen und Unternehmen gegenüber, die auf Sanktionslisten stehen. Diese Relation wird meiner Meinung nach zu wenig beachtet. In Russland haben wir im vergangenen Jahr trotz der Sanktionen und des eher schwachen russischen Wirtschaftswachstums immerhin ein Ergebnis von 455 Millionen Euro nach Steuern erwirtschaftet.

Die Aktionäre schauen zum einen auf die Kursentwicklung, zum anderen natürlich auf die Dividende. Gibt es hier eine erfreulichere Entwicklung als beim Aktienkurs?

Ja, die gibt es. Wir haben im vergangenen Jahr unsere Dividendenzahlungen wieder aufgenommen und für das Geschäftsjahr 2017 eine Dividende von 0,62 Euro pro Aktie ausgeschüttet. Dank unseres sehr guten Ergebnisses können wir der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2018 nun eine weitere Ausschüttung von 0,93 Euro pro Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Erhöhung der Dividende um 50 Prozent und einer Ausschüttungsquote von 24 Prozent.

Welche Ereignisse waren aus Ihrer Sicht neben der guten Geschäftsentwicklung im vergangenen Jahr besonders wichtig für die RBI?

Wir konnten im vergangenen Jahr einige sehr wichtige Projekte erfolgreich abschließen. Im Jänner 2018 haben wir zum Beispiel zusätzliches Kernkapital mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von 500 Millionen Euro zu günstigen Konditionen platziert und damit einen wesentlichen Schritt zur Optimierung der Kapitalstruktur der RBI gemacht. Im Juni folgte die Emission eines Green Bonds ebenfalls im Volumen von 500 Millionen Euro. Damit waren wir die erste österreichische Bank, die eine Benchmark-Emission in diesem Anlagensegment durchgeführt hat. Das ist in zweifacher Hinsicht positiv: Mit unserem Green Bond konnten wir die kontinuierlich wachsende Nachfrage nach grünen Investmentmöglichkeiten bedienen und gleichzeitig nachhaltige Projekte in unserem Heimmarkt CEE finanzieren. Ende Oktober haben wir dann noch den im April 2018 vereinbarten Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska an die BGZ BNP Paribas abgeschlossen. Der Verkauf hatte einen positiven Effekt von rund 85 Basispunkten auf unsere CET1 Ratio.

Und wie werden Sie dieses zusätzliche Kapital verwenden?

Wir möchten damit unsere Marktposition in strategisch relevanten Märkten stärken. Das kann organisches Wachstum bedeuten, aber auch die Akquisition von Portfolios oder kleinen Banken, wenn sich die richtige Gelegenheit ergibt und der Preis stimmt.

Zurzeit findet in einigen CEE-Ländern eine Konsolidierung des Bankensektors statt, an der wir uns aktiv beteiligen möchten.

Welche Länder sind für Sie im Moment relevant?

Besonders interessant sind für uns Tschechien, die Slowakei, Serbien und Bulgarien. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht auch in anderen CEE-Ländern wachsen möchten. Rumänien müssen wir neu bewerten.

Digitalisierung ist das große Thema für alle Banken. Wie stellt sich die RBI hier auf?

Wir gehen dieses Thema sehr strukturiert an. Dabei gilt: Der Kunde muss immer im Zentrum unseres Handelns stehen. Wir wollen eine Bank sein, die kontinuierlich Innovationen hervorbringt und daraus ein erstklassiges Kundenerlebnis gestaltet. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir uns künftig auch anderen Formen des Arbeitens öffnen. Dazu setzen wir einerseits auf die Zusammenarbeit mit jungen, innovativen Unternehmen. Mit Elevator Lab haben wir etwa das größte Fintech-Accelerator-Programm in CEE ins Leben gerufen, aus dem bereits erste innovative Produktlösungen hervorgegangen sind. Nun geht es schon in die zweite Runde. Zudem haben wir seit 2018 mit unserer Venture-Capital-Gesellschaft Elevator Ventures die Möglichkeit, uns direkt an ausgewählten Fintechs zu beteiligen und so von deren Wachstum und neuen Ideen zu profitieren. Parallel dazu wollen wir andererseits die Kreativität unserer Mitarbeiter noch stärker nutzen. Dazu haben wir im vergangenen Jahr ein konzernweites Intrapreneurship-Programm namens Innovation Garden gestartet, mit dessen Hilfe wir alle Mitarbeiter systematisch in den Ideenfindungsprozess miteinbeziehen können.

Wie sieht das in der Praxis aus?

Wir müssen in flexiblen Teams arbeiten statt in abgeschotteten Silos. Wir wollen Verantwortung delegieren, statt in alten Hierarchien zu denken. Wir wollen kleine, flexible Teams bilden statt riesiger Projektgruppen mit wenig Überblick. Wir müssen also zu einem agilen Unternehmen werden. Denn nur dann können wir eine Bank sein, die ihre Kunden kontinuierlich mit innovativen Lösungen begeistert. Innerhalb dieses Rahmens müssen wir natürlich konkrete Produkte entwickeln. Das Engagement unserer Mitarbeiter ist jedenfalls überwältigend, und ihnen gebührt dafür – ebenso wie für die insgesamt hervorragende und erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr – unser großer Dank.

Sie fürchten sich also nicht vor dem digitalen Wandel?

Im Gegenteil, ich sehe ihn als Chance, effizienter zu werden und noch besser auf die Wünsche unserer Kunden einzugehen. Wir haben schon heute umfangreiches digitales Know-how in unserem Netzwerk, beispielsweise in unseren Tochterbanken in der Slowakei oder in Russland. Unsere wichtigste Aufgabe besteht nun darin, Innovationen aus den verschiedenen Netzwerkbanken im ganzen Konzern verfügbar zu machen.

Seit 2018 sind zwei Vorstände neu an Bord, die aus Netzwerkbanken der RBI kommen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit?

Äußerst angenehm und fruchtbar. Unser Vorstandsteam ist durch die Bestellung der neuen Kollegen jünger und internationaler geworden. Die beiden bringen nicht nur exzellentes Fachwissen und viel Managementenerfahrung, sondern vor allem auch ein tiefes Verständnis unserer Märkte in CEE mit. Lukasz Januszewski, der die Bereiche Investment Banking und Markets verantwortet, hat in Polen als Mitglied des Vorstands sehr erfolgreich unser dortiges Kapitalmarktgeschäft aufgebaut. Andrii Stepanenko, unser Vorstand für das Retail-Geschäft, war zuvor als stellvertretender Vorstandsvorsitzender für das Retail-Geschäft in Russland verantwortlich, das sich unter seiner Führung hervorragend entwickelt hat. Das bedeutet beste Voraussetzungen für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Sie blicken also optimistisch in die Zukunft?

Wir bewegen uns derzeit in einem durchaus herausfordernden wirtschaftlichen und politischen Umfeld. Die zuletzt etwas eingetübten Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft, der nach wie vor unklare Ausgang des Brexit oder die weiter schwelenden geopolitischen Spannungen sind nur einige Beispiele dafür. Diesen Entwicklungen können wir uns natürlich nicht vollständig entziehen. Wir haben uns aber durch eine Reihe von Maßnahmen – etwa die Stärkung unserer Kapitalbasis, die Flexibilisierung unserer Unternehmensorganisation oder unsere Digitalisierungsstrategie – gut aufgestellt, um auch diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Deshalb sind wir sehr zuversichtlich, unseren profitablen Wachstumskurs auch weiterhin fortsetzen zu können.



Vorstand der RBI



Dr. Johann Strobl

Chairman's Office
 Group Communications
 Group Compliance¹
 Group Executive Office
 Group Governmental &
 Public Affairs
 Group Human Resources
 Group Internal Audit¹

Group Marketing
 Group Participations
 Group Regulatory Affairs
 Group Strategy & Innovation
 Group Sustainability Management
 International Banking Units
 Legal Services²



Mag. Martin Grill

Active Credit Management
 Group Investor Relations
 Group Planning & Finance
 Group Tax Management
 Group Treasury



Mag. Andreas Gschwenter

COO Strategy, Governance & Change
 Group Efficiency Management
 Group IT
 Group Procurement, Cost & Real Estate Management
 Group Project Portfolio & Security
 Head Office Operations

¹ Berichtet an den Gesamtvorstand und Aufsichtsrat

² Datenschutzbeauftragter der RBI und ihrer österreichischen Tochterunternehmen berichtet direkt an den Vorstand
 Stand: 31.12.2018



Lic. Mgr. Lukasz Januszewski

Group Business Management & Development
 Group Capital Markets
 Group Competence Center for Capital Markets Corporate & Retail Sales
 Group Investment Banking
 Institutional Clients
 Raiffeisen Research



Mag. Peter Lennkh

Corporate Customers
 Corporate Finance
 Group Corporate Business Strategy & Steering
 International Leasing Steering & Product Management
 Trade Finance & Transaction Banking



Dr. Hannes Mösenbacher

Financial Institutions, Country & Portfolio Risk Management
 Group Corporate Credit Management
 Group Risk Controlling
 Group Special Exposures Management
 International Retail Risk Management
 Sector Risk Controlling Services



Dr. Andrii Stepanenko

Group Asset Management (via RCM)	International Retail CRM
International Business Management & Steering	International Retail Lending
International Mass Banking, Sales & Distribution	International Retail Online Banking
International Premium & Private Banking	International Small Business Banking

Bericht des Aufsichtsrats

Rückblick und Ergebnisentwicklung

Das Geschäftsjahr 2018 war ein äußerst erfolgreiches für die RBI. Getragen von einer guten Konjunktorentwicklung in Österreich und einer teils starken wirtschaftlichen Dynamik in den Kernmärkten konnte die RBI ihre für 2018 gesteckten Ziele erfüllen bzw. sogar übertreffen. Dieser Erfolg lässt sich an den Finanzkennzahlen ablesen. Neben einem sehr erfreulichen Konzernergebnis von € 1.270 Millionen baute die RBI einerseits ihre Kapitalausstattung im harten Kernkapital und im zusätzlichen Kernkapital (AT1) signifikant aus und reduzierte andererseits den Anteil an notleidenden Krediten von 5,7 Prozent auf 3,8 Prozent. Gleichzeitig verbesserte sich das Betriebsergebnis um 4 Prozent, bei einem vergleichsweise moderaten Anstieg der Verwaltungsaufwendungen von 1,2 Prozent. Mit diesem Geschäftsergebnis stellte die RBI abermals ihre führende Rolle als Universalbank in CEE sowie als Kommerz- und Investmentbank in Österreich unter Beweis.

Im Jahresverlauf wurde der Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska erfolgreich abgeschlossen, der den Abschluss des 2015 beschlossenen Transformationsprogramms markiert. Der Verkauf wirkte sich zwar negativ auf das Jahresergebnis aus, jedoch ergab sich ein positiver Effekt von rund 85 Basispunkten auf die CET1-Quote. Aus strategischer Sicht ist der Verkauf für die RBI bedeutsam, um künftig den Fokus verstärkt auf das Wachstum in ausgewählten Kernmärkten legen sowie den Ausbau der Marktpositionen in den einzelnen Märkten sicherstellen zu können. Diesen Wachstumskurs hat die RBI bereits 2018 eingeleitet, wie sich nicht zuletzt am gestiegenen Kreditvolumen erkennen lässt. Der Vorstand und der Aufsichtsrat legen hier besonderen Wert auf ein nachhaltiges und kontinuierliches Wachstum bei einem gleichzeitig umsichtigen und vorausschauenden Risikomanagement.

Allerdings war 2018 wieder von herausfordernden geopolitischen Entwicklungen und den daraus resultierenden Marktunsicherheiten geprägt. Insbesondere die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland seitens der USA verunsicherte viele Investoren, was den Aktienkurs der RBI ungeachtet des guten Konzernergebnisses schwächte. Zudem wurde in Rumänien kurz vor Jahresende 2018 in einem Eilverfahren per Dekret ein fiskalpolitisches Maßnahmenpaket verabschiedet, das unter anderem neue Bankenabgaben vorsieht. Diese politischen Entwicklungen werden von Vorstand und Aufsichtsrat laufend verfolgt und sind auf Basis von gemeinsamen Beratungen in der Geschäfts- und Risikosteuerung der Bankengruppe berücksichtigt.

Die RBI überzeugte 2018 nicht nur mit ihrem erfreulichen Finanzergebnis, sondern erzielte auch in jenen Bereichen wesentliche Fortschritte, die das Fundament für eine erfolgreiche Entwicklung der Bank in den nächsten Jahren bilden. Hierzu zählt insbesondere die zügige und fokussierte Umsetzung des gruppenweiten Digitalisierungsprogramms. Die IT-Infrastruktur wurde ausgebaut, an der Entwicklung neuer Technologien gearbeitet und die digitale Kompetenz in der RBI gesamtheitlich gestärkt. In einigen Netzwerkbanken sind die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung bereits deutlich fortgeschritten. Auch im Innovationsmanagement wurden 2018 Akzente gesetzt, die für eine moderne und zukunftsorientierte Bank unerlässlich sind. In diesem Kontext sind insbesondere der erfolgreiche zweite Durchgang des sogenannten Elevator Labs (des Accelerator-Programms der RBI), die Gründung der Elevator Ventures GmbH (des Venture-Capital-Vehikels der RBI) sowie die erstmalige Durchführung eines unternehmensinternen Innovationswettbewerbs (des Innovation Garden) herauszustreichen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Ausbau der IT- und Cybersicherheit. Diesen Themen wird sich der Aufsichtsrat auch in den kommenden Jahren eingehend widmen.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 legte Mag. Bettina Selden aus gesundheitlichen Gründen ihr Aufsichtsratsmandat zurück. Mit großer Trauer haben wir im August die tragische Nachricht von ihrem Ableben zur Kenntnis nehmen müssen. Der Aufsichtsrat ist für ihr langjähriges persönliches Engagement und ihren wertvollen Beitrag für die RBI sehr dankbar.

Die Hauptversammlung wählte am 21. Juni 2018 Dr. Andrea Gaal neu in den Aufsichtsrat. Mit ihrer Wahl wurde der Aufsichtsrat mit einer Persönlichkeit verstärkt, die einerseits langjährige berufliche Erfahrung – unter anderem in Zentral- und Osteuropa – und andererseits Fachkenntnisse in den Bereichen IT und Digitalisierung sowie im entsprechenden regulatorischen Umfeld mitbringt. Dies spiegelt die aktuellen Transformationsentwicklungen der Finanzindustrie wider und ergänzt damit optimal die Kompetenz des Gesamtaufsichtsrats.

Die neuen Vorstände Dr. Andrii Stepanenko, zuständig für den Retail-Bereich, und Lic. Mgr. Lukasz Januszewski, zuständig für den Bereich Markets & Investment Banking, haben ihre Tätigkeiten mit großem Engagement im ersten Quartal 2018 aufgenommen und leisten durch neue Impulse einen wichtigen Beitrag zur weiteren Geschäftsentwicklung der RBI.

Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2018 tagten der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse im Rahmen der nachstehend angeführten Sitzungen. Dabei zeichneten sich die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie der Ausschüsse durch eine hohe Anwesenheitsquote aus.

Gremium	Anzahl Sitzungen	Anwesenheitsquote
Aufsichtsrat (gesamt)	7	86%
Arbeitsausschuss	8	96%
Nominierungsausschuss	4	89%
Prüfungsausschuss	3	96%
Personalausschuss	2	92%
Risikoausschuss	4	94%
Vergütungsausschuss	3	96%

Im Rahmen seiner Tätigkeit überwachte der Aufsichtsrat regelmäßig und umfassend die Geschäfts- und Risikoentwicklung der RBI und ihrer wesentlichen Konzernunternehmen. Auf Grundlage der erstatteten Berichte zu den bankgeschäftlichen Risiken erörterte der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand die Angemessenheit des Kapitals und der Liquidität und beriet mit ihm über die Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategien der Bankengruppe. Eine hohe Bedeutung hatte für den Aufsichtsrat die bereits erwähnte Umsetzung des gruppenweiten Digitalisierungsprogramms unter besonderer Berücksichtigung eines robusten und effektiven IT-Risikomanagements. Zudem berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat laufend und detailliert über relevante Fragen zur Entwicklung in den jeweiligen Geschäftssegmenten.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich 2018 intensiv mit dem Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska. In mehreren Sitzungen erörterte er die strategischen Überlegungen und beschloss im April 2018 den Verkauf des Kernbankgeschäfts unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Eckpunkte sowie deren Auswirkungen auf die RBI. In weiterer Folge berichtete der Vorstand bis zum erfolgreichen Abschluss laufend über dessen Umsetzung sowie über die Übertragung des verbleibenden Betriebs der Raiffeisen Bank Polska in eine polnische Filiale der RBI.

Ferner beschäftigte sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Weiterentwicklung der Corporate Governance, gab entsprechende Regelwerke in Auftrag und überwachte deren Implementierung.

Im Zuge seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit stand der Aufsichtsrat in direktem Kontakt mit den zuständigen Vorstandsmitgliedern, dem Abschlussprüfer sowie den Leitern der internen Kontrollfunktionen. Darüber hinaus fand ein kontinuierlicher Informations- und Meinungsaustausch mit Vertretern der Bankenaufsicht zu aktuellen Themen statt.

Auf Grundlage der Berichte setzte sich der Aufsichtsrat mit der Wirksamkeit der Methoden und Verfahren zur Steuerung und Prävention von Compliance-Risiken auseinander. Ein besonderer Fokus lag auf der Einhaltung der gruppenweiten Compliance-Richtlinien sowie auf den Ergebnissen des Compliance-Überwachungsprogramms einschließlich der getroffenen Maßnahmen. Im Hinblick auf die geopolitischen Entwicklungen setzte sich der Aufsichtsrat intensiv und kritisch mit länderspezifischen Detailberichten auseinander. Im Fokus standen hier die von den USA erlassenen Sanktionen gegenüber ausgewählten russischen Privatpersonen und Unternehmen. Gemeinsam mit dem Vorstand und den Risiko- sowie den Compliance-Verantwortlichen beschäftigte sich der Aufsichtsrat laufend mit den aktuellen Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf die RBI. Die vom Vorstand getroffenen Maßnahmen zur Einhaltung der Sanktionen sowie zur Eindämmung der Risiken, die sich durch die anhaltend angespannte politische Lage ergeben könnten, wurden vom Aufsichtsrat diskutiert und entsprechend gewürdigt. Ferner berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über die neuesten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und den damit verbundenen möglichen rechtlichen und wirtschaftlichen Implikationen. Der Aufsichtsrat wurde darüber hinaus vierteljährlich vom Prüfungsausschuss über die Prüfergebnisse der Internen Revision informiert.

Schließlich erörterte der Aufsichtsrat die vom Vorstand vorgelegten Anträge zu zustimmungspflichtigen Geschäften gemäß Satzung und Geschäftsordnung auf einer fundierten und sachkundigen Grundlage und fällte nach Abwägung etwaiger Risiken seine Entscheidungen. Insbesondere wurde die vom Vorstand erstellte Budget- und Mittelfristplanung der RBI eingehend im Aufsichtsrat behandelt und beschlossen.

Auch zwischen den Sitzungen fand ein regelmäßiger Austausch mit dem Vorstand zu aktuellen Entwicklungen und Geschäftsfällen statt. Dabei stand der Vorstand auch anlassbezogen zu bilateralen oder multilateralen Gesprächen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats unter fallweiser Einbindung von Experten über die im Aufsichtsrat zu behandelnden Themen bereit.

Im Zusammenhang mit den Ausschüssen gesetzlich und satzungsmäßig zugewiesenen Aufgaben sind folgende Tätigkeiten hervorzuheben:

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats vom 21. Juni 2018 wechselte die Vorsitzfunktion des Prüfungsausschusses von Dr. Heinrich Schaller auf Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M., die eine ausgewiesene Expertin im Bereich der Steuerlehre und Rechnungslegung ist. Neben der Jahres- und Konzernabschlussprüfung sowie der bankaufsichtsrechtlichen Prüfung beschäftigte sich der Prüfungsausschuss eingehend mit der Umstellung des Rechnungslegungsstandards IFRS 9, den Berichten der internen Revision sowie mit der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems. Darüber hinaus befasste sich der Prüfungsausschuss mit den Grundlagen der Abschlussprüferwahl für die nächste Prüfungsperiode.

Gegenstand der Beratungen im Personalausschuss waren die Vergütung der Vorstandsmitglieder, deren Anstellungsverträge und die Festlegung der Zielvorgaben der Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2018. Ferner fassten die Mitglieder des Personalausschusses einen Beschluss, der die letztmalige Zuteilung der Aktien aus den SIP-Tranchen 2013 betraf.

Der Risikoausschuss überwachte in seinen quartalsweisen Sitzungen die Umsetzung der Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der Risikoentwicklung der RBI. In diesem Rahmen wurde die Portfolioentwicklung anhand der Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationellen Risiken überprüft. Der Risikoausschuss setzte sich eingehend mit der Entwicklung der notleidenden Kredite sowie den aktuellen Risikothemen auseinander. Hervorzuheben sind die US-Sanktionen gegen Russland, der Brexit, die wirtschaftlichen Entwicklungen in einzelnen Ländern sowie aktuelle Compliance- und Geldwäschethemen. Unter Berücksichtigung dessen beriet der Risikoausschuss den Vorstand zur aktuellen und künftigen Risikobereitschaft und erörterte dabei die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung und der Liquidität.

Der Nominierungsausschuss tagte 2018 in vier Sitzungen. Anlässlich des Ausscheidens von Mag. Bettina Selden ermittelte der Nominierungsausschuss Bewerber für die Besetzung der freien Stelle im Aufsichtsrat. Aus dem Suchprozess ging Dr. Andrea Gaal als qualifizierte Bewerberin hervor. Der Nominierungsausschuss stellte fest, dass sie über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie über die erforderliche Erfahrung verfügt, die der Art, dem Umfang und der Komplexität der Geschäfte sowie der Risikostruktur der RBI angemessen sind. Im Zuge dessen wurde dem Aufsichtsrat empfohlen, Dr. Andrea Gaal der ordentlichen Hauptversammlung am 21. Juni 2018 zur Wahl in den Aufsichtsrat gemäß § 108 AktG vorzuschlagen. Zudem sprach der Nominierungsausschuss eine Empfehlung an den Aufsichtsrat aus, das Vorstandsmandat von Mag. Andreas Gschwentner für eine weitere Funktionsperiode von fünf Jahren zu verlängern, welcher der Aufsichtsrat gefolgt ist.

Zusammenarbeit des Aufsichtsrats mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat stand, insbesondere in Person des Aufsichtsratsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie der Ausschussvorsitzenden, auch zwischen den Sitzungen mit dem Vorstandsvorsitzenden und den Vorstandsmitgliedern in stetigem Kontakt. Die Zusammenarbeit mit dem Vorstand verlief in einem beiderseits vertrauensvollen Verhältnis, das von einem effizienten und konstruktiven Zusammenwirken gekennzeichnet war. Dabei achteten der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Ausschussvorsitzenden darauf, dass Diskussionen in einem offenen und kritischen Diskurs geführt und gegensätzliche Ansichten im Rahmen des Entscheidungsprozesses berücksichtigt wurden. Darüber hinaus gewährleistete der Aufsichtsratsvorsitzende einen wirksamen Informationsfluss zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie innerhalb des Aufsichtsrats. Er stellte damit sicher, dass das Gremium seine Entscheidungen auf einer fundierten und sachkundigen Grundlage fassen konnte. Waren ergänzende Informationen für eine noch tiefergehende Auseinandersetzung mit einzelnen Themenbereichen gewünscht, wurden diese den Aufsichtsratsmitgliedern umgehend und zu deren Zufriedenheit übermittelt.

Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufsichtsrats Tätigkeit erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr und erhielten dabei vonseiten der RBI adäquate Unterstützung. Ferner konnten sich die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen von Fit & Proper-Schulungen regelmäßig weiterbilden, wofür im Berichtsjahr zwei Termine angeboten wurden. Im März 2018 stand das Thema Cybersecurity im Mittelpunkt der Schulung, im September 2018 wurden die Themen Blockchain und Kryptoökonomie behandelt. An beiden Terminen fand zusätzlich ein umfassendes Update zu aktuellen regulatorischen Entwicklungen statt.

Konzern- und Jahresabschluss

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Raiffeisen Bank International AG für das Geschäftsjahr 2018 wurden von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Wien (KPMG) geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung hatte der Abschlussprüfer keinerlei Anlass für Beanstandungen und erteilte daher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der vom Vorstand in Anwendung von § 245a des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) nach den Vorschriften der am Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden, vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss und der Konzernlagebericht der RBI AG für das Geschäftsjahr 2018 wurden von der KPMG geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Berichte des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der Prüfungsausschuss prüfte den Jahresabschluss 2018 samt Lagebericht und Konzernabschluss 2018 sowie den Konzernlagebericht und bereitete die Feststellung des Jahresabschlusses durch den Aufsichtsrat vor. Der Aufsichtsrat prüfte alle Unterlagen sowie den Bericht des Prüfungsausschusses. Der Aufsichtsrat erklärte sich mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss 2018 einverstanden und billigte den Jahresabschluss 2018, der damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt ist.

Corporate-Governance-Bericht und nichtfinanzieller Bericht

Der Aufsichtsrat setzte sich gemäß Regel 36 des Österreichischen Corporate Governance Kodex auch mit der Effizienz seiner Tätigkeit, seiner Organisation und seiner Arbeitsweise auseinander, und es wurde diesbezüglich eine Selbstevaluierung und Effizienzprüfung mit Unterstützung der KPMG durchgeführt.

Die Einklangsprüfung des Corporate-Governance-Berichts nach § 243c UGB wurde von der KPMG durchgeführt. Für die RBI wurde ein gesonderter konsolidierter nichtfinanzieller Bericht nach § 267a UGB, der auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen enthält, erstellt und von der KPMG geprüft. Dieser Bericht wurde gemäß § 96 Abs 1 AktG vom Aufsichtsrat geprüft. Sowohl beim Corporate-Governance-Bericht als auch beim nichtfinanziellen Bericht gab es keinerlei Anlass zu Beanstandungen.

Strategie 2019

Für 2019 hat sich die RBI wieder ambitionierte Ziele gesteckt. Auf Grundlage der in den letzten Jahren erzielten Erfolge wird der eingeschlagene Weg eines fokussierten Wachstums konsequent weiterverfolgt. Auf dem sich konsolidierenden Bankenmarkt wird die RBI auf der Grundlage einer gestärkten Kapitalposition und eines signifikant verbesserten Risikoprofils Möglichkeiten für organisches und anorganisches Wachstum bewerten. Grundlage für Entscheidungen bildet eine ausgewogene Risiko- und Profitabilitätsabwägung.

Als weiteren strategischen Schwerpunkt wird die RBI ihr Programm zur fortschreitenden Digitalisierung und die damit verbundene Transformation vorantreiben. Durch den verstärkten Fokus auf Innovation und eine ständige Verbesserung des Kundenerlebnisses soll sich die RBI mittelfristig zum meist empfohlenen Finanzinstitut in ihrer Region entwickeln. Wesentliche Eckpfeiler des Transformationsprozesses bilden neben der laufenden Modernisierung der IT-Infrastruktur und dem Aufbau der Open-Banking-Fähigkeiten insbesondere ein gruppenweiter Innovationsprozess, der Ausbau von Data- & Analytics-Kompetenzen sowie die Intensivierung einer agilen und funktionsübergreifenden Arbeitsweise. Darüber hinaus werden im Jahr 2019 auch Effizienzsteigerungen durch Optimierungen der internen Prozessabläufe im Mittelpunkt stehen.

Mit diesen Maßnahmen wird die RBI ihre Position in den Kernmärkten ausbauen, mit dem strategischen Ziel, eine solide und nachhaltige Wertentwicklung für die Aktionäre der RBI sicherzustellen.

Der Dank des Aufsichtsrats gebührt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RBI, die den Geschäftserfolg der Bank durch ihr tatkräftiges Engagement ermöglicht haben. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank sind der Kern einer starken und erfolgreichen Bankengruppe.



Für den Aufsichtsrat
Erwin Hameseder, Vorsitzender



Raiffeisen im Überblick

Raiffeisen Bank International

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 13 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung und M&A.

Insgesamt betreuen rund 47.000 Mitarbeiter der RBI 16,1 Millionen Kunden in mehr als 2.100 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE. Seit 2005 notiert die Aktie der RBI AG an der Wiener Börse.

Die Bilanzsumme der RBI belief sich zum Jahresende 2018 auf € 140 Milliarden. Die Raiffeisen-Landeszentralen halten rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen rund 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz.

Die Märkte der RBI

2018	Bilanzsumme in € Millionen	Veränderung ¹	Geschäftsstellen	Mitarbeiter
Polen	3.267	- 72,1%	1	196
Tschechien	16.883	4,7%	136	3.402
Slowakei	13.301	5,5%	187	3.995
Ungarn	7.528	6,9%	71	2.089
Zentraleuropa	40.353	- 13,8%	396	9.692
Albanien	1.809	- 3,9%	78	1.226
Bosnien und Herzegowina	2.296	6,5%	102	1.358
Bulgarien	4.119	10,7%	146	2.589
Kosovo	919	- 0,4%	48	839
Kroatien	4.755	3,2%	78	1.982
Rumänien	8.966	10,1%	422	5.115
Serbien	2.498	9,7%	88	1.537
Südosteuropa	25.360	7,0%	962	14.646
Belarus	1.755	15,6%	87	1.829
Russland	14.092	16,8%	191	8.998
Ukraine	2.347	17,1%	501	7.923
Osteuropa	18.192	16,8%	779	18.750
Group Corporates & Markets	44.488	14,3%	22	2.879
Corporate Center	35.331	14,0%	-	1.112
Überleitung/Sonstige	- 23.609	-	-	-
Gesamt	140.115	3,7%	2.159	47.079

¹ Die Veränderung der Bilanzsummen in lokalen Währungen gegenüber dem 31. Dezember 2017 weicht durch die Euro-Wechselkurse ab.

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG)

Die RBG ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrieunternehmen, im Tourismus und in der Landwirtschaft.

Die dreistufig aufgebaute RBG besteht aus selbständigen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RBI AG (3. Stufe).

Die 386 Raiffeisenbanken mit ihren Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten, und sie sind gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Raiffeisen-Landeszentrale.

Die Raiffeisen-Landeszentralen (Raiffeisen Landesbanken bzw. Raiffeisenverband) übernehmen den Liquiditätsausgleich und bieten weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereichs an.

Die Raiffeisen-Landeszentralen wiederum sind der RBI AG als Zentralinstitut der RBG angeschlossen.

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ)

1999 wurde die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) als Zeichen des Zusammenhalts der RBG gegründet. Mitglieder der RKÖ auf Bundesebene sind 6 Landes-Kundengarantiegemeinschaften und die RBI AG. Derzeit haben sich so Raiffeisenbanken aus sechs Bundesländern und sechs Raiffeisen Landesbanken mit der RBI AG in der RKÖ zusammengeschlossen. Im Anfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise herangezogen. Aus diesen Mitteln werden den Kunden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der RBG angeboten.

Institutionelle Sicherungssysteme (IPS)

Auf Grundlage der neuen – nunmehr europäischen – Bankengesetzgebung konnten ab 2013 neue Strukturen des gegenseitigen Zusammenhalts geschaffen werden. So sind in der RBG seit Ende 2013 mehrere institutionelle Sicherungssysteme etabliert worden. Dazu wurden vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, unter denen sich die teilnehmenden Institute gegenseitig absichern und insbesondere bei Bedarf zusammenstehen, um die Liquidität und Solvenz sicherzustellen. Basis für diese institutionellen Sicherungssysteme ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen eines Früherkennungssystems gemäß Artikel 113 Abs 7 CRR (Kapitaladäquanzverordnung der Europäischen Union – Capital Requirements Regulation). Entsprechend der Aufbauorganisation der RBG wurden auch die institutionellen Sicherungssysteme in zwei Stufen konzipiert (derzeit ein Bundes-IPS und sechs Landes-IPS).

Die RBI AG als Zentralinstitut der RBG ist Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisen-Landeszentralen, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien regGenmbH, die Posojilnica Bank eGen (ehemals ZVEZA Bank), die Raiffeisen Wohnbaubank AG sowie die Raiffeisen Bausparkasse GmbH teilnehmen. Das Bundes-IPS unterliegt eigenen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Hiezu wurden die Genehmigungen der zuständigen Aufsichtsbehörden – Europäische Zentralbank (EZB) und Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) erteilt, nach denen unter anderem Forderungen zwischen den Bundes-IPS-Mitgliedern mit einem Risikogewicht von null Prozent angesetzt werden dürfen. Dies bedeutet auch eine gemeinsame aufsichtliche Überwachung. Auf Ebene des Bundes-IPS sind die Eigenmittelbestimmungen auf konsolidierter Basis einzuhalten.

Vergleichbare Strukturen des Zusammenhalts gelten für die Mitglieder der Landes-IPS. Die IPS ergänzen somit als weitere Bausteine die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Fall wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstituts.

Liquiditätsverbände

Gemäß § 27a BWG haben die Kreditinstitute, die einem Zentralinstitut angeschlossen sind, zur Sicherung der Finanzmarktstabilität bei diesem eine Liquiditätsreserve zu halten. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sind entsprechende Liquiditätsverbände etabliert. Die RBI ist das Zentralinstitut auf Bundesebene. Es bestehen entsprechende vertragliche Regelungen zu den jeweiligen Liquiditätsverbänden, die auch eine etwaige Inanspruchnahme im Bedarfsfall regeln sowie Liquiditätsnotfallpläne, die regelmäßigen Tests unterzogen werden.

Strategie der RBI

Langfristige Wertschaffung als übergeordnetes Ziel

Die RBI ist eine führende Universalbank in der Region CEE und in Österreich. Ihre Geschäftsaktivitäten umfassen das Kommerzkundengeschäft, Finanzdienstleistungen für Privatkunden in CEE sowie das Geschäft mit Banken und anderen institutionellen Kunden. Die Herausforderungen für das Geschäftsmodell der RBI werden weiterhin von aufsichtsrechtlichen Auflagen, bankenspezifischen Abgaben, politisch motivierten Marktinterventionen, dem nach wie vor andauernden Niedrigzinsumfeld sowie technologischen Entwicklungen und neuen Wettbewerbern geprägt sein. Um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können, setzt die RBI nach einem mit dem Verkauf des polnischen Kernbankengeschäfts abgeschlossenen Transformationsprogramm nun wieder auf Wachstum und noch stärker auf Digitalisierung und Innovation. Dabei wird die RBI weiterhin auf die Region CEE fokussieren, die strukturell höhere Wachstumsraten als Westeuropa bietet und damit ein attraktiveres Zins- und Ertragsniveau aufweist. Ergänzt um führende Spezialinstitute in Österreich – insbesondere Bausparkasse, Vermögensverwaltung und Pensionskasse – profitiert die RBI dabei von der Stabilität der österreichischen Geschäftsfelder. Damit ergibt sich in Summe ein ausgewogenes, attraktives Geschäftsportfolio.

Das Geschäftsmodell der RBI beruht auf folgenden Kernkompetenzen:

- Die RBI pflegt und entwickelt eine starke und vertrauenswürdige Marke, die Basis für das Geschäftsmodell ist.
- Die RBI stellt allen Privatkundensegmenten umfassende Finanzdienstleistungen über den vom Kunden jeweils präferierten Vertriebs- und Kommunikationskanal zur Verfügung.
- Die RBI ist ein verlässlicher Geschäftspartner für Kommerzkunden und institutionelle Kunden mit Bezug zur Zielregion und bietet Finanzdienstleistungen entsprechend internationalen Standards an.
- Die RBI zeichnet sich durch eine starke lokale Verankerung, Kundennähe und nachhaltige Geschäftsbeziehungen aus.
- Die RBI nutzt die Stärken länderspezifischer Geschäftsansätze kombiniert mit Elementen zentraler Steuerungsvorgaben.

Darauf aufbauend betreut die RBI derzeit mehr als 16 Millionen Privatkunden, Private-Banking-Kunden und Kleinunternehmen, rund 100.000 Firmenkunden (mittelständische Unternehmen, lokale Großunternehmen, internationale Konzerne und lokale Gebietskörperschaften) sowie rund 10.000 institutionelle Kunden (Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen, Staaten und öffentliche Organisationen). Die Bedürfnisse der Kunden, als deren „Financial Advisor“ sich die RBI sieht, stehen dabei immer im Mittelpunkt. Zielsetzung ist es, die Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen möglichst umfassend mit den passenden Finanzdienstleistungen zu betreuen und damit langfristige Geschäftspartnerschaften aufzubauen. Typischerweise nutzen die Kunden dabei ganze Produktbündel. Wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts sind hochwertige Beratungsleistungen sowie innovative Lösungen.

Bei Privatkunden können dies z. B. modernste Internet- und Mobile-Banking-Anwendungen einschließlich Videoidentifizierung sein oder Contact-Center-Lösungen auf Basis von Telefonie oder Chatfunktionen. Mithilfe dieser Vertriebs- und Betreuungskanäle bietet die RBI ihren Kunden – neben den rund 2.100 Geschäftsstellen, die nach wie vor das Rückgrat der Betreuung darstellen – ein breites Produktspektrum an (z. B. Konto-Pakete, Zahlungsverkehr, Konsumentenfinanzierung, Hypothekarkredite sowie Anlageprodukte), aus dem sie entsprechend ihren Bedürfnissen wählen können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf verständlichen und kundenfreundlichen Lösungen, einer erstklassigen Beratungsqualität sowie kurzen Informations- und Entscheidungswegen.

Bei Firmenkunden und institutionellen Kunden gilt das Augenmerk vor allem einer laufenden Weiterentwicklung der digitalen Interaktionsmöglichkeiten mit den Kunden sowie konzernübergreifenden Vertriebs- und Steuerungsinstrumenten mit Fokus auf kapital- und liquiditätsschonenden Produkten (insbesondere Handelsfinanzierungen, Kapitalmarktprodukten inklusive deren Verwahrung und Verwaltung, Fondsgeschäft und Zahlungsverkehr). Konzernübergreifende Produktkompetenzentren erhöhen dabei durch die Bündelung von Know-how die Effizienz und erleichtern den Kunden den Zugang zu komplexen Finanzprodukten (z. B. im Bereich der Projekt-, Immobilien- und Exportfinanzierung oder von Kapitalmarkttransaktionen).

RBI auf dem Kapitalmarkt

Entwicklung der RBI-Aktie

Mit einem Kurs von € 30,20 in das Jahr 2018 gestartet, legte die RBI-Aktie zunächst deutlich zu und verzeichnete mit € 35,32 bereits Ende Jänner ihren Jahreshöchststand. Im weiteren Jahresverlauf gab sie dann wieder nach und schloss zum Jahresende bei € 22,20. Dies entspricht einem Kursrückgang von 27 Prozent im Jahresvergleich. Allerdings verzeichneten die Indizes der großen Leitbörsen eine sehr ähnliche Entwicklung und wiesen ebenfalls teils deutliche Kursrückgänge auf. So verlor der österreichische Aktienindex ATX im Jahresvergleich 20 Prozent, der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks gab sogar um 33 Prozent nach.

Hauptgründe für diese insgesamt gedämpfte Entwicklung waren Sorgen über weitere Zinserhöhungen in den USA und ein mögliches Ende der expansiven Geldpolitik in Europa. Hinzu kamen Verunsicherungen durch die Ankündigung von Handelsbarrieren und Schutzzöllen seitens der USA, die sich nach allgemeiner Einschätzung negativ auf den internationalen Handel und Warenverkehr auswirken würden. Gegen Jahresende mehrten sich zudem die Anzeichen für ein Nachlassen der weltweiten Wachstumsdynamik.

Die schwächere Wertentwicklung von Banktiteln wiederum beruhte in hohem Maß auf den Turbulenzen um die türkische Lira sowie einer deutlichen Zunahme der Spreads italienischer Staatsanleihen, die wiederum Sorgen um ein Wiederaufflammen der Eurokrise nährten. Diese wurden durch die Auseinandersetzungen zwischen Italien und der EU um den italienischen Haushaltsentwurf zudem immer wieder angefacht. Doch auch die schwierigen Verhandlungen um den Brexit belasteten die Finanzmärkte spürbar.

Die RBI-Aktie ihrerseits litt besonders unter der Verschärfung der US-Sanktionen gegen ausgewählte russische Geschäftsleute und Unternehmen im April 2018 sowie weiteren solchen Maßnahmen in der ersten Augushälfte. Dies nährte Befürchtungen zahlreicher Marktteilnehmer, dass die RBI durch sekundäre Sanktionen ebenfalls betroffen sein könnte. Die positiven Geschäftszahlen der RBI sowie die sehr niedrigen Risikovorsorgen sorgten in diesem Umfeld nur vorübergehend für positive Kursimpulse.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2018 im Vergleich zu ATX und EURO STOXX Banks



Zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 27. Februar 2019 lag der Aktienkurs der RBI bei € 22,42. Damit gewann die Aktie gegenüber dem Jahresultimo 2018 1 Prozent. Im selben Zeitraum legten der ATX um 10 Prozent und der Euro Stoxx Banks um 11 Prozent zu.

Zum Jahresultimo 2018 belief sich die Marktkapitalisierung auf € 7,3 Milliarden. Zum Redaktionsschluss lag dieser Wert bei € 7,4 Milliarden. Die Anzahl der ausgegebenen Aktien blieb mit 328.939.621 Stück unverändert.

Im Jahr 2018 wurden rund 122 Millionen Aktien der RBI gehandelt. Dies bedeutet ein Umsatzvolumen von € 3,4 Milliarden und einen durchschnittlichen Tagesumsatz von 494.503 Aktien.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Kurs zum 31. Dezember 2018	€ 22,20
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) 2018	€ 35,32/€ 21,30
Ergebnis je Aktie 2018	€ 3,68
Buchwert je Aktie zum 31. Dezember 2018	€ 32,19
Marktkapitalisierung zum 31. Dezember 2018	€ 7,3 Milliarden
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) 2018	494.503 Stück
Börseumsatz (Einzelzählung) 2018	€ 3.396 Millionen
Streubesitz zum 31. Dezember 2018	rund 41,2%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2018	328.939.621

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten unverändert rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf. Institutionelle Anleger kommen vor allem aus Nordamerika und Europa sowie zunehmend aus Asien und Australien. Darunter befinden sich auch Staatsfonds und supranationale Organisationen, die aufgrund ihrer bevorzugt langfristigen Investitionsstrategien Stabilität versprechen. Ebenso befindet sich eine große Anzahl von österreichischen Privatanlegern unter den Aktionären der RBI.

Rating der RBI

Im vergangenen Jahr wurde die RBI durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A3	BBB+
Ausblick	stabil	positiv
Kurzfrist-Rating	P-2	A-2
Subordinated (Tier 2)	Baa3	BBB-
Additional Tier 1	Ba3(hyb)	BB
Junior Subordinated (Legacy Tier 1)	Ba3	BB+

Hauptversammlung und Dividendenvorschlag

Die ordentliche Hauptversammlung der RBI am 21. Juni 2018 stimmte allen Beschlussvorschlägen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zu. Beschlossen wurde unter anderem die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 0,62 je dividendenberechtigten Stammaktie. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde die Unternehmerin Dr. Andrea Gaal.

Die nächste ordentliche Hauptversammlung findet am 13. Juni 2019 statt. Der Vorstand hat beschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2018 die Ausschüttung einer Dividende von € 0,93 je Aktie vorzuschlagen. Auf Basis der ausgegebenen Aktien resultiert daraus rechnerisch ein maximaler Ausschüttungsbetrag von rund € 306 Millionen. Die Zustimmung der Hauptversammlung vorausgesetzt, wird die Dividende am 24. Juni 2019 an die Aktionäre ausgeschüttet.

Kapitalmarktkommunikation

Im Jahr 2018 bot die RBI Investoren und Analysten auf 64 Kapitalmarkterveranstaltungen vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Information. Damit wurden die Aktivitäten gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich verstärkt:

Am 7. Februar 2018 gab die RBI die vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2017 bekannt. Anlässlich der Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2017 am 14. März traf der Vorstand der RBI Investoren in Wien – die RBI bittet zu diesem Anlass regelmäßig österreichische Investoren zu einem Investor Lunch – und hielt zudem eine Telefonkonferenz mit über 150 Teilnehmern ab. Am darauffolgenden Tag lud die RBI institutionelle Investoren und Analysten zur traditionellen Investoren-Präsentation nach London ein. Die Veranstaltung, die bereits seit einigen Jahren jeweils am Tag nach der Publikation des Jahresergebnisses stattfindet, stieß bei den über 80 Teilnehmern auf großes Interesse.

Nach Bekanntgabe des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska hielt die RBI am 11. April eine Telefonkonferenz zum Thema Polen und Russland ab, zu der sich rund 440 Teilnehmer einwählten.

Am 15. Mai 2018 publizierte die RBI die Zahlen für das erste Quartal 2018. An der darauffolgenden Telefonkonferenz nahmen rund 150 institutionelle Investoren und internationale Analysten teil. Interessierten Investoren bot die RBI im zweiten Quartal zudem auf Roadshows und Konferenzen in Amsterdam, Den Haag, Frankfurt, Hong Kong, London, Los Angeles, Mailand, Paris, Tokio, Zürich und Züri Gelegenheit zu persönlicher Information. Bei einer transaktionsbezogenen Roadshow im Zusammenhang mit der ersten Benchmark-Emission eines Green Bonds einer österreichischen Bank präsentierte sich die RBI in Amsterdam, Den Haag, Helsinki, Frankfurt, Kopenhagen, London, Paris und Rotterdam.

Im Mai wurde bereits zum 11. Mal der Wiener Börse Preis, die wichtigste österreichische Auszeichnung für die Top-Börseunternehmen des Landes, verliehen. Im Beisein zahlreicher Vertreter aus Wirtschaft und Politik würdigte die Wiener Börse gemeinsam mit ihren Partnern Gewinner in vier Kategorien. In der Kategorie „ATX“ konnte die RBI dabei den 2. Platz belegen. Sie wurde damit für ihre gute Arbeit bzw. ihre Erfolge in den Feldern Finanzberichterstattung, Investor Relations, Strategie und Corporate Governance sowie nachhaltige Orientierung, aber auch für markttechnische Fakten wie Kursperformance und Liquidität ausgezeichnet.

Im dritten Quartal setzte die RBI ihre IR-Aktivitäten mit Roadshows und der Teilnahme an Konferenzen in Barcelona, Boston, Budapest, London, Madrid und New York fort. Ende September fanden in London ein Gespräch mit Fremdkapitalanalysten sowie das jährliche Treffen mit Aktienanalysten statt. Ebenso auf dem Programm stand die Teilnahme an einer der größten internationalen Bankenkonferenzen in London, an die sich weitere Einzel- und Gruppenpräsentationen anschlossen. Im Fokus der Gespräche standen dabei die möglichen Auswirkungen der russischen Sanktionen auf den Geschäftsverlauf sowie der Verkauf des Kernbankgeschäfts der polnischen Tochter. Bei letzterem ging es unter anderem um die Frage, wie das durch den Verkauf frei werdende Kapital verwendet werden sollte und ob dies eher zu einer höheren Dividendenausschüttung führen oder in weiteres Wachstum investiert würde.

Im vierten Quartal fanden im Rahmen einer Roadshow in Australien und Asien Gespräche mit Eigen- bzw. Fremdkapitalinvestoren in Melbourne, Sydney und Singapur statt. Außerdem nahm die RBI an Konferenzen für Fremdkapitalinvestoren in Hong Kong und Taipeh teil. Großes Interesse zeigten die Teilnehmer immer wieder an der Digitalisierungsstrategie des Konzerns. Die Teilnahme an Investorenkonferenzen in Budapest, Bukarest, Frankfurt, Helsinki, Kopenhagen, München, Prag, Stegersbach und Warschau rundete die umfangreichen IR-Aktivitäten für das Jahr 2018 ab.

Neben 22 Aktienanalysten geben 21 Anleiheanalysten (Stand: 31. Dezember 2018) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab. Damit ist die RBI jenes Unternehmen in Österreich, über das die größte Anzahl von Analystenhäusern regelmäßig berichtet. 2018 wurden 382 Analystenreports über die RBI publiziert.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Präsentationen & Webcasts jederzeit abrufbar.

Emissionen

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI erneut zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Der Kupon beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Im Vorfeld der Transaktion fanden zahlreiche Investoren-Calls statt. Zusammen mit der Emission im Juli 2017 im Umfang von € 650 Millionen hat die RBI damit ihr geplantes AT1-Emissionsprogramm abgeschlossen.

Als zweite wichtige Eigentransaktion des Jahres schloss die RBI am 28. Juni die erste Benchmark-Green-Bond-Emission einer österreichischen Bank ab. Die Anleihe weist ein Volumen von € 500 Millionen und eine Laufzeit von drei Jahren auf. Der Kupon beträgt Mid Swap plus 40 Basispunkte. Das Angebot war mit einem Ordervolumen von € 1,3 Milliarden deutlich überzeichnet.

Die RBI setzt gerade mit dieser Emission ihre seit Jahren gelebte Strategie nachhaltigen Wirtschaftens konsequent fort. Der Erlös aus dem Green Bond wird für die Finanzierung nachhaltiger Projekte im gesamten RBI-Netzwerk eingesetzt. Die Mittelvergabe folgt dabei einem klar definierten Auswahl- und Evaluationsprozess. Ein laufendes Reporting stellt auch nach der Investition sicher, dass die vorgegebenen Kriterien erfüllt wurden, und weist aus, welcher Beitrag zur Verbesserung der Nachhaltigkeit erzielt wurde.

Weiters platzierte die RBI am 26. November 2018 eine Senior-Anleihe mit einem Volumen von € 500 Millionen.

Finanzkalender 2019

14. März 2019	RBI Investor Presentation, London
1. Mai 2019	Beginn der Quiet Period
15. Mai 2019	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
3. Juni 2019	Nachweisstichtag Hauptversammlung
13. Juni 2019	Ordentliche Hauptversammlung
19. Juni 2019	Ex-Dividendtag
21. Juni 2019	Nachweisstichtag Dividenden
24. Juni 2019	Dividendenzahltag
25. Juli 2019	Beginn der Quiet Period
8. August 2019	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
31. Oktober 2019	Beginn der Quiet Period
14. November 2019	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

Kontakt für Eigen- und Fremdkapitalgeber

E-Mail: ir@rbinternational.com
 Internet: www.rbinternational.com → Investoren
 Telefon: +43-1-71 707-2089
 Telefax: +43-1-71 707-2138

Raiffeisen Bank International AG
 Group Investor Relations
 Am Stadtpark 9
 1030 Wien, Österreich

Corporate - Governance - Bericht

Im vorliegenden Corporate-Governance-Bericht sind der Corporate-Governance-Bericht der RBI AG und der konsolidierte Corporate-Governance-Bericht der RBI gemäß § 267b des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) in Verbindung mit § 251 Abs 3 UGB in einem Bericht zusammengefasst.

Die RBI legt großen Wert auf eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung, um das Verständnis und das Vertrauen ihrer verschiedenen Interessengruppen – nicht zuletzt der Kapitalmarktteilnehmer – zu pflegen. Daher verpflichtet sie sich zur Einhaltung des Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK) in seiner Fassung vom Jänner 2018. Der ÖCGK ist auf der Website des Österreichischen Arbeitskreises für Corporate Governance (www.corporate-governance.at) und auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investoren → Corporate Governance) öffentlich zugänglich. Die RBI hat keine kapitalmarktorientierten Tochterunternehmen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften lokal zur Veröffentlichung eines Corporate-Governance-Berichts verpflichtet sind.

Transparenz ist ein Kernthema der Corporate Governance und damit auch von besonderer Bedeutung für die RBI. Der vorliegende Corporate-Governance-Bericht gliedert sich dabei nach den gesetzlichen Vorgaben des § 243c UGB und orientiert sich an dem in Anhang 2a des ÖCGK vorgegebenen Aufbau.

Der ÖCGK gliedert sich in L-, C- und R-Regeln. L-Regeln beruhen auf zwingenden Rechtsvorschriften. C-Regeln (Comply or Explain) sollen eingehalten werden; eine Abweichung muss erklärt und begründet werden, um kodexkonformes Verhalten zu erreichen. R-Regeln (Recommendation) haben Empfehlungscharakter; eine Nichteinhaltung muss weder offengelegt noch begründet werden.

Die RBI weicht von folgenden C-Regeln ab, erreicht aber durch nachstehende Erklärungen und Begründungen kodexkonformes Verhalten:

C-Regel 45: Wettbewerbsverbot für Aufsichtsratsmitglieder

Die RBI AG ist das Zentralinstitut der Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG). Innerhalb der RBG ist die RBI AG das Zentralinstitut der Raiffeisen-Landeszentralen sowie sonstiger angeschlossener Kreditinstitute. Einige Mitglieder des Aufsichtsrats üben daher in ihrer Funktion als Eigentümerversorger auch Organfunktionen in Banken der RBG aus. Dadurch kann der Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung seiner Kontrollfunktion zum Wohl des Unternehmens auf umfassendes branchenspezifisches Know-how und langjährige Erfahrung zurückgreifen.

C-Regel 52a: Die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats (ohne Arbeitnehmervertreter) beträgt höchstens zehn.

Derzeit setzt sich der Aufsichtsrat aus neun Kernaktionärsvertretern der RBG sowie drei Streubesitzervertretern zusammen. Diese erhöhte Mitgliederzahl wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. Juni 2017 beschlossen. Die Vergrößerung des Aufsichtsrats bringt zusätzliches Wissen mit Branchenrelevanz, erhöht die Diversität und stärkt den Aufsichtsrat in der Ausübung seiner Kontrollfunktion.

Entsprechend der C-Regel 62 des ÖCGK beauftragte die RBI AG die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien (KPMG), die Einhaltung der C-Regeln des Kodex extern zu evaluieren. Der Bericht über diese externe Evaluierung ist auf www.rbinternational.com → Investoren → Corporate Governance → Evaluierung zum CG-Kodex öffentlich zugänglich.

Zusammensetzung des Vorstands

Zum 31. Dezember 2018 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Vorstandsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Johann Strobl Vorsitzender	1959	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022
Mag. Martin Grill	1959	3. Jänner 2005	29. Februar 2020
Mag. Andreas Gschwenter	1969	1. Juli 2015	30. Juni 2023
Lic. Mgr. Lukasz Januszewski	1978	1. März 2018	28. Februar 2021
Mag. Peter Lennkh	1963	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020
Dr. Hannes Mösenbacher	1972	18. März 2017	29. Februar 2020
Dr. Andrii Stepanenko	1972	1. März 2018	28. Februar 2021

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

Nach dem Ausscheiden von Dkfm. Klemens Breuer per Ende Oktober 2017 lag die Verantwortung für den Bereich Markets bis 28. Februar 2018 interimistisch bei Dr. Johann Strobl und jene für den Bereich Retail Banking bei Mag. Peter Lennkh. Seit 1. März 2018 leitet nun Lic. Mgr. Lukasz Januszewski den Bereich Markets & Investment Banking und Dr. Andrii Stepanenko den Bereich Retail Banking.

Mitglieder des Vorstands hatten Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in den folgenden nicht in den Konzernabschluss einbezogenen in- und ausländischen Gesellschaften inne:

Mag. Andreas Gschwenter RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Österreich, stellvertretender Vorsitz
Mag. Peter Lennkh Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Mitglied

Neben der Leitung und Steuerung der RBI AG übten die Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2018 Überwachungs- und Leitungsaufgaben bei folgenden wesentlichen Tochterunternehmen als Aufsichtsräte und Geschäftsführer aus:

	Aufsichtsratsmandat	Geschäftsführung
Dr. Johann Strobl	AO Raiffeisenbank, Russland, Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Vorsitz (bis 3. November 2018) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Vorsitz Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Mitglied	
Mag. Martin Grüll	Priorbank JSC, Belarus, Vorsitz Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, Vorsitz Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Bulgarien, Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, stellvertretender Vorsitz (bis 3. November 2018) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, stellvertretender Vorsitz AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied (bis 6. September 2018) Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Mitglied (bis 24. April 2018)	Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer
Mag. Andreas Gschwenter	Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied (bis 3. November 2018) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Mitglied Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, Vorsitz Raiffeisenbank Austria d.d., Kroatien, Vorsitz	
Lic. Mgr. Lukasz Januszewski	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Vorsitz (seit 25. April 2018) Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Vorsitz (seit 24. April 2018) AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied (seit 14. Mai 2018) Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied (seit 6. September 2018) Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Österreich, Mitglied (seit 28. September 2018)	
Mag. Peter Lennkh	Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen banka a.d., Serbien, Vorsitz Raiffeisenbank a.s., Tschechien, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied (bis 3. November 2018) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisen Bank Sh.A., Albanien, Vorsitz Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Kosovo, Vorsitz (seit 16. April 2018)	
Dr. Hannes Mösenbacher	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Mitglied (seit 25. April 2018, zuvor Vorsitz) AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied (bis 3. November 2018) Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, Vorsitz Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Mitglied	
Dr. Andrii Stepanenko	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Mitglied (seit 25. April 2018) Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, Mitglied (seit 27. April 2018) Raiffeisenbank a.s., Tschechien, Mitglied (seit 24. April 2018) AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied (seit 14. Mai 2018) Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz (seit 17. Juli 2018) Tatra banka, a.s., Slowakei, Vorsitz (seit 10. Oktober 2018) Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Österreich, Vorsitz (seit 28. September 2018)	

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat gehörten per 31. Dezember 2018 folgende Mitglieder an:

Aufsichtsratsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Mag. Erwin Hameseder Vorsitzender	1956	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
MMag. Martin Schaller Erster stellvertretender Vorsitzender	1965	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Dr. Heinrich Schaller Zweiter stellvertretender Vorsitzender	1959	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	1964	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Mag. Peter Gauper	1962	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	1957	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Rudolf Könighofer	1962	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Johannes Ortner	1966	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Günther Reibersdorfer	1954	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	1968	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Birgit Noggler	1974	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Andrea Gaal	1963	21. Juni 2018	Ordentliche Hauptversammlung 2023
Mag. Rudolf Kortenhof ²	1961	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	1965	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	1961	16. Februar 2012	Bis auf Weiteres
Mag. (FH) Gebhard Muster ²	1967	22. Juni 2017	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	1973	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	1967	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

² Vom Betriebsrat entsendet

Mag. Bettina Selden (Mitglied des Aufsichtsrats) legte ihr Aufsichtsratsmandat mit Wirkung vom 21. Juni 2018 zurück.

Dr. Andrea Gaal wurde mit Wirkung zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung am 21. Juni 2018 als Mitglied in den Aufsichtsrat bestellt.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der RBI AG legte im Sinn und unter Berücksichtigung der C-Regel 53 und des Anhangs 1 des ÖCGK folgende Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaft fest:

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zur Gesellschaft oder zu einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im vergangenen Jahr unterhalten haben. Das gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 ÖCGK führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Konzernsachverhalte sowie die bloße Ausübung der Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds oder Geschäftsführers durch ein Aufsichtsratsmitglied führen in der Regel nicht dazu, dass das betreffende Unternehmen als Unternehmen anzusehen ist, an dem ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, sofern nicht nach den Umständen zu vermuten ist, dass das Aufsichtsratsmitglied aus einem Geschäft mit diesem Unternehmen einen unmittelbaren persönlichen Vorteil zieht.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft bzw. Beteiligter oder Angestellter der Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll dem Aufsichtsrat nicht länger als 15 Jahre angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkter Nachkomme, Ehegatte, Lebensgefährte, Vater, Mutter, Onkel, Tante, Bruder, Schwester, Nefte, Nichte) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Im Sinn der vorstehenden Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern sind sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG als unabhängig anzusehen.

Bis zur ordentlichen Hauptversammlung am 21. Juni 2018 waren Mag. Bettina Selden, Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. und Mag. Birgit Noggler Streubesitzvertreter im Sinn der C-Regel 54 des ÖCGK im Aufsichtsrat der RBI AG. Seit der ordentlichen Hauptversammlung vom 21. Juni 2018 sind Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M., Mag. Birgit Noggler sowie Dr. Andrea Gaal Streubesitzvertreter im Aufsichtsrat der RBI AG. Die genannten Mitglieder des Aufsichtsrats sind weder Anteilseigner mit einer Beteiligung von mehr als 10 Prozent, noch vertreten sie Interessen solcher Anteilseigner.

Mitglieder des Aufsichtsrats hatten im Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2018 folgende weitere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften inne:

Mag. Erwin Hameseder	AGRANA Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz; STRABAG SE, Österreich, stellvertretender Vorsitz; UNIQA Insurance Group AG, Österreich, 2. stellvertretender Vorsitz;
Dr. Heinrich Schaller	Südzucker AG, Deutschland, 2. stellvertretender Vorsitz; voestalpine AG, Österreich, stellvertretender Vorsitz; AMAG Austria Metall AG, Österreich, stellvertretender Vorsitz
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	BayWa AG, Deutschland, stellvertretender Vorsitz; AGRANA Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Österreich, stellvertretender Vorsitz
Dr. Rudolf Könighofer	UNIQA Insurance Group AG, Österreich, Mitglied

Neben ihren Funktionen als Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG haben folgende Mitglieder in diesem Zeitraum auch Aufsichtsratsmandate bei wesentlichen Tochterunternehmen ausgeübt:

Mag. Erwin Hameseder	LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, Mitglied
Dr. Rudolf Könighofer	Raiffeisen Informatik GmbH, Österreich, Mitglied

Leitungsfunktionen in wesentlichen Tochtergesellschaften der RBI AG wurden von keinem der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

Mitglieder der Ausschüsse

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt dessen Organisation und weist bestimmte Aufgaben dem Arbeits-, Prüfungs-, Vergütungs-, Risiko-, Nominierungs- bzw. Personalausschuss zu. Diese Ausschüsse setzten sich wie folgt zusammen:

1. Jänner bis 21. Juni 2018

	Arbeits-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Vergütungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Nominierungs-ausschuss
Vorsitzender	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	MMag. Martin Schaller	Mag. Erwin Hameseder
1. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller
2. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller
Mitglied	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Dr. Johannes Ortner	Dr. Rudolf Könighofer	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Dr. Rudolf Könighofer
Mitglied	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler
Mitglied	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden
Mitglied	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof	-	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	-	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger

21. Juni bis 31. Dezember 2018

	Arbeits-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Vergütungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Nominierungs-ausschuss
Vorsitzender	Mag. Erwin Hameseder	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	MMag. Martin Schaller	Mag. Erwin Hameseder
1. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller
2. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller
Mitglied	Dr. Andrea Gaal	Dr. Johannes Ortner	Dr. Rudolf Könighofer	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	Dr. Rudolf Könighofer
Mitglied	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler
Mitglied	-	Dr. Andrea Gaal	Dr. Andrea Gaal	Dr. Andrea Gaal	Dr. Andrea Gaal	Dr. Andrea Gaal
Mitglied	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof	-	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof	Mag. Rudolf Korten Hof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	-	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger

Mit 21. Juni 2018 hat Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. den Vorsitz im Prüfungsausschuss übernommen. Neben dem Prüfungsausschuss sind auch der Arbeitsausschuss sowie der Risikoausschuss zu jeweils einem Drittel mit Vertretern der Kernaktiönäre, des Streubesitzes und der Arbeitnehmer besetzt.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben lt. § 63a Abs 4 BWG muss ein Mitglied des Prüfungsausschusses Finanzexperte sein. Diese Funktion wird durch Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. wahrgenommen. Daneben gibt es jedoch noch weitere drei Mitglieder des Prüfungsausschusses, die aufgrund ihrer beruflichen Position als Geschäftsleiter von Banken über einschlägige Expertise verfügen.

Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. ist hauptberuflich als Leiterin der Abteilung für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der Wirtschaftsuniversität Wien tätig und war von 2006 bis 2011 Vizerektorin der Wirtschaftsuniversität Wien, verantwortlich für Finanz-, Rechnungswesen und Controlling.

Aufgrund ihrer jahrelangen Forschungs- und Lehrtätigkeit an nationalen sowie internationalen Universitäten und ihrer hohen fachlichen Expertise gilt Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. als anerkannte Expertin auf dem Gebiet des Finanz- und Rechnungswesens sowie der Besteuerung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Themen Bilanzierung, Besteuerung, Finanzierung und Steuern, europäische/internationale Bilanzierung, internationales Steuerrecht. Darüber hinaus hat Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. zahlreiche Publikationen in diversen Fachzeitschriften vorzuweisen. Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. ist seit 2013 Aufsichtsratsmitglied der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur, deren stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende sie bis 2017 war. Zudem ist sie seit 2014 Aufsichtsratsmitglied in der maxingvest AG (Deutschland).

Mit der Wahl von Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. in den RBI-Aufsichtsrat wurde der Aufsichtsrat auch in seiner gesamthafte Zusammensetzung weiter gestärkt, um im Kollektiv über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen, die der Art, dem Umfang und der Komplexität der Geschäfte sowie der Risikostruktur der RBI angemessen sind, zu verfügen.

Der Beirat

Der Beirat setzt sich aus Vertretern der RBG zusammen und hat ausschließlich beratende Funktion für den Vorstand der RBI AG. Die gesetzlichen und satzungsgemäßen Rechte und Pflichten des Vorstands oder des Aufsichtsrats werden durch die Tätigkeit des Beirats nicht eingeschränkt.

Der Beirat berät über Gegenstände, die wesentliche Eigentümerinteressen der Raiffeisenlandesbanken in ihrer Funktion als Kernaktionäre betreffen, sowie über ausgewählte Bereiche der Kooperation zwischen der RBI und der RBG. Themen der Beratung sind weiters die Zentralinstitutsfunktion der RBI im Sinn des § 27a Bankwesengesetz (BWG) und die damit verbundenen Aufgaben sowie die Verbundunternehmen in ihrer Eigenschaft als Vertriebspartner der RBG.

Der Beirat setzt sich aus den sieben Aufsichtsratsvorsitzenden der Raiffeisenlandesbanken und dem Obmann des Raiffeisenverbands Salzburg zusammen und tagte 2018 im Rahmen von fünf Sitzungen. Die Mitglieder des Beirats waren bis auf eine Sitzung, an der zwei Beiratsmitglieder nicht teilnahmen, in allen Beiratssitzungen des Jahres 2018 geschlossen anwesend.

Die Beiratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2017 und die Folgejahre in der ordentlichen Hauptversammlung am 21. Juni 2018 beschlossen wurde.

Den Beiratsmitgliedern wird jährlich, sofern die Hauptversammlung künftig nichts Gegenteiliges beschließt, eine Vergütung gewährt, die sich wie folgt zusammensetzt:

- für den Beiratsvorsitzenden € 25.000,- (exkl. USt)
- für den Stellvertreter des Beiratsvorsitzenden € 20.000,- (exkl. USt)
- für jedes weitere Mitglied des Beirats jeweils € 15.000,- (exkl. USt)

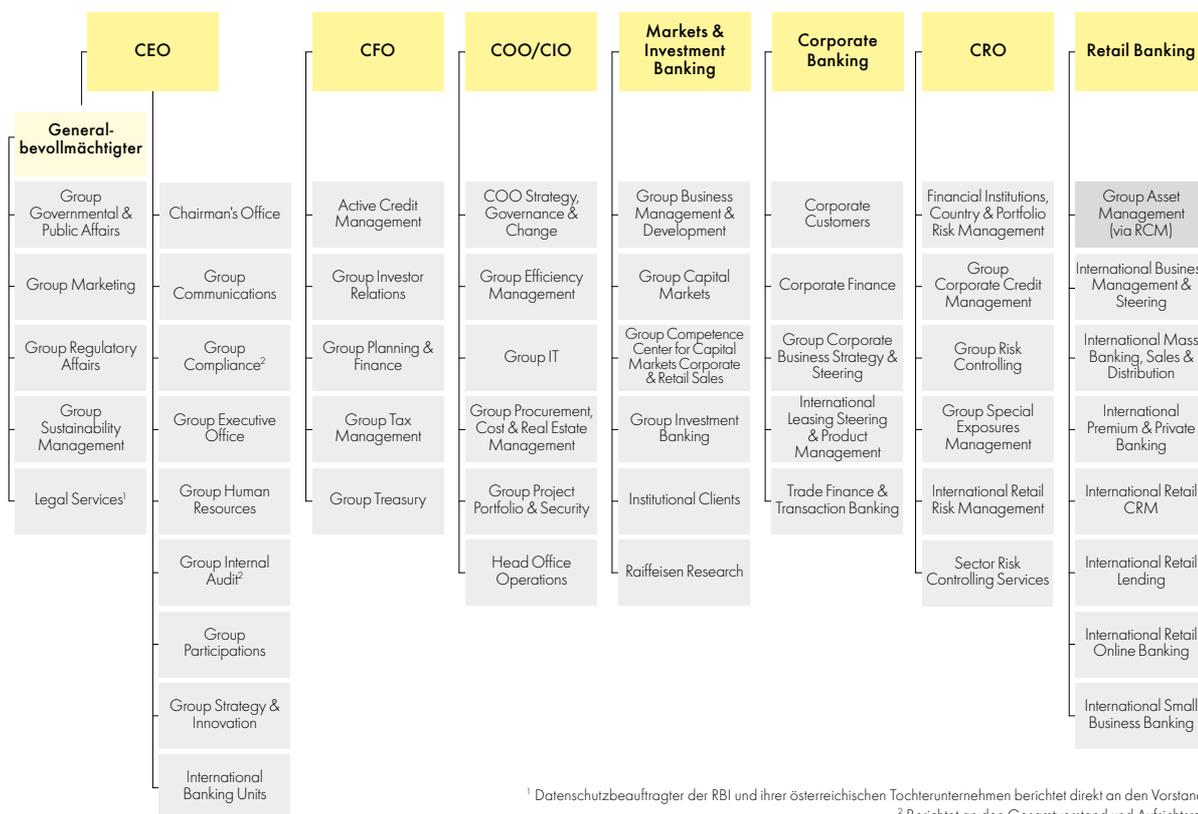
Jedem Mitglied des Beirats wird zusätzlich für die Teilnahme an einer Sitzung ein Sitzungsgeld von € 1.000,- (exkl. USt) gewährt. Entsprechend der Dauer des jeweiligen Beiratsmandats wird die jährliche Vergütung für das jeweilige Geschäftsjahr aliquot oder zur Gänze zugeteilt.

Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats

Kompetenzverteilung und Arbeitsweise im Vorstand

Der Vorstand der RBI AG leitet die Gesellschaft nach klaren Zielvorgaben, Plänen und Richtlinien in eigener Verantwortung im Sinn einer zukunftsgerichteten und den modernen unternehmerischen Grundsätzen entsprechenden Unternehmensführung. Dabei verfolgt er stets das Wohl des Unternehmens und berücksichtigt die Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer.

Die Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder wurden vom Aufsichtsrat unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands wie folgt festgelegt (Stand 31. Dezember 2018):



Im Geschäftsjahr 2018 kam es unter anderem zu folgenden wesentlichen Organisationsänderungen auf der zweiten Führungsebene (B-1):

Vorstandsbereich Chief Executive Officer (CEO)

- Der Bereich Group Governmental & Public Affairs wurde neu geschaffen, um den aktiven und strukturierten Dialog der RBI mit der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit zu intensivieren.
- Legal Services stellt nunmehr den Datenschutzbeauftragten, der die Einhaltung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in der RBI und in den österreichischen Tochtergesellschaften unterstützt. Dieser berichtet direkt an den Vorstand.
- Die Bereiche Group Strategy und Group Digital Banking wurden in den Bereich Group Strategy & Innovation zusammengeführt. Dieser Bereich beschäftigt sich weiterhin mit der Strategie der RBI sowie mit den Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche für die Gruppe ergeben. Damit soll neben der Entwicklung und Umsetzung von Innovationen und Partnerschaften die strategische Komponente der digitalen Transformation der RBI in den Fokus gerückt werden.
- Per 1. Dezember 2018 wurde die Funktion des Generalbevollmächtigten wieder eingerichtet. Unter dieser Funktion sind die Bereiche Group Regulatory Affairs, Legal Services, Group Marketing, Group Sustainability Management und Group Governmental & Public Affairs angesiedelt.

Vorstandsbereich Chief Financial Officer (CFO)

- Der Bereich Tax Management wurde unter Berücksichtigung der Konzernfunktion in Group Tax Management umbenannt.

Der Vorstandsbereich Retail Banking & Markets wurde am 1. März 2018 in die beiden Vorstandsbereiche Retail Banking sowie Markets & Investment Banking aufgeteilt.

Vorstandsbereich Retail Banking

- Der Bereich Retail Banking wurde umstrukturiert und von drei auf acht spezialisierte Bereiche erweitert. Aus dem Bereich International Retail Strategy & Products entstanden die drei Bereiche International Business Management & Steering, International Retail Online Banking sowie International Retail Lending. Aus dem Bereich International Consumer & Small Business Banking wurden die zwei Bereiche International Small Business Banking sowie International Mass Banking, Sales & Distribution. Weiters wurde ein neuer Bereich mit dem Namen International Retail CRM gegründet. Diese Umstrukturierung war erforderlich, um das angestrebte Wachstum des Einzelhandels zu unterstützen.
- Der Bereich Group Asset Management war bis Anfang 2018 im Vorstandsbereich Retail Banking & Markets angesiedelt. Nach Aufteilung der Vorstandsbereiche in Retail Banking sowie Markets & Investment Banking wurde dieser Bereich zuerst in den Vorstandsbereich Markets & Investment Banking eingegliedert. In der zweiten Jahreshälfte wurde er dann in den Vorstandsbereich Retail Banking verlagert.

Vorstandsbereich Markets & Investment Banking

- Der neue Bereich Group Competence Center for Capital Markets Corporate & Retail Sales wurde als Gruppenfunktion implementiert, die direkt an den Vorstandsbereich Markets & Investment Banking berichtet. Dieser neue Bereich wird Cross-Selling-Chancen nutzen.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft gemäß dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die wöchentlichen Vorstandssitzungen werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie dienen der wechselseitigen Information, der Beratung und der Entscheidungsfindung in allen Angelegenheiten, die der Genehmigung dieses Organs bedürfen. Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Vorstands enthalten Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sowie einen Katalog jener Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Entscheidungsbefugnisse und Tätigkeiten der Ausschüsse des Aufsichtsrats

In den Geschäftsordnungen des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sind jene Geschäftsführungsmaßnahmen geregelt, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des zuständigen Ausschusses bedürfen.

Der **Arbeitsausschuss** behandelt jene Angelegenheiten, die ihm vom Gesamtaufichtsrat übertragen wurden. Im Rahmen der Befassung mit Kredit- und Limitanträgen werden allgemeine Fokusberichte zu den einzelnen Industrien im Firmenkundensegment sowie im Bereich Finanzinstitute behandelt. Dabei werden jeweils auch ausgewählte Kundengruppen und Finanzinstitute erörtert sowie Rating-Herabstufungen von Kunden besprochen. Zusätzlich befasste sich der Arbeitsausschuss im Jahresverlauf sowohl mit der Entwicklung der 20 größten Gruppen verbundener Kunden im Firmenkundensegment als auch mit aktuellen anlassbezogenen Kunden-Sonderberichten. Der Arbeitsausschuss diskutiert und entscheidet Limitanträge von Unternehmen und Finanzinstitutionen und bespricht Limitanträge, die in der Entscheidungskompetenz des Aufsichtsrats liegen, sowie Berichte an den Aufsichtsrat, wie den jährlichen Bericht über alle wesentlichen Investments gem. § 28b BWG, vor ihrer Behandlung im Aufsichtsrat.

Darüber hinaus behandelt der Arbeitsausschuss vorliegende Anträge und Berichte zur Errichtung, Stilllegung und Auflösung von Tochtergesellschaften sowie zum Erwerb von und zur Verfügung über Beteiligungen bis zur Betragsgrenze für die Zuständigkeit des Aufsichtsrats. Die Übernahme von neuen Organfunktionen durch Vorstandsmitglieder sowie die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Mitglieder innerhalb des Vorstands werden ebenfalls im Arbeitsausschuss erörtert und beschlossen.

Der **Personalausschuss** befasst sich mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder und ihren Anstellungsverträgen. Im Speziellen bespricht und entscheidet er über die Bestimmungen in den Anstellungsverträgen der einzelnen Vorstandsmitglieder und nimmt erforderlichenfalls Vertragsanpassungen vor. Darüber hinaus fällt die Zustimmung zu einer allfälligen Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder in seinen Verantwortungsbereich.

Er entscheidet auf Basis der geltenden Regelungen über die Zielvorgaben für den Vorstand und nimmt erforderlichenfalls Anpassungen vor. Weiters erörtert er die Zielerreichung des Vorstands und genehmigt darauf basierend die Bonuszuweisung. Darüber hinaus bespricht und prüft der Personalausschuss die Vorlage von Informationen, die eine Rückforderung bezahlter Bonus-Beträge (Clawback) oder Nicht-Auszahlung zurückgestellter Beträge (Malus) erforderlich erscheinen lassen. Im Einklang mit den gesetzlich vorgeschriebenen zeitlich versetzten Bonuszahlungen entscheidet der Personalausschuss auf dieser Basis die Auszahlung der aufgeschobenen Teilbeträge der Boni.

Der **Prüfungsausschuss** überwacht den Rechnungslegungsprozess. Er erteilt diesbezügliche Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit und beaufsichtigt die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Revisions- und Risikomanagementsysteme der Gesellschaft.

Der Prüfungsausschuss überwacht zudem die Abschluss- und die Konzernabschlussprüfung sowie damit einhergehend die Unabhängigkeit des Konzern-Abschlussprüfers/Bankprüfers, insbesondere im Hinblick auf die für die geprüfte Gesellschaft erbrachten zusätzlichen Leistungen. Der Ausschuss prüft den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss sowie den Konzern-Lagebericht

und ist für die Vorbereitung von dessen Feststellung durch den Aufsichtsrat verantwortlich. Hiezu befasst sich der Prüfungsausschuss eingehend mit dem Prüfungsplan und erörtert mit dem Prüfer im Rahmen der Abschlussprüfung besonders wesentliche Prüfungssachverhalte und -schwerpunkte, den Management Letter sowie den Bericht über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems. Der Prüfungsausschuss prüft weiters den Gewinnverteilungsvorschlag des Vorstands und den konsolidierten Corporate-Governance-Bericht. Über die Ergebnisse seiner Prüfungen erstattet er Bericht an den Aufsichtsrat. Ferner führt er nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben ein Verfahren zur Auswahl des Konzern-Abschlussprüfers/Bankprüfers durch und legt dem Aufsichtsrat eine Empfehlung für die Bestellung vor.

Weiters findet mit der Internen Revision ein regelmäßiger Austausch zu allgemeinen Revisionsthemen, den festgelegten Prüfungsgebieten, den im Rahmen der Prüfungstätigkeit gemachten Feststellungen sowie sich daraus ergebenden Verbesserungsmaßnahmen statt. Group Compliance berichtet ebenfalls regelmäßig an den Prüfungsausschuss und bespricht mit dem Prüfungsausschuss den Status des internen Kontrollsystems sowie dessen Wirksamkeit. Im Speziellen werden die Resultate der durchgeführten Überprüfung der Schlüsselkontrollen in den Non-financial-Reporting- und Financial-Reporting-Bereichen sowie weitergehende erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung diskutiert. Ebenso befasst sich der Prüfungsausschuss mit dem Accounting-Rahmenwerk und bespricht die Implementierung notwendiger Projekte.

Zu aktuellen Prüfungsausschuss-Themen erfolgen darüber hinaus Sonderberichte, zudem legt der Prüfungsausschuss am Jahresende Themenschwerpunkte für das kommende Jahr fest.

Zu den Aufgaben des **Vergütungsausschusses** gehört in erster Linie die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken der Gesellschaft, insbesondere auf Grundlage des BWG und unter Berücksichtigung der diesbezüglich anwendbaren Bestimmungen des ÖCGK. Dabei werden auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität berücksichtigt. Der Vergütungsausschuss beschließt hiezu detaillierte interne Vergütungsrichtlinien für die RBI und nimmt im Rahmen regelmäßiger Überprüfungen erforderlichenfalls Anpassungen vor. Darauf aufbauend erfolgt durch den Vergütungsausschuss der Auswahlprozess der Unternehmen innerhalb der RBI, auf die die Vergütungsprinzipien anzuwenden sind. Dieser Auswahlprozess wird in regelmäßigen Abständen überprüft. Auch obliegt dem Vergütungsausschuss die Genehmigung der vorgelegten Auswahl jener Mitarbeiter bzw. Funktionen, denen ein materieller Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe bzw. des Unternehmens zukommt. Dieses Risikopersonal unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch den Vergütungsausschuss.

Der Vergütungsausschuss überwacht und prüft zudem regelmäßig die Vergütungspolitik, die Vergütungspraktiken und die vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Hierzu werden im Rahmen des Vergütungsausschusses Berichte aus den Bereichen Human Resources, Interne Revision, Compliance und Risikomanagement vorgelegt und die daraus resultierenden Feststellungen und Maßnahmen besprochen. Der Vergütungsausschuss überprüft ferner die Vergütung des höheren Managements in Risikomanagement- und Compliance-Funktionen.

Ebenso obliegt dem Vergütungsausschuss die Entscheidung, ob für Mitarbeiter ein Malus- oder Clawback-Ereignis eingetreten ist. Diesbezüglich überprüft er die potenziell vorliegenden Fälle und beschließt auf dieser Grundlage, welche Konsequenzen ein solches Ereignis im Hinblick auf die Auszahlung variabler Vergütungen nach sich zieht.

In die Zuständigkeit des **Risikoausschusses** fallen die Beratung des Vorstands hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie, die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie die Beobachtung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Dazu erfolgen im Risikoausschuss quartalsmäßige Berichte, unter anderem zum Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiko sowie zu den Themen Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) und Non-performing Loans. Darüber hinaus werden aktuelle Risikoaspekte behandelt, und es erfolgen dazu im Fall aktueller politischer Entwicklungen ausgewählte Länderberichte sowie Berichte zu regulatorischen oder digitalen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die RBI. Weiters werden im Risikoausschuss die relevanten Kennzahlen und Toleranzwerte hinsichtlich des Risikoappetits der Gruppe besprochen, wobei Budgetplanung und Strategie Berücksichtigung finden.

In die Zuständigkeit des Risikoausschusses fällt ferner auch die Überprüfung, ob bei der Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte das Geschäftsmodell sowie die Risikostrategie angemessen berücksichtigt wurden. Hiezu bespricht der Risikoausschuss die ihm vorliegenden Berichte zur Preisgestaltung und Preiskalkulation im Kunden- und Finanzinstituts-geschäft und berät erforderlichenfalls einen Plan mit Abhilfemaßnahmen. Der Risikoausschuss überwacht auch, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit sowie der Zeitpunkt realisierter Gewinne berücksichtigt werden. Dazu wird im Risikoausschuss ein Bericht zur Vergütungspolitik vorgelegt, anhand dessen überprüft wird, ob die Vergütungsstruktur den Risikoappetit der RBI reflektiert.

Zu den Aufgaben des **Nominierungsausschusses** zählt die Besetzung frei werdender Stellen in Vorstand und Aufsichtsrat. Unter Berücksichtigung der Ausgewogenheit und der Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung aller Mitglieder des betroffenen Organs evaluiert der Nominierungsausschuss anhand einer Aufgabenbeschreibung potenzielle Kandidaten und gibt nach entsprechender Fit&Proper-Überprüfung eine Empfehlung zur Besetzung im jeweiligen Organ ab.

Der Nominierungsausschuss legt auch eine Zielquote für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat fest, berät über die Strategie zur Erreichung des definierten Ziels und pflegt einen regelmäßigen Austausch zur Umsetzung der geplanten

Entwicklungsmaßnahmen. Auch hat der Nominierungsausschuss die Entscheidungsfindung in Vorstand und Aufsichtsrat zu evaluieren. Dabei achtet er darauf, dass Vorstand und Aufsichtsrat nicht durch eine einzelne Person oder eine kleine Gruppe von Personen in einer den Interessen der Gesellschaft zuwiderlaufenden Art und Weise dominiert werden. Dies prüft und bewertet der Nominierungsausschuss anhand der Sitzungsprozesse und der Kommunikationswege innerhalb der Gremien (z. B. Erstellung von Protokollen, Vertretungsregelungen, Beschlussfassung im Umlaufweg in dringenden Fällen, Maßnahmencontrolling, Sitzungsvorbereitung, Übermittlung von Unterlagen) sowie durch die eigene Wahrnehmung der Mitglieder. Zu den Aufgaben des Nominierungsausschusses zählt weiters die regelmäßige Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats, wozu Berichte zur Zusammensetzung sowie zu den Organisationsstrukturen und den Arbeitsergebnissen der einzelnen Gremien zur Entscheidungsfindung vorgelegt werden. Ebenso erfolgt eine regelmäßige Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung der einzelnen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Die Bewertung erfolgt im Nominierungsausschuss und basiert auf der Selbstbeurteilung der einzelnen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie auf den individuellen Fortbildungsberichten.

Weiters überprüft der Nominierungsausschuss den Kurs des Vorstands im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an den Vorstand. Hierzu werden im Gremium sowohl die Selektion der Inhaber von Schlüsselfunktionen und die Grundsätze der Führungskräfteauswahl und -entwicklung sowie der Nachfolgeplanung als auch die Regelungen und Maßnahmen für die Besetzung von Positionen im höheren Management evaluiert.

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Im Berichtszeitraum trat der Aufsichtsrat (AR) zu sieben Sitzungen zusammen. Daneben informierte der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements der Gesellschaft und wesentlicher Konzernunternehmen, insbesondere bei wichtigem Anlass.

Der Arbeitsausschuss (AA) trat im Geschäftsjahr 2018 zu acht Sitzungen zusammen. Der Prüfungsausschuss (PrA) tagte dreimal, der Personalausschuss (PA) zweimal, der Vergütungsausschuss (VA) dreimal, der Risikoausschuss (RA) viermal und der Nominierungsausschuss (NA) viermal.

Kein Mitglied des Aufsichtsrats war an der persönlichen Teilnahme an mehr als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats verhindert.

Die Anwesenheit der Aufsichtsratsmitglieder in den Sitzungen des Aufsichtsrats sowie in den jeweiligen Ausschüssen stellte sich unter Berücksichtigung einer zeitlich unterschiedlichen Gremienzugehörigkeit 2018 wie folgt dar:

Aufsichtsratsmitglied	AR (7)	AA (8)	PrA (3)	PA (2)	NA (4)	VA (3)	RA (4)	Gesamt (31)
Mag. Erwin Hameseder	7/7	8/8	3/3	2/2	4/4	3/3	4/4	31
MMag. Martin Schaller	6/7	8/8	n/a	2/2	4/4	3/3	4/4	27
Dr. Heinrich Schaller	5/7	7/8	3/3	1/2	3/4	3/3	4/4	26
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	5/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	5
Mag. Peter Gauper	5/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	5
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	6/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	6
Dr. Rudolf Könighofer	6/7	n/a	n/a	2/2	4/4	n/a	n/a	12
Dr. Johannes Ortner	7/7	n/a	3/3	n/a	n/a	n/a	n/a	10
Dr. Günther Reibersdorfer	6/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	6
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	7/7	5/5 ¹⁾	3/3	n/a	n/a	3/3	4/4	22
Mag. Birgit Noggler	7/7	8/8	3/3	2/2	4/4	3/3	4/4	31
Dr. Andrea Gaal ²⁾	3/3	3/3	2/2	0/0	0/0	1/1	2/2	11
Mag. Bettina Selden ³⁾	2/4	3/5	0/1	1/2	1/1	1/2	0/2	8
Mag. Rudolf Korten Hof	6/7	8/8	3/3	n/a	4/4	3/3	4/4	28
Mag. Peter Anzeletti-Reikl	7/7	8/8	3/3	n/a	4/4	3/3	4/4	29
Dr. Susanne Unger	7/7	8/8	3/3	n/a	4/4	3/3	4/4	29
Mag. Gebhard Muster	4/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	4
Mag. Helge Rechberger	7/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	7
Dr. Natalie Egger-Grunicke	6/7	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	6

n/a nicht anwendbar, da kein Mitglied im jeweiligen Ausschuss

1) Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M. ist mit 21. Juni 2018 aus dem Arbeitsausschuss ausgeschieden

2) Dr. Andrea Gaal wurde am 21. Juni 2018 in den Aufsichtsrat und in alle Ausschüsse gewählt

3) Mag. Bettina Selden ist am 21. Juni 2018 aus dem Aufsichtsrat und aus allen Ausschüssen ausgeschieden

Der Aufsichtsrat sowie der Arbeits- und der Vergütungsausschuss trafen darüber hinaus ihre Beschlüsse auch im Umlaufverfahren.

Selbstevaluierung und Effizienzprüfung des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der RBI AG führte gemäß C-Regel 36 des ÖCGK für das Geschäftsjahr 2018 eine Selbstevaluierung und eine Effizienzprüfung durch, die durch die KPMG extern begleitet wurden.

Die Grundlage für die Selbstevaluierung bildet ein Fragebogen, der vom Arbeitskreis für Corporate Governance zur freiwilligen externen Evaluierung entwickelt und vonseiten der KPMG an die Gegebenheiten der RBI angepasst und weiter adaptiert wurde. Insbesondere wurden die Aufsichtsratsmitglieder über ihre Einschätzung zur Organisation und Arbeitsweise, zur Informationsversorgung sowie zur Zusammensetzung und Unabhängigkeit des Aufsichtsrats befragt. Ein weiterer Abschnitt des Fragebogens dient der Durchführung der Effizienzprüfung durch den Aufsichtsrat.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung des Vorstands

An den Vorstand der RBI AG wurden insgesamt folgende Bezüge bezahlt:

in € Tausend	2018	2017
Fixe Bezüge	5.154	4.571
Boni (inkl. Anteile für Vorjahre)	2.493	1.882
Aktienbasierte Zahlungen	399	694
Sonstige Bezüge	2.345	2.738
Gesamt	10.391	9.885

Die in der Tabelle dargestellten fixen Bezüge enthalten Gehälter und Sachbezüge. Die erfolgsabhängigen Bestandteile der Vorstandsbezüge umfassen grundsätzlich Bonuszahlungen und aktienbasierte Vergütungen im Rahmen des Share Incentive Program (SIP). 2018 wurden aufgeschobene Bonusanteile aus dem Jahr 2016 und aus den Vorjahren sowie sofort fällige Bonusanteile für das Jahr 2017 ausbezahlt. Im Jahr 2018 kam es zur letztmaligen Zuteilung einer aktienbasierten Vergütung, und zwar der Tranche 2013 des SIP (Details siehe unten), das somit beendet ist.

Die Zahlung eines Bonus ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft, die in einem Balanced-Scorecard-Ansatz aus unterschiedlichen Bereichen stammen. Es handelt sich dabei um gewichtete Finanzziele (angepasst an die jeweilige Funktion, z. B. Return on Risk-Adjusted Capital, Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva), Kunden-, Mitarbeiter- und Prozess-/Effizienz-/Infrastrukturziele sowie allenfalls weitere Ziele. Die Höhe des Bonus wird nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio bestimmt, wobei im Sinn einer mehrere Jahre umfassenden Ausrichtung die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen Return-on-Equity-Ziel der RBI abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt zeitlich verschoben nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt gemäß den internen Regelungen.

In den Verträgen der Vorstände ist ein Maximalbonus festgelegt. Ebenso beinhaltet das SIP einen Cap in Höhe des dreifachen Zuteilungswerts. Damit sind für alle variablen Vergütungsbestandteile Höchstgrenzen vorgesehen. Die Summe aller variablen Vergütungsbestandteile ist mit maximal 100 Prozent der fixen Bezüge begrenzt. Diese Höchstbegrenzung gilt gleichermaßen für den Vorstandsvorsitzenden wie für die übrigen Vorstandsmitglieder und umfasst alle Formen variabler Vergütungen. Die sonstigen Bezüge umfassen Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen, Zahlungen an Pensionskassen, Versicherungen und Urlaubsabfindungen sowie Zuschüsse.

Im Folgenden sind die Bezüge des Vorstands für 2018 im Detail dargestellt:

in € Tausend	Fixe Bezüge	Bonusanteile für 2017 und Vorjahre	Aktienbasierte Zahlungen	Sonstige	Summe
Dr. Johann Strobl	900	773	148	476	2.297
Mag. Martin Grill	761	645	140	434	1.980
Mag. Andreas Gschwenter	760	405	0	405	1.570
Lic. Mgr. Lukasz Januszewski	641	0	0	138	779
Mag. Peter Lennkh	762	563	111	473	1.909
Dr. Hannes Mösenbacher	747	107	0	282	1.136
Dr. Andrii Stepanenko	583	0	0	137	720
Gesamt	5.154	2.493	399	2.345	10.391

Die Angaben zu Lic. Mgr. Lukasz Januszewski und Dr. Andrii Stepanenko beziehen sich wegen des unterjährigen Funktionsantritts anteilig auf den Zeitraum ihrer Vorstandsfunktion. Zusätzlich zu den in der Tabelle angeführten Beträgen wurden an Dr. Herbert Stepic, Aris Bogdaneris, Dkfm. Klemens Breuer und Dr. Karl Sevelda zeitlich verschobene Bonusanteile aufgrund ihrer früheren Vorstandstätigkeit in Höhe von insgesamt TEUR 1.759 sowie TEUR 357 im Rahmen der Auszahlung der SIP-Tranche 2013 und weiters Leistungen aus Anlass der Beendigung des Vorstandsmandats von Dr. Karl Sevelda in Höhe von TEUR 1.142 bezahlt. Darüber hinausgehende außerordentliche Einmalzahlungen wurden nicht geleistet.

Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken in Umsetzung von § 39 Abs 2 i. V. m. § 39b BWG

Der Aufsichtsrat der RBI AG genehmigte in Umsetzung von § 39 Abs 2 i. V. m. § 39b BWG samt Anlage im Jahr 2011 die „Allgemeinen Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken“. Die Vergütung aller Mitarbeiter inklusive des Vorstands und des weiteren Risikopersonals hat im Einklang mit diesen Grundsätzen zu erfolgen. Diese Grundsätze wurden auch auf die Bonuszahlungen für das Jahr 2011 und alle Folgejahre angewendet. Der Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats der RBI AG überprüft diese Grundsätze regelmäßig und ist für die Überwachung ihrer Umsetzung verantwortlich. Um Neuerungen in den regulatorischen Vorgaben und Rahmenbedingungen bzw. Anpassungen im Vergütungssystem der RBI Rechnung zu tragen, werden die in der RBI geltenden Vergütungsgrundsätze in Form des sogenannten „Internal Law Total Rewards Management“ (inkl. Beilagen) laufend aktualisiert und dem Vergütungsausschuss zur Genehmigung vorgelegt. Dies erfolgte zuletzt im März 2018.

Allgemeine Vergütungsgrundsätze der RBI – Zusammenfassung

Die RBI verwendet ein einfaches und transparentes Vergütungssystem, das die Geschäftsstrategie der Gruppe widerspiegelt und im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen steht. Dabei unterstützen die Vergütungsgrundsätze die langfristigen Ziele, Interessen und Werte des Unternehmens und enthalten gleichzeitig Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Das Vergütungssystem der RBI ermutigt nicht zur Übernahme von unverhältnismäßigen Risiken, sondern unterstützt ein solides und wirksames Risikomanagement (z. B. durch den Performance-Management-Prozess mit finanziellen und nicht-finanziellen Zielen sowie qualitativen und quantitativen Key Performance Indicators sowie die Anwendung eines Bonuspool-Ansatzes). Diesem Anliegen dient auch die Begrenzung der variablen Vergütung durch Schwellenwerte und Obergrenzen, die gleichzeitig eine langfristig genauere Kostenplanung ermöglicht. Darüber hinaus gelten für die Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeiten wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Unternehmens bzw. der Gruppe haben könnten (Risikopersonal), besondere Regelungen.

Die Gesamtvergütung besteht aus fixen und variablen Bestandteilen in einem angemessenen Verhältnis. Das Fixeinkommen wird so bemessen, dass den Mitarbeitern eine adäquate Lebensführung ermöglicht wird. Damit soll größtmögliche Flexibilität in der Auswahl und Umsetzung der variablen Vergütungskomponenten gewährleistet bleiben, bis hin zum gänzlichen Verzicht auf die Gewährung einer variablen Vergütung. Zudem schränkt der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen die Fähigkeit der RBI zur Verbesserung ihrer Eigenmittelausstattung nicht ein. Die Grundlage aller variablen Vergütungsprogramme ist die Leistung, die auf Konzern-, Unternehmens- sowie individueller Ebene gemessen wird.

Das Vergütungssystem der RBI unterstützt die Überwindung des Silo-Denkens, weil ein erheblicher Teil der variablen Vergütung – unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – mit der Leistung des Konzerns verknüpft wird. Gleichzeitig gewährleistet das Vergütungs- und Performance-Management-System hohe Qualität und soll damit die Kundenbeziehungen langfristig stärken.

Share Incentive Program

Die enorm gestiegene Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütungen und die Verschiebung des Jahresbonus für Top-Führungskräfte hat den Vorstand im Jahr 2014 veranlasst, ab dem Geschäftsjahr 2014 keine SIP-Tranchen mehr zu begeben.

Im Jahr 2018 kam es zum Abreifen der letzten SIP-Tranche, jener für 2013. Gemäß den Programmbedingungen wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

SIP 2013

Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert zum Aktienkurs von € 27,12 am Zuteilungstag (9. April 2018)	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	29.170	791.090	24.233
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Bank-Tochterunternehmen und Zweigstellen	43.470	1.178.906	34.005
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	21.640	586.877	14.500

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren keine bedingten Aktien mehr zugeteilt.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

Pensionen

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter. Diese sehen einen Grundbeitrag des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vor, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegen das Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der jeweiligen Funktionsperiode oder befristet auf maximal fünf Jahre abgeschlossen.

Abfertigungen

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung, für sechs Mitglieder richten sich die Ansprüche nach dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch das Vorstandsmitglied.

Die Regelungen über Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit basieren grundsätzlich auf den im ÖCGK genannten Grundsätzen, und auch die vom ÖCGK vorgeschriebenen Höchstgrenzen (bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund maximal zwei Jahres-gesamtvergütungen, ausgenommen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen vor dem 1. Jänner 2010, jedoch nicht mehr als die Restlaufzeit; keine Abfindung bei vorzeitiger Beendigung aus einem vom Vorstandsmitglied zu vertretenden wichtigen Grund) werden eingehalten.

Vergütung des Aufsichtsrats

Im Rahmen der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 wurde ein neues Vergütungsmodell für den Aufsichtsrat beschlossen. Demnach wird den gewählten Aufsichtsratsmitgliedern jährlich beginnend mit dem Geschäftsjahr 2017, sofern die Hauptversammlung künftig nichts Gegenteiliges beschließt, eine Vergütung gewährt, die sich wie folgt zusammensetzt:

- für den Aufsichtsratsvorsitzenden € 120.000,-
- für die Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden jeweils € 90.000,-
- für jedes weitere gewählte Mitglied des Aufsichtsrats jeweils € 60.000,-
- für die Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie des Risikoausschusses jeweils zusätzlich € 10.000,-

Entsprechend der zeitlichen Gremienzugehörigkeit und unter Berücksichtigung einer allfälligen Vorsitzfunktion des jeweiligen Aufsichtsratsmitglieds wird die jährliche Vergütung für das jeweilige Geschäftsjahr aliquot oder zur Gänze zugeteilt und zur Auszahlung gebracht. Weiters wurde in der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 beschlossen, dass jedem gewählten Mitglied des Aufsichtsrats zusätzlich für die Teilnahme an einer Sitzung ein Sitzungsgeld von € 1.000,- gewährt werden soll.

Entsprechende Rückstellungen für die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 wurden gebildet.

Basierend auf dem neu beschlossenen Vergütungsmodell wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung der jeweiligen Funktionsperiode und der Ausübung einer Vorsitzfunktion folgende Vergütung ausbezahlt:

2018

Aufsichtsratsmitglied	Fixvergütung in € Tausend	Sitzungsgeld in € Tausend	Gesamtvergütung in € Tausend
Mag. Erwin Hameseder	120	31	151
MMag. Martin Schaller	100	27	127
Dr. Heinrich Schaller	95	26	121
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	60	5	65
Mag. Peter Gauper	60	5	65
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	60	6	66
Dr. Rudolf Könighofer	60	12	72
Dr. Johannes Ortner	60	10	70
Dr. Günther Reibersdorfer	60	6	66
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	65	22	87
Mag. Birgit Noggler	60	31	91
Dr. Andrea Gaal	32	11	43
Mag. Bettina Selden	28	8	36

2017

Entsprechend dem Hauptversammlungsbeschluss vom 21. Juni 2018 wurden folgende Auszahlungen für 2017 vorgenommen:

Aufsichtsratsmitglied	Fixvergütung in € Tausend	Sitzungsgeld in € Tausend	Gesamtvergütung in € Tausend
Dr. Walter Rothensteiner	57	18	75
Mag. Erwin Hameseder	108	28	136
MMag. Martin Schaller	90	30	120
Dr. Heinrich Schaller	95	30	125
Dr. Johannes Peter Schuster	15	10	25
Dr. Günther Reibersdorfer	60	4	64
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	60	4	64
Mag. Michael Höllerer	15	0	15
Mag. Peter Gauper	32	3	35
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	32	3	35
Dr. Rudolf Könighofer	32	5	37
Dr. Johannes Ortner	32	4	36
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	32	10	42
Mag. Birgit Noggler	32	13	45
Mag. Bettina Selden	60	14	74
Dr. Kurt Geiger	28	2	30

D&O-Versicherung

Für Aufsichtsrat, Vorstand und leitende Angestellte bestand auch für das Geschäftsjahr 2018 eine D&O (Directors & Officers)-Vermögensschadens- und Haftpflichtversicherung mit der UNIQA Österreich Versicherungen AG, deren Kosten von der Gesellschaft getragen werden. Die Deckung umfasst sowohl Ansprüche Dritter (Deckung im Außenverhältnis) als auch Ansprüche des Unternehmens selbst (Deckung im Innenverhältnis) gegen die Manager. Die Deckung im Innenverhältnis schützt auch das Unternehmen.

Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2017 wurde am 21. Juni 2018 in Wien abgehalten. Die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2018 findet am 13. Juni 2019 statt. Die Einberufung wird spätestens am 28. Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung und in elektronischer Form bekannt gemacht.

Die Aktionäre als Eigentümer des Unternehmens üben ihre Rechte durch Abstimmung in der Hauptversammlung aus. Es gilt grundsätzlich das Prinzip „Eine Aktie, eine Stimme“. Demnach bestehen keine Stimmrechtsbeschränkungen, alle Aktionäre sind vollkommen gleichberechtigt. Jede ausgegebene Stückaktie gewährt eine Stimme, Namensaktien wurden nicht ausgegeben. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst oder durch Bevollmächtigte ausüben.

Syndikatsvereinbarung in Bezug auf die RBI

Die Raiffeisenlandesbanken sowie unmittelbare und mittelbare Tochtergesellschaften der Raiffeisenlandesbanken sind aufgrund einer Syndikatsvereinbarung in Bezug auf die RBI gemeinsam vorgehende Rechtsträger i. S. d. § 1 Z 6 Übernahmegesetz (siehe Stimmrechtsmitteilung zuletzt vom 7. September 2018). In der Syndikatsvereinbarung sind unter anderem eine Stimmbindung für alle Angelegenheiten, die einer Beschlussfassung durch die Hauptversammlung der RBI unterliegen, Nominierungsrechte für den Aufsichtsrat der RBI und Vorkaufsrechte zwischen den Syndikatspartnern vereinbart. Ferner ist vereinbart, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB mit der RBI Verkäufe von durch die Raiffeisenlandesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) vertraglich beschränkt sind, wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisenlandesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde (nach Ablauf des Dreijahreszeitraums verringert sich die Anteilsschwelle auf 40 Prozent des Grundkapitals).

Bericht über die von der Gesellschaft gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen sowie Beschreibung des Diversitätskonzepts (§ 80 Aktiengesetz (AktG)) nach § 243c Abs 2 Z 2 und 2a UGB

Beschreibung des Diversitätskonzepts

Vorurteile und Diskriminierung haben in der RBI keinen Platz. Dies ist auch im konzernweit geltenden Code of Conduct klar verankert. Vielmehr setzt sich die RBI für Gleichberechtigung ein, denn es entspricht ihrem Selbstverständnis, für gleiche Leistung im Unternehmen – unabhängig vom Geschlecht oder anderen Faktoren – gleiche Chancen zu bieten. Dies beginnt bereits bei der Mitarbeiterauswahl, die vorurteilsfrei zu erfolgen hat und bei der stets die gleichen Maßstäbe anzulegen sind.

Im Juni 2018 wurde die RBI Group Diversity Policy veröffentlicht. Diese beschreibt die Relevanz dieses Themas für die RBI. Die Policy definiert die Verantwortlichkeiten und gibt auch vor, wie eine Diversity-Strategie im Konzern zu implementieren ist.

Wichtige Bestandteile dieser Policy sind auch die im Jahr 2017 erstellte Diversitätsvision und -mission der RBI sowie jene Leitsätze, die bei der täglichen Umsetzung Orientierung bieten. Darin legt die RBI ihre Haltung zu diesem Thema dar: „Für die RBI bedeutet Vielfalt Mehrwert. Die Chancen der Vielfalt auszuschöpfen, nützt nachhaltig dem Unternehmen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch Wirtschaft und Gesellschaft. Mit gelebter Vielfalt setzt die RBI die 130-jährige Erfolgsgeschichte Raiffeisens fort. Um als starker Partner die Kundinnen und Kunden optimal zu unterstützen und sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, nutzt die RBI aktiv und professionell das Potenzial der Vielfalt.“

Die in der RBI Group Diversity Policy enthaltene Strategie für die Besetzung der Positionen in Aufsichtsrat und Vorstand legt fest, dass diese unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Gesichtspunkts der Diversität sowie der gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen hat. Weitere zu beachtende Diversitätsaspekte sind Alter, Geschlecht und geografische Herkunft. Zu den wesentlichen Anforderungen gehören weiters ein fundierter Bildungshintergrund sowie Berufserfahrung, vorzugsweise aus dem Umfeld von Banken bzw. Finanzinstitutionen. Ziel ist ein breites Spektrum an Qualifikationen sowie Kompetenzen, um eine möglichst große Vielfalt an Erfahrung und unterschiedlichen Meinungen zu erreichen, die gemeinsam zu tragfähigen Entscheidungen führen sollen.

Um die Diversität der Märkte abzubilden und den kulturellen Kontext der RBI zu reflektieren, soll sich dieser Aspekt auch in der geografischen Herkunft der Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand widerspiegeln. Zudem sollten im Interesse einer ausgewogenen Altersstruktur in Vorstand und Aufsichtsrat vorzugsweise nicht alle Mitglieder derselben Altersdekade angehören. Der Zielanteil für Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und zweiter Führungsebene wurde für den RBI-Konzern mit 35 Prozent bis spätestens 2024 festgelegt.

Im ersten Quartal 2018 wurde die Anzahl der Vorstandsmitglieder der RBI AG von fünf auf sieben erhöht. Der Vorstandsbereich Retail Banking & Markets, der zuvor interimistisch geleitet worden war, wurde aufgeteilt und neu besetzt. Weiters wurde das Mandat eines Vorstandsmitglieds verlängert. Von sieben Vorstandsmitgliedern stammen aktuell fünf aus Österreich, ein Vorstandsmitglied ist polnischer und ein weiteres ukrainischer Herkunft. Damit erhöht sich der Anteil der Mitglieder mit nicht-österreichischer Herkunft von 0 Prozent zum Jahresende 2017 auf 29 Prozent zum Jahresende 2018. Der Aufsichtsrat setzt sich zur Gänze aus Mitgliedern österreichischer Herkunft zusammen. Die Verteilung des Lebensalters erstreckt sich im Aufsichtsrat zwischen 44 und 64 Jahren (2017: zwischen 43 und 65 Jahren) und im Vorstand zwischen 40 und 59 Jahren (2017: zwischen 45 und 58 Jahren).

Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen

Der RBI ist bewusst, dass ein höherer Anteil von Frauen im Management einen positiven Einfluss auf das Unternehmensergebnis hat. Deswegen ist das Empowerment von Frauen strategisch im Diversity-Management verankert und wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen gefördert.

Um die Rahmenbedingungen für Beruf und Karriere weiter zu verbessern, arbeitet die RBI laufend an der Optimierung der Vereinbarkeit von Familienverantwortung und Arbeitsalltag. Modelle wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeit- oder Telearbeit werden den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend angeboten und aktiv unterstützt. Ebenso bestehen an manchen Standorten Betriebskindergärten mit arbeitsnehmerfreundlichen Öffnungszeiten. Diese Angebote zielen unter anderem darauf ab, ein gezieltes Karenzmanagement zu ermöglichen, das den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben fördern soll. Auch der Väterkarenz steht die RBI positiv gegenüber und sieht diese als wichtige Möglichkeit, Gleichberechtigung zu ermöglichen. Um die Kompetenzen im Bereich Mitarbeiterführung weiter auszubauen, bietet die RBI gezielt Aus- und Weiterbildungsprogramme an, die sowohl von weiblichen als auch von männlichen Mitarbeitern sehr positiv angenommen werden. Der Frauenanteil im Basic-Leadership-Programm der RBI AG betrug 2018 56 Prozent, im Talent Lab für Führungskräfte 40 Prozent.

Die Initiative „Vielfalt 2020“ in Österreich wurde im Jahr 2018 mit einer Reihe von Maßnahmen fortgesetzt. Einer der aktuellen Themenschwerpunkte dieser Diversitäts-Initiative ist das Empowerment von Frauen. Damit soll insbesondere die Anzahl der Frauen im Top-Management erhöht werden. Die RBI ist davon überzeugt, dass es hier entscheidend ist, direkt bei den Personalprozessen anzusetzen, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Aus diesem Grund werden ausgeschriebene Managementpositionen erst besetzt, wenn es zumindest auch eine qualifizierte Kandidatin gibt. Dafür werden, falls erforderlich, potenziell geeignete Kandidatinnen auch aktiv angesprochen. Wenn sich keine Bewerberin meldet, darf die Stelle erst nach einer Wartezeit von einem Monat mit einem männlichen Bewerber besetzt werden. Um Objektivität im Auswahlprozess zu gewährleisten, werden Unterlagen für Interviews oder Hearings anonymisiert. Im Talentauswahlprozess muss zumindest ein weiblicher Assessor beteiligt sein, als Novum besteht zudem neuerdings die Möglichkeit der Selbstnominierung. Ein wesentlicher Faktor, der gerade die vermehrte Besetzung von Managementpositionen mit Frauen behindert, sind unbewusste Vorurteile. Um hier entgegenzuwirken, wird den Führungskräften der RBI ein spezielles E-Microlearning-Programm angeboten, mit dessen Hilfe sie eigene Vorurteile besser erkennen und den bewussten Umgang damit erlernen können. Zur Überwindung struktureller Barrieren ermöglicht die RBI auch Modelle wie Führung in Teilzeit. Ebenso sieht sie geschlechtsspezifisches Mentoring als ein wesentliches Instrument, um die Frauenquote im Management zu erhöhen. Des Weiteren wurde ein firmeninterner Lehrgang zum Thema „Empowerment von Frauen“ für weibliche Talente angeboten und im Jahr 2018 erfolgreich abgeschlossen. Zwei der Absolventinnen dieses Lehrgangs haben das Netzwerk „RBI Women Forum“ ins Leben gerufen, das weibliche Führungskräfte und Talente zusammenbringen möchte. Unter dem Motto „Our Future Networks“ fand im Oktober 2018 die Auftaktveranstaltung statt.

Für die RBI AG hat der Nominierungsausschuss einen Zielanteil von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und höherem Management (zweite und dritte Führungsebene) bis 2024 beschlossen. Per 31. Dezember 2018 stellten sich hier die Anteile von Frauen in Führungspositionen (Positionen mit Mitarbeiterverantwortung) bis zur dritten Führungsebene wie folgt dar: Aufsichtsrat 28 Prozent (2017: 28 Prozent), Vorstand 0 Prozent (2017: 0 Prozent), zweite Führungsebene 19 Prozent (2017: 17 Prozent) und dritte Führungsebene 20 Prozent (2017: 19 Prozent), dies bei einer Gesamtquote von Mitarbeiterinnen von 46 Prozent (2017: 46 Prozent). Die RBI AG erfüllt damit die in Österreich seit 1. Jänner 2018 geltende gesetzlich verpflichtende Frauenquote für den Aufsichtsrat. Auch aufgrund diverser Reorganisationen hat sich der Frauenanteil im Top-Management trotz der zahlreichen gesetzten Maßnahmen im Jahr 2018 nur geringfügig erhöht. Aus diesem Grund führt die RBI in Zusammenarbeit mit einer externen Organisation gerade eine detaillierte Analyse der Personalstruktur sowie der Rekrutierungs- und Beförderungspraktiken durch. Nach deren Abschluss sollen das Maßnahmenpaket optimiert und die gesetzte Zielquote betreffend ihre Erreichbarkeit neu evaluiert werden.

Für den RBI-Konzern insgesamt hat der Nominierungsausschuss einen Zielanteil von 35 Prozent für Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und zweiter Führungsebene bis spätestens 2024 beschlossen. Die folgenden Zahlen beinhalten die RBI AG und 13 Netzwerkbanken in CEE (2017: 14 Netzwerkbanken) sowie die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., die Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. sowie die Valida Vorsorge Management, die Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft und die Raiffeisen Centrobank AG. Per 31. Dezember 2018 sind im RBI-Konzern insgesamt 66 Prozent (2017: 67 Prozent) der Beschäftigten Frauen. Der Frauenanteil in Vorstandsfunktionen beträgt 14 Prozent (2017: 12 Prozent), in der zweiten Führungsebene 35 Prozent (2017: 36 Prozent) und in der dritten Führungsebene 46 Prozent (2017: 45 Prozent). Der Frauenanteil in Aufsichtsräten liegt bei 18 Prozent (2017: 15 Prozent).

Dem Vorstand ist bewusst, dass es der konsequenten Fortführung der bestehenden und auch der Offenheit gegenüber neuen Maßnahmen bedarf, um den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern. Er ruft Frauen dazu auf, die Möglichkeiten dafür bewusst zu nutzen und sich bei der Weiterentwicklung aktiv einzubringen.

Transparenz

Das Internet und insbesondere die Website des Unternehmens spielen für die RBI im Sinn einer offenen Kommunikation gegenüber Aktionären und deren Vertretern, Kunden, Analysten, Mitarbeitern und der interessierten Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Daher werden u. a. folgende Informationen bzw. Services auf der Website angeboten und laufend aktualisiert: Geschäfts- und Zwischenberichte, Unternehmenspräsentationen, Telefonkonferenzen via Webcast, Ad-hoc-Mitteilungen, Pressemeldungen, Investor-Relations-Mitteilungen, Kursinformationen und Daten zur Aktie, Informationen für Fremdkapitalgeber, der Finanzkalender mit großem zeitlichem Vorlauf für wichtige Termine, Informationen über meldepflichtige Wertpapiergeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat (Directors' Dealings), die Satzung der RBI AG, der Corporate-Governance-Bericht, Einschätzungen von Analysten, ein Bestellservice für schriftliche Informationen sowie eine Anmeldeöglichkeit für die automatische Zusendung der Investor Relations News per E-Mail.

Interessenkonflikte

Sowohl für den Vorstand als auch für den Aufsichtsrat der RBI AG gilt die Verpflichtung zur Offenlegung allfälliger Interessenkonflikte.

So müssen Vorstandsmitglieder wesentliche persönliche Interessen an Transaktionen der Gesellschaft und von Konzernunternehmen sowie sonstige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat mitteilen. Zudem besteht eine Informationspflicht den anderen Vorstandsmitgliedern gegenüber. Mitglieder des Vorstands, die bei anderen Unternehmen Geschäftsführungsfunktionen ausüben, sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass es zu einem fairen Ausgleich der Interessen der beteiligten Unternehmen kommt.

Aufsichtsratsmitglieder müssen allfällige Interessenkonflikte unverzüglich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mitteilen, der in der Evaluierung durch Compliance unterstützt wird. Gerät der Vorsitzende selbst in einen Interessenkonflikt, hat er dies unverzüglich seinem Stellvertreter offenzulegen. Verträge der Gesellschaft mit Mitgliedern des Aufsichtsrats, durch die sich diese außerhalb ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) zu einer Leistung gegen ein nicht bloß geringfügiges Entgelt verpflichten, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Dies gilt auch für Verträge mit Unternehmen, an denen ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat. Des Weiteren bedürfen Organgeschäfte im Sinn des § 28 BWG der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Diese und weitere Vorgaben und Verhaltensanweisungen sind in einer unternehmensinternen Richtlinie geregelt, die die von Gesetz und ÖCGK geforderten Verpflichtungen enthält. In dieser Richtlinie wurden ebenfalls die Leitlinien zur internen Governance der European Banking Authority (EBA), die gemeinsamen Leitlinien der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und der EBA zur Bewertung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans und Inhabern von Schlüsselfunktionen, der Leitfaden der Europäischen Zentralbank zur Eignung von Leitungs- und Aufsichtsorganen (ECB Guide to fit and proper assessments) und die Unternehmensführungsgrundsätze für Banken des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht berücksichtigt.

Gesonderter konsolidierter nichtfinanzieller Bericht (§ 267a UGB) sowie Angaben für das Mutterunternehmen nach § 243b UGB

Die Gesellschaft erstellte für die RBI einen gesonderten konsolidierten nichtfinanziellen Bericht nach § 267a UGB für das Geschäftsjahr 2018, der auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen enthält. Dieser Bericht wurde vom Aufsichtsrat nach § 96 Abs 1 AktG geprüft. Zudem hat der Vorstand die KPMG mit der Prüfung des konsolidierten nichtfinanziellen Berichts beauftragt, und diese wird den Aufsichtsrat in der Sitzung vom März 2019 darüber informieren. Über das Ergebnis seiner Prüfung wird der Aufsichtsrat in der ordentlichen Hauptversammlung Bericht erstatten.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Konzernabschluss der RBI wird gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Des Weiteren werden die Vorschriften des BWG in Verbindung mit dem UGB – sofern sie auf den Konzernabschluss anzuwenden sind – eingehalten. Der Konzernabschluss wird innerhalb der ersten vier Monate des auf den Berichtszeitraum folgenden Geschäftsjahres veröffentlicht, Zwischenberichte spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums nach IFRS.

Die Hauptversammlung vom 22. Juni 2017 wählte als Abschluss- und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2018 die KPMG. Die KPMG bestätigte gegenüber der RBI AG, dass ihr eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Qualitätsprüfungssystem vorliegt. Ebenso wurde erklärt, dass keine Ausschluss- und Befangenheitsgründe bestehen. Der Aufsichtsrat wird über das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung durch den Abschlussprüfer in Form des gesetzlich vorgeschriebenen Berichts über die Prüfung des Konzernabschlusses sowie durch den Bericht des Prüfungsausschusses informiert. Darüber hinaus hat der Abschlussprüfer auf Grundlage der vorgelegten Dokumente und der zur Verfügung gestellten Unterlagen die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements gemäß ÖCGK zu beurteilen. Der daraus resultierende Bericht wird dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht. Dieser trägt dafür Sorge, dass der Bericht im Prüfungsausschuss behandelt und im Aufsichtsrat darüber berichtet wird.



Dr. Johann Strobl

Der Vorstand



Mag. Martin Grüll



Mag. Andreas Gschwentner



Lic. Mgr. Lukasz Januszewski



Mag. Peter Lennkh



Dr. Hannes Mösenbacher

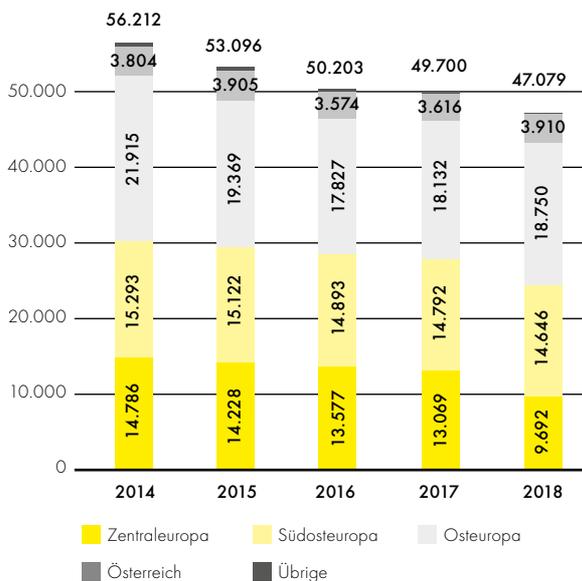


Dr. Andrii Stepanenko

Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) spielt für die RBI in der Umsetzung ihrer Strategie und ihrer Unternehmensziele eine wichtige Rolle. Eine Hauptaufgabe von HR bei der Planung, Organisation und Steuerung der personellen Ressourcen im Konzern ist es, die Bedürfnisse der Mitarbeiter und die Interessen des Unternehmens aufeinander abzustimmen. Dies schließt – neben HR-Kernprozessen wie Rekrutierung und Talentmanagement – auch die bestmögliche Vorbereitung der Mitarbeiter auf bestehende und künftige Herausforderungen im Bankwesen mit ein. Im Fokus stehen dabei die steigenden regulatorischen Anforderungen und insbesondere die fortschreitende Digitalisierung. Denn die zunehmende Digitalisierung, angetrieben durch eine Veränderung der Kundenbedürfnisse sowie die Erschließung von neuen technologischen Möglichkeiten, durchdringt die Sphäre der Unternehmen genauso umfassend wie den privaten Bereich. Die Geschwindigkeit des Wandels erhöht sich dabei rasant. Die RBI stellt sich auf diese Veränderungen durch agileres Arbeiten in adaptiven Organisationsstrukturen ein. Digitalisierung und gesteigerte Agilität werden einen nachhaltigen Wandel mit sich bringen, der auch mit Umbrüchen für die Mitarbeiter und das Personalwesen verbunden sein wird. Aus HR-Sicht standen im abgelaufenen Geschäftsjahr folglich Aktivitäten im Zusammenhang mit den Herausforderungen zunehmender Digitalisierung und einer höheren Agilität im Mittelpunkt.

Mitarbeiter zum Jahresende



Entwicklung Personalstand

Zum 31. Dezember 2018 beschäftigte die RBI mit 47.079 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) um 2.621 Personen bzw. 5 Prozent weniger als Ende 2017. Der größte Rückgang ergab sich dabei durch den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A (Rückgang: 3.675). Demgegenüber verzeichneten Russland (Anstieg: 769) und Österreich (Anstieg: 294) die größten Steigerungen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 39 Jahren weiterhin relativ niedrig, der Frauenanteil lag bei 66 Prozent. Mit einer Akademikerquote von 76 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf.

Auf dem Weg zur agilen und adaptiven Organisation

Bei der Umsetzung der diversen Digitalisierungsprojekte der RBI sowie der Steigerung der Agilität im Unternehmen bedarf es einer engen Abstimmung der Business-, Technologie- und HR-Agenden. Dies bedeutet für den HR-Bereich einerseits, die eigenen Arbeitsabläufe zu überdenken, anzupassen und gegebenenfalls neu zu gestalten sowie neue Technologien zur Verbesserung von Effizienz und Nutzerfreundlichkeit zu prüfen und einzusetzen. Besonders die Erfahrungen, die die Mitarbeiter im und mit dem Unternehmen machen, stehen hier im Mittelpunkt. Andererseits müssen die Mitarbeiter bei den durch die Digitalisierung bewirkten Veränderungen umfassend begleitet und unterstützt werden. Hier setzt die RBI auf das Konzept der adaptiven Arbeitsorganisation und damit verbundene neue Denkansätze ebenso wie auf die Entwicklung und Anwendung von neuen Arbeitsmethoden wie Design Thinking oder Scrum.

So wie sich die Bedürfnisse und Erwartungen der Kunden ändern, unterliegen auch die Bedürfnisse und Erwartungen der Mitarbeiter an ihr Unternehmen einer Veränderung. Eine der Aufgaben von HR ist es daher, künftig weniger in funktionalen Prozessen zu denken, sondern die Perspektive des internen Kunden einzunehmen und noch mehr darauf zu achten, den Mitarbeitern wertvolle Erfahrungen im Unternehmen zu ermöglichen. Ziel ist es, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem alle Mitarbeiter auch in Zukunft gern arbeiten und ihr Potenzial entwickeln und verwirklichen können.

Die RBI hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv dem Thema Adaptive Organisation gewidmet, um die Bank auf eine digitalisierte, innovative Arbeitswelt vorzubereiten. Als Ergebnis daraus werden nun agile Arbeitsweisen und die dazugehörigen Denkweisen flächendeckend im Unternehmen umgesetzt.

Im Zuge des laufenden Veränderungsprozesses befähigt die Bank ihre Mitarbeiter aktiv dazu, flexibler und kreativer mit ihren Aufgaben umzugehen. Dadurch sollen sie auf Veränderungen in den Kundenbedürfnissen besser eingehen und neue technologische Möglichkeiten optimal nutzen können. Um gleichzeitig die Attraktivität der RBI als Arbeitgeber zu steigern, wurde auf allen Ebenen besonderes Augenmerk auf Achtsamkeit und Verständnis gelegt. Insgesamt wurden für den Veränderungsprozess vier Hauptziele definiert, die mit der Entwicklung hin zu einer adaptiven Organisation erreicht werden sollen.

Die Kunden erwarten immer schnellere Lösungen, und Produktlebenszyklen werden immer kürzer. Diese Herausforderungen lassen sich nur mit einer Unternehmenskultur meistern, in der Teams Verantwortung übernehmen, in der die Bereitschaft zu permanentem Lernen vorhanden ist und in der Menschen über interne Abteilungen, Hierarchien und Kompetenzen hinweg zusammenarbeiten.

Für diese zukunftsorientierte Transformation hat die RBI im Geschäftsjahr Pilotprojekte in der Konzernzentrale sowie in mehreren Konzerntöchtern gestartet. In der Konzernzentrale wurden bereits 20 agile Produktteams ins Leben gerufen, weitere befinden sich in der Startphase. Die rumänische Tochterbank hat eine bereichsübergreifende Agile Community geschaffen, deren Ziel es unter anderem ist, agiles Denken und Arbeiten in den jeweiligen Bereichen zu fördern und Mitarbeiter ebenso wie Führungskräfte bei der Entwicklung der dazu erforderlichen Kompetenzen zu unterstützen. Das lokale Führungskräfte-Programm der bulgarischen Tochterbank war 2018 ebenfalls den Themen Digitalisierung, Customer Experience und Agility gewidmet. Die serbische Tochterbank wiederum hat Product Owners, Scrum Masters und Agile Coaches ausgebildet und die interne Projekt-Governance adaptiert, während die russische Tochterbank ihre Organisationsstruktur überarbeitet hat. Der HR-Bereich hat die Gestaltung und Umsetzung all dieser Maßnahmen eng begleitet.

Digitalisierung

Der HR-Bereich prüft regelmäßig, wie neue Technologien genutzt bzw. verbesserte Systeme und Methoden eingesetzt werden können, um das Personalwesen und -management benutzerfreundlicher, agiler und effizienter zu machen. Im vergangenen Geschäftsjahr wurde die HR-Systemlandschaft der RBI in diesem Sinn wesentlich weiterentwickelt. In Österreich sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Kroatien, Serbien sowie der Slowakei wurde ein neues Trainingssystem eingeführt. Des Weiteren wurde in der Slowakei eine neue Performance- und Talentmanagement-Lösung implementiert, während dies für Österreich für 2019 geplant ist. Ziel ist es, die bestehenden HR-Systeme der teilnehmenden Netzwerkeinheiten durch digitale Lösungen zu ersetzen und eine deutliche Verbesserung des Nutzererlebnisses zu erreichen. Um Synergien zu erschließen sowie die Zusammenarbeit und den Know-how-Austausch zwischen den einzelnen Einheiten zu stärken, wird das neue, aus der tschechischen Netzwerkbank stammende HR-System zentral aus einem Kompetenzzentrum heraus betrieben werden.

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	44
Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr	48
Ergebnis- und Finanzentwicklung	50
Ergebnis im Jahresvergleich	50
Ergebnis im Quartalsvergleich	53
Bilanz	55
Eigenmittel	56
Forschung und Entwicklung	57
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	58
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	61
Risikomanagement	63
Corporate Governance	63
Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht	63
Ausblick	64
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	65

Entwicklung der Märkte

Konjunktur in der Eurozone spürt internationalen Gegenwind, Zinsen weiterhin niedrig

Das BIP-Wachstum der Eurozone belief sich im Jahr 2018 auf 1,8 Prozent und fiel damit – vor allem auf Grund geringerer Unterstützung durch die Nettoexporte – niedriger aus als im Jahr 2017. Die Inflationsrate erhöhte sich hingegen bis zur Jahresmitte 2018 deutlich und lag in der zweiten Jahreshälfte zumeist leicht über dem Zielbereich der Europäischen Zentralbank (EZB). Erst zu Jahresende fiel die Teuerung wieder unter die Zwei-Prozent-Marke zurück. Hauptverantwortlich für dieses Auf und Ab war die durch den volatilen Ölpreis geprägte Entwicklung der Energiepreise.

Die EZB beließ die Leitzinsen im Jahr 2018 unverändert. Ihr Anleihekaufprogramm reduzierte sie schrittweise: Von Jänner bis September 2018 betrug die Ankäufe monatlich im Schnitt € 30 Milliarden netto, von Oktober bis Ende Dezember 2018 wurde das Volumen auf € 15 Milliarden netto pro Monat reduziert, zu Jahresende wurde das Programm gänzlich eingestellt. Weitgehend unverändert blieben während des gesamten Jahres die Geldmarktsätze quer über alle Laufzeiten. Die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen verbuchte dagegen starke Schwankungen und so waren Werte von knapp 0,8 Prozent im Februar bis unter 0,2 Prozent im Mai zu beobachten. In Summe war die Tendenz leicht nach unten gerichtet (Jahresbeginn 0,4 Prozent, Jahresende 0,2 Prozent).

Die österreichische Konjunktur entwickelte sich auch im Jahr 2018 erfreulich, obwohl die Dynamik im Jahresverlauf nachließ. Alles in allem belief sich das reale BIP-Wachstum dank des sehr guten Winterhalbjahres 2017/18 auf 2,7 Prozent nach 2,6 Prozent im Jahr 2017. Die insgesamt positive Entwicklung stand dabei auf einem breiten Fundament: So trotzten die Ausfuhren dem zunehmenden internationalen Gegenwind, und auch der private Konsum nahm weiterhin stabil zu. Ebenso setzte sich der starke Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen 2018 – bei allerdings etwas nachlassendem Tempo – fort. Seinen Höhepunkt erreichte Anfang 2018 das Beschäftigungswachstum, das im Gesamtjahr 2018 die höchste Zuwachsrate seit Beginn der 1990er-Jahre verzeichnete. Spiegelbildlich dazu fiel die Arbeitslosenquote mit 4,9 Prozent unter die 5-Prozent-Marke (2017: 5,5 Prozent).

Die US-Wirtschaft verzeichnete einen guten Start ins Jahr 2018 und legte schon im ersten Quartal um annualisiert 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu. Noch deutlich stärker expandierte sie dann mit annualisiert durchschnittlich knapp 4 Prozent pro Quartal dank merklicher Steuersenkungen und eines massiven staatlichen Ausgabenpakets im Sommerhalbjahr. Treiber dieser positiven Entwicklung waren somit vor allem die Konsumausgaben. Die Zuwächse bei den Investitionen schwächten sich dagegen im Jahresverlauf spürbar ab. Im Gesamtjahr 2018 nahm die Wirtschaftsleistung per Saldo um 2,9 Prozent zu.

In China ließ die Konjunkturdynamik 2018 nach: Im Gesamtjahr wurde ein reales BIP-Wachstum von 6,6 Prozent – und damit um rund 0,3 Prozentpunkte weniger als im Jahr zuvor – verzeichnet. Zurückgeführt werden kann dies in erster Linie auf die Restrukturierungsmaßnahmen der chinesischen Regierung: Das Kreditwachstum – insbesondere jenes der Schattenbanken – wurde deutlich eingebremst, und die Investitions- und Produktionsdynamik fiel zeitweise auf das niedrigste Niveau seit 2015 zurück. Der schwelende Handelskonflikt mit den USA zeigte sich hingegen vorerst nur in den Stimmungsumfragen, während sich die Exporte aufgrund von Vorzieheffekten vorerst gut halten konnten.

Solide Konjunktur in CE und SEE trotz Abschwächung, Wachstum in Russland profitiert von Einmaleffekten

Die Inflation schwankte in der Region CE seit Anfang 2018 um die Zwei-Prozent-Marke, während sie in SEE bis Jahresmitte 2018 kontinuierlich bis auf Spitzenwerte von gut 4 Prozent anstieg, bevor eine leichte Abschwächung einsetzte. Die höhere Inflationsdynamik in Südosteuropa war dabei maßgeblich von Rumänien getragen, wo sie sich mittlerweile aber ebenfalls wieder mäßigte. Im Durchschnitt lagen die Inflationsraten in CE 2018 bei 2,0 Prozent und in SEE bei 3,4 Prozent. Die tschechische Notenbank begann bereits im August 2017 als erste Zentralbank in Europa den Zinsnormalisierungsprozess. Dies geschah vor dem Hintergrund wieder anziehender Inflation und eines relativ schwachen Wechselkurses der tschechischen Krone gegenüber dem Euro. Während Rumänien schon bald mit Liquiditätsstraffungsmaßnahmen und Anfang 2018 mit Zinserhöhungen folgte, stellte Ungarn erst im dritten Quartal 2018 ein ähnliches Exit-Prozedere für 2019 in Aussicht wie Rumänien. In Polen hingegen blieb die Geldpolitik angesichts der im Land gedämpften Reflationsdynamik weiterhin neutral.

Der BIP-Zuwachs der Region Zentraleuropa (CE) lag im Jahr 2018 mit 4,5 Prozent erneut über der Vier-Prozent-Marke (2017: 4,5 Prozent). Auf Länderebene erreichte Polen mit 5,1 Prozent den höchsten Wert. Als maßgeblicher Treiber der CE-Konjunktur erwies sich 2018 abermals die Inlandsnachfrage. So entwickelten sich die Investitionen weiterhin dynamisch, und auch der private Konsum legte 2018 wieder solide Zuwachsraten an den Tag. Unterstützend wirkte dabei die weiterhin rückläufige Arbeits-

losenquote, die in einigen Ländern der Region sogar Allzeittiefs erreichte. Die daraus resultierende Arbeitskräfteknappheit spiegelte sich in merklich steigenden Löhnen wider.

In Südosteuropa (SEE) verlangsamte sich das BIP-Wachstum – nach dem starken Anstieg von 5,1 Prozent im Jahr 2017 – im Berichtszeitraum wieder auf 3,7 Prozent. In den kleineren Märkten der Region zeigten die Wirtschaftsindikatoren jedoch eine positive Tendenz und sorgten damit insgesamt für stabiles Wachstum. Serbien überraschte den Markt mit einem Zehn-Jahres-Hoch von 4,0 Prozent, das vor allem auf privaten Investitionen mit staatlicher Ko-Finanzierung sowie einem Anstieg des privaten Konsums beruhte. Rumänien, die größte Volkswirtschaft der Region, konnte hingegen nicht an die außerordentliche Performance des Jahres 2017 (plus 7 Prozent) anknüpfen, da sowohl die Bruttoanlageninvestitionen als auch der private Konsum weniger stark zulegten als im Vorjahr. Genau diese Komponenten erwiesen sich jedoch in den übrigen SEE-Ländern als Wachstumstreiber.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2018 weiter. Russland profitierte von der Erholung des Ölpreises, wobei die private Haushaltsnachfrage weiter schwächelte. Die Geld- und Fiskalpolitik Moskaus wirkte stabilisierend, ohne allerdings zusätzliche Investitions- und Wachstumsimpulse zu liefern. Dennoch konnte das BIP-Wachstum in Russland durch Einmaleffekte 2018 auf 2,3 Prozent zulegen und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Gleichzeitig nahm auch die Inflationsrate nach einem Rekordtief im Vorjahr wieder zu. Zudem musste der russische Rubel aufgrund neuer US-Sanktionen im April und September Rückschläge hinnehmen. Der Zinssenkungszyklus in Russland kam bereits im ersten Quartal 2018 zum Erliegen, als US-Sanktionen die Zentralbank Russlands zu erhöhter Vorsicht anhielten. In der zweiten Jahreshälfte kam es aufgrund der Ungewissheiten bezüglich eventueller weiterer Sanktionen zu demonstrativen Zinserhöhungen um 0,50 Prozentpunkte auf 7,75 Prozent. Die ukrainische Wirtschaft wuchs mit einem Plus von 3,3 Prozent etwas stärker als noch im Vorjahr und setzte damit ihren Erholungskurs fort. Zudem reduzierten sich die finanziellen Risiken für 2019, da die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds nach einer längeren Pause gegen Jahresende 2018 wiederbelebt wurde. Positiv vom dominierenden Handelspartner Russland beeinflusst, wuchs schließlich die belarussische Wirtschaft 2018 um 3,0 Prozent.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2017	2018	2019f	2020f
Polen	4,8	5,1	3,6	2,9
Slowakei	3,2	4,1	4,0	2,8
Slowenien	4,9	4,6	3,2	2,3
Tschechien	4,5	3,0	2,7	2,5
Ungarn	4,1	4,8	3,4	2,2
Zentraleuropa	4,5	4,5	3,4	2,7
Albanien	3,8	4,0	3,8	2,5
Bosnien und Herzegowina	3,2	2,8	2,7	2,5
Bulgarien	3,8	3,3	3,0	2,5
Kroatien	2,9	2,6	2,5	2,0
Kosovo	4,2	4,2	4,0	3,0
Rumänien	7,0	4,1	2,5	2,5
Serbien	2,0	4,0	3,5	3,5
Südosteuropa	5,1	3,7	2,8	2,6
Belarus	2,5	3,0	2,5	2,0
Russland	1,5	2,3	1,5	1,5
Ukraine	2,5	3,3	2,7	3,1
Osteuropa	1,6	2,4	1,6	1,6
Österreich	2,6	2,7	1,3	1,2
Deutschland	2,5	1,5	1,3	1,0
Eurozone	2,5	1,8	1,1	1,0

Bankensektor in Österreich

Unterstützt durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung konnte der österreichische Bankensektor 2018 an die gute Performance des Vorjahres anknüpfen. Vor allem das Firmenkundengeschäft entwickelte sich – auch für längere Kreditlaufzeiten – 2018 erfreulich. Ebenso profitierte der Sektor von einer weiterhin dynamischen Immobilienkreditvergabe, obwohl die makroprudenzielle Regulierung hier in den letzten zwei Jahren deutlich verschärft wurde. Die Eigenkapitalrentabilität der österreichischen Banken lag 2018, unterstützt durch niedrige Risikovorsorgen im In- und Auslandsgeschäft, konsolidiert mit fast 11 Prozent weiterhin nicht nur auf einem erfreulichen Niveau, sondern auch deutlich über dem Schnitt der Eurozone. Unterstützt wurde diese positive Ertragsentwicklung nicht zuletzt durch eine positive Geschäftsentwicklung in CEE, vor allem in Tschechien, Russland, Rumänien, Ungarn, Kroatien und der Slowakei. Wirkung zeigen aber auch die Anpassungen bzw. Effizienzsteigerungsprogramme der letzten Jahre. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts konnte der österreichische Bankensektor seine Kapitalisierung im Berichtszeitraum im Vergleich zu anderen westeuropäischen Bankensektoren weiter verbessern, wie auch jüngste Stress-testergebnisse auf europäischer Ebene belegen. Die Kapitalanforderungen werden sich jedoch durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Puffers für anderweitig systemrelevante Institute, die das Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlen hat, graduell weiter erhöhen. Positiv auf die Profitabilität der österreichischen (Groß-)Banken sollte sich in den kommenden Jahren die 2017 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer auswirken.

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Gleich mehrere Faktoren unterstützten 2018 eine signifikante Erholung des CEE-Bankensektors gegenüber der teils noch verhaltenen Entwicklung der Vorjahre. Sowohl die Neukreditvergabe als auch das Wachstum der Aktiva legten in einigen Ländern in CE und SEE nochmals zu (so z. B. in Tschechien, der Slowakei und Rumänien). Zudem konnten mehr Bankenmärkte (z. B. Ungarn, Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina) am insgesamt positiven Trend partizipieren, und fast überall wurde ein merkliches Wachstum der Aktiva verbucht. In Russland profitierten Auslandsbanken mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell trotz der weiteren, von der Notenbank getriebenen Marktberreinigung von der allgemeinen Aufhellung des Marktumfelds. So blieb vor allem die notwendige Verstaatlichung zweier größerer russischer Banken im Herbst 2017 ohne Einfluss auf den Gesamtmarkt und auf die als Nischenakteure agierenden westlichen Auslandsbanken, die ihren Marktanteil in Russland 2018 sogar leicht steigern konnten. Nahezu alle CEE-Bankenmärkte weisen derzeit eine komfortable Relation von Krediten zu Einlagen (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem wurden signifikante Fortschritte bei der Rückführung notleidender Kredite (NPL) verzeichnet. Vor allem in CE und SEE ging die NPL Ratio 2018 auf knapp 5 Prozent zurück und erreichte damit ihren niedrigsten Wert seit 2008. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts konnte sich die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor 2018 im zweistelligen Bereich verfestigen. Vor allem die Bankenmärkte in Südosteuropa waren dabei von einer signifikanten Erholung gekennzeichnet. Damit konnten auch die in CEE aktiven westeuropäischen Großbanken 2018 eine zweistellige Eigenkapitalrentabilität verbuchen.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Änderungen der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRMR)

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (Capital Requirements Directive IV/Capital Requirements Regulation) sowie der Bankenabwicklungsrichtlinie (Bank Recovery und Resolution Directive, BRRD) wurden vom europäischen Gesetzgeber finalisiert. Die Regelungen werden voraussichtlich ab dem Jahr 2021 bzw. 2022 anwendbar sein. Für die RBI ist insbesondere die Abzugsbefreiung von Software im Sinne des Level Playing Fields mit den USA von zentraler Bedeutung. Weiters ist die Harmonisierung der Reporting-Anforderungen an Kreditinstitute wesentlich. Als wegweisend erweisen sich außerdem die Faktoren zur Reduktion der risikogewichteten Aktiva für KMU und Infrastrukturprojekte.

Basel IV

Ende 2017 finalisierte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die neuen internationalen Regelungen zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen unter Säule 1 (Basel IV). Zentrale Zielsetzung ist es dabei, die Risikokalkulationen der Banken vergleichbarer zu machen. Dazu wurden nicht nur die Standardmodelle in weiten Teilen überarbeitet, sondern auch die erlaubten Anwendungsbereiche der bankeigenen Modelle reduziert sowie deren Anforderungen überarbeitet. Zudem muss der mit bankinternen Modellen ermittelte Eigenkapitalbedarf in Zukunft, nach schrittweiser Anpassung während einer Übergangsphase bis 2027, zumindest 72,5 Prozent der mit den Standardmodellen berechneten Werte ergeben (Output Floor).

Der vom Baseler Ausschuss angestrebte Umsetzungszeitpunkt ist der 1. Jänner 2022. Für die EU liegt aktuell jedoch noch keine vollumfängliche rechtliche Umsetzung der Standards vor, sodass derzeit auch keine detaillierten Vorgaben bezüglich des erwarteten Umsetzungszeitpunkts bestehen.

BCBS 239

Im Jänner 2013 erließ der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht 14 allgemein formulierte Prinzipien zur Risikodatenaggregation und zum Risikoreporting von Kreditinstituten (BCBS 239). Sie tragen der Erkenntnis des Baseler Ausschusses Rechnung, dass die Datenqualität und eine entsprechende Governance wesentlich für die Banksteuerung und den effizienten Betrieb von Banken sind.

Aufgrund ihrer Einstufung als systemrelevantes Institut muss die RBI Konformität mit diesen Prinzipien herstellen. Dazu wurde ein umfangreicher gruppenweiter Maßnahmen- und Implementierungsplan entwickelt, der sich in Abstimmung mit den zuständigen Aufsichtsbehörden derzeit in Umsetzung befindet und die Einhaltung der BCBS-239-Prinzipien sicherstellt.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

In Österreich wurde die BRRD durch das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) umgesetzt. Das Review der ursprünglichen BRRD wurde bis Ende des Jahres 2018 innerhalb des Trilog-Verfahrens verhandelt. Es ist innerhalb von maximal zwei Jahren nach ihrer Veröffentlichung – welche für das zweite Quartal 2019 erwartet wird – durch eine Novelisierung des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) umzusetzen.

Entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen verfügt die RBI über einen Gruppensanierungsplan. Darin ist dargelegt, mit welchen Maßnahmen gegebenenfalls die finanzielle Stabilität wiederhergestellt werden kann. Laut BaSAG muss die Abwicklungsbehörde darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit der RBI auf Basis der Sanierungspläne Abwicklungspläne erstellen und dabei unter anderem analysieren, welche Verbindlichkeiten als MREL (Minimum Requirements for Own Funds and Eligible Liabilities) angerechnet werden können. Die RBI verfolgt den Multiple-Point-of-Entry-Abwicklungsansatz (MPE). Abwicklungsgruppen werden eigens für den Abwicklungsplan von den zuständigen Behörden für die als abwicklungsrelevant identifizierten Einheiten definiert. Der Abwicklungsplan soll den effektiven Einsatz der Abwicklungsinstrumente vereinfachen und eine Abwicklungsstrategie sowie einen Plan für deren Implementierung beinhalten. Die Abwicklungsbehörde beschließt, welche Abwicklungsinstrumente (Unternehmensveräußerung, Brückeninstitut, Ausgliederung von Vermögenswerten und Gläubigerbeteiligung) zum Einsatz kommen sollen. Behördlich erlassene MREL-Quoten werden pro Abwicklungsgruppe festgelegt und werden für das zweite Halbjahr 2019 erwartet.

Zahlungsverkehrsrichtlinie (Payment Services Directive 2)

Die neue Zahlungsverkehrsrichtlinie (PSD 2), die seit 13. Jänner 2018 anwendbar ist, soll den Konsumentenschutz verbessern, indem die Sicherheit der Services und der Einsatz neuer Technologien im Rahmen des Open-Banking-Prinzips forciert werden. Die Richtlinie ermöglicht es neuen Marktteilnehmern – sogenannten Drittanbietern (TPP) wie z. B. Fintechs – Zahlungsverkehrsservices anzubieten. Gleichzeitig regelt sie deren Verhältnis zu den klassischen Banken, die den TPP den Zugang zu Kundenkonten eröffnen müssen, sofern die Kunden dem zugestimmt haben. Diese Regelungen für den Zugriff der TPP auf Daten der Zahlungsdienstnutzer treten am 14. September 2019 in Kraft. Sie wurden im Lauf des vergangenen Jahres noch konkretisiert, während bereits an ihrer Umsetzung gearbeitet wurde.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist seit 25. Mai 2018 anwendbar, bezieht sich auf personenbezogene Daten natürlicher Personen (z. B. Kunden oder Mitarbeiter) und stärkt die Kontrollrechte dieser Personen hinsichtlich ihrer Daten. Von diesen Regelungen sind in der RBI alle Abteilungen betroffen, die mit personenbezogenen Daten natürlicher Personen zu tun haben. Die RBI hat die neuen Anforderungen im Rahmen eines umfassenden Projekts umgesetzt. Dabei wurden unter anderem Prozesse zur Erfüllung der sogenannten Betroffenenrechte (z. B. Recht auf Auskunft, Recht auf Löschung) bzw. der Identifikation von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten implementiert, der notwendige IT-Rahmen geschaffen, die einschlägigen Verträge einer umfassenden Durchsicht und Prüfung unterzogen sowie die erforderliche Organisationsstruktur eingerichtet. Neben dem Projekt in der Konzernzentrale gab es weitere Projekte in den Netzwerkeinheiten sowie in den österreichischen Beteiligungsunternehmen. Diese wurden von der Konzernzentrale koordiniert und unterstützt.

Kapitalmarkt und nachhaltige Finanzierung

2018 war durch die beginnende Umsetzung von MiFID II, die die RBI in Markt- und Kundenbereichen massiv betroffen hat und ein sehr umfangreiches Umsetzungsprojekt erforderte, und PRIIPs (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products), das für gebündelte (Wertpapier-) Produkte ein 3-seitiges einheitliches Kundeninformationsblatt erfordert, geprägt. An neuen Themen ist auf europäischer Ebene die Regulierung der Covered Bonds zu nennen, deren Umsetzung in Österreich noch erwartet wird. Die mit großen Unsicherheiten behaftete Umstellung der Benchmark-Indizes – v. a. Eonia und Euribor, die für Anfang 2020 geplant war – wurde aufgrund von Einwänden und Bedenken der Marktteilnehmer um zwei Jahre verschoben (Umsetzung ab Anfang 2022). Wichtig und neu für alle Finanzmarktteilnehmer sind der Aktionsplan und die Regulierungsvorschläge der Kommis-

sion in Bezug auf nachhaltige Finanzierung bzw. auf Investments, die die Finanzströme beginnend ab 2022 stärker in Richtung grüner und nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten verschieben sollen. Aufbauend auf einheitlichen Definitionen und Standards sollen Produkte, Dienstleistungen und Aktivitäten der Finanzindustrie einschließlich Transparenzmaßnahmen und Corporate Governance umgestellt werden.

Regulatorische Compliance (§ 39 (6) BWG)

Im Jahr 2018 wurden die Guidelines on Internal Governance der EBA in österreichisches Recht umgesetzt. Im Zuge dessen wurden neue Bestimmungen im Bankwesengesetz (§ 39 Abs 6 BWG) eingeführt, die am 1. Jänner 2019 in Kraft traten. Damit werden erweiterte regulatorische Compliance-Anforderungen gestellt, um die Einhaltung geltenden österreichischen Rechts in der Bank zu überwachen und sicherzustellen. Die Umsetzung in der RBI baut auf bereits bestehenden Methoden und Werkzeugen auf.

Bankenaufsicht

Der Fokus der Bankenaufsicht durch die EZB war im Jahr 2018 auf vier Bereiche gerichtet: auf Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell, auf die Ertragskraft, auf das Kreditrisiko mit dem Schwerpunkt notleidender Kredite sowie generell auf das Risikomanagement. Im Rahmen des vierten Bereichs, der Aktivitäten mit mehreren Risikodimensionen, hat die RBI am EU-weiten Stresstest der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde im Jahr 2018 teilgenommen. Das Ergebnis des Stresstests hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab: der Kapitalquote, die zu Beginn des Stresstests vorhanden ist, den Verlusten, die durch den simulierten Stress entstehen, sowie der damit maßgeblich beeinflussten Kapitalquote am Ende des Stresstesthorizonts. Im Vergleich zum vorigen Stresstest, der im Jahr 2016 stattgefunden hatte (teilnehmendes Institut: RLB Holding), verbesserte sich die RBI bei den erwähnten Faktoren deutlich, obwohl der Stresstest 2018 noch strenger war. Die RBI erreicht nach dem harten Stress 2020 hypothetisch eine verbleibende Kernkapitalquote (CET1) von 9,7 Prozent. Im Stressszenario wurden ein starker Einbruch des Wirtschaftswachstums sowie der Hauspreise und pessimistische Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas simuliert. Das bessere Ergebnis der RBI reflektiert insbesondere die nach der Verschmelzung von RZB und RBI gestärkte Kapitalquote sowie die verbesserte Portfolioqualität.

Im Blickpunkt des Joint Supervisory Teams standen 2018 unter anderem das Zinsrisiko der RBI im Bankbuch und eine Überprüfung der internen Kreditrisikomodelle.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr

Einführung von IFRS 9

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Dieser löst den bisherigen Rechnungslegungsstandard IAS 39 Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten ab. Sichtbar sind die Regelungen des neuen Standards vor allem im Bereich Wertminderungen für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 gelten zudem auch für außerbilanzielle Kreditzusagen sowie Finanzgarantien. Dabei ändert sich das Modell zur Risikovorsorgeermittlung von einem vergangenheitsorientierten Modell gemäß IAS 39 (eingetretene Verluste) hin zu einem zukunftsorientierten Modell gemäß IFRS 9 (erwartete Verluste). Dagegen sind die Auswirkungen der neuen Regeln zur Marktbewertung von Krediten von untergeordneter Bedeutung. Insgesamt mussten € 301 Millionen an Krediten zu Marktwerten bilanziert werden, das sind 0,3 Prozent des Volumens der Finanzinstrumente.

Der Umstellungseffekt führte zum 1. Jänner 2018 im Eigenkapital unter Berücksichtigung der latenten Steuern zu einer Anpassung von minus € 169 Millionen, auf die CET1 Ratio (fully loaded) hatte dies einen Effekt von rund 19 Basispunkten. Dabei erhöhten sich die Wertminderungen um € 285 Millionen. Im Rahmen der Neuklassifizierung von Finanzinstrumenten ergab sich ein positiver Effekt von € 70 Millionen, der im Wesentlichen auf die Umgliederung von zu Marktwerten bilanzierten Verbindlichkeiten zurückzuführen war.

Zusätzlich zur Einführung von IFRS 9 veränderte die RBI auch ihr Bilanzbild. Dieses folgt nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FinRep). Diese Umstellung erforderte

auch eine Adaptierung der Werte der Vergleichsperiode und des Vergleichsstichtags. Nähere Erläuterungen dazu finden sich im Anhang im Kapitel Grundlagen der Konzernrechnungslegung unter Änderungen in der Darstellung des Abschlusses.

Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska an BGZ BNP

Im April 2018 wurde ein Vertrag über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A. mittels Abspaltung an die Bank BGZ BNP Paribas S.A., eine Tochter der BNP Paribas S.A. (BNP), unterzeichnet. Diese Transaktion wurde nach Vorliegen der regulatorischen Genehmigungen mit der Abspaltung am 31. Oktober 2018 abgeschlossen.

Der Verkaufspreis betrug PLN 3.250 Millionen (€ 749 Millionen), das entspricht einem Verhältnis des Preises zum materiellen Buchwert von 0,94. Dies basiert auf einem Eigenkapital des Kernbankgeschäfts von € 869 Millionen zum Zeitpunkt der Abspaltung. Aufgrund des Verkaufs ergab sich ein positiver Effekt von 85 Basispunkten auf die CET1 Ratio (fully loaded) des RBI-Konzerns. Gemäß der Vereinbarung mit dem Käufer wurden dem Kernbankgeschäft Gesamtaktiva von € 9,5 Milliarden und risikogewichtete Aktiva von insgesamt € 4,9 Milliarden zugeordnet.

Die direkte Auswirkung des Verkaufs auf das RBI-Konzernergebnis betrug minus € 120 Millionen, dieser Betrag wurde bereits im zweiten Quartal 2018 ergebniswirksam verbucht. Die zusätzlichen kapitalneutralen Endkonsolidierungseffekte nach dem Closing betragen minus € 64 Millionen und betrafen im Wesentlichen bereits realisierte Währungseffekte.

Die RBI übertrug den verbleibenden Betrieb der Raiffeisen Bank Polska S.A., der nach der Abspaltung vor allem aus dem Portfolio an Retail-Fremdwährungshypothekarkrediten bestand, auf eine neu gegründete polnische Filiale der RBI AG. Die Filiale verfügt zum Bilanzstichtag über Gesamtaktiva von € 3,2 Milliarden.

Platzierung von zusätzlichem Kernkapital

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI eine Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Der diskretionäre Kupon dieser Emission beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Aufgrund der Emissionsbedingungen wird das AT1 gemäß IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Zusammen mit dem im Juli 2017 platzierten AT1-Kapital im Volumen von € 650 Millionen hat die RBI ihr geplantes AT1-Emissionsprogramm damit abgeschlossen.

Green-Bond-Emission

Am 28. Juni schloss die RBI die erste Benchmark-Green-Bond-Emission einer österreichischen Bank ab. Die Anleihe weist ein Volumen von € 500 Millionen und eine Laufzeit von drei Jahren auf. Der Kupon beträgt Mid Swap plus 40 Basispunkte. Das Angebot war mit einem Ordervolumen von € 1,3 Milliarden deutlich überzeichnet. Die RBI setzt damit ihre seit Jahren gelebte Strategie nachhaltigen Wirtschaftens konsequent fort. Der Emissionserlös aus dem Green Bond wird für die Finanzierung nachhaltiger Projekte im gesamten RBI-Netzwerk eingesetzt. Die Mittelvergabe folgt einem klar definierten Auswahl- und Evaluationsprozess. Ein laufendes Reporting stellt auch nach der Investition sicher, dass die Kriterien erfüllt werden, und weist aus, welcher Beitrag zur Verbesserung der Nachhaltigkeit erzielt wurde.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Die RBI konnte auch im Geschäftsjahr 2018 die erfreuliche Konjunktorentwicklung in Zentral- und Osteuropa und in Österreich für weiteres Wachstum nutzen. Das Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent oder € 162 Millionen auf € 2.250 Millionen, vornehmlich aufgrund höherer Zins- und Provisionserträge. Das Kreditvolumen stieg trotz der Endkonsolidierung des polnischen Kernbankgeschäfts um 4 Prozent seit Jahresbeginn. Aufgrund des anhaltend positiven wirtschaftlichen Umfelds war es 2018 auch möglich, notleidende Kredite weiter abzubauen und dank des aktiven Risikomanagements der RBI zahlreiche Kredite mit Buchgewinn zu verkaufen. Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte lagen mit € 166 Millionen um € 146 Millionen unter dem Vorjahr, obwohl im vierten Quartal noch neue Wertminderungen in Höhe von € 159 Millionen für die Verfeinerung der IFRS-9-Modelle sowie für im Modell nicht abbildbare erwartete Kreditrisiken aufgrund außerordentlicher Ereignisse hinzukamen.

Als wesentlicher Einmaleffekt ist der im übrigen Ergebnis ausgewiesene Verlust aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts von € 120 Millionen enthalten. Darüber hinaus ergab sich ein Effekt von minus € 64 Millionen, der aus der Umbuchung der bisher im Eigenkapital als sonstiges Ergebnis gebuchten kumulierten Fremdwährungsdifferenzen (Recycling) resultierte.

Das Konzernergebnis erreichte in der Berichtsperiode € 1.270 Millionen; dies entspricht einer Verbesserung um 14 Prozent oder € 154 Millionen gegenüber der Vorjahresperiode.

Der Vorstand hat beschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2018 die Ausschüttung einer Dividende von € 0,93 je Aktie vorzuschlagen. Dies ergäbe eine maximale Ausschüttungssumme von € 306 Millionen bzw. eine Ausschüttungsquote von 24 Prozent.

Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	
Zinsüberschuss	3.362	3.225	137	4,2%
Dividendenerträge	51	35	16	46,1%
Provisionsüberschuss	1.791	1.719	72	4,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	17	35	-19	-52,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-11	-16	4	-28,0%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	88	100	-12	-12,0%
Betriebserträge	5.298	5.098	199	3,9%
Personalaufwand	-1.580	-1.554	-26	1,7%
Sachaufwand	-1.178	-1.157	-21	1,8%
Abschreibungen	-290	-300	10	-3,2%
Verwaltungsaufwendungen	-3.048	-3.011	-37	1,2%
Betriebsergebnis	2.250	2.087	162	7,8%
Übriges Ergebnis	-161	0	-161	-
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-170	-163	-7	4,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-166	-312	146	-46,9%
Ergebnis vor Steuern	1.753	1.612	141	8,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-355	-366	11	-2,9%
Ergebnis nach Steuern	1.398	1.246	152	12,2%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-128	-130	2	-1,4%
Konzernergebnis	1.270	1.116	154	13,8%

Betriebserträge

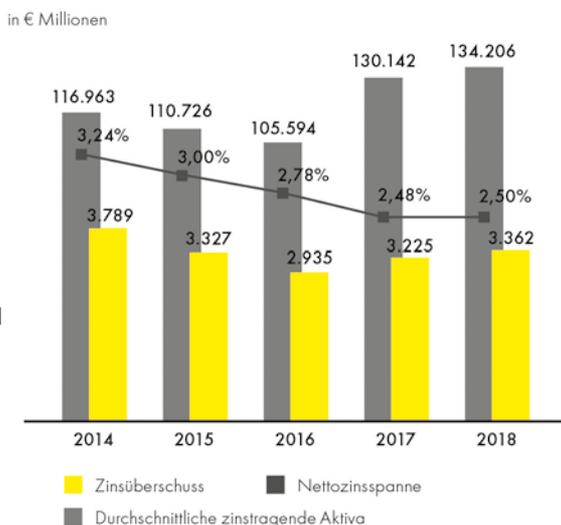
Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Zuwachs um 4 Prozent oder € 199 Millionen auf € 5.298 Millionen. Der um 4 Prozent auf € 3.362 Millionen gestiegene Zinsüberschuss wurde dabei vom Kreditwachstum getragen, der Zuwachs der durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns lag bei 3 Prozent. Ein Kreditwachstum ergab sich in nahezu allen Märkten, die wesentlichsten Beiträge stammten aus der Konzernzentrale, Tschechien, Rumänien und der Slowakei. Die Nettoszinspanne stieg um 3 Basispunkte auf 2,50 Prozent, vor allem getragen von Zinserhöhungen in Rumänien, Tschechien und der Ukraine. Trotz signifikanter Wertverluste osteuropäischer Währungen (Abwertung des russischen Rubels um 11 Prozent und des belarussischen Rubels um 9 Prozent) erhöhte sich auch der Provisionsüberschuss im Jahresvergleich um € 72 Millionen auf € 1.791 Millionen. Hier ergaben sich Zuwächse vor allem in der Raiffeisen Bausparkasse, der Konzernzentrale und in Rumänien.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Jahresvergleich um € 37 Millionen auf € 3.048 Millionen. Die Währungsentwicklung bewirkte dabei eine Reduktion um € 65 Millionen. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts im Jahresabstand um 394 Vollzeitäquivalente auf 49.745, ohne Berücksichtigung dieses Effekts ergäbe sich ein Anstieg um 759 Vollzeitäquivalente. Dennoch nahm der Personalaufwand im Wesentlichen wegen der gestiegenen Gehaltsdynamik in vielen Märkten sowie höherer Boni um € 26 Millionen auf € 1.580 Millionen zu. Der Sachaufwand wuchs gegenüber der Vergleichsperiode um € 21 Millionen, vorwiegend hervorgerufen durch höhere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland, Rumänien und Polen sowie den Zukauf von IT-Dienstleistungen für Innovationsprojekte in der Konzernzentrale. Die Zahl der Geschäftsstellen verringerte sich - überwiegend aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts - im Jahresabstand um 250 auf 2.159, ohne diesen Einmaleffekt lag der Rückgang bei 13 Geschäftsstellen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte gingen um 3 Prozent oder € 10 Millionen zurück. Die größten Reduktionen verzeichneten dabei Russland und Kroatien.

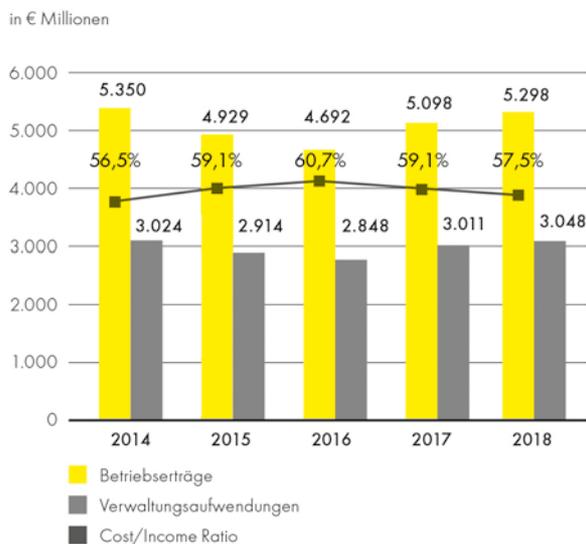
Entwicklung der Nettoszinspanne



Entwicklung der Betriebserträge



Entwicklung der Cost/Income Ratio



Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis lag bei minus € 161 Millionen nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr. Haupttreiber war der Verlust aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts von € 120 Millionen. Darüber hinaus ergab sich ein Effekt von minus € 64 Millionen aus dem Recycling der bisher im sonstigen Ergebnis gebuchten kumulierten Fremdwährungsdifferenzen. Dem stand ein höherer Ergebnisbeitrag aus Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen gegenüber (plus € 21 Millionen), der sich vor allem aufgrund geringerer Wertminderungen auf Anteile an assoziierten Unternehmen ergab.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen stieg gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 7 Millionen auf € 170 Millionen. Diese Veränderung resultierte überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 21 Millionen, die im Vorjahr in Rumänien im Zusammenhang mit dem sogenannten Walkaway Law erfolgt war. Demgegenüber reduzierten sich die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die – ebenso wie der überwiegende Teil der Bankenabgaben – bereits zu Jahresbeginn in voller Höhe zu erfassen sind, vorrangig aufgrund geringerer Beiträge in Rumänien sowie in Österreich um € 11 Millionen. Der Aufwand für die Bankenabgabe verringerte sich durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts um € 5 Millionen auf € 116 Millionen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 166 Millionen nach € 312 Millionen in der Vergleichsperiode. Neben einer Verringerung der notleidenden Kredite dank des guten makroökonomischen Umfelds war diese positive Entwicklung auch durch Zuflüsse und Sanierungserfolge in Höhe von € 587 Millionen getrieben, aus denen ein positiver Ergebniseffekt von € 116 Millionen resultierte. Die größten Veränderungen bei den Risikokosten waren dabei im Segment Group Corporates & Markets (Rückgang um € 199 Millionen), in Rumänien (Rückgang um € 35 Millionen) und in Kroatien (Rückgang um € 29 Millionen) zu verzeichnen. Im vierten Quartal erhöhten sich die Wertminderungen hingegen um € 159 Millionen, verursacht durch Verfeinerungen der IFRS-9-Modelle (für nicht ausgefallene Kredite) und Vorsorgen für im Modell nicht abbildbare erwartete Kreditrisiken aufgrund außerordentlicher Ereignisse. Die Verbesserung der NPL Ratio von Kundenkrediten setzte sich 2018 ebenfalls fort: Seit Jahresbeginn ging sie um 1,9 Prozentpunkte zurück und lag Ende Dezember bei 3,8 Prozent. Die NPL Coverage Ratio verbesserte sich weiter um 10,6 Prozentpunkte auf 77,6 Prozent, primär aufgrund von Verkäufen hochbesicherter Kredite sowie der erstmaligen Anwendung von IFRS 9.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand verringerte sich um € 11 Millionen auf € 355 Millionen. Die effektive Steuerquote verringerte sich um 2 Prozentpunkte auf 20 Prozent, im Wesentlichen bedingt durch den höheren Ergebnisbeitrag der RBI AG.

Konzernergebnis

Das Ergebnis nicht beherrschender Anteile veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig von € 130 Millionen auf € 128 Millionen, während sich das Konzernergebnis um € 154 Millionen auf € 1.270 Millionen verbesserte.

Ergebnis im Quartalsvergleich

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q4/2017	Q1/2018	Q2/2018	Q3/2018	Q4/2018
Zinsüberschuss	818	829	834	856	843
Dividendenerträge	5	9	48	3	-9
Provisionsüberschuss	447	410	460	455	467
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	9	-1	18	4	-3
Ergebnis aus Hedge Accounting	-23	-1	-1	1	-11
Sonstiges betriebliches Ergebnis	21	45	20	14	8
Betriebserträge	1.277	1.291	1.379	1.334	1.294
Personalaufwand	-409	-384	-396	-383	-416
Sachaufwand	-315	-286	-287	-280	-325
Abschreibungen	-75	-70	-71	-71	-79
Verwaltungsaufwendungen	-798	-740	-754	-734	-819
Betriebsergebnis	479	551	625	600	475
Übriges Ergebnis	-31	27	-121	7	-74
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-17	-132	-8	-16	-13
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-121	83	0	-28	-222
Ergebnis vor Steuern	311	529	496	563	166
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-77	-98	-106	-111	-40
Ergebnis nach Steuern	234	430	389	452	127
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-28	-31	-33	-35	-29
Konzernergebnis	206	399	357	417	97

Veränderung viertes Quartal 2018 versus drittes Quartal 2018

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss ging im Quartalsvergleich um 2 Prozent oder € 13 Millionen auf € 843 Millionen zurück, hervorgerufen durch einen Rückgang um € 35 Millionen in Polen aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts. Dieser Effekt wurde durch volumenbedingt höhere Zinserträge in zahlreichen anderen Märkten zum Teil ausgeglichen. Den größten Anstieg verzeichnete mit € 7 Millionen infolge höherer Kundenkreditvolumina Tschechien. In Russland sorgten höhere Zinserträge, vorwiegend hervorgerufen durch höhere Investments in Anleihen öffentlicher Stellen im dritten Quartal sowie gestiegene Kundenkreditvolumina, für einen Anstieg um € 2 Millionen. Die Nettozinsspanne der RBI nahm um 1 Basispunkt auf 2,52 Prozent zu.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem dritten Quartal 2018 um 3 Prozent oder € 12 Millionen auf € 467 Millionen. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus einem höheren Provisionsertrag aus dem Kredit- und Garantiesgeschäft in der Konzernzentrale und der Raiffeisen Bausparkasse sowie aus höheren Umsätzen aus dem Zahlungsverkehr in Russland. Demgegenüber ging der Provisionsüberschuss in Polen aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts zurück.

Das Handelsergebnis nahm gegenüber dem Vorquartal um € 7 Millionen auf minus € 3 Millionen ab, vorrangig aufgrund von Verlusten aus in Handelsabsicht gehaltenen Vermögenswerten und negativen Währungsdifferenzen. Dem standen niedrigere Bewertungsverluste aus Krediten der Kategorie Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss gegenüber.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting sank aufgrund von Neukalibrierungen bei Fair-Value-Hedges in der Konzernzentrale um € 13 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduzierte sich im Quartalsvergleich von € 14 Millionen auf € 8 Millionen. Verantwortlich dafür war die Bildung von sonstigen Rückstellungen (Anstieg um € 5 Millionen), vor allem für Rechtsfälle in Russland und Rumänien im

vierten Quartal. Das Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sank um € 4 Millionen auf € 2 Millionen überwiegend in Tschechien und Russland. Umgekehrt verbesserte sich das Ergebnis aus dem Nichtbankengeschäft dank der Entwicklungen in Slowenien, Belarus und der Raiffeisen Leasing Österreich um € 5 Millionen auf € 15 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit € 819 Millionen im vierten Quartal um 12 Prozent oder € 85 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 734 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im Quartalsvergleich um € 32 Millionen auf € 416 Millionen. Hauptgründe dafür waren Erhöhungen der Pensions-, Bonus- und Abfertigungsrückstellungen vorwiegend in der Konzernzentrale und in Russland sowie Auflösungen von Urlaubsrückstellungen im dritten Quartal. Mitarbeiterzuwächse ergaben sich im vierten Quartal hauptsächlich in Russland und in der Konzernzentrale.

Der Sachaufwand erhöhte sich um € 45 Millionen auf € 325 Millionen, hervorgerufen durch saisonbedingt gestiegenen Werbeaufwand vor allem in Russland sowie den Rechts- und Beratungsaufwand der Konzernzentrale für den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im vierten Quartal um € 8 Millionen auf € 79 Millionen. Hauptgründe dafür waren die Anpassung der Nutzungsdauer eines Gebäudes in Ungarn sowie die Aktivierung von selbst erstellter Software in Rumänien und in der Konzernzentrale.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich im vierten Quartal 2018 auf minus € 74 Millionen, nachdem im dritten Quartal ein positives Ergebnis von € 7 Millionen ausgewiesen worden war. Ausschlaggebend für diesen Rückgang waren vor allem zwei Faktoren: Im vierten Quartal ergab sich aus dem Recycling kumulierter Fremdwährungsdifferenzen – diese waren bisher im sonstigen Ergebnis erfasst worden – im Zusammenhang mit dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts ein negativer Effekt von € 64 Millionen. Des Weiteren wurden im vierten Quartal Wertminderungen auf Anteile an assoziierten Unternehmen in Höhe von € 19 Millionen vorgenommen.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen verringerten sich gegenüber dem dritten Quartal um € 4 Millionen auf € 13 Millionen. Hier war es bei der Bankenabgabe – bedingt durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts – im vierten Quartal zu einem Rückgang um € 4 Millionen gekommen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Im vierten Quartal 2018 beliefen sich die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte auf € 222 Millionen nach € 28 Millionen im Vorquartal. Dieser starke Anstieg beruhte vor allem auf Vorsorgen von € 105 Millionen aufgrund der Verfeinerung der IFRS-9-Modelle sowie Vorsorgen von € 54 Millionen für im Modell nicht abbildbare erwartete Kreditrisiken aufgrund außerordentlicher Ereignisse (vor allem mögliche Russland-Sanktionen).

Die größten Veränderungen ergaben sich dabei im Segment Osteuropa mit einem Anstieg um € 58 Millionen, von dem allein auf Russland € 52 Millionen entfielen. In Zentraleuropa belief sich der Zuwachs auf € 54 Millionen und stammte mit € 20 Millionen aus der Slowakei und mit jeweils € 16 Millionen aus Tschechien und Polen. In Südosteuropa erhöhten sich die Wertminderungen im Quartalsvergleich um € 49 Millionen, hervorgerufen durch Rumänien mit € 25 Millionen, Kroatien mit € 11 Millionen und Bulgarien mit € 6 Millionen. Das Segment Group Corporates & Markets war für einen Anstieg um € 27 Millionen verantwortlich.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sanken vor allem ergebnisbedingt um € 71 Millionen auf € 40 Millionen. Die effektive Steuerquote erhöhte sich hingegen um 4 Prozentpunkte auf 24 Prozent.

Konzernergebnis

Das Konzernergebnis sank deutlich um € 319 Millionen auf € 97 Millionen. Auslöser dafür waren vor allem um € 194 Millionen höhere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte und ein um € 124 Millionen geringeres Betriebsergebnis, das insbesondere durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts sowie saisonale Effekte bei den Verwaltungsaufwendungen geprägt war.

Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI stieg seit Jahresbeginn trotz des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts (€ 9.506 Millionen) um 4 Prozent oder € 4.969 Millionen auf € 140.115 Millionen. Die Währungsentwicklung gegenüber dem Euro – vor allem die Abwertung des russischen Rubels um 13 Prozent, des belarussischen Rubels um 5 Prozent sowie des ungarischen Forint und des polnischen Zloty um jeweils 3 Prozent bzw. gegenläufig dazu die Aufwertung der ukrainischen Hryvna um 6 Prozent und des US-Dollars um 5 Prozent – bewirkte dabei eine Reduktion um € 661 Millionen.

Aktiva

in € Millionen	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
Forderungen an Kreditinstitute	9.998	10.741	-743	-6,9%
Forderungen an Kunden	80.866	77.745	3.121	4,0%
Wertpapiere	19.778	21.967	-2.189	-10,0%
Barbestände und übrige Aktiva	29.473	24.694	4.780	19,4%
Gesamt	140.115	135.146	4.969	3,7%

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 7 Prozent oder € 743 Millionen auf € 9.998 Millionen stammte überwiegend aus einer Abnahme der Ausleihungen gegenüber der tschechischen und der ungarischen Nationalbank.

Die Forderungen an Kunden stiegen trotz des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts um 4 Prozent oder € 3.121 Millionen auf € 80.866 Millionen. Ohne den erwähnten Verkauf hätte diese Position um 10 Prozent oder € 7.754 Millionen zugenommen. Ein wesentlicher Zuwachs ergab sich in der Konzernzentrale (Anstieg um € 3.596 Millionen), hervorgerufen durch kurzfristige (Ausnutzung von Kreditzusagen) als auch langfristige Ausleihungen. Darüber hinaus erhöhten sich vor allem die Kreditvergaben an Haushalte (Hypothekarkredite) und Nicht-Finanzunternehmen (Investitionsfinanzierungen) in Tschechien (Anstieg um € 991 Millionen oder 10 Prozent), in Rumänien (Anstieg um € 898 Millionen oder 19 Prozent in allen Produktgruppen, überwiegend Nicht-Finanzunternehmen und in geringerem Ausmaß Haushalte), in der Slowakei (Anstieg um € 717 Millionen oder 8 Prozent, überwiegend Hypothekarkredite an Haushalte) und in Russland (Anstieg um € 568 Millionen oder 7 Prozent trotz starker Währungsabwertung, überwiegend Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte). In Zentral-, Südost- und Osteuropa erhöhten sich die Kredite an Haushalte um € 2.371 Millionen und jene an Nicht-Finanzunternehmen um € 1.921 Millionen.

Der Rückgang bei den Wertpapieren ist überwiegend durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts (minus € 3.311 Millionen) bedingt. Dem standen Zuwächse an russischen Staatsanleihen in Höhe von € 990 Millionen gegenüber.

Die Barbestände stiegen – vor allem in der Konzernzentrale durch Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank – seit Jahresbeginn um € 5.652 Millionen auf € 22.557 Millionen an. Die übrigen Aktiva reduzierten sich um € 872 Millionen auf € 6.916 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch Rückgänge bei den Sachanlagen, den derivativen Finanzinstrumenten und den Steuerforderungen.

Passiva

in € Millionen	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.980	22.378	1.602	7,2%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87.038	84.974	2.064	2,4%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	16.684	16.553	130	0,8%
Eigenkapital	12.413	11.241	1.172	10,4%
Gesamt	140.115	135.146	4.969	3,7%

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns gegenüber Kreditinstituten, das vor allem kurzfristige Refinanzierungen in der Konzernzentrale betrifft, stieg um 7 Prozent oder € 1.602 Millionen auf € 23.980 Millionen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen trotz des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts (€ 8.237 Millionen) um € 2.064 Millionen auf € 87.038 Millionen. Ohne den Verkauf hätte sich diese Position um 12 Prozent oder € 10.301 Millionen erhöht. Dabei stammten die größten Zuwächse aus der Konzernzentrale (Anstieg um € 5.007 Millionen oder 34 Prozent, vorwiegend kurzfristige Einlagen), Russland (Anstieg um € 1.680 Millionen oder 18 Prozent, vorwiegend kurzfristige Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten), der Slowakei (Anstieg um € 891 Millionen oder 9 Prozent), Tschechien (Anstieg um

€ 738 Millionen oder 6 Prozent), Rumänien (Anstieg um € 679 Millionen oder 11 Prozent), Ungarn (Anstieg um € 621 Millionen oder 12 Prozent) und Kroatien (Anstieg um € 346 Millionen oder 10 Prozent).

Für Informationen zum Funding wird auf Punkt (53) Liquiditätsmanagement im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Bilanzielles Eigenkapital

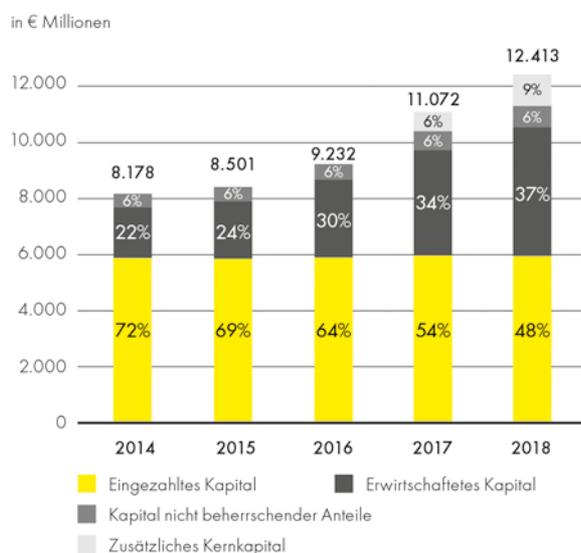
Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete nach Berücksichtigung des Effekts aus der Anwendung von IFRS 9 von minus € 169 Millionen einen Anstieg um € 1.341 Millionen auf € 12.413 Millionen. Davon entfielen € 496 Millionen auf Kapitaltransaktionen, € 1.217 Millionen auf das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres und minus € 343 Millionen auf Dividendenzahlungen.

Anfang 2018 platzierte die RBI erfolgreich zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 500 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit. Nach Abzug von Emissionskosten und Disagio erhöhte sich das Kapital dadurch um € 496 Millionen. Das AT1 wird aufgrund der Emissionsbedingungen gemäß IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert.

Nachdem die RBI für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016 zur Stärkung der Kapitalbasis keine Dividende an ihre Aktionäre ausgeschüttet hatte, beschloss die Hauptversammlung im Juni 2018 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 0,62 je Aktie für 2017. Dies ergab in Summe eine Ausschüttung von € 204 Millionen. Weiters wurden an nicht beherrschende Anteilseigner von Konzerngesellschaften € 79 Millionen ausbezahlt. Auf das zusätzliche Kernkapital entfielen zudem Dividendenzahlungen von € 60 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 1.217 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern von € 1.398 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 181 Millionen zusammen. Das sonstige Ergebnis wurde in erster Linie durch die Kursentwicklung des russischen Rubels und den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts beeinflusst. Die Abwertung des russischen Rubels ergab einen negativen Ergebnisbeitrag von € 223 Millionen aus der Währungsumrechnung im Konzern, der durch das Ergebnis einer Absicherung der Nettoinvestition in Russland (€ 42 Millionen) zum Teil kompensiert wurde. Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts bewirkte eine Umgliederung (Recycling) der kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen von € 64 Millionen aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung.

Zusammensetzung des Eigenkapitals



Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Per 31. Dezember 2018 betrug das harte Kernkapital (CET1) nach Abzugsposten der RBI € 9.702 Millionen. Dies bedeutet eine Erhöhung um € 436 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2017. Für die Verbesserung verantwortlich war die Berücksichtigung des erwirtschafteten Gewinns im regulatorischen Kapital. Negativ beeinflusst war das CET1 hingegen durch die Umstellung auf den neuen Bilanzierungsstandard IFRS 9 per 1. Jänner 2018, Währungseffekte sowie die Auswirkungen sonstiger Abzugsposten. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten erhöhte sich um € 1.089 Millionen auf € 10.928 Millionen, insbesondere getrieben von der im Jänner 2018 erfolgten Platzierung von zusätzlichem Kernkapital mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen sowie den Veränderungen im CET1. Demgegenüber verringerten sich die ergänzenden Eigenmittel aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung und des Abreifens von Kapitalinstrumenten um € 690 Millionen auf € 2.363 Millionen. Die gesamten Eigenmittel der RBI beliefen sich zum Bilanzstichtag auf € 13.291 Millionen, dies entspricht einem Anstieg um € 399 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2017.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) lagen zum 31. Dezember 2018 mit € 72.672 Millionen um € 770 Millionen über dem Vergleichswert des Vorjahres. Wesentliche Grundlage für diesen Anstieg war Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in Group Corporates & Markets, Russland, Rumänien, Tschechien (unter anderem bedingt durch die Auflösung einer Verbriefungstransaktion) und der Slowakei. Ein gegenläufiger Effekt ergab sich durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts, durch den die RWA um € 4.941 Millionen zurückgingen.

Die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) verbesserte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 13,4 Prozent, wozu der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts 0,9 Prozentpunkte beisteuerte. Die Tier 1 Ratio (fully loaded) verbesserte sich um 1,3 Prozentpunkte auf 14,9 Prozent, die Eigenmittelquote (fully loaded) um 0,3 Prozentpunkte auf 18,2 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung aktiv.

Produktentwicklung

Im Bereich des Financial Engineering werden für Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung entwickelt. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI auch im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Digitalisierung

Die RBI beschäftigt sich laufend intensiv mit den Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche für die Gruppe ergeben. Angesichts der Bedeutung dieses Trends wurden 2018 die bisherigen Bereiche Group Strategy und Group Digital Banking & Innovation zusammengeführt. Der neue Bereich Group Strategy & Innovation ist dem CEO zugeordnet und vereint die Strategieabteilung mit den Innovationsabteilungen Fintech Partnerships und Innovation Management sowie der Abteilung Group Transformation. Damit soll neben der Entwicklung und Umsetzung von Innovationen und Partnerschaften die strategische Komponente der digitalen Transformation der RBI in den Fokus gerückt werden. Vor dem Hintergrund der Innovationsstrategie wurde im April 2018 zudem ein eigenes Innovation Board ins Leben gerufen, um alle Innovationsaktivitäten der Gruppe zu koordinieren und zu steuern.

Anfang des Jahres 2018 schloss die RBI die erste Runde des Fintech-Partnership-Programms Elevator Lab erfolgreich ab. Fünf ausgewählte Fintechs präsentierten die Ergebnisse ihrer Pilotprojekte, die sie in den vorangegangenen vier Monaten erarbeitet hatten. Mit einem der Teilnehmer, dem österreichischen Unternehmen kompany, wurde im Mai 2018 auch ein Kooperationsvertrag unterzeichnet. Gemeinsam mit kompany hat die RBI mittlerweile eine innovative Know-Your-Customer (KYC)-Lösung entwickelt und implementiert, die optimal auf die regulatorischen Bedürfnisse der RBI abgestimmt ist. Mit zwei weiteren teilnehmenden Unternehmen befindet sich die RBI weiterhin in intensiven Gesprächen und der Entwicklung gemeinsamer Projekte.

Im Mai 2018 stellte die RBI ihre neue Corporate-Venture-Capital-Gesellschaft Elevator Venture vor. Sie ist mit einem Investitionskapital von € 25 Millionen ausgestattet und hat ihren Fokus auf strategischen Direktinvestitionen in ausgewählte Fintechs, Co-Investments sowie Investments in anderen Venture-Capital-Fonds. Elevator Ventures stellt somit eine logische Ergänzung zu Elevator Lab dar, da nun auch Folgeinvestments für Teilnehmer in Aussicht gestellt werden können. Auch Wachstumskapital für junge Unternehmen steht damit zur Verfügung. Investitionsziele sind Fintechs, die bereits erste Markterfahrungen gesammelt haben und nun Kapital brauchen, um ihre Geschäftsmodelle weiter zu skalieren. Zusätzlich ist die RBI mit ihrer Expertise und ihrem umfassenden Netzwerk in CEE speziell für internationale Fintechs von Interesse.

Im Oktober 2018 startete der zweite Durchgang von Elevator Lab. Aus mehr als 400 Bewerbungen – ein Anstieg von über 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2017 – wurden acht Fintechs ausgewählt, die gemeinsam mit der RBI an Pilotprojekten arbeiten werden. Erstmals beteiligten sich acht Netzwerkbanken der RBI im Rahmen von regionalen Elevator Lab Challenges an der Auswahl der Fintechs.

2018 baute die RBI nicht nur die Kooperation mit Fintechs weiter aus, sondern auch die Stärkung der Innovationskraft ihrer eigenen Mitarbeiter weiter in den Fokus gerückt. Im Juni 2018 startete beispielsweise ein gruppenweites Intrapreneurship-Programm, für das sich über 3.600 Mitarbeiter registrierten und in dessen Rahmen 765 Ideen eingereicht wurden. Von August bis Dezember arbeiteten acht interdisziplinäre Teams an der Entwicklung von Pilotprojekten. Dabei wurden die Mitarbeiter auch mit modernen Arbeitsmethoden und Technologien vertraut gemacht.

Intensiv beschäftigte sich die RBI 2018 auch mit der Blockchain-Technologie. Hier lag der Fokus auf konkreten Anwendungen in den Bereichen Handelsfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft und Zahlungsverkehr. Außerdem wurden im Zusammenhang mit den erforderlichen Identifizierungsprozessen erste Machbarkeitsstudien erfolgreich abgeschlossen. Zur weiteren Entwicklung von Blockchain-Lösungen schloss die RBI ein Kooperationsabkommen mit dem Institut für Kryptoökonomie der WU Wien ab und ist bereits seit Ende 2017 Mitglied im internationalen Blockchain-Konsortium R3.

Die im Vorjahr begonnenen Aktivitäten rund um Advanced Analytics – die fortgeschrittene Datenanalyse und -auswertung, mit deren Hilfe sich unternehmerische Prozesse nicht nur besser verstehen, sondern auch steuern lassen – wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. So wurde im abgelaufenen Jahr ein Konzept erarbeitet, das mittlerweile operationalisiert wird.

Seit 2018 bietet die RBI als erste Bank in Österreich ihren Firmenkunden Video-Identifizierung (Video ID) an. Die Kunden können dadurch die gesetzlich vorgeschriebene Identifikation innerhalb weniger Minuten per Video durchführen und ersparen sich somit die Zeit für Identifizierungstermine bei einem Bankangestellten oder einem Notar. Zur Implementierung dieses Angebots hat die RBI in Wien das Identification & Verification Competence Center gegründet.

Auch die Netzwerkbanken in CEE stoßen regelmäßig innovative Projekte an. So ist etwa die Tochterbank in Russland eine Pionierin hinsichtlich der Implementierung der Blockchain-Technologie. Im September 2018 initiierte sie in Kooperation mit der russischen Zentralbank sowie führenden staatlichen Institutionen und Banken die erste Transaktion eines Hypothekenzertifikats auf der staatlichen Masterchain-Plattform.

Die Tatra banka führte 2018 als erste Bank in der Slowakei Gesichtserkennung im mobilen Banking ein und setzte damit ihre Serie an Innovationen im Bereich Biometrie fort. Generell zählt die Tatra banka mit ihrem breiten Angebot an digitalen und mobilen Bankprodukten zu den führenden Banken in CEE und bringt immer wieder innovative Lösungen in die Gruppe ein. Im September 2018 eröffnete die Tatra banka in Kooperation mit dem in Bratislava ansässigen Co-Working Center HubHub zudem ein eigenes Elevator Lab. Damit soll Startups aus unterschiedlichen Bereichen eine Plattform geboten werden, um gemeinsam mit Experten der Bank, IT-Fachleuten und Datenspezialisten ihre Geschäftsideen weiterzuentwickeln und zu skalieren.

Die in der Konzernzentrale und den Netzwerkbanken aus den verschiedenen Digitalisierungsprojekten gewonnenen Erfahrungen werden laufend evaluiert und verbessert. Es ist das erklärte Ziel der Digitalisierungsstrategie der RBI, diese Erkenntnisse weiter zu verfeinern und anschließend in anderen Netzwerkbanken der Gruppe zu implementieren.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Dieses ist im unternehmensweiten Rahmenwerk für das Interne Kontrollsystem (IKS) eingebettet.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, den Vorstand dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für den Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentrales Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist die Geschäftsleitung der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt durch Group Accounting & Reporting sowie im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Group Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion gruppenweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, Beteiligungen und Firmenwerten. Auch beim Sozialkapital sowie der Bewertung von Wertpapieren liegen Einschätzungen zugrunde.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der einzelnen Finanzinformationen erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RBI, wobei die Berechnung von Teilen der Wertberichtigungen nach IFRS 9 zentral erfolgt. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Finanzinformationen abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden. Die Abstimmungs- und Validierungskontrollen werden innerhalb der gesamten Rechnungslegungsprozesse in die Aggregations-, Berechnungs- und Bewertungsaktivitäten eingebettet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Kontrollen in den für den Abschluss wesentlichen Kernprozessen gelegt. Dabei handelt es sich vorwiegend um bewertungsrelevante Prozesse, deren Resultate einen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss haben (z.B. Kreditrisikovorsorgen, Derivative Produkte, Beteiligungen, Personalrückstellungen, Marktrisiko).

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Group Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften und die Anmerkungen aus der Abschlussprüfung berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene. Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem gesamten Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RBI Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsegesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorschaurechnungen für den Konzern. Der von Group Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Finanzberichterstattung ist ein Schwerpunktthema im IKS, in dem die Rechnungslegungsprozesse einer Überwachung und Kontrolle unterzogen werden und deren Ergebnisse in tourlichen Berichten dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess zu überwachen. Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Die internen Kontrollsysteme basieren auf drei Verteidigungslinien (lines of defense).

Die sogenannte First line of defense bilden dabei die Fachbereiche, in der die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig sind. Hier werden gemäß den dokumentierten Prozessen in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch themenspezifische Spezialbereiche abgedeckt. Das sind zum Beispiel Compliance, Data Quality Governance, Operational Risk Controlling oder Security & Business Continuity Management. Sie sollen in erster Linie die Fachbereiche bei den Kontrollschritten unterstützen, die tatsächlichen Kontrollen validieren und State-of-the-art-Praktiken in die Organisation einbringen.

Als dritte Stufe ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Group Internal Audit sowie von der jeweiligen internen Revision der Konzerneinheiten wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionsspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen Best Practices basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Group Internal Audit (insbesondere auch die Audit Charter). Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RBI. Die Leitung des Bereichs Group Internal Audit berichtet direkt an die Vorstände mit zusätzlichen Berichtspflichten an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben erfüllen die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2018 € 1.003.265.844,05 und ist in 328.939.621 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2018 322.204 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 328.617.417 Aktien im Umlauf befanden. Im Vergleich zum 31. Dezember 2017 (394.942 Stück) ergibt sich daraus ein Abgang von 72.738 Stück eigenen Aktien, der auf der Übertragung im Rahmen des aktienbasierten Vergütungsprogramms beruht. Für weitere Angaben wird auf den Anhang zu Punkt (30) verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Die Raiffeisen-Landesbanken und unmittelbare und mittelbare Tochtergesellschaften der Raiffeisen-Landesbanken sind Parteien eines Syndikatsvertrags in Bezug auf die RBI AG (Syndikatsvereinbarung). In dieser Syndikatsvereinbarung ist u. a. neben einer Stimmbindung und Vorkaufsrechten insbesondere geregelt, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG, somit ab 18. März 2017, Verkäufe von durch die Raiffeisen-Landesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) nicht möglich sind (Lock-Up-Periode), wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisen-Landesbanken an der RBI AG (unmittelbar und/oder mittelbar) 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde. Nach Ablauf der Lock-Up-Periode gilt dafür eine Anteilsschwelle von 40 Prozent des Grundkapitals an der RBI AG.

(3) Die RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH hält gemäß letzter Stimmrechtsmitteilung vom 7. September 2018 rund 22,24 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Weiters sind den Raiffeisen-Landesbanken und deren unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften aufgrund der Syndikatsvereinbarung in Bezug auf die RBI AG die unmittelbar bzw. mittelbar gehaltenen Stimmrechte aus insgesamt 193.449.778 Aktien, entsprechend einem Stimmrechtsanteil von rund 58,81 Prozent, jeweils wechselseitig gemäß §§ 130 und 133 Z 7 BörseG als gemeinsam vorgehenden Rechtsträgern iSd § 1 Z 6 ÜBG zuzurechnen (siehe am 7. September 2018 veröffentlichte Stimmrechtsmitteilung). Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

(4) Die Satzung enthält keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern. Gemäß Syndikatsvereinbarung für die RBI AG können neun Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG durch die Raiffeisen-Landesbanken nominiert werden. Neben den von den Raiffeisen-Landesbanken nominierten Mitgliedern sollen dem Aufsichtsrat der RBI AG drei nicht der Raiffeisen Bankengruppe Österreich zurechenbare unabhängige Vertreter des Streubesitzes angehören.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl gestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 Abs 6 AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugs-

rechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Die Hauptversammlung vom 21. Juni 2018 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 20. Dezember 2020, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen 10 Handelstage liegen. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland erfolgt. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 20. Juni 2023.

Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 beschlossene Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 8 AktG zum Erwerb und zur Einziehung eigener Aktien. Seither wurden weder aufgrund der nunmehr erloschenen Ermächtigung vom Juni 2016 noch aufgrund der nunmehr aufrechten Ermächtigung vom Juni 2018 eigene Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 21. Juni 2018 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 20. Dezember 2020, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende jeden Tages 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG ist Versicherungsnehmer einer gruppenweit gültigen D&O-Versicherung. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RBI-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RBI-Gruppe endet der Versicherungsvertrag automatisch zum Ablauf jener Versicherungsperiode, in der die Verschmelzung wirksam wird. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RBI und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, in dessen Rahmen Gesellschafter von außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich die Kontrolle erlangen, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden. Die RBI AG übt weiters die Zentralinstitutsfunktion der Raiffeisen Bankengruppe auf Bundesebene aus. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG können Verträge, die damit zusammenhängen (Mitgliedschaft im Liquiditätsverbund nach § 27a BWG; Mitgliedschaft im Bundes-IPS gemäß Art 113 Abs 7 CRR), enden bzw. sich ändern.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernabschluss verwiesen.

Corporate Governance

Weitere Informationen dazu befinden sich im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investoren → Corporate Governance).

Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht

Die gemäß NaDiVeG (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz) nach § 267a UGB zu erstellende konsolidierte nichtfinanzielle Erklärung erfolgt als eigenständiger nichtfinanzieller Bericht (Nachhaltigkeitsbericht). Der Bericht mit ausführlichen Informationen zu den Entwicklungen im Nachhaltigkeitsmanagement wird auf der Website unter www.rbinternational.com → Über uns → Nachhaltigkeitsmanagement veröffentlicht und enthält auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Das konjunkturelle Umfeld in Zentraleuropa (CE) sollte sich 2019 trotz zunehmenden internationalen Gegenwinds alles in allem weiterhin positiv gestalten, auch wenn das BIP-Wachstum nachgeben dürfte. So wird für 2019 – nach 4,5 Prozent im Jahr 2018 – eine Zuwachsrate von 3,4 Prozent erwartet. Als stabile Konjunkturstütze sollte sich dabei dank weiterhin sinkender Arbeitslosigkeit und solider Reallohnanstiege abermals der private Konsum erweisen. Trotz voraussichtlich geringerer Zuwachsraten dürften auch die Investitionen im Jahr 2019 eine wichtige Säule der Konjunktur darstellen. Nach Ländern betrachtet werden die höchsten Zuwächse für die Slowakei (4,0 Prozent) und Polen (3,6 Prozent) erwartet.

Südosteuropa

In Südosteuropa (SEE) ist neuerlich mit einem niedrigeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Dies ist – wie bereits 2018 – vor allem der rumänischen Wirtschaftsdynamik zuzuschreiben, dessen BIP den größten Anteil in SEE ausmacht. Das BIP-Wachstum von Rumänien wird für 2019 mit 2,5 Prozent (nach 4,1 Prozent 2018) geschätzt. In den übrigen SEE-Ländern sollten die Wirtschaftsaktivitäten 2019 weitgehend stabil bleiben bzw. nur einen leichten Rückgang erfahren. Damit wird gegenüber 2018 mit einer Verlangsamung von 3,7 Prozent auf 2,8 Prozent gerechnet. Die Konjunktur dürfte dabei von der Inlandsnachfrage getragen sein. So sollte ein Anstieg der Löhne die Ausgabenneigung der privaten Haushalte positiv beeinflussen, ebenso wird weiterhin eine hohe Investitionstätigkeit erwartet, allerdings stark abhängig von den Fortschritten in der Inanspruchnahme von EU-Mitteln und der Umsetzung großer Infrastrukturprojekte. Alles in allem dürfte sich die 2019 und 2020 erwartete Konjunkturabschwächung in der EU jedoch auch dämpfend auf das Wirtschaftswachstum der SEE-Region auswirken.

Osteuropa

Nach einem etwas stärkeren Jahr 2018 dürfte die russische Wirtschaft 2019 eine niedrigere Wachstumsrate von rund 1,5 Prozent aufweisen. Damit dürfte sich der moderate Wachstumspfad der vergangenen Jahre fortsetzen. Der Ölpreis sollte dabei stützend wirken, während von der weiterhin vergleichsweise restriktiven Geld- und Fiskalpolitik keine deutlichen Impulse zu erwarten sind. Nach wie vor bestehen Sanktionsrisiken, die die Währungs- und Wirtschaftsentwicklung negativ beeinflussen könnten. In der Ukraine stehen 2019 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an, die Wiederbelebung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds sollte jedoch stabilisierend wirken. Das Wirtschaftswachstum dürfte in der Ukraine 2019 bei moderaten 2,7 Prozent liegen.

Österreich

Auch wenn der Konjunkturrückgang in Österreich bereits überschritten wurde, dürfte die konjunkturelle Dynamik trotz Abschwächung und zunehmender externer Risiken weiterhin überdurchschnittlich (verglichen mit der Eurozone) bleiben. Für 2019 wird eine niedrigere Zuwachsrate des realen BIP erwartet als im Vorjahr verzeichnet. Nach 2,7 Prozent im Jahr 2018 dürfte die österreichische Volkswirtschaft 2019 real um 1,3 Prozent expandieren. Als maßgeblicher Treiber sollte sich dabei die Inlandsnachfrage erweisen, während der Außenhandel den internationalen Gegenwind zunehmend zu spüren bekommt. Dank der weiterhin guten Arbeitsmarktlage ist für den privaten Konsum auch für 2019 von soliden Zuwachsraten auszugehen. Die Investitionen sollten sich abschwächen, die Konjunktur aber auch 2019 unterstützen.

Bankensektor Österreich

Das Neugeschäft im österreichischen Bankenmarkt sollte sich 2019 weiterhin positiv entwickeln. Je nach Marktsegment werden Kreditwachstumsraten im Bereich von 3 bis 5 Prozent erwartet. Nachholeffekte im Firmenkundengeschäft sollten, trotz Konjunkturertrübung, die weiterhin positive Dynamik in diesem Segment unterstützen. Zudem sollte die fortgesetzt positive Einkommensentwicklung die Kreditvergabe grundsätzlich weiterhin begünstigen. Nichtsdestotrotz wird bei der Vergabe von Hypothekarkrediten – auch angesichts der verschärften Kommunikation durch den Regulator – eine moderate Abschwächung erwartet. In Summe sollte die Eigenkapitalrentabilität der österreichischen Banken – bei stabilen oder nur leicht ansteigenden Risikokosten – 2019 im hohen einstelligen Prozentbereich liegen.

Bankensektor CEE

Für die CEE-Bankenmärkte werden für die kommenden zwölf bis 18 Monate Kreditwachstumsraten im Bereich von 5 bis 9 Prozent erwartet. Damit sollte sich die solide Wirtschaftsentwicklung in CE bzw. in SEE trotz der moderaten Abschwächung der Dynamik 2019 insgesamt positiv auf die Ertragsituation der CEE-Banken auswirken. Angesichts neuer Tiefstände bei den Arbeitslosenquo-

ten in CE und SEE sollten die Löhne auch 2019 im hohen einstelligen Prozentbereich zulegen, während einige regionale Notenbanken in CE und SEE eine weitere vorsichtige geldpolitische Normalisierung vollziehen sollten. Verschärfte makroprudenzielle Regularien werden voraussichtlich vor allem in Tschechien, der Slowakei und Rumänien das Wachstum bei Hypothekar- bzw. Konsumentenkrediten bremsen, damit umgekehrt allerdings das nachhaltige Ertragspotenzial dieser Märkte bewahren. Dank der Anpassungen der letzten Jahre – etwa der Verringerung der Fremdwährungskredite und des Abbaus der NPL-Portfolios – dürften signifikante negative Ertragsauswirkungen aus dieser Richtung ausbleiben. Ebenso ist angesichts der noch positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der derzeit stabilen Lage bei den Firmeninsolvenzen nicht mit einem deutlichen Anstieg der Risikokosten zu rechnen. Auch in Russland, der Ukraine und Belarus dürften sich die Rahmenbedingungen für den Bankensektor angesichts hoher lokaler Zinsniveaus und solider makroökonomischer Parameter 2019 positiv entwickeln. In Summe sollte die Eigenkapitalrentabilität des CEE-Bankensektors 2019 das Niveau des Jahres 2018 nahezu erreichen können, selbst wenn die Risikokosten in einigen Regionen (ausgehend von niedrigen Niveaus) unter Umständen leicht steigen. In Rumänien könnte sich eine neue Bankenabgabe negativ auf das Neukreditgeschäft und die Ertragslage des Bankensektors auswirken.

Ausblick der RBI

Wir gehen für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im mittleren einstelligen Prozentbereich aus.

Für 2019 erwarten wir eine Neubildungsquote von rund 45 Basispunkten.

Die NPL Ratio soll weiter sinken.

Wir streben für 2021 eine Cost/Income Ratio von etwa 55 Prozent an.

Wir peilen in den nächsten Jahren einen Konzern-Return-on-Equity von etwa 11 Prozent an.

Mittelfristig streben wir eine CET1 Ratio von rund 13 Prozent an.

Basierend auf dieser Zielquote beabsichtigen wir Dividendenausschüttungen in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Konzernergebnisses.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bankenabgabe in Rumänien

Ende 2018 beschloss die rumänische Regierung die Einführung einer neuen Bankenabgabe. Aufgrund der Diskussionen um mögliche negative Auswirkungen auf die rumänische Volkswirtschaft besteht noch Abstimmungsbedarf auf Regierungsebene. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das zum Jahresende 2018 vorgelegte Konzept noch einer Überarbeitung unterzogen wird, die eine Entschärfung des bisherigen Entwurfs und der damit verbundenen Belastungen für den Bankensektor zur Folge haben könnte. Die Auswirkung auf die RBI kann noch nicht quantifiziert werden.

Segmentberichte

Segmentüberblick	68
Entwicklung der Segmente	69
Zentraleuropa	69
Südosteuropa	73
Osteuropa	77
Group Corporates & Markets	80
Corporate Center	82

Segmentüberblick

Grundlagen der Segmentierung

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Die Märkte des Konzerns werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG), Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Centrobank AG, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft mbH, Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der RBI AG (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten und Minderheitsbeteiligungen (u. a. UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG)

Entwicklung der Segmente

Zentraleuropa

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Zinsüberschuss	965	950	1,5%	222	250	-11,3%
Dividendenerträge	6	5	32,4%	0	0	117,8%
Provisionsüberschuss	549	557	-1,4%	125	141	-11,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	41	50	-17,4%	4	23	-81,6%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-10	3	-	3	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-34	6	-	-18	0	>500,0%
Betriebserträge	1.517	1.571	-3,4%	336	414	-18,8%
Verwaltungsaufwendungen	-854	-887	-3,7%	-205	-213	-3,7%
Betriebsergebnis	663	684	-3,1%	131	201	-34,7%
Übriges Ergebnis	-8	-4	135,6%	1	1	-12,1%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-85	-91	-6,4%	-9	-12	-30,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-122	-59	106,0%	-82	-28	196,5%
Ergebnis vor Steuern	447	530	-15,7%	41	162	-74,5%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-101	-111	-9,4%	-8	-33	-74,5%
Ergebnis nach Steuern	346	419	-17,3%	33	129	-74,4%

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Zentraleuropa verringerte sich im Jahresvergleich um € 73 Millionen auf € 346 Millionen. Ausschlaggebend dafür war ein Ergebnismrückgang um € 67 Millionen in Polen, hervorgerufen durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts. In Ungarn kam es angesichts hoher Nettoauflösungen von Kreditrisikovorsorgen durch den Verkauf notleidender Kredite im Vorjahr sowie der Endkonsolidierung eines Immobilienfonds zu einem Ergebnismrückgang um € 40 Millionen. Hingegen verzeichnete Tschechien einen Anstieg des Ergebnisses nach Steuern um € 22 Millionen, der im Wesentlichen auf einem höheren Zinsüberschuss beruhte.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss legte im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 15 Millionen auf € 965 Millionen zu. Hauptgrund dafür war die positive Entwicklung in Tschechien. Hier sorgten vor allem höhere Marktzinssätze und höhere Kreditvolumina an Kunden für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 58 Millionen. In der Slowakei stieg der Zinsüberschuss aufgrund höherer Kundenkreditvolumina um € 15 Millionen. Dagegen verringerte sich der Zinsüberschuss in Polen um € 54 Millionen, vorwiegend bedingt durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts. In Ungarn sorgten niedrigere Zinssätze für einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 4 Millionen. Die Nettozinsspanne des Segments verbesserte sich aufgrund der positiven Entwicklung in Tschechien um 14 Basispunkte auf 2,27 Prozent.

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um € 8 Millionen auf € 549 Millionen, zurückzuführen auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts. Dagegen erhöhte sich der Provisionsüberschuss in der Slowakei - vorwiegend aufgrund verbesserter Margen im Depot- und Treuhandgeschäft - um € 6 Millionen auf € 163 Millionen. Ebenso verzeichneten Ungarn und Tschechien, primär aufgrund höherer Erträge im Zahlungsverkehr sowie im Garantieggeschäft, einen Anstieg um jeweils € 4 Millionen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen nahm im Jahresvergleich um € 9 Millionen auf € 41 Millionen ab. Dabei verzeichnete Tschechien einen Rückgang um € 29 Millionen, hervorgerufen durch Effekte aus der Währungsumrechnung. Dagegen verbesserte sich das Ergebnis in Polen vorrangig aufgrund der Währungsumrechnung um € 11 Millionen. In Ungarn war dank höherer Bewertungsgewinne bei Derivaten eine Zunahme um € 8 Millionen zu verzeichnen.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting verringerte sich im Jahresvergleich um € 13 Millionen. Hier führte der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts im zweiten Quartal 2018 zur Beendigung der bestehenden Portfolio-Cash-Flow-Hedges. Diese hatten die Cash-Flow-Schwankungen aus Fremdwährungskrediten und Einlagen in lokaler Währung durch Fremdwährungs-Zinsswaps abgesichert. Die Beendigung bewirkte die erfolgswirksame, aber kapitalneutrale Umgliederung der in Vorperioden im sonstigen Ergebnis gebildeten Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von minus € 13 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich um € 40 Millionen auf minus € 34 Millionen. Der hier in Polen verzeichnete Rückgang um € 22 Millionen war auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts zurückzuführen. Weiters entfielen in Ungarn aufgrund der Endkonsolidierung eines Immobilienfonds Erträge von € 10 Millionen. In Tschechien wiederum kam es – nach der Veräußerung von Schuldverschreibungen und Krediten im Vorjahr – zu einer Reduktion um € 10 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments sanken gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 33 Millionen auf € 854 Millionen. Hauptgrund dafür war der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts Ende Oktober, durch den die Aufwendungen in Polen um € 30 Millionen zurückgingen. Anders als in Polen erhöhte sich der Personalaufwand durch Gehaltsanpassungen in der Slowakei um € 6 Millionen und in Ungarn um € 2 Millionen, während der Raumaufwand in Ungarn aufgrund eines Sondereffekts im Vorjahr um € 10 Millionen zurückging. Der IT-Aufwand verringerte sich in Ungarn und der Slowakei um jeweils € 3 Millionen.

Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments sank aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts um 235 auf 396, die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ging dadurch um 842 auf 12.720 zurück. Die Cost/Income Ratio reduzierte sich geringfügig um 0,2 Prozentpunkte auf 56,3 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis des Segments Zentraleuropa ging um € 5 Millionen auf minus € 8 Millionen zurück, im Wesentlichen hervorgerufen durch eine Wertminderung auf den im Zuge der Erstkonsolidierung einer ungarischen Immobiliengesellschaft entstandenen Firmenwert.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen sank im Periodenvergleich um € 6 Millionen auf € 85 Millionen. Die Bankenabgaben reduzierten sich dabei – vorrangig durch einen geringeren Aufwand in Polen bedingt durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts – um € 5 Millionen auf € 59 Millionen. Ebenso verringerten sich die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die in voller Höhe zu Jahresbeginn zu erfassen sind, um € 2 Millionen auf € 26 Millionen. Die stärksten Rückgänge entfielen hier auf Polen und die Slowakei, während Tschechien einen Anstieg verzeichnete.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode stiegen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte um € 63 Millionen auf € 122 Millionen. Die größte Veränderung wurde dabei in Ungarn verzeichnet, wo die Nettoauflösung von Kreditrisikovorsorgen im Jahresvergleich um € 28 Millionen auf € 24 Millionen zurückging. Hier hatten erfolgreiche Inkassotätigkeiten und Wertsteigerungen bei Sicherheiten für Hypothekarkredite im Vorjahr eine signifikant höhere Nettoauflösung bewirkt. In der Slowakei lagen die Risikokosten mit € 26 Millionen deutlich über dem sehr niedrigen Vorjahresniveau von € 4 Millionen, teilweise hervorgerufen durch eine verfeinerte Berechnung bei Stage-3-Risikovorsorgen im Retail-Kundenbereich. Auch in Tschechien erhöhten sich die Wertminderungen sowohl im Retail- als auch im Firmenkundenbereich um insgesamt € 12 Millionen auf € 33 Millionen. Polen verzeichnete mit € 89 Millionen die höchsten Wertminderungen im Berichtsjahr (Anstieg um € 2 Millionen). Das hohe Niveau begründet sich durch einzelne Ausfälle bei Firmenkunden sowie durch Anpassungen der LGD-Quote und der Sicherheitenwerte bei Stage-3-Risikovorsorgen.

Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio belief sich zum 31. Dezember 2018 auf 3,6 Prozent (minus 1,3 Prozentpunkte), die NPL Coverage Ratio verbesserte sich, vornehmlich aufgrund der Einführung von IFRS 9, um 10,8 Prozentpunkte auf 78,6 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag des Segments verringerten sich um € 10 Millionen auf € 101 Millionen. Dieser Rückgang resultierte vorwiegend aus Tschechien (Rückgang um € 18 Millionen), wo im Vorjahr durch Ertragsteuern für Vorperioden ein höherer Steueraufwand angefallen war. Dem standen in der Berichtsperiode Anstiege des Steueraufwands in Ungarn um € 4 Millionen und in der Slowakei um € 3 Millionen gegenüber. Die Steuerquote betrug 23 Prozent und lag damit um 2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Diese Erhöhung geht auf nicht abzugsfähige Aufwendungen in Polen zurück.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder des Segments:

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	2018	2017	2018	2017
Zinsüberschuss	205	260	289	274
Dividendenerträge	3	2	0	0
Provisionsüberschuss	115	138	163	157
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	21	9	8	7
Ergebnis aus Hedge Accounting	-13	0	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-5	17	-3	-2
Betriebserträge	326	426	457	437
Verwaltungsaufwendungen	-201	-230	-248	-244
Betriebsergebnis	126	196	209	192
Übriges Ergebnis	-4	0	5	-2
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-33	-43	-26	-25
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-89	-87	-26	-4
Ergebnis vor Steuern	0	67	162	161
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-17	-17	-35	-32
Ergebnis nach Steuern	-17	49	127	129
Return on Equity vor Steuern	-	4,5%	14,9%	15,2%
Return on Equity nach Steuern	-	3,3%	11,7%	12,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,23%	2,28%	2,33%	2,36%
Cost/Income Ratio	61,5%	54,0%	54,3%	56,0%
Loan/Deposit Ratio	-	101,9%	98,9%	97,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,34%	1,10%	0,26%	0,05%
NPL Ratio	10,8%	8,9%	2,3%	2,9%
NPL Coverage Ratio	60,4%	61,7%	88,9%	69,9%
Aktiva	3.267	11.724	13.301	12.606
Verbindlichkeiten	3.259	10.170	12.066	11.516
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	3.970	9.333	6.171	5.621
Eigenkapital	-34	1.554	1.236	1.090
Forderungen an Kunden	3.153	7.786	10.075	9.358
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19	8.256	10.927	10.036
Geschäftsstellen	1	237	187	190
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	196	3.871	3.995	3.867
Kunden in Millionen	0,0	0,8	0,9	0,9

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	2018	2017	2018	2017
Zinsüberschuss	338	280	133	137
Dividendenerträge	1	1	2	1
Provisionsüberschuss	136	132	134	130
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	2	31	11	3
Ergebnis aus Hedge Accounting	3	0	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	27	-48	-38
Betriebserträge	497	472	232	234
Verwaltungsaufwendungen	-255	-247	-149	-163
Betriebsergebnis	242	225	84	70
Übriges Ergebnis	0	0	-9	10
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-10	-9	-15	-14
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-33	-21	24	52
Ergebnis vor Steuern	199	195	83	119
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-38	-56	-10	-6
Ergebnis nach Steuern	161	139	73	113
Return on Equity vor Steuern	16,7%	17,1%	13,7%	19,5%
Return on Equity nach Steuern	13,5%	12,2%	12,0%	18,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,11%	1,77%	1,92%	2,05%
Cost/Income Ratio	51,2%	52,3%	64,0%	69,9%
Loan/Deposit Ratio	87,0%	84,3%	64,9%	65,2%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,31%	0,22%	-0,77%	-1,87%
NPL Ratio	1,9%	2,6%	5,6%	8,1%
NPL Coverage Ratio	99,0%	86,6%	82,9%	68,2%
Aktiva	16.883	16.125	7.528	7.040
Verbindlichkeiten	15.567	14.870	6.876	6.369
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	7.706	6.521	3.692	3.243
Eigenkapital	1.316	1.255	652	670
Forderungen an Kunden	11.131	10.140	3.354	2.964
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.004	12.266	5.670	5.049
Geschäftsstellen	136	132	71	71
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.402	3.325	2.089	1.993
Kunden in Millionen	1,1	1,1	0,5	0,5

Südosteuropa

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Zinsüberschuss	814	731	11,3%	217	209	3,6%
Dividendenerträge	9	5	69,6%	0	2	-74,5%
Provisionsüberschuss	421	401	5,0%	107	113	-4,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	31	21	45,1%	6	9	-37,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-	0	0	>500,0%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	22	30	-26,6%	-2	3	-
Betriebserträge	1.297	1.189	9,1%	328	336	-2,3%
Verwaltungsaufwendungen	-699	-678	3,1%	-192	-170	12,6%
Betriebsergebnis	599	511	17,1%	136	165	-17,6%
Übriges Ergebnis	-1	-1	-9,7%	-1	1	-
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-11	6	-	0	0	162,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-61	-113	-45,5%	-57	-9	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	525	404	30,0%	77	157	-50,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-73	-57	27,8%	-10	-23	-56,8%
Ergebnis nach Steuern	452	346	30,4%	67	134	-49,7%

Der Ergebnisanstieg dieses Segments um 30 Prozent oder € 105 Millionen im Jahresvergleich war geprägt durch das um 17 Prozent verbesserte Betriebsergebnis und die positive Entwicklung der Risikosituation, speziell in Rumänien und Kroatien.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss stieg im Jahresabstand um 11 Prozent oder € 83 Millionen auf € 814 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei Rumänien mit einem Anstieg um € 73 Millionen. Hier sorgten höhere Marktzinssätze für eine deutlich höhere Zinsmarge (Anstieg um 59 Basispunkte), zudem nahm das Kreditvolumen sowohl bei Haushalten als auch bei Nicht-Finanzunternehmen zu. Im Kosovo kam es aufgrund höherer Zinserträge aus Krediten an Nicht-Finanzunternehmen ebenfalls zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 5 Millionen, in Serbien nahm der Zinsüberschuss vorwiegend währungsbedingt um € 4 Millionen zu. Demgegenüber ist der in Bulgarien erzielte Anstieg des Zinsüberschusses um € 2 Millionen in erster Linie volumengetrieben. Kroatien hingegen verzeichnete einen Rückgang um € 1 Million, hervorgerufen durch gesunkene Zinssätze. Und auch in Albanien verringerte sich der Zinsüberschuss volumenbedingt um € 1 Million. Die Nettozinsspanne des Segments verbesserte sich vor allem dank des positiven Zinsumfelds in Rumänien um 16 Basispunkte auf 3,60 Prozent.

Der Provisionsüberschuss legte um 5 Prozent oder € 20 Millionen auf € 421 Millionen zu. Dabei verzeichnete Rumänien aufgrund höherer Volumina und Margen im Zahlungsverkehr sowie im Kreditkartengeschäft mit einem Plus von € 13 Millionen den stärksten Anstieg. In Serbien und Bulgarien erhöhte sich der Provisionsüberschuss – vorwiegend aufgrund höherer Provisionserträge im Zahlungsverkehr – um jeweils € 4 Millionen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen erhöhte sich im Periodenvergleich um € 10 Millionen auf € 31 Millionen. Rückgänge aus der Währungsumrechnung wurden dabei durch höhere Erträge aus Derivaten sowie Krediten und Forderungen in Rumänien und Serbien mehr als ausgeglichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis des Segments sank um € 8 Millionen auf € 22 Millionen. Während hier in Serbien – vorwiegend dank des Ergebnisses aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – ein Plus von € 8 Millionen erzielt wurde, verzeichnete Kroatien hauptsächlich aufgrund der Reduktion des Operating-Lease-Portfolios einen Rückgang um € 12 Millionen. Ebenso kam es in Albanien zu einem Rückgang in Höhe von € 5 Millionen, nachdem hier in der Vorjahresvergleichsperiode ein Ertrag aus einem gewonnenen Rechtsstreit lukriert werden konnte.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments erhöhten sich im Jahresvergleich um 3 Prozent oder € 21 Millionen auf € 699 Millionen. Dabei nahmen die Personalaufwendungen aufgrund von Gehaltserhöhungen um 4 Prozent auf € 317 Millionen zu. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter ging hingegen – insbesondere aufgrund der Entwicklung in Rumänien (minus 115) und Kroatien (minus 69) – um 149 auf 14.746 zurück. Die Sachaufwendungen stiegen um 4 Prozent oder € 11 Millionen auf € 303 Millionen, vorwiegend getrieben durch einen Anstieg des IT-Aufwands, der Beiträge zur Einlagensicherung und des Rechts- und Beratungsaufwands in Rumänien, Serbien, Bulgarien und Kroatien.

Die Anzahl der Geschäftsstellen verminderte sich – in erster Linie aufgrund von Schließungen in Rumänien – im Jahresvergleich um 16 auf insgesamt 962. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich von 57,0 auf 53,9 Prozent.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhten sich im Jahresvergleich um € 17 Millionen auf € 11 Millionen. Im Jahr 2018 fielen zwar keine zusätzlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen an, im Vorjahr konnten allerdings Rückstellungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Walkaway Law in Rumänien in Höhe von € 21 Millionen aufgelöst werden. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die in voller Höhe zu Jahresbeginn zu erfassen sind, reduzierten sich – vorrangig aufgrund eines geringeren Beitrags in Rumänien – um € 4 Millionen auf € 11 Millionen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode wurden im Segment Südosteuropa Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte von € 61 Millionen ausgewiesen, nachdem hier in der Vergleichsperiode des Vorjahres noch ein Betrag von € 113 Millionen verbucht worden war.

Trotz höherer Wertminderungen aufgrund von Verfeinerungen der IFRS-9-Modelle verbesserte sich die Risikosituation in Südosteuropa 2018 deutlich. Hauptverantwortlich dafür war die positive Entwicklung in Rumänien und Kroatien. In Rumänien fiel der Wertminderungsbedarf um € 35 Millionen geringer aus, nachdem er im Vorjahr – überwiegend aufgrund der freiwilligen Konvertierung von Schweizer-Franken-Krediten und Vorsorgen für Nicht-Finanzunternehmen – noch bei € 73 Millionen gelegen war. In Kroatien verbesserten sich die Risikokosten ebenso deutlich: Hier kam es in der Berichtsperiode zu Wertminderungen von € 19 Millionen, während in der Vergleichsperiode durch Ausfälle im Firmenkundenbereich Wertminderungen von € 48 Millionen erforderlich gewesen waren. In Serbien lagen die Wertminderungen bei € 2 Millionen, im Vorjahr waren hier Nettoauflösungen von € 9 Millionen durch Rückflüsse aus wertgeminderten Krediten ausgewiesen worden. In Bulgarien ergab sich netto kein Wertminderungsbedarf, nachdem im Vorjahr verstärkte Inkassotätigkeiten und die Beendigung eines notleidenden Großkundenkredits für Nettoauflösungen von € 9 Millionen gesorgt hatten.

Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments belief sich zum 31. Dezember 2018 auf 5,1 Prozent (minus 2,4 Prozentpunkte im Jahresabstand), die NPL Coverage Ratio lag bei 88,6 Prozent (plus 7,6 Prozentpunkte im Jahresabstand aufgrund der Einführung von IFRS 9).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen ergebnisbedingt im Jahresvergleich – hier vor allem in Rumänien – um € 16 Millionen auf € 73 Millionen. Die Steuerquote blieb konstant bei 14 Prozent.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Bulgarien	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Zinsüberschuss	55	56	68	66	103	101
Dividendenerträge	1	0	1	1	4	3
Provisionsüberschuss	17	15	40	39	49	45
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-2	-2	0	0	4	3
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	4	1	1	4	3
Betriebserträge	70	73	110	107	164	156
Verwaltungsaufwendungen	-43	-43	-58	-56	-88	-84
Betriebsergebnis	27	31	52	52	76	71
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-1	0	0	0	-4	-4
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	5	3	-5	-9	0	9
Ergebnis vor Steuern	31	34	48	43	72	77
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3	0	-5	-5	-7	-7
Ergebnis nach Steuern	27	34	43	38	65	69
Return on Equity vor Steuern	14,5%	17,5%	17,8%	16,8%	16,7%	17,5%
Return on Equity nach Steuern	12,9%	17,4%	16,0%	14,9%	15,1%	15,8%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,15%	3,06%	3,48%	3,58%	2,79%	3,00%
Cost/Income Ratio	61,8%	58,2%	52,3%	51,9%	53,8%	54,2%
Loan/Deposit Ratio	47,8%	44,7%	76,1%	74,7%	82,8%	82,8%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,73%	-0,50%	0,38%	0,78%	0,00%	-0,41%
NPL Ratio	14,1%	16,3%	5,7%	6,9%	2,7%	4,3%
NPL Coverage Ratio	84,7%	78,7%	99,6%	89,9%	111,7%	88,8%
Aktiva	1.809	1.883	2.296	2.156	4.119	3.723
Verbindlichkeiten	1.588	1.658	2.002	1.877	3.653	3.247
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.319	1.453	1.811	1.728	2.019	1.789
Eigenkapital	221	224	294	279	466	475
Forderungen an Kunden	705	677	1.292	1.181	2.595	2.265
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.522	1.542	1.811	1.699	3.177	2.753
Geschäftsstellen	78	78	102	98	146	136
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.226	1.229	1.358	1.277	2.589	2.576
Kunden in Millionen	0,4	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Zinsüberschuss	125	126	336	263	85	81
Dividendenerträge	0	0	2	1	0	0
Provisionsüberschuss	71	71	189	176	45	41
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-1	4	22	12	8	4
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7	19	1	-1	10	2
Betriebserträge	202	220	550	452	147	129
Verwaltungsaufwendungen	-124	-129	-279	-264	-80	-75
Betriebsergebnis	79	90	271	188	68	54
Übriges Ergebnis	-2	0	1	-1	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-3	-3	-3	13	0	0
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-19	-48	-38	-73	-2	9
Ergebnis vor Steuern	55	40	231	127	65	63
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10	-14	-37	-21	-9	-8
Ergebnis nach Steuern	46	26	193	107	57	55
Return on Equity vor Steuern	9,1%	6,1%	30,1%	17,5%	13,8%	13,3%
Return on Equity nach Steuern	7,5%	4,0%	25,2%	14,6%	12,0%	11,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,93%	3,05%	4,21%	3,62%	3,99%	4,20%
Cost/Income Ratio	61,1%	58,9%	50,7%	58,3%	54,0%	57,9%
Loan/Deposit Ratio	66,8%	72,6%	77,1%	74,4%	72,4%	76,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,79%	1,96%	0,74%	1,59%	0,17%	-0,74%
NPL Ratio	8,1%	13,1%	4,3%	6,0%	3,2%	4,7%
NPL Coverage Ratio	78,5%	79,4%	85,1%	78,3%	98,8%	83,8%
Aktiva	4.755	4.606	8.966	8.144	2.498	2.277
Verbindlichkeiten	4.128	3.951	8.042	7.348	1.995	1.776
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	2.551	2.678	4.912	4.523	1.896	1.734
Eigenkapital	628	655	924	796	503	501
Forderungen an Kunden	2.361	2.362	5.702	4.804	1.354	1.219
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.698	3.352	7.166	6.487	1.935	1.709
Geschäftsstellen	78	75	422	454	88	89
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.982	2.106	5.115	5.333	1.537	1.541
Kunden in Millionen	0,5	0,5	2,3	2,3	0,8	0,7

Osteuropa

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Zinsüberschuss	1.022	982	4,0%	263	261	0,4%
Dividendenerträge	1	3	-68,6%	0	0	-37,5%
Provisionsüberschuss	466	462	0,8%	132	118	11,3%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	34	53	-36,8%	18	6	198,9%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	-20	-	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7	-13	-	0	2	-
Betriebserträge	1.529	1.468	4,1%	412	388	6,2%
Verwaltungsaufwendungen	-631	-600	5,1%	-181	-150	20,4%
Betriebsergebnis	898	868	3,5%	231	238	-2,8%
Übriges Ergebnis	-11	-1	>500,0%	-9	-1	>500,0%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	0	-	0	0	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-32	5	-	-57	0	-
Ergebnis vor Steuern	855	872	-2,0%	165	237	-30,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-171	-184	-6,8%	-24	-51	-53,7%
Ergebnis nach Steuern	684	689	-0,7%	141	186	-24,0%

Das im Segment erzielte Ergebnis nach Steuern blieb trotz signifikanter Abwertungen osteuropäischer Währungen im Jahresvergleich nahezu unverändert. Einer Verbesserung des Zinsüberschusses standen dabei Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gegenüber.

Das Segment Osteuropa war in der Berichtsperiode wie schon im Vorjahr von Währungseffekten beeinflusst. So werteten der Durchschnittskurs des russischen Rubels im Jahresvergleich um 11 Prozent, jener des belarussischen Rubels um 9 Prozent und jener der ukrainischen Hryvna um 6 Prozent ab. Die Stichtagskurse des russischen Rubels und des belarussischen Rubels gaben im Jahresverlauf 2018 um 13 Prozent bzw. um 5 Prozent nach, während die ukrainische Hryvna um 6 Prozent aufwertete.

Betriebserträge

Der in Osteuropa erwirtschaftete Zinsüberschuss stieg im Jahresvergleich um 4 Prozent oder € 39 Millionen auf € 1.022 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei die Ukraine mit € 32 Millionen, hervorgerufen durch höhere Zinssätze und Volumina bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen. In Russland wurde – trotz der Abwertung des russischen Rubels – ein Anstieg des Zinsüberschusses um € 24 Millionen erzielt, hauptsächlich bedingt durch niedrigere Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen. In Belarus hingegen lag der Zinsüberschuss aufgrund gesunkener Marktzinsen sowie währungsbedingt um € 16 Millionen unter dem Vorjahreswert. Trotz der erfreulichen Entwicklung in der Ukraine verringerte sich die Nettozinsspanne des Segments durch den Margenrückgang in Belarus im Jahresvergleich um 18 Basispunkte auf 6,50 Prozent.

Der Provisionsüberschuss des Segments zeigte einen Anstieg um 1 Prozent oder € 4 Millionen auf € 466 Millionen. In Russland wurde dabei dank höherer Volumina im Zahlungsverkehr sowie im Kreditkartengeschäft ein Zuwachs von € 8 Millionen auf € 324 Millionen erzielt. Dagegen kam es in Belarus zu einer währungsbedingten Reduktion um € 3 Millionen auf € 49 Millionen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen nahm von € 53 Millionen in der Vergleichsperiode auf € 34 Millionen ab. Dabei verzeichnete Russland – vor allem aufgrund eines geringeren Bewertungsergebnisses aus Derivaten – einen Rückgang um € 25 Millionen, während die Ukraine einen vorrangig währungsbedingten Zuwachs von € 4 Millionen verbuchte.

Im Vorjahr war im Ergebnis aus Hedge Accounting ein negativer Effekt von € 20 Millionen im Zusammenhang mit der Beendigung einer Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehung in Russland ausgewiesen worden.

Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich um € 20 Millionen auf € 7 Millionen, hervorgerufen durch die Auflösung von Rückstellungen für Rechtsfälle in Russland und der Ukraine.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments nahmen – abgedeckt durch Währungsabwertungen – im Jahresvergleich um 5 Prozent oder € 30 Millionen auf € 631 Millionen zu. Dabei stieg die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter – vorwiegend aufgrund von Zuwächsen in Russland (Anstieg um 675 auf 8.636 Mitarbeiter) – um 2 Prozent von 18.024 auf 18.445 an. Die Personalaufwendungen stiegen durch Gehaltserhöhungen in Russland und der Ukraine um 6 Prozent oder € 18 Millionen auf € 327 Millionen. Der Sachaufwand wuchs um 9 Prozent oder € 19 Millionen auf € 239 Millionen. Während hier in Russland durch gestiegenen Werbeaufwand, gestiegene Beiträge für die Einlagensicherung und höheren IT-Aufwand für die Entwicklung neuer IT-Anwendungen ein Anstieg um 12 Prozent zu verzeichnen war, sorgte in der Ukraine vor allem erhöhter Raum- und IT-Aufwand für einen Anstieg um 7 Prozent. Die Abschreibungen reduzierten sich – vorwiegend durch eine Anpassung der Nutzungsdauer für Software in Russland – um 9 Prozent oder € 7 Millionen auf € 65 Millionen. Die Cost/Income Ratio nahm von 40,9 auf 41,3 Prozent zu.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode wurden im Segment Osteuropa Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte in Höhe von € 32 Millionen ausgewiesen, nachdem im Vorjahr € 5 Millionen netto aufgelöst worden waren. Dabei kam es in Russland in der Berichtsperiode zu einer Wertminderung von € 57 Millionen nach € 50 Millionen im Vorjahr. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren unter anderem Verkäufe notleidender Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, denen Wertminderungen aufgrund der Verfeinerung der IFRS-9-Modelle und der Berücksichtigung nicht abgedeckter Risiken (mögliche Sanktionen) gegenüberstanden. Der in der Ukraine verzeichnete Rückgang der Nettoauflösung von Kreditrisikovorsorgen von zuvor € 55 Millionen auf € 20 Millionen resultierte überwiegend aus geringeren Verkäufen notleidender Kredite. Ein verbessertes makroökonomisches Umfeld sowie Kreditverkäufe waren für die Nettoauflösung von € 5 Millionen in Belarus verantwortlich.

Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments betrug zum 31. Dezember 2018 4,2 Prozent (minus 2,1 Prozentpunkte im Jahresabstand), die NPL Coverage Ratio belief sich auf 79,1 Prozent (plus 0,4 Prozentpunkte im Jahresabstand).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand ging ergebnisbedingt um € 13 Millionen auf € 171 Millionen zurück, die Steuerquote reduzierte sich um 1 Prozentpunkt auf 20 Prozent.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Zinsüberschuss	90	107	712	688	220	188
Dividendenerträge	0	0	1	3	0	0
Provisionsüberschuss	49	52	324	317	92	93
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	6	4	21	46	7	3
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-20	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	-1	2	-17	5	5
Betriebserträge	146	163	1.060	1.017	324	288
Verwaltungsaufwendungen	-69	-75	-427	-404	-135	-122
Betriebsergebnis	76	88	633	613	189	166
Übriges Ergebnis	0	0	-2	-1	-8	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	5	0	-57	-50	20	55
Ergebnis vor Steuern	82	88	573	563	201	221
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-17	-23	-118	-120	-36	-41
Ergebnis nach Steuern	65	65	455	443	164	181
Return on Equity vor Steuern	26,3%	27,5%	36,8%	34,5%	81,0%	105,5%
Return on Equity nach Steuern	20,8%	20,3%	29,2%	27,1%	66,3%	86,0%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	6,11%	8,06%	5,77%	5,93%	11,49%	10,53%
Cost/Income Ratio	47,5%	45,8%	40,3%	39,7%	41,6%	42,3%
Loan/Deposit Ratio	88,7%	98,6%	79,4%	87,6%	85,2%	72,7%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,72%	-0,03%	0,72%	0,63%	-1,47%	-5,12%
NPL Ratio	3,7%	6,0%	3,0%	4,1%	11,1%	20,6%
NPL Coverage Ratio	99,2%	87,9%	76,9%	75,4%	77,6%	80,5%
Aktiva	1.755	1.518	14.092	12.060	2.347	2.004
Verbindlichkeiten	1.411	1.202	12.273	10.391	1.955	1.710
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.534	1.465	8.365	7.901	2.361	1.881
Eigenkapital	343	316	1.818	1.670	392	294
Forderungen an Kunden	1.073	949	8.519	7.951	1.525	1.131
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.227	975	10.880	9.200	1.794	1.556
Geschäftsstellen	87	90	191	185	501	500
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.829	1.906	8.998	8.229	7.923	7.997
Kunden in Millionen	0,8	0,8	2,8	2,5	2,5	2,5

Group Corporates & Markets

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Zinsüberschuss	534	587	-9,0%	129	128	1,2%
Dividendenerträge	24	19	29,0%	1	1	14,0%
Provisionsüberschuss	371	308	20,5%	105	90	16,8%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	22	81	-72,7%	-20	18	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	-1	-	0	0	-30,8%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	142	104	36,9%	36	19	91,4%
Betriebserträge	1.094	1.099	-0,4%	252	256	-1,5%
Verwaltungsaufwendungen	-647	-648	-0,1%	-169	-158	6,7%
Betriebsergebnis	447	451	-0,8%	83	98	-14,7%
Übriges Ergebnis	1	-36	-	5	0	>500,0%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-22	-21	4,6%	-5	-5	8,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	62	-137	-	-22	6	-
Ergebnis vor Steuern	488	257	89,9%	61	98	-38,0%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-95	-48	98,1%	-6	-24	-76,2%
Ergebnis nach Steuern	393	209	88,0%	55	74	-25,7%

Haupttreiber des starken Ergebnisanstiegs im Segment Group Corporates & Markets war die positive Entwicklung der Risikokosten. In der Berichtsperiode konnten dank Wertaufholungen und gewinnbringender Verkäufe notleidender Kredite Kreditrisikovorsorgen in Höhe von € 62 Millionen netto aufgelöst werden, nachdem in der Vergleichsperiode des Vorjahres aufgrund einiger Ausfälle bei Großkunden noch € 137 Millionen an Wertminderungen zu verbuchen gewesen waren. Das operative Ergebnis des Segments lag auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Segment Group Corporates & Markets umfasst das in Österreich gebuchte operative Geschäft der RBI. Die Ergebnisanteile stammen dabei aus dem Firmenkundengeschäft sowie dem Markets-Geschäft der Konzernzentrale. Weitere wesentliche Beiträge leisteten die österreichischen Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisbeiträge nach Teilsegmenten:

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Corporates Wien	167	61	172,2%	33	22	52,0%
Markets Wien	112	72	55,2%	5	24	-80,1%
Finanzdienstleister/Spezialgesellschaften und Sonstige	114	75	51,0%	17	28	-38,7%
Ergebnis nach Steuern	393	209	88,0%	55	74	-25,7%

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 9 Prozent oder € 53 Millionen auf € 534 Millionen, hervorgerufen durch Margenrückgänge im Firmenkundengeschäft sowie durch Systemanpassungen im Zuge der Einführung von IFRS 9, die eine geänderte Zuordnung von Zinsbestandteilen mit sich brachte. Die Nettozinsspanne des Segments wird nach wie vor vom schwachen Zinsumfeld beeinflusst und verzeichnete im Berichtszeitraum einen Rückgang um 16 Basispunkte auf 1,28 Prozent.

Die Dividendenerträge stiegen um € 5 Millionen auf € 24 Millionen, vorwiegend bedingt durch die Ausschüttung einer Dividende durch eine nicht konsolidierte Leasinggesellschaft.

Der Provisionsüberschuss nahm um 20 Prozent oder € 63 Millionen auf € 371 Millionen zu. Zuwächse wurden hier vor allem im Zahlungsverkehr und im Geschäft mit institutionellen Anlegern sowie durch strukturierte Emissionen eigener Schuldverschreibungen verzeichnet. In der Raiffeisen Bausparkasse wiederum wirkte sich der geänderte Ausweis im Zusammenhang mit Aufwendungen für die Geschäftsvermittlung positiv auf die Provisionserträge aus. Zudem führten die erwähnten Systemanpassungen im Zuge der Einführung des IFRS 9 zu einer geänderten Allokation von Provisionen und Zinsen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verringerte sich im Jahresvergleich um € 59 Millionen auf € 22 Millionen. Bewertungsverluste aus Derivaten und zum Marktwert bilanzierten Krediten, aus der Währungsumrechnung sowie aus dem Wertpapierhandel wurden dabei durch Zuwächse im Banknotenhandel teilweise ausgeglichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 38 Millionen auf € 142 Millionen. Dabei kam es in der RBI AG im Zusammenhang mit der Beendigung eines langjährigen Rechtsstreits mit einer isländischen Bank zu einem Ertrag von € 25 Millionen aus der Auflösung einer Rückstellung. Weitere € 11 Millionen resultierten aus dem Verkauf von Namensschuldverschreibungen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments blieben mit € 647 Millionen im Vergleich zum Vorjahr ebenso nahezu konstant wie die Cost/Income Ratio mit 59,1 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis des Segments belief sich auf € 1 Million - nach minus € 36 Millionen im Vorjahr. In der Berichtsperiode wurden Wertminderungen auf Gebäude im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds in Höhe von € 3 Millionen vorgenommen, nachdem hier in der Vergleichsperiode des Vorjahres noch € 25 Millionen verbucht worden waren. Weiters stieg das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um € 5 Millionen. Vor allem erhöhte sich hier der Ergebnisbeitrag der card complete aufgrund eines Bewertungseffekts. Dem standen allerdings um € 5 Millionen geringere Endkonsolidierungsergebnisse gegenüber als im Vorjahr.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode wurden in diesem Segment Nettoauflösungen von Kreditrisikovorsorgen in Höhe von € 62 Millionen verbucht, nachdem im Vorjahr aufgrund des Ausfalls einiger Großkunden noch Wertminderungen von € 137 Millionen angefallen waren. Dieses positive Ergebnis ergab sich insbesondere aus Wertaufholungen und Verkäufen notleidender Kredite einiger Großkunden, aber auch durch die Auflösung einer Wertminderung für eine isländische Bank (€ 25 Millionen) nach Beendigung eines diesbezüglichen Rechtsstreits. Zudem erbrachte der Verkauf von € 248 Millionen an notleidenden Krediten einen Erlös von € 40 Millionen.

Der Stand der notleidenden Kredite zum Bilanzstichtag verringerte sich durch diese Entwicklungen um € 464 Millionen auf € 838 Millionen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments reduzierte sich um 1,9 Prozentpunkte auf 3,0 Prozent. Die NPL Coverage Ratio verbesserte sich durch den Entfall höher besicherter Kredite und die IFRS-9-Einführung um 17,8 Prozentpunkte auf 66,0 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand des Segments stieg vor allem ergebnisbedingt um € 47 Millionen auf € 95 Millionen.

Corporate Center

in € Millionen	2018	2017	Veränderung	Q4/2018	Q3/2018	Veränderung
Zinsüberschuss	-32	-3	>500,0%	-11	-2	346,3%
Dividendenerträge	735	1.093	-32,8%	6	31	-81,5%
Provisionsüberschuss	-9	-8	1,8%	-1	-7	-87,0%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-95	-116	-17,9%	-4	-55	-92,2%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	6	-96,1%	-13	2	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	87	64	36,0%	37	24	51,9%
Betriebserträge	687	1.036	-33,7%	14	-6	-
Verwaltungsaufwendungen	-344	-320	7,3%	-108	-77	40,6%
Betriebsergebnis	343	715	-52,0%	-94	-83	14,0%
Übriges Ergebnis	-160	-42	279,1%	-95	6	-
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-52	-58	-10,0%	1	1	32,1%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-5	-3	88,3%	0	0	-
Ergebnis vor Steuern	125	612	-79,5%	-188	-75	148,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	85	34	148,4%	8	21	-60,8%
Ergebnis nach Steuern	211	646	-67,4%	-180	-55	227,0%

Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. Der im Berichtsjahr verzeichnete Ergebnisrückgang um € 436 Millionen oder 67 Prozent resultierte aus einer Abnahme der konzerninternen Dividendenerträge um € 358 Millionen, dem Verlust von € 120 Millionen aus dem Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska sowie einem negativen Effekt von € 64 Millionen aus dem Recycling kumulierter Währungsdifferenzen, die bisher im sonstigen Ergebnis erfasst worden waren.

Betriebserträge

Der Zinsfehlbetrag des Segments erhöhte sich gegenüber der Vorjahresperiode um € 29 Millionen auf € 32 Millionen. Für diese negative Entwicklung waren insbesondere höhere Refinanzierungskosten verantwortlich.

Die Dividendenerträge – sie stammen vorwiegend aus Konzerneinheiten anderer Segmente und sind damit konzernintern – verringerten sich um € 358 Millionen auf € 735 Millionen.

Der Provisionsüberschuss blieb im Periodenvergleich nahezu unverändert.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen erhöhte sich im Jahresvergleich um € 21 Millionen auf minus € 95 Millionen. Hauptgrund dafür war die Verbesserung des Ergebnisses aus dem Capital Hedge.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting verringerte sich im Jahresvergleich um € 5 Millionen: 2018 wurde ein ausgeglichenes Ergebnis aus den Fair-Value-Hedge-Beziehungen erzielt, während 2017 die Marktwertveränderungen aus Absicherungspositionen jene aus Absicherungsinstrumenten um € 6 Millionen überstiegen hatten.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg um € 23 Millionen auf € 87 Millionen. Haupttreiber waren hier höhere Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments stiegen um 7 Prozent oder € 23 Millionen auf € 344 Millionen, vorwiegend getrieben durch einen höheren IT-Aufwand.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 160 Millionen nach minus € 42 Millionen im Vorjahr. Diese Veränderung resultierte vor allem aus dem Verlust in Höhe von € 120 Millionen aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts sowie einem negativen Effekt von € 64 Millionen aus dem Recycling von kumulierten Fremdwährungsdifferenzen, die bisher im sonstigen Ergebnis erfasst worden waren. Dem standen geringere Wertminderungen auf überwiegend konzerninterne Anteile an Tochterunternehmen gegenüber. Der Ergebnisbeitrag von assoziierten Unternehmen nahm um € 30 Millionen zu, hervorgerufen durch niedrigere Wertminderungen (UNIQA Insurance Group AG) und höhere laufende Ergebnisse (insbesondere UNIQA Insurance Group AG und Raiffeisen Informatik GmbH).

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die im Segment ausgewiesenen Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen reduzierten sich um € 6 Millionen auf € 52 Millionen. Dabei blieb der Aufwand für Bankenabgaben mit € 47 Millionen gegenüber der Vorjahresperiode nahezu unverändert. Die diesem Segment zugeordneten Beiträge der RBI AG zum Bankenabwicklungsfonds sanken hingegen um € 7 Millionen auf € 5 Millionen. Gemäß den Rechnungslegungsbestimmungen wird der Aufwand für die Bankenabgabe bereits im ersten Quartal für das Gesamtjahr gebucht. Die gesetzlich festgelegte, über vier Jahre verteilte Einmalzahlung von € 163 Millionen – davon entfielen € 41 Millionen auf die Berichtsperiode – wird dem Segment Corporate Center zugeordnet.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

In der Berichtsperiode wurde ein kalkulatorischer Steuerertrag von € 85 Millionen – nach einem Ertrag von € 34 Millionen in der Vergleichsperiode – ausgewiesen.

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	87
Bilanz	90
Eigenkapitalveränderungsrechnung	91
Kapitalflussrechnung	93
Segmentberichterstattung	95
Anhang	102
Risikobericht	180
Bestätigungsvermerk	268
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	274

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122.119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. Zum Bilanzstichtag werden 13 Märkte in CEE durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung. Insgesamt betreuen mehr als 47.000 Mitarbeiter der RBI 16,1 Millionen Kunden in mehr als 2.100 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die acht Raiffeisen-Landesbanken halten als Kernaktionäre rund 58,8 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der vorliegende Konzernabschluss wird gemäß den österreichischen Veröffentlichungsregelungen beim Firmenbuchgericht hinterlegt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht. Er wurde am 27. Februar 2019 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Die Offenlegungsanforderungen des Artikels 434 der EU-Verordnung 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute (Capital Requirements Regulation, CRR) werden im Internet auf der Webseite der Bank unter investor.rbiinternational.com veröffentlicht.

Wesentliche Änderungen

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Zusätzlich zur IFRS-9-Einführung hat die RBI auch das Bilanzbild verändert. Es folgt nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP). Mit der Umstellung war auch eine Adaptierung der Werte der Vergleichsperiode und des Vergleichsstichtags notwendig. Diese Umstellung verbessert einerseits die Vergleichbarkeit und ermöglicht andererseits eine effizientere Verarbeitung der handelsrechtlichen und der regulatorischen Abschlüsse.

Die Umstellungen sind im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Konzernrechnungslegung unter Änderungen in der Darstellung des Abschlusses sowie IFRS-9-Überleitung näher erläutert.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

Im Geschäftsjahr hat die RBI die Struktur der Erfolgsrechnung verändert, diese folgt nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP). Die Angaben zum Vorjahr wurden entsprechend angepasst. Die Umstellung ist im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Konzernrechnungslegung unter Änderungen in der Darstellung des Abschlusses näher erläutert.

in € Tausend	Anhang	2018	2017
Zinserträge		4.788.520	4.673.539
Zinsaufwendungen		-1.426.774	-1.448.702
Zinsüberschuss	[1]	3.361.746	3.224.837
Dividenerträge	[2]	51.289	35.109
Provisionsüberschuss	[3]	1.791.290	1.718.872
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[4]	16.890	35.473
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	-11.182	-15.530
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	87.523	99.514
Betriebserträge		5.297.557	5.098.274
Personalaufwand		-1.579.673	-1.553.800
Sachaufwand		-1.178.070	-1.157.387
Abschreibungen		-290.019	-299.712
Verwaltungsaufwendungen	[7]	-3.047.762	-3.010.898
Betriebsergebnis		2.249.796	2.087.376
Übriges Ergebnis	[8]	-160.867	168
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	[9]	-169.921	-163.350
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-165.677	-312.131
Ergebnis vor Steuern		1.753.331	1.612.063
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-355.377	-366.054
Ergebnis nach Steuern		1.397.954	1.246.009
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[30]	-128.116	-129.953
Konzernergebnis		1.269.838	1.116.056

Ergebnis je Aktie

in € Tausend	2018	2017
Konzernergebnis	1.269.838	1.116.056
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-60.833	-19.524
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	1.209.005	1.096.532
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Tausend	328.595	328.509
Ergebnis je Aktie in €	3,68	3,34

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Tausend	Anhang	2018	2017
Ergebnis nach Steuern		1.397.954	1.246.009
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		19.233	-135.962
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[27]	-27.047	6.252
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[14]	30.243	0
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[24]	33.692	-139.643
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[19]	-19.413	-2.360
Sonstige Posten		0	0
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[21, 28]	1.758	-211
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-199.796	-61.045
Währungsdifferenzen		-230.243	-70.048
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[18, 26]	42.988	-6.042
Anpassungen der Cash-Flow Hedge Rücklage	[18, 26]	9.435	11.164
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[14]	-30.601	-717
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[19]	-7.163	-6.819
Sonstige Posten		13.869	0
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[21, 28]	1.919	11.417
Sonstiges Ergebnis		-180.563	-197.007
Gesamtergebnis		1.217.391	1.049.002
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[30]	-133.929	-131.453
davon Erfolgsrechnung		-128.116	-129.953
davon sonstiges Ergebnis		-5.813	-1.500
Konzerngesamtergebnis		1.083.462	917.549

Nach IAS 19 sind Neubewertungen für leistungsorientierte Pläne im sonstigen Ergebnis darzustellen. Dies führte im Berichtsjahr zu einem sonstigen Ergebnis von minus € 27.047 Tausend, das überwiegend aus der in der Konzernzentrale vorgenommenen Anpassung der Sterbetafeln resultierte.

Die RBI nahm im Vorjahr das Wahlrecht in Anspruch, die Regeln gemäß IFRS 9.7.1.2 betreffend die Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten vorzeitig anzuwenden. IFRS 9 verlangt, dass Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos der RBI ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind. Diese waren unter IAS 39 in der Erfolgsrechnung auszuweisen. In der Berichtsperiode wurden € 33.692 Tausend direkt im sonstigen Ergebnis erfasst, in der Vergleichsperiode des Vorjahres hatte der Effekt minus € 139.643 Tausend betragen. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem aktuellen beizulegenden Zeitwert dieser designierten Verbindlichkeiten und dem vertraglich vereinbarten Zahlungsbetrag für den Zeitpunkt der Endfälligkeit betrug € 404.000 Tausend. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Transfers innerhalb des Eigenkapitals oder Ausbuchungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten.

Mit der Einführung von IFRS 9 wurden zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten mit einem Buchwert in Höhe € 447.781 Tausend in die Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost umklassifiziert. Dies resultierte in einem signifikanten Rückgang der Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten.

Die Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten erbrachten einen positiven Beitrag von € 30.243 Tausend. Demgegenüber führten die Fair-Value-Änderungen von im sonstigen Ergebnis gebuchten finanziellen Vermögenswerten im Geschäftsjahr zu einem negativen Ergebnis von € 30.601 Tausend (2017: minus € 717 Tausend). Die Eigenkapitalveränderung in at-equity bewerteten Unternehmen bezieht sich im Wesentlichen auf die UNIQA Insurance Group AG, Wien. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Bewertungsänderungen des Wertpapierportfolios zur Liquiditätssteuerung.

Die Währungsentwicklung führte im Geschäftsjahr zu einem negativen Effekt von € 230.243 Tausend (2017: minus € 70.048 Tausend). Die Abwertung des russischen Rubels um 13 Prozent ergab eine Reduktion um € 222.768 Tausend, die Abwertung des ungarischen Forint um 3 Prozent führte zu einem Rückgang um € 22.933 Tausend. Die Abwertung des polnischen Zloty um 3 Prozent führte zu einer Abnahme um € 45.170 Tausend. Im Zuge der Endkonsolidierung aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts wurden jedoch die kumulierten negativen Währungseffekte in Höhe von € 63.650 Tausend in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Als Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten werden Kurssicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten ausgewiesen. Im Geschäftsjahr ergab sich hier ein positives Ergebnis von € 42.988 Tausend, das aus der Abwertung des russischen Rubels resultierte. Im Vorjahr wurde ein negatives Ergebnis von € 6.042 Tausend erzielt.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos wird neben dem Fair-Value-Hedging bei vier Konzerneinheiten Cash-Flow-Hedging angewendet. Im Geschäftsjahr ergab sich daraus ein positives Ergebnis von € 9.435 Tausend (2017: € 11.164 Tausend). Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts führte im zweiten Quartal 2018 zur Beendigung der bestehenden Portfolio-Cash-Flow-Hedges. Diese sicherten die Cash-Flow-Schwankungen aus Fremdwährungskrediten und Einlagen in lokaler Währung durch Fremdwährungs-Zinsswaps ab. Die Beendigung bewirkte die erfolgswirksame, aber kapitalneutrale Umgliederung der in Vorperioden im sonstigen Ergebnis gebildeten Cash-Flow-Hedge Rücklage in Höhe von minus € 13.417 Tausend. Im Vorjahr gab es keine Umgliederung in die Erfolgsrechnung.

Bilanz

Im Geschäftsjahr hat die RBI das Bilanzbild verändert, es folgt nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP). Die Angaben zur Vergleichsperiode wurden entsprechend angepasst. Die Umstellung ist im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Konzernrechnungslegung unter Änderungen in der Darstellung des Abschlusses näher erläutert.

Die Bilanzdarstellung wurde aufgrund dessen um die Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 2017 gemäß IAS 1.40A erweitert.

Aktiva

in € Tausend	Anhang	31.12.2018	31.12.2017	1.1.2017
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12, 44]	22.557.484	16.905.455	21.301.789
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13, 44]	98.755.774	96.307.387	89.721.349
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[14, 31, 44]	6.489.016	6.589.446	4.524.370
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[15, 31, 44]	559.782	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[16, 31, 44]	3.192.115	5.370.028	8.488.900
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[17, 31, 44]	3.893.609	4.622.036	5.560.434
Hedge Accounting	[18, 44]	457.202	596.563	682.392
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[19, 44]	964.213	923.259	988.958
Sachanlagen	[20, 44]	1.384.277	1.540.194	1.842.621
Immaterielle Vermögenswerte	[20, 44]	692.897	720.935	676.518
Laufende Steuerforderungen	[21, 44]	56.820	189.204	183.634
Latente Steuerforderungen	[21, 44]	122.371	114.313	172.849
Sonstige Aktiva	[22, 44]	989.594	1.267.519	660.584
Gesamt		140.115.155	135.146.339	134.804.399

Passiva

in € Tausend	Anhang	31.12.2018	31.12.2017	1.1.2017
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[23, 44]	119.074.098	114.794.111	114.751.511
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[24, 31, 44]	1.931.076	2.508.622	2.783.648
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[25, 31, 44]	5.101.835	4.414.477	5.439.374
Hedge Accounting	[26, 44]	91.049	264.587	465.230
Rückstellungen	[27, 44]	855.922	872.420	869.867
Laufende Steuerverpflichtungen	[28, 44]	41.376	74.678	77.046
Latente Steuerverpflichtungen	[28, 44]	59.702	63.315	88.717
Sonstige Passiva	[29, 44]	546.740	912.780	577.423
Eigenkapital	[30, 44]	12.413.358	11.241.350	9.751.583
Konzern-Eigenkapital		10.587.140	9.937.003	9.096.221
Kapital nicht beherrschender Anteile		700.807	659.732	655.363
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.125.411	644.615	-
Gesamt		140.115.155	135.146.339	134.804.399

Der Anstieg in der Position Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen war im Wesentlichen auf die Erhöhung der Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank in der Konzernzentrale zurückzuführen. Bei den finanziellen Vermögenswerten - Amortized Cost ergab sich der Zuwachs durch Kreditwachstum in Österreich, Rumänien, Tschechien und der Slowakei. Der Zuwachs in der Position finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost ist zum Großteil auf Erhöhungen bei Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit gegenüber Kreditinstituten und bei kurzfristigen Beträgen/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kunden zurückzuführen.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Eigenkapitalentwicklung

in € Tausend	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2017	1.001.710	4.994.169	5.770.881	-2.670.540	9.096.220	655.363	0	9.751.583
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0	644.814	644.814
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-17.731	0	-17.731	0	17.731	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-89.938	-17.731	-107.669
Eigene Anteile	351	-2.372	2.021	0	0	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	-59.036	0	-59.036	-37.146	-199	-96.381
Gesamtergebnis	0	0	1.116.056	-198.507	917.549	131.453	0	1.049.002
Eigenkapital 31.12.2017	1.002.061	4.991.797	6.812.192	-2.869.047	9.937.003	659.732	644.615	11.241.350
Auswirkung aus der Einführung von IFRS 9	0	0	-223.653	61.312	-162.341	-7.098	0	-169.438
Eigenkapital 1.1.2018	1.002.061	4.991.797	6.588.539	-2.807.735	9.774.662	652.634	644.615	11.071.912
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0	496.296	496.296
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-59.870	0	-59.870	0	59.870	0
Dividendenzahlungen	0	0	-203.743	0	-203.743	-78.944	-59.870	-342.557
Eigene Anteile	222	0	-265	0	-43	0	-15.499	-15.542
Sonstige Veränderungen	0	0	-7.328	0	-7.328	-6.813	0	-14.141
Gesamtergebnis	0	0	1.269.838	-186.376	1.083.462	133.929	0	1.217.391
Eigenkapital 31.12.2018	1.002.283	4.991.797	7.587.171	-2.994.112	10.587.140	700.807	1.125.411	12.413.358

Neben der Änderung des Bilanzbilds wurde auch die Darstellung der Eigenkapitalentwicklung im Bereich der Gewinnrücklagen angepasst. Die kumulierten sonstigen Ergebnisse werden nunmehr getrennt von den sonstigen Gewinnrücklagen ausgewiesen. Auf den folgenden Seiten wird die Entwicklung des kumulierten sonstigen Ergebnisses erläutert.

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Der Effekt der Erstanwendung führte im Eigenkapital zu einer Anpassung von minus € 169.438 Tausend. Dieser Anpassungseffekt war einerseits auf Änderungen in den Wertminderungsvorschriften im IFRS 9 im Vergleich zu IAS 39 in Höhe von minus € 285.381 Tausend und andererseits auf Aufhebungen früher zum Fair Value designierter Einlagen und Schuldverschreibungen in Höhe von € 69.938 Tausend zurückzuführen. Zusätzlich kam es aufgrund von verpflichtenden Umgliederungen von Krediten in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht – Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss zu einer Neubewertung in Höhe von € 7.277 Tausend und durch Umgliederungen von Wertpapieren in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income zu einer Neubewertung in Höhe von € 3.413 Tausend. Aktive latente Steuern, die im Wesentlichen aus der temporären Differenz zwischen steuerlichen Wertminderungen und IFRS 9 Wertminderungen entstehen, wurden in Höhe von € 35.316 Tausend im Eigenkapital berücksichtigt.

Weitere Details zur Umstellung sind im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Konzernrechnungslegung unter IFRS-9-Überleitung ersichtlich.

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI eine weitere Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500.000 Tausend. Das zusätzliche Kernkapital wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten sowie des Disagios erhöhte sich das Eigenkapital um € 496.296 Tausend. Die Veränderung des Eigenbestands ist unter den eigenen Anteilen dargestellt.

Entwicklung kumuliertes sonstiges Ergebnis

in € Tausend	Neubewertungs- rücklage gemäß IAS 19	Währungs- differenzen	Absicherung Nettoinvestition	Cash-Flow Hedge	At Fair Value OCI
Stand 1.1.2017	-5.644	-2.769.087	59.029	-17.534	67.082
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	6.252	-62.417	0	0	0
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	0	-8.498	-6.042	9.515	-87
Stand 31.12.2017	609	-2.840.002	52.987	-8.019	66.996
Auswirkung aus der Einführung von IFRS 9	0	0	0	0	2.655
Stand 1.1.2018	609	-2.840.002	52.987	-8.019	69.651
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	-27.032	0	13.869	0	30.113
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	0	-236.766	42.988	7.685	-27.989
Stand 31.12.2018	-26.423	-3.076.768	109.845	-334	71.774
Zugehörige latente Steuern	665	-	0	-3.547	-2.620

in € Tausend	Latente Steuern	At-equity	Fair Value Option	Gesamt
Stand 1.1.2017	-16.404	12.017	0	-2.670.540
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	-211	-2.360	-139.643	-198.379
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	11.803	-6.819	0	-128
Stand 31.12.2017	-4.812	2.837	-139.643	-2.869.047
Auswirkung aus der Einführung von IFRS 9	-1.029	0	59.686	61.312
Stand 1.1.2018	-5.841	2.837	-79.957	-2.807.735
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	1.843	-19.413	33.692	33.072
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	1.797	-7.163	0	-219.448
Stand 31.12.2018	-2.202	-23.739	-46.265	-2.994.112
Zugehörige latente Steuern	-	3.300	0	-2.202

Kapitalflussrechnung

in € Tausend	Anhang	2018	2017
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1. 1.	[12]	16.905.455	16.485.890
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		1.753.331	1.612.063
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Vermögenswerte	[7, 8, 10]	310.816	280.308
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen und Wertminderungen	[6, 10, 27]	147.892	610.481
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[8]	443.056	89.138
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[8, 19]	-63.565	43.351
Abzüglich Zinsüberschuss und Dividendenerträge	[1, 2]	-3.413.035	-3.207.718
Erhaltene Zinsen	[1]	4.192.865	3.852.035
Gezahlte Zinsen	[1]	-1.277.091	817.436
Erhaltene Dividenden	[2]	96.984	133.896
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-71.685	-545.775
Sonstige Anpassungen (per Saldo)		-49.707	-755.938
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	-7.810.946	-7.208.038
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[14, 31]	-1.942.235	-706.315
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[15, 31]	-366.265	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[16, 31]	1.352.670	-574.955
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[17, 31]	107.136	22.878
Positive Marktwerte aus Hedge Accounting	[18]	687	5.365
Steuerforderungen	[21]	55.885	-152.710
Sonstige Aktiva	[22]	304.866	176.870
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[23]	13.955.543	420.667
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[24, 31]	-394.125	629
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[25, 31]	756.186	112.295
Negative Marktwerte aus Hedge Accounting	[26]	0	27.388
Rückstellungen	[27]	-159.242	-324.743
Steuerverpflichtungen	[28]	-197.961	-120.602
Sonstige Passiva	[29]	-165.105	136.228
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		7.566.953	-5.255.767
Investitionstätigkeit:			
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 14, 15, 16, 17, 19]	-3.019.609	-3.107.785
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[20]	-313.721	-371.003
Tochterunternehmen	[68]	-7.553	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 14, 15, 16, 17, 19]	2.159.737	4.105.750
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[20]	124.152	179.804
Tochterunternehmen	[8, 68]	749.360	3.336
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-307.633	810.102
Kassenbestand aus dem Abgang von Tochterunternehmen		-941.564	-49.444

in € Tausend	Anhang	2018	2017
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitaleinzahlungen	[30]	496.296	644.814
Einzahlungen nachrangiges Kapital	[23, 24]	0	0
Auszahlungen nachrangiges Kapital	[23, 24]	-684.452	-394.677
Dividendenzahlungen	[30]	-342.557	-89.938
Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile	[30]	0	22.819
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		-530.714	183.019
Verschmelzungseffekt		0	4.815.898
Effekte aus Wechselkursänderungen		-135.014	-84.243
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 31.12.	[12]	22.557.484	16.905.455

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres und teilt sich in die drei Bereiche:

- Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit
- Cash-Flow aus Investitionstätigkeit
- Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit

Beim Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit handelt es sich um Zahlungsmittelflüsse aus den wesentlichen erlöswirksamen Tätigkeiten des Unternehmens und anderen Tätigkeiten, die nicht den Investitions- oder Finanzierungstätigkeiten zuzuordnen sind. Zur Ermittlung der Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit nach indirekter Methode wird das Ergebnis vor Steuern aus der Erfolgsrechnung um nicht zahlungswirksame Bestandteile bereinigt und um die zahlungswirksamen Veränderungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erweitert. Zusätzlich werden die Aufwand- und Ertragspositionen, die dem Investitions- oder Finanzierungsbereich zuzuordnen sind, abgezogen. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen werden in eigenen Zeilen gesondert dargestellt.

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit zeigt die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse für Wertpapiere und Beteiligungen, Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, Einzahlungen aus Endkonsolidierungen sowie Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen.

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Ein- und Auszahlungen beim Eigenkapital und beim nachrangigen Kapital. Dies betrifft vor allem Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen, Dividendenauszahlungen und Veränderungen des Nachrangkapitals.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst den Bilanzposten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen.

Aus dem Verkaufspreis für das Kernbankgeschäft der Raiffeisen Bank Polska S.A. und die Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraußstraße Gesellschaft m.b.H. flossen € 749.360 Tausend an Zahlungsmitteln zu, während der Abgang des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A. zu einem Zahlungsmittelabfluss von € 941.564 Tausend führte.

Die Kapitaleinzahlungen im Bereich Finanzierungstätigkeit resultieren aus der Platzierung einer weiteren Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500.000 Tausend durch die RBI AG.

Die nachfolgende Tabelle stellt die zahlungswirksamen und zahlungsunwirksamen Effekte gemäß IAS 7 dar:

in € Tausend	Nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten
Buchwert zum 1.1.2018	3.787.977
Veränderung des Buchwerts	-637.175
davon Zahlungsmittel	-684.452
davon Effekte aus Wechselkursänderungen	-81
davon Veränderung des Zeitwerts	47.358
Buchwert zum 31.12.2018	3.150.801

Segmentberichterstattung

Einteilung der Segmente

Grundlagen der Segmentierung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich (Konzept der Country and Functional Responsibility). Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst nicht nur die Tochterbanken, sondern alle operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (wie z. B. Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 differenziert. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Im Sinn größtmöglicher Transparenz und im Interesse einer übersichtlicheren Berichterstattung wurden unter Berücksichtigung der im IFRS 8 geforderten Schwellenwerte fünf Segmente definiert. Die Schwellenwerte liegen bei jeweils 10 Prozent der Kenngrößen Betriebserträge, Ergebnis nach Steuern und Segmentvermögen.

Daraus ergaben sich die folgenden Segmente:

Zentraleuropa

Dieses Segment umfasst mit den EU-Ländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die am weitesten entwickelten Bankenmärkte in Zentral- und Osteuropa. In Polen betrieb die RBI bis zum Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts im vierten Quartal 2018 neben dem Kreditgeschäft mit Firmenkunden sowie Klein- und Mittelbetrieben (inkl. Factoring) auch das Retail Banking und das Geschäft mit vermögenden Privatkunden. Die RBI bleibt mit einem Portfolio an Retail-Fremdwährungshypothekarkrediten präsent, schließt jedoch kein Neugeschäft mehr ab. In der Slowakei ist die RBI in den Geschäftsbereichen Firmen- und Retail-Kunden, Leasing, Vermögensverwaltung und Bausparkassengeschäft tätig, bei den Retail-Kunden setzt die Tatra banka dabei auf eine Mehrmarkenstrategie. In Slowenien ist der Konzern mit einer Leasinggesellschaft vertreten, deren Geschäftsumfang planmäßig reduziert wurde. In Tschechien betreibt die RBI neben dem klassischen Bankgeschäft mit Firmen- und Retail-Kunden auch das Immobilienleasing- und das Bausparkassengeschäft. Der Fokus liegt auf dem Ausbau der Beziehungen zu gehobenen Bestandskunden. In Ungarn betreut der Konzern über ein landesweites Vertriebsnetz sowohl Privat- als auch Firmenkunden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Firmenkunden- und dem gehobenen Privatkundensegment.

Südosteuropa

Zum Segment Südosteuropa zählen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien. In diesen Märkten ist die RBI mit Banken und Leasinggesellschaften sowie in einigen Ländern durch eigene Kapitalanlage- und Vermögensverwaltungsgesellschaften und Pensionsfonds vertreten. In Albanien und Bulgarien werden Finanzdienstleistungen in allen Geschäftsbereichen angeboten. Auch im Kosovo ist die RBI mit einem umfassenden Produktangebot präsent. In Bosnien und Herzegowina liegt der Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetrieben, es werden aber auch Privatkunden mit einem breiten Produktangebot angesprochen. In Kroatien liegt der Fokus auf großen und mittleren Firmenkunden sowie Retail-Kunden (auch im Pensionsfondsgeschäft). In Rumänien wird über ein dichtes Filialnetz eine breite Palette an Finanzdienstleistungen angeboten. Der serbische Markt wird durch eine Universalbank und Leasinggesellschaften betreut.

Osteuropa

Dieses Segment umfasst Belarus, Russland und die Ukraine. In Belarus ist die RBI mit einer Bank und einer Leasinggesellschaft aktiv. Die Raiffeisenbank Russland ist eine der führenden ausländischen Banken des Landes und betreut sowohl Firmen- als auch Retail-Kunden. Über ihr Filialnetz offeriert sie zudem gezielt Produkte für gehobene Privatkunden sowie Klein- und Mittelbetriebe, wobei der Fokus auf den Großstädten liegt. Weiters ist die RBI im Emissionsgeschäft vertreten. Das ebenfalls angebotene Leasinggeschäft rundet die Produktpalette ab. In der Ukraine ist die RBI mit einer Bank, einer Leasing- und einer Kartenabwicklungsgesellschaft präsent und bietet über ein dichtes lokales Vertriebsnetz die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen an.

Group Corporates & Markets

Im Segment Group Corporates & Markets wird in Österreich gebuchtes operatives Geschäft dargestellt. Dazu zählen primär das Finanzierungsgeschäft mit von Wien aus betreuten österreichischen und internationalen Firmenkunden, Financial Institutions &

Sovereigns sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich. Neben der RBI AG zählen dazu auch die in Tochterunternehmen ausgelagerten Finanzdienstleistungen, wie z. B. die in Wien ansässigen Gesellschaften Raiffeisen Centrobank AG (Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft m.b.H., Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus ist diesem Segment das at-equity bewertete Unternehmen card complete Service Bank AG, Wien, zugeordnet.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center umfasst durch die Konzernzentrale erbrachte Dienstleistungen in diversen Bereichen, die der Umsetzung der gruppenweiten Strategie dienen und zur Wahrung der Vergleichbarkeit diesem Segment zugeordnet sind. Daher beinhaltet das Segment folgende Bereiche: Liquiditätssteuerung und Bilanzstruktur-Management, Beteiligungsmanagement, das Bankgeschäft der Konzernzentrale zur Refinanzierung der Konzerneinheiten, das österreichische Abwicklungs- und Servicedienstleistungsgeschäft für Finanzdienstleister sowie sonstige Gesellschaften außerhalb des Finanzdienstleistungsbereichs, die nicht unmittelbar einem Segment zugeordnet sind. In diesem Segment werden auch die Minderheitsbeteiligungen aus dem Nichtbanken-Bereich (Erträge aus den at-equity bilanzierten Unternehmen) zugeordnet. Dazu gehören unter anderem Beteiligungen an der UNIQA Insurance Group AG, Wien, sowie der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (Holdinggesellschaft mit Beteiligungen in den Bereichen Mehl, Mühlen und Vending).

Bemessung von Segmentergebnissen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der internen Management-Berichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Die Management-Berichterstattung bei der RBI beruht grundsätzlich auf IFRS. Es bestehen somit keine Unterschiede zwischen den Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden, die in der Segmentberichterstattung Anwendung finden, und jenen, die dem Konzernabschluss zugrunde liegen.

Die Steuerung der einzelnen Segmente erfolgt anhand einer Reihe von Schlüsselindikatoren, die sich aus den Parametern Rentabilität, Wachstum, Effizienz, beschränkende Rahmenbedingungen und Geschäftszusammensetzung (Business Mix) ergeben. Zielwerte für diese Schlüsselindikatoren werden je nach Marktumfeld festgelegt und bei Bedarf adaptiert.

Der Erfolg einer Steuerungseinheit wird wie folgt berechnet:

Rentabilität (Profitability)

Die Rentabilität wird im Rahmen des internen Managementsystems mithilfe des Return on Equity (ROE) sowie des Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) gemessen. Der ROE zeigt die Rentabilität einer Steuerungseinheit und errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses nach Abzug des Ergebnisses nicht beherrschender Anteile zum durchschnittlich eingesetzten Konzern-Eigenkapital. Er gibt die Verzinsung des im Segment eingesetzten Kapitals an. In die Kalkulation des RORAC fließt das risikoadjustierte Kapital ein, das den Bedarf an Eigenmitteln bezeichnet, den die Bank für mögliche unerwartete Verluste vorhalten muss. In der RBI wird dieser Kapitalbedarf im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt. Diese Kennzahl zeigt die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital), stellt aber keine Messgröße nach IFRS dar. Bei den einzelnen Ländern und Geschäftsfeldern wird dabei der tatsächlich erwirtschaftete RORAC mit einem jeweils vorgegebenen Mindestwert (RORAC Hurdle) verglichen, der die marktadäquaten Renditeerwartungen reflektiert.

Effizienz (Efficiency)

Die Cost/Income Ratio zeigt die Kosteneffizienz der Segmente. Sie errechnet sich als Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen einerseits und den Betriebserträgen, also der Summe aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis, andererseits.

Beschränkende Rahmenbedingungen (Constraints)

Im Rahmen des Basel-III-Regelwerks sind bestimmte gesetzliche Vorschriften zu beachten. Das Verhältnis des harten Kernkapitals zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (Common Equity Tier 1 Ratio) ist beispielsweise ein wichtiger Indikator dafür, ob die Kapitalunterlegung für das Geschäftsvolumen ausreicht. Branchenspezifika führen zu unterschiedlichen Risikogewichtungen bei der Berechnung der Risikoaktiva gemäß CRR. Diese sind für die Berechnung des regulatorischen Mindest-Eigenmittelerfordernisses ausschlaggebend. Im Zuge des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) schreibt die EZB per Bescheid vor, zusätzliches hartes Kernkapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird intern die effiziente Nutzung des verfügbaren Kapitals errechnet, indem der tatsächliche Verbrauch ins Verhältnis zum theoretisch zur Verfügung stehenden Risikodeckungskapital gesetzt wird. Ebenfalls begrenzend wirken die langfristigen Liquiditätskennzahlen, die in Übereinstimmung mit den regulatorischen Bestimmungen definiert werden.

Geschäftszusammensetzung (Business Mix)

Die folgenden Steuerungsgrößen sind zur Wahrung einer sinnvollen und nachhaltigen Geschäftsstruktur relevant. Dabei ist die Zusammensetzung des Ergebnisses sowie der zugrunde liegenden Bestandsgrößen von großer Bedeutung: Die Struktur der Primärrefinanzierungsbasis für Kundenkredite wird anhand der Loan/Deposit Ratio (netto) ermittelt, bei der die Kundenkredite ins Verhältnis zu den Kundeneinlagen (jeweils abzüglich der Ansprüche und Verpflichtungen aus (Reverse-)Repo- und Wertpapierleihgeschäften) gesetzt werden. Ebenfalls relevant ist der Anteil des Ergebnisses aus dem Kerngeschäft. Die Nettozinsspanne wird dabei auf Basis der durchschnittlichen zinstragenden Aktiva berechnet. Auch der Anteil des Provisionsgeschäfts an den Betriebsträgern ist eine Steuerungsgröße, die unter die Zielvorgaben für den Business Mix fällt.

Basis für die Segmentberichterstattung ist die Erfolgsrechnung, wobei sich die Darstellung an der intern verwendeten Reporting-Struktur orientiert. Erträge und Aufwendungen werden dem Land bzw. Geschäftsfeld zugeordnet, in dem der Ertrag generiert wird. Operative Ertragspositionen sind der Zinsüberschuss, die Dividendenerträge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, das Ergebnis aus Hedge Accounting sowie das sonstige betriebliche Ergebnis. Zu den Aufwandspositionen zählen der Personalaufwand, der Sachaufwand, die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen und die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte. Das übrige Ergebnis umfasst die Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile bzw. das laufende Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, das Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Verkaufgruppen sowie das Ergebnis aus Endkonsolidierungen. Das Segmentergebnis wird bis zum Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile gezeigt. Das Segmentvermögen wird durch die Bilanzsumme sowie die risikogewichteten Aktiva dargestellt. In den Verbindlichkeiten werden alle Posten der Passivseite mit Ausnahme des Eigenkapitals zusammengefasst. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen. Die Erfolgsrechnung wird schließlich um die zur Bewertung der Ergebnisse branchenüblichen Finanzkennzahlen ergänzt. Die im Segmentbericht angegebenen Werte werden großteils den Einzelabschlüssen nach IFRS entnommen, die auch für die Erstellung des Konzernabschlusses herangezogen werden. In einigen Einheiten werden Profitcenter-Ergebnisse aus der internen Management-Erfolgsrechnung verwendet.

2018 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	964.813	814.192	1.021.629	534.401
Dividenerträge	6.435	8.902	1.086	24.442
Provisionsüberschuss	548.727	421.486	465.808	370.840
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	41.417	31.184	33.743	22.251
Ergebnis aus Hedge Accounting	-10.420	-156	0	49
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-34.031	21.650	6.635	142.425
Betriebserträge	1.516.941	1.297.258	1.528.901	1.094.407
Verwaltungsaufwendungen	-854.215	-698.735	-630.886	-647.288
Betriebsergebnis	662.726	598.522	898.015	447.119
Übriges Ergebnis	-8.341	-1.120	-10.926	674
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-84.990	-10.968	0	-21.696
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-122.482	-61.273	-31.894	62.296
Ergebnis vor Steuern	446.913	525.162	855.195	488.393
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-100.604	-73.495	-171.222	-95.169
Ergebnis nach Steuern	346.309	451.666	683.973	393.224
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-56.039	-164	-57.220	-5.162
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	290.270	451.503	626.752	388.061
Return on Equity vor Steuern	11,1%	21,4%	44,1%	14,1%
Return on Equity nach Steuern	8,6%	18,4%	35,3%	11,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,27%	3,60%	6,50%	1,28%
Cost/Income Ratio	56,3%	53,9%	41,3%	59,1%
Loan/Deposit Ratio	98,9%	73,7%	81,0%	147,1%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,41%	0,45%	0,31%	-1,53%
NPL Ratio (Nichtbanken)	3,6%	5,1%	4,2%	3,0%
NPL Coverage Ratio (Nichtbanken)	78,6%	88,6%	79,1%	66,0%
Aktiva	40.353.336	25.360.497	18.191.779	44.488.346
Verbindlichkeiten	37.150.779	22.195.643	15.638.138	47.561.765
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	21.615.433	15.135.909	12.260.098	22.682.800
Durchschnittliches Eigenkapital	4.033.554	2.454.800	1.940.274	3.457.395
Forderungen an Kunden	27.737.322	14.632.878	11.116.799	26.952.581
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.619.111	20.039.610	13.901.238	23.020.119
Geschäftsstellen	396	962	779	22
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.692	14.646	18.750	2.879
Kunden in Millionen	2,6	5,3	6,1	2,1

Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisveränderungen erläutert:

Segment Zentraleuropa: Das Ergebnis nach Steuern des Segments Zentraleuropa verringerte sich im Jahresvergleich um € 72.553 Tausend auf € 346.309 Tausend. Ausschlaggebend dafür war ein Ergebnisrückgang um € 66.549 Tausend in Polen, hervorgerufen durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts. In Ungarn kam es angesichts hoher Nettoauflösungen von Kreditrisikovorsorgen durch den Verkauf notleidender Kredite im Vorjahr sowie der Endkonsolidierung eines Immobilienfonds zu einem Ergebnisrückgang um € 39.670 Tausend. Hingegen verzeichnete Tschechien einen Anstieg des Ergebnisses nach Steuern um € 21.793 Tausend, der im Wesentlichen auf einem höheren Zinsüberschuss beruhte.

Segment Südosteuropa: Der Ergebnisanstieg dieses Segments um 30 Prozent oder € 105.302 Tausend im Jahresvergleich war geprägt durch das um 17 Prozent verbesserte Betriebsergebnis und die positive Entwicklung der Risikosituation, speziell in Rumänien und Kroatien.

Segment Osteuropa: Das im Segment erzielte Ergebnis nach Steuern blieb trotz signifikanter Abwertungen osteuropäischer Währungen im Jahresvergleich nahezu unverändert. Einer Verbesserung des Zinsüberschusses standen dabei Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gegenüber. Das Segment Osteuropa war in der Berichtsperiode wie schon im Vorjahr von Währungseffekten beeinflusst. So werteten der Durchschnittskurs des russischen Rubels im Jahresvergleich um 11 Prozent, jener des belarussischen Rubels um 9 Prozent und jener der ukrainischen Hryvna um 6 Prozent ab. Die Stichtagskurse des russischen Rubels und des belarussischen Rubels gaben im Jahresverlauf 2018 um 13 Prozent bzw. um 5 Prozent nach, während die ukrainische Hryvna um 6 Prozent aufwertete.

2018 in € Tausend	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-31.640	58.352	3.361.746
Dividenerträge	735.074	-724.649	51.289
Provisionsüberschuss	-8.567	-7.004	1.791.290
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-95.364	-16.340	16.890
Ergebnis aus Hedge Accounting	216	-871	-11.182
Sonstiges betriebliches Ergebnis	87.109	-136.263	87.523
Betriebserträge	686.828	-826.776	5.297.557
Verwaltungsaufwendungen	-343.876	127.238	-3.047.762
Betriebsergebnis	342.952	-699.538	2.249.796
Übriges Ergebnis	-160.221	19.068	-160.867
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-52.267	0	-169.921
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-5.048	-7.277	-165.677
Ergebnis vor Steuern	125.416	-687.747	1.753.331
Steuern vom Einkommen und Ertrag	85.116	-2	-355.377
Ergebnis nach Steuern	210.532	-687.749	1.397.954
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-55	-9.476	-128.116
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	210.477	-697.225	1.269.838
Return on Equity vor Steuern	-	-	16,3%
Return on Equity nach Steuern	-	-	12,7%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,50%
Cost/Income Ratio	-	-	57,5%
Loan/Deposit Ratio	-	-	98,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,21%
NPL Ratio (Nichtbanken)	-	-	3,8%
NPL Coverage Ratio (Nichtbanken)	-	-	77,6%
Aktiva	35.330.538	-23.609.339	140.115.155
Verbindlichkeiten	22.338.240	-17.182.768	127.701.798
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	16.258.753	-15.281.250	72.671.743
Durchschnittliches Eigenkapital	2.527.976	-2.356.251	12.057.748
Forderungen an Kunden	3.038.165	-2.612.172	80.865.573
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.381.397	-3.923.406	87.038.070
Geschäftsstellen	-	-	2.159
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.112	-	47.079
Kunden in Millionen	0,0	-	16,1

Segment Group Corporates & Markets: Haupttreiber des starken Ergebnisanstiegs im Segment Group Corporates & Markets war die positive Entwicklung der Risikokosten. In der Berichtsperiode konnten dank Wertaufholungen und gewinnbringender Verkäufe notleidender Kredite Wertminderungen in Höhe von € 62.296 Tausend netto aufgelöst werden, nachdem in der Vergleichsperiode des Vorjahres aufgrund einiger Ausfälle bei Großkunden noch € 136.827 Tausend an Wertminderungen zu verbuchen gewesen waren. Das operative Ergebnis des Segments lag auf dem Niveau des Vorjahres.

Segment Corporate Center: Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. Der im Berichtsjahr verzeichnete Ergebnisrückgang um € 435.785 Tausend oder 67 Prozent resultierte aus einer Abnahme der konzerninternen Dividenerträge um € 358.157 Tausend, dem Verlust von € 119.848 Tausend aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts sowie einem negativen Effekt von € 63.650 Tausend aus dem Recycling kumulierter Währungsdifferenzen, die bisher im sonstigen Ergebnis erfasst worden waren.

Die **Überleitung** umfasst Konsolidierungen, die erforderlich sind, um von den einzelnen Segmentergebnissen zum Konzernergebnis zu gelangen. Die Zahlen der Berichtssegmente werden nach Eliminierung der segmentinternen Positionen gezeigt. Segmentübergreifende Konsolidierungen werden jedoch in der Überleitung dargestellt. Die hier wesentlichen Konsolidierungspositionen sind Dividendenzahlungen an die Konzernzentrale und segmentübergreifende Leistungsverrechnungen von und mit der Konzernzentrale.

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	950.210	731.403	982.328	587.010
Dividenerträge	4.862	5.247	3.460	18.945
Provisionsüberschuss	556.623	401.386	461.942	307.869
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	50.135	21.498	53.421	81.474
Ergebnis aus Hedge Accounting	2.505	159	-20.109	-574
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6.229	29.504	-12.931	103.998
Betriebserträge	1.570.565	1.189.197	1.468.111	1.098.721
Verwaltungsaufwendungen	-886.866	-677.877	-600.400	-648.033
Betriebsergebnis	683.698	511.320	867.712	450.688
Übriges Ergebnis	-3.540	-1.241	-659	-35.912
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-90.832	6.282	0	-20.741
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-59.449	-112.504	5.267	-136.827
Ergebnis vor Steuern	529.877	403.858	872.319	257.208
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111.015	-57.494	-183.767	-48.044
Ergebnis nach Steuern	418.861	346.364	688.552	209.164
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-56.226	-1.545	-64.415	-6.297
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	362.635	344.818	624.136	202.866
Return on Equity vor Steuern	17,3%	19,3%	51,2%	8,9%
Return on Equity nach Steuern	13,7%	16,6%	40,4%	7,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,13%	3,44%	6,68%	1,44%
Cost/Income Ratio	56,5%	57,0%	40,9%	59,0%
Loan/Deposit Ratio	89,7%	72,8%	86,5%	142,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,20%	0,89%	-0,05%	0,54%
NPL Ratio (Nichtbanken)	5,0%	7,5%	6,4%	4,9%
NPL Coverage Ratio (Nichtbanken)	67,7%	81,0%	78,6%	48,2%
Aktiva	46.814.007	23.709.789	15.579.469	38.934.636
Verbindlichkeiten	42.255.021	20.651.697	13.299.830	40.364.857
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	24.807.401	14.484.972	11.246.675	20.153.648
Durchschnittliches Eigenkapital	3.061.044	2.090.372	1.702.437	2.890.796
Forderungen an Kunden	30.281.146	13.064.195	10.030.722	22.843.243
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35.606.413	18.275.469	11.730.760	20.933.975
Geschäftsstellen	631	978	775	25
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	13.069	14.792	18.132	2.680
Kunden in Millionen	3,4	5,4	5,7	2,0

2017 in € Tausend	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-2.795	-23.318	3.224.837
Dividenerträge	1.093.231	-1.090.636	35.109
Provisionsüberschuss	-8.418	-530	1.718.872
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-116.144	-54.912	35.473
Ergebnis aus Hedge Accounting	5.595	-3.105	-15.530
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64.040	-91.326	99.514
Betriebserträge	1.035.508	-1.263.828	5.098.274
Verwaltungsaufwendungen	-320.455	122.732	-3.010.898
Betriebsergebnis	715.053	-1.141.096	2.087.376
Übriges Ergebnis	-42.263	83.783	168
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-58.059	0	-163.350
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-2.681	-5.936	-312.131
Ergebnis vor Steuern	612.050	-1.063.248	1.612.063
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34.267	0	-366.054
Ergebnis nach Steuern	646.317	-1.063.248	1.246.009
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-7	-1.462	-129.953
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	646.310	-1.064.710	1.116.056
Return on Equity vor Steuern	-	-	16,2%
Return on Equity nach Steuern	-	-	12,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,48%
Cost/Income Ratio	-	-	59,1%
Loan/Deposit Ratio	-	-	95,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,41%
NPL Ratio (Nichtbanken)	-	-	5,7%
NPL Coverage Ratio (Nichtbanken)	-	-	67,0%
Aktiva	30.981.463	-20.873.023	135.146.340
Verbindlichkeiten	21.650.120	-14.316.536	123.904.990
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.883.738	-12.674.263	71.902.171
Durchschnittliches Eigenkapital	2.129.028	-1.918.193	9.955.484
Forderungen an Kunden	3.661.859	-2.136.140	77.745.025
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.397.751	-2.970.251	84.974.116
Geschäftsstellen	-	-	2.409
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.027	-	49.700
Kunden in Millionen	0,0	-	16,5

Anhang

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Grundsätze der Erstellung

Der Konzernabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Alle Standards, die vom IASB als für den Konzernabschluss anzuwendende International Accounting Standards veröffentlicht und von der EU übernommen wurden, wurden angewendet. Weiters erfüllt der Konzernabschluss die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen. IAS 20, IAS 41 und IFRS 6 wurden nicht berücksichtigt, weil für den Konzern keine entsprechenden Geschäftsfälle vorlagen.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn seine Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder ein anderer Wert verlässlich bewertet werden können. Eine Schuld wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein direkter Abfluss von Ressourcen ergeben wird, die wirtschaftlichen Nutzen enthalten, und wenn deren Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Davon ausgenommen sind bestimmte Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag angesetzt werden. Erträge werden erfasst, wenn es unter Einhaltung der Bedingungen des IFRS 15 wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird, und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann.

Die Grundlage für den Konzernabschluss bilden die auf Basis der IFRS-Bestimmungen nach konzern einheitlichen Standards erstellten Berichtspakete aller vollkonsolidierten Unternehmen. Alle wesentlichen Tochtergesellschaften erstellen ihre Jahresabschlüsse per 31. Dezember. Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Neben den im Anhang dargestellten Angaben gemäß IFRS 7 enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 8 Geschäftssegmente und IFRS 7 Angaben zu Finanzinstrumenten.

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Nähere Details hinsichtlich der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 sind in diesem Kapitel ersichtlich. Die Anpassungen sowie die Auswirkungen der neuen Bestimmungen sind im Abschnitt IFRS-9-Überleitung dargestellt. Die Vergleichsinformationen wurden entsprechend IFRS 9.7.2.15 nicht angepasst und sind daher nach den Bestimmungen des IAS 39 erstellt. Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze nach IAS 39 sind im Konzernabschluss 2017 erläutert (vgl. Geschäftsbericht 2017, Seite 218 ff).

Zusätzlich zur IFRS-9-Einführung hat die RBI auch das Bilanzbild verändert. Es folgt nunmehr stark den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP). Mit der Umstellung war auch eine Adaptierung der Angaben für die Vergleichsperiode und den Vergleichsstichtag notwendig. Die Umstellungen sind im Abschnitt Änderungen in der Darstellung des Abschlusses näher erläutert.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die wesentlichsten Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen:

Wertminderungen im Kreditgeschäft

Das Wertminderungsmodell nach IFRS 9 unterscheidet sich wesentlich vom Wertberichtigungsmodell des IAS 39. Beim Wertminderungsmodell des IFRS 9 werden im Gegensatz zu IAS 39 für erwartete Verluste Rückstellungen gebildet. Bei der Anwendung der Bilanzierungsmethoden der RBI sind Ermessensentscheidungen des Managements erforderlich. Die RBI schätzt die erwarteten

Kreditverluste aus den als Vermögenswerte gehaltenen Schuldsinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. erfolgsneutral zum Fair Value angesetzt werden, sowie aus Kreditzusagen, Leasingforderungen und Finanzgarantien zukunftsgerichtet ab. Die Berechnung erwarteter Kreditverluste (Expected Credit Losses, ECL) erfordert die Anwendung rechnungslegungsrelevanter Schätzungen, die per definitionem selten mit den tatsächlichen Ergebnissen übereinstimmen werden. Die Höhe der zu bildenden Wertminderung richtet sich dabei nach der Veränderung des Ausfallrisikos eines Finanzinstruments nach dessen Zugang. Um die Höhe der Wertminderung zu ermitteln, sind wesentliche Kreditrisikoparameter wie PD (Probability of Default), LGD (Loss Given Default) und EAD (Exposure at Default) sowie zukunftsorientierte Informationen (Konjunkturprognosen) vom Management zu schätzen. Die Rückstellung für Kreditrisiken wird zu jedem Berichtszeitpunkt um diesen erwarteten Ausfall angepasst. Die Methoden zur Bestimmung der Höhe der Wertminderung sind im Abschnitt allgemeine Regelungen zu Wertminderungen (IFRS 9) erläutert. Die quantitativen Auswirkungen der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 zum 1. Jänner 2018 sind im Kapitel IFRS-9-Überleitung dargestellt.

Fair Value von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist jener Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eines Vermögenswerts oder einer Schuld berücksichtigt der Konzern bestimmte Merkmale des Vermögenswerts oder der Schuld (z. B. Zustand und Standort des Vermögenswerts oder Verkaufs- und Nutzungsbeschränkungen), wenn Marktteilnehmer diese Merkmale bei der Preisfestlegung für den Erwerb des jeweiligen Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld zum Bewertungsstichtag ebenfalls berücksichtigen würden. Ist der Markt für ein Finanzinstrument nicht aktiv, wird der Fair Value anhand einer Bewertungsmethode oder eines Preismodells ermittelt. Generell werden für Bewertungsmethoden Schätzungen herangezogen, deren Ausmaß von der Komplexität des Instruments und der Verfügbarkeit marktbasierter Daten abhängt. Die Input-Parameter für diese Modelle werden so weit wie möglich von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Unter Umständen sind Bewertungsanpassungen notwendig, um weiteren Faktoren wie Modellrisiken, Liquiditätsrisiken oder Kreditrisiken Rechnung zu tragen. Die Beschreibung der Bewertungsmodelle findet sich im Abschnitt Finanzinstrumente – Ansatz und Bewertung des Anhangs. Zusätzlich werden die Fair Values von Finanzinstrumenten unter Punkt (31) Fair Value von Finanzinstrumenten dargestellt.

Rückstellung für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Kosten des leistungsorientierten Pensionsplans werden mittels versicherungsmathematischer Verfahren bewertet. Die versicherungsmathematische Bewertung basiert auf Annahmen zu Diskontierungszinssätzen, erwarteten Renditen von Vermögenswerten, künftigen Gehaltsentwicklungen, Sterblichkeit und künftigen Pensionsanhebungen. Der Zinssatz, der für die Abzinsung der leistungsorientierten Verpflichtungen des Konzerns herangezogen wird, wird auf der Grundlage der Renditen bestimmt, die am Abschlussstichtag für erstrangige festverzinsliche Unternehmensanleihen auf dem Markt erzielt werden. Eine erhebliche Ermessensentscheidung ist hier bei der Festlegung der Kriterien notwendig, nach denen die Unternehmensanleihen ausgesucht werden, die die Grundgesamtheit bilden, aus der die Renditekurve abgeleitet wird. Für die Bestimmung des Rechnungszinssatzes wird auf die Zinsempfehlung von Mercer zurückgegriffen. Die wesentlichen Kriterien bei der Auswahl dieser Unternehmensanleihen beinhalten das Ausgabevolumen und die Qualität der Anleihen sowie die Identifizierung von Ausreißern, die nicht berücksichtigt werden. Annahmen und Schätzungen, die für die Berechnung langfristiger Personalverpflichtungen angewendet werden, sind im Abschnitt Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschrieben. Quantitative Angaben zu langfristigen Personalrückstellungen finden sich unter Punkt (27) Rückstellungen.

Werthaltigkeit von nichtfinanziellen Vermögenswerten

Bestimmte nichtfinanzielle Vermögenswerte, z. B. Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte, unterliegen einer jährlichen Werthaltigkeitsprüfung. Eine solche Überprüfung erfolgt häufiger, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen – etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas – darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Die Beschreibung der Werthaltigkeitsprüfung wird im Abschnitt Unternehmenserwerbe dargelegt. Zusätzlich werden die Buchwerte der Firmenwerte unter Punkt (20) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Dazu wird ein Planungshorizont von fünf Jahren herangezogen. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität und Profitabilität sowie gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der Vortragfähigkeit steuerlicher Verlustvorträge.

Der Ausweis der latenten Steuern wird in der Erfolgsrechnung nicht gesondert vorgenommen und findet sich im Gesamtergebnis und unter Punkt (11) Steuern vom Einkommen und Ertrag. Hingegen werden die latenten Steuern in der Bilanz gesondert unter Punkt (21) Steuerforderungen und Punkt (28) Steuerverpflichtungen ausgewiesen.

Leasingverträge

Zur Unterscheidung von Finanzierungsleasing einerseits und Operating Leasing andererseits sind Ermessensentscheidungen aus Sicht des Leasinggebers notwendig, wobei als Kriterium die Übertragung von im Wesentlichen sämtlichen Risiken und Chancen vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer gilt. Details sind unter Punkt (57) Finanzierungsleasing und Punkt (58) Operating Leasing dargestellt.

Beherrschung

Gemäß IFRS 10 liegt die Beherrschung eines Beteiligungsunternehmens vor, wenn der Konzern schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf die Renditen sowie die Fähigkeit besitzt, diese mittels seiner Macht über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Ferner enthält IFRS 10 Konkretisierungen zur Würdigung bzw. Beurteilung von potenziellen Stimmrechten, Mitentscheidungs- bzw. Schutzrechten Dritter sowie Konstellationen, die durch delegierte bzw. zurückbehaltene Entscheidungsrechte oder De-facto-Kontrolle charakterisiert sind. Ob Beherrschung gegeben ist, erfordert eine gesamthafte (und damit teilweise ermessensabhängige) Beurteilung der wirtschaftlichen Einflussnahme des Mutter- auf das Beteiligungsunternehmen. Details sind unter Punkt (68) Zusammensetzung des Konzerns dargestellt.

Beteiligungen an strukturierten Einheiten

Gemäß IFRS 12 sind strukturierte Einheiten Unternehmen, die derart aufgestellt wurden, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der bestimmende Faktor bei der Festlegung sind, wer das Unternehmen beherrscht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben erstrecken und die maßgeblichen Tätigkeiten mittels vertraglicher Vereinbarungen ausgeführt werden. Für Zwecke dieses IFRS ist eine Beteiligung an einem anderen Unternehmen ein vertragliches und nicht-vertragliches Engagement, das ein Unternehmen schwankenden Renditen aus der Leistungskraft des anderen Unternehmens aussetzt.

Die Beurteilung, bei welchen Unternehmen es sich um strukturierte Einheiten handelt und welches Engagement bei solchen Unternehmen auch tatsächlich eine Beteiligung darstellt, erfordert Ermessensentscheidungen. Details sind unter Punkt (68) Zusammensetzung des Konzerns im Abschnitt strukturierte Einheiten dargestellt.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

IFRS 9 (Finanzinstrumente; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Mit 1. Jänner 2018 wurden die Bestimmungen des neuen Bilanzierungsstandards für Finanzinstrumente (IFRS 9) wirksam. Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften, die sich aus der Anwendung von IFRS 9 ergeben, wurden – mit Ausnahme der nachstehend beschriebenen – generell rückwirkend angewandt:

Die RBI machte von der Ausnahmeregelung Gebrauch, Vergleichsinformationen für frühere Berichtsperioden in Bezug auf die Klassifizierung und Bewertung (einschließlich Wertminderung) nicht zu ändern. Unterschiedsbeträge der Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus der Anwendung von IFRS 9 ergaben, wurden zum 1. Jänner 2018 in den Gewinnrücklagen erfasst. Die folgenden Beurteilungen mussten auf Grundlage der Fakten und Umstände erfolgen, die zum Zeitpunkt der Erstanwendung vorlagen:

- Festlegung des Geschäftsmodells, in dem ein finanzieller Vermögenswert gehalten wird
- Designation und der Widerruf früherer Designationen bestimmter finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum Fair Value (FVTPL) bewertet werden
- Designation bestimmter strategischer Beteiligungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, als erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVOCI)

Wie von IFRS 9 erlaubt, nahm die RBI das Wahlrecht in Anspruch, die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften des IAS 39 weiterhin anzuwenden.

IFRS 9 enthält Vorschriften für den Ansatz, die Bewertung und die Ausbuchung sowie die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Die wesentlichen Anforderungen des IFRS 9 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Nach IFRS 9 werden alle finanziellen Vermögenswerte entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Schuldtitel, die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung es ist, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen, und dessen vertragliche Zahlungsströme ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf

den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen, sind in den Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren. Alle anderen Instrumente müssen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

IFRS 9 enthält auch ein später nicht mehr revidierbares Wahlrecht, nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines (nicht zu Handelszwecken gehaltenen) Eigenkapitalinstruments im sonstigen Ergebnis darzustellen und ausschließlich die Dividendenerträge in der Erfolgsrechnung zu zeigen.

Die Anwendung von IFRS 9 hat die Bilanzierung von Rückstellungen für Kreditrisiken durch die RBI grundlegend verändert. Die Regelungen betreffend Wertminderung sind gemäß IFRS 9 für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, anzuwenden. Die Wertminderungsvorschriften sind im Sinn des IFRS 9 auch auf außerbilanzielle Kreditzusagen sowie auf Finanzgarantien anzuwenden. Dabei ändert sich das Modell zur Ermittlung von Wertminderungen von einem vergangenheitsorientierten Modell gemäß IAS 39 (eingetretene Verluste) hin zu einem zukunftsorientierten Modell gemäß IFRS 9 (erwartete Verluste).

IFRS 9 sieht bei der Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, drei Stufen (Stages) vor, die die Höhe der zu erfassenden Verluste und die Zinsvereinnahmung künftig bestimmen. In Stage 1 sind bereits bei Zugang erwartete Verluste in Höhe des Barwerts eines erwarteten Zwölf-Monats-Verlusts zu erfassen. Liegt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos vor, ist die Rückstellungen für Kreditrisiken bis zur Höhe des erwarteten Verlusts der gesamten Restlaufzeit zu erhöhen (Stage 2). Mit Eintritt eines objektiven Hinweises auf Wertminderung hat die Zinsvereinnahmung in Stage 3 auf Grundlage des Nettobuchwerts zu erfolgen.

Die Methoden zur Bestimmung der Höhe der Wertminderung sind im Abschnitt Allgemeine Regelungen zu Wertminderungen (IFRS 9) erläutert. Die quantitativen Auswirkungen der Anwendung von IFRS 9 zum 1. Jänner 2018 sind im Abschnitt IFRS-9-Überleitung dargestellt.

IFRS 9 räumt in Bezug auf die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen Wahlrechte ein. Die RBI wendet 2018 weiterhin die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 an, jedoch unter Berücksichtigung der Änderungen in den Anhangangaben nach IFRS 7.

IFRS 15 (Erlöse aus Verträgen mit Kunden; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen anhand eines Fünf-Stufen-Modells für alle Kundenvereinbarungen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden. Sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9 oder im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Leasinggeschäften gemäß IAS 17 entstehen. IFRS 15 ersetzt nun mehrere andere IFRS-Vorschriften, z. B. IAS 18 Erlöse, IAS 11 Fertigungsaufträge sowie Interpretationen, die den Moment der Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen. Zudem verlangen die neuen Vorschriften die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben. Das IASB hat 2016 Klarstellungen zu IFRS 15 veröffentlicht. Diese Änderungen adressieren drei der fünf identifizierten Themen (Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen und Lizenzen) und zielen auf Übergangserleichterungen für modifizierte und abgeschlossene Verträge ab. Da der Fokus von IFRS 15 nicht auf der Bilanzierung von Erlösen aus Finanzinstrumenten und Leasingverhältnissen liegt und dieser IFRS definitionsgemäß für Umsätze aus dem Bank- und Leasinggeschäft nur ein subsidiärer Standard gegenüber IFRS 9 und IAS 17 ist, kommt es, wie aus den folgenden Ausführungen ersichtlich, aus seiner erstmaligen Anwendung zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI und die Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung. Die RBI hat sich dafür entschieden, die modifizierte retrospektive Methode anzuwenden, was auch dazu führt, dass in der Berichtsperiode 2018 keine Anpassungen von Vergleichsinformationen vorgenommen werden.

Grundsätzlich gilt, dass nur jene Gebühren und Entgelte, die nicht als integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes anzusehen sind und somit nicht in direktem Zusammenhang mit der Kreditvergabe bzw. der Entstehung des Finanzinstruments stehen, in den Anwendungsbereich von IFRS 15 fallen. Nicht in den Regelungsbereich des IFRS 15 fallen somit jene Gebühren und Entgelte, die gemäß IFRS 9 im Zinsergebnis zu verbuchen sind, da sie Bestandteile des Effektivzinssatzes darstellen und über die Laufzeit des Finanzinstruments zu verteilen sind, unabhängig davon, ob diese im Vorhinein oder nachschüssig vereinbart sind.

Jene Gebühren und Entgelte, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt in den Geltungsbereich des IFRS 15 fallen, werden entweder zeitpunktbezogen mit Erbringung der Leistung ergebniswirksam oder aufgrund ihrer zeitraumbezogenen Zugehörigkeit linear abgegrenzt erfasst. Als Erträge im Geltungsbereich des IFRS 15 sind unter anderem die sogenannten Performance Fees für Dienstleistungen im Sinn der Verwaltung bzw. Abwicklung im Kreditgeschäft zu erwähnen, die als Provisionserträge bereits unter IAS 18 abgegrenzt erfasst wurden und auch unter IFRS 15 abzugrenzen sind, sodass sich hieraus keine Effekte im Provisionsergebnis ergeben.

Als Beispiel für Erträge, die gemäß den Regelungen des IFRS 15 im Zeitpunkt der Leistungserfüllung direkt vereinnahmt werden, können Kreditsyndizierungsgebühren genannt werden, sofern sie aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts eindeutig als Serviceentgelt im Rahmen von Syndizierungen anzusehen sind, weil das arrangierende Unternehmen selbst keinen Teil des Kreditpakets für sich behält oder weil der Konsortialführer auch selbst beteiligt ist, aber das Serviceentgelt im Rahmen der Syndizierung eindeutig

deklariert oder ermittelbar ist. Davon zu unterscheiden sind jene Fallkonstellationen, in denen der Konsortialführer selbst beteiligt ist, die Effektivverzinsung nicht risikoadäquat ist und die Syndizierungsgebühr diese zu niedriger Verzinsung ausgleichen soll, da in diesen Fällen IFRS 9 zur Anwendung kommt.

Sofern im Kreditgeschäft Gebühren an Kunden weiterverrechnet werden, wie z. B. Grundbucheintragungsgebühren, werden diese analog der Vorgehensweise unter IAS 18 als Sofortertrag verbucht.

Im Zusammenhang mit Kundenbindungsprogrammen (z. B. Cash-Back-Vereinbarungen oder Gutschriften auf Basis gesammelter Flugmeilen) werden die daraus resultierenden Gegenleistungen (z. B. Gutschriften) in der RBI – aufgrund der im IFRS 15 geforderten Verbuchung – als Erlösminderungen erfasst. Dies bedeutet eine Ausweisänderung im Vergleich zu Vorperioden im Anwendungsbereich des IAS 18, hatte jedoch keine Auswirkungen auf das Gesamtergebnis.

Mehrkomponentenverträge bestehen im Konzern nur in geringem Umfang, und es ergaben sich daraus in der Berichtsperiode aufgrund von Unwesentlichkeit keine erwähnenswerten Auswirkungen auf das IFRS-Reporting.

Änderungen an IFRS 4 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen zielen darauf ab, die Auswirkungen aus unterschiedlichen Erstanwendungszeitpunkten von IFRS 9 und dem Nachfolgestandard zu IFRS 4 vor allem bei Unternehmen mit umfangreichen Versicherungsaktivitäten zu verringern. Eingeführt werden zwei optionale Ansätze, die bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen von Versicherern genutzt werden können: der Überlagerungsansatz und der Aufschubansatz. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IFRS 2 (Anteilsbasierte Vergütung; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die wesentlichste Änderung bzw. Ergänzung besteht darin, dass in IFRS 2 nun Vorschriften enthalten sind, die die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der aus anteilsbasierten Vergütungen resultierenden Verpflichtungen betreffen. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IAS 40 (Klassifizierung nicht-fertiggestellter Immobilien; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen dienen der Klarstellung der Vorschriften in Bezug auf Übertragungen in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Insbesondere geht es darum, ob im Bau oder in der Erschließung befindliche Immobilien, die vorher als Vorräte klassifiziert wurden, in die Kategorie der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umgegliedert werden können, wenn es eine offensichtliche Nutzungsänderung gegeben hat. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2014–2016 (Inkrafttreten 1. Jänner 2017/2018)

Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- IFRS 1 Erstmögliche Anwendung der International Financial Reporting Standards: Streichung der verbliebenen befristeten Erleichterungsvorschriften für erstmalige Anwender
- IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen: Klarstellung, dass das Wahlrecht zur Bewertung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, das von einer Wagniskapitalgesellschaft oder einem anderen qualifizierenden Unternehmen gehalten wird, je Beteiligung unterschiedlich ausgeübt werden kann

Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

IFRIC 22 (Währungsumrechnung bei Anzahlungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Diese Interpretation zielt darauf ab, die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen klarzustellen, die den Erhalt oder die Zahlung von Gegenleistungen in fremder Währung beinhalten. Die Anwendung dieser Interpretation hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen in der Darstellung des Abschlusses

Neben der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 hat die RBI auch Änderungen in der Darstellung des Abschlusses vorgenommen. Die Darstellung des Abschlusses folgt nunmehr den von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) herausgegebenen Meldepflichten zu Finanzinformationen (FINREP) und ermöglicht damit eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit. Die Änderungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Darstellung der Finanzinstrumente. Die Posten in der Konzernbilanz und der Konzern-Erfolgsrechnung sowie in den zugehörigen Anhangpositionen reflektieren die neuen Bilanzierungskategorien nach IFRS 9.

Mit der Umstellung war auch eine Adaptierung der Angaben zur Vergleichsperiode und zum Vergleichsstichtag notwendig. Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der am **31. Dezember 2017** dargestellten Kategorien in das neue Bilanzformat. Die Erläuterungen und Auswirkungen des IFRS 9, die je Bewertungskategorie im nächsten Abschnitt gesondert dargestellt sind, basieren bereits auf der transformierten Darstellung. Die Spaltenüberschriften stellen die bisherigen Bilanzposten dar, während die Zeilenüberschriften das neue Bilanzbild reflektieren:

Aktiva 31.12.2017 in € Tausend	Bar- reserve	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Kreditrisiko- vorsorgen	Handels- aktiva	Derivative Finanzinstrumente
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	13.329.782	3.575.673	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	10.782.573	81.219.706	-3.102.348	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	12.647	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	3.941.757	414.751
Hedge Accounting	0	0	0	0	0	521.959
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Laufende Steuerforderungen	0	0	0	0	0	0
Latente Steuerforderungen	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0	0
Gesamt	13.329.782	14.358.246	81.232.353	-3.102.348	3.941.757	936.710

Passiva 31.12.2017 in € Tausend	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Rückstellungen	Handels- passiva
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	21.674.563	84.831.440	4.765.327	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	616.867	0	1.119.810	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	4.256.546
Hedge Accounting	0	0	0	0	0
Rückstellungen	0	0	0	872.417	0
Laufende Steuerverpflichtungen	0	0	0	74.678	0
Latente Steuerverpflichtungen	0	0	0	63.315	0
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
Eigenkapital	0	0	0	0	0
Gesamt	22.291.431	84.831.440	5.885.137	1.010.410	4.256.546

Aktiva 31.12.2017						
in € Tausend	Wertpapiere und Beteiligungen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	Sonstige Aktiva	Aktiva gesamt
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	0	0	0	0	16.905.455
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	7.221.213	0	0	0	186.242	96.307.387
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	6.589.446	0	0	0	0	6.589.446
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	5.357.381	0	0	0	0	5.370.028
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	265.529	0	0	0	0	4.622.037
Hedge Accounting	0	0	0	0	74.604	596.563
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	194.314	728.945	0	0	0	923.259
Sachanlagen	0	0	0	1.540.194	0	1.540.194
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	720.935	0	0	720.935
Laufende Steuerforderungen	0	0	0	0	189.204	189.204
Latente Steuerforderungen	0	0	0	0	114.313	114.313
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	1.267.519	1.267.519
Gesamt	19.627.884	728.945	720.935	1.540.194	1.831.881	135.146.339

Passiva 31.12.2017					
in € Tausend	Derivative Finanzinstrumente	Sonstige Passiva	Nachrangkapital	Eigenkapital	Passiva gesamt
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	506.748	3.016.033	0	114.794.111
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	771.944	0	2.508.622
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	157.931	0	0	0	4.414.477
Hedge Accounting	204.508	60.079	0	0	264.587
Rückstellungen	0	3	0	0	872.420
Laufende Steuerverpflichtungen	0	0	0	0	74.678
Latente Steuerverpflichtungen	0	0	0	0	63.315
Sonstige Passiva	0	912.780	0	0	912.780
Eigenkapital	0	0	0	11.241.350	11.241.350
Gesamt	362.439	1.479.610	3.787.977	11.241.350	135.146.339

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der am **1. Jänner 2017** dargestellten Kategorien in das neue Bilanzformat. Die Spaltenüberschriften stellen die bisherigen Bilanzposten dar, während die Zeilenüberschriften das neue Bilanzbild reflektieren:

Aktiva 1.1.2017 in € Tausend	Bar- reserve	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Kreditrisiko- vorsorgen	Handels- aktiva	Derivative Finanzinstrumente
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	16.838.583	4.463.205	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	6.518.150	79.753.390	-5.245.078	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	15.689	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	4.944.112	616.322
Hedge Accounting	0	0	0	0	0	644.693
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Laufende Steuerforderungen	0	0	0	0	0	0
Latente Steuerforderungen	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0	0
Gesamt	16.838.583	10.981.356	79.769.079	-5.245.078	4.944.112	1.261.015

Passiva 1.1.2017 in € Tausend	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Rückstellungen	Handelspassiva
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	24.059.774	79.573.276	7.153.963	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	751.720	1.373.418	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	5.067.584
Hedge Accounting	0	0	0	0	0
Rückstellungen	0	0	0	869.867	0
Laufende Steuerverpflichtungen	0	0	0	77.046	0
Latente Steuerverpflichtungen	0	0	0	88.717	0
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
Eigenkapital	0	0	0	0	0
Gesamt	24.059.774	80.324.996	8.527.381	1.035.629	5.067.584

Aktiva 1.1.2017						
in € Tausend	Wertpapiere und Beteiligungen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	Sonstige Aktiva	Aktiva gesamt
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	0	0	0	0	21.301.789
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.218.726	0	0	0	476.161	89.721.349
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.524.370	0	0	0	0	4.524.370
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	8.473.211	0	0	0	0	8.488.900
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0	5.560.434
Hedge Accounting	0	0	0	0	37.699	682.392
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	213.924	775.035	0	0	0	988.958
Sachanlagen	0	0	0	1.842.621	0	1.842.621
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	676.518	0	0	676.518
Laufende Steuerforderungen	0	0	0	0	183.634	183.634
Latente Steuerforderungen	0	0	0	0	172.849	172.849
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	660.584	660.584
Gesamt	21.430.231	775.035	676.518	1.842.621	1.530.927	134.804.399

Passiva 1.1.2017					
in € Tausend	Derivative Finanzinstrumente	Sonstige Passiva	Nachrangkapital	Eigenkapital	Passiva gesamt
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	385.506	3.578.993	0	114.751.511
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	658.510	0	2.783.648
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	371.790	0	0	0	5.439.374
Hedge Accounting	407.666	57.564	0	0	465.230
Rückstellungen	0	0	0	0	869.867
Laufende Steuerverpflichtungen	0	0	0	0	77.046
Latente Steuerverpflichtungen	0	0	0	0	88.717
Sonstige Passiva	0	577.423	0	0	577.423
Eigenkapital	0	0	0	9.751.583	9.751.583
Gesamt	779.456	1.020.492	4.237.503	9.751.583	134.804.399

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung der **Erfolgsrechnung 2017** in das neue Schema. Die Spaltenüberschriften stellen die bisherigen Bilanzposten dar, während die Zeilenüberschriften das neue Bilanzbild reflektieren:

in € Tausend	Zinsüberschuss	Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	Provisionsüberschuss	Handelsergebnis	Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten
Zinsüberschuss	3.112.189	0	0	112.648	0
Dividenerträge	35.109	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	0	0	1.718.872	0	0
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	0	0	0	131.702	-25.392
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	-15.530
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Betriebserträge	3.147.298	0	1.718.872	244.350	-40.921
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Sachaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0
Verwaltungsaufwendungen	0	0	0	0	0
Betriebsergebnis	3.147.298	0	1.718.872	244.350	-40.921
Übriges Ergebnis	60.420	0	0	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	0	0	0	0
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	0	-286.899	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	3.207.718	-286.899	1.718.872	244.350	-40.921

in € Tausend	Ergebnis aus Finanzinvestitionen	Verwaltungsaufwendungen	Sonstiges betriebliches Ergebnis	Ergebnis aus Endkonsolidierungen	Ergebnis vor Steuern
Zinsüberschuss	0	0	0	0	3.224.837
Dividenerträge	0	0	0	0	35.109
Provisionsüberschuss	0	0	0	0	1.718.872
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-70.839	0	0	0	35.473
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	-15.530
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	99.514	0	99.514
Betriebserträge	-70.839	0	99.514	0	5.098.274
Personalaufwand	0	-1.553.800	0	0	-1.553.800
Sachaufwand	0	-1.157.387	0	0	-1.157.387
Abschreibungen	0	-299.712	0	0	-299.712
Verwaltungsaufwendungen	0	-3.010.898	0	0	-3.010.898
Betriebsergebnis	-70.839	-3.010.898	99.514	0	2.087.376
Übriges Ergebnis	-12.295	-28.665	-17.652	-1.640	168
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	-64.650	-98.700	0	-163.350
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	0	0	-25.232	0	-312.131
Ergebnis vor Steuern	83.133	-3.104.213	-42.070	-1.640	1.612.063

Zinsüberschuss: Die Dividenerträge wurden aus dem Zinsüberschuss herausgenommen und als eigener Posten Dividenerträge dargestellt. Das laufende Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen wurde bis 2017 im Zinsüberschuss dargestellt und befindet sich neu im übrigen Ergebnis.

Zinsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen: Anpassungen gemäß IFRS 9/FINREP

Wertminderungen: Wertminderungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte werden neu im übrigen Ergebnis gezeigt, während Wertminderungen auf Kredite, Vorschüsse und Anleihen direkt im Posten Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte dargestellt werden.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen: Bankenabgabe, bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen sowie Bankenabwicklungsfonds werden neu im Posten Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen zusammengefasst.

IFRS-9-Überleitung

Dieses Kapitel enthält eine Analyse der Überleitung von den zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Zahlen zu jenen nach Erstanwendung von IFRS 9 zum 1. Jänner 2018. Die IFRS-9-Übergangsbestimmungen erfordern keine rückwirkende Anwendung auf frühere Berichtsperioden; demzufolge schlägt sich der Effekt der Erstanwendung im Eigenkapital der Eröffnungsbilanz für das Geschäftsjahr 2018 nieder. Der im Eigenkapital dargestellte Umstellungseffekt betrug minus € 169.438 Tausend.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Auswirkungen der Veränderung der Vermögenswerte für Klassifizierung und Bewertung, unter Berücksichtigung von Wertminderungen für von IFRS 9 betroffene bilanzielle und außerbilanzielle Posten - von IAS 39 zum 31. Dezember 2017 auf IFRS 9 zum 1. Jänner 2018.

Überblick IFRS-9-Überleitung

Aktiva in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	96.307.387	-54.533	-255.311	95.997.543
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	6.589.446	368.486	3.413	6.961.345
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	563.486	7.277	570.763
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	5.370.028	-853.669	0	4.516.359
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	4.622.036	-23.770	0	4.598.266
Latente Steuern	114.313	0	35.316	149.629
Gesamt	113.003.210	0	-209.305	112.793.905

Passiva in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	114.794.111	447.781	0	115.241.892
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	2.508.622	-447.781	-69.938	1.990.903
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	4.414.477	0	0	4.414.477
Rückstellungen für Darlehenszusagen, Finanzgarantien und andere erteilte Zusagen	118.615	0	30.070	148.685
Verbindlichkeiten	121.835.825	0	-39.868	121.795.957
Eigenkapital	11.241.350	0	-169.438	11.071.912
Gesamt	133.077.174	0	-209.305	132.867.869

Überleitung finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

Die Umgliederung in Höhe von € 313.599 Tausend betrifft Abgänge aus den Forderungen an Kunden, die vertragliche Zahlungsströme aufweisen, bei denen es sich nicht ausschließlich um Zins- und Tilgungszahlungen handelt und die daher verpflichtend zum Fair Value bewertet werden müssen. Darüber hinaus gab es bei den Fremdkapitalinstrumenten, die ebenfalls dieser Bewertungskategorie zuzuzählen sind, Zugänge von den finanziellen Vermögenswerten – Fair Value Through Other Comprehensive Income (€ 159.526 Tausend) sowie in geringem Ausmaß auch von den übrigen Bewertungskategorien, sofern aufgrund des zugrunde liegenden Geschäftsmodells und der Ausgestaltung der Fremdkapitalinstrumente eine Darstellung in der Kategorie Amortized Cost geboten war.

Der Buchwert der Vermögenswerte, die von den Kategorien finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss, finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading und finanzielle Vermögenswerte – Available for Sale (IAS 39) in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost umgegliedert wurden, betrug zum Zeitpunkt der Reklassifizierung € 295.388 Tausend. Zum 31. Dezember 2018 betrug der beizulegende Zeitwert € 271.997 Tausend. Wäre von der Reklassifizierung kein Gebrauch gemacht worden, hätte dies zu einem Ergebnisbeitrag in Höhe von minus € 3.100 Tausend in der Erfolgsrechnung bzw. in Höhe von € 2.355 Tausend im sonstigen Ergebnis geführt. Für finanzielle Vermögenswerte, die von der Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost umgegliedert wurden, betrug der zum Zeitpunkt der Reklassifizierung bestimmte gewichtete Effektivzinssatz 4,18 Prozent. Die erfassten Zinserträge betragen € 5.064 Tausend.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Fremdkapitalinstrumente	7.834.784	259.066	-13.643	8.080.207	-10.524	-3.119
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Held For Trading	-	58.845	-5.772	-	-5.772	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	77.018	-2.438	-	-2.438	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	159.526	-3.107	-	-17	-3.090
Geforderte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-20.394	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	-15.929	0	-	-	-
Kredite und Forderungen	88.472.602	-313.599	-241.668	87.917.336	-241.668	-
Geforderte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-313.599	0	-	-	-
Gesamt	96.307.387	-54.533	-255.311	95.997.543	-252.192	-3.119

Überleitung finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

Ein finanzieller Vermögenswert wird in der Folge erfolgsneutral zum Fair Value bewertet (FVOCI), wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, sowohl vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu veräußern. Des Weiteren führen die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Im Wesentlichen finden sich in der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie Eigenkapitalinstrumente, die unter IAS 39 der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Available For Sale zugeordnet waren.

Der Buchwert der Vermögenswerte, die von den Kategorien finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss, finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading und finanzielle Vermögenswerte – Available for Sale (IAS 39) in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income umgegliedert wurden, betrug zum Zeitpunkt der Reklassifizierung € 521.685 Tausend. Zum 31. Dezember 2018 betrug der beizulegende Zeitwert € 326.512 Tausend. Wäre von der Reklassifizierung kein Gebrauch gemacht worden, hätte dies zu einem Ergebnisbeitrag in Höhe von minus € 537 Tausend in der Erfolgsrechnung geführt. Für finanzielle Vermögenswerte, die von der Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss in die Kategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income umgegliedert wurden, betrug der zum Zeitpunkt der Reklassifizierung bestimmte gewichtete Effektivzinssatz 4,24 Prozent. Die erfassten Zinserträge betragen € 29.832 Tausend.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Eigenkapitalinstrumente	297.685	1.187	3.390	302.262	-40	3.430
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	1.187	0	-	-40	40
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	0	0	-	-	3.390
Fremdkapitalinstrumente	6.291.761	367.299	23	6.659.083	-3.181	3.204
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	521.685	0	-	-2.585	2.585
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Held To Maturity	-	15.929	23	-	0	23
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Amortized Cost	-	-159.526	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	-10.790	0	-	-	-
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	0
Gesamt	6.589.446	368.486	3.413	6.961.345	-3.220	6.634

Überleitung finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht – Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

Finanzielle Vermögenswerte, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und zusätzlich die Kriterien für eine Klassifizierung als Vermögenswerte, die anschließend zu Anschaffungskosten oder zum FVOCI zu bewerten sind, nicht erfüllen, werden als Vermögenswerte klassifiziert, die anschließend erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten sind. Im Wesentlichen finden sich in dieser Bewertungskategorie Zugänge von den Forderungen an Kunden, die vertragliche Zahlungsströme aufweisen, bei denen es sich nicht ausschließlich um Zins- und Tilgungszahlungen handelt und die daher zum Fair Value bewertet werden müssen (€ 301.529 Tausend). Betroffen sind Kredite und andere Fremdkapitalinstrumente, die mit inkongruenten Zinskomponenten ausgestattet sind und den geforderten quantitativen Test nicht bestanden haben (siehe auch Abschnitt Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten). Alle sich daraus ergebenden freiwilligen oder zwingenden Umklassifizierungen in Form von Zu- und Abgängen aus den ehemaligen IAS-39-Bewertungskategorien sind in der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Eigenkapitalinstrumente	-	78.335	0	78.335	0	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	78.335	0	-	-	-
Fremdkapitalinstrumente	-	183.623	583	184.206	583	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-	151.159	0	-	-	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Loans and Receivables	-	12.070	0	-	0	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Held To Maturity	-	20.394	583	-	583	-
Kredite und Forderungen	-	301.529	6.694	308.223	6.694	-
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Loans and Receivables	-	301.529	6.694	-	6.694	-
Gesamt	-	563.486	7.277	570.763	7.277	-

Überleitung finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Nach IFRS 9 geforderte oder freiwillige Abgänge von finanziellen Vermögenswerten – Designated Fair Value Through Profit/Loss waren im Wesentlichen auf Aufhebungen unter IAS 39 zum Fair Value designierter Eigenkapitalinstrumente und Schuldverschreibungen zurückzuführen. Im Wesentlichen wurden Fremdkapitalinstrumente in Höhe von € 752.329 Tausend und Eigenkapitalinstrumente in Höhe von € 101.339 Tausend aus finanziellen Vermögenswerten – Designated Fair Value Through Profit/Loss umgliedert. Alle sich daraus ergebenden freiwilligen oder zwingenden Umklassifizierungen in Form von Zu- und Abgängen aus den ehemaligen IAS-39-Bewertungskategorien sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Eigenkapitalinstrumente	101.339	-101.339	0	0	0	0
Geforderte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Held For Trading	-	-21.817	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	-1.187	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-78.335	0	-	-	-
Fremdkapitalinstrumente	5.255.045	-752.329	0	4.502.715	859	-859
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	10.790	0	-	859	-859
Geforderte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Held For Trading	-	-13.257	0	-	-	-
Geforderte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	-385.404	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-151.159	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	-136.281	0	-	-	-
Gewählte Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Amortized Cost	-	-77.018	0	-	-	-
Kredite und Forderungen	13.644	0	0	13.644	0	0
Gesamt	5.370.028	-853.669	0	4.516.359	859	-859

Überleitung finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading

Wesentliche Zugänge in Höhe von € 13.257 Tausend zu den finanziellen Vermögenswerten - Held for Trading erfolgen aus finanziellen Vermögenswerten, die gemäß IAS 39 freiwillig als designiert zum Fair Value bilanziert worden waren. Diese Möglichkeiten sind aber unter IFRS 9 insofern eingeschränkt, als ein finanzieller Vermögenswert nur dann als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet designiert werden kann, wenn dadurch Bewertungs- oder Ansatzinkonsistenzen - d. h. eine Bilanzierungsanomalie - vermieden oder erheblich verringert werden. Sofern diese Bedingung nicht erfüllt ist, war im Konzern in vielen Fällen für Aktien und Schuldverschreibungen eine Umgliederung unter die Handelsaktiva erforderlich.

Wesentliche Abgänge in Höhe von € 58.845 Tausend aufgrund der Umgliederung von Handelsaktiva in die Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost waren dort zu verzeichnen, wo die beiden Bedingungen erfüllt waren, dass der Vermögenswert im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, Vermögenswerte zu verwalten, um vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen, und dass die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Derivate	2.138.375	0	0	2.138.375	0	0
Eigenkapitalinstrumente	245.507	21.817	0	267.325	0	0
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	21.817	0	0	-	-
Fremdkapitalinstrumente	2.238.153	-45.587	0	2.192.566	0	0
Zugänge von finanziellen Vermögenswerten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	13.257	0	0	-	-
Abgänge zu finanziellen Vermögenswerten - Amortized Cost	0	-58.845	0	0	-	-
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	-
Gesamt	4.622.036	-23.770	0	4.598.266	0	0

Überleitung finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Eine finanzielle Verbindlichkeit kann unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet (FVTPL) designiert werden, wenn dadurch Bewertungs- oder Ansatzinkonsistenzen – d. h. eine Bilanzierungsanomalie – vermieden oder erheblich verringert werden. Diese Anomalien entstehen, wenn die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten oder die Erfassung von Gewinnen und Verlusten auf unterschiedlichen Grundlagen beruht. Beinhaltet eine finanzielle Verbindlichkeit ein oder mehrere eingebettete Derivate (strukturierte finanzielle Verpflichtungen), kann gemäß IFRS 9 die gesamte finanzielle Verpflichtung im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als Designated Fair Value Through Profit/Loss klassifiziert werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Umgliederungen in Höhe von minus € 447.781 Tausend und Neubewertungen (minus € 69.938 Tausend) von finanziellen Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss in die Bewertungskategorie finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost waren auf Aufhebungen früherer zum Fair Value designierter Einlagen und Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2018 betrug der beizulegende Zeitwert € 434.253 Tausend. Wäre von der Reklassifizierung kein Gebrauch gemacht worden, hätte dies zu einem Bewertungsergebnis in Höhe von minus € 11.272 Tausend geführt. Für finanzielle Verbindlichkeiten, die von der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss in die Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost umgegliedert wurden, betrug der zum Zeitpunkt der Reklassifizierung bestimmte gewichtete Effektivzinssatz 5,00 Prozent. Die erfassten Zinsaufwendungen betragen € 26.436 Tausend.

in € Tausend	IAS 39 Buchwert 31.12.2017	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9 Buchwert 1.1.2018	Gewinn- rücklagen 1.1.2018	Kumuliertes sonstiges Ergebnis 1.1.2018
Einlagen	616.867	-70.800	-15.271	530.796	12.445	2.826
Gewählte Abgänge zu finanziellen Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-	-70.800	-15.271	-	12.445	2.826
Schuldverschreibungen	1.891.754	-376.981	-54.667	1.460.107	-2.194	56.860
Zugänge von finanziellen Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-	10.891	104	-	-104	0
Gewählte Abgänge zu finanziellen Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-	-387.872	-54.771	-	-2.089	56.860
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	0	0	-	0	0
Gesamt	2.508.622	-447.781	-69.938	1.990.903	10.252	59.686

Überleitung Wertminderungen

Neubewertungen aufgrund des Wechsels von einem vergangenheitsorientierten Modell zur Bemessung der Kreditrisiken gemäß IAS 39 (eingetretene Verluste) hin zu einem zukunftsorientierten Modell gemäß IFRS 9 (erwartete Verluste) ergeben sich für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie für Wertminderungen auf außerbilanzielle Kreditzusagen sowie Finanzgarantien.

Die Spalte Umgliederungen bezieht sich auf Änderungen in den Wertminderungen aufgrund von Unterschieden im Anwendungsbereich der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 im Vergleich zu jenen des IAS 39. Der Rückgang der Wertminderungen aufgrund von Umgliederungen in Höhe von minus € 20.168 Tausend ist einerseits auf Auflösungen von Wertminderungen bei Krediten und Forderungen zurückzuführen (€ 23.353 Tausend), die unter IFRS 9 zum Fair Value zu bilanzieren sind, und andererseits auf die Umgliederung ehemaliger Available-for-Sale-Fremdkapitalinstrumente, die unter IFRS 9 erfolgsneutral zum Fair Value bewertet werden.

Die Spalte Neubewertungen bezieht sich auf Änderungen in den Wertminderungen, die sich aufgrund der geänderten Methoden zur Bestimmung der Höhe der Wertminderungen für finanzielle Vermögenswerte ergaben, die bereits unter IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte und unter IAS 37 für außerbilanzielle Kreditrisiken in den Anwendungsbereich der Wertminderungsvorschriften gefallen waren.

Weiters umfasst die Erhöhung der Wertminderungen der Spalte Neubewertungen eigenkapitalneutrale Effekte, die sich durch die Erstanwendung von IFRS 9 ergaben. Hierbei handelt es sich einerseits um eine Verringerung von Wertminderungen für Kredite, die beim Übergang zu IFRS 9 rückwirkend als finanzielle Vermögenswerte mit bereits bei Ausreichung beeinträchtigter Bonität identifiziert wurden (POCI), und andererseits um eine Erhöhung von Wertminderungen für bereits ausgefallene Forderungen, die sich auf Zinsforderungen beziehen, die bis zum 31. Dezember 2017 außerbilanziell abgegrenzt wurden und ab dem 1. Jänner 2018 als Teil des Bruttobuchwerts berücksichtigt werden.

in € Tausend	IAS 39	Um- gliederungen	Neu- bewertungen	IFRS 9
	Buchwert 31.12.2017			Buchwert 1.1.2018
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.102.456	-23.205	237.955	3.317.206
davon Fremdkapitalinstrumente	310	148	2.152	2.610
davon Kredite und Forderungen	3.102.146	-23.353	235.803	3.314.596
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-	3.037	672	3.710
davon Fremdkapitalinstrumente	-	3.037	672	3.710
davon Kredite und Forderungen	-	0	0	0
Außerbilanzielle Posten	118.615	-	30.070	148.685
davon gegebene Kreditzusagen	26.621	-	27.129	53.750
davon gegebene Finanzgarantien	84.210	-	-331	83.879
davon sonstige erteilte Zusagen	7.784	-	3.271	11.055
Gesamt	3.221.071	-20.168	268.697	3.469.600

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wurde in Euro, der funktionalen Währung der RBI AG, aufgestellt. Die funktionale Währung ist die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist. Jedes Unternehmen innerhalb des Konzerns legt unter Berücksichtigung aller in IAS 21 angeführten Faktoren seine eigene funktionale Währung fest.

Die in einer anderen funktionalen Währung als dem Euro aufgestellten Abschlüsse der Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises wurden nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 in die Berichtswährung Euro umgerechnet. Dabei wurde das Eigenkapital mit seinem historischen Kurs, alle anderen Aktiva und Passiva sowie Anhangangaben wurden mit dem Stichtagskurs angesetzt. Aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile (historische Kurse) resultierende Differenzen werden mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Die Posten der Erfolgsrechnung wurden mit dem Durchschnittskurs des Jahres auf Basis der Monatsulimokurse berechnet. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Erfolgsrechnung wurden mit dem Eigenkapital (Gewinnrücklagen) verrechnet. Gemäß IAS 21 wird bei stark schwankenden Wechselkursen anstelle des Durchschnittskurses der Transaktionskurs verwendet.

Bei Abgang eines ausländischen Geschäftsbetriebs, der zum Verlust der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder des maßgeblichen Einflusses führt, wurde der entsprechende, bis zu diesem Zeitpunkt kumuliert in der Währungsumrechnungsrücklage erfasste Betrag als Teil des Ergebnisses aus Endkonsolidierungen in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Bei einem Tochterunternehmen mit Sitz außerhalb des Euroraums stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der US-Dollar die funktionale Währung dar, weil sowohl die Transaktionen als auch die Refinanzierung in US-Dollar abgewickelt wurden. Bei zwei Tochterunternehmen mit Sitz im Euroraum stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der russische Rubel die funktionale Währung dar.

Folgende Kurse wurden für die Währungsumrechnung herangezogen:

Kurse in Währung pro €	2018		2017	
	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.
Albanischer Lek (ALL)	123.410	127.667	132.980	134.172
Belarus Rubel (BYN)	2.478	2.400	2.364	2.184
Bosnische Marka (BAM)	1.956	1.956	1.956	1.956
Bulgarische Lewa (BGN)	1.956	1.956	1.956	1.956
Kroatische Kuna (HRK)	7.413	7.420	7.440	7.465
Polnischer Zloty (PLN)	4.301	4.261	4.177	4.256
Rumänischer Lei (RON)	4.664	4.656	4.659	4.571
Russischer Rubel (RUB)	79.715	73.804	69.392	66.035
Serbischer Dinar (RSD)	118.320	118.227	118.440	121.240
Tschechische Krone (CZK)	25.724	25.667	25.535	26.345
Ukrainische Hryvna (UAH)	31.713	32.226	33.727	30.215
Ungarischer Forint (HUF)	320.980	319.231	310.330	309.350
US-Dollar (USD)	1.145	1.181	1.199	1.131

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Tausend	2018	2017
Zinserträge	4.788.520	4.673.539
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	408.644	366.378
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	23.312	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	73.645	129.768
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	118.318	58.903
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.965.052	3.817.622
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	126.054	182.971
Sonstige Aktiva	23.719	81.560
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	49.777	36.337
Zinsaufwendungen	-1.426.774	-1.448.702
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-380.028	-285.671
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-64.294	-90.605
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-888.925	-977.875
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-20.829	-15.880
Sonstige Passiva	-14.827	-22.945
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-57.871	-55.726
Gesamt	3.361.746	3.224.837

Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinserträge belaufen sich auf € 4.083.370 Tausend (2017: € 3.876.525 Tausend). Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 623.918 Tausend (2017: € 555.049 Tausend) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 444.322 Tausend (2017: € 376.276 Tausend) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

in € Tausend	2018	2017
Zinsüberschuss	3.361.746	3.224.837
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	134.206.426	130.142.271
Nettozinsspanne in Prozent	2,50%	2,48%

Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 136.910 Tausend ist im Wesentlichen volumengetrieben, der Anstieg der durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns lag bei 3 Prozent. Die positive Entwicklung des Zinsüberschusses resultierte vorwiegend aus einem Anstieg in Rumänien (Anstieg um € 73.174 Tausend aufgrund höherer Zinssätze und Volumina), Tschechien (Anstieg um € 57.773 Tausend insbesondere aufgrund höherer Marktzinssätze und höherer Kreditvolumina bei Kunden) und der Ukraine (Anstieg um € 31.864 Tausend aufgrund höherer Zinssätze und Volumina bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen). Der positiven Entwicklung des Zinsüberschusses in Russland stand die Währungsabwertung des russischen Rubels gegenüber. In Polen kam es zu einem Rückgang um € 54.330 Tausend, der vorwiegend auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts zurückzuführen war.

Der Anstieg der Nettozinsspanne ist neben der erfreulichen Margenentwicklung in Rumänien und Tschechien vor allem auf die Ukraine zurückzuführen, hervorgerufen durch eine positive Entwicklung bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen.

(2) Dividendenerträge

in € Tausend	2018	2017
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	747	10
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	954	198
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	14.398	18.575
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	35.190	16.326
Gesamt	51.289	35.109

Die Position Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen enthält Dividendenerträge aus nicht vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nicht at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen. Der hier verzeichnete Anstieg stammt überwiegend aus Dividendenerträgen nicht vollkonsolidierter Tochterunternehmen (primär Immobiliengesellschaften sowie Versicherungsagenturen).

(3) Provisionsüberschuss

in € Tausend	2018	2017
Zahlungsverkehr	707.203	681.622
Kredit- und Garantiegeschäft	213.192	152.544
Wertpapiere	68.329	85.055
Vermögensverwaltung	217.887	232.554
Depot- und Treuhandgeschäft	58.375	69.623
Vermittlungsprovisionen	53.796	60.060
Wechselkursumrechnung	392.769	381.343
Sonstige	79.739	56.070
Gesamt	1.791.290	1.718.872
Provisionserträge	2.545.199	2.446.295
Provisionsaufwendungen	-753.909	-727.423

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich trotz signifikanter Abwertungen osteuropäischer Währungen im Jahresvergleich um € 72.419 Tausend auf € 1.791.290 Tausend. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr stieg um € 25.581 Tausend, am stärksten in der Konzernzentrale aufgrund höherer Erträge aus dem Kreditkartengeschäft. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft legte um € 60.649 Tausend zu, vor allem in der Konzernzentrale und in Tschechien. Dies resultierte zum Teil aus einer geänderten Allokation von Provisionen im Rahmen der IFRS-9-Einführung, die zuvor als zinsähnliche Erträge ausgewiesen worden waren. Zum anderen verzeichneten Russland und Rumänien volumenbedingte Zuwächse. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um € 16.726 Tausend wegen geringerer Umsätze aus dem Emissionsgeschäft sowie aufgrund höherer Gebühren. Der sonstige Provisionsüberschuss erhöhte sich um € 23.669 Tausend, primär in der Raiffeisen Bausparkasse aufgrund eines geänderten Ausweises im Zusammenhang mit Aufwendungen für die Geschäftsvermittlungen.

(4) Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen

in € Tausend	2018	2017
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	-247.758	189.208
Derivate	-199.038	181.425
Eigenkapitalinstrumente	-5.164	-11.974
Schuldverschreibungen	-5.643	11.963
Kredite und Forderungen	7.440	7.252
Short-Positionen	3.233	-1.722
Einlagen	-53.215	-128
Verbriefte Verbindlichkeiten	-797	682
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	5.427	1.710
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-16.925	-
Eigenkapitalinstrumente	-474	-
Schuldverschreibungen	-8.981	-
Kredite und Forderungen	-7.470	-
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	15.879	-12.649
Schuldverschreibungen	-11.505	-74.182
Kredite und Forderungen	234	20
Einlagen	11.002	12.426
Verbriefte Verbindlichkeiten	16.148	48.974
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	112
Währungsumrechnung (netto)	265.694	-141.085
Gesamt	16.890	35.473

Das Handelsergebnis verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um € 18.583 Tausend. Während im Vorjahr ein Gewinn aus Derivaten in Höhe von € 181.425 Tausend erzielt werden konnte, wurde im Berichtsjahr ein Verlust von € 199.038 Tausend verbucht. Dies resultierte größtenteils aus Bewertungsveränderungen von Währungsderivaten in der Konzernzentrale, in Russland und Polen. Im Berichtsjahr wurden Verluste von € 131.797 Tausend aus Derivaten im Zusammenhang mit ökonomischen Absicherungsgeschäften verzeichnet (2017: Gewinne in Höhe von € 291.687 Tausend). Zusätzlich zu diesen Beträgen enthält die Position auch die Ergebnisse aus in Handelsabsicht gehaltenen Derivaten.

Der Gewinn aus der Währungsumrechnung (netto) von € 265.694 Tausend (2017: Verlust von € 141.085 Tausend) war im Wesentlichen auf die Wechselkursentwicklungen in Russland sowie von US-Dollar- und Schweizer Franken-Positionen in der Konzernzentrale zurückzuführen. Diesen Ergebnissen stehen gegenläufige Bewertungen der zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Währungsderivate in der Position Derivate gegenüber.

Das Ergebnis aus in Handelsabsicht gehaltenen Schuldverschreibungen verringerte sich um € 17.606 Tausend auf minus € 5.643 Tausend. Dies ergab sich überwiegend aus Bewertungsverlusten in der Konzernzentrale, die zum Teil durch Bewertungsgewinne in Russland ausgeglichen wurden. Die in Handelsabsicht gehaltenen Einlagen waren im Wesentlichen durch Verluste aus Kassageschäften in Russland geprägt. Diese Verluste entstanden in Verbindung mit der Absicherung von Fremdwährungsgeschäften mit Kunden, entsprechende Provisionserträge sind im Provisionsüberschuss dargestellt. Gegenläufige Bewertungen oder realisierte Ergebnisse der in diesem Zusammenhang verwendeten, zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Währungsderivate sind in der Position Derivate dargestellt.

Die Veränderungen bei den Schuldverschreibungen – Designated Fair Value Through Profit/Loss von € 62.677 Tausend sowie den verbrieften Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss von minus € 32.826 Tausend ergaben sich vor allem aus Bewertungsveränderungen in der Konzernzentrale. Diesen Veränderungen stehen gegenläufige Bewertungen der zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Derivate in der Position Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten – Held for Trading gegenüber.

(5) Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Tausend	2018	2017
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	-9.249	-90.218
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	11.478	74.634
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	-13.411	54
Gesamt	-11.182	-15.530

Das Ergebnis aus Hedge Accounting veränderte sich im Jahresvergleich von minus € 15.530 Tausend auf minus € 11.182 Tausend, im Wesentlichen getrieben durch die Ergebnisse in Polen, in der Konzernzentrale und in Russland.

Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts führte im zweiten Quartal 2018 zur Beendigung der bestehenden Portfolio-Cash-Flow-Hedges. Diese sicherten die Cash-Flow-Schwankungen aus Fremdwährungskrediten und Einlagen in lokaler Währung durch Fremdwährungs-Zinsswaps ab. Die Beendigung bewirkte die erfolgswirksame, aber kapitalneutrale Umgliederung der in Vorperioden im sonstigen Ergebnis gebildeten Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von minus € 13.417 Tausend.

Auch im Geschäftsjahr 2017 war das Ergebnis aus Hedge Accounting durch die Beendigung einer Hedge-Beziehung beeinflusst gewesen, da in der Position Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten ein Einmaleffekt in Höhe von minus € 20.109 Tausend beinhaltet war. Dieser war im Zusammenhang mit der Beendigung eines Portfolio-Fair-Value-Hedge in Russland gestanden.

(6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Tausend	2018	2017
Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - Not Measured At Fair Value Through Profit/Loss	25.544	42.047
Schuldverschreibungen	4.480	19.441
Kredite und Forderungen	22.046	26.733
Einlagen	0	-2.233
Verbriefte Verbindlichkeiten	-983	-407
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	-1.487
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	42	-4.607
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	339	3.350
Immaterielle Vermögenswerte	-400	-6.184
Sonstige Aktiva	103	-1.773
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	40.272	34.639
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	119.669	114.546
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-79.396	-79.907
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	3.621	4.220
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	26.521	25.487
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-22.900	-21.267
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	-2.706	-3.892
Erträge aus Versicherungsverträgen	27.740	21.185
Aufwendungen aus Versicherungsverträgen	-30.446	-25.077
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	57.092	78.716
Ergebnis aus Investment Property	16.390	19.210
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	28.206	28.020
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-3.930	-3.759
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	23.700	47.363
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-7.273	-12.117
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	17.784	-27.373
Sonstige Steuern	-61.998	-66.439
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	7.872	42.203
Gesamt	87.523	99.514

Das sonstige betriebliche Ergebnis sank im Jahresvergleich auf € 87.523 Tausend. In der Position Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - Not Measured At Fair Value Through Profit/Loss sind Gewinne aus Ausbuchungen von finanziellen Vermögenswerten die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert wurden in Höhe von € 24.577 Tausend enthalten. Dabei ergab sich beim Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen eine Nettoauflösung von € 17.784 Tausend, überwiegend im Zusammenhang mit Rechtsfällen in der Konzernzentrale. Darunter fällt ein Ertrag in der Konzernzentrale von € 25.518 Tausend aus der Auflösung einer Rückstellung im Zusammenhang mit der Beendigung eines langjährigen Rechtsstreits mit einer isländischen Bank, dem jedoch geringfügige Dotierungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit anderen Rechtsfällen gegenüberstanden. Das Ergebnis aus Investment Property inklusive Operating Leasing sank um € 21.624 Tausend auf € 57.092 Tausend. Davon entfielen auf Ungarn € 9.875 Tausend aufgrund des Wegfalls von Umsatzerlösen eines im Vorjahr endkonsolidierten Immobilienfonds und auf Kroatien € 11.103 Tausend aufgrund geringerer Erlöse aus Operating Leasing. Das Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, im Wesentlichen bedingt durch Verkäufe von Vermögenswerten, verringerte sich um € 16.504 Tausend aufgrund höherer Erträge im Vorjahr in Polen und Tschechien. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge betraf vor allem die Konzernzentrale, Polen, Albanien und die Ukraine.

(7) Verwaltungsaufwendungen

in € Tausend	2018	2017
Personalaufwand	-1.579.673	-1.553.800
Sachaufwand	-1.178.070	-1.157.387
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-290.019	-299.712
Gesamt	-3.047.762	-3.010.898

Im Berichtszeitraum kam es bei den Durchschnittskursen gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zur Abwertung des russischen Rubels (11 Prozent), des belarussischen Rubels (9 Prozent) und der ukrainischen Hryvna (6 Prozent). Eine Währungsaufwertung gab es hingegen bei der tschechischen Krone (3 Prozent). Aus der Währungsentwicklung resultierte eine Reduktion der Verwaltungsaufwendungen um € 64.902 Tausend.

Personalaufwand

in € Tausend	2018	2017
Löhne und Gehälter	-1.218.043	-1.178.402
Soziale Abgaben	-264.053	-276.978
Freiwilliger Sozialaufwand	-43.477	-41.948
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-16.408	-15.089
Vorauszahlungen für Mitarbeiterleistungen - IFRS 2	0	-695
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	-1.191	-1.255
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-6.587	-11.901
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer exkl. zukünftiger Bonusprogramme	-6.367	-1.878
Personalaufwand unter Berücksichtigung zukünftiger Bonusprogramme	-17.583	-22.479
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-5.964	-3.174
Gesamt	-1.579.673	-1.553.800

Der Personalaufwand erhöhte sich um 2 Prozent auf € 1.579.673 Tausend. Während die Währungseffekte aufwandsreduzierend wirkten, erhöhten Gehaltsanpassungen und höhere Boni den Personalaufwand überwiegend in Russland, der Ukraine, Rumänien und der Slowakei. Weiters kam es aufgrund einer Änderung in der Gesetzeslage in Rumänien zu einer neutralen Verschiebung zwischen den Positionen Löhne und Gehälter und soziale Abgaben. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts im Jahresabstand um 394 Vollzeitäquivalente auf 49.745 Mitarbeiter. Bereinigt ergab sich eine Erhöhung um 759 Vollzeitäquivalente oder 2 Prozent.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

in € Tausend	2018	2017
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	-6.740	-2.690
Andere Arbeitnehmer	-49.784	-20.499
Gesamt	-56.524	-23.189

Der Anstieg um € 33.335 Tausend auf € 56.524 Tausend resultierte überwiegend aus der in der Konzernzentrale vorgenommenen Anpassung der Sterbetafeln und der Gehaltsbasis. Die Auswirkung der Anpassung der Sterbetafeln in Höhe von minus € 27.047 Tausend (2017: € 6.252 Tausend) ist im sonstigen Ergebnis unter Neubewertung von leistungsorientierten Vorsorgeplänen enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter, die einen Grundbeitrag seitens des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vorsehen, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses und des Ausscheidens aus dem Unternehmen hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung, für sechs Mitglieder richten sich die Ansprüche nach dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch den Dienstnehmer.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegenüber dem Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der Funktionsperioden bzw. befristet auf maximal fünf Jahre abgeschlossen. Die Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund betragen maximal zwei Jahresgesamtvergütungen (ausgenommen bei einem Vorstandsmitglied aufgrund früherer vertraglicher Vereinbarungen).

Sachaufwand

in € Tausend	2018	2017
Raumaufwand	-213.730	-236.135
IT-Aufwand	-311.050	-293.217
Rechts- und Beratungsaufwand	-123.562	-123.794
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-138.858	-132.902
Kommunikationsaufwand	-59.762	-63.156
Büroaufwand	-25.490	-26.164
Kfz-Aufwand	-14.692	-15.485
Beiträge zur Einlagensicherung	-94.291	-83.085
Sicherheitsaufwand	-52.260	-46.908
Reiseaufwand	-19.010	-19.483
Ausbildungsaufwand	-22.255	-18.128
Sonstiger Sachaufwand	-103.111	-98.932
Gesamt	-1.178.070	-1.157.387

Der Sachaufwand erhöhte sich um 2 Prozent auf € 1.178.070 Tausend. Innerhalb des Sachaufwands ergaben sich Anstiege aus höheren Beiträgen zur Einlagensicherung um € 11.206 Tausend in Russland, Rumänien und Polen und aus einem höheren IT-Aufwand (Anstieg um € 17.833 Tausend) vorwiegend für zugekaufte IT-Dienstleistungen in der Konzernzentrale. Der Raumaufwand sank hingegen um € 22.405 Tausend, hervorgerufen durch eine Mietabschlagszahlung in Ungarn 2017 sowie den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts im Oktober 2018.

Die im Rechts- und Beratungsaufwand enthaltenen Honorare für die Wirtschaftsprüfer der RBI AG und der Tochterunternehmen gliedern sich in Aufwendungen für die Abschlussprüfung in Höhe von € 5.928 Tausend (2017: € 5.986 Tausend) sowie Aufwendungen für die Steuerberatung und zusätzliche Beratungsleistungen in Höhe von € 2.095 Tausend (2017: € 2.464 Tausend). Davon entfielen auf den Konzernabschlussprüfer für Abschlussprüfungen € 2.392 Tausend (2017: € 2.820 Tausend) und für andere Beratungsleistungen € 921 Tausend (2017: € 1.085 Tausend).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2018	2017
Sachanlagen	-137.472	-152.827
Immaterielle Vermögenswerte	-152.546	-146.884
Gesamt	-290.019	-299.712

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte gingen um 3 Prozent oder € 9.693 Tausend zurück. Die größten Rückgänge verzeichneten dabei Russland aufgrund einer Anpassung der Nutzungsdauer von Software, Kroatien aufgrund der Reduktion des Operating-Lease-Portfolios sowie die Slowakei und Ungarn aufgrund höherer Abschreibungen auf IT in der Vorjahresperiode. Dem standen leichte Anstiege aufgrund von Softwareaktivierungen in Tschechien, Rumänien und in der Konzernzentrale gegenüber.

(8) Übriges Ergebnis

in € Tausend	2018	2017
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-4.815	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-4.815	0
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	-33.360	-51.581
Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	-20.797	-28.664
Firmenwerte	-7.943	0
Andere	-12.854	-28.664
Laufendes Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	79.767	76.838
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Endkonsolidierungen	-181.662	3.575
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Verkaufgruppen	1.819	5.215
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	-183.481	-1.640
Gesamt	-160.867	168

Die Wertminderungen auf Anteile an Tochterunternehmen und at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 33.360 Tausend und waren somit um € 18.220 Tausend geringer als im Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen auf geringere Wertminderungen auf Anteile an at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen zurückzuführen und betrifft vor allem die UNIQA Insurance Group AG und die slowakische Bausparkasse.

Im Zuge der Erstkonsolidierung einer ungarischen Immobiliengesellschaft wurde der daraus resultierende Firmenwert in Höhe von € 7.943 Tausend zur Gänze wertgemindert. Die Wertminderungen auf andere nichtfinanzielle Vermögenswerte fielen mit € 12.854 Tausend in der Berichtsperiode deutlich geringer aus und betrafen vor allem Wertminderungen auf Immobilien in der Ukraine und Russland. In der Vergleichsperiode des Vorjahres hatten die Wertminderungen € 28.664 Tausend betragen, davon waren Wertminderungen in Höhe von € 24.906 Tausend auf Gebäude im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds (2018: € 2.929 Tausend) gebucht worden.

Das laufende Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen stammte vor allem aus den at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Raiffeisen Informatik GmbH und card complete Service Bank AG.

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	RBPL	SAMPRO	Sonstige	Gesamt
Aktiva	9.506.142	8.071	57.494	9.571.707
Verbindlichkeiten	8.637.308	7.680	44.614	8.689.603
Summe identifizierbares Nettovermögen	868.834	391	12.880	882.104
Kapital nicht beherrschender Anteile	0	0	291	291
Nettovermögen nach Abzug nicht beherrschender Anteile	868.834	391	12.588	881.813
Verkaufspreis/Buchwert	748.986	2.510	10.332	761.828
Effekt aus Endkonsolidierungen	-119.848	2.119	-2.257	-119.985
In die Erfolgsrechnung umgegliederte FX-Rücklagen	-63.650	1	154	-63.495
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	-183.498	2.121	-2.103	-183.481

RBPL: Kernbankgeschäft der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)
SAMPRO: DAV-PROPERTY Kft., Budapest (HU)

In der Berichtsperiode schieden 14 vorwiegend im Leasingbereich tätige Tochterunternehmen aufgrund untergeordneter Bedeutung aus dem Konsolidierungskreis aus, drei Tochterunternehmen wurden veräußert.

Der wesentliche Effekt im Ergebnis aus Endkonsolidierungen war der Verlust aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts Ende Oktober 2018 in Höhe von € 119.848 Tausend. Darüber hinaus ergab sich ein Effekt von minus € 63.650 Tausend aus dem Recycling der bisher im sonstigen Ergebnis gebuchten kumulierten Fremdwährungsdifferenzen.

Die Position sonstige beinhaltet im Wesentlichen diverse Spezialgesellschaften der Raiffeisen Leasing-Gruppe.

Details finden sich unter Punkt (68) Zusammensetzung des Konzerns.

(9) Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

in € Tausend	2018	2017
Bankenabgabe	-115.519	-120.649
Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	-280	21.949
Bankenabwicklungsfonds	-54.123	-64.650
Gesamt	-169.921	-163.350

Von der Bankenabgabe sind Österreich mit einer Einmalzahlung in Höhe von € 40.750 Tausend sowie laufenden Zahlungen von € 56.561 Tausend (2017: € 56.601 Tausend), Ungarn mit € 12.551 Tausend (2017: € 12.626 Tausend), die Slowakei mit € 22.268 Tausend (2017: € 20.286 Tausend) und Polen mit € 24.139 Tausend (2017: € 31.137 Tausend) betroffen.

2018 fielen keine bankgeschäftlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen an. Im Vorjahr war es zu einer Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Walkaway Law in Rumänien in Höhe von € 21.356 Tausend gekommen.

Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die in voller Höhe zu Jahresbeginn zu erfassen waren, sanken um € 10.527 Tausend auf € 54.123 Tausend, hervorgerufen durch geringere Beiträge in Rumänien, in der RBI AG, in Polen sowie in der Slowakei, während Tschechien hier einen Zuwachs verzeichnete.

(10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Tausend	2018	2017
Forderungen	-164.897	-308.535
Schuldverschreibungen	-4.351	87
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	3.571	-3.682
Gesamt	-165.677	-312.131
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-1.727	3.870
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-167.522	-312.319

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gingen im Jahresvergleich um insgesamt 47 Prozent oder € 146.454 Tausend auf € 165.677 Tausend zurück. Die größten Verbesserungen ergaben sich dabei in der Konzernzentrale (Reduktion um € 190.332 Tausend), in Rumänien (Reduktion um € 34.741 Tausend) und Kroatien (Reduktion um € 28.905 Tausend). In der Ukraine ergaben sich um € 35.095 Tausend niedrigere Nettoauflösungen als im Vorjahr, in Ungarn gingen sie um € 28.161 Tausend zurück. Dies lag vorwiegend an höheren Verkäufen notleidender Kredite im Vorjahr. Weiters wurden im Bereich der außerbilanziellen Verpflichtungen aufgrund eines positiven Gerichtsentscheids im Zusammenhang mit dem Insolvenzfall einer isländischen Bank € 25.000 Tausend aufgelöst.

Im vierten Quartal erhöhten sich die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte aufgrund von Verfeinerungen der IFRS-9-Modelle um € 105.413 Tausend. Darüber hinaus führte die Berücksichtigung von Vorsorgen für im Modell nicht abbildbare erwartete Kreditrisiken aufgrund außerordentlicher Ereignisse (vor allem künftige Russland-Sanktionen) zu einer weiteren Wertminderung von € 53.853 Tausend.

(11) Steuern vom Einkommen und Ertrag

in € Tausend	2018	2017
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-373.260	-322.154
Inland	-8.682	-18.926
Ausland	-364.578	-303.228
Latente Steuern	17.883	-43.901
Gesamt	-355.377	-366.054

Der Steueraufwand verringerte sich hauptsächlich aufgrund der Erhöhung der RBI-Gruppensteuerumlage gegenüber nicht konsolidierten Gruppenmitgliedern (Anstieg um € 6.548 Tausend) und der Reduktion von Quellensteuern in der Konzernzentrale um € 11.875 Tausend wegen geringerer Dividendenerträge. Darüber hinaus hatte sich in der Vorjahresperiode ein Einmaleffekt in Höhe von € 16.831 Tausend aus der Zahlung von Steuern aus Vorperioden in Tschechien ergeben. Gegenläufig führte die Ergebnisverbesserung in Rumänien zu einer Erhöhung des Steueraufwands um € 16.434 Tausend.

Die effektive Steuerquote verringerte sich um 2,4 Prozentpunkte auf 20,3 Prozent. Dies lag im Wesentlichen am verbesserten Ergebnisbeitrag der RBI AG.

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen Ergebnis vor Steuern und effektiver Steuerbelastung:

in € Tausend	2018	2017
Ergebnis vor Steuern	1.753.331	1.612.063
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr zum inländischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent	-438.333	-403.016
Auswirkungen abweichender ausländischer Steuersätze	136.705	133.149
Steuerminderung aufgrund von steuerbefreiten Beteiligungs- und steuerbefreiten sonstigen Erträgen	94.406	191.996
Steuermehrungen aufgrund von nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-102.205	-221.460
Wertminderungen auf Verlustvorträge	4.733	1.562
Sonstige Veränderungen	-50.684	-68.285
Effektive Steuerbelastung	-355.377	-366.054
Steuerquote in Prozent	20,3%	22,7%

Die sonstigen Änderungen beinhalten nicht angesetzte latente Steuern aus dem Endkonsolidierungseffekt im Zusammenhang mit dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts in Höhe von minus € 45.875 Tausend und aus der Absicherung der Nettoinvestitionen in Höhe von minus € 14.859 Tausend. Diese wurden nicht aktiviert, da aus den aktualisierten mittelfristigen Steuerplanungen keine Verwertbarkeit gegeben war.

Erläuterungen zur Bilanz

(12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Tausend	2018	2017
Kassenbestand	4.131.901	3.600.423
Guthaben bei Zentralbanken	14.598.806	9.729.359
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	3.826.777	3.575.674
Gesamt	22.557.484	16.905.455

Der Anstieg der Position Guthaben bei Zentralbanken resultierte im Wesentlichen aus der Erhöhung der Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank in der Konzernzentrale. In der Position Guthaben bei Zentralbanken sind nicht frei verfügbare Mindestreserven bei Zentralbanken in Höhe von € 277.853 Tausend ausgewiesen. Die Position sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten beinhaltet Barsicherheiten, im Wesentlichen für entlehnte Wertpapiere, in Höhe von € 1.309.182 Tausend.

(13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Tausend	2018			2017
	Bruttobuchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Buchwert
Schuldverschreibungen	8.168.443	-6.169	8.162.273	7.834.784
Zentralbanken	87.713	-947	86.767	80.520
Regierungen	5.998.125	-949	5.997.176	5.659.867
Kreditinstitute	1.240.977	-131	1.240.846	1.257.516
Sonstige Finanzunternehmen	465.847	-1.671	464.176	500.782
Nicht-Finanzunternehmen	375.780	-2.471	373.309	336.099
Kredite und Forderungen	93.073.000	-2.479.500	90.593.501	88.472.603
Zentralbanken	4.862.759	-4	4.862.756	5.344.751
Regierungen	916.932	-3.867	913.065	862.798
Kreditinstitute	5.142.255	-8.449	5.133.806	5.396.471
Sonstige Finanzunternehmen	6.709.393	-74.176	6.635.217	4.378.761
Nicht-Finanzunternehmen	43.321.931	-1.326.544	41.995.388	42.274.727
Haushalte	32.119.729	-1.066.460	31.053.269	30.215.096
Gesamt	101.241.442	-2.485.669	98.755.774	96.307.387

Der Buchwert der Position finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2017 um € 2.448.387 Tausend. Im Berichtsjahr wurde das polnische Kernbankgeschäft verkauft, das zum Zeitpunkt der Endkonsolidierung finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 4.298.004 Tausend beinhaltete.

Bei der Position Haushalte wurde der negative Effekt aus dem Verkauf des Kernbankgeschäfts in Polen durch Wachstum vorwiegend in der Slowakei und in Tschechien überkompensiert. Bei den Nicht-Finanzunternehmen wiederum wurde der Rückgang aus der Veräußerung durch Anstiege hauptsächlich in der Konzernzentrale und in Rumänien großteils ausgeglichen. Die Forderungen gegenüber sonstigen Finanzunternehmen stiegen im Wesentlichen aufgrund einer Erhöhung kurzfristiger Forderungen in der Konzernzentrale.

(14) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

in € Tausend	2018			2017
	Bruttobuchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	276.082	-	276.082	297.685
Kreditinstitute	25.570	-	25.570	22.368
Sonstige Finanzunternehmen	154.701	-	154.701	190.793
Nicht-Finanzunternehmen	95.811	-	95.811	84.524
Schuldverschreibungen	6.216.922	-3.987	6.212.934	6.291.761
Zentralbanken	1.323.227	-48	1.323.179	0
Regierungen	3.453.521	-3.639	3.449.882	3.914.384
Kreditinstitute	1.173.679	-158	1.173.520	1.898.420
Sonstige Finanzunternehmen	154.711	-122	154.589	358.761
Nicht-Finanzunternehmen	111.784	-19	111.764	120.196
Gesamt	6.493.004	-3.987	6.489.016	6.589.446

Der Buchwert der Position finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2017 um € 100.430 Tausend. Im Berichtsjahr wurde das polnische Kernbankgeschäft verkauft, das zum Zeitpunkt der Endkonsolidierung finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income in Höhe von € 3.933.348 Tausend beinhaltete. Dieser Rückgang wurde zum Teil durch den Kauf von Schuldverschreibungen der russischen Zentralbank durch die AO Raiffeisenbank, Moskau, ausgeglichen.

Die Position Eigenkapitalinstrumente in den finanziellen Vermögenswerten – Fair Value Through Other Comprehensive Income setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2018	2017
Visa Inc., San Francisco (US), Series C-Shares	36.797	36.579
Valida Pension AG, Wien (AT), Investmentfonds - Valida Nostro 100 (AT0000A1H088)	34.217	48.124
CEESEG Aktiengesellschaft, Wien (AT), Stammaktien	23.116	20.297
Medicur - Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT), Gesellschaftsanteile	19.977	19.575
Valida Pension AG, Wien (AT), Investmentfonds - PID2 (AT0000767622)	19.940	19.976
Valida Pension AG, Wien (AT), Investmentfonds - VANL7 (AT0000A1G41G)	19.777	19.985
DZ BANK AG, Frankfurt am Main (DE), Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Stammaktien	12.953	13.060
PSA Payment Services Austria GmbH, Wien (AT), Gesellschaftsanteile	10.933	14.228
Sonstige	98.373	105.861
Gesamt	276.082	297.685

Die ausgeschütteten Dividenden auf Eigenkapitalinstrumente – Fair Value Through Other Comprehensive Income beliefen sich auf € 14.398 Tausend (2017: € 18.575 Tausend).

(15) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht – Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Tausend	2018	2017
Eigenkapitalinstrumente	102.990	-
Kreditinstitute	1.000	-
Sonstige Finanzunternehmen	7	-
Nicht-Finanzunternehmen	101.983	-
Schuldverschreibungen	186.513	-
Regierungen	165.204	-
Kreditinstitute	9.138	-
Sonstige Finanzunternehmen	8.996	-
Nicht-Finanzunternehmen	3.175	-
Kredite und Forderungen	270.279	-
Regierungen	3.673	-
Kreditinstitute	1.646	-
Sonstige Finanzunternehmen	2.469	-
Nicht-Finanzunternehmen	145.096	-
Haushalte	117.395	-
Gesamt	559.782	-

Die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Eigenkapitalinstrumente wurden zum Jahresende 2017 unter der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss ausgewiesen. Seit Jahresanfang 2018 werden diese Eigenkapitalinstrumente in der neuen IFRS-9-Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss ausgewiesen.

(16) Finanzielle Vermögenswerte – Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Tausend	2018	2017
Eigenkapitalinstrumente	0	101.339
Kreditinstitute	0	96
Sonstige Finanzunternehmen	0	101.241
Nicht-Finanzunternehmen	0	2
Schuldverschreibungen	3.192.115	5.255.045
Regierungen	2.788.027	4.351.218
Kreditinstitute	272.054	670.608
Sonstige Finanzunternehmen	10	192.201
Nicht-Finanzunternehmen	132.025	41.017
Kredite und Forderungen	0	13.644
Nicht-Finanzunternehmen	0	13.644
Gesamt	3.192.115	5.370.028

Der starke Rückgang in der Position finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss beruhte auf geänderten Allokationsentscheidungen zum 1. Jänner 2018 in der Konzernzentrale und dem Auslaufen einiger Anleihen in Rumänien und Russland.

(17) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Tausend	2018	2017
Derivate	1.972.469	2.138.375
Zinssatzverträge	1.152.047	1.348.742
Eigenkapitalverträge	120.954	124.220
Wechselkurs- und Goldverträge	694.995	661.480
Kreditverträge	1.518	108
Warendermingeschäfte	2.949	3.084
Andere	5	742
Eigenkapitalinstrumente	226.269	245.507
Kreditinstitute	41.198	46.351
Sonstige Finanzunternehmen	59.274	76.028
Nicht-Finanzunternehmen	125.796	123.129
Schuldverschreibungen	1.694.872	2.238.153
Regierungen	922.618	912.873
Kreditinstitute	454.939	806.319
Sonstige Finanzunternehmen	171.447	267.664
Nicht-Finanzunternehmen	145.867	251.297
Gesamt	3.893.609	4.622.036

Innerhalb der Position finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 309.030 Tausend (2017: € 403.407 Tausend).

Details zur Position Derivate sind unter Punkt (46) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(18) Hedge Accounting

in € Tausend	2018	2017
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	357.837	373.755
Zinssatzverträge	342.810	373.008
Wechselkurs- und Goldverträge	15.027	747
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	2.347	1.264
Zinssatzverträge	2.347	1.264
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	16.616	0
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	123.887	146.940
Cash-Flow Hedge	1.789	24.480
Fair Value Hedge	122.098	122.460
Fair-Value-Änderungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio Fair Value Hedge	-43.485	74.604
Gesamt	457.202	596.563

(19) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Tausend	2018	2017
Anteile an verbundenen Unternehmen	199.212	194.314
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	765.001	728.945
Gesamt	964.213	923.259

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf die Einbeziehung von 312 Tochterunternehmen (2017: 345) verzichtet. Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	Anteil in % 2018	Buchwert 2018	Buchwert 2017
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	25,0%	25.523	19.041
EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	33,6%	6.747	0
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (AT)	33,1%	198.613	204.531
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	26,0%	9.003	7.509
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H., Wien (AT)	31,3%	10.278	9.929
Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (AT)	8,1%	49.604	55.826
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	32,5%	66.069	64.574
Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)	47,6%	48.669	33.869
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	50,0%	13.123	0
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	10,9%	327.047	333.666
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT) ¹	61,5%	10.326	0
Gesamt		765.001	728.945

¹ Der Anteil an den Stimmrechten beträgt 49 Prozent.

Bei der UNIQA Insurance Group AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund eines Syndikatsvertrages mit den anderen Kernaktionären, welcher insbesondere die Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat regelt. Bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund zweier fixer Mandate im Aufsichtsrat.

Die Finanzinformationen zu den assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

2018 in € Tausend	CCSB	EMCOM	LLI ¹	NTB	OEHT	OeKB
Aktiva	688.648	21.674	1.107.511	2.665.562	990.399	28.717.186
Betriebserträge	66.351	0	46.814	14.092	4.179	52.007
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	51.726	0	56.555	5.770	2.433	32.132
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0	0	0
Sonstiges Ergebnis	0	0	-2.438	0	0	-5.204
Gesamtergebnis	51.726	0	54.117	5.770	2.433	26.928
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	0	0	3.322	0	0	0
Den Aktionären des Beteiligungsunternehmens zurechenbar	0	0	50.795	0	0	0
Kurzfristige Vermögenswerte	668.928	21.674	323.481	1.186.919	8.227	8.238.778
Langfristige Vermögenswerte	19.720	0	784.030	1.478.643	977.339	20.478.408
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-565.629	-1.595	-268.866	-2.422.241	-18.277	-9.266.605
Langfristige Verbindlichkeiten	-20.928	0	-371.112	-208.695	-933.681	-18.657.041
Nettvermögen	102.090	20.079	467.534	34.626	33.608	793.540
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	0	0	11.069	0	0	0
Den Aktionären des Beteiligungsunternehmens zurechenbar	0	0	456.465	0	0	793.540
Konzernanteil am Nettvermögen des Beteiligungsunternehmens Stand 1.1.	19.041	0	146.557	7.509	10.154	63.117
Anteilsänderung	0	0	0	0	0	0
Der Gruppe zurechenbares Gesamtergebnis	14.113	7.281	11.468	1.493	818	3.986
Erhaltene Dividenden	-7.631	-534	-7.118	0	-469	-2.668
Anteil an der Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Konzernanteil am Nettvermögen des Beteiligungsunternehmens Stand 31.12.	25.523	6.747	150.907	9.003	10.502	64.435
Firmenwerte	0	0	47.705	0	0	0
Kumulierte Wertminderungen	0	0	0	0	-225	-14.832
Sonstige Anpassungen	0	0	0	0	0	0
Buchwert	25.523	6.747	198.613	9.003	10.278	49.604

¹ Konzernabschluss: Ergebnis und Eigenkapital verstehen sich exkl. nicht beherrschender Anteile.

CCSB: card complete Service Bank AG, Wien (AT)

EMCOM: EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)

LLI: LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (AT)

NTB: NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)

OEHT: Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH, Wien (AT)

OeKB: Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (AT)

2018 in € Tausend	POSO	PSS	R-Leasing	RIZ ¹	UNIQA ^{1,2} 30.9.2018
Aktiva	478.220	3.079.793	46.831	1.326.416	28.560.324
Betriebserrträge	-3.800	119.686	204	19.768	253.586
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	-8.219	15.458	69	10.561	167.879
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	21.475	0
Sonstiges Ergebnis	-2.144	287	0	-510	-205.293
Gesamtergebnis	-10.363	15.745	69	31.526	-37.414
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	0	0	0	-251	-1.057
Den Aktionären des Beteiligungsunternehmens zurechenbar	0	0	0	31.778	-36.357
Kurzfristige Vermögenswerte	181.895	636.416	46.561	1.205.151	1.683.285
Langfristige Vermögenswerte	295.427	2.443.377	270	121.265	26.877.039
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-171.503	-762.291	-20.584	-1.027.569	-1.562.827
Langfristige Verbindlichkeiten	-263.991	-2.074.121	0	-189.946	-23.999.463
Nettovermögen	41.827	243.381	26.246	108.901	2.998.034
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbar	0	0	0	372	11.821
Den Aktionären des Beteiligungsunternehmens zurechenbar	0	0	0	108.529	2.986.213
Konzernanteil am Nettovermögen des Beteiligungsunternehmens Stand 1.1.	14.503	76.494	0	33.869	341.534
Anteilsänderung	607	0	0	0	0
Der Gruppe zurechenbares Gesamtergebnis	-9.683	2.604	14.123	17.740	8.057
Erhaltene Dividenden	0	0	-1.000	0	-17.066
Anteil an der Kapitalerhöhung	20.285	0	0	0	0
Konzernanteil am Nettovermögen des Beteiligungsunternehmens Stand 31.12.	25.712	79.099	13.123	51.609	332.524
Firmenwerte	0	0	0	0	0
Kumulierte Wertminderungen	-15.385	-13.029	0	-2.940	-5.478
Sonstige Anpassungen	0	0	0	0	0
Buchwert	10.327	66.069	13.123	48.669	327.046

1 Konzernabschluss: Ergebnis und Eigenkapital verstehen sich exkl. nicht beherrschender Anteile.

2 Werte per 30. September 2018, da UNIQA als börsennotiertes Unternehmen ihren Konzernabschluss 2018 noch nicht veröffentlicht hat; der Marktwert der gehaltenen Anteile zum Börsenkurs am Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 belief sich auf € 264.065 Tausend (2017: € 296.318 Tausend).

POSO: Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)

PSS: Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)

R-Leasing: Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)

RIZ: Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)

UNIQA: UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)

(20) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2018	2017
Sachanlagen	1.384.277	1.540.194
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	571.227	584.896
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	274.028	372.833
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	275.217	253.740
Vermietete Leasinganlagen	263.805	328.726
Immaterielle Vermögenswerte	692.897	720.935
Software	570.718	594.035
Firmenwerte	95.583	95.877
Marke	8.362	7.862
Kundenbeziehungen	7.596	12.906
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	10.638	10.255
Gesamt	2.077.175	2.261.129

Der Rückgang bei den sonstigen Grundstücken und Gebäuden (Investment Property) war im Wesentlichen auf die Umgliederung der Veräußerungsgruppe des Raiffeisen Immobilienfonds, Wien, gemäß IFRS 5 in Höhe von € 49.848 Tausend zu den sonstigen Aktiva zurückzuführen. Der Marktwert der sonstigen Grundstücke und Gebäude (Investment Property) beträgt € 333.603 Tausend (2017: € 429.646 Tausend).

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Um- buchungen	Stand 31.12.2018
	Stand 1.1.2018	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge		
Sachanlagen	3.000.234	-112.922	-45.046	211.572	-293.478	-6	2.760.353
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	999.906	-29.452	-23.341	38.353	-22.475	42.764	1.005.756
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	497.509	-5.940	-4.035	10.457	-62.875	-57.692	377.424
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	973.008	-58.836	-17.835	119.552	-97.400	668	919.157
Vermietete Leasinganlagen	529.811	-18.694	165	43.209	-110.728	14.254	458.016
Immaterielle Vermögenswerte	2.490.221	-346.480	-21.873	190.489	-17.786	6	2.294.576
Software	1.743.055	-128.294	-13.098	187.538	-17.537	-74	1.771.590
Firmenwerte	639.744	-187.102	-14.046	0	0	0	438.595
Marke	21.841	0	1.388	0	0	0	23.229
Kundenbeziehungen	41.576	-17.248	1.214	0	0	0	25.542
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	44.005	-13.835	2.669	2.950	-250	80	35.620
Gesamt	5.490.455	-459.402	-66.920	402.060	-311.264	0	5.054.929

Die Änderung im Konsolidierungskreis im Geschäftsjahr resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

Einzelinvestitionen, die einen Investitionswert von € 10.000 Tausend überschritten, ergaben sich im Geschäftsjahr im Kosovo (Gebäude der Bankzentrale) sowie im Vorjahr in Bulgarien (Gebäude).

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertminderungen			Buchwert Stand 31.12.2018
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen/ Wertminderungen	
Sachanlagen	-1.376.076	459	-144.594	1.384.277
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	-434.529	449	-34.299	571.227
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	-103.396	2	-13.560	274.028
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	-643.940	0	-72.202	275.217
Vermietete Leasinganlagen	-194.211	8	-24.534	263.805
Immaterielle Vermögenswerte	-1.601.679	0	-160.490	692.897
Software	-1.200.872	0	-147.293	570.718
Firmenwerte	-343.013	0	-7.943	95.583
Marke	-14.867	0	0	8.362
Kundenbeziehungen	-17.946	0	-2.855	7.596
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-24.981	0	-2.399	10.638
Gesamt	-2.977.755	459	-305.085	2.077.175

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Stand 31.12.2017
	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
Sachanlagen	2.595.296	474.777	-38.805	208.347	-246.979	7.598	3.000.234
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	755.076	265.805	-19.608	27.772	-28.979	-160	999.906
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	537.049	14.474	-5.068	19.985	-68.611	-320	497.509
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	970.362	14.817	-17.199	96.137	-98.557	7.448	973.008
Vermietete Leasinganlagen	332.809	179.681	3.069	64.453	-50.832	630	529.811
Immaterielle Vermögenswerte	2.273.704	150.899	-21.814	201.833	-106.803	-7.598	2.490.221
Software	1.576.479	26.564	488	197.301	-50.096	-7.681	1.743.055
Firmenwerte	566.953	103.368	-22.830	0	-7.747	0	639.744
Marke	23.251	0	-1.410	0	0	0	21.841
Kundenbeziehungen	41.697	0	-121	0	0	0	41.576
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	65.324	20.967	2.059	4.532	-48.960	83	44.005
Gesamt	4.869.000	625.676	-60.619	410.180	-353.782	0	5.490.455

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertminderungen			Buchwert Stand 31.12.2017
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen/ Wertminderungen	
Sachanlagen	-1.460.040	12.898	-181.032	1.540.194
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	-415.010	219	-37.176	584.896
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	-124.676	12.314	-36.677	372.833
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	-719.268	112	-75.156	253.740
Vermietete Leasinganlagen	-201.085	253	-32.023	328.726
Immaterielle Vermögenswerte	-1.769.286	0	-147.344	720.935
Software	-1.149.020	0	-140.829	594.035
Firmenwerte	-543.867	0	0	95.877
Marke	-13.978	0	0	7.862
Kundenbeziehungen	-28.670	0	-4.171	12.906
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-33.750	0	-2.344	10.255
Gesamt	-3.229.326	12.898	-328.376	2.261.129

Software

Die Position Software enthält zugekaufte Software in Höhe von € 424.439 Tausend (2017: € 454.928 Tausend) sowie selbst erstellte Software in Höhe von € 146.279 Tausend (2017: € 139.106 Tausend).

Firmenwerte

Der Buchwert der Firmenwerte sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen von Firmenwerten haben sich nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wie nachstehend dargestellt entwickelt:

2018 in € Tausend	RBCZ	RKAG	Sonstige	Gesamt
Stand 1.1.	40.088	53.728	2.061	95.877
Zugänge	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	-295	0	0	-295
Stand 31.12.	39.794	53.728	2.061	95.583
Bruttobetrag	39.794	53.728	345.074	438.595
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	0	-343.013	-343.013

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

2017 in € Tausend	RBCZ	RKAG	Sonstige	Gesamt
Stand 1.1.	37.884	53.728	2.061	93.673
Zugänge	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	2.205	0	0	2.205
Stand 31.12.	40.088	53.728	2.061	95.877
Bruttobetrag	40.088	53.728	545.928	639.744
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	0	-543.867	-543.867

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwerts

Die Firmenwerte werden am Ende jedes Geschäftsjahres auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die einen Firmenwert ausweist, mit deren Buchwert verglichen wird. Der Buchwert entspricht dem Nettovermögen unter Berücksichtigung des Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte, die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erfasst worden sind. Im Einklang mit IAS 36 werden darüber hinaus Firmenwerte auch unterjährig auf Werthaltigkeit überprüft, falls ein Wertminderungsgrund vorliegt.

Erzielbarer Betrag

Im Zuge der Werthaltigkeitsprüfung werden die Buchwerte jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) mit dem jeweiligen erzielbaren Betrag verglichen. Liegt der erzielbare Betrag einer ZGE unter ihrem Buchwert, so ergibt sich eine Wertminderung in Höhe der Differenz, die in weiterer Folge in der Erfolgsrechnung im sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen ist.

Der Konzern ermittelt grundsätzlich den erzielbaren Betrag der ZGE auf Grundlage des Nutzungswert-Konzepts (Value in Use) und verwendet dafür das Dividend-Discount-Modell. Das Dividend-Discount-Modell berücksichtigt in geeigneter Weise die spezifischen Besonderheiten des Bankgeschäfts, unter anderem im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften. Der Barwert der erwarteten zukünftigen Dividenden, die nach Einhaltung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können, repräsentiert den erzielbaren Betrag.

Die Berechnung des erzielbaren Betrags erfolgt auf Grundlage eines fünfjährigen Detailplanungszeitraums. Der nachhaltigen Zukunft (Verstetigungsphase) liegt die Prämisse eines zeitlich unbefristeten Fortbestands (ewige Rente) zugrunde, wobei in der Mehrzahl der Fälle länderspezifisch bestimmte nominelle Wachstumsraten für die bewertungsrelevanten Erträge unterstellt sind, die sich an der nachhaltig erwarteten Inflationsrate orientieren. Für Unternehmen, die eine deutliche Überkapitalisierung aufweisen, wird eine Interimsphase von fünf Jahren definiert, ohne jedoch die Detailplanungsphase zu verlängern. Innerhalb dieser Zeitspanne ist es bei diesen ZGE möglich, Vollausschüttungen vorzunehmen, ohne die Eigenmittelvorschriften zu verletzen. In der Verstetigungsphase sind zwingend wachstumsbedingte Ergebnisthesaurierungen zur Einhaltung der Eigenmittelvorschriften geboten. Liegt dagegen die Annahme eines Null-Wachstums in der Verstetigungsphase zugrunde, ist keine Ergebnisthesaurierung notwendig.

In der Verstetigungsphase geht das Modell von einer normalisierten, wirtschaftlich nachhaltigen Ertragslage aus, wobei hinsichtlich der Eigenkapitalverzinsung und der Eigenkapitalkosten eine Annäherung angenommen wird (Konvergenzannahme).

Wesentliche Annahmen

Wesentliche Annahmen, die für die einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verwendet wurden:

Zahlungsmittelgenerierende Einheiten	2018		2017	
	RBCZ	RKAG	RBCZ	RKAG
Diskontierungszinssätze (nach Steuern)	10,19 - 11,49%	7,5 - 9,5%	10,55 - 11,85%	8,42 - 10,42%
Wachstumsraten in Phase I und II	2,0%	1,8%	1,6%	0,2%
Wachstumsraten in Phase III	3,0%	2,0%	3,5%	2,0%
Planungshorizont	5 Jahre	5 Jahre	5 Jahre	5 Jahre

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit hängt von zahlreichen Parametern ab: primär von der Höhe und dem Verlauf der zukünftigen Dividenden, vom Diskontierungszinssatz sowie von der nominellen Wachstumsrate in der Verstetigungsphase. Die angewendeten Diskontierungszinssätze wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt: Sie setzen sich aus einem risikolosen Zinssatz sowie einem Risikozuschlag für die Übernahme unternehmerischen Risikos zusammen.

Dieser Risikozuschlag errechnet sich als Produkt der nach dem Sitzland der Einheit unterschiedlichen Marktrisikoprämie mit dem Betafaktor für das verschuldete Unternehmen. Die Werte für den risikolosen Zinssatz und die Marktrisikoprämie sind allgemein zugänglichen Marktdatenquellen entnommen. Das Risikomaß Betafaktor wurde aus einer Vergleichsgruppe von in West- und Osteuropa tätigen Kreditinstituten ermittelt. Da die vorhin angeführten Zinssatzparameter Einschätzungen des Marktes repräsentieren, sind sie nicht stabil und könnten bei einer Veränderung auch die Höhe der Abzinsungsfaktoren beeinflussen.

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Planungsannahmen sowie eine Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zu jeder wesentlichen Annahme zugewiesenen Werte unter Berücksichtigung einer Risikoeinschätzung.

Zahlungsmittel-generierende Einheit	Wesentliche Annahmen	Managementansatz	Risikoeinschätzung
RBCZ	Die Tschechische Republik ist ein Schlüsselmarkt für die Gruppe, in der eine selektive Wachstumsstrategie umgesetzt wird. Verbesserungen werden durch bessere Margen bei den Verbindlichkeiten erreicht. Stabile Kosten werden angenommen.	Die Annahmen basieren sowohl auf internen als auch auf externen Quellen. Makroökonomische Annahmen der Forschungsabteilung wurden mit den Daten von externen Quellen und dem Fünf-Jahres-Plan verglichen, dem Management Board präsentiert und vom Supervisory Board genehmigt.	Einkünfte aus Gebühren stehen aufgrund von größerem Wettbewerb unter Druck. Mittelfristig moderates Kreditrisiko.
RKAG	RKAG ist eines der führenden österreichischen Fondsunternehmen mit einem verwalteten Konzernvolumen von € 32,3 Milliarden zum Jahresende 2018 und mit einem Marktanteil von 18,4 Prozent. RKAG ist seit Jahren international tätig und ein bekannter Akteur in zahlreichen europäischen Ländern.	Die Annahmen der Planung basieren auf internen und auf externen Quellen. Makroökonomische Annahmen wurden mit Daten aus externen Quellen und dem Fünf-Jahres-Plan verglichen und den Managern des Unternehmens präsentiert. Die Planung wurde vom Supervisory Board genehmigt.	Mögliche Schwächung des makroökonomischen Umfelds. Druck auf die Nettovergütung und die Kommissionserträge durch aggressivere Marktteilnehmer kann nicht ausgeschlossen werden.

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

Sensitivitätsanalyse

Um die Stabilität der Ergebnisse der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte zu testen, wurde basierend auf den oben angeführten Prämissen eine Sensitivitätsanalyse vorgenommen. Aus mehreren Möglichkeiten wurden für diese Analyse die Eigenkapitalkosten und die Verminderung der Wachstumsrate als relevante Parameter ausgewählt. Die nachstehend angeführte Übersicht veranschaulicht, um welches Ausmaß sich der Eigenkapitalkostensatz erhöhen bzw. die nachhaltige Wachstumsrate verringern könnten, ohne dass der Nutzungswert (Value in Use) der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten unter den jeweiligen Buchwert (Eigenkapital zuzüglich Firmenwert) absinkt.

Maximale Sensitivität	2018		2017	
	RBCZ	RKAG	RBCZ	RKAG
Erhöhung des Diskontsatzes	3,1 PP	2,8 PP	0,4 PP	1,7 PP
Verminderung der Wachstumsrate in Phase III	-	-0,5 PP	-	0,5 PP

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

Marke

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von jenen des Mitbewerbs Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet.

Der Konzern hat ausschließlich bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, Markenrechte aktiviert. Der Buchwert der Marke betrug € 8.362 Tausend (2017: € 7.862 Tausend), die kumulierte Wertminderung € 14.867 Tausend (2017: € 13.978 Tausend).

Gemäß IAS 36.9 hat ein Unternehmen an jedem Abschlussstichtag einzuschätzen, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Diese Schätzungen basieren auf einer Reihe von externen und internen Indikatoren.

Der Wert der Marke der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, wurde mithilfe eines kostenorientierten Bewertungsverfahrens (Comparable Historical Cost Approach) ermittelt, da zum Zeitpunkt der Kaufpreisallokation weder unmittelbar vergleichbare Transaktionen noch ein Markt mit beobachtbaren Preisen vorlagen. Als Datenbasis für das kostenorientierte Bewertungsverfahren wurde die Dokumentation der Aufwendungen der letzten Jahre für Marketing im Zusammenhang mit den Marken der Gruppe herangezogen. Die im Jahr 2018 vorgenommene Werthaltigkeitsprüfung führte zu keiner Wertminderung.

Kundenbeziehungen

Werden im Zuge eines Unternehmenszusammenschlusses Kundenverträge und die damit in Beziehung stehenden Kundenbeziehungen erworben, werden diese getrennt vom Firmenwert bilanziert, wenn sie auf vertraglichen oder sonstigen Rechten beruhen. Die erworbenen Unternehmen erfüllen die Kriterien für die getrennte Bilanzierung von nicht vertraglichen Kundenbeziehungen für bestehende Kunden. Die Wertermittlung des Kundenstocks erfolgt mithilfe der Residualmethode (Multi-Period Excess Earnings Method) auf Basis zukünftiger Erträge und Aufwendungen, die dem Kundenstock zugeordnet werden können. Die Prognose basiert auf Planungsrechnungen für die entsprechenden Jahre.

Der Konzern hat bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, und bei der Raiffeisenbank a.s., Prag, Kundenbeziehungen in Höhe von € 7.596 Tausend (2017: € 12.906 Tausend) aktiviert. 2018 gab es keine externen und internen Anhaltspunkte, die einen Wertminderungstest erforderten.

Die Kundenbeziehungen der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, wurden im Zuge der Endkonsolidierung des polnischen Kernbankgeschäfts ausgebucht.

(21) Steuerforderungen

in € Tausend	2018	2017
Laufende Steuerforderungen	56.820	189.204
Latente Steuerforderungen	122.371	114.313
Temporäre Steueransprüche	101.982	107.164
Verlustvorträge	20.388	7.150
Gesamt	179.191	303.517

Die latenten Steuerforderungen stammen aus folgenden Posten:

in € Tausend	2018
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	68.695
Derivate - Hedge Accounting inkl. Fair-Value-Anpassungen	24.449
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	22.066
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	138.161
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	219.151
Sonstige Aktiva	55.520
Rückstellungen	74.862
Verlustvorträge	20.388
Übrige Bilanzposten	26.638
Gesamt	649.930

Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Die folgende Tabelle zeigt daher den Saldo latenter Steuern zum Bilanzstichtag des Vorjahres:

in € Tausend	2017
Forderungen an Kunden	47.787
Kreditrisikovorsorgen	111.578
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	11.751
Sonstige Aktiva	18.027
Rückstellungen	68.298
Handelsspassiva	27.133
Sonstige Passiva	179.832
Steuerliche Verlustvorträge	7.150
Übrige Bilanzposten	203.380
Latente Steueransprüche	674.936
Forderungen an Kreditinstitute	14.026
Forderungen an Kunden	43.709
Kreditrisikovorsorgen	75.219
Handelsspassiva	39.117
Wertpapiere und Beteiligungen	14.970
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	80.156
Sonstige Aktiva	281.387
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2
Rückstellungen	903
Sonstige Passiva	4.443
Übrige Bilanzposten	70.005
Latente Steuerverpflichtungen	623.937
Saldo latenter Steuern	50.999

Im Konzernabschluss sind aktivierte Vorteile in Höhe von € 20.363 Tausend (2017: € 7.150 Tausend) aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen enthalten. Die Verlustvorträge sind zum überwiegenden Teil zeitlich unbegrenzt vortragsfähig. Aktive latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von € 519.281 Tausend (2017: € 574.185 Tausend) wurden nicht aktiviert, weil ihre Nutzung aus heutiger Sicht in angemessener Zeit nicht realisierbar erscheint.

(22) Sonstige Aktiva

in € Tausend	2018	2017
Rechnungsabgrenzungen	282.662	232.851
Zu Leasingzwecken bestimmte Vermögenswerte	45.965	35.831
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	193.963	118.832
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	54.142	123.169
Übrige Aktiva	412.862	756.836
Gesamt	989.594	1.267.519

Die Position Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen beinhaltet die noch nicht fertiggestellten bzw. noch nicht verkauften Immobilien der Raiffeisen Leasing-Gruppe in Österreich und Italien in Höhe von € 129.163 Tausend.

Der Posten zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen beinhaltet vor allem zwei Objekte im Besitz des Raiffeisen Immobilienfonds, Wien, in Höhe von € 49.602 Tausend. Zum 31. Dezember 2017 hatte dieser Posten auch Vermögenswerte der Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb, in Höhe von € 61.591 Tausend beinhaltet, die nunmehr nicht weiter als zur Veräußerung gehalten eingestuft wurden, da nach Einschätzung zum Bilanzstichtag ein Verkauf in Jahresfrist unwahrscheinlich ist.

(23) Finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost

Die nachstehende Tabelle zeigt die Aufteilung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Produkten sowie eine Aufgliederung der verbrieften Verbindlichkeiten:

in € Tausend	2018	2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.959.843	22.268.407
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	9.993.571	10.022.332
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	13.228.746	11.908.058
Rückkaufvereinbarung	737.526	338.017
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	86.623.218	84.466.663
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	58.705.626	57.018.666
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	27.769.768	27.412.664
Rückkaufvereinbarung	147.825	35.333
Verbrieftete Verbindlichkeiten	7.966.769	7.543.755
Einlagenzertifikate	778	135
Gedekte Schuldverschreibungen	726.560	916.937
Hybride Verträge	369	3.883
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	7.239.063	6.622.800
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	1.339.644	1.552.730
davon nicht wandelbar	5.899.418	5.070.070
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	524.268	515.287
Gesamt	119.074.098	114.794.111
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.765.225	3.016.033

In den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurde ein Rückgang der Einlagen in der Konzernzentrale durch einen Anstieg in Russland kompensiert. In Summe stagnierte diese Position im Jahresvergleich. Der Anstieg in den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit gegenüber Banken sowie in den Rückkaufvereinbarungen (Pensionsgeschäften) war zum Großteil in der Konzernzentrale zu verzeichnen.

Im Bereich der Einlagen von Kunden wurde der Abgang des polnischen Kernbankgeschäfts durch Anstiege in nahezu allen Märkten der Gruppe überkompensiert (Anstieg in der Konzernzentrale um € 3.984.968 Tausend, bei der AO Raiffeisenbank, Moskau, um € 1.678.568 Tausend und bei der Tatra banka, a.s., Bratislava, um € 890.135 Tausend). Der Fokus der Kunden liegt hier auf kurzfristig verfügbaren Einlagen.

Im Bereich der sonstigen wandelbaren verbrieften Verbindlichkeiten wurden seitens der Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft Emissionen in Höhe von € 182.789 Tausend getilgt. Der Anstieg in den nicht wandelbaren verbrieften Verbindlichkeiten ist einerseits auf eine durch eine Umgliederung zum 1. Jänner 2018 aus der Bewertungskategorie Designated Fair Value Through Profit/Loss (Abgang) in die Bewertungskategorie Amortized Cost (Zugang) in der Konzernzentrale zurückzuführen und stammt andererseits aus Neuemissionen der Konzernzentrale.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Tausend	2018	2017
Zentralbanken	2.147.243	1.857.061
Regierungen	2.719.635	1.896.266
Kreditinstitute	21.812.599	20.411.345
Sonstige Finanzunternehmen	9.457.538	6.816.596
Nicht-Finanzunternehmen	31.350.275	31.151.435
Haushalte	43.095.770	44.602.366
Gesamt	110.583.061	106.735.069

Der Anstieg in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Finanzunternehmen stammte fast zur Gänze aus höheren Einlagen in der Konzernzentrale.

In der folgenden Tabelle werden die wesentlichen begebenen Schuldverschreibungen angegeben:

Emittent	ISIN	Typ	Währung	Nominale in € Tausend	Kupon	Fälligkeit
RBI AG	XS1852213930	Senior öffentliche Platzierung	EUR	500.000	0,3%	5.7.2021
RBI AG	XS1917591411	Senior öffentliche Platzierung	EUR	500.000	1,0%	4.12.2023
RBCZ	XS1132335248	Senior öffentliche Platzierung	CZK	315.198	0,8%	5.11.2019

(24) Finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Tausend	2018	2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.336	109.414
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	20.336	109.414
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	414.852	507.453
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	414.852	507.453
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.495.888	1.891.754
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	1.495.888	1.891.754
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	10.343	0
davon nicht wandelbar	1.485.545	1.891.754
Gesamt	1.931.076	2.508.622
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	385.576	771.944

Die Reduktion in der Position finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss im Vergleich zum Jahresende 2017 ist im Wesentlichen auf eine Verminderung bei den verbrieften Verbindlichkeiten zurückzuführen. Diese ist auf eine Umgliederung zum 1. Jänner 2018 aus der Bewertungskategorie Designated Fair Value Through Profit/Loss (Abgang) in die Bewertungskategorie Amortized Cost (Zugang) zurückzuführen und stammt zur Gänze aus der Konzernzentrale.

(25) Finanzielle Verbindlichkeiten – Held For Trading

in € Tausend	2018	2017
Derivate	2.034.559	1.726.315
Zinssatzverträge	925.151	1.002.436
Eigenkapitalverträge	365.550	119.117
Wechselkurs- und Goldverträge	646.770	494.534
Kreditverträge	2.957	4.915
Waretermingeschäfte	2.673	3.917
Andere	91.457	101.397
Short-Positionen	318.001	343.640
Eigenkapitalinstrumente	92.292	215.730
Schuldverschreibungen	225.709	127.910
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.749.275	2.344.522
Hybride Verträge	2.382.807	1.989.880
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	366.467	354.642
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	366.467	354.642
Gesamt	5.101.835	4.414.477

Details zur Position Derivate sind unter Punkt (46) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(26) Hedge Accounting

in € Tausend	2018	2017
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	20.914	28.418
Zinssatzverträge	20.727	28.308
Wechselkurs- und Goldverträge	187	110
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	5.390	0
Zinssatzverträge	5.390	0
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	0	9.637
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	127.018	166.453
Cash-Flow Hedge	12.452	61.702
Fair Value Hedge	114.566	104.750
Fair-Value-Änderungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio Fair Value Hedge	-62.274	60.079
Gesamt	91.049	264.587

(27) Rückstellungen

in € Tausend	2018	2017
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	126.149	118.723
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	125.750	0
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	399	118.723
Personalarückstellungen	459.021	421.241
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	188.567	164.538
Anderer langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	36.376	33.272
Bonuszahlungen	176.352	169.236
Rückstellungen für unverbrauchte Urlaube	50.435	51.637
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	7.290	2.558
Andere Rückstellungen	270.753	332.455
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	88.777	129.096
Restrukturierung	2.446	17.920
Belastende Verträge	66.401	66.059
Sonstige Rückstellungen	113.129	119.380
Gesamt	855.922	872.420

Der Konzern ist in Rechtsstreitigkeiten verwickelt, die sich im Rahmen der Ausübung von Bankgeschäften ergeben, erwartet jedoch nicht, dass diese Rechtsfälle die Finanzlage des Konzerns erheblich beeinträchtigen. Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Rückstellungen für offene Rechtsfälle konzernweit auf € 88.777 Tausend (2017: € 129.096 Tausend). Der hier verzeichnete Rückgang resultierte im Wesentlichen aus Auflösungen in der RBI AG. Aus einem im März 2018 in letzter Instanz zugunsten der RBI entschiedenen Gerichtsverfahren gegen eine isländische Bank ergab sich ein positiver Effekt in Höhe von € 50.000 Tausend (davon wurden € 25.000 Tausend unter anhängige Rechts- und Steuerfälle gebucht bzw. € 25.000 Tausend unter Kreditrisiken und gegebene Garantien). Der Fall geht auf eine im Jahr 2012 erhobene Klage des Insolvenzverwalters gegen die RBI zurück. Weitere nennenswerte Einzelfälle, die eine Rückstellung in Höhe von € 10.000 Tausend überschreiten, gab es 2018 und 2017 lediglich in der Slowakei:

- In der Slowakei erhob ein Kunde 2012 eine Klage gegen die Tatra banka a.s., Bratislava. Gegenstand des Verfahrens sind vereinbarte Kreditlinien und ein behaupteter Vertragsbruch der Tatra banka a.s. aufgrund der Nichtdurchführung von Aufträgen im Zahlungsverkehr und der Nicht-Verlängerung von Kreditlinien, die schlussendlich zur Beendigung der Geschäftsaktivitäten des Kunden geführt haben sollen. Der gesamte Streitwert beläuft sich auf € 121.609 Tausend. In erster und zweiter Instanz wurde die Klage gegen die Bank bereits abgewiesen. Der Fall ist derzeit am Obersten Gerichtshof der Slowakei anhängig.
- Eine damit in engem Zusammenhang stehende weitere Klage über € 127.063 Tausend wurde 2016 von einem zypriotischen Kläger eingebracht, der den zugrunde liegenden Anspruch von einem Aktionär der Holdinggesellschaft des zuvor genannten slowakischen Kunden erworben hat. Der Fall ist bis zur Entscheidung der oben genannten Klage ruhend gestellt.

Aufgrund der Erstanwendung von IFRS 9 werden außerbilanzielle Risiken nach IFRS 9 bewertet. Der Erstanwendungseffekt in Höhe von € 30.070 Tausend ist einerseits im Kapitel IFRS-9-Überleitung im Abschnitt Überleitung Wertminderungen ersichtlich und andererseits unter Punkt (37) Entwicklung der Wertminderungen dargestellt.

Die folgende Tabelle zeigt die Bewegungen der Rückstellungen im Berichtsjahr, wobei die Rückstellungen für außerbilanziellen Risiken nach IFRS 9 in Höhe von € 125.750 Tausend nicht enthalten sind. Diese sind unter Punkt (37) Entwicklung der Wertminderungen dargestellt.

in € Tausend	1.1.2018	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zu- führungen	Auf- lösungen	Verbrauch	Umbuchungen, Währungs- differenzen	31.12.2018
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	176	0	431	-173	0	-35	399
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	176	0	431	-173	0	-35	399
Personalarückstellungen	419.909	-13.898	207.268	-26.569	-126.571	-1.118	459.021
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	164.538	-10	28.237	-17	-8.743	4.563	188.567
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	33.272	-751	6.585	-604	-392	-1.734	36.376
Bonuszahlungen	169.236	-10.064	153.083	-15.533	-115.543	-4.827	176.352
Rückstellungen für unverbrauchte Urlaube	50.305	-3.072	14.207	-10.195	0	-810	50.435
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2.558	0	5.156	-219	-1.893	1.688	7.290
Andere Rückstellungen	333.787	-18.964	100.902	-72.849	-73.405	1.282	270.753
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	129.096	-2.336	31.309	-50.742	-20.080	1.530	88.777
Restrukturierung	17.920	-6.207	551	-8.753	-291	-774	2.446
Belastende Verträge	66.059	-2.417	342	0	0	2.417	66.401
Sonstige Rückstellungen	120.712	-8.004	68.699	-13.354	-53.033	-1.890	113.129
Gesamt	753.872	-32.862	308.600	-99.591	-199.976	129	730.173

Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds und der Einführung von IFRS 9 ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Die folgende Tabelle zeigt die Bewegungen der Rückstellungen im Vorjahr:

in € Tausend	1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zu- führungen	Au- flösungen	Verbrauch	Umbuchungen, Währungs- differenzen	31.12.2017
Abfertigungen und Ähnliches	84.523	32.882	6.344	-1.612	-6.129	-10	115.998
Pensionen	28.545	60.077	1.427	-6.997	-1.488	-14	81.549
Steuern	129.731	32.656	132.304	-30.208	-120.685	-5.804	137.993
Laufende	72.386	1.646	123.426	-2.676	-120.547	444	74.678
Latente	57.345	31.010	8.878	-27.532	-138	-6.248	63.315
Garantien und Bürgschaften	123.233	22.277	69.860	-66.285	-8.356	-22.005	118.723
Offene Rechtsfälle	84.914	20.644	48.255	-19.022	-5.412	-283	129.096
Unverbrauchter Urlaub	43.473	5.756	13.363	-8.854	-1.055	-1.047	51.637
Bonuszahlungen	147.294	4.874	133.780	-17.106	-96.065	-3.540	169.236
Restrukturierung	14.231	-1.021	45.286	-30.623	-9.797	-156	17.920
Rückstellungen für bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	14.503	0	0	-13.440	-836	-227	0
Sonstige	85.806	107.946	110.389	-54.619	-74.921	13.657	188.258
Gesamt	756.252	286.090	561.007	-248.768	-324.743	-19.429	1.010.410

Die Steuerrückstellungen, die bis inklusive 2017 unter den Rückstellungen ausgewiesen wurden, sind unter Punkt (28) Steuerverpflichtungen dargestellt.

Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die leistungsorientierten Pensionspläne und andere Vorsorgeleistungen stellen sich wie folgt dar:

- Leistungsorientierte Pensionspläne in Österreich und in anderen Ländern
- Andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Österreich und anderen Ländern
- Diese leistungsorientierten Pensionspläne und sonstigen Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses setzen den Konzern versicherungstechnischen Risiken wie dem Langlebigerisikorisiko, dem Währungsrisiko, dem Zinsrisiko und dem Marktrisiko (Investitionsrisiko) aus.

Finanzierung

Bei den Pensionen bestehen unterschiedliche Pläne: nicht über einen Fonds finanzierte, teilweise über einen Fonds finanzierte und zur Gänze über einen Fonds finanzierte. Die teilweise und die zur Gänze über einen Fonds finanzierten Pensionspläne werden durchwegs über die Valida Pension AG veranlagt. Die Valida Pension AG ist eine Pensionskasse und unterliegt im Besonderen den Bestimmungen des Pensionskassengesetzes (PKG) und des Betriebspensionsgesetzes (BPG).

Der Konzern erwartet für 2019 eine Beitragszahlung zu den leistungsorientierten Plänen in Höhe von € 481 Tausend. Im Geschäftsjahr 2018 betrug der Beitrag zum Planvermögen für leistungsorientierte Pläne € 371 Tausend.

Pensionsverpflichtungen/leistungsorientierte Pläne

Finanzierungsstatus

in € Tausend	2018	2017
Barwert der Verpflichtungen (DBO)	144.811	132.706
Zeitwert des Planvermögens	-45.534	-51.156
Nettoschulden/Nettovermögen	99.277	81.549

Die leistungsorientierten Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2018	2017
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	132.706	42.748
Änderung Konsolidierungskreis	0	96.294
laufender Dienstzeitaufwand	475	1.268
Zinsaufwand	1.811	2.137
Zahlungen	-6.888	-5.341
Verlust/Gewinn aus nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand	2	-1.675
Nettoübertragungen	-3.410	-557
Neubewertungen	20.115	-2.168
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	144.811	132.706

Der Anstieg bei den Neubewertungen stammte aus der Anpassung der Sterbetafeln.

Das Planvermögen entwickelte sich wie folgt:

in € Tausend	2018	2017
Planvermögen 1.1.	51.156	14.203
Änderung Konsolidierungskreis	0	36.367
Zinsertrag	1.094	790
Beiträge zum Planvermögen	627	681
Zahlungen aus dem Planvermögen	-2.473	-2.369
Nettoübertragungen	-2.148	-449
Ergebnis aus dem Planvermögen exkl. Zinsertrag	-2.722	1.933
Planvermögen 31.12.	45.534	51.156

Die Rendite auf das Planvermögen betrug 2018 minus € 1.880 Tausend (2017: € 1.847 Tausend). Der Marktwert aller bilanzierten Rückerstattungsrechte belief sich zum Jahresende 2018 auf € 12.524 Tausend (2017: € 14.350 Tausend).

Struktur des Planvermögens

Das Planvermögen setzte sich wie folgt zusammen:

in Prozent	2018	2017
Schuldverschreibungen	39	39
Aktien	25	35
Alternative Investment-Instrumente	3	4
Immobilien	6	5
Bargeld	27	18
Gesamt	100	100

Im Berichtsjahr wurden die meisten Instrumente des Planvermögens auf einem aktiven Markt gehandelt, weniger als 10 Prozent waren nicht auf einem aktiven Markt notiert.

Asset-Liability Matching

In der Valida Pension AG ist ein Asset-/Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) installiert. Gemäß diesem Prozess wird einmal im Jahr ausgehend von der passivseitigen Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRG), die sich wiederum aus der Bilanz ergibt, die Risikotragfähigkeit jeder VRG evaluiert. Von dieser Risikotragfähigkeit wird die Veranlagungsstruktur der VRG abgeleitet. Bei der Definition der Veranlagungsstruktur werden auch definierte und dokumentierte Wünsche des Kunden mit berücksichtigt.

Die definierte Veranlagungsstruktur wird in VRG 60 und VRG 7, in denen die rückgestellten Beträge der RBI veranlagt werden, mit einem Konzeptinvestment umgesetzt. Dies bedeutet, dass die Gewichtung von vordefinierten Asset-Klassen im Rahmen von Bandbreiten nach objektiven Kriterien erfolgt, die sich aus Markttrends ableiten lassen. In Stressphasen wird zudem eine Absicherung der Aktienkomponente vorgenommen.

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2018	2017
Diskontierungszinssatz	1,9	1,7
Steigerungssatz für Pensionsbemessungsgrundlagen	3,5	2,7
Steigerungssatz für künftige Pensionen	2,0	1,2

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegte Lebenserwartung:

Jahre	2018	2017
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Männer	22,8	21,2
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Frauen	25,3	23,7
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Männer	25,6	24,7
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Frauen	27,8	26,9

Die gewichtete Duration der Nettopensionsverpflichtung betrug 13,0 Jahre (2017: 12,6 Jahre).

Sensitivitätsanalyse

Tritt bei einer der relevanten versicherungsmathematischen Annahmen eine Änderung ein, während die anderen Annahmen konstant bleiben, würden sich die Vorsorgeverpflichtungen zum Bilanzstichtag wie folgt verändern:

in € Tausend	2018		2017	
	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Diskontierungszinssatz (1 Prozent Veränderung)	-15.414	18.843	-13.017	15.742
Künftige Gehaltssteigerung (0,5 Prozent Veränderung)	735	-712	700	-651
Künftige Pensionssteigerung (0,25 Prozent Veränderung)	3.974	-3.824	3.563	-3.378
Verbleibende Lebenserwartung (Veränderung 1 Jahr)	8.644	-9.189	7.869	-8.411

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen des Plans nicht berücksichtigt, ermöglicht diese Darstellung zumindest eine Annäherung.

Verpflichtungen aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2018	2017
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	82.988	58.544
Änderung Konsolidierungskreis	0	23.907
Laufender Dienstzeitaufwand	5.353	5.417
Zinsaufwand	1.234	1.367
Zahlungen	-4.212	-4.311
Verlust/Gewinn aus nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand	88	182
Übertragungen	-371	34
Neubewertungen	4.210	-2.152
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	89.290	82.988

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung von anderen Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2018	2017
Diskontierungszinssatz	1,8	1,5
Künftige Gehaltssteigerung für Dienstnehmer	3,5	2,7

Personalaufwand

Detailangaben zum Personalaufwand (Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionspläne, Aufwendungen für andere Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses) sind unter Punkt (7) Verwaltungsaufwendungen dargestellt.

(28) Steuerverpflichtungen

in € Tausend	2018	2017
Laufende Steuerverpflichtungen	41.376	74.678
Latente Steuerverpflichtungen	59.702	63.315
Gesamt	101.078	137.993

Die latenten Steuerverpflichtungen stammen aus folgenden Posten:

in € Tausend	2018
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	108.272
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	91.656
Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	23.916
Sachanlagen	21.092
Immaterielle Vermögenswerte	48.946
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	140.137
Derivate - Hedge Accounting inkl. Fair-Value-Anpassungen	94.411
Rückstellungen	15.907
Sonstige Passiva	20.724
Übrige Bilanzposten	22.199
Gesamt	587.261

Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Eine Darstellung des Saldos der latenten Steuern zum Bilanzstichtag des Vorjahres ist unter Punkt (21) Steuerforderungen ersichtlich.

(29) Sonstige Passiva

in € Tausend	2018	2017
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	587	57
Rechnungsabgrenzungsposten	335.059	266.598
Übrige Passiva	211.094	584.179
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppen	0	61.946
Gesamt	546.740	912.780

Der Rückgang in der Position zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppen war im Wesentlichen auf die aufgegebene IFRS-5-Darstellung der Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb, zurückzuführen.

(30) Eigenkapital

in € Tausend	2018	2017
Konzern-Eigenkapital	10.587.140	9.937.003
Gezeichnetes Kapital	1.002.283	1.002.061
Kapitalrücklagen	4.991.797	4.991.797
Gewinnrücklagen	7.587.171	6.812.192
davon Konzernergebnis	1.269.838	1.116.056
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-2.994.112	-2.869.047
Kapital nicht beherrschender Anteile	700.807	659.732
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.125.411	644.615
Gesamt	12.413.358	11.241.350

Aufgrund der Veränderung des Bilanzbilds wurde auch die Darstellung des Eigenkapitals entsprechend angepasst. Zur Entwicklung des Eigenkapitals wird auf das Kapitel Eigenkapitalveränderungsrechnung verwiesen.

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2018 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003.266 Tausend und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 322.204 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002.283 Tausend.

Eigene Aktien

Die Hauptversammlung vom 21. Juni 2018 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 20. Dezember 2020, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland erfolgt. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen § 189a Z 7 UGB oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum dieser Beschlussfassung sohin bis zum 20. Juni 2023.

Die Hauptversammlung vom 21. Juni 2018 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 20. Dezember 2020, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende jeden Tages 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage um bis zu € 446.793.032,95 zu erhöhen (auch im Weg des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 Abs 6 AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt, oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Zusätzliches Kernkapital

Am 5. Juli 2017 emittierte die RBI AG zusätzliches Kernkapital (AT1) im Nominale von € 650.000 Tausend mit unbegrenzter Laufzeit. Der Zinssatz beträgt bis Dezember 2022 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI eine weitere Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500.000 Tausend. Der diskretionäre Kupon dieser Emission beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Das zusätzliche Kernkapital wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten von € 704 Tausend sowie des Disagios von € 3.000 Tausend erhöhte sich das Eigenkapital um € 496.296 Tausend. Die im Eigenbestand befindlichen Anteile zum Buchwert von € 15.499 Tausend wurden ebenfalls vom Kapital abgezogen.

Dividendenvorschlag

Der Vorstand der RBI AG wird der Hauptversammlung vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn des Jahresabschlusses 2018 eine Dividende von € 0,93 je Aktie auszuschütten. Daraus würde sich auf Basis der ausgegebenen Aktien ein Betrag von maximal € 305.914 Tausend errechnen.

Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien

Anzahl der Aktien	2018	2017
Anzahl der ausgegebenen Aktien 1.1.	328.939.621	292.979.038
Ausgabe neuer Aktien	0	35.960.583
Anzahl der ausgegebenen Aktien 31.12.	328.939.621	328.939.621
Eigene Aktien im Bestand 1.1.	394.942	509.977
Erwerb eigener Aktien	0	0
Abgang eigener Aktien	-72.738	-115.035
Abzüglich: eigene Aktien im Bestand 31.12.	322.204	394.942
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.	328.617.417	328.544.679

Nicht beherrschende Anteile

Die folgende Tabelle enthält Finanzinformationen zu den Tochterunternehmen des Konzerns, an denen wesentliche nicht beherrschende Anteile bestehen. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf nicht beherrschende Anteile, die nicht eliminiert wurden.

2018		Nettovermögen nicht beherrschender Anteile	Auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn oder Verlust	Sonstiges Ergebnis nicht beherrschender Anteile	Gesamtergebnis nicht beherrschender Anteile
in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote nicht beherrschender Anteile				
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	114.931	50.081	8.002	58.083
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	279.721	32.775	-2.838	29.936
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	21,2%	226.249	23.264	-385	22.879
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	36.501	6.302	-1.441	4.861
Valida Pension AG, Wien (AT)	42,6%	53.266	3.350	131	3.481
Sonstige	n/a	-9.861	12.345	2.345	14.689
Gesamt		700.807	128.116	5.813	133.929

2017		Nettovermögen nicht beherrschender Anteile	Auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn oder Verlust	Sonstiges Ergebnis nicht beherrschender Anteile	Gesamtergebnis nicht beherrschender Anteile
in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote nicht beherrschender Anteile				
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	101.686	47.009	-10.477	36.532
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	266.174	26.804	13.112	39.916
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	21,2%	198.479	24.032	275	24.308
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	34.583	7.332	-4.454	2.879
Valida Pension AG, Wien (AT)	42,6%	44.993	3.035	-202	2.833
Sonstige	n/a	13.819	21.741	3.245	24.986
Gesamt		659.732	129.953	1.500	131.453

Im Gegensatz zu den oben angeführten Finanzinformationen, die sich nur auf nicht beherrschende Anteile beziehen, enthält die folgende Tabelle Finanzinformationen der einzelnen Tochterunternehmen (inkl. beherrschender Anteile):

2018 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)	Valida Pension AG, Wien (AT)
Betriebserträge	304.196	420.198	398.633	132.893	29.201
Ergebnis nach Steuern	157.309	131.099	109.643	51.401	7.859
Sonstiges Ergebnis	25.136	-11.353	-1.815	-11.753	307
Gesamtergebnis	182.445	119.746	107.828	39.649	8.165
Kurzfristige Vermögenswerte	1.724.587	7.016.544	4.121.452	1.238.069	214.249
Langfristige Vermögenswerte	581.701	7.077.839	8.822.107	399.566	64.614
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.939.025	12.341.789	11.077.047	1.276.441	6.443
Langfristige Verbindlichkeiten	6.254	633.709	800.198	63.456	147.457
Nettovermögen	361.009	1.118.885	1.066.314	297.739	124.963
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	193.321	355.370	-263.313	43.479	-29.113
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-23.404	-220.099	163.199	-3.938	-3.308
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-140.495	-68.597	-67.871	-23.109	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-7.983	991	0	11.085	0
Nettozahlungsströme gesamt	21.439	67.666	-167.985	27.516	-32.421
Nicht beherrschenden Anteilen gezahlte Dividenden ¹	44.609	14.942	13.954	2.834	0

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

2017 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)	Valida Pension AG, Wien (AT)
Betriebserträge	276.309	391.148	386.205	152.458	23.428
Ergebnis nach Steuern	147.659	107.216	113.265	59.808	7.120
Sonstiges Ergebnis	-49.406	62.822	881	-42.198	-474
Gesamtergebnis	98.253	170.038	114.147	17.609	6.645
Kurzfristige Vermögenswerte	1.363.214	6.998.528	4.599.671	1.122.861	242.352
Langfristige Vermögenswerte	598.666	6.355.990	7.681.724	287.825	3.519
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.640.895	9.970.261	10.297.649	1.012.297	71.978
Langfristige Verbindlichkeiten	1.581	2.319.561	1.048.313	116.302	68.339
Nettovermögen	319.405	1.064.696	935.433	282.087	105.555
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	246.594	-3.047.146	190.598	107.221	42.793
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-17.661	30.135	469.332	-36.176	-42.793
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-150.667	-208.830	-127.435	-46.972	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-33.435	155.747	-413	-20.145	0
Nettozahlungsströme gesamt	44.831	-3.070.095	532.082	3.928	0
Nicht beherrschenden Anteilen gezahlte Dividenden ¹	40.832	13.055	26.478	8.969	0

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

Wesentliche Beschränkungen

Bei der Raiffeisenbank a.s., Prag, besteht zwischen der RBI AG und dem Mitaktionär ein Syndikatsvertrag. Dieser Syndikatsvertrag regelt insbesondere Vorkaufsrechte zwischen den direkten und indirekten Gesellschaftern. Bei einem Kontrollwechsel – auch infolge eines Übernahmeangebots – endet der Syndikatsvertrag automatisch.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat sich bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (AVAL), im Rahmen einer im Dezember 2015 erfolgten Kapitalerhöhung beteiligt. Im Zuge dieser Transaktion hat die RBI mit der EBRD eine Vereinbarung getroffen, wonach sie sich nach Ablauf von sechs Jahren nach Beteiligung der EBRD an der AVAL bemüht, dieser im Austausch für ihre Beteiligung an der AVAL im Zuge eines sogenannten Share Swap Aktien der RBI anzubieten. Die Durchführung einer solchen Transaktion versteht sich jedoch vorbehaltlich regulatorischer Genehmigungen und entsprechender Beschlüsse in der Hauptversammlung und sonstigen Gremien.

Ende 2014 führte die ukrainische Nationalbank Devisenverkehrskontrollen ein. Die Auszahlung der beschlossenen Dividenden aus der Ukraine kann nur in Tranchen erfolgen, da die Auszahlung in Euro mit monatlich € 7.000 Tausend limitiert ist.

Aktienbasierte Vergütung

2014 wurde das Share Incentive Programm (SIP) wegen der regulatorischen Komplexitäten eingestellt. Die letzten Tranchen des SIP wurden in den Jahren 2011, 2012 und 2013 begeben. Die Laufzeit betrug jeweils fünf Jahre, somit kam es im Jahr 2018 zum Abreifen der letzten Tranche aus dem Jahr 2013. Entsprechend den Programmbedingungen (veröffentlicht via euro adhoc am 27. Juni 2013) wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

Share Incentive Program (SIP) 2013 Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert beim Aktienkurs von € 27,12 am Zuteilungstag (9. April 2018)	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	29.170	791.090	24.233
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Bank- Tochterunternehmen	43.470	1.178.906	34.005
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	21.640	586.877	14.500

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren keine bedingten Aktien mehr zugeteilt.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(31) Fair Value von Finanzinstrumenten

Die Bewertung zum Fair Value erfolgt im Konzern primär anhand von externen Datenquellen (im Wesentlichen Börsenpreise oder Broker-Quotierungen in hochliquiden Märkten). Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Bewertung anhand von quotierten Marktpreisen erfolgt, sind hauptsächlich börsennotierte Wertpapiere und Derivate sowie liquide Anleihen, die auf OTC-Märkten (Over the Counter) gehandelt werden. Diese Finanzinstrumente werden dem Level I der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Wird eine Marktbewertung herangezogen, deren Markt aufgrund der eingeschränkten Liquidität nicht als aktiver Markt betrachtet werden kann, wird das zugrunde liegende Finanzinstrument als Level II der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen. Sind keine Marktpreise verfügbar, werden diese Finanzinstrumente anhand von Bewertungsmodellen, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, bewertet. Diese beobachtbaren Marktdaten sind im Wesentlichen nachvollziehbare Zinskurven, Credit Spreads und Volatilitäten. Der Konzern verwendet grundsätzlich Bewertungsmodelle, die einer internen Prüfung durch das Marktrisiko-Komitee unterliegen, um angemessene Bewertungsparameter sicherzustellen.

Kann die Fair-Value-Bewertung weder anhand von ausreichend regelmäßig gestellten Marktpreisen (Level I) noch anhand von Bewertungsmodellen, die vollständig auf beobachtbaren Marktpreisen beruhen (Level II), erfolgen, werden einzelne nicht auf dem Markt beobachtbare Input-Parameter anhand von angemessenen Annahmen geschätzt. Haben nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung des zugrunde liegenden Finanzinstruments, wird es dem Level III der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Diese nicht regelmäßig beobachtbaren Bewertungsparameter sind im Wesentlichen Credit Spreads, die aus internen Schätzungen abgeleitet werden.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine regelmäßige Beurteilung, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Berücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Fair Value von Finanzinstrumenten, die zum Fair Value ausgewiesen werden

Das lebende Kreditportfolio wird in die zentrale Berechnung des beizulegenden Zeitwerts einbezogen. Die Berechnung des Fair Value erfolgt monatlich und basiert auf der Discounted-Cash-Flow-Methode. Die erwarteten Zahlungsströme werden mit einem angemessenen Abzinsungssatz (d. h. risikofreier Zinssatz plus Zuschlag) abgezinst. Die Methodik zur Berechnung des Abzinsungssatzes unterscheidet sich je nach Segment (d. h. Retail und Non-Retail).

Darüber hinaus wird auch der beizulegende Zeitwert der eingebetteten Optionen für das lebende Kreditportfolio berechnet, und die angewandte Methodik basiert auf dem Segment (d. h. Retail und Non-Retail). Die Bewertung der eingebetteten Optionen im Retail-Bereich basiert auf der Verhaltensmodellierung (z. B. lineare Regression/gleitender Zwölf-Monats-Durchschnitt der Vorauszahlungsraten). Die Bewertung eingebetteter Optionen in Krediten im Non-Retail-Bereich basiert auf der Annahme eines vollständigen rationalen Verhaltens des Kunden. Die in Non-Retail-Krediten enthaltenen eingebetteten Optionen wie Vorauszahlung, Auszahlung oder Auffüllung werden mit Swaptions repliziert und mit dem Trinomial Tree Hull-White-Strukturmodell bewertet. Für die Bewertung der Zinsoptionen (Caps und Floors) wird grundsätzlich das Modell von Black angewendet, dem lognormal verteilte Renditen zugrunde liegen. Da wir uns in einem negativen Zinsumfeld befinden, wird das shifted lognormale Black-Modell für die Bewertung der Zinsoptionen angewendet, dem ein Displaced-Diffusion-Modell zugrunde liegt (lognormale Verteilung mit einem Shift verschobener Zinsen).

Für Anleihen werden in erster Linie handelbare Marktpreise herangezogen. Sind keine Quotierungen vorhanden, werden die Wertpapiere mittels Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. Hier fließen als Bewertungsparameter die Zinskurve sowie ein adäquater Credit Spread ein. Die Ermittlung des Credit Spreads erfolgt über auf dem Markt vorhandene, vergleichbare Finanzinstrumente. Für einen geringen Teil des Portfolios wurden Credit Default Spreads für die Bewertung verwendet. Weiters werden auch externe Bewertungen von Dritten berücksichtigt, die in allen Fällen indikativen Charakter aufweisen. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

Im Konzern kommen für die Bewertung von OTC-Derivaten marktübliche, bekannte Bewertungsmethoden zur Anwendung. Beispielsweise werden Interest Rate Swaps, Cross Currency Swaps oder Forward Rate Agreements über das für diese Produkte marktübliche Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. OTC-Optionen, z. B. Foreign Exchange Options oder Caps und Floors, liegen Bewertungsmodelle zugrunde, die dem Marktstandard entsprechen. Für die angeführten Produktbeispiele wären dies das Garman-Kohlhagen-Modell sowie Black-Scholes 1972 und Black 1976. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Monte-Carlo-Simulationen.

Zur Ermittlung des Fair Value ist weiters eine Anpassung der Kreditbewertungen (Credit Value Adjustment, CVA) notwendig, um das mit OTC-Derivatstransaktionen verbundene Kreditrisiko der Gegenparteien insbesondere für jene Vertragspartner zu berücksichtigen, mit denen nicht bereits eine Absicherung über Credit Support Annex erfolgt ist. Der ermittelte Betrag stellt jeweils den geschätzten Marktwert der Sicherungsmaßnahmen dar, die zur Absicherung gegen das Kreditrisiko der Gegenparteien aus den OTC-Derivatportfolien des Konzerns erforderlich sind.

Bewertungsanpassungen für das Kontrahentenausfallrisiko (Credit Value Adjustment, CVA) und Anpassungen für das eigene Kreditrisiko (Debit Value Adjustment, DVA) kommen für OTC-Derivate zur Anwendung, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Die CVA-Bewertungsanpassung besteht einerseits aus der Ermittlung des in der Zukunft zu erwartenden positiven Risikobetrags (Expected Positive Exposure) und andererseits aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten. Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten negativen Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt. Um den zu erwartenden positiven Risikobetrag zu ermitteln, wird unter Berücksichtigung aller verfügbaren Risikofaktoren (z. B. Währungs- und Zinskurven) eine große Anzahl von Szenarien für zukünftige Zeitpunkte simuliert. Die OTC-Derivate werden unter Berücksichtigung dieser Szenarien an den jeweiligen zukünftigen Zeitpunkten zu Marktwerten bewertet und auf Kontrahentenebene aggregiert, um abschließend für alle Zeitpunkte den positiven Risikobetrag zu bestimmen. Kontrahenten mit CSA-Verträgen (Credit Support Annex, CSA) werden in der Berechnung berücksichtigt. Bei diesen errechnen sich die erwarteten Risikobeträge nicht direkt aus den simulierten Marktwerten, sondern aus einer zukünftig erwarteten Änderung der Marktwerte über einer Margin Period of Risk von zehn Tagen.

Als weitere Komponente für die CVA-Bewertungsanpassung muss für jeden Kontrahenten eine Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt werden. Der Konzern leitet, sofern direkte CDS-Quotierungen (Credit Default Swap, CDS) zur Verfügung stehen, für den jeweiligen Kontrahenten die marktbasiertere Ausfallwahrscheinlichkeit und implizit die Verlustquote (Loss Given Default, LGD) ab. Die Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht aktiv auf dem Markt gehandelten Kontrahenten wird durch Zuordnung des internen Ratings eines Kontrahenten an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten negativen Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt und stellt die Wertanpassung in Bezug auf die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit dar. Die Berechnung erfolgt von der Methodik her analog zum CVA, anstelle des erwarteten positiven Marktwerts wird der erwartete negative Marktwert verwendet. Aus den simulierten zukünftigen aggregierten Kontrahenten-Marktwerten werden anstatt der positiven Risikobeträge negative Risikobeträge bestimmt, die die zu erwartende Schuld, die der Konzern gegenüber dem Kontrahenten an den jeweils relevanten zukünftigen Zeitpunkten hat, darstellen. Zur Bestimmung der eigenen Ausfallwahrscheinlichkeit werden ebenfalls vom Markt implizierte Werte verwendet. Sofern direkte CDS-Quotierungen zur Verfügung stehen, werden diese heran-

gezogen. Falls keine CDS-Quotierung vorliegt, wird die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit durch Zuordnung des eigenen Ratings an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Für die Bewertung von OTC-Derivaten wurde kein Funding Value Adjustment (FVA) berücksichtigt. Die RBI beobachtet die Entwicklungen auf dem Markt und wird gegebenenfalls eine Methode für die Ermittlung des FVA entwickeln.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

Aktiva in € Tausend	2018			2017 ¹		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	1.614.690	2.278.821	98	2.046.723	2.284.925	24.860
Derivate	43.404	1.929.047	18	127.873	2.009.213	1.009
Eigenkapitalinstrumente	225.158	1.052	59	243.211	232	59
Schuldverschreibungen	1.346.128	348.723	20	1.675.639	275.480	23.792
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	193.650	54.151	311.981	-	-	-
Eigenkapitalinstrumente	102.982	7	1	-	-	-
Schuldverschreibungen	90.668	54.144	41.701	-	-	-
Kredite und Forderungen	0	0	270.279	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	3.135.148	56.915	53	5.290.102	324.417	11.120
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	102.188	96	1.150
Schuldverschreibungen	3.135.148	56.915	53	5.187.914	324.321	9.970
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	5.707.630	571.383	210.003	4.937.631	1.307.097	237.757
Eigenkapitalinstrumente	79.476	48.463	148.142	91.520	41.054	61.539
Schuldverschreibungen	5.628.153	522.920	61.861	4.846.111	1.266.043	176.216
Kredite und Forderungen	0	0	0	0	0	0
Hedge Accounting	0	500.687	0	0	521.959	0

¹ Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Die dargestellten Werte entsprechen den veröffentlichten Werten zum 31. Dezember 2017.

Passiva in € Tausend	2018			2017 ¹		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	344.090	4.756.829	916	413.065	4.000.070	1.343
Derivate	36.257	1.998.086	216	114.913	1.610.886	517
Short-Positionen	307.832	10.169	0	298.151	45.489	0
Einlagen	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	2.748.574	700	1	2.343.695	826
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.931.076	0	0	2.522.055	0
Einlagen	0	435.188	0	0	771.944	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.495.888	0	0	1.133.245	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	616.867	0
Hedge Accounting	0	153.323	0	0	204.508	0

¹ Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Die dargestellten Werte entsprechen den veröffentlichten Werten zum 31. Dezember 2017.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Level I

Bewertungsparameter des Levels I sind notierte (nicht angepasste) Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die dem Unternehmen am Bewertungstag zugänglich sind (IFRS 13.76).

Level II

Level-II-Finanzinstrumente sind mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, auf aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter unmittelbar oder mittelbar beobachtbar sind, ermittelt werden können (IFRS 13.81 ff).

Sowohl der Anteil der finanziellen Vermögenswerte gemäß Level I als auch jener gemäß Level II reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2017, hauptsächlich resultierend aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

Level III

Input-Faktoren für dem Level III zugeordnete Finanzinstrumente sind Input-Faktoren, die für den Vermögenswert oder die Schuld nicht beobachtbar sind (IFRS 13.86). Der beizulegende Zeitwert wird mittels Bewertungsverfahren kalkuliert.

Bewegungen zwischen Level I und Level II

Die Informationen für das laufende Geschäftsjahr wurden basierend auf IFRS 9 zur Verfügung gestellt, wohingegen die Informationen für das Geschäftsjahr 2017 gemäß IAS 39 erstellt wurden. Die Bewegungen sind daher nur mittelbar vergleichbar.

Der restliche Rückgang basiert im Wesentlichen auf Abgängen aus den einzelnen Kategorien. Des Weiteren kam es zu einer Verschiebung von Level I zu Level II in der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading, da für diese Finanzinstrumente keine direkt notierten Marktpreise zum Bewertungsstichtag zur Verfügung standen.

Bewegungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren beizulegender Zeitwert nicht aus dem Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die entsprechend einer anderen Bewertungsmethodik unterliegen. Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die weder unmittelbar noch mittelbar auf dem Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat. Aufgrund der Umstellung auf IFRS 9 kam es in verschiedenen Kategorien zu wesentlichen Zugängen, dargestellt im Anfangsbestand zum 1. Jänner 2018. Die Abgänge aus der Veräußerung des polnischen Kernbankgeschäfts sind in der Spalte Änderung Konsolidierungskreis dargestellt.

Aktiva in € Tausend	Stand 1.1.2018	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	125.276	-50.023	1	19	-75.194
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	329.202	-11.586	8.316	96.790	-89.748
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	7.928	-0	-0	0	-7.882
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	275.746	-43.885	-4.665	2.586	-21.666

Aktiva in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2018
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	20	0	98
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-20.993	0	0	0	311.981
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	7	0	0	53
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	7.552	7.952	1.448	-15.064	210.003

Passiva in € Tausend	Stand 1.1.2018	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	1.004	-19.242	-2	61.680	-42.398

Passiva in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2018
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	700	-826	916

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Tausend	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input- Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input- Faktoren
2018				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	98			
				Beteiligungen Abschläge -40% Kurz- oder langfristige finanzielle Vermögenswerte Abschläge -90% Immobilienanlagen Abschläge rd. 50%
Geschlossene Immobilienfonds	59	Substanzwertmethode	Sicherheitsabschläge	
Treasury Bills, Festverzinsliche Anleihen	20	DCF-Verfahren	Kreditspanne (Basispreise der letzten Auktion)	10 - 40%
Devisentermingeschäfte	18	Kapitalwertmethode (DCF- Verfahren)	Zinssatz PD LGD	10 - 30%
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	311.981			
Sonstige Beteiligungen (GmbH-Anteile)	1	Vereinfachte Kapitalwertmethode	-	-
Festverzinsliche Anleihen	41.701	DCF-Verfahren	Realisierungsquote Kreditspanne	10 - 20% 0,4 - 50%
			für Spanne (übernommene Neugeschäfte) Vorfalligkeitsquoten Widerrufsquoten	1,5 - 3,45% (über alle Währungen)
		Retail: DCF-Verfahren (inkl. Vorfalligkeitsoption, Wiederrufsmöglichkeit usw.) Non Retail: DCF- Verfahren/finanzielle Optionsbewertung: Hull- White One Factor Model, Black-Scholes (shifted)	Funding Kurven (Liquiditätskosten) Kreditrisikoprämie (CDS Kurven)	-0,158572 - 1,10578% über alle Finanzierungskosten (über alle Währungen) 0,094947 - 11,43995% (abhängig vom rating: von AA zu CCC)
Kredite	270.279			
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	53			
			Kreditspanne	1 - 50%
Festverzinsliche Anleihen	53	DCF-Verfahren (inkl. Expertenmeinung)	Preisobergrenze Abschläge	30% 5%
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	210.003			
		Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	40.935			
Sonstige Beteiligungen	41.295	Adjusted Net Asset Value	Angepasstes Eigenkapital	-
		Multiplikatormethode Transaktionspreis Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	-
Sonstige Beteiligungen	65.912			
			Vorauszahlungsrate Eingebettete Optionsprämie Zinssatz/Spanne	25,1 - 50,5% (37,9%) 0,11 - 0,36% (0,35%) 1 - 50%
Hypothekendarlehen/Festverzinsliche und variabel verzinsliche Anleihen	61.861	DCF-Verfahren		
Gesamt	522.135			

Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse wurden jene Kredite, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (€ 270.279 Tausend), einem Zinsschock in Höhe von minus 50 Basispunkte unterworfen. Unter dieser Annahme würde sich der beizulegende Zeitwert um bis zu 10 Prozent oder rund € 27.000 Tausend verringern.

Passiva	Marktwert in € Tausend	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
2018				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	916			
Devisentermingeschäfte	216	Kapitalwertmethode	Zinssatz	10 - 30%
Zertifikate	700	Kombination der Down-and-In Put-Option und DCF-Verfahren	Volatilität Dividende	-
Gesamt	916			

Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Finanzinstrumente in der folgenden Tabelle werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und somit in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangaben kalkuliert und hat weder Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Erfolgsrechnung. Mit Einführung von IFRS 9 wurde die Berechnung des Fair Value von Forderungen und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value bewertet werden, umgestellt. Es werden nun in den Modellen unter anderem auch Input-Faktoren verwendet, die nicht auf dem Markt beobachtbar sind, jedoch wesentlichen Einfluss auf den errechneten Wert haben. Für alle kurzfristigen Transaktionen (Transaktionen mit einer Laufzeit von bis zu drei Monaten) wird eine vereinfachte Fair-Value-Berechnungsmethode für Retail- und Non-Retail-Portfolios angewendet. Der beizulegende Zeitwert dieser kurzfristigen Transaktionen entspricht dem Buchwert des Produkts. Für die anderen Transaktionen wird die im Abschnitt Fair Value von zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumenten beschriebene Methode angewendet.

2018 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	5.476.083	23.635.994	89.886.305	118.998.382	121.477.499	-2.479.117
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	22.557.484	0	22.557.484	22.557.484	0
Schuldverschreibungen	5.476.082	1.078.509	1.466.279	8.020.871	8.162.273	-141.402
Kredite und Forderungen	0	0	88.252.260	88.252.260	90.589.975	-2.337.715
Anteile an verbundenen Unternehmen ¹	0	0	167.766	167.766	167.766	0
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	7.769.818	110.060.580	117.830.398	119.074.098	-1.242.417
Einlagen	0	0	109.051.828	109.051.828	110.583.061	-1.531.233
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	7.769.818	498.009	8.267.827	7.966.769	301.058
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	510.743	510.743	524.268	-12.243

¹ Verbundene Unternehmen, die aufgrund der Unwesentlichkeit nicht vollkonsolidiert werden, sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderung bilanziert.

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines direkten Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden.

2017 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	13.329.782	0	13.329.782	13.329.782	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	8.306.323	6.124.854	14.431.177	14.347.385	83.792
Forderungen an Kunden	0	16.937.571	59.768.219	76.705.789	78.140.866	-1.435.076
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	5.589.079	1.829.205	883.560	8.301.845	8.254.449	47.396
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	19.493.736	2.220.271	21.714.007	21.674.563	39.444
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	27.859.894	57.013.321	84.873.215	84.831.440	41.775
Verbriefte Verbindlichkeiten	113.056	3.747.435	1.041.582	4.902.073	4.751.893	150.180
Nachrangkapital	0	3.006.906	95.518	3.102.424	3.016.033	86.391

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

(32) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

Die folgende Tabelle zeigt die erteilten Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige erteilte Zusagen:

in € Tausend	2018	2017
Erteilte Kreditzusagen	31.226.964	30.697.317
Erteilte Finanzgarantien und sonstige erteilte Zusagen	9.918.040	10.511.507
Gesamt	41.145.004	41.208.824
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-125.750	-118.723

Die folgende Tabelle wurde in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG erstellt und zeigt den Nominalwert und die Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9:

2018 in € Tausend	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	96	0	0	0	0	0
Regierungen	519.132	13.052	266	90	2	0
Kreditinstitute	2.110.567	303.390	0	542	1.002	0
Sonstige						
Finanzunternehmen	2.040.649	1.643.330	589	1.467	2.602	584
Nicht-Finanzunternehmen	27.159.587	2.782.710	127.459	26.876	21.976	47.006
Haushalte	3.483.205	950.231	10.744	7.663	6.671	9.269
Gesamt	35.313.236	5.692.712	139.057	36.638	32.253	56.860

(33) Kreditwürdigkeitsanalyse

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte. Es ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies normalerweise der Fall ist. Die folgende Auflistung enthält eine Beschreibung der Gruppierung der Vermögenswerte nach der Ausfallwahrscheinlichkeit:

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (PD-Skala 0,0000 - 0,0300 Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (PD-Skala 0,0300 - 0,1878 Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 0,1878 - 1,1735 Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 1,1735 - 7,3344 Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 7,3344 - 100,0 Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent).

Die folgende Tabelle enthält Informationen über die Kreditwürdigkeit von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet werden. Die fortgeführten Anschaffungskosten und der beizulegende Zeitwert im sonstigen Ergebnis stellen den Bruttobuchwert dar. Bei Kreditzusagen und Finanzgarantien entsprechen die Beträge in der Tabelle den zugesagten oder garantierten Beträgen.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages:

2018	Stage 1 Erwarteter 12-Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Tausend				
Exzellente	18.501.569	682.060	435	19.184.064
Sehr gut	23.674.851	2.931.161	2.424	26.608.437
Gut	25.305.372	4.005.981	1.091	29.312.444
Zufriedenstellend	14.642.236	3.352.129	5.211	17.999.575
Unterdurchschnittlich	1.216.710	1.396.536	19.791	2.633.036
Wertgemindert	0	0	3.109.460	3.109.460
Nicht geratet	2.166.682	221.194	6.549	2.394.425
Bruttobuchwert	85.507.420	12.589.062	3.144.961	101.241.442
Kumulierte Wertminderungen	-166.725	-332.589	-1.986.355	-2.485.669
Buchwert	85.340.694	12.256.473	1.158.606	98.755.774

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet finanzielle Vermögenswerte für einige Privatkunden, für welche keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

2018	Stage 1 Erwarteter 12-Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Tausend				
Exzellente	1.497.805	94.780	0	1.592.585
Sehr gut	4.176.034	24.603	0	4.200.637
Gut	300.843	0	0	300.843
Zufriedenstellend	10	6.034	0	6.044
Unterdurchschnittlich	112.094	0	0	112.094
Wertgemindert	0	0	0	0
Nicht geratet	4.718	0	0	4.718
Bruttobuchwert	6.091.504	125.417	0	6.216.922
Kumulierte Wertminderungen	-3.787	-200	0	-3.987
Buchwert	6.087.717	125.217	0	6.212.934

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet finanzielle Vermögenswerte für einige Privatkunden, für welche keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominale der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

2018	Stage 1 Erwarteter 12-Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Tausend				
Exzellente	2.925.635	209.711	0	3.135.346
Sehr gut	14.394.089	2.810.591	0	17.204.680
Gut	11.838.143	1.335.534	6	13.173.683
Zufriedenstellend	5.556.373	713.775	8	6.270.156
Unterdurchschnittlich	269.502	209.158	1	478.661
Wertgemindert	0	0	139.042	139.042
Nicht geratet	329.495	413.942	0	743.437
Gesamt	35.313.236	5.692.712	139.057	41.145.004
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-36.638	-32.253	-56.860	-125.750

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkunden, für welche keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse des Ausfallrisikos aus Derivatgeschäften, von denen die meisten OTC-Verträge sind. Das Ausfallrisiko kann durch den Einsatz von Abwicklungshäusern und die Verwendung von Sicherheiten in den meisten Fällen minimiert werden.

2018 in € Tausend	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
OTC	210.878.533	2.405.437	-2.044.893
Zinssatzverträge	160.232.200	1.620.588	-1.077.702
Eigenkapitalverträge	3.120.027	80.347	-330.584
Wechselkurs- und Goldverträge	47.526.306	704.501	-636.607
Organisierter Markt	3.551.725	63.246	-45.901
Zinssatzverträge	1.373.971	503	-584
Eigenkapitalverträge	741.732	40.606	-34.967
Wechselkurs- und Goldverträge	1.436.022	22.137	-10.350
Sonstiges - Kreditverträge, Warentermingeschäfte und andere	1.731.870	4.473	-97.088
Gesamt	216.162.128	2.473.156	-2.187.882

(34) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo aus finanziellen Vermögenswerten, die keiner Wertminderung unterliegen, sowie aus finanziellen Vermögenswerten, die einer Wertminderung unterliegen, und leitet diese zu den nicht zu Handelszwecken gehaltenen Forderungen über, die die Grundlage für die nachstehenden Angaben zu Sicherheiten bilden:

2018 in € Tausend	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Der Wertminderung nicht unterliegende finanzielle Vermögenswerte sowie Eventualverpflichtungen und andere außerbilanzielle Verpflichtungen	Der Wertminderung unterliegende finanzielle Vermögenswerte sowie Eventualverpflichtungen und andere außerbilanzielle Verpflichtungen	Davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Eventualverpflichtungen und andere außerbilanzielle Verpflichtungen
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	101.241.442	93.073.000
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	6.216.922	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	559.782	0	270.279
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	3.192.115	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	3.893.609	-	-
Bilanzposten	7.645.506	107.458.364	93.343.279
Eventualverpflichtungen und andere außerbilanzielle Verpflichtungen	0	41.145.004	41.145.004
Gesamt	7.645.506	148.603.368	134.488.283

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Die Zulässigkeit von Sicherheiten ist bei der RBI auf Konzernbasis geregelt, damit einheitliche Standards für die Einschätzung von Sicherheiten gewährleistet sind. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Sicherheiten Bewertung vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert, und Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft sind ebenfalls in der nachfolgenden Tabelle enthalten. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko.

Die Richtlinien der RBI für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt sind. Die nachstehenden Tabellen zeigen die zu fortgeführten Anschaffungskosten und die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte (Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Eventualverpflichtungen), die einer Wertminderung unterliegen:

2018 in € Tausend	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	4.862.759	81.106	4.781.653
Regierungen	920.605	676.328	244.277
Kreditinstitute	5.143.901	1.506.576	3.637.324
Sonstige Finanzunternehmen	6.711.862	2.572.406	4.139.457
Nicht-Finanzunternehmen	43.467.027	21.477.748	21.989.279
Haushalte	32.237.124	20.088.239	12.148.885
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	41.145.004	7.315.169	33.829.835
Gesamt	134.488.283	53.717.572	80.770.711

2017 in € Tausend	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Kreditinstitute und Regierungen	11.561.240	3.552.368	8.008.872
Sonstige Finanzunternehmen	4.323.704	1.758.158	2.565.545
Nicht-Finanzunternehmen	44.305.393	20.457.115	23.848.278
Haushalte	31.350.061	19.621.077	11.728.984
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	41.209.000	6.485.407	34.723.593
Gesamt	132.749.398	51.874.126	80.875.272

Etwa zwei Drittel der Sicherheiten, die von der RBI in Betracht gezogen werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen mehr als 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Andere Quellen für Sicherheiten sind Garantien (14 Prozent) sowie Sicherheiten aus Reverse-Repo-Geschäften und Wertpapieraufnahmen (14 Prozent).

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo aus finanziellen Vermögenswerten der Stage 3 und zu den entsprechenden Sicherheiten:

2018 in € Tausend	Kreditrisikovolumen (Stage 3)	Fair Value der Sicherheiten (Stage 3)	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten (Stage 3)	Wertminderung (Stage 3)
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	2.295	449	1.846	-2.264
Kreditinstitute	8.113	3.014	5.099	-8.113
Sonstige Finanzunternehmen	95.840	13.790	82.050	-65.422
Nicht-Finanzunternehmen	1.972.199	597.820	1.374.379	-1.143.465
Haushalte	1.066.514	233.406	833.108	-767.090
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	139.057	18.808	120.249	-56.859
Gesamt	3.284.017	867.287	2.416.731	-2.043.213

Die RBI hält in der Bilanz einen unwesentlichen Betrag an im Eigenbestand befindlichen Sicherheiten.

(35) Erwartete Kreditverluste

Die erwarteten Kreditverluste aus einem Finanzinstrument sind so zu bemessen, dass sie einen unverzerrten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Betrag darstellen, der durch Auswertung einer Reihe verschiedener möglicher Ergebnisse ermittelt wird, dem Zeitwert des Geldes und angemessenen und belastbaren Informationen entspricht, die zum Abschlussstichtag ohne unangemessenen Kosten- oder Zeitaufwand über vergangene Ereignisse, gegenwärtige Bedingungen und Prognosen künftiger wirtschaftlicher Bedingungen verfügbar sind.

Allgemeine Vorgehensweise

Für die Bemessung der Wertminderungen für erwartete Kreditverluste finanzieller Vermögenswerte – Amortized Cost bzw. finanzieller Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ist die Anwendung komplexer Modelle und signifikanter Prognosen über künftige wirtschaftliche Bedingungen und über zukünftiges Zahlungsverhalten erforderlich. Bei der

Anwendung der Rechnungslegungsanforderungen auf die Berechnung erwarteter Kreditverluste sind erhebliche Ermessensentscheidungen erforderlich, und zwar unter anderem:

- Festlegung der Kriterien für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos
- Auswahl geeigneter Modelle und Annahmen für die Berechnung erwarteter Kreditverluste
- Bestimmung der Anzahl und relativen Gewichtung zukunftsorientierter Szenarien für jede Produktart und Marktform und die damit verbundenen erwarteten Kreditverluste
- Zusammenfassung von Finanzinstrumenten anhand von gemeinsamen Ausfallrisikoeigenschaften in Gruppen mit dem Zweck der Berechnung erwarteter Kreditverluste

Für die RBI resultiert das Kreditrisiko aus dem Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, falls ein Kunde oder Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Kreditrisiken ergeben sich hauptsächlich aus Interbanken-, Firmenkunden- und Verbraucherkrediten sowie aus im Rahmen solcher Kreditgeschäfte bestehenden Kreditzusagen. Sie können jedoch auch aus gegebenen Finanzgarantien, z. B. Kreditbürgschaften, Akkreditiven und Akzepten, entstehen.

Weitere Kreditrisiken ergeben sich für die RBI aus Anlagen in Schuldtiteln und aus ihren Handelsaktivitäten (Handelskreditrisiken), einschließlich des Handels mit Vermögenswerten des Nicht-Aktien-Handelsportfolios und mit Derivaten, sowie aus Verrechnungssalden mit Gegenparteien und aus Reverse-Repo-Geschäften.

Die Schätzung des Kreditrisikos für die Zwecke der Risikosteuerung ist komplex und erfordert die Verwendung von Modellen, da sich das Risiko mit Änderungen der Marktbedingungen und der erwarteten Cash-Flows sowie mit dem Zeitablauf verändert. Die Beurteilung des Kreditrisikos eines Portfolios von Vermögenswerten zieht weitere Schätzungen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Ausfällen, die damit verbundenen Ausfallquoten und die Ausfallkorrelationen zwischen Gegenparteien nach sich. Die RBI berechnet erwartete Kreditverluste unter Einbeziehung der Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), des ausstehenden Betrags zum Zeitpunkt des Ausfalls (Exposure at Default, EAD) sowie der Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Dies ist der vorherrschende Ansatz für die Bemessung erwarteter Kreditverluste nach IFRS 9.

IFRS 9 schreibt ein dreistufiges Wertminderungsmodell auf der Grundlage von Veränderungen der Kreditqualität seit dem erstmaligen Ansatz vor. Dieses Modell verlangt, dass ein Finanzinstrument, für das bei seinem erstmaligen Ansatz noch keine objektiven Hinweise für eine Wertminderung vorliegen, der Stage 1 zugeordnet und sein Kreditrisiko laufend beobachtet wird. Wenn ein signifikanter Anstieg des Kreditausfallrisikos seit dem erstmaligen Ansatz festgestellt wird, wird das Finanzinstrument in Stage 2 transferiert, gilt aber noch nicht als wertgemindert. Sobald das Finanzinstrument wertgemindert ist, wird es in Stage 3 transferiert.

Für Finanzinstrumente in Stage 1 hat das Unternehmen die Wertberichtigung in Höhe des erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlusts zu bemessen und erfolgswirksam zu erfassen. Das ist jener Betrag, der dem Teil der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Zahlungsausfälle entspricht, die aus möglichen Ausfallereignissen resultieren, deren Eintritt innerhalb der nächsten zwölf Monate nach dem Abschlussstichtag erwartet wird. Bei Finanzinstrumenten in den Stages 2 oder 3 sind die erwarteten Kreditverluste in Höhe der über die Laufzeit des Instruments erwarteten Zahlungsausfälle zu erfassen. Gemäß IFRS 9 sind bei der Berechnung erwarteter Kreditverluste zukunftsorientierte Informationen zu berücksichtigen. Finanzielle Vermögenswerte mit bereits bei Erwerb oder Ausreichung beeinträchtigter Bonität (POCI) sind solche finanzielle Vermögenswerte, die bereits beim erstmaligen Ansatz wertgemindert sind. Ihr erwarteter Kreditverlust wird immer auf Basis der Laufzeit des Instruments ermittelt (Stage 3).

Signifikante Erhöhung des Kreditrisikos

Die RBI sieht die Erhöhung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments dann als signifikant an, wenn eines oder mehrere der folgenden quantitativen, qualitativen oder Backstop-Kriterien erfüllt sind:

Quantitative Kriterien

Die RBI verwendet quantitative Kriterien als Primärindikatoren für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos für alle wesentlichen Portfolios und zusätzlich qualitative Kriterien wie 30-Tage-Überfälligkeit oder Forbearance-Maßnahmen für eine bestimmte Fazilität als widerlegbare Vermutung. Für die quantitative Einstufung vergleicht die RBI die Laufzeit-PD-Kurve zum Stichtag mit der Zukunfts-Laufzeit-PD-Kurve zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung. Aufgrund der unterschiedlichen Natur der Produkte zwischen Non-Retail- und Retail-Kunden unterscheiden sich auch die Methoden zur Bewertung potenzieller signifikanter Erhöhungen des Kreditrisikos geringfügig.

Um die zwei Kurven für das Kreditrisiko von Non-Retail-Kunden vergleichbar zu machen, werden die PD zu annualisierten PD reduziert. Bei einem Anstieg der PD um 250 Prozent oder mehr wird von einem signifikanten Anstieg des Kreditrisikos ausgegangen. Bei längeren Laufzeiten wird die Schwelle von 250 Prozent reduziert, um den Laufzeiteffekt zu berücksichtigen.

Beim Retail-Obligo werden dagegen die verbleibenden kumulativen PD verglichen. Hierbei wird im Allgemeinen dann von einem signifikanten Anstieg des Kreditrisikos ausgegangen, wenn ein relativer Anstieg der kumulierten verbleibenden PD über einem bestimmten Schwellenwert liegt. Die Höhe des Schwellenwerts wurde empirisch für jedes einzelne Portfolio basierend auf den Merk-

malen des jeweiligen Rating-Modells, das für das jeweilige Produkt angewendet wird, geschätzt und liegt zwischen 150 und 300 Prozent.

In Bezug auf den Schwellenwert, ab dem ein Finanzinstrument auf Stage 2 übertragen werden muss, hat sich die RBI für die zuvor genannten Schwellenwerte auf der Grundlage der aktuellen Marktpraxis entschieden.

Qualitative Kriterien

Die RBI verwendet für alle wesentlichen Portfolios qualitative Kriterien als Sekundärindikatoren für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments. Ein Transfer in Stage 2 findet statt, wenn die unten genannten Kriterien erfüllt sind.

Für Portfolios der Bereiche öffentlicher Sektor, Banken, Unternehmen und Projektfinanzierung, wenn den Kreditnehmer eines oder mehrere der folgenden Kriterien betreffen:

- Externe Marktindikatoren
- Änderungen von Vertragsbedingungen
- Änderungen im Managementansatz
- Fachmeinung von Experten

Die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos berücksichtigt zukunftsorientierte Informationen und wird quartalsmäßig auf Einzelgeschäftsebene für alle von der RBI gehaltenen Nicht-Privatkundenportfolios durchgeführt.

Für Privatkundenportfolios, wenn der Kreditnehmer eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt:

- Zugeständnisse, die der Kreditgeber dem Kreditnehmer aus wirtschaftlichen oder vertraglichen Gründen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kreditnehmers macht, ansonsten aber nicht gewähren würde (sog. Forbearance)
- Fachmeinung von Experten

Die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos berücksichtigt zukunftsorientierte Informationen und wird monatlich auf Einzelgeschäftsebene für alle von der RBI gehaltenen Privatkundenportfolios durchgeführt.

Backstop

Ein Backstop wird angewendet und eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments angenommen, wenn der Kreditnehmer mit seinen vertraglichen Zahlungen mehr als 30 Tage überfällig ist. In einigen wenigen Fällen wird die Annahme widerlegt, dass mehr als 30 Tage überfällige finanzielle Vermögenswerte in Stage 2 ausgewiesen werden sollen.

Ausnahme für niedrige Ausfallrisiken

In ausgewählten Fällen für überwiegend staatliche Schuldverschreibungen macht die RBI von der Ausnahmeregelung für Finanzinstrumente mit geringem Kreditrisiko Gebrauch. All jene Wertpapiere, die als geringes Kreditrisiko eingestuft werden, haben ein Rating, das mindestens einem Investment-Grade-Rating entspricht, d. h. mindestens Standard & Poor's BBB-, Moody's Baa3 oder Fitch BBB-. Im Kreditgeschäft hat die RBI die Ausnahmeregelung für niedrige Kreditrisiken nicht in Anspruch genommen.

Definition der Begriffe Ausfall und wertgeminderte Vermögenswerte

Gemäß der Definition der RBI – analog zur Definition von wertgemindert – liegt bei einem Finanzinstrument ein Ausfall vor, wenn eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt sind:

Quantitative Kriterien

Der Kreditnehmer ist mit seinen vertraglichen Zahlungen mehr als 90 Tage überfällig. Es wird kein Versuch unternommen, die Annahme zu widerlegen, dass mehr als 90 Tage überfällige finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 auszuweisen sind.

Qualitative Kriterien

Auf den Kreditnehmer treffen Kriterien zu, die auf erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Kreditnehmers und auf eine hohe Wahrscheinlichkeit einer Zahlungsunfähigkeit hindeuten. Dazu zählen folgende Ereignisse:

- Die Kreditverpflichtung wird aufgrund ihrer verschlechterten Kreditqualität zinslos gestellt.
- Die Kreditverpflichtung wird mit einem erheblichen wirtschaftlichen Verlust verkauft.
- Die Kreditverpflichtung unterliegt einer notleidenden Restrukturierung.
- Der Kreditnehmer ist bankrott bzw. insolvent.
- Der Kreditnehmer hat einen Kreditbetrug begangen.
- Der Kreditnehmer ist verstorben.
- Der Kreditvertrag wurde vorzeitig beendet, weil der Kreditnehmer die vertraglichen Verpflichtungen nicht eingehalten hat.

Die oben genannten Kriterien wurden auf alle von der RBI gehaltenen finanziellen Vermögenswerte angewendet und stimmen mit der für die internen Kreditrisikosteuerungszwecke verwendeten Definition eines Ausfalls überein. Die Definition eines Ausfalls wurde in den Berechnungen der erwarteten Kreditverluste der RBI zur Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), des ausstehenden Betrags zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD) sowie der Verlustquote bei Ausfall (LGD) einheitlich angewendet.

Eine Einstufung als Ausfall liegt bei einer Kreditverpflichtung nicht mehr vor, wenn – nach einem Zeitraum von mindestens drei Monaten (sechs Monate nach einer notleidenden Restrukturierung) – der Kunde während dieses Zeitraums eine gute Zahlungsdisziplin zeigte und keine weiteren Anhaltspunkte für die hohe Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit festgestellt wurden.

Erläuterung der Input-Daten, Annahmen und Schätztechniken

Der erwartete Kreditverlust wird entweder auf der Basis einer Zwölf-Monats-Betrachtung oder einer Betrachtung der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste berechnet – je nachdem, ob seit dem erstmaligen Ansatz eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eingetreten ist oder ob ein Vermögenswert als wertgemindert angesehen wird. Zukunftsorientierte wirtschaftliche Informationen werden ebenfalls in die Bestimmung der PD, EAD und LGD für einen Zwölf-Monats-Horizont und jener für die Gesamtlaufzeit einbezogen. Diese Annahmen unterscheiden sich je nach Produktart. Die erwarteten Kreditverluste sind das diskontierte Produkt aus der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlustquote bei Ausfall (LGD), dem ausstehenden Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD) und dem Diskontierungszins (Discount Factor, D).

Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)

Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer entweder innerhalb der nächsten zwölf Monate oder in der gesamten Restlaufzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Im Allgemeinen wird die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Laufzeit ausgehend von der regulatorischen Zwölf-Monats-Ausfallwahrscheinlichkeit berechnet, bereinigt um jegliche konservative Abschläge. Danach werden verschiedene statistische Methoden zur Einschätzung der Entwicklung des Ausfallprofils vom Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes über die Gesamtlaufzeit des Kredits oder des Kreditportfolios angewendet. Das Profil beruht auf historischen beobachteten Daten und parametrischen Funktionen.

Zur Schätzung des Ausfallprofils ausstehender Kreditbeträge wurden verschiedene Modelle verwendet, die sich in die folgenden Kategorien zusammenfassen lassen:

- Öffentlicher Sektor, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW): Das Ausfallprofil wird mithilfe eines Übergangsmatrix-Ansatzes erstellt. Zukunftsorientierte Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen.
- Firmenkunden, Projektfinanzierungen und Finanzinstitute: Das Ausfallprofil wird unter Verwendung eines parametrischen Überlebensregressionsansatzes (Weibull) erstellt. Zukunftsorientierte Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen. Die Kalibrierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten basiert auf der Kaplan-Maier-Methodik mit Auszahlungsanpassung.
- Privatkundenhypothesen und andere Privatkundenkredite: Das Ausfallprofil wird mithilfe einer parametrischen Überlebensregression in konkurrierenden Risikorahmen erstellt. Zukunftsorientierte Informationen werden unter Verwendung von Satellitenmodellen in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen.

In den wenigen Fällen, in denen einzelne Input-Daten nicht vollständig verfügbar sind, werden für die Berechnung die Techniken der Gruppierung, der Mittelung und des Benchmarking der Input-Daten verwendet.

Verlustquote bei Ausfall (LGD)

Die Verlustquote bei Ausfall entspricht der Erwartung der RBI bezüglich der Verlusthöhe bei einem Forderungsausfall. Die Verlustquoten unterscheiden sich je nach Art des Kreditnehmers und des Produkts. Sie werden bei Ausfall als prozentualer Verlust pro Einheit des ausstehenden Betrags zum Zeitpunkt des Ausfalls ausgedrückt und entweder auf der Basis von zwölf Monaten oder der Gesamtlaufzeit berechnet. Dabei entspricht die Zwölf-Monats-Verlustquote dem erwarteten anteiligen Verlust bei Ausfall innerhalb der nächsten zwölf Monate, die Gesamtlaufzeit-Verlustquote dem entsprechenden Wert bei Ausfall in der erwarteten Restlaufzeit des Kredits.

Verschiedene Modelle wurden zur Schätzung der Verlustquote ausstehender Kreditforderungen verwendet. Sie lassen sich in folgende Kategorien zusammenfassen:

- Öffentlicher Sektor: Die Ausfallquote wird mithilfe marktimpliziter Quellen ermittelt.
- Firmenkunden, Projektfinanzierungen, Finanzinstitute, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen: Die Verlustquote bei Ausfall wird durch die Diskontierung von Cash-Flows berechnet, die während des Workout-Prozesses eingetrieben werden. Zukunftsorientierte Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Verlustquote bei Ausfall einbezogen.

- Privatkundenhypothesen und andere Privatkundenkredite: Die Verlustquote bei Ausfall wird berechnet, indem die regulatorische Ausfallquote um Anpassungen für einen Konjunkturabschwung und andere konservative Abschläge bereinigt wird. Zukunftsorientierte Informationen werden unter Verwendung von verschiedenen Satellitenmodellen in die Ausfallquote einbezogen.

In den wenigen Fällen, in denen einzelne Input-Daten nicht vollständig zur Verfügung stehen, werden alternative Eintreibungsmodelle, das Benchmarking von Input-Daten sowie die Fachmeinung von Experten für die Berechnung herangezogen.

Ausstehender Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD)

Der ausstehende Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls entspricht jenem Betrag, den die RBI zum Zeitpunkt des Ausfalls über die nächsten zwölf Monate oder über die verbleibende Gesamtlaufzeit als ausstehend erwartet. Die EAD für einen Zwölf-Monats-Horizont und die Gesamtlaufzeit werden auf Grundlage des erwarteten Zahlungsprofils ermittelt, das sich je nach Produktart unterscheidet. Für amortisierende Produkte und für endfällige Kredite beruht dieses auf den vertraglichen Rückzahlungen, die der Kreditnehmer über einen Zeitraum von zwölf Monaten oder über die Gesamtlaufzeit schuldet. Gegebenenfalls werden Annahmen bezüglich vorzeitiger Rückzahlung oder Refinanzierung ebenfalls bei der Berechnung berücksichtigt.

Für revolving Produkte wird der ausstehende Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls so bestimmt, dass zum momentan gezogenen Betrag ein Kreditkonversionsfaktor addiert wird, der die erwartete Inanspruchnahme des verbleibenden Limits bis zum Zeitpunkt des Ausfalls mit abbildet. Der Kreditkonversionsfaktor wird um die regulatorischen Sicherheitsmargen bereinigt. In den wenigen Fällen, in denen einzelne Input-Daten nicht vollständig zur Verfügung stehen, wird ein Benchmarking der Input-Daten für die Berechnung verwendet.

Diskontierungszinssatz

Im Allgemeinen ist für finanzielle Vermögenswerte, bei denen es sich nicht um Leasing oder POCI handelt, der bei der Berechnung des erwarteten Kreditverlusts verwendete Diskontierungszinssatz der Effektivzinssatz oder ein Näherungswert davon.

Berechnung

Der erwartete Kreditverlust ist das Produkt aus PD, LGD und EAD, multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, nicht vor dem betreffenden Zeitraum auszufallen. Letzteres wird durch die Überlebensfunktion S ausgedrückt. Die dadurch effektiv berechneten zukünftigen Werte erwarteter Kreditverluste werden sodann auf den Berichtszeitpunkt diskontiert und summiert. Die Ergebnisse daraus werden schließlich je nach zukunftsorientiertem Szenario gewichtet.

Zur Schätzung der Wertminderungen ausstehender Kreditbeträge werden verschiedene Modelle verwendet, die sich in die folgenden Kategorien zusammenfassen lassen:

- Öffentlicher Sektor, Firmenkunden, Projektfinanzierungen, Finanzinstitute, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren: Die Wertminderung der Stage 3 wird von Workout-Managern berechnet, die die erwarteten Cash-Flows mit dem geeigneten Effektivzinssatz diskontieren.
- Privatkundenhypothesen: Die Wertminderung der Stage 3 wird bei der Mehrheit der Konzerneinheiten durch die Berechnung der statistisch abgeleiteten besten Schätzung des erwarteten Verlusts, bereinigt um indirekte Kosten, ermittelt und bei vier Konzerneinheiten durch die Berechnung des diskontierten Erlöses aus der Verwertung der Sicherheiten.
- Andere Privatkundenkredite: Die Wertminderung der Stage 3 wird durch die Berechnung der statistisch abgeleiteten besten Schätzung des erwarteten Verlusts, bereinigt um indirekte Kosten, ermittelt.

Gemeinsame Ausfallrisikoeigenschaften in Gruppen

Nahezu alle Wertminderungen nach IFRS 9 werden kollektiv bewertet. Nur für die Non-Retail-Geschäfte der Stage 3 werden die Wertminderungen einzeln bewertet. Für die Bemessung der erwarteten Kreditverluste auf kollektiver Basis wird eine Gruppierung von Risikopositionen auf Grundlage gemeinsamer Kreditrisikomerkmale (im Sinn von Ausfallrisikoeigenschaften) durchgeführt, sodass die Risikopositionen innerhalb jeder Gruppe ähnlich sind. Charakteristika von Retail-Krediten sind auf Ebene der Länder, der Buchhaltungsklassifizierungen (Haushalte und Klein- und Mittelbetriebe), der Produkte (z. B. Hypothesen, persönliche Darlehen, Kontokorrentkredite oder Kreditkarten), der Rating-Noten für die Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquoten bei Ausfall, Rating-Pools bzw. Loan-to-Value-Gruppen zusammengefasst. Für jede Kombination der aufgezählten Charakteristika wurde ein individuelles Modell entwickelt. Non-Retail-Geschäfte werden nach Ländern und Produkten gruppiert und als LGD- und EAD-Parameter verwendet.

Zukunftsorientierte Informationen

Die Beurteilung der signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos und die Berechnung der erwarteten Kreditverluste beziehen beide auch zukunftsorientierte Informationen mit ein. Die RBI hat für jedes Portfolio historische Analysen durchgeführt und ökonomische Schlüsselfaktoren identifiziert, die sich auf das Kreditrisiko und die erwarteten Kreditverluste auswirken.

Diese ökonomischen Variablen und ihre Auswirkungen auf die Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Ausfall und den ausstehenden Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls unterscheiden sich je nach Art der Kategorie. Prognosen für diese ökonomischen Variablen (das ökonomische Basisszenario) werden quartalsweise von Raiffeisen Research zur Verfügung gestellt und vermitteln ein Best-Estimate-Bild der Volkswirtschaft in den nächsten drei Jahren. Zu den zukunftsgerichteten Informationen gehören auch die zur Verbesserung der Regression verwendete Credit Clock, die den aktuellen Kreditzyklus und den davon abgeleiteten Ausblick auf die Entwicklung des Kreditzyklus wiedergibt. Für den Zeitraum über diese drei Jahre hinaus wurde zur Prognose der ökonomischen Variablen für die gesamte Restlaufzeit jedes Instruments ein Mittelwertrückkehr-Ansatz (Mean Reversion) verwendet. Demnach tendieren ökonomische Variablen bis zur Fälligkeit entweder zu einem langfristigen Durchschnittswert oder zu einer langfristigen Durchschnitts-Wachstumsrate. Die Auswirkungen dieser ökonomischen Variablen auf die Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Ausfall und den ausstehenden Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls wurden mithilfe statistischer Regressionen bestimmt, um daraus die historischen Auswirkungen der Änderungen dieser Variablen auf die Ausfallraten und die Komponenten der Verlustquote bei Ausfall und den ausstehenden Betrag zum Zeitpunkt des Ausfalls zu erkennen.

Zusätzlich zum Basisszenario hat Raiffeisen Research auch ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario geschätzt, um sicherzustellen, dass die Nicht-Linearität erfasst wird. Die RBI hat beschlossen, dass drei oder weniger Szenarien die Nicht-Linearität passend erfassen. Auf der Ebene von Raiffeisen Research wurde in Abstimmung mit dem Risikomanagement der RBI ein Expertenurteil über idiosynkratische Risiken angewendet, was zu einer selektiven Anpassung an die optimistischen und pessimistischen Szenarien führte. Im Fall einer potenziellen negativen oder positiven Prognoseverzerrung ausgewählter makroökonomischer Indikatoren kann eine potenzielle Bias-Korrektur auf Länderebene durchgeführt werden. Dabei wird die Bandbreite möglicher Ergebnisse berücksichtigt, die für jedes ausgewählte Szenario charakteristisch ist. Zur Bestimmung der wahrscheinlichkeitsgewichteten erwarteten Kreditverluste durchläuft jedes Szenario das entsprechende ECL-Modell (Expected Credit Loss Modell), das Ergebnis daraus wird mit der angemessenen Szenariogewichtung multipliziert.

So wie alle ökonomischen Vorhersagen unterliegen auch die hier beschriebenen Prognosen und Eintrittswahrscheinlichkeiten einer hohen inhärenten Unsicherheit. Die tatsächlichen Ergebnisse können somit erheblich von den prognostizierten abweichen. Der Konzern sieht diese Prognosen jedoch als die bestmögliche Schätzung der künftigen Ergebnisse an, die auch allfällige Nicht-Linearitäten und Asymmetrien in den verschiedenen Portfolios des Konzerns abdecken.

Nachstehend sind die wichtigsten Annahmen, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste zum Bilanzstichtag verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research 15. Oktober 2018)

Reales BIP	Szenario	2019	2020	2021
Österreich	Optimistisch	2,3%	2,0%	1,3%
	Basis	1,7%	1,4%	0,6%
	Pessimistisch	0,5%	0,1%	-0,9%
Russland	Optimistisch	3,1%	3,2%	3,3%
	Basis	1,5%	1,5%	1,3%
	Pessimistisch	-1,2%	-1,5%	-2,2%
Polen	Optimistisch	4,4%	3,6%	2,6%
	Basis	3,9%	3,1%	2,0%
	Pessimistisch	2,6%	1,7%	0,3%
Rumänien	Optimistisch	4,8%	4,5%	4,0%
	Basis	3,5%	3,0%	2,3%
	Pessimistisch	0,8%	0,1%	-1,2%
Slowakei	Optimistisch	5,6%	4,6%	4,0%
	Basis	4,0%	2,8%	1,9%
	Pessimistisch	2,1%	0,7%	-0,5%
Kroatien	Optimistisch	3,5%	3,1%	2,6%
	Basis	2,5%	2,0%	1,3%
	Pessimistisch	0,0%	-0,8%	-1,9%

Arbeitslosigkeit	Szenario	2019	2020	2021
Österreich	Optimistisch	4,5%	4,5%	4,8%
	Basis	4,8%	4,8%	5,2%
	Pessimistisch	5,4%	5,5%	6,0%
Russland	Optimistisch	3,8%	3,7%	4,0%
	Basis	5,0%	5,0%	5,5%
	Pessimistisch	6,4%	6,5%	7,3%
Polen	Optimistisch	3,8%	3,0%	4,1%
	Basis	5,3%	4,6%	6,0%
	Pessimistisch	8,5%	8,1%	10,1%
Rumänien	Optimistisch	3,9%	4,1%	5,5%
	Basis	4,3%	4,5%	6,0%
	Pessimistisch	5,3%	5,6%	7,3%
Slowakei	Optimistisch	3,6%	3,3%	4,2%
	Basis	5,5%	5,4%	6,7%
	Pessimistisch	8,5%	8,6%	10,5%
Kroatien	Optimistisch	7,8%	7,2%	8,5%
	Basis	9,0%	8,5%	10,0%
	Pessimistisch	11,8%	11,6%	13,6%

Lifetime Bond Rate	Szenario	2019	2020	2021
Österreich	Optimistisch	-0,2%	0,1%	-0,5%
	Basis	1,0%	1,4%	1,1%
	Pessimistisch	2,1%	2,6%	2,4%
Russland	Optimistisch	7,6%	7,4%	5,2%
	Basis	9,2%	9,2%	7,2%
	Pessimistisch	11,2%	11,3%	9,7%
Polen	Optimistisch	2,8%	3,2%	2,8%
	Basis	3,4%	3,8%	3,5%
	Pessimistisch	4,8%	5,4%	5,3%
Rumänien	Optimistisch	3,7%	3,7%	2,6%
	Basis	5,1%	5,2%	4,5%
	Pessimistisch	7,1%	7,4%	7,0%
Slowakei	Optimistisch	0,7%	1,0%	1,3%
	Basis	1,3%	1,7%	2,1%
	Pessimistisch	3,1%	3,7%	4,5%
Kroatien	Optimistisch	2,1%	2,3%	2,4%
	Basis	2,3%	2,6%	2,8%
	Pessimistisch	3,8%	4,3%	4,7%

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: optimistisches Szenario 25 Prozent, Basiszenario 50 Prozent, pessimistisches Szenario 25 Prozent.

Für im Modell nicht abbildbare erwartete Kreditrisiken aufgrund außerordentlicher Ereignisse werden zusätzliche Wertminderungen gebildet, die den ganzheitlichen Charakter der Kreditrisikoanalyse widerspiegeln. Dies führte zu zusätzlichen Wertminderungen in der Höhe von € 53.852 Tausend (Stage 2). Der größte Teil davon betrifft eine Wertminderung für russische Unternehmens Exposures zur Abdeckung erwarteter Verluste im Zusammenhang mit möglichen zukünftigen Sanktionen. Sie beinhalten auch höhere Wertminderungen für erwartete Ausfälle bei Hypothekenkrediten aufgrund staatlicher Zinsklauseln für Privatkunden in der Tschechischen Republik und bei Fremdwährungskrediten an Privatkunden aufgrund von Verbraucherschutzinitiativen in Rumänien.

Sensitivitätsanalyse

Die wichtigsten Annahmen, die sich auf die Sensitivität der erwarteten Wertminderungen auswirken, lauten wie folgt:

- Bruttoinlandsprodukt (alle Portfolios)
- Arbeitslosenquote (alle Portfolios)
- Langfristiger Zinssatz für Staatsanleihen (insbesondere Non-Retail-Portfolios)
- Immobilienpreise (insbesondere Retail-Portfolios)

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Die optimistischen und pessimistischen Szenarien spiegeln keine Extremfälle wider, sondern den Durchschnitt der Szenarien, die in diesen Fällen verteilt werden. Diese Informationen dienen der Veranschaulichung.

2018 in € Tausend	31.12.2018 (25/50/25%)	100% Optimistisch	100% Basis	100% Pessimistisch
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 & 2)	572.193	501.107	560.941	660.891

Die nachstehende Tabelle zeigt die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung der RBI für finanzielle Vermögenswerte durch den Vergleich der gemeldeten Beträge für alle mit einer Wertminderung verbundenen Vermögenswerte und den Sonderfall, in dem alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1). Da es keine historischen Daten für den Stage-Transfer gibt, ist es derzeit nicht möglich, eine angemessene Steigerung zu schätzen, jedoch wird erwartet, dass der prozentuale Anteil von finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 niemals 100 Prozent erreichen wird. Diese Informationen dienen der Veranschaulichung.

2018 in € Tausend	31.12.2018 (25/50/25%)	100% Lebende Forderungen in Stage 1	Auswirkungen von Stage Transfer
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 & 2)	572.193	311.371	-260.822

Die nachstehende Tabelle zeigt die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierten Wertminderungen der RBI für finanzielle Vermögenswerte durch den Vergleich der gemeldeten Beträge für alle Vermögenswerte, die einer Wertminderung unterliegen, mit dem Sonderfall, in dem alle kumulierten Wertminderungen auf Grundlage der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste bewertet werden (Stage 2). Da es keine historischen Daten für den Stage-Transfer gibt, ist es derzeit nicht möglich, eine angemessene Steigerung zu schätzen, jedoch wird nicht erwartet, dass der prozentuale Anteil von finanziellen Vermögenswerten in Stage 2 niemals 100 Prozent erreichen wird. Diese Informationen dienen der Veranschaulichung.

2018 in € Tausend	31.12.2018 (25/50/25%)	100% Lebende Forderungen in Stage 2	Auswirkungen von Stage Transfer
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 & 2)	572.193	1.278.320	706.127

Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte

Kredite und Schuldverschreibungen werden teilweise oder vollständig ausgebucht, wenn nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer Rückzahlung ausgegangen werden kann. Dies geschieht, wenn der Kreditnehmer keine Einnahmen aus dem operativen Geschäft mehr erzielt und die Sicherheiten keine ausreichenden Cash-Flows generieren können, um Beträge, die der Abschreibung unterliegen, zurückzahlen. Für das Exposure von Unternehmen in Insolvenz werden Kredite auf den Wert der Sicherheiten abgeschrieben, falls das Unternehmen keine Cash-Flows aus dem operativen Geschäft mehr erzielt. Im Retail-Geschäft werden qualitative Faktoren berücksichtigt. In Fällen, in denen seit einem Jahr keine Zahlung geleistet wurde, werden hier die ausstehenden Beträge ausgebucht, wobei abgeschriebene Vermögenswerte weiter Gegenstand von Vollstreckungstätigkeiten sein können.

Für das Exposure von Unternehmen in sogenannten Gone-Concern-Fällen werden Kredite auf den Wert der Sicherheiten abgeschrieben, falls das Unternehmen keine Cash-Flows aus dem operativen Geschäft mehr generiert. Im Retail-Geschäft werden qualitative Faktoren berücksichtigt. In Fällen, in denen seit einem Jahr keine Zahlung geleistet wurde, werden hier die ausstehenden Beträge ausgebucht.

Die ausstehenden Bruttoforderungen aus finanziellen Vermögenswerten, die noch Gegenstand der Vollstreckungstätigkeit sind, betragen € 1.844.101 Tausend.

(36) Bruttoforderungen nach Stages

Das Kreditportfolio der RBI ist diversifiziert und berücksichtigt die Art des Kunden, die geografische Region und die Industrie. Einzelkonzentrationen werden durch Limits und regelmäßige Berichterstattung aktiv gesteuert (auf Basis des Konzepts von Gruppen zusammenhängender Kunden). Daraus ergibt sich eine hohe Granularität des Portfolios. Aus folgender Tabelle sind die finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost auf Basis der jeweiligen Gegenparteien und Stages ersichtlich. Dabei zeigt sich der Fokus der Bank auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und der Haushalte:

2018 in € Tausend	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	4.950.473	0	0	-950	0	0	0,0%	-	-
Regierungen	6.614.908	297.855	2.295	-1.146	-1.407	-2.264	0,0%	0,5%	98,7%
Kreditinstitute	5.842.461	532.657	8.113	-319	-148	-8.113	0,0%	0,0%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	6.555.542	523.857	95.840	-6.237	-4.188	-65.422	0,1%	0,8%	68,3%
Nicht- Finanzunternehmen	36.089.237	5.636.275	1.972.199	-91.174	-94.377	-1.143.465	0,3%	1,7%	58,0%
Haushalte	25.454.798	5.598.418	1.066.514	-66.900	-232.470	-767.090	0,3%	4,2%	71,9%
davon Hypothekar	11.385.852	3.862.265	453.176	-10.617	-114.329	-259.463	0,1%	3,0%	57,3%
Total	85.507.420	12.589.062	3.144.961	-166.725	-332.589	-1.986.355	0,2%	2,6%	63,2%

Die folgende Aufteilung der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Segmenten zeigt die hohe Diversifikation des Kreditgeschäfts der RBI in den europäischen Märkten:

2018 in € Tausend	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentraleuropa	29.756.988	5.284.773	998.911	-45.096	-137.988	-632.920	0,2%	2,6%	63,4%
davon									
Tschechien	13.570.295	2.363.977	224.242	-18.556	-43.104	-154.781	0,1%	1,8%	69,0%
davon Ungarn	4.368.347	827.917	198.634	-5.699	-22.463	-135.492	0,1%	2,7%	68,2%
davon Slowakei	9.513.874	1.727.718	239.578	-16.851	-32.161	-164.985	0,2%	1,9%	68,9%
Südosteuropa	15.488.875	1.608.911	772.204	-55.337	-101.112	-538.987	0,4%	6,3%	69,8%
davon Rumänien	5.631.576	555.358	243.443	-19.538	-45.691	-150.084	0,3%	8,2%	61,7%
Osteuropa	11.623.230	1.947.883	503.359	-31.492	-53.041	-304.128	0,3%	2,7%	60,4%
davon Russland	8.862.090	1.657.404	260.052	-17.564	-44.945	-141.029	0,2%	2,7%	54,2%
Österreich und Sonstige ¹	28.638.326	3.747.495	870.486	-34.801	-40.448	-510.319	0,1%	1,1%	58,6%
Total	85.507.420	12.589.062	3.144.961	-166.725	-332.589	-1.986.355	0,2%	2,6%	63,2%

¹ Österreich beinhaltet im Wesentlichen das Geschäft der Konzenzentrale und der Raiffeisen Bausparkasse. Sonstige inkludiert auch allfällige Konsolidierungseffekte.

Die Beträge der Stage 1 beinhalten Vermögenswerte in Höhe von € 9.789.961 Tausend, für die die Ausnahmeregelung für das geringe Kreditrisiko angewendet wurde. Darüber hinaus enthält Stage 3 erworbene oder entstandene wertgeminderte Vermögenswerte (POCI) in Höhe von € 305.197 Tausend, von denen € 276.259 Tausend notleidende Kredite und € 28.938 Tausend lebende Kredite sind. Die RBI verfügt über Finanzinstrumente in Höhe von € 3.521.864 Tausend, für die sich aufgrund der Sicherheiten keine erwarteten Kreditverluste ergeben.

Für weiterführende Informationen zum Konzentrationsrisiko nach Industrie-Klassifizierung und Fremdwährungsposition wird auf den Risikobericht verwiesen.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen nach Gegenparteien und Stages dargestellt. Dabei zeigt sich der Fokus der RBI auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen:

2018 in € Tausend	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	96	0	0	0	0	0	0,1%	-	-
Regierungen	519.132	13.052	266	90	2	0	0,0%	0,0%	0,0%
Kreditinstitute	2.110.567	303.390	0	542	1.002	0	0,0%	0,3%	-
Sonstige Finanzunternehmen	2.040.649	1.643.330	589	1.467	2.602	579	0,1%	0,2%	98,3%
Nicht-Finanzunternehmen	27.159.587	2.782.710	127.459	26.876	21.976	47.011	0,1%	0,8%	36,9%
Haushalte	3.483.205	950.231	10.744	7.663	6.671	9.269	0,2%	0,7%	86,3%
Total	35.313.236	5.692.712	139.057	36.638	32.253	56.859	0,1%	0,6%	40,9%

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich von der Bewertung auf Grundlage erwarteter Zwölf-Monats-Verluste hin zur Bewertung auf Basis erwarteter Verluste über die Restlaufzeit oder umgekehrt bewegt haben:

2018 in € Tausend	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-6.070.961	6.070.961	-53.391	235.932	0,9%	3,9%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	-72.250	72.250	-58	2.159	0,1%	3,0%
Kreditinstitute	-163.760	163.760	-15	40	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	-168.003	168.003	-158	3.545	0,1%	2,1%
Nicht-Finanzunternehmen	-2.352.054	2.352.054	-17.418	81.366	0,7%	3,5%
Haushalte	-3.314.895	3.314.895	-35.742	148.822	1,1%	4,5%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust	1.782.336	-1.782.336	46.138	-98.205	2,6%	5,5%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	34.989	-34.989	14	-61	0,0%	0,2%
Kreditinstitute	15.291	-15.291	24	-24	0,2%	0,2%
Sonstige Finanzunternehmen	22.702	-22.702	122	-122	0,5%	0,5%
Nicht-Finanzunternehmen	271.578	-271.578	3.153	-13.179	1,2%	4,9%
Haushalte	1.437.776	-1.437.776	42.825	-84.818	3,0%	5,9%

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewertung der Verlustzulage von erwarteten zwölfmonatigen Kreditverlusten zu Lifetime betrug € 182.541 Tausend. Der Rückgang der Wertminderungen, der sich aus der Bewertung der Risikovorsorge von Lifetime auf die erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverluste bezieht, betrug € 52.067 Tausend.

(37) Entwicklung der Wertminderungen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien finanziellen Vermögenswerte - Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income:

in € Tausend	Stage 1 Erwarteter 12-Monats- Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Stand 1.1.2018	188.295	369.830	2.911.475	3.469.600
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	91.537	28.037	109.452	229.025
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen	-36.751	-41.989	-414.855	-493.595
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-26.761	61.602	328.213	363.053
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	-16	18	-986	-983
Verminderung des Wertberichtigungskontos aufgrund von Abschreibungen	-7.372	-6.412	-622.944	-636.728
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	172	609	-3.667	-2.886
Änderung Konsolidierungskreis	-17.237	-47.185	-207.080	-271.503
Wechselkurse und andere	-21.353	-31.721	-113.253	-166.327
Stand 31.12.2018	170.512	332.789	1.986.355	2.489.656

Der Stand per 1. Jänner 2018 berücksichtigt bereits den Überleitungseffekt aufgrund der Einführung von IFRS 9 in Höhe von € 268.697 Tausend. Die Veränderung in der Berichtsperiode belief sich auf € 979.944 Tausend. Weiters trugen Rückzahlungen sowie Verkäufe von notleidenden Krediten in Höhe von € 612.598 Tausend vor allem in der RBI AG sowie in Russland, in der Ukraine und in Kroatien zur positiven Entwicklung bei.

Die Wertminderungen sind im Wesentlichen der Stage 3 zuzuordnen und resultieren aus Forderungen gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten vor allem in Zentral- und Südosteuropa.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Tausend	Stage 1 Erwarteter 12-Monats- Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Stand 1.1.2018	21.168	25.996	101.521	148.685
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	24.266	7.389	3.188	34.843
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen	-10.397	-5.721	-8.771	-24.890
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	0	0	-28.569	-28.569
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	0	0
Verminderung des Wertberichtigungskontos aufgrund von Abschreibungen	0	0	0	0
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	-2.464	-3.466	-2.734	-8.664
Wechselkurse und andere	4.064	8.055	-7.773	4.345
Stand 31.12.2018	36.638	32.253	56.860	125.750

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Wertminderungen und Rückstellungen nach IFRS-9-Ausfallstufen aufgeteilt nach Asset-Klassen:

2018 in € Tausend	Stage 1 Erwarteter 12-Monats- Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Forderungen und Schuldverschreibungen	170.512	332.789	1.986.355	2.489.656
Zentralbanken	999	0	0	999
Regierungen	4.632	1.560	2.264	8.455
Kreditinstitute	440	185	8.113	8.738
Sonstige Finanzunternehmen	6.349	4.198	65.422	75.969
Nicht-Finanzunternehmen	91.193	94.377	1.143.465	1.329.035
Haushalte	66.900	232.470	767.090	1.066.460
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	36.638	32.253	56.860	125.750
Gesamt	207.150	365.042	2.043.213	2.615.405

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Wertminderungen und Rückstellungen nach IFRS-9-Ausfallstufen aufgeteilt nach Segmenten:

2018 in € Tausend	Stage 1 Erwarteter 12-Monats- Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Forderungen und Schuldverschreibungen	170.512	332.789	1.986.355	2.489.656
Zentraleuropa	45.005	137.776	632.920	815.701
Südosteuropa	55.340	101.131	538.987	695.458
Osteuropa	34.578	52.953	304.128	391.659
Group Corporates & Markets	35.590	40.929	486.633	563.152
Corporate Center	0	0	23.686	23.686
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	36.638	32.253	56.860	125.750
Gesamt	207.150	365.042	2.043.213	2.615.405

Aufgrund der Einführung von IFRS 9 ist ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen und Vorsorgen für außerbilanzielle Verpflichtungen in der Vergleichsperiode:

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zuführung ¹	Auf- lösungen	Verbrauch ²	Umbuchung, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2017
Einzelwertberichtigungen	4.697.411	249.299	1.017.477	-695.073	-2.270.531	-133.232	2.865.350
Portfolio-Wertberichtigungen	380.954	22.651	164.275	-188.438	-123	-23.599	355.720
Gesamt	5.078.364	271.949	1.181.753	-883.512	-2.270.654	-156.831	3.221.070

¹ Zuführung inkl. Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

² Verbrauch inkl. Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Wertberichtigungen nach Asset-Klassen zum Bilanzstichtag des Vorjahres:

in € Tausend	2017
Einzelwertberichtigungen	2.865.350
Zentralbanken	0
Regierungen	377
Kreditinstitute	44.542
Sonstige Finanzunternehmen	73.345
Nicht-Finanzunternehmen	1.773.631
Haushalte	973.454
Portfolio-Wertberichtigungen	355.720
Zentralbanken	0
Regierungen	302
Kreditinstitute	1.384
Sonstige Finanzunternehmen	5.550
Nicht-Finanzunternehmen	152.329
Haushalte	196.155
Gesamt	3.221.070

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Wertberichtigungen nach Segmenten zum Bilanzstichtag des Vorjahres:

in € Tausend	2017
Einzelwertberichtigungen	2.865.350
Zentraleuropa	939.323
Südosteuropa	762.255
Osteuropa	469.550
Group Corporates & Markets	614.522
Corporate Center	79.700
Portfolio-Wertberichtigungen	355.720
Zentraleuropa	146.883
Südosteuropa	103.188
Osteuropa	59.797
Group Corporates & Markets	45.853
Corporate Center	0
Gesamt	3.221.070

(38) Überfälligkeiten

Die folgende Tabelle zeigt die überfälligen Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien Amortized Cost und Fair Value Through Other Comprehensive Income:

2018 in € Tausend	Buchwert								
	Überfällige Vermögenswerte ohne wesentliche Erhöhung im Kreditrisiko seit erstmaliger Erfassung (Stage 1)			Überfällige Vermögenswerte mit wesentlicher Erhöhung im Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert (Stage 2)			Wertgeminderte überfällige Vermögenswerte (Stage 3)		
	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Regierungen	3.065	0	0	422	0	0	0	0	31
Kreditinstitute	37	0	0	81	238	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	28.243	0	0	20.119	31	0	2.994	0	9.945
Nicht-Finanzunternehmen	1.019.685	270	370	117.878	62.812	175	65.509	25.741	244.041
Haushalte	668.252	8.726	4	490.687	211.364	2.154	26.125	29.174	147.588
Gesamt	1.719.282	8.996	374	629.187	274.444	2.330	94.628	54.915	401.605

Die RBI verwendet den 30-Tage-Überfälligkeitsstatus und andere qualitative Indikatoren als Kriterium zur Bestimmung einer wesentlichen Erhöhung des Kreditrisikos für weniger als ein Fünftel der Kredite an Haushalte.

(39) Modifizierte Vermögenswerte

Änderungen der vertraglichen Zahlungsströme von finanziellen Vermögenswerten werden sowohl nach qualitativen als auch quantitativen Kriterien dahingehend untersucht, ob es sich um wesentliche oder unwesentliche Modifikationen handelt.

Wesentliche Modifikationen führen zur Ausbuchung des bestehenden Vermögenswerts und Erfassung eines neuen Finanzinstruments (inklusive neuer Klassifizierung und neuer Stufenzuordnung für die Wertminderungslogik). Unwesentliche Modifikationen führen nicht zu einer Ausbuchung, sondern zu einer erfolgswirksamen Anpassung des Bruttobuchwerts.

in € Tausend	Stage 1	Stage 2-3	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-2.734	-2.080	-4.815
Bruttobuchwert vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	754.975	163.687	918.662

In der RBI beliefen sich die Verluste aus unwesentlich modifizierten Vertragskonditionen aus ökonomischen Gründen auf € 4.815 Tausend, wovon € 2.080 Tausend aus finanziellen Vermögenswerten verursacht wurden, deren Wertminderung in Höhe der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste bemessen wurde.

Die fortgeführten Anschaffungskosten vor der Änderung betragen € 918.662 Tausend, wovon € 163.687 Tausend aus finanziellen Vermögenswerten verursacht wurden, deren Wertminderung in Höhe der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste bemessen wurde.

Im Berichtsjahr gab es keine Bewegung modifizierter finanzieller Vermögenswerte von Stage 2 oder 3 zu Stage 1.

(40) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden

In den nachstehenden Tabellen sind finanzielle Vermögenswerte und Schulden dargestellt, die in der Konzernbilanz saldiert werden oder einer durchsetzbaren/undurchsetzbaren Aufrechnungsrahmen- oder einer vergleichbaren Vereinbarung für ähnliche Finanzinstrumente unterliegen, ungeachtet dessen, ob sie in der Bilanz saldiert werden oder nicht.

Unter vergleichbaren Vereinbarungen sind unter anderem Derivat-Clearingverträge sowie globale Rahmenverträge über einen Rückkauf oder Wertpapierleihgeschäfte zu verstehen. Ähnliche Finanzinstrumente sind z. B. Derivate, Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte sowie Wertpapierverleih- und -leihgeschäfte.

Einige dieser Vereinbarungen werden in der Bilanz nicht saldiert, weil den jeweiligen Vertragspartnern ein Recht zur Aufrechnung von erfassten Beträgen eingeräumt wird, das nur bei Eintritt eines Ereignisses, das einen Verzug darstellt, der Insolvenz oder des Konkurses des Konzerns oder der Vertragspartner oder von anderen, vorab festgelegten Ereignissen durchsetzbar ist. Darüber hinaus beabsichtigen der Konzern und seine Vertragspartner nicht, auf Nettobasis abzurechnen oder die Vermögenswerte zu realisieren und zeitgleich die Schulden zu tilgen. Der Konzern erhält und stellt Sicherheiten in Form von liquiden Mitteln und marktgängigen Wertpapieren.

2018 in € Tausend	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten		Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
Derivate (durchsetzbar)	3.039.561	1.061.801	1.977.760	1.416.311	80.885	480.563
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (durchsetzbar)	7.827.285	0	7.827.285	7.786.627	0	40.658
Gesamt	10.866.846	1.061.801	9.805.045	9.202.938	80.885	521.221

2018 in € Tausend	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte		Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
Derivate (durchsetzbar)	2.692.327	1.061.801	1.630.526	587.999	285.439	757.088
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (durchsetzbar)	822.991	0	822.991	799.464	0	23.527
Gesamt	3.515.318	1.061.801	2.453.517	1.387.463	285.439	780.615

2018 betragen die Aktiva, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, € 130.310.110 Tausend (2017: € 124.216.707 Tausend). Davon entfiel ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Barbestände aus Reverse-Repo-Geschäften. Die Verbindlichkeiten, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, beliefen sich im Jahr 2018 auf € 125.248.281 Tausend (2017: € 122.371.132 Tausend), von denen nur ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Bardepots aus Repo-Geschäften entfiel.

2017	Bruttobetrag			Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Finanz- instrumente		Erhaltene Barsicherheiten		
						in € Tausend	
Derivate (durchsetzbar)	3.527.703	915.016	2.612.687	1.922.540	57.364	632.783	
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	8.163.649	0	8.163.649	7.816.104	0	347.545	
Gesamt	11.691.352	915.016	10.776.336	9.738.644	57.364	980.328	

2017	Bruttobetrag			Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	Finanz- instrumente		Erhaltene Barsicherheiten		
						in € Tausend	
Derivate (durchsetzbar)	2.775.844	915.016	1.860.829	591.846	42.868	1.226.114	
Echte Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihe (durchsetzbar)	297.678	0	297.678	291.291	0	6.387	
Gesamt	3.073.522	915.016	2.158.507	883.137	42.868	1.232.501	

(41) Verbriefungen (RBI als Originator)

Verbriefungen stellen eine besondere Form der Refinanzierung und der Kreditrisikoverbesserung durch die Platzierung von Risiken aus Krediten oder Leasingverträgen auf Basis von Portfolios bei Kapitalmarktinvestoren dar. Ziel der vom Konzern abgeschlossenen Verbriefungen ist es, die regulatorischen Eigenmittel auf Konzernebene zu entlasten und zusätzliche Refinanzierungsquellen zu nutzen.

Nachstehende Transaktionen mit externen Vertragspartnern für alle oder zumindest einzelne Tranchen waren im laufenden Geschäftsjahr aktiv und führten zu einer Kreditrisikominderung, die auch zu einer Reduktion der risikogewichteten Aktiva im regulatorischen Reporting beitrug. Die angeführten Werte stellen jeweils das verbrieft Portfolio und die zugrunde liegenden Forderungen sowie den Betrag der extern platzierten Tranche zum Bilanzstichtag dar.

2018	Forderungs- verkäufer bzw. Sicherungsnehmer	Ab- schluss	Ende der Laufzeit	Max. Volumen	Verbrieftes Portfolio	Zugrunde liegende Forderungen ³	Port- folio	Extern platzierte Tranche	Betrag der extern platzierten Tranche
Synthetic Transaction ROOF Slovakia 2017 ¹	Raiffeisen Bank International AG, Wien (AT)	Nov. 2017	April 2025		1.231.637	2.461.636	Firmen- kredite	Mezzanin	83.800
Synthetic Transaction EIF JEREMIE Romania ²	Raiffeisenbank S.A., Bukarest (RO)	Dez. 2010	Dez. 2023	172.500	5.838	7.297	SME- Forde- rungen	Junior	5.838
Synthetic Transaction EIF JEREMIE Slovakia	Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	März 2014	Juni 2025	60.000	10.818	15.454	SME- Forde- rungen	Junior	9.941
Synthetic Transaction EIF Western Balkans EDIF Albania	Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana (AL)	Dez. 2016	Juni 2028	17.000	9.938	14.198	SME- Forde- rungen	Junior	2.485
Synthetic Transaction EIF Western Balkans EDIF Croatia	Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	April 2015	Mai 2023	20.107	3.713	5.304	SME- Forde- rungen	Junior	817

¹ Junior-Tranche konzernintern gehalten

² Aufgrund der vollständigen Amortisierung der Senior-Tranche entspricht der Betrag der extern platzierten Junior-Tranche dem Betrag des verbrieften Portfolios.

³ Zugrunde liegende Forderungen (verbrieft und unverbrieft)

SME: Small and Medium-sized Enterprises

ROOF Slovakia 2017 ist eine synthetische Transaktion, die in eine Senior-, eine Mezzanin- und eine Junior-Tranche gesplittet ist. Die Mezzanin-Tranche in Höhe von € 83.800 Tausend wurde an institutionelle Investoren verkauft, während das Kreditrisiko der Junior- und der Senior-Tranche im Konzern verbleibt.

Im Rahmen der JEREMIE-Initiative haben die beteiligten Tochterunternehmen (Raiffeisenbank S.A., Bukarest, und Tatra banka a.s., Bratislava) Garantien seitens des Europäischen Investitionsfonds (EIF) erhalten, die die Kreditvergabe an Klein- und Mittelbetriebe unterstützen sollten.

Im Rahmen der Western Balkans Enterprise Development and Innovation Facility haben die beteiligten Tochterunternehmen (Raiffeisenbank Sh.a., Tirana, und Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb) eine Portfolio-Garantievereinbarung unterzeichnet, die von der EU finanziert wird und ähnlich den JEREMIE-Initiativen darauf abzielt, den Zugang zu Finanzmitteln für Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen.

Im Berichtsjahr 2018 wurde die synthetische Transaktion ROOF RBCZ 2015 aufgrund der Entscheidung des Originators, die zu Beginn zwischen den beteiligten Parteien vereinbarte Kaufoption auszuüben, beendet.

(42) Übertragene Vermögenswerte

Der Konzern schließt Geschäfte ab, die zur Übertragung von Handelsaktiva, Wertpapieren und Beteiligungen sowie Forderungen an Kunden führen. Die übertragenen finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin zur Gänze bzw. im Umfang der fortgesetzten Beteiligung des Konzerns erfasst oder aber vollständig ausgebucht. Die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten, die nicht vollständig ausgebucht werden oder bei denen eine fortgesetzte Beteiligung des Konzerns besteht, erfolgt in erster Linie durch Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihgeschäfte und Verbriefungen.

Übertragene, aber nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Pensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen der Konzern ein Wertpapier veräußert und gleichzeitig zustimmt, es zu einem zukünftigen Zeitpunkt zu einem festen Preis zurückzukaufen. Der Konzern erfasst die Wertpapiere weiterhin vollständig in seiner Bilanz, da im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an ihnen verbundenen Risiken und Vorteile bei ihm verbleiben. Der erhaltene Bargegenwert wird als finanzieller Vermögenswert verbucht und eine Schuld für die Verpflichtung zur Zahlung des Rückkaufpreises angesetzt. Da der Konzern die vertraglichen Rechte am Cash-Flow der Wertpapiere veräußert, kann er die übertragenen Wertpapiere während der Laufzeit der Vereinbarung nicht nutzen.

Wertpapierleihgeschäfte sind Transaktionen, bei denen der Konzern Wertpapiere gegen eine Provision ausleiht und dafür liquide Mittel als Sicherheit erhält. Der Konzern erfasst die Wertpapiere weiterhin vollständig in seiner Bilanz, da im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an ihnen verbundenen Risiken und Vorteile bei ihm verbleiben. Der erhaltene Bargegenwert wird als finanzieller Vermögenswert verbucht und eine Schuld für die Verpflichtung zur Rückzahlung angesetzt. Da der Konzern im Rahmen des Leihvertrags die vertraglichen Rechte am Cash-Flow der Wertpapiere veräußert, kann er die übertragenen Wertpapiere während der Laufzeit der Vereinbarung nicht nutzen.

Der Konzern veräußert Forderungen an Kunden an Verbriefungsgesellschaften, die ihrerseits Schuldverschreibungen an Investoren emittieren, die durch die erworbenen Vermögenswerte besichert werden. Bei den Verbriefungen, bei denen der Konzern Forderungen an Kunden an eine nicht konsolidierte Verbriefungsgesellschaft überträgt, verbleibt ein Teil des Risikos bei ihm, während ein anderer Teil sowie das Vorfälligkeits- und Zinsrisiko auf die Gesellschaft übergeht. Der Konzern behält bzw. überträgt daher im Wesentlichen nicht alle Risiken und Vorteile solcher Vermögenswerte.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte:

2018 in € Tausend	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbiefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbiefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	266.470	0	266.470	266.141	0	266.141
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	63.740	0	63.740	55.648	0	55.648
Gesamt	330.210	0	330.210	321.789	0	321.789

2017 in € Tausend	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	251.909	0	251.909	251.909	0	251.909
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	23.586	0	23.586	20.708	0	20.708
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	62.751	0	62.751	55.220	0	55.220
Gesamt	338.246	0	338.246	327.837	0	327.837

Es bestehen derzeit keine Verbriefungsgeschäfte, bei denen finanzielle Vermögenswerte teilweise ausgebucht wurden.

(43) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte hauptsächlich im Rahmen von Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleihgeschäften und sonstigen Kreditverträgen sowie für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten. Die folgende Tabelle beinhaltet Aktiva aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften und Verbriefungen sowie Pfandbriefe, die zur Besicherung von Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, oder Garantien (d. h. besicherte Depots):

in € Tausend	2018		2017	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	309.030	0	704.138	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	753	0	-	-
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	119.858	5.209	255.060	55.189
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.079.756	751.480	7.479.286	876.381
Gesamt	8.509.397	756.689	8.438.484	931.570

Die Fähigkeit des Konzerns, frei auf Vermögenswerte zuzugreifen und diese an andere bzw. von anderen Konzerngesellschaften zu übertragen und Verbindlichkeiten zu begleichen, kann durch gesetzliche, vertragliche oder regulatorische Anforderungen sowie Schutzrechte von nicht beherrschenden Beteiligungen eingeschränkt werden. Zum Bilanzstichtag existierten keine wesentlichen Schutzrechte, die nicht beherrschenden Beteiligungen vom Konzern zugestanden wurden, und daher auch keine daraus erwachsenden signifikanten Beschränkungen.

Die folgenden Produkte schränken den Konzern in der Nutzung seiner Vermögenswerte ein: Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleih- und sonstige Kreditverträge für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten, Verbriefungen und diverse Versicherungsgeschäfte. In der nachstehenden Tabelle sind Vermögenswerte angeführt, die als Sicherheiten verpfändet und in anderer Weise zweckgebundene Vermögenswerte mit Kopplung an eine entsprechende Verbindlichkeit sind. Sie können aus gesetzlichen oder sonstigen Gründen aufgrund der Zweckbindung nicht zur Besicherung von Fremdmitteln eingesetzt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Tausend	2018	2017
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	9.138.919	9.931.063
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	1.603.132	1.463.047

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, selbst wenn im Lauf von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Für Informationen über die Asset Encumbrance bei der Gruppe verweisen wir auf die Angaben zu Säule 3, die gemäß der Capital Requirement Regulation (CRR), Teil 8 der EU-Verordnung 575/2013, veröffentlicht werden.

(44) Restlaufzeitengliederung

Aktiva 2018 in € Tausend	Kurzfristige Vermögenswerte			Langfristige Vermögenswerte	
	Fällig bei Abruf oder ohne Fälligkeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	22.435.608	121.876	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.015.523	15.551.468	14.476.282	33.847.192	28.865.309
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	1.544.399	395.164	1.073.671	2.369.427	1.106.356
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	182.644	55.549	27.253	57.544	236.792
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	56.490	7.801	78.560	2.143.256	906.008
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	517.605	390.835	489.113	1.410.899	1.085.157
Hedge Accounting	0	25.550	8.363	283.208	140.081
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	964.213	-	-	-	-
Sachanlagen	1.384.277	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	692.897	-	-	-	-
Laufende Steuerforderungen	56.820	-	-	-	-
Latente Steuerforderungen	109.846	10	9.458	2.677	380
Sonstige Aktiva	366.645	442.232	146.187	34.309	220
Gesamt	34.326.967	16.990.484	16.308.887	40.148.512	32.340.305

Passiva 2018 in € Tausend	Kurzfristige Verbindlichkeiten			Langfristige Verbindlichkeiten	
	Fällig bei Abruf oder ohne Fälligkeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	59.228.519	17.406.300	13.434.188	22.372.904	6.632.187
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	142.574	265.799	975.203	547.500
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	133.755	641.450	800.200	2.362.179	1.164.251
Hedge Accounting	0	3.345	13.668	11.154	62.882
Rückstellungen	367.987	12.273	128.768	93.462	253.433
Laufende Steuerverpflichtungen	38.969	493	1.914	0	0
Latente Steuerverpflichtungen	34.414	0	7.559	13.181	4.548
Sonstige Passiva	36.603	54.281	141.083	237.333	77.440
Zwischensumme	59.840.246	18.260.716	14.793.179	26.065.416	8.742.240
Eigenkapital	12.413.358	-	-	-	-
Gesamt	72.253.604	18.260.716	14.793.179	26.065.416	8.742.240

Aktiva 2017 in € Tausend	Kurzfristige Vermögenswerte			Langfristige Vermögenswerte	
	Fällig bei Abruf oder ohne Fälligkeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	16.894.740	475	10.239	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.163.557	17.155.501	12.031.571	29.915.721	29.041.038
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	306.198	1.722.377	1.067.056	2.674.734	819.081
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	299.124	478.361	411.453	1.663.320	2.517.770
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	873.787	374.953	526.980	1.776.603	1.069.713
Hedge Accounting	718	7.822	28.318	379.196	180.510
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	923.259	-	-	-	-
Sachanlagen	1.540.194	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	720.935	-	-	-	-
Laufende Steuerforderungen	189.204	-	-	-	-
Latente Steuerforderungen	101.426	944	2.449	9.135	358
Sonstige Aktiva	532.453	643.049	71.928	19.633	456
Gesamt	30.545.596	20.383.481	14.149.994	36.438.343	33.628.925

Passiva 2017 in € Tausend	Kurzfristige Verbindlichkeiten			Langfristige Verbindlichkeiten	
	Fällig bei Abruf oder ohne Fälligkeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	67.331.439	14.851.950	11.659.220	14.249.260	6.702.242
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	10.000	193.673	316.348	1.533.462	455.139
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	256.342	347.274	517.494	2.258.483	1.034.885
Hedge Accounting	311	15.213	7.246	161.240	80.577
Rückstellungen	388.838	6.851	117.991	97.194	261.546
Laufende Steuerverpflichtungen	27.099	6.175	32.440	0	8.964
Latente Steuerverpflichtungen	43.925	75	10.430	3.069	5.816
Sonstige Passiva	337.518	105.143	396.958	2.966	70.196
Zwischensumme	68.395.471	15.526.353	13.058.126	18.305.673	8.619.366
Eigenkapital	11.241.350	-	-	-	-
Gesamt	79.636.821	15.526.353	13.058.126	18.305.673	8.619.366

(45) Fremdwährungsvolumina

in € Tausend	2018	2017
Aktiva	63.487.761	65.143.087
Passiva	52.444.554	53.517.300

(46) Derivative Finanzinstrumente

2018 in € Tausend	Nominalwert	Marktwerte	
		Positive	Negative
Handelsbuch	161.380.971	1.787.388	-1.834.966
Zinssatzverträge	115.828.572	1.058.044	-821.574
Eigenkapitalverträge	3.861.755	120.879	-365.332
Wechselkurs- und Goldverträge	40.042.574	603.992	-553.725
Kreditverträge	131.201	1.518	-204
Warentermingeschäfte	128.982	2.949	-2.673
Andere	1.387.887	5	-91.457
Bankbuch	32.179.328	185.080	-199.593
Zinssatzverträge	23.645.705	94.003	-103.577
Eigenkapitalverträge	4	74	-218
Wechselkurs- und Goldverträge	8.449.819	91.004	-93.045
Kreditverträge	83.800	0	-2.753
Absicherungsinstrumente	22.601.830	500.687	-153.323
Zinssatzverträge	22.131.895	469.045	-153.135
Wechselkurs- und Goldverträge	469.935	31.643	-187
Gesamt	216.162.128	2.473.156	-2.187.882
OTC-Produkte	210.878.533	2.405.437	-2.044.893
Börsegehandelte Produkte	3.551.725	63.246	-45.901

2017 in € Tausend	Nominalwert	Marktwerte	
		Positive	Negative
Handelsbuch	154.423.181	1.686.178	-1.555.268
Zinssatzverträge	111.520.118	1.067.837	-876.591
Eigenkapitalverträge	3.438.482	123.917	-118.857
Wechselkurs- und Goldverträge	37.689.163	490.490	-451.982
Kreditverträge	98.338	108	-2.524
Warentermingeschäfte	160.188	3.084	-3.917
Andere	1.516.892	742	-101.397
Bankbuch	17.894.577	452.198	-171.047
Zinssatzverträge	13.860.142	280.905	-125.845
Eigenkapitalverträge	303	303	-260
Wechselkurs- und Goldverträge	3.900.331	170.990	-42.552
Kreditverträge	133.800	0	-2.391
Absicherungsinstrumente	23.043.477	521.959	-204.508
Zinssatzverträge	22.450.127	520.750	-194.761
Wechselkurs- und Goldverträge	593.349	1.209	-9.747
Gesamt	195.361.235	2.660.335	-1.930.824
OTC-Produkte	188.459.530	2.636.117	-1.789.521
Börsegehandelte Produkte	4.992.486	20.283	-31.074

(47) Hedge Accounting – Zusatzangaben

In der RBI sind verschiedene Arten von Hedge Accounting mit dem Ziel der Reduktion von Zinsrisiko und Volatilität in der Erfolgsrechnung in Anwendung: Abhängig vom abzusichernden Risiko wird sowohl Fair-Value- als auch Cash-Flow-Hedge-Accounting dargestellt. Beide Arten können auf Mikroebene sowie in Portfolios modelliert werden. Eine weitere Art von Hedge Accounting sichert das Nettoinvestitionsrisiko von Kursschwankungen des russischen Rubels.

Im Rahmen der Regelungen von IAS 39, für dessen weitere Anwendung sich der Konzern 2018 entschieden hat, werden bei Fair-Value- und Cash-Flow Hedges unterschiedliche Finanzinstrumente als zugrunde liegende Geschäfte herangezogen. Den größten Anteil haben in diesem Zusammenhang Kredite und Forderungen auf der Aktivseite sowie Einlagen auf der Passivseite. Schuldverschreibungen und verbrieft Verbindlichkeiten sind weitere Positionen, die in Hedge-Accounting-Beziehungen einfließen. Als Sicherungsinstrumente dienen hauptsächlich Zinssatz- und Wechselkursverträge.

Absicherungsinstrumente

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Sicherungsinstrumente nach Art des Hedge Accountings auf Ebene der Nominalwerte, sowohl gesamt als auch nach dem Zeitpunkt der vertraglichen Beendigung sowie auf Ebene der Buchwerte:

2018 in € Tausend	Nominalwert		Laufzeit			Buchwert	
	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Aktiva	Passiva	
Zinssatzverträge	21.655.282	93.082	2.283.487	14.244.637	5.034.077	468.850	142.257
Cash-Flow Hedge	1.074.718	1.937	5.812	970.237	96.732	4.039	6.964
Fair Value Hedge	20.580.564	91.145	2.277.675	13.274.400	4.937.345	464.811	135.293
Wechselkursverträge	946.548	0	264.293	667.135	15.120	31.836	11.065
Cash-Flow Hedge	424.269	0	199.358	209.791	15.120	97	10.878
Fair Value Hedge	117.279	0	64.935	52.344	0	15.123	187
Net Investment Hedge	405.000	0	0	405.000	0	16.616	0
Gesamt	22.601.830	93.082	2.547.780	14.911.772	5.049.197	500.686	153.323

Informationen betreffend Fair Value Hedges

Die folgende Tabelle zeigt Details zu den zugrunde liegenden Geschäften bei Fair-Value-Hedge-Beziehungen:

2018 in € Tausend	Buchwert der zugrunde liegenden Geschäfte		Kumulierte Beträge aus Fair-Value-Anpassungen der zugrunde liegenden Geschäfte		Fair-Value-Änderungen der zugrunde liegenden Geschäfte ¹
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	
Zinssatzsicherungsgeschäfte	5.374.344	11.297.125	96.654	404.324	11.661
Schuldverschreibungen	1.068.975	31.416	817	0	-7.982
Kredite und Forderungen	4.305.369	0	-32.855	2	8.694
Einlagen	0	6.080.897	0	166.855	24.468
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	5.184.812	128.693	237.467	-13.519
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Währungs-Hedge	50.019	0	-1.135	0	-183
Sonstige Aktiva	50.019	0	-1.135	0	-183
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
Gesamt	5.424.363	11.297.125	95.519	404.324	11.478

¹ Fair-Value-Änderungen der zugrunde liegenden Geschäfte, die für die Berechnung der Ineffektivität verwendet wurden

Informationen betreffend Cash-Flow Hedges

Die folgende Tabelle zeigt Details zu den Cash-Flow Hedges:

2018 in € Tausend	Wertänderungen bei Absicherungsinstrumenten bilanziert im sonstigen Ergebnis	Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Absicherungsinstrumenten
Zinssatzsicherungsgeschäfte	2.569	-12.614
Kredite und Forderungen	1.484	-124
Einlagen	-665	-12.539
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.750	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	49
Währungs-Hedge	5.116	-797
Sonstige Passiva	5.116	-797
Gesamt	7.685	-13.411

Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts führte im zweiten Quartal 2018 zur Beendigung der bestehenden Portfolio-Cash-Flow-Hedges, welche die Cash-Flow-Schwankungen aus Fremdwährungskrediten und Einlagen in lokaler Währung durch Fremdwährungs-Zinsswaps abgesichert hatten. Dieser Einmaleffekt von minus € 13.417 Tausend ist enthalten im erfolgswirksamen, ineffektiven Teil aus Absicherungsinstrumenten.

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für den RBI-Konzern eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Der Risikobericht erläutert die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements und stellt die aktuelle Risikoposition für alle materiellen Risiken dar.

(48) Grundsätze des Risikomanagements

Der Konzern verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren. Sie alle dienen dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller Banken und Spezialgesellschaften des Konzerns zu kontrollieren und zu steuern. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden vom Vorstand festgelegt. Zu den Risikogrundsätzen gehören dabei u. a. folgende Prinzipien:

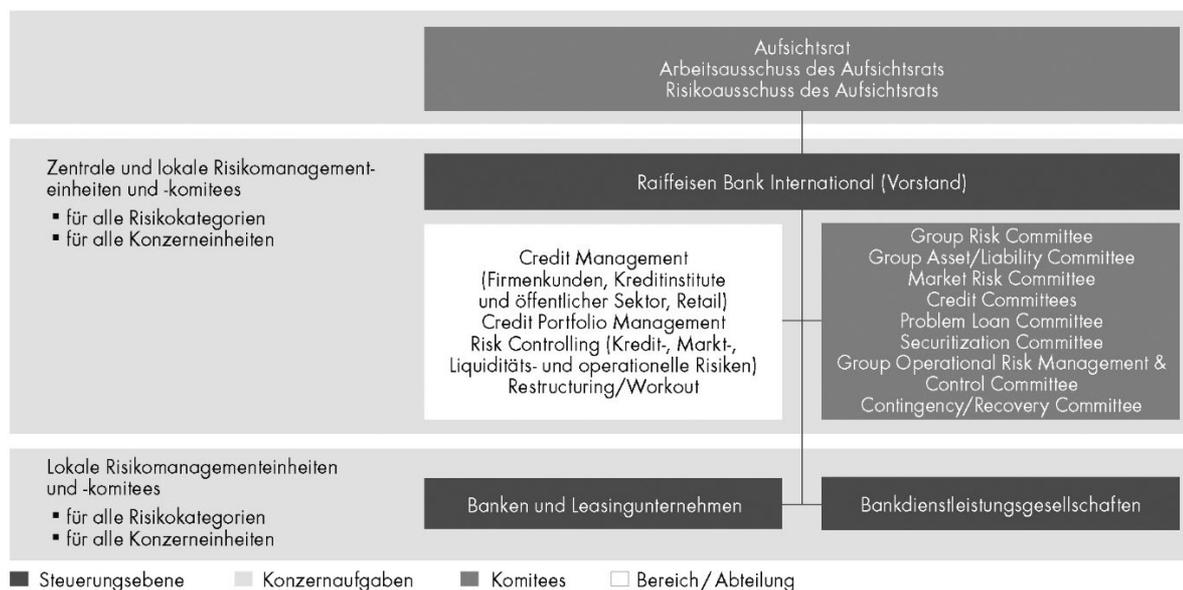
- Integriertes Risikomanagement: Kredit- und Länderrisiken, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken werden als Hauptrisiken konzernweit gesteuert. Dazu werden diese Risiken gemessen, limitiert, aggregiert und den verfügbaren Risikodeckungsmassen gegenübergestellt.
- Einheitliche Methoden: Um einen konsistenten und kohärenten Risikomanagement-Ansatz zu gewährleisten, werden konzernweit einheitliche Methoden zur Risikobeurteilung und -limitierung eingesetzt. Dieses Vorgehen ist effizient für die Entwicklung von Risikomanagement-Methoden und bildet die Grundlage für eine einheitliche Konzernsteuerung in allen Ländern und Geschäftssegmenten.
- Laufende Planung: Die Risikostrategien und das Risikokapital werden während des jährlichen Budgetierungs- und Planungsprozesses überarbeitet und bewilligt. Wesentliches Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung von Risikokonzentrationen gelegt.
- Unabhängige Kontrolle: Es besteht eine klare personelle und funktionale Trennung zwischen den Geschäfts- und allen Risikomanagement- und Risikocontrolling-Aktivitäten.
- Vor- und Nachkalkulation: Risiken werden konsistent im Rahmen des Produktvertriebs und in der risikoadjustierten Performance-messung berücksichtigt. Damit wird sichergestellt, dass Geschäfte grundsätzlich nur unter Berücksichtigung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses abgeschlossen und Anreize zum Eingehen hoher Risiken vermieden werden.

Im Einklang mit diesen Grundsätzen werden von den Risikomanagement-Einheiten des Konzerns detaillierte Risikostrategien ausgearbeitet, die diese allgemeinen Richtlinien in konkrete Ziele und spezifische Standards überführen. Die übergeordnete Gesamtbank-Risikostrategie leitet sich dabei aus der Geschäftsstrategie sowie aus dem Risikoappetit des Konzerns ab und ergänzt diese um risikorelevante Gesichtspunkte zur geplanten Geschäftsstruktur und zur strategischen Entwicklung. Diese Aspekte umfassen beispielsweise strukturelle Limits oder Kapitalquotenziele, die in der Budgetierung und im Rahmen der Geschäftsentscheidungen eingehalten werden müssen. Weitere spezifische Ziele für die einzelnen Risikokategorien werden in Detail-Risikostrategien festgelegt. So definiert die Kreditrisikostrategie des Konzerns z. B. Kreditportfoliolimits für einzelne Länder und Segmente und regelt die Kompetenzzuordnung für Einzelkreditentscheidungen.

(49) Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand des Konzerns stellt die angemessene Organisation und die Weiterentwicklung des Risikomanagements sicher. Er entscheidet über die angewendeten Verfahren zur Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken und trifft Steuerungsmaßnahmen anhand der erstellten Auswertungen und Analysen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird der Vorstand durch unabhängige Risikomanagement-Einheiten sowie spezifische Komitees unterstützt.

Grundsätzlich erfolgt das Risikomanagement im Konzern auf mehreren Stufen. Die RBI AG entwickelt und implementiert die Konzepte als übergeordnetes Kreditinstitut und in Zusammenarbeit mit den einzelnen Tochterunternehmen des Konzerns. Die zentralen Risikomanagement-Einheiten sind verantwortlich für die angemessene und geeignete Umsetzung der Risikomanagement-Prozesse. Sie legen dazu Konzernrichtlinien fest und definieren geschäftsspezifische Vorgaben, Werkzeuge und Vorgehensweisen für alle Gesellschaften des Konzerns.



Zusätzlich existieren in den verschiedenen rechtlichen Konzerneinheiten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft innerhalb der genehmigten Risikobudgets, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden und melden diese über definierte Reporting-Schnittstellen an zentrale Risikomanagement-Einheiten.

Die im Bankwesengesetz geforderte Funktion des zentralen und unabhängigen Risikocontrollings wird durch den organisatorischen Bereich Group Risk Controlling ausgeübt. Dessen Aufgaben umfassen die Erstellung des konzernweiten und risikokategorieübergreifenden Regelwerks zur Konzern-Risikosteuerung und die unabhängige und neutrale Berichterstattung über das Risikoprofil an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats, den Gesamtvorstand und die einzelnen Geschäftsbereichsverantwortlichen. Weiters werden hier das erforderliche Risikokapital für die unterschiedlichen Konzerneinheiten ermittelt und der Ausnutzungsgrad der festgelegten Risikokapitalbudgets zur Beurteilung der Angemessenheit der Kapitalausstattung berechnet.

Risikokomitees

Das Group Risk Committee ist das übergeordnete Entscheidungsgremium für alle risikorelevanten Themenbereiche des Konzerns. Es beschließt die Risikomanagement-Methoden und die Steuerungskonzepte, die für den Gesamtkonzern und wesentliche Teilbereiche eingesetzt werden, und ist für die laufende Weiterentwicklung und Implementierung der Methoden und Parameter zur Risikomessung und die Verfeinerung der Steuerungsinstrumente verantwortlich. Dazu zählen auch der Risikoappetit, unterschiedliche Risikobudgets und -limits auf Gesamtbankebene sowie die Überwachung der aktuellen Risikosituation unter Berücksichtigung einer angemessenen Kapitalausstattung und der entsprechenden Risikolimits. Es bewilligt die verschiedenen Risikomanagement- und -steuerungsaktivitäten (z. B. die Allokation von Risikobudgets) und unterstützt den Vorstand bei diesen Tätigkeiten.

Das Group Asset/Liability Committee beurteilt und steuert das Bilanzstruktur- und Liquiditätsrisiko und legt die Methodik für das interne Transferpreissystem fest. Es nimmt in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben betreffend die langfristige Refinanzierungsplanung sowie die Festlegung von Absicherungsmaßnahmen zu strukturellen Zins- und Währungsrisiken wahr. Das Capital Hedge Committee ist ein Sub-Komitee des Group Asset/Liability Committee und managt das Währungsrisiko der Kapitalposition des Konzerns.

Das Market Risk Committee steuert das Marktrisiko aus Handels- und Bankbuchgeschäften und legt die entsprechenden Limits und Verfahren fest. In diese Steuerung fließen insbesondere die Geschäftsergebnisse, die ermittelten Risiken und die gemessene Limitauslastung sowie die Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Stresstests betreffend Marktrisiken ein.

Die Credit Committees setzen sich aus Vertretern der Bereiche Markt und Marktfolge zusammen, wobei sich die personelle Besetzung je nach Kunden für Firmenkunden, Finanzinstitute, den öffentlichen Sektor sowie Retail unterscheidet. Sie beschließen die konkreten Kreditvergabekriterien für einzelne Kundensegmente und Länder und treffen im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses und der rating- und volumenorientierten Kompetenzordnung alle sie betreffenden Kreditentscheidungen.

Das Problem Loan Committee ist das wesentliche Gremium im Prozess der Beurteilung und Entscheidungsfindung bei Problemkunden. Es umfasst in erster Linie Entscheidungsträger. Sein Vorsitzender ist der Chief Risk Officer (CRO) der RBI. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die für die Kundenbereiche verantwortlichen Vorstandsmitglieder, der Chief Financial Officer (CFO) sowie die relevanten Bereichs- und Abteilungsleiter aus Risikomanagement und Special Exposures Management (Workout).

Das Securitization Committee ist das Entscheidungsgremium für Limitanträge betreffend Verbriefungspositionen im Rahmen der konkreten Entscheidungsbefugnisse und erarbeitet Änderungsvorschläge zur Verbriefungsstrategie für den Vorstand. Zusätzlich dient das Securitization Committee als Plattform zum Austausch von Informationen bezüglich Verbriefungspositionen und Marktentwicklungen.

Das Group Operational Risk Management & Control Committee setzt sich unter dem Vorsitz des CRO sowohl aus Vertretern der Geschäftsbereiche (Retail, Markt- und Firmenkunden) als auch aus Vertretern von Compliance (inklusive Finanzkriminalität), Internes Kontrollsystem (IKS), Operations, Security und Risk Controlling zusammen. Dieses Gremium ist mit der Steuerung des operativen Risikos (inklusive Verhaltensrisiken) betraut, um basierend auf dem Risikoprofil und der Geschäftsstrategie eine operationelle Risikostrategie abzuleiten und zu etablieren sowie auf dieser Basis Entscheidungen im Hinblick auf Maßnahmen, Kontrollen und Risikoakzeptanz zu treffen.

Das Contingency/Recovery Committee ist ein durch den Vorstand einzuberufendes Entscheidungsgremium. Die Zusammensetzung des Gremiums variiert gegebenenfalls abhängig von der Intensität bzw. dem Fokus (z. B. Kapital und/oder Liquidität) situationsspezifischer Anforderungen. Kernaufgabe des Komitees ist es, die finanzielle Stabilität im Sinn des BaSAG (österreichisches Banken-Sanierungs- und -Abwicklungsgesetz) bzw. der BRRD (Banking Recovery and Resolution Directive) im Fall einer kritischen Finanzsituation aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des Konzerns und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Risikomanagement-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch den Bereich Group Compliance, der das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Zwei wichtige Funktionen in der unabhängigen Prüfung werden durch die Bereiche Audit und Compliance wahrgenommen. Der Einsatz einer unabhängigen internen Revision ist eine gesetzliche Vorgabe und zentraler Bestandteil des internen Kontrollsystems. Die Revision überprüft periodisch sämtliche Geschäftsprozesse und trägt damit wesentlich zu deren Absicherung und Verbesserung bei. Die dazu erstellten Berichte werden direkt an den Vorstand des Konzerns adressiert und regelmäßig in dessen Sitzungen behandelt.

Das Compliance Office verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den täglichen Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt der Konzern auch der laufenden Überwachung durch die Europäische Zentralbank, die österreichische Finanzmarktaufsicht sowie die lokalen Aufsichtsbehörden jener Länder, in denen er mit Filialen oder Tochtergesellschaften vertreten ist.

(50) Konzern-Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des Unternehmens. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des nach internen Modellen ermittelten Risikos beurteilt, wobei in der Wahl der verwendeten Modelle auf die im jährlich durchgeführten Risikoassessment beurteilte Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept der Konzern-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Nachhaltigkeits- und Going-Concern-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Zielrating-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des Konzerns wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der RBI Kreditinstitutsgruppe geprüft.

Das Risk Appetite Framework (RAF) limitiert das Gesamtrisiko des Konzerns im Einklang mit den strategischen Geschäftszielen und alloziert das errechnete Risikokapital auf die unterschiedlichen Risikoarten und Geschäftsbereiche. Vorrangiges Ziel des RAF ist es, das Risiko insbesondere auch in adversen Szenarien und für große singuläre Risiken so zu begrenzen, dass die Erfüllung regulatorischer Mindestquoten gegeben ist. Das RAF basiert daher auf den drei Säulen des ICAAP (Zielrating, Going-Concern, Nachhaltigkeits-Perspektive) und setzt Konzentrationsrisikolimits für die im Risikoassessment als wesentlich eingestufteten Risikoarten. Über den vom Vorstand beschlossenen Risikoappetit und die Risikostrategie des Konzerns und deren Umsetzung wird zudem regelmäßig im Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Zielrating-Perspektive	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger des Konzerns nicht bedienen zu können	Der unerwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr (ökonomisches Kapital) darf den aktuellen Wert des Eigenkapitals und nachrangiger Kapitalformen nicht überschreiten	99,92 Prozent abgeleitet von der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Going-Concern-Perspektive	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwarteter Gewinn und nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital) muss den Value-at-Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des Konzerns übersteigen	95 Prozent - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs	85-90 Prozent - basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Zielrating-Perspektive

In der Zielrating-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches und operationelles Risiko sowie Risiko aus sonstigen Sachanlagen) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung jenes Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,92 Prozent an, das sich aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet. Auf Grundlage der empirischen Auswertungen durch die Rating-Agenturen entspricht das gewählte Konfidenzniveau einem Rating von Single A.

Im Jahresverlauf erhöhte sich das ökonomische Kapital des Konzerns leicht auf € 6.012.231 Tausend (plus 1,4 Prozent). Der gleichzeitig verzeichnete Anstieg im Marktrisiko resultiert aus einer methodischen Anpassung für die Berechnung des Risikos im Bankbuch. Insgesamt waren zum Stichtag Kreditrisiken für 54 Prozent (2017: 57 Prozent) des ökonomischen Kapitals verantwortlich. Zusätzlich wird ein genereller Risikopuffer für andere Risiken von unverändert 5 Prozent des ermittelten ökonomischen Kapitals aufgeschlagen. In der Allokation des Risikokapitals per 31. Dezember 2018 wird mit 32 Prozent (2017: 28 Prozent) der größte Anteil des ökonomischen Kapitals durch Konzerneinheiten in Österreich beansprucht. Der in Zentraleuropa eingetretene Rückgang war durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts begründet.

Dem ökonomischen Kapital steht das interne Kapital gegenüber, das hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des Konzerns umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (Verhältnis von ökonomischem zu internem Kapital) betrug zum Jahresultimo 46 Prozent (2017: 45 Prozent).

Das ökonomische Kapital dient als wichtiges Instrument der Konzern-Risikosteuerung. Limits für das ökonomische Kapital werden dazu im jährlichen Budgetierungsprozess auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeteilt und für die operative Steuerung durch Volumen-, Sensitivitäts- oder Value-at-Risk-Limits ergänzt. Diese Planung im Konzern erfolgt jeweils für drei Jahre auf revolvierender Basis und bezieht sich sowohl auf die zukünftige Entwicklung des ökonomischen Kapitals als auch auf das zur Verfügung stehende interne Kapital. Das ökonomische Kapital wirkt sich somit wesentlich auf die Planung der zukünftigen Kreditvergabe und das Gesamtlimit für Marktrisiken aus.

Auch die risikoadjustierte Performancemessung basiert auf diesem Risikomaß. Dabei wird der Ertrag einer Geschäftseinheit in Relation zu dem ökonomischen Kapital gesetzt, das dieser Einheit zuzurechnen ist (Verhältnis von risikoadjustiertem Ertrag zu risikoadjustiertem Kapital, RORAC). Dies ergibt eine vergleichbare Performance-Kennzahl für alle Geschäftseinheiten des Konzerns, die wiederum als Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung, der diesbezüglichen zukünftigen Kapitalallokation und der Vergütung für Geschäftsleiter des Konzerns Berücksichtigung findet.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Kreditrisiko Firmenkunden	1.637.701	27,2%	1.452.306	24,5%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.175.737	19,6%	1.435.510	24,2%
Marktrisiko	643.875	10,7%	439.715	7,4%
Makroökonomisches Risiko	606.720	10,1%	486.521	8,2%
Operationelles Risiko	542.080	9,0%	528.811	8,9%
Beteiligungsrisiko	308.365	5,1%	309.940	5,2%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	281.316	4,7%	386.529	6,5%
Risiko sonstige Sachanlagen	226.118	3,8%	222.490	3,8%
Kreditrisiko Kreditinstitute	143.523	2,4%	152.927	2,6%
Währungsrisiko der Kapitalposition	128.764	2,1%	209.146	3,5%
Liquiditätsrisiko	14.645	0,2%	1.901	0,0%
CVA Risiko	17.090	0,3%	20.354	0,3%
Risikopuffer	286.297	4,8%	282.307	4,8%
Gesamt	6.012.231	100,0%	5.928.456	100,0%

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Österreich	1.901.967	31,6%	1.647.000	27,8%
Zentraleuropa	1.469.985	24,4%	1.930.132	32,6%
Südosteuropa	1.328.995	22,1%	1.227.575	20,7%
Osteuropa	1.306.332	21,7%	1.122.749	18,9%
Restliche Welt	4.952	0,1%	1.000	0,0%
Gesamt	6.012.231	100,0%	5.928.456	100,0%

Going-Concern-Perspektive

Parallel zur Zielrating-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des Konzerns auf Basis des Going-Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartete Gewinne, erwartete Risikovorsorgen und überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value-at-Risk (inkl. erwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht (mit einem geringeren Konfidenzniveau von 95 Prozent). Mit diesem Ansatz sichert der Konzern die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive

Die Nachhaltigkeits-Perspektive soll sicherstellen, dass der Konzern am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über eine ausreichend hohe Kernkapitalquote verfügt. Die Analyse basiert hier auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u. a. Zinskurven, Wechselkurse und Wertpapierkurse, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeit bzw. Rating-Migrationen im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten Stresstests gilt der resultierenden Kernkapitalquote am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Kapitalerhöhungen oder tiefgehenden Einschränkungen des Geschäftsvolumens notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kernkapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. In das unterstellte Abschwungsszenario fließen dabei die Bildung von notwendigen Risikovorsorgen und potenzielle prozyklische Effekte (die zu einem Anstieg der regulatorischen Kapitalerfordernisse führen) ebenso ein wie Fremdwährungseffekte und sonstige Bewertungs- und Ertragskomponenten.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z. B. in Einzelpositionen, Wirtschaftszweigen oder Regionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität unter außergewöhnlichen Umständen. Das Risikomanagement des Konzerns steuert darauf

aufbauend aktiv die Portfoliodiversifikation, z. B. durch Obergrenzen für das Gesamtexposure in einzelnen Wirtschaftszweigen und Ländern oder durch eine laufende Anpassung der entsprechenden Kreditvergabestandards.

(51) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Kreditentscheidungsprozess

Im Non-Retail-Bereich durchläuft jeder Kredit vor Vergabe den Kreditentscheidungsprozess. Dieser Prozess betrifft – neben der Vergabe von Neukrediten – auch Krediterhöhungen, Prolongationen und Überziehungen sowie die Änderung risikorelevanter Sachverhalte, die der ursprünglichen Kreditentscheidung zugrunde lagen (z. B. wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers, Verwendungszweck oder Sicherheiten). Er wird auch bei der Festlegung von kreditnehmerbezogenen Limits für Handels- und Emissionsgeschäfte sowie für sonstige mit Kreditrisiko behaftete Limits und Beteiligungen angewendet.

Kreditentscheidungen werden je nach Größe und Art des Kredits anhand einer hierarchischen Kompetenzordnung gefällt. Für individuelle Kreditentscheidungen und die turnusmäßige Beurteilung der Adressenausfallrisiken sind dabei immer die Zustimmung der Bereiche Markt und Marktfolge einzuholen. Für den Fall voneinander abweichender Beurteilungen einzelner Kompetenzträger wird via Eskalationsverfahren per Kompetenzordnung die nächsthöhere Kompetenzstufe aktiviert.

Der gesamte Kreditentscheidungsprozess wird auf Basis einheitlich definierter Prinzipien und Richtlinien durchgeführt. Die Geschäftsbeziehungen zu multinationalen Kunden, die gleichzeitig Transaktionen mit mehreren Einheiten des Konzerns abwickeln, werden z. B. durch das Global Account Management System unterstützt. Dies wird durch die konzernweit eindeutige Identifikation von Kunden im Non-Retail-Bereich ermöglicht.

Kreditentscheidungen im Retail-Bereich erfolgen angesichts der hohen Stückzahl und geringeren Forderungshöhe in einem höheren Ausmaß automatisiert. Kreditanträge werden dabei vielfach in zentralen Bearbeitungsstellen mittels Credit Scorecards beurteilt und freigegeben. Der Prozess wird durch entsprechende IT-Systeme unterstützt.

Kreditportfoliomanagement

Das Kreditportfolio des Konzerns wird unter anderem anhand der Portfoliostrategie, die wiederum auf der Geschäfts- sowie der Risikostrategie basiert, gesteuert. Anhand der gewählten Strategie wird die Kreditvergabe in unterschiedlichen Ländern, Wirtschaftszweigen oder Produkttypen begrenzt und somit die Konzentration unerwünschter Risiken vermieden. Darüber hinaus werden die langfristigen Entwicklungschancen in den einzelnen Märkten einer ständigen Analyse unterzogen. Dies ermöglicht es, schon frühzeitig strategische Weichenstellungen in Bezug auf das künftige Kreditengagement vorzunehmen.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum gesamten Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von Bilanzposten (Bank- und Handelsbuchbestände) zum gesamten Kreditobligo, das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditexposures vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS, also unternehmensrechtlich), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens.

in € Tausend	2018	2017
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	18.425.583	13.305.032
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	101.241.442	99.409.735
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	6.216.922	6.589.446
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	559.782	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	3.192.115	5.370.028
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	3.893.609	4.622.036
Hedge Accounting	457.202	596.563
Laufende Steuerforderungen	56.820	189.204
Latente Steuerforderungen	122.371	114.313
Sonstige Aktiva	749.665	1.113.207
Eventualverbindlichkeiten	9.671.365	9.917.133
Kreditrisiken	12.579.692	10.897.783
Widerrufliche Kreditzusagen	19.057.163	19.799.534
Ausweisunterschiede	-1.925.210	-2.007.078
Kreditobligo¹	174.298.522	169.916.936

¹ Bilanzposten enthalten nur Kreditrisikoanteile

Aufgrund der Änderung des Bilanzbilds wurde die Vergleichsperiode entsprechend angepasst.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z. B. gute Kreditwürdigkeit 4 für Firmenkunden, A3 für Kreditinstitute und A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle in den wesentlichen Non-Retail-Segmenten - Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor - sind konzernweit einheitlich und sehen für Firmenkunden und Kreditinstitute 27 bzw. für den öffentlichen Sektor jeweils zehn Bonitätsstufen vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Software-Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Tausend	2018	2017
Firmenkunden	73.482.137	70.326.488
Projektfinanzierungen	7.050.295	8.292.162
Retail-Kunden	38.049.768	37.868.298
Kreditinstitute	19.207.251	19.185.605
Öffentlicher Sektor	36.509.071	34.244.384
Gesamt	174.298.522	169.916.936

Die Asset-Klassen werden in den folgenden Tabellen unter anderem nach internem Rating und Risikoland dargestellt. Zum Jahresende 2018 wurde das interne Rating und das Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers dargestellt. Aus diesem Grund wurden die Vorjahreswerte angepasst. Die daraus entstandenen größten Veränderungen ergaben sich in den Asset-Klassen Firmenkunden und öffentlicher Sektor.

Kreditportfolio - Firmenkunden

Die internen Ratingverfahren für Firmenkunden berücksichtigen sowohl qualitative Faktoren als auch verschiedene Bilanz- und Gewinnkennzahlen, die unterschiedliche Aspekte der Kundenbonität für verschiedene Branchen und Länder abdecken. Zusätzlich enthält das Modell für kleine Firmenkunden auch eine Kontoverhaltenskomponente.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Tausend		2018	Anteil	2017	Anteil
1	Minimales Risiko	5.071.555	6,9%	4.910.303	7,0%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	11.133.932	15,2%	9.600.448	13,7%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	11.357.385	15,5%	8.481.750	12,1%
4	Gute Kreditwürdigkeit	10.402.833	14,2%	11.725.385	16,7%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	15.824.179	21,5%	14.649.059	20,8%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	12.272.729	16,7%	12.342.379	17,6%
7	Knappe Kreditwürdigkeit	4.216.589	5,7%	4.272.529	6,1%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	1.133.628	1,5%	1.163.247	1,7%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	198.909	0,3%	549.474	0,8%
10	Ausfall	1.637.862	2,2%	2.524.011	3,6%
NR	Nicht geratet	232.535	0,3%	107.903	0,2%
Gesamt		73.482.137	100,0%	70.326.488	100,0%

Das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2017 um € 3.155.649 Tausend auf € 73.482.137 Tausend zu.

Das Kreditobligo mit guter Kreditwürdigkeit bis hin zu minimalem Risiko erhöhte sich um € 3.247.819 Tausend, was einem Anteil von 51,8 Prozent (2017: 49,5 Prozent) entspricht.

Der Anstieg in Rating-Klasse 2 um € 1.533.484 Tausend auf € 11.133.932 Tausend resultierte im Wesentlichen aus einem Anstieg der Repo-Geschäfte in Österreich und Rumänien, wurde jedoch teilweise durch einen Rückgang in Großbritannien kompensiert. Der Rückgang in Großbritannien war auf Ratingverschiebungen einzelner Kunden zu Rating-Klasse 1 und 3 zurückzuführen. Der Anstieg in Rating-Klasse 2 beruhte zudem auf Kreditfinanzierungen in Deutschland, Frankreich, Kroatien und der Slowakei sowie auf einem Anstieg der gegebenen Garantien in Russland (trotz Abwertung des russischen Rubels), Kroatien, Österreich und der Schweiz. Rating-Klasse 3 verzeichnete einen Anstieg um € 2.875.635 Tausend auf € 11.357.385 Tausend, der auf Rahmenfinanzierungen in Großbritannien, Luxemburg, Österreich, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei, der Schweiz und Nordamerika (teilweise bedingt durch die Aufwertung des US-Dollars) sowie auf Kreditfinanzierungen in Österreich, Tschechien, Frankreich und der Schweiz zurückging. Zudem wirkte sich die Ratingverbesserung zweier Kunden von Rating-Klasse 4 erhöhend aus. Der Rückgang in Rating-Klasse 4 um € 1.322.552 Tausend auf € 10.402.833 Tausend war teilweise durch eine Ratingverschlechterung zu Rating-Klasse 5 eines Kunden in Singapur verursacht. Des Weiteren sind der Anleihenbestand in Russland (teilweise bedingt durch die Abwertung des russischen Rubels) sowie die Rahmenfinanzierungen in Russland, Tschechien und der Schweiz gesunken. Der gesamte Rückgang in Rating-Klasse 4 wurde durch einen Anstieg der Kreditfinanzierungen teilweise kompensiert. Rating-Klasse 5 verzeichnete einen Anstieg um € 1.175.120 Tausend auf € 15.824.179 Tausend, der im Wesentlichen aus Kreditfinanzierungen resultierte. Der Rückgang in Rating-Klasse 9 um € 350.565 Tausend auf € 198.909 Tausend war im Wesentlichen auf Kreditfinanzierungen in Kroatien und Ungarn sowie auf gegebene Garantien und Geldmarkt-Geschäfte in Ungarn zurückzuführen. Ebenso verzeichneten die Geldmarkt-Geschäfte in Russland einen Anstieg. Der Rückgang in Rating-Klasse 10 um € 886.149 Tausend auf € 1.637.862 Tausend resultierte aus Ausbuchungen.

Für Projektfinanzierungen besteht ein fünfstufiges Rating-Modell, das sowohl die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit als auch die zur Verfügung stehenden Sicherheiten berücksichtigt. Die Zusammensetzung des Projektfinanzierungsvolumens stellt sich demnach wie folgt dar:

in € Tausend		2018	Anteil	2017	Anteil
6,1	Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	5.307.911	75,3%	4.922.405	59,4%
6,2	Gute Projektbonität – geringes Risiko	968.352	13,7%	1.947.891	23,5%
6,3	Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	113.598	1,6%	516.829	6,2%
6,4	Schwache Projektbonität – hohes Risiko	102.630	1,5%	211.435	2,5%
6,5	Ausfall	383.110	5,4%	578.932	7,0%
NR	Nicht geratet	174.694	2,5%	114.670	1,4%
Gesamt		7.050.295	100,0%	8.292.162	100,0%

Das Kreditobligo der unter Projektfinanzierung ausgewiesenen Forderungen verzeichnete zum 31. Dezember 2018 einen Rückgang um € 1.241.867 Tausend auf € 7.050.295 Tausend. Der Anstieg in Rating-Klasse 6,1 um € 385.506 Tausend auf € 5.307.911 Tausend resultierte dabei aus einer Zunahme der Projektfinanzierungen in Ungarn, Ratingverschiebungen von Rating-Klasse 2 in Rumänien sowie der Ratingzuweisung eines österreichischen Kunden. Kompensiert wurde der Anstieg in Rating-Klasse 6,1 zum Teil durch einen Rückgang von Projektfinanzierungen in Deutschland sowie die Beendigung einer Verbriefung in

Tschechien. Rating-Klasse 6,2 verzeichnete eine Reduktion um € 979.539 Tausend auf € 968.352 Tausend, die im Wesentlichen auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts zurückzuführen war. Darüber hinaus führten Ratingverbesserungen, ausgelassene Projektfinanzierungen in Deutschland und Russland sowie die Abwertung des russischen Rubels zu einem Rückgang. Ausgelassene Projektfinanzierungen in Russland, Ratingverschiebungen, sowie der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts führten auch zu einer Reduktion in Rating-Klasse 6,3 um € 403.231 Tausend auf € 113.598 Tausend.

Den Hauptteil machten die Bonitätsstufen ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko und gute Projektbonität - geringes Risiko mit 89,0 Prozent aus. Dies war im Wesentlichen auf die hohe Gesamtbesicherung derartiger Spezialfinanzierungen zurückzuführen.

Die nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers gruppiert nach Regionen dar:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Zentraleuropa	18.491.300	23,0%	22.263.145	28,3%
Österreich	16.898.109	21,0%	15.902.173	20,2%
Westeuropa	15.070.375	18,7%	12.496.273	15,9%
Osteuropa	12.853.120	16,0%	12.023.814	15,3%
Südosteuropa	12.431.799	15,4%	11.335.367	14,4%
Asien	1.195.050	1,5%	1.120.170	1,4%
Sonstige	3.592.679	4,5%	3.477.709	4,4%
Gesamt	80.532.432	100,0%	78.618.650	100,0%

Das Kreditobligo wies im Vergleich zum Jahresende 2017 mit € 80.532.432 Tausend einen Anstieg um € 1.913.782 Tausend auf. Österreich verzeichnete einen Zuwachs um € 995.936 Tausend auf € 16.898.109 Tausend, der auf Repo- und Geldmarkt-Geschäfte, sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen war. Dieser wurde teilweise durch einen Rückgang von Rahmenfinanzierungen und gegebenen Garantien kompensiert. Der Anstieg in Westeuropa um € 2.574.102 Tausend auf € 15.070.375 Tausend resultierte aus Rahmen- und Kreditfinanzierungen, Geldmarkt-Geschäften, Dokumentenakkreditiven und gegebenen Garantien. In Südosteuropa wiederum sorgten Repo-Geschäfte sowie Kredit- und Rahmenfinanzierungen für eine Zunahme um € 1.096.432 Tausend auf € 12.431.799 Tausend. Der Rückgang in Zentraleuropa um € 3.771.845 Tausend auf € 18.491.300 Tausend resultierte aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Fertigung/Produktion	16.319.565	20,3%	16.330.608	20,8%
Groß- und Einzelhandel	16.867.200	20,9%	16.662.326	21,2%
Finanzintermediation	11.869.337	14,7%	10.483.499	13,3%
Immobilien	8.901.403	11,1%	9.850.800	12,5%
Bauwesen	4.824.498	6,0%	5.305.148	6,7%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	5.775.209	7,2%	5.463.244	6,9%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.300.706	4,1%	3.201.922	4,1%
Energieversorgung	3.045.296	3,8%	2.765.441	3,5%
Sonstige Branchen	9.629.218	12,0%	8.555.662	10,9%
Gesamt	80.532.432	100,0%	78.618.650	100,0%

Kreditportfolio - Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des Konzerns.

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Retail-Kunden - Privatpersonen	35.268.595	92,7%	34.826.895	92,0%
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.781.173	7,3%	3.041.403	8,0%
Gesamt	38.049.768	100,0%	37.868.298	100,0%

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach internem Rating für Retail-Kunden:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
0,5 Minimales Risiko	9.038.313	23,8%	10.249.522	27,1%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	9.091.214	23,9%	4.972.897	13,1%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	5.498.801	14,5%	4.100.968	10,8%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	4.039.654	10,6%	3.231.344	8,5%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	2.863.964	7,5%	2.384.181	6,3%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	1.726.684	4,5%	1.436.094	3,8%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	839.619	2,2%	815.945	2,2%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	413.993	1,1%	368.020	1,0%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	312.728	0,8%	320.696	0,8%
5,0 Ausfall	1.326.523	3,5%	1.554.911	4,1%
NR Nicht geratet	2.898.275	7,6%	8.433.721	22,3%
Gesamt	38.049.768	100,0%	37.868.298	100,0%

Das Kreditobligo für Retail-Kunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2017 um € 181.470 Tausend auf € 38.049.768 Tausend zu. Der Rückgang in Rating-Klasse 0.5 um € 1.211.209 Tausend auf € 9.038.313 Tausend resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts. Der Anstieg in den Rating-Klassen 1.0, 1.5, 2.0 war im Wesentlichen auf das Bau-sparbankengeschäft in Österreich und Tschechien zurückzuführen, für das zum Jahresende 2017 noch kein Rating zur Verfügung standen war.

Der Gesamtbetrag der Retail-Forderungen verteilt sich auf die Segmente wie folgt:

2018 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	17.377.251	8.720.106	4.420.411	4.750.828
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.370.316	687.641	348.580	374.636
Gesamt	18.747.567	9.407.747	4.768.990	5.125.463
davon notleidende Kredite	621.859	392.646	198.073	23.915

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	17.868.275	7.909.326	4.096.381	4.952.913
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.560.421	690.715	357.733	432.534
Gesamt	19.428.696	8.600.040	4.454.114	5.385.446
davon notleidende Kredite	859.100	478.439	280.584	22.497

Der Anstieg im Retailbereich war auf Südosteuropa und Osteuropa zurückzuführen, wurde jedoch durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts teilweise kompensiert. Südosteuropa verzeichnete eine Zunahme um € 807.707 Tausend auf € 9.407.747 Tausend. Hypotheken- und Verbraucherkredite sowie SME-Finanzierungen führten zu einem Anstieg in Bulgarien, während in Rumänien Verbraucherkredite, Kreditkarten und Überziehungen stiegen. Die Zunahme um € 314.876 Tausend auf € 4.768.990 Tausend in Osteuropa resultierte trotz Abwertung des russischen Rubels aus Hypotheken- und Verbraucherkrediten in Russland. Zudem wirkte sich die Aufwertung der ukrainischen Hryvna positiv aus. Im Vergleich zum Jahresende 2017 verzeichnete Zentraleuropa einen Rückgang, der auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts zurückzuführen war und durch einen Anstieg der Hypotheken- und Verbraucherkredite in Tschechien und der Slowakei teilweise kompensiert wurde. Der Rückgang um € 259.983 Tausend auf € 5.125.463 Tausend in Group Corporates & Markets resultierte im Wesentlichen aus Hypotheken- und Verbraucherkrediten.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Hypothekenkredite	22.556.842	59,3%	22.228.428	58,7%
Verbraucherkredite	8.456.959	22,2%	8.317.206	22,0%
Kreditkarten	3.087.446	8,1%	3.273.016	8,6%
SME-Finanzierung	2.045.615	5,4%	1.865.555	4,9%
Überziehungen	1.443.756	3,8%	1.751.015	4,6%
Autokredite	459.149	1,2%	433.078	1,1%
Gesamt	38.049.768	100,0%	37.868.298	100,0%

Der Anstieg der Hypothekenkredite um € 328.414 Tausend sowie der Verbrauchercredite um € 139.753 Tausend war im Wesentlichen auf Tschechien, Russland, Rumänien, Bulgarien und die Slowakei zurückzuführen. Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts dämpfte das Wachstum der Hypotheken- und Verbrauchercredite und führte zu einem Rückgang bei Kreditkarten und Überziehungen. Auch im Bereich SME-Finanzierung war eine Zunahme um € 180.060 Tausend zu verzeichnen, die im Wesentlichen auf Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Rumänien, die Slowakei und die Ukraine zurückzuführen war.

2018 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Hypothekenkredite	13.579.748	2.448.014	1.629.209	4.899.871
Verbraucherkredite	2.287.388	4.166.484	1.825.274	177.813
Kreditkarten	866.163	1.178.668	1.039.368	3.247
SME-Finanzierung	873.931	988.721	139.588	43.375
Überziehungen	890.760	448.878	103.587	530
Autokredite	249.577	176.982	31.964	627
Gesamt	18.747.567	9.407.747	4.768.990	5.125.463

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Hypothekenkredite	13.296.445	2.283.105	1.539.301	5.109.577
Verbraucherkredite	2.582.744	3.835.662	1.671.568	227.231
Kreditkarten	1.223.138	1.069.874	980.004	0
SME-Finanzierung	847.443	874.321	96.150	47.640
Überziehungen	1.265.479	398.333	87.134	69
Autokredite	213.447	138.745	79.957	929
Gesamt	19.428.696	8.600.040	4.454.114	5.385.446

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
1 Minimales Risiko	3.797.198	19,8%	3.508.577	18,3%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	5.804.826	30,2%	3.204.872	16,7%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	7.142.295	37,2%	10.073.113	52,5%
4 Gute Kreditwürdigkeit	1.346.752	7,0%	1.239.394	6,5%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	700.977	3,6%	580.340	3,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	268.171	1,4%	231.278	1,2%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	31.239	0,2%	198.062	1,0%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	100.827	0,5%	121.341	0,6%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	216	0,0%	4.183	0,0%
10 Ausfall	9.456	0,0%	10.688	0,1%
NR Nicht geratet	5.293	0,0%	13.756	0,1%
Gesamt	19.207.251	100,0%	19.185.605	100,0%

Das gesamte Kreditobligo betrug € 19.207.251 Tausend und wies damit gegenüber dem Jahresultimo 2017 einen Anstieg um € 21.646 Tausend auf.

Rating-Klasse 1 verzeichnete einen Anstieg um € 288.621 Tausend auf € 3.797.198 Tausend, welcher auf einen Anstieg des Anleihenbestands, Geldmarkt-Geschäfte in Belgien, China und Ungarn sowie auf Ratingverbesserungen österreichischer und chinesischer Kreditinstitute zurückzuführen war. Dieser wurde jedoch durch einen Rückgang der Repo-Geschäfte in Deutschland teilweise kompensiert. In den Rating-Klassen 2 und 3 kam es zu Verschiebungen, die im Wesentlichen auf Ratingverbesserungen einiger Raiffeisen-Landesbanken beruhten. Der Anstieg um € 107.358 Tausend auf € 1.346.752 Tausend in Rating-Klasse 4 resultierte aus Geldmarkt-Geschäften in Russland. Der Rückgang um € 166.823 Tausend auf € 31.239 Tausend in Rating-Klasse 7 war auf eine Abnahme von Dokumentenakkreditiven in Usbekistan sowie auf gegebene Garantien und Repo-Geschäfte in Russland zurückzuführen. Zudem kam es zu einer Ratingverbesserung eines russischen Kreditinstituts zu Rating-Klasse 6.

Nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo nach dem Letztrisiko gruppiert nach Regionen dar:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Westeuropa	8.235.134	42,9%	8.592.712	44,8%
Österreich	4.624.378	24,1%	4.748.703	24,8%
Osteuropa	2.302.814	12,0%	2.088.673	10,9%
Zentraleuropa	1.115.708	5,8%	819.568	4,3%
Asien	755.204	3,9%	806.258	4,2%
Südosteuropa	117.571	0,6%	115.440	0,6%
Sonstige	2.056.442	10,7%	2.014.252	10,5%
Gesamt	19.207.251	100,0%	19.185.605	100,0%

Westeuropa verzeichnete einen Rückgang um € 357.578 Tausend auf € 8.235.134 Tausend, welcher auf Repo-Geschäfte in Deutschland sowie auf Repo- und Swap-Geschäfte in Großbritannien zurückzuführen war. Demgegenüber haben Einlagen und Geldmarkt-Geschäfte in Großbritannien sowie der Anleihenbestand in Luxemburg zugenommen. Der Rückgang um € 124.325 Tausend auf € 4.624.378 Tausend in Österreich beruhte auf Einlagen bei Kreditinstituten und Rahmenfinanzierungen, wurde jedoch durch einen Anstieg der Kreditfinanzierungen teilweise kompensiert. Osteuropa verzeichnete einen Anstieg um € 214.141 Tausend auf € 2.302.814 Tausend, welcher auf Einlagen bei Kreditinstituten und Geldmarkt-Geschäfte in Russland zurückzuführen war. Der Zuwachs um € 296.140 Tausend auf € 1.115.708 Tausend in Zentraleuropa war auf Geldmarkt-Geschäfte in Ungarn sowie auf eine Zunahme des Anleihenbestands in Ungarn und Polen zurückzuführen. Zudem nahmen die Devisen-Geschäfte in Polen zu. Gedämpft wurde der Anstieg in Zentraleuropa durch einen Rückgang des Anleihenbestands und der Rahmenfinanzierungen in Tschechien.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Forderungen	4.922.923	25,6%	4.476.607	23,3%
Anleihen	3.829.310	19,9%	3.812.378	19,9%
Repo	3.645.159	19,0%	4.372.523	22,8%
Geldmarkt	2.723.479	14,2%	2.192.434	11,4%
Derivate	2.415.346	12,6%	2.735.232	14,3%
Sonstige	1.671.035	8,7%	1.596.430	8,3%
Gesamt	19.207.251	100,0%	19.185.605	100,0%

Die Erhöhungen der Forderungen und Geldmarkt-Geschäfte waren auf Belgien, Großbritannien, Ungarn und (trotz der Abwertung des russischen Rubels) auf Russland zurückzuführen. Dem standen Rückgänge bei Repo-Geschäften in Deutschland, Kanada und Großbritannien sowie bei Derivaten in Frankreich und Großbritannien gegenüber.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	1.210.429	3,3%	1.800.455	5,3%
A2 Sehr gute Bonität	14.655.790	40,1%	9.452.621	27,6%
A3 Gute Bonität	7.954.653	21,8%	8.012.673	23,4%
B1 Solide Bonität	936.989	2,6%	4.334.054	12,7%
B2 Zufriedenstellende Bonität	3.000.719	8,2%	3.143.274	9,2%
B3 Adäquate Bonität	6.630.898	18,2%	5.497.588	16,1%
B4 Fragliche Bonität	1.213.982	3,3%	1.082.977	3,2%
B5 Höchst fragliche Bonität	360.285	1,0%	387.495	1,1%
C Ausfallgefährdet	541.678	1,5%	525.394	1,5%
D Ausfall	2.236	0,0%	266	0,0%
NR Nicht geratet	1.413	0,0%	7.585	0,0%
Gesamt	36.509.071	100,0%	34.244.384	100,0%

Im Vergleich zum Jahresende 2017 erhöhte sich das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor um € 2.264.687 Tausend auf € 36.509.071 Tausend. Den größten Anstieg um € 5.203.169 Tausend auf € 14.655.790 Tausend verzeichnete Rating-Klasse A2, welcher auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückzuführen war. Der Rückgang um € 590.026 Tausend auf € 1.210.429 Tausend in Rating-Klasse A1 resultierte aus der Abnahme des Anleihenbestands der Republik Deutschland, des Königreichs der Niederlande sowie der USA. Rating-Klasse B1 verzeichnete eine Reduktion um € 3.397.065 Tausend auf € 936.989 Tausend, die auf den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts zurückzuführen war. Der Anstieg um € 1.133.310 Tausend auf € 6.630.898 Tausend in Rating-Klasse B3 resultierte im Wesentlichen aus einer Zunahme des Anleihenbestands der russischen Zentralbank.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Forderungen	16.445.411	45,0%	11.559.175	33,8%
Anleihen	14.874.640	40,7%	17.047.029	49,8%
Repo	3.905.064	10,7%	4.322.582	12,6%
Geldmarkt	1.158.254	3,2%	1.166.413	3,4%
Derivate	34.549	0,1%	29.807	0,1%
Sonstige	91.154	0,2%	119.377	0,3%
Gesamt	36.509.071	100,0%	34.244.384	100,0%

Der Anstieg der Produktgruppe Forderungen um € 4.886.236 Tausend auf € 16.445.411 Tausend war im Wesentlichen auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückzuführen. Der Rückgang der Produktgruppe Anleihen um € 2.172.389 Tausend auf € 14.874.640 Tausend resultierte aus dem Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts, wurde jedoch durch den Anstieg in Russland teilweise kompensiert. Der Rückgang der Produktgruppe Repo um € 417.518 Tausend auf € 3.905.064 Tausend beruhte auf der Reduktion der Geschäfte mit der tschechischen Nationalbank.

Die folgende Tabelle zeigt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating B3 und darunter):

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Russland	2.220.770	25,4%	763.388	10,2%
Ungarn	2.000.754	22,9%	2.361.480	31,5%
Kroatien	1.332.348	15,2%	1.267.048	16,9%
Bulgarien	927.916	10,6%	945.306	12,6%
Albanien	663.514	7,6%	602.247	8,0%
Serbien	535.268	6,1%	438.860	5,9%
Ukraine	400.527	4,6%	405.266	5,4%
Bosnien und Herzegowina	330.283	3,8%	325.913	4,3%
Belarus	131.989	1,5%	119.679	1,6%
Rumänien	111.570	1,3%	72.530	1,0%
Sonstige	95.552	1,1%	199.587	2,7%
Gesamt	8.750.492	100,0%	7.501.305	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade beruhte vor allem auf Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind.

Das Kreditobligo erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2017 um € 1.249.187 Tausend auf € 8.750.492 Tausend. In Russland kam es zu einem Anstieg um € 1.457.382 Tausend auf € 2.220.770 Tausend, welcher im Wesentlichen auf Anleihen der russischen Zentralbank sowie auf Geldmarkt-Geschäfte mit der russischen Zentralbank beruhte. Ungarn verzeichnete einen Rückgang um € 360.726 Tausend auf € 2.000.754 Tausend, im Wesentlichen auf Geldmarkt-Geschäfte und Kreditfinanzierungen sowie die Abwertung des Forint zurückzuführen war.

Notleidendes Exposure (NPE)

Die nachfolgende Tabelle zeigt das notleidende Exposure nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and non-performing exposures). Sie umfasst das nicht ausgefallene und das ausgefallene Exposure.

in € Tausend	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Regierungen	2.291	266	0,2%	0,0%	98,8%	-
Kreditinstitute	8.445	10.030	0,1%	0,1%	100,0%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	80.846	40.245	0,9%	0,6%	80,9%	86,7%
Nicht-Finanzunternehmen ¹	2.079.678	3.308.995	5,0%	7,8%	55,0%	53,5%
Haushalte ¹	1.228.301	1.560.737	3,8%	5,0%	62,5%	61,0%
Forderungen	3.399.562	4.920.272	3,0%	4,7%	58,4%	56,3%
Anleihen	9.004	13.150	0,1%	0,2%	-	-
Gesamt	3.408.566	4.933.423	2,6%	4,0%	58,3%	56,1%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung von Klein- und Mittelbetrieben zu Nicht-Finanzunternehmen

Basierend auf der IFRS-9-bedingten Definitionsänderung in der EBA-Richtlinie (FINREP ANNEX III REV1/FINREP ANNEX V) sind Einlagen bei Zentralbanken und Sichteinlagen für die Berechnung der NPE Ratio zu berücksichtigen. Die Vergleichsperiode wurde entsprechend angepasst.

Nicht ausgefallenes notleidendes Obligo

In diesem Kapitel werden ausschließlich Exposures dargestellt, für die kein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Im Bereich der Firmenkunden unterscheidet der Konzern bei Krediten, deren Konditionen oder Bedingungen zugunsten des Kunden abgeändert wurden, nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and non-performing exposures) und dem ECB-Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten zwischen modifizierten Krediten und Forborne-Krediten.

Ausschlaggebend für die Einstufung als nicht ausgefallenes notleidendes Obligo (Forborne) im Non-Retail-Bereich ist die finanzielle Situation des Kunden bei der Änderung der Konditionen oder Kreditbedingungen. Kann zum Zeitpunkt der Änderung der Kreditbedingungen oder Konditionen aufgrund der Bonität des Kunden (unter Berücksichtigung des internen Frühwarnsystems) von finanziellen Schwierigkeiten des Kunden ausgegangen werden und wird die Modifizierung als Konzession gewertet, werden solche Kredite als Forborne bezeichnet. Sofern eine solche Modifikation bei einem Kredit stattfindet, der zuvor als notleidend

betrachtet wurde, wird der Kredit als Non-performing Exposure (NPE) eingestuft, unabhängig davon, ob ein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Die Entscheidung, ob ein Kredit als Forborne/NPE eingestuft wird, löst keine Einzelwertberichtigung gegenüber dem Kunden aus, eine solche erfolgt gegebenenfalls auf Basis der Ausfalldefinition der CRD IV/CRR.

Nach IFRS 9 werden nicht in Verzug geratene Forborne Exposures im Retail-Geschäft automatisch auf Stage 2 übertragen und damit die Lifetime-ECL angewendet. Die Rückübertragung auf Stage 1 ist nur möglich, wenn alle Kriterien für den Austritt aus dem Status Forborne (einschließlich der Mindestdauer der Probezeit) erfüllt sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das nicht ausgefallene notleidende Obligo nach Asset-Klassen:

in € Tausend	Refinanzierung		Instrumente mit geänderter Laufzeit und geänderten Konditionen		NPE Gesamt	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Nicht-Finanzunternehmen ¹	4.211	13.056	49.476	74.015	53.688	87.071
Haushalte ¹	6.356	11.991	146.768	199.762	153.124	211.753
Forderungen	10.568	25.047	196.244	273.777	206.811	298.824
Anleihen	0	0	0	0	0	0
Gesamt	10.568	25.047	196.244	273.777	206.811	298.824

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung von Klein- und Mittelbetrieben zu Nicht-Finanzunternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt das nicht ausgefallene notleidende Obligo nach Segmenten:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Zentraleuropa	92.749	45%	157.045	53%
Südosteuropa	64.789	31%	116.107	39%
Osteuropa	4.897	2%	9.169	3%
Group Corporates & Markets	44.376	21%	16.503	6%
Gesamt	206.811	100%	298.824	100%
davon Nichtbanken	206.811	100%	298.824	100%

Finanzielle Schwierigkeiten im Firmenkunden-Bereich werden anhand eines internen Frühwarnsystems, das auf zahlreichen repräsentativen und gültigen Inputfaktoren zur Risikoklassifizierung der Kunden basiert (z. B. Überfälligkeit, Rating-Verschlechterungen etc.), gemessen. IFRS 9 verlangt, dass Wertminderungen für Stage 1, 2 und 3 auf ein erwartetes Verlustereignis zurückzuführen sein müssen; Ausfälle gemäß Artikel 178 CRR werden nach wie vor als Hauptindikatoren für Stage 3 herangezogen. Die Überführung von Forborne Exposures in das Lebendportfolio erfolgt nicht automatisch nach der festgelegten Überwachungsperiode. Zusätzlich muss eine Expertise eingeholt werden, die bestätigt, dass sich die Verhältnisse des betreffenden Kunden verbessert haben.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL)

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Für Non-Retail Kunden werden für die Bestimmung eines Forderungsausfalls zwölf Indikatoren verwendet. So gilt es z. B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste oder das Kreditrisikomanagement eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Workout-Einheit die Sanierung des Kunden erwägt.

Im Konzern werden Kundenausfälle in einer konzernweit eingesetzten Datenbank erfasst und dokumentiert. In dieser werden auch Ausfallgründe aufgezeichnet, wodurch die Berechnung und Validierung von Ausfallwahrscheinlichkeiten ermöglicht wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Konzernrichtlinien, die auf den IFRS-Bilanzierungsregeln beruhen, gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab. Im Non-Retail-Bereich entscheiden in den einzelnen Konzerneinheiten Problemkreditrunden über die Bildung von einzelkreditbezogenen Risikovorsorgen. Im Retail-Bereich wird deren Berechnung durch Retail-Risikomanagement-Abteilungen in den einzelnen Konzerneinheiten vorgenommen. Diese ermitteln die erforderlichen Kreditrisikorückstellungen anhand definierter Berechnungsvorschriften in monatlichen Intervallen und holen dazu die Bestätigung des lokalen Rechnungswesens ein.

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite der dargestellten Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in € Tausend	NPL		NPL Ratio		NPL Coverage Ratio	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Regierungen	2.291	266	0,2%	0,0%	-	-
Sonstige Finanzunternehmen	80.846	40.247	0,9%	0,6%	92,3%	100,0%
Nicht-Finanzunternehmen ¹	2.025.991	3.223.516	4,9%	7,6%	65,5%	57,3%
Haushalte ¹	1.075.178	1.347.391	3,3%	4,3%	99,2%	98,2%
Summe Nichtbanken	3.184.305	4.611.418	3,8%	5,7%	77,6%	67,0%
Kreditinstitute	8.445	10.030	0,1%	0,0%	100,0%	> 100%
Gesamt	3.192.750	4.621.449	2,9%	4,4%	77,7%	67,1%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung von Klein- und Mittelbetrieben zu Nicht-Finanzunternehmen

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der ausgefallenen notleidenden Kredite der dargestellten Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Tausend	Stand	Änderung		Zugänge	Abgänge	Stand
	1.1.2018	Konsolidierungskreis	Währung			31.12.2018
Regierungen	266	0	328	1.970	-272	2.291
Sonstige Finanzunternehmen	40.247	-8.596	-739	61.718	-11.783	80.846
Nicht-Finanzunternehmen ¹	3.223.516	-240.561	8.415	430.967	-1.396.345	2.025.991
Haushalte ¹	1.347.391	-98.564	-21.736	221.392	-373.305	1.075.178
Summe Nichtbanken	4.611.418	-347.722	-13.732	716.046	-1.781.705	3.184.305
Kreditinstitute	10.030	0	230	29	-1.845	8.445
Gesamt	4.621.449	-347.722	-13.501	716.074	-1.783.550	3.192.750

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung von Klein- und Mittelbetrieben zu Nicht-Finanzunternehmen

in € Tausend	Stand	Änderung		Zugänge	Abgänge	Stand
	1.1.2017	Konsolidierungskreis	Währung			31.12.2017
Regierungen	1.669	0	0	183	-1.585	266
Sonstige Finanzunternehmen	77.915	0	-622	10.161	-47.207	40.247
Nicht-Finanzunternehmen ¹	4.583.016	357.501	-142.621	1.088.645	-2.663.025	3.223.516
Haushalte ¹	1.823.007	72.651	-6.483	205.503	-747.287	1.347.391
Summe Nichtbanken	6.485.607	430.152	-149.726	1.304.491	-3.459.105	4.611.418
Kreditinstitute	77.277	0	-4.788	601	-63.060	10.030
Gesamt	6.562.884	430.152	-154.515	1.305.092	-3.522.165	4.621.449

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung von Klein- und Mittelbetrieben zu Nicht-Finanzunternehmen

Das Volumen der notleidenden Kredite an Nichtbanken sank um € 1.427.113 Tausend. Der organische Rückgang in Höhe von € 1.065.660 Tausend war vor allem auf den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A., Verkäufe und Rückreibungen von notleidenden sowie die Ausbuchung von wirtschaftlich nicht mehr einbringlichen Kreditforderungen in der RBI AG, Kroatien, der Ukraine, Ungarn und Russland zurückzuführen, die Währungsentwicklung bewirkte einen Rückgang um € 13.732 Tausend. Der Anteil der notleidenden Kredite bezogen auf das Gesamtbligo (NPL Ratio) verringerte sich um 1,5 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 10,5 Prozentpunkte auf 77,7 Prozent.

Der Bereich Nicht-Finanzunternehmen wies im Jahresverlauf einen Rückgang um € 1.197.525 Tausend auf € 2.025.991 Tausend auf, welcher im Wesentlichen auf den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A. sowie auf Ausbuchungen zurückzuführen war. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditbligo verringerte sich um 2,7 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 8,1 Prozentpunkte auf 65,5 Prozent. Im Haushaltsbereich gingen die notleidenden Kredite um 20,2 Prozent oder € 272.213 Tausend auf € 1.075.178 Tausend zurück, hauptsächlich bedingt durch den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A. Dem wirkten Zinsabgrenzungen auf bestehende notleidende Kredite erhöhend entgegen, denen allerdings Wertberichtigungen großteils auf notleidende Haushaltskredite gegenüberstanden. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditbligo verringerte sich um 1,9 Prozentpunkte auf 3,8 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 10,6 Prozentpunkte auf 77,6 Prozent. Im Bereich Kreditinstitute lagen die notleidenden Kredite im vierten Quartal mit € 8.445 Tausend um 15,8 Prozentpunkte unter dem Jahresendstand 2017, die Deckungsquote lag bei 100 Prozent.

Die nachstehenden Tabellen weisen den Anteil der notleidenden Kredite (NPL) der dargestellten Segmente (ohne außerbilanzielle Geschäfte) aus:

2018			
in € Tausend	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio
Zentraleuropa	1.038.267	2,9%	78,6%
Südosteuropa	783.917	3,9%	88,6%
Osteuropa	487.039	3,3%	79,1%
Group Corporates & Markets	845.482	2,1%	66,4%
Corporate Center	38.045	0,3%	62,3%
Gesamt	3.192.750	2,9%	77,7%
davon Nichtbanken	3.184.305	3,8%	77,6%

2017			
in € Tausend	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio
Zentraleuropa	1.559.366	3,8%	67,7%
Südosteuropa	1.047.819	4,7%	81,0%
Osteuropa	666.698	4,6%	78,7%
Group Corporates & Markets	1.311.232	3,4%	48,5%
Corporate Center	36.334	0,3%	100,0%
Gesamt	4.621.449	4,4%	67,1%
davon Nichtbanken	4.611.418	5,7%	67,0%

Basierend auf der IFRS-9-bedingten Definitionsänderung in der EBA-Richtlinie (FINREP ANNEX III REV1/FINREP ANNEX V) sind Einlagen bei Zentralbanken und Sichteinlagen auch für die Berechnung der NPE Ratio zu berücksichtigen. Die Vergleichsperiode wurde entsprechend angepasst.

In Zentraleuropa verringerten sich die notleidenden Kredite um € 521.098 Tausend auf € 1.038.267 Tausend, in Polen bedingt durch den Verkauf des Kernbankgeschäfts um € 363.098 Tausend. Aufgrund von Verkäufen, Rückschreibungen und Ausbuchungen kam es in Tschechien und Ungarn ebenfalls zu Rückgängen von € 57.840 Tausend und € 55.984 Tausend. Die NPL Ratio verringerte sich um 0,9 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent, die Deckungsquote stieg um 10,8 Prozentpunkte auf 78,6 Prozent.

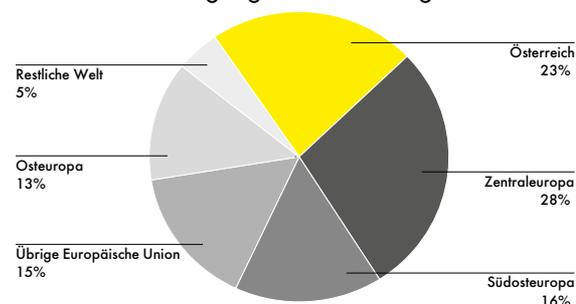
In Südosteuropa reduzierten sich die notleidenden Kredite im Jahresabstand um € 263.902 Tausend auf € 783.917 Tausend, unter anderem durch Rückgänge in Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Serbien in der Höhe von insgesamt € 233.496 Tausend. Die NPL Ratio sank um 0,7 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 7,6 Prozentpunkte auf 88,6 Prozent.

Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang der notleidenden Kredite um 26,9 Prozent oder € 179.659 Tausend auf € 487.039 Tausend, davon in der Ukraine € 88.531 Tausend und in Russland € 72.205 Tausend. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo verringerte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent, die Deckungsquote stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 79,1 Prozent.

Die notleidenden Kredite im Segment Group Corporates & Markets reduzierten sich 2018 um € 465.750 Tausend auf € 845.482 Tausend. Dabei gingen die notleidenden Kredite in der RBI AG um € 407.670 Tausend und in der Raiffeisen Leasing-Gruppe um € 974 Tausend zurück. Die NPL Ratio verringerte sich um 1,3 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent, die Deckungsquote lag bei 66,4 Prozent, um 17,9 Prozentpunkt über dem Wert zu Jahresbeginn.

Länderrisiko

Anteil des Kreditobligos nach Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers



Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und das Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten. Der Konzern ist diesem Risiko durch seine Geschäftstätigkeit in den Märkten Zentral- und Osteuropas ausgesetzt, in denen die politischen und wirtschaftlichen Risiken weiterhin zum Teil als vergleichsweise signifikant anzusehen sind.

Die aktive Länderrisikosteuerung des Konzerns erfolgt auf Basis der vom Vorstand festgelegten Country Risk Policy, die als Teil des Kreditportfolio-Limitsystems eine streng definierte Obergrenze für grenzüberschreitende Transaktionen gegenüber einzelnen Ländern festlegt, um Risikokonzentrationen vorzubeugen. Im täglichen Ablauf müssen die Geschäftseinheiten bei grenzüberschreitenden Transaktionen

zusätzlich zur Einhaltung kundenspezifischer Limits daher auch Limitanträge für die betroffenen Länder stellen. Die absolute Höhe der Limits für die unterschiedlichen Länder wird dabei modellgestützt ermittelt, wobei sowohl das interne Länderrating und die Größe des Landes als auch die Eigenkapitalausstattung des Konzerns Berücksichtigung finden.

Das Länderrisiko fließt weiters über das interne Transferpreissystem in die Produktkalkulation und in die risikoadjustierte Performancemessung ein. Der Konzern bietet den einzelnen Geschäftseinheiten dadurch einen Anreiz, Länderrisiken durch Versicherungen (z. B. Exportkreditversicherungen) oder Bürgschaften aus Drittstaaten abzusichern. Die aus der Länderrisikoanalyse gewonnenen Einschätzungen werden aber nicht nur zur Begrenzung des Gesamtvolumens an grenzüberschreitenden Transaktionen eingesetzt, sondern sie kommen auch bei der Limitierung des Gesamtexposure (also auch des durch lokale Einlagen refinanzierten Obligos) in den einzelnen Ländern zur Anwendung. Damit richtet der Konzern seine Geschäftsaktivitäten an der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in unterschiedlichen Märkten aus und forciert die breite Diversifikation seines Kreditportfolios.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung wurden auch die Limitstrukturen in Bezug auf das Konzentrationsrisiko auf Ebene der einzelnen Kundensegmente überarbeitet. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Die folgende Tabelle stellt die Kreditobligos aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland und gruppiert nach Regionen dar:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Zentraleuropa	48.378.615	27,8%	56.485.525	33,2%
Tschechien	20.600.117	11,8%	19.903.025	11,7%
Slowakei	15.721.267	9,0%	14.865.975	8,7%
Ungarn	6.902.728	4,0%	6.739.852	4,0%
Polen	4.805.907	2,8%	14.582.171	8,6%
Sonstige	348.597	0,2%	394.502	0,2%
Österreich	39.683.466	22,8%	34.515.953	20,3%
Übrige Europäische Union	26.804.475	15,4%	24.552.015	14,4%
Deutschland	9.073.012	5,2%	8.885.391	5,2%
Großbritannien	5.460.373	3,1%	5.308.539	3,1%
Frankreich	3.946.866	2,3%	2.740.579	1,6%
Luxemburg	1.701.036	1,0%	1.058.374	0,6%
Niederlande	1.319.394	0,8%	1.617.160	1,0%
Spanien	1.137.330	0,7%	869.078	0,5%
Italien	838.299	0,5%	750.649	0,4%
Sonstige	3.328.165	1,9%	3.322.244	2,0%
Südosteuropa	28.434.979	16,3%	26.444.471	15,6%
Rumänien	11.273.278	6,5%	10.246.071	6,0%
Kroatien	5.008.474	2,9%	4.984.211	2,9%
Bulgarien	4.614.490	2,6%	4.208.404	2,5%
Serbien	3.015.812	1,7%	2.717.843	1,6%
Bosnien und Herzegowina	2.190.851	1,3%	2.021.246	1,2%
Albanien	1.532.195	0,9%	1.533.264	0,9%
Sonstige	799.879	0,5%	733.433	0,4%
Osteuropa	22.679.320	13,0%	19.856.082	11,7%
Russland	17.803.000	10,2%	15.611.004	9,2%
Ukraine	2.815.563	1,6%	2.481.467	1,5%
Belarus	1.870.941	1,1%	1.476.055	0,9%
Sonstige	189.817	0,1%	287.556	0,2%
Schweiz	2.426.563	1,4%	2.208.476	1,3%
Nordamerika	2.381.627	1,4%	2.502.485	1,5%
Asien	2.011.437	1,2%	2.018.453	1,2%
Restliche Welt	1.498.039	0,9%	1.333.476	0,8%
Gesamt	174.298.522	100,0%	169.916.936	100,0%

Das Kreditobligo aller Forderungsklassen wies im Vergleich zum Jahresende 2017 einen Anstieg um € 4.381.586 Tausend auf € 174.298.522 Tausend auf. Den größten Rückgang um € 8.106.910 Tausend auf € 48.378.615 Tausend verzeichnete Zentraleuropa aufgrund des Verkaufs des polnischen Kernbankgeschäfts. Der größte Anstieg um € 5.167.513 Tausend auf € 39.683.466 Tausend in Österreich war im Wesentlichen auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank und Kreditfinanzierungen zurückzuführen, wurde jedoch durch einen Rückgang von Rahmenfinanzierungen teilweise kompensiert. Der Zuwachs um € 2.252.460 Tausend auf € 26.804.475 Tausend in der übrigen europäischen Union war auf Einlagen bei Kreditinstituten, Kredit- und Rahmenfinanzierungen sowie Geldmarkt-Geschäfte zurückzuführen, wurde jedoch durch einen Rückgang der Repo-Geschäfte in Großbritannien und Deutschland zum Teil kompensiert. In Frankreich führten vor allem Kredit- und Rahmenfinanzierungen sowie Geldmarkt- und Repo-Geschäfte zu einem Anstieg um € 1.206.287 Tausend. Südosteuropa verzeichnete einen Anstieg um € 1.990.508 Tausend auf € 28.434.979 Tausend. Dieser resultierte aus Zuwächsen bei Kredit- und Rahmenfinanzierungen, Anleihen und Repo-Geschäften in Rumänien sowie aus einer Zunahme des Retail-Geschäfts in Bulgarien und Rumänien. Der Anstieg wurde jedoch durch die Abnahme der Mindestreserve bei der rumänischen Nationalbank teilweise kompensiert. Ein Anstieg bei russischen Staatsanleihen, Rahmen- und Kreditfinanzierungen, gegebenen Garantien und Geldmarkt-Geschäften sowie die Aufwertung des ukrainischen Hryvna führten trotz der Abwertung des russischen Rubels zu einem Anstieg um € 2.823.238 Tausend auf € 22.679.320 Tausend in Osteuropa.

Nachfolgende Tabelle zeigt das Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach Währungen:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Euro (EUR)	95.469.635	54,8%	88.334.001	52,0%
Tschechische Krone (CZK)	18.656.882	10,7%	18.157.128	10,7%
US-Dollar (USD)	16.423.359	9,4%	15.523.921	9,1%
Russischer Rubel (RUB)	12.968.889	7,4%	10.732.522	6,3%
Polnische Zloty (PLN)	737.787	0,4%	9.441.972	5,6%
Rumänischer Lei (RON)	7.107.641	4,1%	6.496.702	3,8%
Ungarischer Forint (HUF)	5.526.425	3,2%	5.464.730	3,2%
Schweizer Franken (CHF)	3.003.628	1,7%	3.175.054	1,9%
Bulgarische Lewa (BGN)	2.907.371	1,7%	2.493.706	1,5%
Kroatische Kuna (HRK)	2.748.346	1,6%	2.629.002	1,5%
Bosnische Marka (BAM)	2.164.640	1,2%	1.991.203	1,2%
Ukrainische Hryvna (UAH)	2.108.940	1,2%	1.793.594	1,1%
Serbischer Dinar (RSD)	1.357.867	0,8%	1.212.723	0,7%
Albanischer Lek (ALL)	1.076.358	0,6%	1.014.903	0,6%
Andere Fremdwährungen	2.040.754	1,2%	1.455.774	0,9%
Gesamt	174.298.522	100,0%	169.916.936	100,0%

Der Exposureanstieg in Euro um € 7.135.634 Tausend auf € 95.469.635 Tausend war im Wesentlichen auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank und Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Beim russischen Rubel bedingten Kreditfinanzierungen und eine Zunahme des Anleihenbestands den Zuwachs um € 2.236.366 Tausend auf € 12.968.889 Tausend. Der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts war für den Exposurerückgang in polnischen Zloty verantwortlich. Das Gesamtexposure der RBI Poland Branch, Warschau, setzte sich im Wesentlichen aus € 2.362.449 Tausend in Schweizer Franken, € 738.463 Tausend in Euro und € 257.477 Tausend in polnischen Zloty zusammen.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit der Kunden:

in € Tausend	2018	Anteil	2017	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	50.710.556	29,1%	44.981.704	26,5%
Private Haushalte	35.298.314	20,3%	34.997.424	20,6%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	14.168.307	8,1%	16.593.524	9,8%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	12.794.317	7,3%	12.638.639	7,4%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	11.409.657	6,5%	11.616.077	6,8%
Grundstücks- und Wohnungswesen	9.254.904	5,3%	10.095.836	5,9%
Baugewerbe	5.272.650	3,0%	5.747.554	3,4%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	6.112.696	3,5%	5.858.760	3,4%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	3.982.905	2,3%	3.866.195	2,3%
Energieversorgung	3.269.289	1,9%	2.915.441	1,7%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.202.125	1,3%	1.742.166	1,0%
Sonstiges Transportgewerbe	1.570.722	0,9%	1.909.768	1,1%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.186.533	1,3%	1.955.242	1,2%
Ernährungsgewerbe	1.899.708	1,1%	1.897.956	1,1%
Maschinenbau	1.647.807	0,9%	1.694.692	1,0%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.028.014	0,6%	1.049.095	0,6%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	493.631	0,3%	594.179	0,3%
Sonstige Branchen	10.996.388	6,3%	9.762.685	5,7%
Gesamt	174.298.522	100%	169.916.936	100%

Der Exposureanstieg war im Wesentlichen auf einen Anstieg im Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe um € 5.728.851 Tausend auf € 50.710.556 Tausend zurückzuführen, welcher hauptsächlich durch ein gestiegenes Kreditobligo an Zentralbanken in Österreich und Russland bedingt war. Hingegen kam es im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherungen zu einem Exposurerückgang um € 2.425.217 Tausend, vor allem bedingt durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

Strukturiertes Kreditportfolio

Der Konzern ist als Investor in strukturierten Produkten tätig. Das Gesamtexposure an strukturierten Produkten verfügt über ein Nominale in Höhe von € 594.999 Tausend (2017: € 804.956 Tausend) und einen Buchwert in Höhe von € 580.996 Tausend (2017: € 769.650 Tausend). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Investments in Asset-Backed Securities (ABS), Asset-Based Financing (ABF) und zum Teil auch Collateralized Debt Obligations (CDO). 53,4 Prozent (2017: 60,3 Prozent) des Portfolios enthalten Forderungen gegenüber europäischen Kunden, wobei 13,7 Prozent des Portfolios (2017: 41,9 Prozent) über ein externes Rating von A oder höher verfügen. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist auf ausgelaufene Transaktionen sowie auf Ratingverschlechterungen zurückzuführen. Die Herabstufung erfolgte analog der Ratingmethodik der Ratingagentur und nicht aufgrund verschlechterter Performance.

Kontrahentenausfallrisiko

Ein Kontrahentenausfall bei Derivat-, Pensions- und Wertpapierleihgeschäften kann Verluste durch die Kosten der Wiederbeschaffung eines äquivalenten Kontrakts verursachen. Dieses Risiko wird vom Konzern durch die Marktbewertungsmethode gemessen, die den gegenwärtigen Marktwert und einen vordefinierten Puffer für etwaige Veränderungen des Forderungswerts in der Zukunft berücksichtigt. Für die interne Steuerung werden die möglichen Preisänderungen, die den fairen Wert dieser Instrumente beeinflussen, je nach Instrumentenkategorie aufgrund der historischen Marktwertbewegungen ermittelt.

Voraussetzung für den Abschluss von derivativen Kontrakten ist die Einhaltung des Kreditgenehmigungsprozesses, für den dieselben Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren gelten wie für das klassische Kreditgeschäft. Derivative Positionen werden dabei in der Einrichtung und Überwachung von Kreditlimits sowie in der Bemessung und Allokation des internen Kapitals gemeinsam mit den sonstigen Forderungen eines Kunden als gewichtete Anrechnungsbeträge berücksichtigt.

Eine wesentliche Strategie zur Reduktion dieses Risikos stellen Kreditrisikominderungsinstrumente, z. B. Netting und die Unterlegung mit Sicherheiten, dar. Grundsätzlich strebt der Konzern für alle wesentlichen Derivatgeschäfte den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) zur Absicherung der jeweils aktuellen Marktwerte auf täglicher Basis an.

(52) Marktrisiko

Der Konzern definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung der Marktpreise von Handels- und Investmentpositionen. Es wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z. B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Das Marktrisiko der Kundenbereiche wird mittels Transferpreismethode in das Treasury transferiert. Der Bereich Treasury ist für das Management dieser strukturellen Risiken sowie für die Einhaltung der Gesamtkonzernlimits verantwortlich. Der Bereich Capital Markets ist für den Eigenhandel, das Market Making und das Kundengeschäft mit Geld- und Kapitalmarktprodukten zuständig.

Organisation des Marktrisikomanagements

Alle Marktrisiken werden auf Konzernebene gemessen, überwacht und gesteuert. Die Aufgabe des strategischen Marktrisikomanagements wird durch das Market Risk Committee wahrgenommen, das für das Management und die Steuerung aller Marktrisiken im Konzern verantwortlich ist. Das Konzerngesamtlimit wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und des Ertragsbudgets vom Gesamtvorstand festgelegt. Die Aufteilung dieses Limits auf Sublimits erfolgt abgestimmt mit den jeweiligen Unternehmensbereichen je nach Strategie, Geschäftsmodell und Risikoappetit.

Die Abteilung Market Risk Management stellt sicher, dass der Geschäfts- und der Produktumfang im Rahmen der definierten und beschlossenen Strategie des Konzerns liegen. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung und Weiterentwicklung der Risikomanagement-Prozesse, -Infrastruktur und -Systeme sowie der Regelwerke und der Messmethoden für alle Marktrisikokategorien und für marktrisikoinduzierte Kreditrisiken des Derivatgeschäfts. Weiters führt diese Abteilung die tägliche unabhängige Messung und das Reporting aller Marktrisiken durch.

Alle Produkte, in denen offene Positionen gehalten werden, sind im Produktkatalog festgelegt. Neue Produkte werden in diese Liste erst dann aufgenommen, wenn sie den Produkteinführungsprozess erfolgreich durchlaufen haben. Produkthanträge werden einer gesamthaften Risikoanalyse unterworfen und nur genehmigt, wenn die Abbildbarkeit in den Front- und Back-Office- bzw. Risikomanagement-Systemen der Bank gewährleistet ist.

Limitsystem

Der Konzern verfolgt einen umfassenden Risikomanagement-Ansatz für Handels- und Bankbücher (Total-Return-Ansatz). Die Steuerung der Marktrisiken wird deshalb konsistent auf alle Handels- und Bankbücher angewendet. Die folgenden Größen werden im Marktrisikomanagement-System auf täglicher Basis gemessen und limitiert:

- Value-at-Risk (VaR) – Konfidenzintervall 99 Prozent, Horizont 1 Tag
Der VaR ist das Hauptsteuerungsinstrument für Marktrisiken in liquiden Märkten und normalen Marktsituationen. Die Messung des VaR basiert auf einem hybriden Simulationsansatz, in dem 5.000 Szenarien generiert werden und der die Vorteile einer historischen Simulation mit denen einer Monte-Carlo-Simulation verbindet. Basis für die verwendeten Marktparameter sind historische Zeitreihen mit einer Dauer von 500 Tagen. In den Verteilungsannahmen sind moderne Eigenschaften wie Volatility Declustering und Random Time Change implementiert, um endlastige und asymmetrische Verteilungen gut abbilden zu können. Das Modell ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses zugelassen. Die VaR-Berechnung wurde zum Ende des dritten Quartals durch die Basiszinsrisikofaktoren ergänzt. Die Value-at-Risk-Resultate finden nicht nur in der Risikobegrenzung, sondern auch in der Allokation des ökonomischen Kapitals Einsatz.
- Sensitivitäten (gegenüber Änderungen in Währungskursen und Zinssätzen, Gamma, Vega, Aktien- und Warenpreisen)
Sensitivitätslimits sollen Konzentrationen in normalen Marktsituationen vermeiden und sind das Hauptsteuerungsinstrument in Stresssituationen und in illiquiden oder strukturell schwer zu messenden Märkten.
- Stop Loss
Dieses Limit unterstützt die Disziplin der Händler im Management von Eigenpositionen, mögliche Verluste nicht zu akkumulieren, sondern eng zu begrenzen.

Dieses mehrstufige Limitsystem wird durch ein umfangreiches Stresstesting-Konzept ergänzt, in dem die potenziellen Wertveränderungen des Gesamtportfolios bei Anwendung verschiedener Szenarien ermittelt werden. Risikokonzentrationen, die durch diese Stresstests offenbar werden, werden im Marktrisikokomitee berichtet und in der Limitvergabe berücksichtigt. Stresstestberichte je Portfolio sind Teil des täglichen Marktrisiko-Reportings.

Value-at-Risk (VaR)

Nachstehende Tabellen stellen die Risikokennzahlen (VaR 99 Prozent, 1 Tag) für das Marktrisiko der Handels- und der Bankbücher je Risikoart dar. Die strukturellen Kapitalpositionen, die strukturellen Zinsrisiken sowie Spread-Risiken aus Anleihebüchern, die als Liquiditätspuffer gehalten werden, dominieren den VaR des Konzerns.

Handelsbuch VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2018	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2017
Währungsrisiko	473	2.181	473	4.729	987
Zinsrisiko	2.358	1.790	984	5.912	2.999
Credit-Spread-Risiko	818	999	534	1.908	883
Aktienpreisrisiko	561	638	548	1.544	591
Vega Risiko	86	154	63	419	96
Basis Risiko	1.130	1.252	742	2.268	2.012
Gesamt	3.141	4.008	2.731	6.965	3.993

Bankbuch VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2018	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2017
Währungsrisiko	10.253	13.773	7.958	25.220	13.027
Zinsrisiko	9.771	9.728	4.528	18.642	10.646
Credit-Spread-Risiko	18.862	20.641	13.559	39.718	29.928
Vega Risiko	501	904	489	1.469	1.001
Basis Risiko	4.026	3.438	2.393	5.082	4.908
Gesamt	27.385	32.527	22.532	52.151	40.501

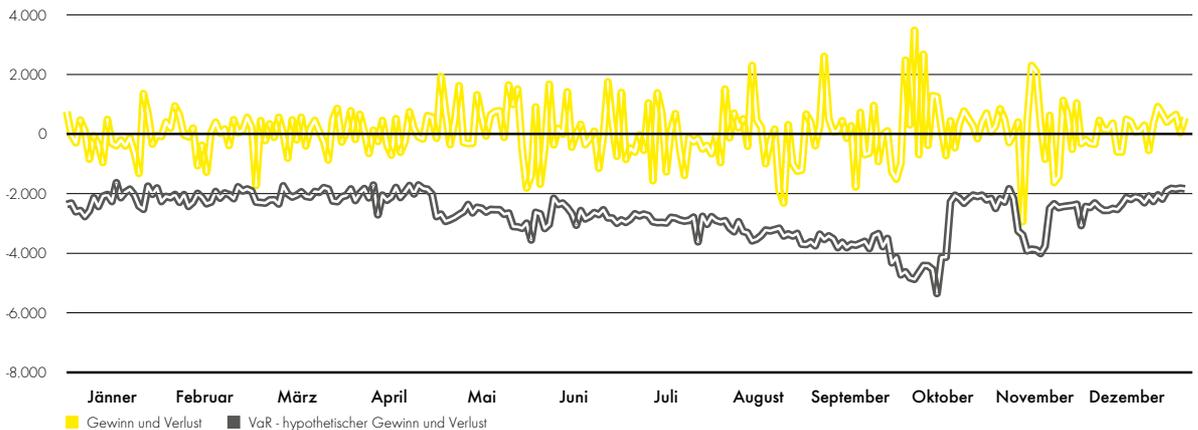
Gesamt VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2018	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2017
Währungsrisiko	9.955	13.447	7.377	26.895	13.362
Zinsrisiko	11.197	10.546	5.381	22.603	11.742
Credit-Spread-Risiko	19.636	21.346	13.944	40.528	30.622
Aktienpreisrisiko	561	638	548	1.544	591
Vega Risiko	484	935	484	1.511	1.032
Basis Risiko	4.701	3.909	2.821	6.504	5.855
Gesamt	28.066	33.838	22.642	52.945	40.822

Die verwendeten Risikomessmethoden werden – neben qualitativen Analysen der Profitabilität – laufend durch Backtesting und statistische Validierungsverfahren überwacht und, falls Modellierungsschwächen festgestellt werden, adaptiert.

Im letzten Jahr gab es keine hypothetische Backtesting-Überschreitung. Die folgende Grafik stellt den VaR den hypothetischen Gewinnen und Verlusten auf täglicher Basis gegenüber. Der VaR stellt den maximalen Verlust dar, der mit einem Konfidenzintervall von 99 Prozent binnen eines Tages nicht überschritten wird. Er wird dem jeweiligen hypothetischen Gewinn oder Verlust gegenübergestellt, der am darauffolgenden Tag aufgrund der dann tatsächlich eingetretenen Marktbewegungen eintreten würde.

Value-at-Risk und hypothetische Marktwertveränderungen für das Handelsbuch

in € Tausend



Währungsrisiken und Kapital(quoten)-Hedge

Das Marktrisiko des Konzerns wird vorrangig vom Währungsrisiko, das aus dem in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapital der ausländischen Konzerneinheiten resultiert, und den diesbezüglich vom Group Asset/Liability Committee gesteuerten Absicherungsgeschäften geprägt. Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Der Konzern hält materielle Beteiligungen an Gesellschaften außerhalb des Euroraums, die ihr Eigenkapital in der jeweiligen Lokalwährung halten. Ebenso ist ein wesentlicher Teil der Risikoaktiva des Konzerns nicht in Euro denominated. Wechselkursveränderungen führen daher sowohl zu Schwankungen des Eigenkapitals des Konzerns als auch zu Veränderungen des Eigenmittelerfordernisses für das Kreditrisiko.

Um das Währungsrisiko abzusichern, können zwei unterschiedliche Ansätze verfolgt werden:

- **Absoluter Kapitalerhalt:** Diese Hedging-Strategie zielt auf eine Immunisierung des in Lokalwährung gehaltenen Kapitals durch eine entsprechende Gegenposition auf konsolidierter Basis ab. Es bestehen jedoch nicht für alle Währungen Absicherungsmöglichkeiten im erforderlichen Ausmaß, zudem sind derartige Absicherungen aufgrund hoher Zinsdifferenzen wirtschaftlich für manche Währungen nicht sinnvoll.
- **Konstante Kapitalquote:** Ziel dieser Hedging-Strategie ist es, Kernkapital und risikogewichtete Aktiva für jede Währung mit der gewünschten Kernkapitalquote in Einklang zu bringen (d. h. Kapitalüber- oder -unterdeckungen in jeder Währung im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva zu schließen), sodass die Kernkapitalquote bei Währungsschwankungen konstant bleibt.

Der Konzern arbeitet im Währungsrisikomanagement mit dem Ansatz der konstanten Kapitalquote. Bei Veränderungen der Wechselkurse kommt es daher zu absoluten Veränderungen im Eigenkapital, gleichzeitig ändert sich aber auch das Kapitalerfordernis für Kreditrisiken aus Aktiva in Fremdwährungen entsprechend. Das Management dieses Risikos erfolgt in den monatlich stattfindenden Sitzungen des Group Asset/Liability Committee anhand historischer Kursvolatilitäten, Wechselkursprognosen und der Kernkapitalquotensensitivität einzelner Währungen.

Im Folgenden sind die wesentlichen offenen Währungspositionen per 31. Dezember 2018 und die entsprechenden Vergleichswerte des Vorjahres angeführt. Die Beträge beinhalten sowohl Handelspositionen als auch die Kapitalpositionen der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

in € Tausend	2018	2017
ALL	-678	-2.809
BAM	126.219	184.950
BGN	292.436	353.178
BYN	131.593	232.460
CNY	-3.163	-7.082
CHF	-393.625	-198.101
CZK	321.596	476.003
HRK	459.458	522.622
HUF	310.421	369.184
PLN	-12.436	688.237
RON	384.191	369.002
RSD	289.157	396.936
RUB	393.389	487.980
UAH	23.521	97.368
USD	-486.571	-585.151

Zinsrisiken im Handelsbuch

Die folgenden Tabellen zeigen die größten Barwertveränderungen des Handelsbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017.

2018 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CHF	-4	-10	-1	14	-7	3	-3	5	-6	0	1	0
CNY	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	69	25	-2	-12	42	-4	7	3	0	8	0	0
EUR	-213	9	-23	8	-48	-24	-7	-48	55	-25	-22	-87
HRK	-19	0	1	1	-11	-2	-8	0	0	0	0	0
HUF	-2	-6	-3	1	2	-4	9	3	-4	0	0	0
NOK	1	0	0	0	0	-2	2	0	0	0	0	0
PLN	34	-5	15	6	10	-9	2	-1	16	0	0	0
RON	-12	-1	1	-3	1	4	-1	-5	-1	-7	0	0
RUB	-62	5	-6	-16	-35	-14	3	5	3	-8	0	0
UAH	-3	0	0	0	-2	-1	0	0	0	0	0	0
USD	-13	-5	-1	-31	5	-15	-2	18	13	-10	14	2
Sonstige	-3	0	0	-1	0	0	-2	0	0	0	0	0

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2017 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CHF	3	4	0	0	5	-5	-1	1	-1	0	1	0
CNY	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	74	9	-2	10	30	16	1	6	6	-1	0	0
EUR	-104	1	-29	18	-100	68	48	-72	45	-37	-10	-36
HRK	0	0	2	6	-2	0	-2	-4	0	0	0	0
HUF	1	-3	-14	-3	17	2	2	18	-18	0	0	0
NOK	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
PLN	8	-3	-6	-9	10	6	7	5	-2	0	0	0
RON	-2	-1	2	-4	1	-1	3	-3	0	0	0	0
RUB	-22	-4	-13	-6	19	-4	1	-3	-8	-4	0	0
UAH	-5	0	0	-1	-3	-1	0	0	0	0	0	0
USD	-41	-8	16	-14	-29	-18	-14	18	-17	-15	25	13
Sonstige	-5	-1	0	-1	-2	0	-1	-2	2	0	0	0

Zinsrisiken im Bankbuch

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im Konzern zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale. Zinsrisiken im Bankbuch bestehen dabei in den Hauptwährungen Euro und US-Dollar sowie in den lokalen Währungen der Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Dieses Risiko wird grundsätzlich durch eine Kombination von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften abgesichert, wobei vorwiegend Zinsswaps und – in geringerem Ausmaß – Zinstermingeschäfte und Zinsoptionen zum Einsatz kommen. Das Bilanzstrukturmanagement ist eine Kernaufgabe sowohl des zentralen Bereichs Global Treasury als auch der lokalen Banken, die vom Group Asset/Liability Committee unterstützt werden. Sie stützen sich dabei auf Szenarien und Analysen zur Simulation des Zinsterags, um eine optimale Positionierung im Einklang mit der Zinsmeinung und im Rahmen des Risikoappetits zu gewährleisten.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik besteht ein quartalsweises Berichtswesen an die Aufsichtsbehörde, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Die Barwertveränderung des Bankbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt wird in folgenden Tabellen in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017 dargestellt.

2018 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-16	1	-5	-2	-13	1	-4	0	2	2	1	1
BGN	89	0	-3	1	21	34	63	-19	-5	-2	0	0
BYN	-33	0	-2	-8	-13	-5	-3	-1	-1	0	0	0
CHF	-366	47	0	1	-6	-5	-27	-42	-88	-140	-83	-23
CNY	-3	0	-1	-2	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	-477	1	-11	-12	25	-3	-115	69	53	41	-381	-144
EUR	84	-56	-44	389	-331	50	564	271	201	-387	-480	-92
GBP	4	-3	10	1	-1	0	-1	-1	0	0	0	0
HRK	-11	3	-1	-8	-2	10	-11	-2	-1	1	0	0
HUF	-111	6	-35	2	-13	-5	-33	-26	-1	-5	-1	0
PLN	11	5	0	1	2	7	5	-5	-3	-1	0	0
RON	-34	-8	-5	19	24	27	-13	-40	-28	-5	-2	0
RSD	-28	-1	-1	3	-12	-2	-10	-5	0	1	0	0
RUB	-482	-2	-15	-30	-233	-99	-77	17	52	-54	-31	-9
SGD	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-45	2	-3	-7	-13	-6	-10	-3	-3	-2	0	0
USD	54	36	-32	-20	-32	30	66	1	10	3	-9	0
Sonstige	-30	5	-2	-6	-7	-3	-5	-10	-1	0	0	0

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2017 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-25	2	-5	-3	-19	-3	3	-3	1	1	1	1
BAM	-11	5	-1	-7	-4	-2	-4	0	2	0	0	0
BGN	26	1	0	1	8	12	36	-18	-10	-3	-1	0
BYN	-16	1	-1	-3	-7	-3	-2	0	0	0	0	0
CHF	245	-10	2	2	12	14	34	21	49	73	43	5
CNY	-3	0	0	-3	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	-246	13	-18	-2	8	6	-46	67	57	37	-268	-102
EUR	-443	-8	-6	108	-268	37	515	251	-262	-433	-228	-149
GBP	-4	-1	0	1	0	0	-1	-1	-1	0	0	0
HRK	-17	2	-6	-9	-1	5	30	-28	-8	-2	0	0
HUF	-32	-2	-11	23	-2	-19	41	-55	-1	-3	-2	-1
PLN	148	-22	4	24	16	16	21	19	16	34	17	3
RON	106	2	-5	7	39	63	19	-4	-4	-5	-3	-2
RSD	-38	-1	-2	-1	-19	-4	-6	-5	-1	0	0	0
RUB	-308	7	-17	-22	-196	-82	-35	29	76	-45	-20	-3
SGD	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-57	1	-3	-3	-18	-10	-14	-3	-4	-2	0	0
USD	182	28	5	13	1	32	57	5	4	32	4	2
Sonstige	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0

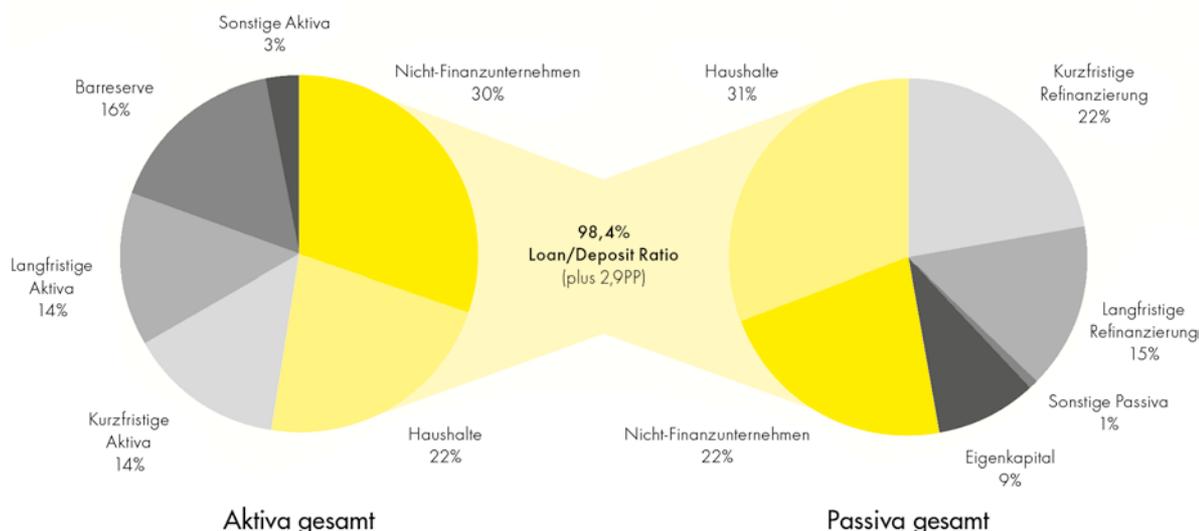
Credit-Spread-Risiken

Das Marktrisikosteuerungssystem berücksichtigt zeitabhängige Anleihe- und CDS-Spread-Kurven als Risikofaktoren für die Ermittlung von Credit-Spread-Risiken. Umfasst sind alle Kapitalmarktinstrumente des Handels- und des Bankbuchs.

(53) Liquiditätsmanagement

Fundingstruktur

Die Fundingstruktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen-Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Konzerneinheiten sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Konzerneinheiten nutzen auch Interbankenkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimite und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Grundsätze

Das interne Liquiditätsmanagement stellt einen wesentlichen Geschäftsprozess innerhalb der allgemeinen Banksteuerung dar, da es die kontinuierliche Verfügbarkeit von Mitteln sicherstellt, die zur Deckung von Forderungen im Tagesgeschäft benötigt werden.

Die Liquiditätsadäquanz wird sowohl aus ökonomischer als auch aus regulatorischer Sicht gewährleistet. Im Hinblick auf die ökonomische Dimension hat der Konzern ein Governance-Rahmenwerk festgelegt, das interne Grenzwerte und Steuerungsmaßnahmen umfasst und den vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht festgelegten Grundsätzen für eine solide Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos (Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision) sowie der von der österreichischen Regulierungsbehörde ausgegebenen Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung (KI-RMV) folgt.

Die regulatorische Komponente wird sowohl durch die Einhaltung der Berichterstattungsanforderungen im Rahmen von Basel III (Mindestliquiditätsquote bzw. Liquidity Coverage Ratio, strukturelle Liquiditätsquote bzw. Net Stable Funding Ratio sowie zusätzliche Kennzahlen zur Liquiditätsüberwachung bzw. Additional Liquidity Monitoring Metrics) als auch durch die Einhaltung der regulatorischen Grenzwerte abgedeckt. Darüber hinaus gelten für einige Einheiten des Konzerns zusätzliche, von den lokalen Aufsichtsbehörden festgelegte Liquiditäts- und Berichterstattungsanforderungen.

Organisation und Verantwortung

Die Verantwortung zur Gewährleistung einer angemessenen Liquiditätsausstattung obliegt dem gesamten Vorstand. Die in ihrer Funktion verantwortlichen Vorstandsmitglieder sind der Chief Financial Officer (Treasury) und der Chief Risk Officer (Risk Controlling). Entsprechend werden die Prozesse im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko im Wesentlichen von zwei Bereichen innerhalb der Bank ausgeführt: Einerseits steuern Treasury Einheiten die Liquiditätsrisikopositionen innerhalb der von Entscheidungsgremien festgelegten Strategie, Richtlinien und Parameter, andererseits werden diese von unabhängigen Einheiten des Bereichs Risk Controlling überwacht und unterstützt. Die Risiko-Einheiten messen und modellieren Liquiditätsrisikopositionen, legen Limits fest und kontrollieren deren Einhaltung. Neben den beschriebenen Linienfunktionen bestehen in allen Konzerneinheiten Aktiv-/Passiv-Managementkomitees (Asset/Liability Committees, ALCOs). Diese Komitees fungieren als Entscheidungsgremien im Hinblick auf alle Angelegenheiten, die sich auf das Management der Liquiditätsposition und der Bilanzstruktur einer Einheit auswirken, einschließlich der Festlegung von Strategien und Richtlinien zur Behandlung von Liquiditätsrisiken. Die ALCOs fällen Entscheidungen und berichten den jeweiligen Vorständen zumindest monatlich mittels standardisierter Liquiditätsrisikoberichte. Auf Konzernebene übernimmt diese Funktion das Gruppen-ALCO. Die Tätigkeiten von Treasury und die entsprechenden ALCO-Entscheidungen gründen sich hauptsächlich auf konzernweite, standardisierte Gruppenvorgaben und ihre lokalen Ergänzungen, die regionale Besonderheiten berücksichtigen.

Liquiditätsstrategie

Das Treasury ist zur Einhaltung bestimmter Performance-Kennzahlen und risikobasierter Grundsätze verpflichtet. Die aktuellen Performance-Kennzahlen umfassen allgemeine Ziele, z. B. für die Rendite auf das risikoadjustierte Kapital (Return on Risk-Adjusted Capital, RORAC) oder Deckungsbeiträge. Dazu kommen spezifische Treasury-Ziele zur Liquidität wie eine Mindestüberlebensdauer in definierten Stressszenarien oder die Diversifizierung der Finanzierungsstruktur. Neben der Erwirtschaftung eines Strukturbeitrags mittels Fristentransformation, die das von der Bank eingegangene Liquiditäts- und Marktrisiko widerspiegelt, hat Treasury bei der Bilanzsteuerung eine umsichtige und nachhaltige Risikopolitik zu verfolgen. Zu den strategischen Zielen zählen eine Verringerung des Fundings der Muttergesellschaft an die Konzerntöchter, eine weitere Stabilisierung der Einlegerbasis und eine durchgehende Einhaltung der regulatorischen Anforderungen sowie der internen Vorgaben und Limits.

Liquidity Risk Framework

Auf Grundlage bestimmter Modellannahmen werden regulatorische und interne Liquiditätsberichte und -quoten erstellt und festgelegt. Während die regulatorischen Berichte gemäß den Vorgaben der Behörden erstellt werden, gründen sich die internen Berichte auf Annahmen anhand empirischer Beobachtungen.

Der Konzern verfügt über eine solide Datenbasis sowie Expertenwissen zur Vorhersage von Kapitalflüssen, die sich aus allen wesentlichen Bilanzposten und außerbilanziellen Positionen ergeben. Die Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen erfolgt in einer angemessen detaillierten Art und Weise, wobei zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls Währungen unterschieden wird. In die Modellierung der Retail- und Firmenkundeneinlagen fließen Annahmen bezüglich der Verweildauer der Einlagen nach Laufzeitende ein. Die Modellannahmen sind umsichtig, so dass beispielsweise nicht von einem „Rollover“ der Einlagen von Finanzinstituten ausgegangen wird und alle Finanzierungskanäle sowie der Liquiditätspuffer gleichzeitig gestresst werden, ohne Berücksichtigung der abschwächenden Auswirkungen von Diversifizierung.

Die Eckpfeiler des internen Liquidity Risk Frameworks sind das Going-Concern- (GC) und das Time-to-Wall-Szenario (TTW). Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsumfeld (Business as Usual) belasten könnten. Die Going-Concern-Modelle sind zudem die wesentlichsten Inputfaktoren für den Kostenbeitrag für den Transfer von Mitteln innerhalb der Bank (Funds Transfer Pricing Model).

Der Time-to-Wall-Bericht wiederum zeigt die Überlebensdauer unter bestimmten nachteiligen Szenarien und Stressannahmen (Markt, Namens- und kombinierte Krise) auf und legt die Mindesthöhe des Liquiditätspuffers (bzw. der Ausgleichskapazität) des Konzerns und seiner einzelnen Einheiten fest.

Die Modellierung der Liquiditätsszenarien erfolgt mittels einer gruppenweiten Methodik, die lokale Spezifika berücksichtigt, sofern diese durch Einflussfaktoren wie das Markt- oder das rechtliche Umfeld oder bestimmte Geschäftsmerkmale gerechtfertigt sind; die Berechnung erfolgt in der RBI AG. Bei der Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen wird zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls zwischen einzelnen Währungen unterschieden. Für Produkte ohne vertragliche Laufzeit wird die Verteilung der Liquiditätszu- und -abflüsse unter Verwendung einer geometrischen Brown'schen Bewegung ermittelt, die statistische Prognosen zu den zukünftigen Tagessalden von der beobachteten und exponentiell gewichteten historischen Volatilität der entsprechenden Produkte ableitet.

Das Liquiditätsrisikorahmenwerk wird sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der einzelnen Einheiten kontinuierlich weiterentwickelt. In mehreren konzernweiten Projekten werden die technische Infrastruktur ausgebaut und die Datenverfügbarkeit verbessert, um den neuen Berichterstattungs- und Managementanforderungen in diesem Risikobereich gerecht zu werden.

Risikoappetit und Liquiditätslimits

Die Liquiditätsposition wird auf Konzern- und auf Ebene der einzelnen Einheiten überwacht und durch ein umfassendes Limitsystem eingegrenzt. Die Limits werden sowohl im Hinblick auf ein reguläres Geschäftsumfeld als auch für Stressszenarien festgelegt. Entsprechend dem definierten Risikoappetit muss jede Konzerneinheit in einem schweren, kombinierten Stressszenario (Namens- und Marktstress) eine Überlebensdauer von einigen Monaten (TTW) aufweisen. Dies lässt sich entweder durch ein strukturell positives Liquiditätsprofil oder einen ausreichend hohen Liquiditätspuffer gewährleisten. In einem regulären Geschäftsumfeld (GC) muss die Fristentransformation auf mittlere Sicht vollständig vom verfügbaren Liquiditätspuffer abgedeckt werden. Das heißt, dass die kumulierte Liquiditätsposition über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr positiv sein muss. Auf lange Sicht (ein Jahr und länger) ist die Fristentransformation bis zu einem gewissen Grad gestattet. Diese Grenzwerte bei internen Modellen werden durch Limits zur Einhaltung regulatorischer Liquiditätsquoten, z. B. die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR), ergänzt. Alle Grenzwerte müssen täglich eingehalten werden.

Liquiditätsüberwachung

Die Bank verwendet eine Reihe maßgeschneiderter Messinstrumente und Frühwarnindikatoren, die dem Vorstand und der Unternehmensführung zeitnahe und vorausschauende Informationen zur Verfügung stellen. Die Einhaltung des Liquiditätsrisikorahmenwerks stellt sicher, dass die Bank ihre Geschäftstätigkeit auch unter großem Stress fortführen kann.

Die Überwachung und die Berichterstattung zur Einhaltung der Limits erfolgt regelmäßig und effektiv. Jeder Verstoß seitens der Konzerneinheiten wird an das Konzern-ALCO berichtet und eskaliert, wo in Absprache mit der betreffenden Einheit angemessene Schritte unternommen oder strittige Angelegenheiten weiter an die verantwortliche höhere Instanz eskaliert werden.

Liquiditätsstresstest

Stresstests werden täglich für die RBI AG und die Netzwerkbanken sowie wöchentlich auf Konzernebene durchgeführt. Die Tests decken drei Szenarien (Markt, Namens- und kombinierte Krise) ab, berücksichtigen die Auswirkungen der Szenarien für einen Zeitraum von mehreren Monaten und verdeutlichen, dass Stressereignisse gleichzeitig zu zeitkritischem Liquiditätsbedarf in mehreren Währungen führen können. Die Stressszenarien beziehen die wesentlichen Funding- und Marktliquiditätsrisiken ein, ohne vorteilhafte Diversifizierungseffekte zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass alle Netzwerkeinheiten in den Stresstests des Konzerns einzeln einer ausgeprägten kombinierten Krise für all ihre wesentlichen Produkte gleichzeitig unterzogen werden. Die Ergebnisse der Stresstests werden den Risiko- sowie Finanzvorständen und anderen Mitgliedern der Unternehmensführung wöchentlich gemeldet, stellen einen wesentlichen Bestandteil der monatlichen ALCO-Sitzungen dar und fließen in die strategische Planung sowie die Notfallplanung der Bank ein.

Bei der Festlegung von Abflussquoten, die auf historischen Daten und Expertenmeinungen basieren, wird ein konservativer Ansatz verfolgt: Die Simulation geht von fehlendem Zugang zum Geld- oder Kapitalmarkt sowie gleichzeitig von erheblichen Abflüssen von Kundeneinlagen aus. In dieser Hinsicht wird auch das Einlagenkonzentrationsrisiko berücksichtigt, indem Großkunden sogar noch höhere Abflussquoten zugewiesen werden. Darüber hinaus werden Stressannahmen für die Inanspruchnahme von Garantien und Kreditverbindlichkeiten formuliert. Des Weiteren werden die Liquiditätspufferpositionen durch Haircuts angepasst, um das Risiko nachteiliger Marktbewegungen abzudecken, und die potenziellen Abflüsse infolge besicherter derivativer Geschäfte geschätzt. Die Bank kontrolliert kontinuierlich, ob die formulierten Stressannahmen nach wie vor angemessen sind oder ob neue Risiken berücksichtigt werden müssen. Das Time-to-Wall-Konzept hat sich als Hauptsteuerungsinstrument für das tägliche Liquiditätsmanagement etabliert und ist daher zentraler Bestandteil der Fundingplanung und der Budgetierung sowie wesentlich für die Festlegung von Performance-Kennzahlen im Hinblick auf die Liquidität.

Liquiditätspuffer

Wie die täglichen Liquiditätsrisikoberichte aufzeigen, unterhält und verwaltet jede Konzerneinheit aktiv Liquiditätspuffer, einschließlich erstklassiger liquider Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA), die stets umfangreich genug sind, um die in Krisenszenarien erwarteten Nettoabflüsse abzudecken. Der Konzern verfügt über umfangreiche unbelastete und liquide Wertpapierbestände und bevorzugt für Tender-Transaktionen der Zentralbank in Frage kommende Papiere, um ausreichend Liquidität in verschiedenen Währungen zu gewährleisten. Jede Konzerneinheit stellt die Verfügbarkeit von Liquiditätspuffern sicher, testet ihre Fähigkeit, Zentralbankmittel in Anspruch zu nehmen, bewertet durchgehend ihre Sicherheitenpositionen im Hinblick auf deren Marktwert und Belastung und prüft ihre übrigen Gegenmaßnahmen, einschließlich ihres Fundingpotenzials und der Liquidierbarkeit ihrer Assets.

In der Regel wird ein Haircut auf alle Positionen des Liquiditätspuffers angewendet. Diese Haircuts setzen sich aus einem marktrisikospezifischen und einem Zentralbank-Haircut zusammen. Während der Haircut des Marktrisikos die potenzielle Kursvolatilität der Wertpapiere auf der Aktivseite im Liquiditätspuffer darstellt, stellt der Haircut der Zentralbank den zusätzlichen Haircut für jedes einzelne in Frage kommende und als Sicherheit angebotene Wertpapier dar.

Untertägiges Liquiditätsmanagement

Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben für untertägliches Liquiditätsrisikomanagement wird täglich eine Prognose der verfügbaren Liquidität zu kritischen Tageszeitpunkten für die RBI AG berechnet. Basierend auf analogen Abflussannahmen zum regulären Stresstesting (siehe oben) erfolgt eine konservative Analyse, bei der nicht endgültige (widerrufliche) Zuflüsse keine Berücksichtigung finden. Etwaige Limitverletzungen lösen einen nach Schweregrad abgestuften Eskalations- und Notfallprozess aus. Die Verantwortung für das lokale Innertagesliquiditätsmanagement liegt in der gesamten RBI Gruppe beim lokalen Treasury, das sicherstellt, dass die folgenden Mindeststandards eingehalten werden: klare Verantwortungsbereiche und Arbeitsabläufe, tägliche Überwachung der verfügbaren Liquidität, Prognoseerstellung und Limitierung sowie Eskalations- und Notfallprozesse im Fall von Limitbrüchen.

Notfall-Fundingplan

Unter erschwerten Liquiditätsbedingungen gehen die Einheiten zu einer Krisenorganisation über, in der sie vordefinierte Liquiditätsnotfallpläne verfolgen. Diese Notfallpläne stellen ebenfalls einen Bestandteil des Liquiditätsmanagement-Rahmens dar und sind für alle wesentlichen Konzerneinheiten obligatorisch. Der Notfallmanagement-Prozess ist so konzipiert, dass der Konzern selbst in ersten Krisensituationen eine starke Liquiditätsposition beibehalten kann.

Liquiditätsposition

Das Konzernfunding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen und wird durch Wholesale Funding – hauptsächlich über die RBI AG und die Konzerneinheiten – ergänzt. Die Fundinginstrumente sind angemessen diversifiziert und kommen regelmäßig zum Einsatz. Die Fähigkeit zur Beschaffung von Mitteln wird von den Treasury-ALM-Einheiten und den ALCOs genau überwacht und beurteilt.

Der Liquiditätsüberschuss des Konzerns lag im vergangenen Jahr und bis zum jetzigen Zeitpunkt deutlich über allen regulatorischen und internen Grenzwerten. Das Ergebnis des internen Time-to-Wall-Stresstests macht deutlich, dass der Konzern die modellierte Stressphase von einigen Monaten selbst ohne die Anwendung von Notfallmaßnahmen durchgehend überstehen würde.

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, welche den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Tausend Laufzeit	2018		2017	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	22.097.151	26.432.462	20.675.411	24.397.396
Liquiditäts-Ratio	151%	130%	152%	129%

Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen

können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstresstest Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. 2017 lag das regulatorische LCR-Limit bei 80 Prozent, seit 2018 beträgt es 100 Prozent.

in € Tausend	2018	2017 ¹
Durchschnittliche liquide Aktiva	29.140.356	23.050.130
Netto-Abflüsse	21.706.212	16.641.671
Zuflüsse	8.391.923	10.186.435
Abflüsse	30.098.136	26.828.106
Liquidity Coverage Ratio	134%	139%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Der gleichförmige Anstieg der durchschnittlichen liquiden Aktiva und der Netto-Liquiditätsabflüsse im Vergleichszeitraum führt bei Ratios von mehr als 100 Prozent zu einer Konvergenz von 100 Prozent. Der Großteil dieser Bewegung kann durch die RBI AG erklärt werden, bei der die durchschnittlichen liquiden Aktiva durch eine Bestandserhöhung auf dem Zentralbankkonto anstiegen. Bei den Abflüssen haben sich im Wesentlichen jene der nicht-operativen Finanzkunden erhöht.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Es wird erwartet, dass das regulatorische Limit 100 Prozent betragen und 2020 erstmals Anwendung finden wird. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die regulatorischen Vorschriften werden derzeit von den Aufsichtsbehörden überarbeitet.

in € Tausend	2018	2017
Erforderliche strukturelle Liquidität	99.974.470	101.657.724
Vorhandene strukturelle Liquidität	114.337.200	114.463.503
Net Stable Funding Ratio	114%	113%

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Strukturelle Liquiditätsrisiken werden vor allem durch eine Änderung in der Risikostrategie der Kreditgeber oder durch eine Bonitätsverschlechterung eines sich refinanzierenden Instituts ausgelöst. Die Refinanzierungskosten und -möglichkeiten steigen und fallen mit den geforderten Risikoprämien, die sowohl markt- als auch institutsspezifisch schwanken.

Die langfristige Refinanzierungsmöglichkeit ist somit von der generellen Wiederherstellung des Vertrauens in Banken und dem verstärkten Bemühen um Spareinlagen abhängig. Die RBI AG refinanziert sich dabei einerseits durch Geld- und Kapitalmarkttransaktionen und andererseits aus dem Retail-Geschäft der Tochterbanken. Sie ist die zentrale Liquiditätsausgleichsstelle für die verschiedenen lokalen Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Im Refinanzierungsplan des Konzerns wird spezielles Augenmerk auf eine ausgewogene Finanzierungsstruktur gelegt, um das strukturelle Liquiditätsrisiko zu kontrollieren. Im Konzern werden dabei Gelder nicht nur durch die RBI AG als Konzernspitze, sondern auch von vielen Tochterbanken aufgenommen. Dies wird durch ein gemeinsames Konzept koordiniert und optimiert. Darüber hinaus ermöglicht die RBI AG die mittel- und langfristige Mittelaufnahme ihrer Töchter im Weg von syndizierten Krediten, bilateralen Bankrefinanzierungen und Globaldarlehen supranationaler Institutionen. Diese Refinanzierungsquellen werden durchwegs auf Basis langjähriger Geschäftsbeziehungen genutzt.

Zur Steuerung und aktiven Begrenzung des Liquiditätsrisikos berücksichtigen die Zielvorgaben für die Loan/Deposit Ratios (Verhältnis von Kundenforderungen zu Kundeneinlagen) in den einzelnen Tochterbanken sowohl das geplante zukünftige Geschäftsvolumen als auch die Möglichkeiten zur Stärkung der Einlagenbasis in den jeweiligen Ländern. Dies verringert einerseits den externen Refinanzierungsbedarf für den Konzern und andererseits die Notwendigkeit konzerninterner Liquiditätstransfers sowie das damit verbundene Risiko.

Die vereinbarten vertraglichen Zahlungsströme für die finanziellen Vermögenswerte ergeben folgende Laufzeit:

2018 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Vermögenswerte	132.866.446	142.137.666	53.315.027	16.958.523	43.224.316	28.639.800
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	22.557.484	23.126.102	23.126.102	0	0	0
Forderungen	90.860.255	98.988.544	26.341.234	14.129.994	33.307.161	25.210.155
Zentralbanken	4.862.756	4.863.848	4.863.793	7	47	0
Regierungen	916.738	965.856	99.162	82.454	338.621	445.619
Kreditinstitute	5.135.203	5.402.671	3.015.324	945.371	846.910	595.067
Sonstige Finanzunternehmen	6.635.145	6.765.846	3.248.999	594.222	2.141.693	780.932
Nicht-Finanzunternehmen	42.139.749	44.767.212	12.555.506	8.181.233	17.671.749	6.358.724
Haushalte	31.170.664	36.223.111	2.558.450	4.326.708	12.308.141	17.029.812
Schuldverschreibungen	19.448.707	20.023.019	3.847.691	2.828.529	9.917.155	3.429.644
Zentralbanken	1.409.946	1.412.678	1.342.769	69.909	0	0
Regierungen	13.322.908	13.593.036	1.679.628	2.318.916	7.127.938	2.466.554
Kreditinstitute	3.150.497	3.194.339	376.153	354.268	1.851.368	612.550
Sonstige Finanzunternehmen	799.217	970.746	234.369	56.474	496.752	183.150
Nicht-Finanzunternehmen	766.139	852.220	214.772	28.961	441.096	167.391
Derivative Vermögenswerte	2.473.156	2.560.214	444.514	498.776	859.265	757.659
Derivate - Handelsbuch	1.972.469	2.155.435	436.010	495.687	591.402	632.337
Derivate - Hedge Accounting	500.687	404.778	8.504	3.090	267.863	125.322

Die vereinbarten vertraglichen Zahlungsströme für die finanziellen Verbindlichkeiten ergeben folgende Laufzeit:

2018 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	124.071.167	126.110.635	86.796.339	11.716.379	20.552.403	7.045.514
Verbindlichkeiten	111.018.249	111.691.805	85.124.697	10.057.451	12.430.671	4.078.987
Zentralbanken	2.147.243	2.138.526	860.217	28.056	1.160.269	89.984
Regierungen	2.817.271	3.046.684	1.268.550	654.991	599.313	523.830
Kreditinstitute	21.832.936	22.144.522	14.517.000	1.807.469	4.137.652	1.682.402
Sonstige Finanzunternehmen	9.681.974	9.731.020	6.972.799	873.789	581.903	1.302.529
Nicht-Finanzunternehmen	31.443.056	31.452.481	29.017.368	2.024.854	286.828	123.431
Haushalte	43.095.770	43.178.571	32.488.763	4.668.292	5.664.706	356.810
Short-Positionen	318.001	318.001	318.001	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.211.931	13.577.758	853.686	1.640.812	8.121.732	2.961.528
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	522.986	523.070	499.955	18.116	0	5.000
Derivative Verbindlichkeiten	2.187.882	1.979.541	459.934	504.231	776.499	238.877
Derivate - Handel	2.034.559	1.948.591	454.207	496.644	765.186	232.554
Derivate - Hedge Accounting	153.323	30.950	5.727	7.587	11.313	6.323
Gegebene Finanzgarantien	6.975.261	7.818.804	4.287.604	1.525.196	1.492.327	513.678
Gegebene Darlehenszusagen	12.579.692	14.973.125	5.364.420	2.271.985	6.090.440	1.246.280

Aufgrund der Umstellung des Bilanzbilds ist die Erstellung eines Vorjahresvergleichs mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Die nachstehende Tabelle zeigt die Hauptpositionen zum Jahresende 2017:

2017 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	120.963.756	122.624.232	84.238.936	10.205.823	20.399.175	7.780.301
Derivative Verbindlichkeiten	1.930.823	6.910.262	3.424.791	1.924.200	1.145.897	415.372
Eventualverpflichtungen	9.917.133	9.891.978	5.593.080	2.166.142	1.783.679	349.077
Kreditrisiken	10.897.783	11.634.754	4.041.490	1.128.050	5.484.834	980.380

(54) Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z. B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, verhaltensbedingte Schäden, Modellfehler, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren, einschließlich Sachschäden und Betrugsabsichten, kontrolliert und gesteuert.

Die Analyse und Steuerung dieser Risiken erfolgt basierend auf der eigenen historischen Verlustdatensammlung und den Ergebnissen der Risikobeurteilung.

Analog zu den anderen Risikoarten gilt im Konzern auch für das operationelle Risiko das Prinzip der Funktionstrennung in Risikomanagement und -controlling. Dazu werden für jeden Geschäftsbereich Personen als sogenannte Operational Risk Manager nominiert und geschult. Operational Risk Manager berichten Risikoeinschätzungen, Schadensfälle, Indikatoren und Maßnahmen an das zentrale Operational Risk Controlling. Sie werden dabei von Dedicated Operational Risk Specialists (DORS) unterstützt.

Die Risikocontrolling-Einheiten für operationelles Risiko verantworten das Reporting, die Implementierung des Rahmenwerks, die Entwicklung der Steuerungsmaßnahmen und die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben. Im Rahmen des jährlichen Risikomanagementzyklus koordinieren sie auch die Teilnahme der relevanten Second-Line-of-Defense-Bereiche (Financial Crime Management, Compliance, Vendor Management, Outsourcing Management, Insurance Management, Informationssicherheit, physische Sicherheit, BCM, Internes Kontrollsystem) und der gesamten First-Line-of-Defense-Ansprechpartner (Operational Risk Manager).

Risikoidentifikation

Ein wesentlicher Schritt in der Steuerung von operationellen Risiken ist die Identifikation und Beurteilung von Risiken, die den Fortbestand des Konzerns gefährden würden (allerdings nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit eintreten), und von anderen Bereichen, in denen Verluste häufiger auftreten (allerdings nur mit geringer Schadenshöhe).

Die Beurteilung der operationellen Risiken erfolgt in der Gruppe in strukturierter Form nach Kategorien wie Geschäftsprozessen und Ereignistypen durch Risikoassessments, ebenso wird für alle Neuprodukte ein Risikoassessment durchlaufen. Alle Konzerneinheiten bewerten die Auswirkung von wahrscheinlichen Ereignissen mit geringer Verlusthöhe (High Probability/Low Impact) und unwahrscheinlichen Ereignissen mit großem Verlustpotenzial (Low Probability/High Impact) bezogen auf einen einjährigen bzw. zehnjährigen Zeithorizont. Die Low-Probability/High-Impact-Ereignisse werden in einem konzernweiten Analysetool (Szenarien) gemessen. Welche Fälle detailliert behandelt werden, bestimmen das interne Risikoprofil, die aufgetretenen Schäden und externe Änderungen.

Überwachung

Für die Überwachung der operationellen Risiken werden Frühwarnindikatoren (Early Warning Indicators) verwendet, die eine zeitnahe Erkennung und Minderung von Verlusten ermöglichen.

Die Erfassung von operationellen Schäden erfolgt strukturiert und konzernweit in der zentralen Datenbank ORCA (Operational Risk Controlling Application) mit entsprechender Untergliederung nach Geschäftsfeld und Ereignistyp. Neben den Anforderungen zum internen und externen Reporting dienen die Schadensfälle zum Austausch mit internationalen Verlustdatenbanken zur Weiterentwicklung der eingesetzten Messmethoden sowie zur Weiterverfolgung von Maßnahmen und der Kontrolleffektivität. Der Konzern ist seit 2010 Teilnehmer im ORX-Datenkonsortium (Operational Riskdata Exchange Association), dessen Daten aktuell zu internen Benchmarking-Zwecken und Analysen sowie als Teil des Operational-Risk-Modells herangezogen werden. Beim ORX-Datenkonsortium handelt es sich um einen Zusammenschluss von Banken- und Versicherungsgruppen für statistische Zwecke. Die Ergebnisse der Analysen sowie Vorfälle aus operationellen Risiken werden in umfassender Weise regelmäßig dem relevanten Operational Risk-Management-Komitee berichtet.

Messung und Risikoreduktion

Seit Oktober 2016 unterlegt der Konzern für einen signifikanten Teil des Konzerns den Eigenmittelbedarf auf Grundlage des fortgeschrittenen Ansatzes (AMA). Dies inkludiert Einheiten in Bulgarien, Rumänien, Russland, der Slowakei und wesentliche Banken in Österreich (Raiffeisen Bank International AG, Wien, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien, Raiffeisen Centrobank AG, Wien, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien). Für die Unterlegung des operationellen Risikos der verbleibenden Einheiten im CRR-Konsolidierungskreis wird nach wie vor der Standardansatz (STA) verwendet.

Um das operationelle Risiko zu reduzieren, werden durch die Geschäftsbereichsleiter vorbeugende Maßnahmen zur Risikoreduktion und zum Risikotransfer gesetzt und deren Fortschritt und Wirkungsgrad vom Risikocontrolling überwacht. Erstere entwickeln auch Krisenpläne und bestimmen Personen oder Abteilungen, welche die notwendigen Maßnahmen einleiten, falls Schadensfälle tatsächlich eintreten. Weiters unterstützen mehrere spezialisierte Organisationseinheiten die Geschäftsbereiche bei der Vermeidung

von operationellen Risiken. Eine wesentliche Rolle im Zusammenspiel mit den Tätigkeiten aus dem operationellen Risiko nimmt das Financial Crime Management ein. Das Financial Crime Management unterstützt bei der Prävention und Identifikation von Betrugsfällen. Der Konzern führt auch laufend umfangreiche Mitarbeiterschulungen durch und verfügt über verschiedenste Notfallpläne und Back-up-Systeme.

Sonstige Angaben

(55) Sonstige Vereinbarungen

Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich

Die RBI AG ist Mitglied der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich. Deren Vereinsmitglieder übernehmen eine vertragliche Haftungsverpflichtung, durch die sie solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen eines insolventen Vereinsmitglieds bis zu jener Grenze garantieren, die sich aus der Summe der individuellen Tragfähigkeit der anderen Vereinsmitglieder ergibt. Die individuelle Tragfähigkeit eines Vereinsmitglieds bestimmt sich nach den frei verwendbaren Reserven unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des BWG.

Institutionelles Sicherungssystem

In der RBG sind seit Ende 2013 mehrere institutionelle Sicherungssysteme etabliert. Dazu wurden vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, die die teilnehmenden Institute absichern und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen. Basis für diese institutionellen Sicherungssysteme ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen eines Früherkennungssystems gemäß Artikel 113 Abs 7 CRR (Kapitaladäquanzverordnung der Europäischen Union - Capital Requirements Regulation). Entsprechend der Aufbauorganisation der RBG wurden auch die institutionellen Sicherungssysteme in zwei Stufen konzipiert (derzeit ein Bundes-IPS und sechs Landes-IPS).

Die RBI AG als Zentralinstitut der RBG ist Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisenlandesbanken auch die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg GmbH, Wien, die Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt, die Raiffeisen Wohnbaubank AG, Wien, sowie die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, teilnehmen. Darüber hinaus wurde in den meisten Bundesländern ein regionales IPS gebildet.

(56) Treuhandgeschäfte

Die folgenden Angaben wurden gemäß § 48 Abs 1 BWG erstellt.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene Treuhandgeschäfte waren am Bilanzstichtag mit folgenden Volumina abgeschlossen:

in € Tausend	2018	2017
Treuhandvermögen	320.235	334.545
Forderungen an Kunden	224.240	222.727
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	9.409	9.417
Sonstiges Treuhandvermögen	86.586	102.401
Treuhandverbindlichkeiten	320.235	334.545
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	99.955	113.148
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	124.285	109.579
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	95.995	111.817

Die folgende Tabelle enthält das vom Konzern verwaltete Fondsvermögen:

in € Tausend	2018	2017
Publikumsfonds	26.042.282	26.236.924
Aktien- und gemischte Fonds	15.574.286	15.183.745
Anleihfonds	10.420.410	10.981.300
Andere	47.586	71.878
Spezialfonds	10.634.681	10.185.605
Immobilienfonds	288.770	275.227
Gesamt	36.965.733	36.697.755

(57) Finanzierungsleasing

Die folgenden Angaben wurden gemäß § 64 Abs 1 Z 1 BWG erstellt.

in € Tausend	2018	2017
Bruttoinvestitionswert	3.312.016	3.235.315
Mindest-Leasingzahlungen	2.955.803	2.829.609
Bis 3 Monate	332.578	266.855
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	551.903	553.279
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.696.331	1.559.131
Mehr als 5 Jahre	374.991	450.344
Nicht garantierte Restwerte	356.213	405.707
Unrealisierter Finanzertrag	328.394	327.732
Bis 3 Monate	37.192	26.026
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	70.487	70.438
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	159.246	173.465
Mehr als 5 Jahre	61.469	57.803
Nettoinvestitionswert	2.983.622	2.907.583

Die Wertberichtigungen auf uneinbringliche Mindest-Leasingzahlungen erhöhten sich auf € 6.915 Tausend (2017: € 4.849 Tausend).

Die im Rahmen des Finanzierungsleasings finanzierten Vermögenswerte verteilen sich wie folgt:

in € Tausend	2018	2017
Kraftfahrzeugleasing	1.301.801	1.165.523
Immobilienleasing	1.042.184	1.178.682
Mobilienleasing	639.638	563.379
Gesamt	2.983.622	2.907.583

(58) Operating Leasing

Die folgenden Angaben wurden gemäß § 64 Abs 1 Z 1 BWG erstellt.

Operating Leasing aus der Sicht des Leasinggebers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2018	2017
Bis 1 Jahr	29.722	40.437
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	47.753	67.246
Mehr als 5 Jahre	7.998	14.570
Gesamt	85.473	122.254

Operating Leasing aus der Sicht des Leasingnehmers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2018	2017 ¹
Bis 1 Jahr	70.063	92.720
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	161.024	234.984
Mehr als 5 Jahre	128.385	148.208
Gesamt	359.472	475.911

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen im Zusammenhang mit der Klassifizierung von Mietverträgen

(59) Geografische Märkte

Die nachfolgenden Tabellen wurden gemäß § 64 Abs 1 Z 18 BWG erstellt:

2018 in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.516.941	964.813	446.913	-100.604	9.692
Polen	326.260	205.325	-136	-17.192	196
Slowakei	457.090	288.781	162.029	-34.836	3.995
Slowenien	4.586	335	2.567	-313	10
Tschechien	497.064	337.618	199.304	-38.368	3.402
Ungarn	232.225	132.577	83.149	-9.895	2.089
Südosteuropa	1.297.258	814.192	525.162	-73.495	14.646
Albanien	69.577	55.162	30.620	-3.475	1.226
Bosnien und Herzegowina	110.107	67.526	47.771	-5.030	1.358
Bulgarien	163.822	103.358	72.161	-6.924	2.589
Kroatien	202.273	124.679	55.397	-9.675	1.982
Kosovo	54.243	42.404	23.179	-2.594	839
Rumänien	549.867	336.137	230.600	-37.166	5.115
Serbien	147.431	84.843	65.432	-8.630	1.537
Osteuropa	1.528.901	1.021.629	855.195	-171.222	18.750
Belarus	145.593	90.314	81.518	-16.969	1.829
Russland	1.059.653	711.667	573.057	-117.770	8.998
Ukraine	323.654	219.642	200.620	-36.483	7.923
Österreich und andere	1.781.234	502.760	613.808	-10.053	3.991
Überleitung	-826.776	58.352	-687.747	-2	0
Gesamt	5.297.557	3.361.746	1.753.331	-355.377	47.079

2017 in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.570.565	950.210	529.877	-111.015	13.069
Polen	426.100	259.656	66.671	-17.450	3.871
Slowakei	436.645	273.933	160.883	-31.510	3.867
Slowenien	2.384	-82	372	-252	13
Tschechien	472.030	279.845	195.301	-56.158	3.325
Ungarn	233.685	136.719	118.569	-5.645	1.993
Südosteuropa	1.189.197	731.403	403.858	-57.494	14.792
Albanien	73.341	55.787	34.007	-237	1.229
Bosnien und Herzegowina	107.489	66.152	42.730	-4.654	1.277
Bulgarien	155.711	101.351	76.536	-7.413	2.576
Kroatien	219.610	126.142	39.871	-13.967	2.106
Kosovo	52.226	37.870	20.484	-2.357	730
Rumänien	452.025	262.963	127.479	-20.900	5.333
Serbien	128.794	81.068	62.750	-7.966	1.541
Osteuropa	1.468.111	982.328	872.319	-183.767	18.132
Belarus	162.585	106.530	88.322	-23.122	1.906
Russland	1.017.139	688.004	562.511	-119.754	8.229
Ukraine	288.379	187.778	221.486	-40.891	7.997
Österreich und andere	2.134.229	584.214	869.258	-13.778	3.707
Überleitung	-1.263.828	-23.318	-1.063.248	0	0
Gesamt	5.098.274	3.224.837	1.612.063	-366.054	49.700

(60) Auslandsaktiva/-passiva

Die Vermögenswerte mit Vertragspartnern außerhalb Österreichs gemäß § 64 Abs 1 Z 2 BWG stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2018	2017
Aktiva	110.196.915	113.639.859
Passiva	77.209.870	82.837.933

Hauptgrund für den Rückgang sowohl bei den Aktiva als auch bei den Passiva war der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts.

(61) Volumen des Wertpapierhandelsbuchs

Die nachfolgende Tabelle wurde gemäß § 64 Abs 1 Z 15 BWG erstellt:

in € Tausend	2018	2017
Wertpapiere	4.946.589	7.024.781
Sonstige Finanzinstrumente	151.182.477	151.301.691
Gesamt	156.129.066	158.326.472

(62) Zum Börsehandel zugelassene Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle wurden gemäß § 64 Abs 1 Z 10 BWG erstellt:

in € Tausend	2018		2017	
	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.393.333	865.206	13.541.822	321.072
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	171.621	44.992	464.315	145.484
Beteiligungen	674	309.834	1.400	313.162
Gesamt	15.565.628	1.220.031	14.007.536	580.204

(63) Nachrangige Vermögenswerte

Die nachfolgende Tabelle wurde gemäß § 45 Abs 2 BWG erstellt:

in € Tausend	2018	2017
Kredite und Forderungen	4.114	133.789
Schuldverschreibungen	146.474	82.024
Gesamt	150.587	215.813

(64) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die prinzipiell zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Angaben zu den Beziehungen mit nahestehenden Personen finden sich unter Punkt (66) Beziehungen zu Organen.

2018	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Tausend				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	200.643	439.490	1.792.068	689.754
Eigenkapitalinstrumente	0	199.211	765.001	266.142
Schuldverschreibungen	13.612	154	44.003	12.148
Kredite und Forderungen	187.031	240.125	983.063	411.465
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.000.473	107.033	4.849.048	472.000
Einlagen	2.000.473	106.154	4.849.048	472.000
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	879	0	0
Sonstige Posten	186.512	44.836	499.534	131.777
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	166.922	44.712	468.650	107.970
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	19.589	124	30.883	23.806

2017	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Tausend				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	422.685	461.966	1.010.133	472.102
Eigenkapitalinstrumente	529	194.353	728.945	230.288
Schuldverschreibungen	29.352	22.612	19.854	0
Kredite und Forderungen	392.804	245.001	261.334	241.814
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.516.782	141.412	3.326.201	467.845
Einlagen	2.516.782	140.338	3.326.201	467.845
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.074	0	0
Sonstige Posten	35.763	85.935	307.295	75.329
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	24.785	85.935	274.624	23.340
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	10.978	0	32.671	51.989

2018	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Tausend				
Zinserträge	21.340	6.067	9.706	17.473
Zinsaufwendungen	-36.960	-2.483	-29.774	-3.197
Dividenerträge	0	12.226	79.767	4.771
Provisionserträge	2.884	25.922	8.569	7.015
Provisionsaufwendungen	-969	-14.085	-6.657	-3.030

2017	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Tausend				
Zinserträge	5.771	7.763	7.343	9.114
Zinsaufwendungen	-19.590	-1.206	-29.608	-983
Dividenerträge	0	16.326	60.420	16.326
Provisionserträge	2.618	24.356	12.157	5.812
Provisionsaufwendungen	-1.659	-1.079	-2.264	-3.804

(65) Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	2018	2017
Angestellte	49.162	49.283
Arbeiter	583	856
Gesamt	49.745	50.139

in Vollzeitäquivalenten	2018	2017
Inland	3.751	3.542
Ausland	45.994	46.597
Gesamt	49.745	50.139

(66) Beziehungen zu Organen

Konzernbeziehungen des Key Managements

Unter Key Management sind die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG zu verstehen. Die Beziehungen des Key Managements zur RBI stellen sich wie folgt dar (jeweilige Marktwerte):

in € Tausend	2018	2017
Sichteinlagen	3.208	70
Schuldverschreibungen	469	653
Aktien	4.192	4.513
Termineinlagen	3.914	25
Kredite	331	339
Leasingverbindlichkeiten	35	12

In der folgenden Tabelle sind die Beziehungen der nahestehenden Personen des Key Managements zur RBI dargestellt:

in € Tausend	2018	2017
Aktien	4	6
Sonstige Forderungen	337	284
Termineinlagen	68	48
Kredite	5	1

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Bezüge des Vorstands

Im Folgenden werden die Gesamtbezüge des Vorstands gemäß IAS 24.17 dargestellt. Der Aufwand nach IAS 24 wurde periodengerecht und gemäß den Vorschriften der zugrunde liegenden Standards (IAS 19 und IFRS 2) erfasst:

in € Tausend	2018	2017
Kurzfristig fällige Leistungen	9.054	8.324
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2.050	841
Andere langfristig fällige Leistungen	7.794	4.166
Anteilsbasierte Vergütung	399	694
Gesamt	19.297	14.025

Die in der Tabelle unter kurzfristig fällige Leistungen dargestellten Werte enthalten Gehälter, Sachbezüge und sonstige Leistungen, Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen sowie jene Anteile der Bonusrückstellung, die kurzfristig fällig werden.

Zudem sind Veränderungen, die sich aus einem allfälligen Unterschied zwischen der Bonusrückstellung und dem später tatsächlich zuerkannten Bonus ergeben, enthalten. Unter Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind Zahlungen an Pensionskassen und die Mitarbeitervorsorgekasse, Abfertigungen, Urlaubsabfindungen sowie Nettodotierungen für Pensions- und Abfertigungsrückstellungen ausgewiesen.

Unter andere langfristig fällige Leistungen werden Anteile der Bonusrückstellung ausgewiesen, die verschobene Bonusanteile in bar sowie zurückbehaltene, in Instrumenten zahlbare Teile betreffen. Bei Letzteren werden auch die Bewertungsänderungen infolge von Kursschwankungen berücksichtigt.

Die Bonusbemessung ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft. Diese umfassen in vier bzw. fünf Kategorien spezifische Ziele sowie an die jeweilige Funktion angepasste Finanzziele. Dies sind z. B. Gewinn nach Steuern in einem Segment, Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC), Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva, Kunden-, Mitarbeiter- sowie Prozess-/Effizienz- und Infrastrukturziele, allenfalls zuzüglich weiterer Ziele. Die Höhe des Bonus bestimmt sich nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio, wobei die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen ROE-Ziel des Konzern abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt in den internen Regelungen (siehe Mitarbeitervergütungspläne im Kapitel Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Unter anteilsbasierter Vergütung werden die Anpassungen für die bis 2013 begebenen Tranchen des SIP erfasst, siehe aktienbasierte Vergütung unter Punkt (30) Eigenkapital.

An ehemalige Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr € 1.142 Tausend an Versorgungsleistungen ausbezahlt (2017: € 1.277 Tausend). Zusätzlich zu den diesen Beträgen wurden kurzfristig fällige Leistungen, zeitlich verschobene Bonusanteile und anteilige Leistungen aus einer abgereiften SIP-Tranche an ehemalige Mitglieder des Vorstands in Höhe von insgesamt € 3.258 Tausend (2017: € 3.892 Tausend) bezahlt.

Bezüge des Aufsichtsrats

in € Tausend	2018	2017
Bezüge Aufsichtsrat	956	550

In der Hauptversammlung am 21. Juni 2018 wurde ein neues Vergütungsmodell für den Aufsichtsrat beginnend mit dem Geschäftsjahr 2017 beschlossen. Es wurde folgende Verteilung der Vergütungen festgelegt: Vorsitzender € 120 Tausend, Stellvertreter des Vorsitzenden € 90 Tausend, Mitglieder des Aufsichtsrats € 60 Tausend zusätzlich Sitzungsgelder. Demgemäß wurden für das Geschäftsjahr 2017 Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 956 Tausend ausbezahlt. Für das Geschäftsjahr 2018 wurde eine Rückstellung im Ausmaß von € 1.060 Tausend gebildet.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden keine zustimmungspflichtigen Verträge im Sinn von § 95 Abs 5 Z 12 AktG mit Aufsichtsratsmitgliedern abgeschlossen.

Bezüge des Beirats

in € Tausend	2018	2017
Bezüge des Beirats	104	160

Die Hauptversammlung hat am 21. Juni 2018 beschlossen, dass den Beiratsmitgliedern für ihre Tätigkeit eine Vergütung gewährt wird. Es wurde folgende Verteilung der Vergütungen festgelegt: Beiratsvorsitzender € 25 Tausend, Stellvertreter € 20 Tausend, jedes weitere Mitglied € 15 Tausend zusätzlich Sitzungsgelder.

(67) Organe

Vorstand

Der Vorstand setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Vorstandsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Johann Strobl, Vorsitzender	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022
Mag. Martin Grüll	3. Jänner 2005	29. Februar 2020
Mag. Andreas Gschwenter	1. Juli 2015	30. Juni 2023
lic. Mgr. Lukasz Januszewski	1. März 2018	28. Februar 2021
Mag. Peter Lennkh	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020
Dr. Hannes Mösenbacher	18. März 2017	29. Februar 2020
Dr. Andrii Stepanenko	1. März 2018	28. Februar 2021

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

Nach dem Ausscheiden von Dkfm. Klemens Breuer 2017 waren der Bereich Markets bis 28. Februar 2018 interimistisch bei Dr. Johann Strobl und der Bereich Retail Banking bei Mag. Peter Lennkh angesiedelt. Mit 1. März 2018 übernahmen Lic. Mgr. Lukasz Januszewski den Bereich Markets & Investment Banking und Dr. Andrii Stepanenko den Bereich Retail Banking.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Mag. Erwin Hameseder, Vorsitzender	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
MMag. Martin Schaller, Erster stellvertretender Vorsitzender	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Dr. Heinrich Schaller, Zweiter stellvertretender Vorsitzender	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Mag. Peter Gauper	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Rudolf Könighofer	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Johannes Ortner	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Günther Reibersdorfer	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger, LL.M.	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Birgit Noggler	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Andrea Gaal	21. Juni 2018	Ordentliche Hauptversammlung 2023
Mag. Rudolf Kortenhof ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	16. Februar 2012	Bis auf Weiteres
Mag. (FH) Gebhard Muster ²	22. Juni 2017	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

² Vom Betriebsrat entsendet

Mag. Bettina Selden (Mitglied des Aufsichtsrats) legte ihr Aufsichtsratsmandat mit Wirkung vom 21. Juni 2018 zurück.

Dr. Andra Gaal wurde mit Wirkung zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung am 21. Juni 2018 als Mitglied in den Aufsichtsrat bestellt.

Staatskommissäre

- Ministerialrat Mag. Alfred Lejsek, Staatskommissär (seit 1. Jänner 2011)
- Ministerialrat Dr. Anton Matzinger, Staatskommissär-Stellvertreter (seit 1. April 2011)

(68) Zusammensetzung des Konzerns

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	2018	2017
Stand Beginn der Periode	236	106
Im Zuge der Verschmelzung einbezogen	0	175
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	9	4
In der Berichtsperiode verschmolzen	-2	0
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-17	-49
Stand Ende der Periode	226	236

Von den 226 Konzerneinheiten haben 121 ihren Sitz in Österreich (2017: 124) und 105 im Ausland (2017: 112). Bei diesen Gesellschaften handelt es sich um 29 Kreditinstitute, 140 Finanzinstitute, 14 Anbieter von Nebendienstleistungen, 11 Finanzholdings und 32 sonstige Unternehmen.

Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Stichtag	Grund
Finanzinstitute			
AGIOS Raiffeisen-Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	51,0%	31.12.	Kauf
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.8.	Wesentlichkeit
Raiffeisen Rehazentrum Schruns Immobilienleasing GmbH, Wien (AT)	51,0%	31.12.	Kauf
Realplan Beta Liegenschaftsverwaltung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.3.	Wesentlichkeit
RL-Lambda s.r.o., Bratislava (SK)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Anbieter von Nebendienstleistungen			
Késmárk utca 11-13, Budapest (HU)	100,0%	1.4.	Kauf
Sonstige Unternehmen			
GTNMS RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	75,0%	1.1.	Wesentlichkeit
Raiffeisen Corporate Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.2.	Wesentlichkeit
Raiffeisen WohnBau Tirol GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit

Endkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Stichtag	Grund
Kreditinstitute			
Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)	100,0%	1.11.	Teilverkauf
Finanzinstitute			
APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
DAV Holding Ltd., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT)	75,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Priamos Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraußstraße Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	70,0%	1.2.	Verkauf
RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Rent Impex, Bratislava (SK)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
SOLIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50,5%	1.1.	Unwesentlichkeit
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.8.	Unwesentlichkeit
Anbieter von Nebendienstleistungen			
Harmadik Vagyongezelő Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.4.	Unwesentlichkeit
Késmárk utca 11-13. Szolgáltató Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	100,0%	1.11.	Verkauf
Pointon Investment Limited, Limassol (CY)	100,0%	1.12.	Verschmelzung
Sonstige Unternehmen			
DAV-PROPERTY Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Prom-Wald Sp. Z.o.o, Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Valida Industrie Pensionskasse AG, Wien (AT)	57,4%	1,10	Verschmelzung

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält weniger als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Über die folgenden Tochterunternehmen hat der Konzern die Kontrolle, auch wenn er weniger als die Hälfte der Stimmrechte der Tochtergesellschaft hält.

Strukturierte Einheiten

Unternehmen, Sitz (Land)	Stimmrechtsanteil	Grund
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	<0,1%	SPV

Die oben genannte Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle, SPV) wurde konsolidiert, da der Konzern Schwankungen der Erträge aus dieser strukturierten Einheit ausgesetzt ist. Die Erträge begründen sich im Wesentlichen aus Aktivitäten wie dem Halten von Schuldverschreibungen oder gegebenen Finanzgarantien. Außerhalb der laufenden Gestionierung der Forderungen (die im Rahmen eines Servicevertrags vom Konzern durchgeführt wird) werden wichtige Entscheidungen erst zum Ausfallzeitpunkt der strukturierten Einheit erforderlich.

Nicht vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält mehr als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf die Einbeziehung von 312 Tochterunternehmen (2017: 345) verzichtet. Diese werden zu Anschaffungskosten als Anteile an verbundenen Unternehmen unter der Position Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen erfasst. Die Bilanzsumme der nicht einbezogenen Unternehmen beträgt insgesamt weniger als 1 Prozent der Summenbilanz des Konzerns.

Liste der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung		Anteil ¹	Typ ²
"Raiffeisen-Rent" Vermögensberatung und Treuhand Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	364.000	EUR	100,0%	FI
Abade Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Abade Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Lauterbach KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Abakus Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Leese KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Abura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Seniorenhaus Boppard KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Achat Immobilien GmbH & Co. Projekt Hochtaunus-Stift KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	1,0%	FI
Acridin Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Marienfeld KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adagium Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Adamas Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Werdau KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Adipes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Bremervörde KG, Frankfurt am Main (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adorant Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Heilsbrunn und Neuendettelsau KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	SU
Ados Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	75,0%	FI
Adritura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Eiching KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	70,0%	SU
Agamemnon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Freiberg KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
AGIOS Raiffeisen-Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	51,0%	FI
AKRISIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
AL Taunussteiner Grundstücks-GmbH & Co KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	88,0%	FI
A-Leasing SpA, Treviso (IT)	68.410.000	EUR	100,0%	FI
AMYKOS RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
AO Raiffeisenbank, Moskau (RU)	36.711.260.000	RUB	100,0%	KI
ARCANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
A-Real Estate S.p.A., Bozen (IT)	390.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH, Eschborn (DE)	1.000.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co. Immobilienverwaltung Projekt Hannover KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
B52 RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	SU
BAILE Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
Baumgartner Höhe RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
BUILDING BUSINESS CENTER DOO NOVI SAD, Novi Sad (RS)	559.220.792	RSD	100,0%	FI
Bulevard Centar BBC Holding d.o.o., Belgrad (RS)	63.708	RSD	100,0%	BH
Burgenländische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Eisenstadt (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Canopa Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
CARNUNTUM Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
CERES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
CINOVA RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
CJSC Mortgage Agent Raiffeisen O1, Moskau (RU)	10.000	RUB	<0,1%	BH
CP Inlandsimmobilien-Holding GmbH, Wien (AT)	364.000	EUR	100,0%	SU
CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
DOROS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
EPPA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
ETEOKLES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Expo 2000 Real Estate EOOD, Sofia (BG)	10.000	BGN	100,0%	SU
FCC Office Building SRL, Bukarest (RO)	30.298.500	RON	100,0%	BH
FEBRIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Floreasca City Center Verwaltung Kft., Budapest (HU)	42.000	HUF	100,0%	FI
FMK Fachmarktcenter Kohlbruck Betriebs GmbH, Eschborn (DE)	30.678	EUR	94,5%	SU
FMZ PRIMUS Ingatlanfejlesztő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	1	EUR	<0,1%	FI
GENO Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
GTNMS RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0% SU
HABITO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
Health Resort RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0% FI
IGNIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn RBI-Leasing GmbH & Co.KG., Bad Sauerbrunn (AT)	3.511.788	EUR	75,0% FI
Invest Vermögensverwaltungs-GmbH, Wien (AT)	73.000	EUR	100,0% SU
JLLC "Raiffeisen-leasing", Minsk (BY)	430.025	BYN	91,4% FI
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	20.000.000	EUR	100,0% KI
KAURI Handels und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	50.000	EUR	88,0% FI
KHD a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0% SU
Kiinteistö Oy Rovaniemi tietotekniikkakeskus, Helsinki (FI)	100.000	EUR	100,0% FI
Kiinteistö Oy Seinäjoki Joupinkatu 1, Helsinki (FI)	100.000	EUR	100,0% FI
KONEVOVA s.r.o., Prag (CZ)	50.000.000	CZK	97,5% BH
LARENTIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% SU
Lentia Immobilienleasing GmbH & Co. Albert-Osswald-Haus KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
Lexus Services Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
Limited Liability Company Raiffeisen Leasing Aval, Kiew (UA)	1.240.152.866	UAH	72,3% FI
LLC "ARES Nedvizhimost", Moskau (RU)	10.000	RUB	50,0% BH
LYRA Raiffeisen Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
MOBIX Raiffeisen-Mobilien-Leasing AG, Wien (AT)	125.000	EUR	100,0% FI
MOBIX Vermögensverwaltungs-ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
MP Real Invest a.s., Bratislava (SK)	4.647.159	EUR	100,0% SU
Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH & Co. KG, Wien (AT)	1.000	EUR	100,0% SU
OOO Raiffeisen-Leasing, Moskau (RU)	1.071.000.000	RUB	100,0% FI
Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0% FI
Park City real estate Holding d.o.o., Novi Sad (RS)	63.708	RSD	100,0% BH
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
PERSES RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0% FI
PLANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Priorbank JSC, Minsk (BY)	86.147.909	BYN	87,7% KI
Propria Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	90,0% FI
R Karpo Immobilien Linie S.R.L., Bukarest (RO)	200	RON	100,0% SU
R.P.I. Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bukarest (RO)	131.074.560	RON	66,7% KI
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	6.154.516.258	UAH	68,2% KI
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	247.167.000	BAM	100,0% KI
Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Pristina (KO)	63.000.000	EUR	100,0% KI
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	1.200.000.000	RON	99,9% KI
Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana (AL)	14.178.593.030	ALL	100,0% KI
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	50.000.090.000	HUF	100,0% KI
Raiffeisen banka a.d., Belgrad (RS)	27.466.157.580	RSD	100,0% KI
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000.000	EUR	100,0% KI
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien (AT)	10.000.000	EUR	100,0% FH
Raiffeisen Burgenland Leasing GmbH, Wien (AT)	38.000	EUR	100,0% FI
Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FH
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	47.598.850	EUR	100,0% KI
Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FH
Raiffeisen consulting d.o.o., Zagreb (HR)	105.347.000	HRK	100,0% SU

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²	
Raiffeisen Corporate Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Corporate Lizing Zrt., Budapest (HU)	50.100.000	HUF	100,0%	FI
Raiffeisen Factor Bank AG, Wien (AT)	10.000.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Factoring Ltd., Zagreb (HR)	336.000.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen FinCorp, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	75,0%	FI
Raiffeisen Immobilienfonds, Wien (AT)	0	EUR	97,3%	FI
Raiffeisen International Invest Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen International Liegenschaftsbesitz GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien (AT)	15.000.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing Bulgaria EOOD, Sofia (BG)	35.200.000	BGN	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o., Belgrad (RS)	226.389.900	RSD	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o., Ljubljana (SI)	3.738.107	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	15.405.899	BAM	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing IFN S.A., Bukarest (RO)	14.935.400	RON	99,9%	FI
Raiffeisen Leasing Kosovo LLC, Pristina (KO)	642.857	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing sh.a., Tirana (AL)	263.520.134	ALL	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing-Projektfinanzierung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	72.673	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Mandatory and Voluntary Pension Funds Management Company Plc., Zagreb (HR)	143.445.300	HRK	100,0%	SU
Raiffeisen ÖHT Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	88,0%	FI
Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb (HR)	23.100.000	HRK	100,0%	VV
Raiffeisen Property Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Property International GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Property Management GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Rehazentrum Schruns Immobilienleasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	51,0%	FI
Raiffeisen Rent DOO, Belgrad (RS)	243.099.913	RSD	100,0%	SU
Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen stambena stedionica d.d., Zagreb (HR)	180.000.000	HRK	100,0%	KI
Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag (CZ)	650.000.000	CZK	97,5%	KI
Raiffeisen WohnBau Tirol GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen WohnBau Vienna GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen WohnBau Wien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	5.100.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	603.447.952	BGN	100,0%	KI
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	11.060.800.000	CZK	75,0%	KI
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	3.621.432.000	HRK	100,0%	KI
Raiffeisen-Gemeindegebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Aircraft Finance GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Beteiligung GesmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing d.o.o., Zagreb (HR)	30.000.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Finanzierungs GmbH, Wien (AT)	5.000.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	363.364	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing International Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Lithuania UAB, Vilnius (LT)	100.000	EUR	92,3%	FI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
Raiffeisen-Leasing, s.r.o., Prag (CZ)	450.000.000	CZK	75,0% FI
Raiffeisen-RBHU Holding GmbH, Wien (AT)	236.640	EUR	100,0% FH
Raiffeisen-Rent Immobilienprojektentwicklung Gesellschaft m.b.H. Objekt Wallgasse 12 KG, Wien (AT)	4.886.449	EUR	100,0% SU
Raiffeisen-Rent Immobilienprojektentwicklung Gesellschaft m.b.H., Objekt Lenaugasse 11 KG, Wien (AT)	6.169.924	EUR	100,0% SU
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	218.500	EUR	100,0% FI
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG, Wien (AT)	20.348.394	EUR	100,0% BH
RAN vierzehn Raiffeisen-Anlagevermietung GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
RAN zehn Raiffeisen-Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
RB International Finance (Hong Kong) Ltd., Hong Kong (HK)	10.000.000	HKD	100,0% FI
RB International Markets (USA) LLC, New York (US)	8.000.000	USD	100,0% FI
RBI KI Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	48.000	EUR	100,0% FH
RBI eins Leasing Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0% FI
RBI IB Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FH
RBI ITS Leasing-RBIITS Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0% FI
RBI LEA Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	70.000	EUR	100,0% FI
RBI Leasing GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	75,0% FI
RBI LGG Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
RBI PE Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	150.000	EUR	100,0% FI
RBI Vajnorja spol.s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	75,0% FI
Realplan Beta Liegenschaftsverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
REC Alpha LLC, Kiev (UA)	1.726.843.204	UAH	100,0% BH
Regional Card Processing Center s.r.o., Bratislava (SK)	539.465	EUR	100,0% BH
RIL VII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
RIL XIV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
RIRE Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
RL Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	50.000	DEM	100,0% FI
RL Grundstuckverwaltung Klagenfurt-Süd GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
RL Hotel Palace Wien Besitz GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	99,0% FI
RL LUX Holding S.a.r.l., Luxemburg (LU)	12.500	EUR	100,0% SU
RL Retail Holding GmbH, Wien (AT)	36.000	EUR	100,0% FI
RL Thermal Beteiligungen GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
RL Thermal GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
RL Thermal GmbH & Co Liegenschaftsverwaltung KG, Wien (AT)	1.453.457	EUR	100,0% FI
RL-ALPHA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FH
RLI Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0% FI
RL-Lamda s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0% FI
RL-Morby AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	100,0% FI
RL-Nordic AB, Stockholm (SE)	50.000.000	SEK	100,0% FI
RL-Nordic OY, Helsinki (FI)	100.000	EUR	100,0% FI
RL-Pro Auxo Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0% FI
RL-PROMITOR Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% SU
RL-PROMITOR Spolka z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0% SU
RLX Dvorak S.A., Luxemburg (LU)	31.000	EUR	100,0% SU
ROOF Smart S.A., Luxemburg (LU)	1	EUR	<0,1% FI
RUBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
RZB - BLS Holding GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FI
RZB Finance (Jersey) III Ltd, St. Helier (JE)	1.000	EUR	100,0% FI
RZB Invest Holding GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FH
RZB Sektorbeteiligung GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	100,0% FH
RZB Versicherungsbeteiligung GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
S.C. PLUSFINANCE ESTATE 1 S.R.L., Bukarest (RO)	13.743.340	RON	100,0% BH
SALVELINUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0% FI
SAMARA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
SINIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
Sky Tower Immobilien- und Verwaltung Kft, Budapest (HU)	43.000	HUF	100,0% SU
Skytower Building SRL, Bukarest (RO)	126.661.500	RON	100,0% SU
SOLAR II Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
"S-SPV" d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0% SU
Styria Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Ahlen KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
Tatra Asset Management, správ. spol., a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	78,8% FI
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	64.326.228	EUR	78,8% KI
Tatra Residence, a.s., Bratislava (SK)	21.420.423	EUR	78,8% BH
Tatra-Leasing, s.r.o., Bratislava (SK)	6.638.785	EUR	78,8% FI
THYMO Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
Ukrainian Processing Center PJSC, Kiew (UA)	180.000	UAH	100,0% BH
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
URSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Valida Holding AG, Wien (AT)	5.000.000	EUR	57,4% FI
Valida Pension AG, Wien (AT)	10.200.000	EUR	57,4% SU
Valida Plus AG, Wien (AT)	5.500.000	EUR	57,4% FI
Viktor Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	75,0% SU
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	67.998	RUB	100,0% BH
Vindobona Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohaus KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
WEGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
ZHS Office- & Facilitymanagement GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	98,6% BH

1 Abzüglich eigener Aktien

2 Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Strukturierte Einheiten

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der in der Konzernbilanz erfassten Beteiligungen des Unternehmens sowie das mit diesen Beteiligungen verbundene maximale Verlustrisiko, aufgeschlüsselt nach Art der strukturierten Einheit. Die ausgewiesenen Buchwerte spiegeln die tatsächliche Ertragsvariabilität nicht wider, weil sie die Effekte von Sicherungs- bzw. Absicherungsgeschäften nicht berücksichtigen.

Vermögenswerte

2018 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Fremdkapital- instrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	228.577	0	350.926	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	252.740	2.712	0	0
Fonds	0	12.625	0	0
Gesamt	481.317	15.337	350.926	0

2017 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Fremdkapital- instrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	348.370	0	427.537	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	253.824	2.831	0	0
Fonds	0	55.749	0	0
Gesamt	602.194	58.580	427.537	0

Verbindlichkeiten

2018				
in € Tausend	Einlagen	Eigenkapital- instrumente	Verbrieft Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	156	0	0	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	22.629	0	0	347
Fonds	0	0	0	0
Gesamt	22.786	0	0	347

2017				
in € Tausend	Einlagen	Eigenkapital- instrumente	Verbrieft Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	319	0	0	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	19.270	0	0	178
Fonds	0	0	0	86
Gesamt	19.589	0	0	264

Art, Zweck und Umfang der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Der Konzern verfolgt diverse Geschäftsaktivitäten mit strukturierten Einheiten, die auf die Erreichung eines bestimmten Geschäftszwecks ausgelegt sind. Die Errichtung strukturierter Einheiten zielt darauf ab, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor dafür sind, wer die betreffende Einheit kontrolliert. Dies ist z. B. der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die jeweiligen Aktivitäten mittels vertraglicher Vereinbarungen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit weist häufig einige oder alle der folgenden Merkmale oder Attribute auf:

- Eingeschränkte Aktivitäten
- Eng gefasster und gut definierter Geschäftszweck
- Eigenkapital zu gering, dass die strukturierte Einheit ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung finanzieren könnte
- Finanzierung in Form der Ausgabe multipler, vertraglich verknüpfter Instrumente an Investoren, die Kredit- oder sonstige Risikokonzentrationen entstehen lassen (Tranchen)

Strukturierte Einheiten werden hauptsächlich dazu eingesetzt, Kunden den Zugang zu spezifischen Vermögensportfolios zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten Liquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Treuhand- oder Personengesellschaften errichtet werden. Strukturierte Einheiten dienen im Allgemeinen zur Finanzierung des Kaufs von Vermögenswerten durch die Emission von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, die mit Sicherheiten unterlegt und/oder durch eine Indexklausel mit den von den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerten verknüpft sind.

Strukturierte Einheiten werden konsolidiert, wenn die substantielle Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten darauf hindeutet, dass die strukturierten Einheiten vom Konzern kontrolliert werden.

Nachstehend erfolgt eine Aufschlüsselung der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten nach ihrer Art.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl von Vermögenswerten halten. Diese Einheiten können die Form von Finanzierungs-, Treuhand- und privaten Beteiligungsgesellschaften annehmen. Die Finanzierung wird durch die in den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerte besichert. Die Beteiligungstätigkeit des Konzerns erstreckt sich vorwiegend auf Kreditgeschäfte.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern etabliert Verbriefungsvehikel, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten erwerben, einschließlich festverzinslicher Wertpapiere, Unternehmenskredite und durch Vermögenswerte besicherter Wertpapiere (ABS; vorwiegend Commercial Papers, durch Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere (RMBS) und Kreditkartenforderungen). Die Vehikel finanzieren diese Käufe durch die Emission multipler Tranchen von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der in den Vehikeln enthaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Der Konzern überträgt häufig Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und gewährt ihnen finanzielle Unterstützung in Form von Kreditlinien.

Fonds

Der Konzern etabliert strukturierte Einheiten zur Deckung des kundenseitigen Bedarfs im Hinblick auf Beteiligungen an spezifischen Vermögenswerten. Der Konzern investiert auch in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Rolle des Fondsmanagers, der Depotstelle oder eine andere Funktion übernehmen und Finanzierungsmittel und Kreditlinien sowohl für konzerngesponserte Fonds als auch für Fonds Dritter zur Verfügung stellen. Die bereitgestellte Finanzierung wird durch die vom Fonds gehaltenen zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert.

Maximales Exposure bei und Größe von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximale Verlustrisiko wird anhand der Art der Beteiligung an der nicht konsolidierten strukturierten Einheit ermittelt. Das maximale Exposure für Darlehen und Handelsinstrumente ergibt sich aus deren bilanzierten Buchwerten. Das maximale Exposure für Derivate und außerbilanzielle Instrumente wie Garantien, Kreditlinien und Kreditverpflichtungen gemäß IFRS 12 in der Interpretation durch den Konzern ergibt sich aus dem jeweiligen Nominale. Die betreffenden Beträge spiegeln die wirtschaftlichen Risiken für den Konzern nicht wider, weil sie weder die Effekte von Sicherungs- oder Absicherungsgeschäften noch die Wahrscheinlichkeit des Eintritts entsprechender Verluste berücksichtigen. Per 31. Dezember 2018 belief sich das Nominale von Derivaten und außerbilanziellen Instrumenten auf € 23.218 Tausend (2017: € 25.975 Tausend) bzw. € 49.023 Tausend (2017: € 61.793 Tausend). Informationen zur Größe von strukturierten Einheiten sind nicht immer öffentlich verfügbar. Daher hat der Konzern sein Exposure als angemessenen Maßstab für die Größe festgelegt.

Finanzielle Unterstützung

Der Konzern hat während des Berichtsjahres wie schon 2017 keine finanzielle Unterstützung an nicht konsolidierte strukturierte Einheiten gewährt.

Gesponserte strukturierte Einheiten

Als Sponsor ist der Konzern oft an der rechtlichen Gründung und Vermarktung einer Einheit beteiligt und unterstützt diese auf verschiedene Weise, z. B. durch die Bereitstellung operationeller Unterstützung zur Gewährleistung des fortlaufenden Geschäftsbetriebs. Der Konzern wird auch als Sponsor für eine strukturierte Einheit betrachtet, wenn diese unter Zugrundelegung vernünftiger Maßstäbe vom Markt mit dem Konzern assoziiert wird. Darüber hinaus deutet häufig die Verwendung der Bezeichnung Raiffeisen für die strukturierte Einheit darauf hin, dass der Konzern als Sponsor fungiert. Die Bruttoerlöse aus gesponserten Einheiten für das am 31. Dezember 2018 abgelaufene Geschäftsjahr betragen € 193.995 Tausend (2017: € 197.987 Tausend). Im Jahr 2018 wurden ebenso wie 2017 keine Vermögenswerte an gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

(69) Beteiligungsübersicht

In der Konzernbilanz at-equity bewertete Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	6.000.000	EUR	25,0%	KI
EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	33,6%	FI
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Wien (AT)	32.624.283	EUR	33,1%	SU
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	8.030.000	EUR	26,0%	FI
Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	130.000.000	EUR	8,1%	KI
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	11.627.653	EUR	31,3%	KI
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)	77.338.770	EUR	61,5%	KI
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	66.500.000	EUR	32,5%	KI
Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)	1.460.000	EUR	47,6%	BH
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	300.000	EUR	50,0%	SU
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	309.000.000	EUR	10,9%	VV

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Sonstige verbundene Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
A-SPV d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	SU
K-SPV d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	SU
Abakus Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Abrawiza Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abrawiza Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Fernwald KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	SU
Abura Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abutilon Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenburen KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
ACB Ponava, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Achat Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Acridin Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adamas Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adiantum Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adipes Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adorant Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adrett Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adrittura Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adufe Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adular Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rodermark KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Agamemnon Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
ALT POHLEDY s.r.o., Prag (CZ)	84.657.000	CZK	100,0%	SU
Am Hafen Sutterlutj GmbH & Co, Wien (AT)	100.000	EUR	<0,1%	FI
Ambrosia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Angaga Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Apate Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Appolon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Aspius Immobilien Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Astra Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Ate Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co KG Immobilienverwaltung Projekt EKZ Meitingen, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	SU
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung Projekt Eberdingen, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
BA Development, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Bad Sauerbrunn Thermalwasser Nutzungs- und Verwertungs GmbH., Bad Sauerbrunn (AT)	0	EUR	50,0%	SU
Bandos Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Boreas Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
BRL Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Eisenstadt (AT)	73.000	EUR	100,0%	FI
Bukovina Residential SRL, Timisoara (RO)	1.901.600	RON	100,0%	SU
Campus NBhf RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Centralised Raiffeisen International Services & Payments S.R.L., Bukarest (RO)	2.820.000	RON	100,0%	BH
Centrotrade Holding GmbH, Wien (AT)	200.000	EUR	100,0%	SU
Chronos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
CP Linzerstraße 221-227 Projektentwicklungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0%	SU
CP Logistikcenter Errichtungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0%	SU
CP Projekte Muthgasse Entwicklungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Credibilis a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
CRISTAL PALACE Property s.r.o., Prag (CZ)	400.000	CZK	100,0%	SU
CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Dafne Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
DAV Holding Ltd., Budapest (HU)	3.030.000	HUF	100,0%	FI
DAV Management Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
DAV-ESTATE Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
DAV-PROPERTY Kft., Budapest (HU)	3.020.000	HUF	100,0%	SU
Deimos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Dike Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Dobré Byvanie s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Dom-office 2000, Minsk (BY)	283.478	BYN	100,0%	SU
Don Giovanni Properties, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Doplnková dôchodková spoločnosť Tatry banky, a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	100,0%	FI
DORISCUS ENTERPRISES LTD., Limassol (CY)	19.843.400	EUR	86,6%	SU
Důbravčice, s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	SU
Elevator Ventures Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	100,0%	SU
Eos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Erato Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Essox d.o.o., Belgrad (RS)	100	RSD	100,0%	SU
Esterhazy Real Estate s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	SU
Eunomia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Euro Green Energy Fejlesztő és Szolgáltató Kft., Budapest (HU)	8.100.000	HUF	100,0%	SU
Eurolease RE Leasing, s. r. o., Bratislava (SK)	6.125.256	EUR	100,0%	SU
Euros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Exit 90 SPV s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Expo Forest 1 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 2 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 3 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 4 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Extra Year Investments Limited, Tortola (VG)	50.000	USD	100,0%	FI
FARIO Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Faru Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	80.000	EUR	100,0%	SU
First Leasing Service Center GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Fobos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
FORZA SOLE s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	90,0%	SU
FVE Cihelna s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Gaia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
GHERKIN, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Golden Rainbow International Limited, Tortola (VG)	1	SGD	100,0%	FI
Grainulos s.r.o., Prag (CZ)	1	CZK	100,0%	SU
Group Cloud Solutions, s.r.o., Bratislava (SK)	185.886	EUR	100,0%	BH
GS55 Sazovice s.r.o., Prag (CZ)	15.558.000	CZK	90,0%	SU
Harmonia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Hebe Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
Hemera Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
HERA Raiffeisen Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	49,0%	FI
Hermes Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Hestia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Holeckova Property s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK	100,0%	SU
Humanitarian Fund "Budimir Bosko Kostic", Belgrad (RS)	30.000	RSD	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Wahrung	Anteil	Typ ¹
Hyperion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Hypnos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
ICS Raiffeisen Leasing s.r.l, Chisinau (MD)	8.307.535	MDL 100,0%	FI
ICTALURUS Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
IDUS Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	SU
Immoservice Polska Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN 100,0%	SU
INFRA MI 1 Immobilien Gesellschaft mbH, Wien (AT)	72.673	EUR 100,0%	SU
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Ino Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
INPROX Split d.o.o., Zagreb (HR)	100.000	HRK 100,0%	SU
Inprox Zagreb Sesvete d.o.o., Zagreb (HR)	10.236.400	HRK 100,0%	SU
Insurance Limited Liability Company "Priorlife", Minsk (BY)	7.682.300	BYN 100,0%	VV
Iris Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
ISIS Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Janus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
JFD Real s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Kaliope Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Kalypso Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
KAPMC s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK 100,0%	SU
Kappa Estates s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Kathrein & Co Life Settlement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Kathrein & Co. Trust Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Kathrein Capital Management GmbH, Wien (AT)	1.000.000	EUR 100,0%	FI
Kathrein Private Equity GmbH, Wien (AT)	190.000	EUR 100,0%	SU
Ksmrk utca 11-13. Szolgltat Korltol Felelssg Trsasg, Budapest (HU)	100.000	EUR 100,0%	BH
Kleio Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Krlg Logistika pt s Kivitelez Korltol Felelssg Trsasg, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
KOTTO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
LENTIA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
Leto Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 77,0%	SU
LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Limited Liability Company European Insurance Agency, Moskau (RU)	120.000	RUB 100,0%	SU
Limited Liability Company REC GAMMA, Kiew (UA)	49.015.000	UAH 100,0%	BH
Logisticky areal Hostivar, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
LOTA Handels- und Beteiligungs-GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Lucius Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Luna Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
MAMONT GmbH, Kiew (UA)	66.872.100	UAH 100,0%	SU
Medea Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Melete Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
MELIKERTES Raiffeisen-Mobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 80,0%	SU
Melpomene Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Morfeus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
MORHUA Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
MOVEO Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 51,0%	FI
Na Starce, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
NATUM Alfa, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
NAURU Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Neptun Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Nereus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
Niobe Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Nußdorf Immobilienverwaltung GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
Nyx Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
OBI Eger Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
OBI Miskolc Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
OBI Veszprem Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Ofion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Onyx Energy Projekt II s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK 100,0%	SU
Onyx Energy s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
OOO "Extrusionnyie Tekhnologii", Mogilev (BY)	4.140.619	BYN 100,0%	SU
OOO "Vneshleasing", Moskau (RU)	131.770	RUB 100,0%	FI
OOO Estate Management, Minsk (BY)	10.913.040	BYN 100,0%	SU
OOO Raiffeisen Capital Asset Management Company, Moskau (RU)	225.000.000	RUB 100,0%	FI
OOO SB "Studia Strahovania", Minsk (BY)	34.924	BYN 100,0%	SU
Orchideus Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Orestes Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
OSTARRICHI Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
Ötödik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	9.510.000	HUF 100,0%	SU
P & C Beteiligungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
Palace Holding s.r.o., Prag (CZ)	2.700.000	CZK 90,0%	SU
PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Peito Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Photon Energie s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 10 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 11 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 4 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 6 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 8 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
PILSENINVEST SICAV, a.s., Prag (CZ)	2.120.000	CZK 100,0%	SU
PLUSFINANCE LAND S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON 100,0%	BH
Polyxo Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Pontos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Priamos Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	FI
Pro Invest da Vinci e.o.o.d., Sofia (BG)	5.000	BGN 100,0%	SU
PRODEAL, a.s., Bratislava (SK)	796.654	EUR 100,0%	BH
Production unitary enterprise "PriortransAgro", Minsk (BY)	50.000	BYN 100,0%	SU
PROKNE Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
PZ PROJEKT a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK 100,0%	SU
Queens Garden Sp z.o.o., Warschau (PL)	100.000	PLN 100,0%	SU
R MORMO IMMOBILIEN LINIE S.R.L., Bukarest (RO)	50.000	RON 100,0%	SU
R.B.T. Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
R.L.H. Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Radwinter sp.z o.o., Warschau (PL)	10.000	PLN 100,0%	SU
Raiffeisen (Beijing) Investment Management Co., Ltd., Peking (CN)	2.000.000	CNH 100,0%	FI
Raiffeisen Asset Management (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	250.000	BGN 100,0%	FI
Raiffeisen Assistance D.O.O., Beograd, Belgrad (RS)	4.307.115	RSD 100,0%	SU
Raiffeisen Assistance doo Sarajevo, Sarajevo (BA)	4.000	BAM 100,0%	SU
Raiffeisen Autó Lizing Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Wahrung	Anteil	Typ ¹
Raiffeisen Befektetési Alapkezelő Zrt., Budapest (HU)	100.000.000	HUF	100,0% FI
Raiffeisen Biztosításközvetítő Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF	100,0% VV
Raiffeisen Bonus Ltd., Zagreb (HR)	200.000	HRK	100,0% BH
Raiffeisen Capital a.d. Banja Luka, Banja Luka (BA)	355.000	BAM	100,0% FI
Raiffeisen Direct Investments CZ s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% FI
Raiffeisen Energiaszolgáltató Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0% SU
Raiffeisen Future AD Beograd drustvo za upravljanje dobrovoljnim penzijskim fondom, Belgrad (RS)	143.204.921	RSD	100,0% FI
Raiffeisen Gazdasági Szolgáltató Zrt., Budapest (HU)	20.099.879	HUF	100,0% SU
Raiffeisen Immobilien Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	5.000.000	EUR	100,0% FI
Raiffeisen Ingatlan Üzemeltető Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0% SU
Raiffeisen Insurance and Reinsurance Broker S.R.L, Bukarest (RO)	180.000	RON	100,0% BH
RAIFFEISEN INSURANCE BROKER EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0% BH
Raiffeisen Insurance Broker Kosovo L.L.C., Pristina (KO)	10.000	EUR	100,0% BH
RAIFFEISEN INVEST AD DRUSTVO ZA UPRAVLJANJE INVESTICIONIM FONDOVIMA BEOGRAD, Belgrad (RS)	47.662.692	RSD	100,0% FI
Raiffeisen Invest d.o.o., Zagreb (HR)	8.000.000	HRK	100,0% FI
Raiffeisen Invest Društvo za upravljanje fondovima d.o.o Sarajevo, Sarajevo (BA)	559.300	BAM	100,0% FI
Raiffeisen INVEST Sh.a., Tirana (AL)	90.000.000	ALL	100,0% FI
Raiffeisen investicni společnost a.s., Prag (CZ)	40.000.000	CZK	100,0% FI
Raiffeisen Investment Advisory GmbH, Wien (AT)	730.000	EUR	100,0% FI
Raiffeisen Investment Financial Advisory Services Ltd. Co., Istanbul (TR)	2.930.000	TRY	100,0% FI
Raiffeisen Property Management Bulgaria EOOD, Sofia (BG)	80.000	BGN	100,0% SU
Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH, Salzburg (AT)	2.600.000	EUR	100,0% FI
RAIFFEISEN SERVICE EOOD, Sofia (BG)	4.220.000	BGL	100,0% SU
Raiffeisen Windpark Zistersdorf GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0% SU
Raiffeisen WohnBau Eins GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% SU
Raiffeisen WohnBau Zwei GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% SU
Raiffeisen Wohnbauleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co KG, Wien (AT)	581.383	EUR	100,0% SU
Raiffeisen-Leasing Immobilienverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% SU
Raiffeisen-Leasing Wärmeversorgungsanlagenbetriebs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
Raiffeisen-Wohnbauleasing Österreich GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
RB International Investment Asia Limited, Labuan (MY)	1	USD	100,0% FI
RB Szolgáltató Központ Kft. - RBSC Kft., Nyíregyháza (HU)	3.000.000	HUF	100,0% SU
RBI Group IT GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	100,0% BH
RBI Real Estate Services Czechia s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	100,0% FI
RBI Real Estate Services Polska SP.z.o.o., Warschau (PL)	400.000	PLN	100,0% FI
RBM Wohnbau Ges.m.b.H., Wien (AT)	37.000	EUR	100,0% SU
RCR Ukraine LLC, Kiew (UA)	282.699	UAH	100,0% BH
RDI Czech 1 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% SU
RDI Czech 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% SU
RDI Czech 4 s.r.o., Prag (CZ)	2.500.000	CZK	100,0% SU
RDI Czech 5 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% SU
RDI Czech 6 s.r.o., Prag (CZ)	3.700.000	CZK	100,0% SU
RDI Management s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% SU
Real Estate Rent 4 DOO, Belgrad (RS)	40.310	RSD	100,0% SU
REF HP 1 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0% SU
Rent CC, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0% FI
Rent GR, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0% SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
Rent Impex, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Rent PO, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Residence Park Trebes, s.r.o., Prag (CZ)	20.000.000	CZK	100,0%	SU
Rheia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
RIL VI Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RIRBRO ESTATE MANAGEMENT S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
RL Gamma d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	FI
RL Jankomir d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	SU
RL Leasing Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	25.565	EUR	85,0%	FI
RL-ATTIS Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Attis Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-BETA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Delta Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Epsilon Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	FI
RL-ETA d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	SU
RL-ETA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-FONTUS Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Fontus Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Jota Sp.z.o.o. w likwidacji, Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	FI
RL-Nordic Finans AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	100,0%	FI
RL-Opis Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-OPIS SPOLKA Z OGRANICZONA ODPOWIEDZIALNOSCIA, Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-Prom-Wald Sp. Z.o.o, Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RLRE Beta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Carina Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Eta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Jota Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Ypsilon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Robert Karoly Korut Irodahaz Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
Rogofield Property Limited, Nikosia (CY)	2.174	USD	100,0%	SU
RPM Budapest KFT, Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Wien (AT)	2.000.000	EUR	50,3%	BH
S.A.I. Raiffeisen Asset Management S.A., Bukarest (RO)	10.656.000	RON	100,0%	FI
SASSK Ltd., Kiew (UA)	152.322.000	UAH	88,7%	SU
SCT Kárász utca Ingatlankezelő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
SCTE Első Ingatlanfejlesztő s Ingatlanhasznoso Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	BH
SCTP Biatorbágy Ingatlanfejlesztő s Ingatlanhasznoso Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	75,3%	SU
SeEnergy PT, s.r.o., Prag (CZ)	700.000	CZK	100,0%	SU
Selene Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
Sirius Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Sky Solar Distribuce s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	77,0%	SU
SOLIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,5%	FI
St. Marx-Immobilien Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	SU
Stadtpark Hotelreal GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0%	SU
Steffany's Court s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
STYRIA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Szentkiraly utca 18 Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF	100,0%	SU
Theia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
UPC Real, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Valida Consulting GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0%	SU
VINAGRIUM Borszati s Kereskedelmi Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
VINDOBONA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
VN-Wohn Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	74,0%	SU
Wohnbauinvestitionsbank GmbH in Liqu., Wien (AT)	6.000.000	EUR	26,0%	KI
Zatisi Rokytka s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Zefyros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
ZRB 17 Errichtungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
ZUNO GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
"Zentrum Puntigam" Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H. in Liqu., Wien (AT)	35.000	EUR	50,0%	SU
Accession Mezzanine Capital II L.P., Bermuda (BM)	2.613	EUR	5,7%	SU
Accession Mezzanine Capital III L.P., Hamilton (JE)	134.125.000	EUR	3,7%	SU
Adoria Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
Agricultural Open Joint Stock Company Illintsi Livestock Breeding Enterprise, Illinci (UA)	703.100	UAH	4,7%	SU
All Swiss-Austria Leasing AG, Glattbrugg (CH)	5.000.000	CHF	50,0%	FI
ALCS Association of Leasing Companies in Serbia, Belgrad (RS)	853.710	RSD	12,5%	SU
ALMC hf., Reykjavik (IS)	50.578.130	ISK	10,8%	SU
Analytical Credit Rating Agency (Joint Stock Company), Moskau (RU)	3.000.024.000	RUB	3,7%	SU
APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH, Wien (AT)	5.290.013	EUR	12,1%	SU
Austrian Reporting Services GmbH, Wien (AT)	41.176	EUR	15,0%	BH
Aventin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Horn (AT)	36.400	EUR	24,5%	FI
AVION-Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	49,0%	FI
Belarussian currency and stock exchange JSC, Minsk (BY)	14.328.656	BYN	<0,1%	SU
Biroul de Credit S.A., Bukarest (RO)	4.114.615	RON	13,2%	FI
BTS Holding a.s. "v likvidácii", Bratislava (SK)	35.700	EUR	19,0%	SU
Budapest Stock Exchange, Budapest (HU)	541.348.100	HUF	0,0%	WP
Burza cennych papierov v. Bratislave, a.s., Bratislava (SK)	11.404.927.296	EUR	0,1%	SU
CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
Cards & Systems EDV-Dienstleistungs GmbH, Wien (AT)	75.000	EUR	45,0%	SU
CASA DE COMPENSARE S.A., Bukarest (RO)	239.255	RON	0,1%	SU
Cash Service Company AD, Sofia (BG)	12.500.000	BGN	20,0%	BH
CEESEG Aktiengesellschaft, Wien (AT)	18.620.720	EUR	7,0%	SU
Central Depository and Clearing Company, Inc., Zagreb (HR)	94.525.000	HRK	0,1%	FI
CF Pharma Gyógyszergyártó Kft, Budapest (HU)	5.918.760	HUF	13,2%	SU
Closed Joint Stock Company Truskavets Valeological Innovative Centre, Truskawez (UA)	100.000	UAH	5,0%	SU
Closed Joint Stock Company Vinegar-yeast Factory, Usyn (UA)	9.450.000	UAH	33,8%	SU
Commodity Exchange Crimean Interbank Currency Exchange, Simferopol (UA)	440.000	UAH	4,5%	SU
Commodity Exchange of the Agroindustrial Complex of Central Regions of Ukraine, Tscherkassy (UA)	90.000	UAH	11,1%	SU
CONATUS Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
CULINA Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
Czech Real Estate Fund (CREF) B.V., Amsterdam (NL)	18.000	EUR	100,0%	FI
D. Trust Certifikačná Autorita, a.s., Bratislava (SK)	331.939	EUR	10,0%	SU
Die Niederösterreichische Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	35,0%	SU
Die Niederösterreichische Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	72.673	EUR	40,0%	FI
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DE)	3.646.266.910	EUR	0,1%	KI
Easdaq NV, Löwen (BE)	128.526.849	EUR	0,0%	SU
Einlagensicherung AUSTRIA Ges.m.b.H., Wien (AT)	515.000	EUR	1,7%	SU
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	70.000	EUR	0,1%	BH
EMERGING EUROPE GROWTH FUND II, L.P., Delaware (US)	370.000.000	USD	1,9%	SU
Epsilon - Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	24,0%	FI
ESQUILIN Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	24,5%	FI
Euro Banking Association (ABE Clearing S.A.S.), Paris (FR)	51.000	EUR	2,0%	FI
European Investment Fund S.A., Luxemburg (LU)	3.000.000.000	EUR	0,2%	FI
Export and Industry Bank Inc., Makati City (PH)	4.734.452.540	PHP	9,5%	KI
FACILITAS Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	50,0%	FI
Fondul de Garantare a Creditului Rural S.A., Bukarest (RO)	15.940.890	RON	33,3%	FI
FORIS Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
G + R Leasing Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.400	EUR	25,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
G + R Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG., Graz (AT)	72.673	EUR	50,0% FI
Garantiqa Hitelgarancia Zrt., Budapest (HU)	7.839.600.000	HUF	0,2% BH
GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H., Wien (AT)	3.336.336	EUR	0,2% SU
Greenix Limited, Tortola (VG)	100.000	USD	25,0% SU
HOBEX AG, Salzburg (AT)	1.000.000	EUR	8,5% FI
Hrvatski registar obveza po kreditima d.o.o., Zagreb (HR)	13.500.000	HRK	10,5% BH
INVESTOR COMPENSATION FUND, Bukarest (RO)	344.350	RON	0,4% SU
Joint Stock Company Stock Exchange PFTS, Kiew (UA)	32.010.000	UAH	0,2% SU
K & D Progetto s.r.l., Bozen (IT)	50.000	EUR	25,0% FI
Kommunal-Infrastruktur & Immobilien Zeltweg GmbH, Zeltweg (AT)	35.000	EUR	20,0% SU
Limited Liability Company Scientific-Production Enterprise Assembling and Implementation of Telecommunication Sytems, Dnepropetrovsk (UA)	500.000	UAH	10,0% SU
LITUS Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5% FI
LLC "Insurance Company "Raiffeisen Life", Moskau (RU)	240.000.000	RUB	25,0% VV
MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH, Wien (AT)	2.500.000	EUR	37,5% FI
Medicur - Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	4.360.500	EUR	25,0% SU
MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
N. . Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	37.400	EUR	33,3% FI
National Settlement Depository, Moskau (RU)	1.180.675.000	RUB	0,0% FI
N Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50.000	EUR	26,0% FI
N Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0% FI
N. HYPO Leasing und Raiffeisen-Immobilien-Leasing Traisenhaus GesmbH & Co OG, St. Pölten (AT)	24.868.540	ATS	50,0% FI
N-KL Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	37.400	EUR	33,3% FI
O. . Leasing für Gebietskörperschaften Ges.m.b.H., Linz (AT)	510.000	ATS	16,7% FI
O. . Leasing für öffentliche Bauten Gesellschaft m.b.H., Linz (AT)	510.000	ATS	16,7% FI
ÖAMTC-Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	49,0% SU
ÖAMTC-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	14.535	EUR	49,0% FI
Oberpinzg. Fremdenverkehrfrderungs- und Bergbahnen AG, Wien (AT)	3.297.530	EUR	0,0% SU
OCTANOS Raiffeisen Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
OJSC NBFi Single Settlement and Information Space, Minsk (BY)	23.429.095	BYN	4,2% FI
Open Joint Stock Company Kyiv Special Project and Design Bureau Menas, Kiew (UA)	3.383.218	UAH	4,7% SU
Open Joint Stock Company Volodymyr-Volynskiy Sugar Refinery, Wolodymyr-Wolynskij (UA)	13.068.010	UAH	2,6% SU
sterreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen, Wien (AT)	3.500	EUR	25,7% BH
sterreichische Wertpapierdaten Service GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	25,3% BH
OT-Optima Telekom d.d., Zagreb (HR)	694.432.640	HRK	3,0% SU
OVIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0% FI
Pannon Lud Kft, Mezokovacsazsa (HU)	852.750.000	HUF	0,6% SU
PEGA Raiffeisen-Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
Private Joint Stock Company Bird Farm Bershadskiy, Vytivka (UA)	6.691.141	UAH	0,5% SU
Private Joint Stock Company First All-Ukrainian Credit Bureau, Kiew (UA)	11.750.000	UAH	5,1% SU
Private Joint Stock Company Sumy Enterprise Agrotechservice, Sumy (UA)	1.545.000	UAH	0,6% SU
Private Joint Stock Company Ukrainian Interbank Currency Exchange, Kiew (UA)	36.000.000	UAH	3,1% SU
PSA Payment Services Austria GmbH, Wien (AT)	285.000	EUR	11,2% FI
Public Joint Stock Company National Depository of Ukraine, Kiew (UA)	103.200.000	UAH	0,1% BH
Public Joint Stock Company Settlement Center for Servicing of Contracts in Financial Markets, Kiew (UA)	206.700.000	UAH	0,0% FI
QUIRINAL Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	37.063	EUR	33,3% FI
Raiffeisen e-force GmbH, Wien (AT)	145.346	EUR	28,2% BH
Raiffeisen Kooperations eGen, Wien (AT)	9.000.000	EUR	11,1% SU
Raiffeisen Salzburg Leasing GmbH, Salzburg (AT)	35.000	EUR	19,0% FI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
Raiffeisen Software GmbH, Linz (AT)	150.000	EUR	1,2%	BH
Raiffeisen-IMPULS-Immobilienleasing GmbH, Linz (AT)	500.000	ATS	25,0%	FI
Raiffeisen-IMPULS-Liegenschaftsverwaltung Gesellschaft m.b.H., Linz (AT)	500.000	ATS	25,0%	FI
Raiffeisen-Impuls-Zeta Immobilien GmbH, Linz (AT)	58.333	EUR	40,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Anlagen und KFZ Vermietungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	53,1%	FI
Raiffeisen-Leasing BOT s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	20,0%	SU
Raiffeisen-Leasing Mobilen und KFZ GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	15,0%	FI
RC Gazdasági és Adótanácsadó Zrt., Budapest (HU)	20.000.000	HUF	22,2%	SU
Registry of Securities in FBH, Sarajevo (BA)	2.052.300	BAM	1,4%	FI
Rehazentrum Kitzbühel Immobilien-Leasing GmbH, Innsbruck (AT)	35.000	EUR	19,0%	FI
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
RLB Holding eGen OÖ, Linz (AT)	1.566.969	EUR	0,0%	FI
RLKG Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	12,5%	FI
RSAL Raiffeisen Steiermark Anlagenleasing GmbH, Graz (AT)	38.000	EUR	19,0%	FI
RSIL Immobilienleasing Raiffeisen Steiermark GmbH, Graz (AT)	38.000	EUR	19,0%	FI
S.C. DEPOZITARUL CENTRAL S.A., Bukarest (RO)	25.291.953	RON	2,6%	SU
Sarajevska berza-burza vrijednosnih papira dd Sarajevo, Sarajevo (BA)	1.967.680	BAM	10,5%	FI
Seilbahnleasing GmbH, Innsbruck (AT)	36.000	EUR	33,3%	FI
SELENE Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0%	SU
SKR Lager 102 AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	49,0%	SU
Slovak Banking Credit Bureau, s.r.o., Bratislava (SK)	9.958	EUR	33,3%	BH
Societatea de Transfer de Fonduri si Decontari-TRANSFOND S.A, Bukarest (RO)	6.720.000	RON	3,4%	BH
Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication srl, La Hulpe (BE)	13.746.250	EUR	0,4%	FI
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
SPRON ehf., Reykjavik (IS)	5.000.000	ISK	5,4%	SU
Steirische Gemeindegebäude Leasing Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0%	FI
Steirische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0%	FI
Steirische Leasing für Gebietskörperschaften Ges.m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0%	FI
Steirische Leasing für öffentliche Bauten Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0%	FI
Stemcor Global Holdings Limited, St Helier (JE)	349.138	USD	0,9%	SU
Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	10,7%	SU
SUPRIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
SWO Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	50,0%	FI
Syrena Immobilien Holding AG, Spittal an der Drau (AT)	22.600.370	EUR	21,0%	SU
The Zagreb Stock Exchange joint stock company, Zagreb (HR)	46.357.000	HRK	2,9%	SU
Tiroler Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	42.000	EUR	8,3%	FI
Tiroler Landesprojekte Grundverwertungs GmbH in Liqu., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL II. Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	8,3%	FI
TKL V Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VI Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VII Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VIII Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	24,5%	FI
Top Vorsorge-Management GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	25,0%	SU
TRABITUS Grundstücksvermietungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
UNDA Grundstücksvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
UNIQA Raiffeisen Software Service Kft., Budapest (HU)	19.900.000	HUF	1,0%	SU
VALET-Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
VERMREAL Liegenschaftserwerbs- und -betriebs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	17,0%	SU
Viminal Grundstückverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	25,0%	FI
Visa Inc., San Francisco (US)	192.964	USD	0,0%	BH

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹	
Vorarlberger Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Dornbirn (AT)	42.000	EUR	33,3%	FI
W 3 Errichtungs- und Betriebs-Aktiengesellschaft, Wien (AT)	800.000	EUR	20,0%	SU
Zhytomyr Commodity Agroindustrial Exchange, Schytomyr (UA)	476.515	UAH	3,1%	SU
Ziloti Holding S.A., Luxemburg (LU)	48.963	EUR	0,9%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Regulatorische Angaben

(70) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die EZB schreibt der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) per Bescheid aktuell vor, zusätzliches hartes Kernkapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend abgedeckt sind.

Diese sogenannte Pillar-2-Anforderung wird z. B. anhand des Geschäftsmodells, des Risikomanagements oder der Kapitalsituation berechnet. Auf Basis des letztgültigen Bescheides der EZB ist dieses Erfordernis auf konsolidierter Ebene der RBI und auf Ebene der RBI AG unkonsolidiert einzuhalten. Außerdem unterliegt die RBI den Mindestvorschriften der CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis. Das kombinierte Kapitalpuffererfordernis beinhaltet für die RBI aktuell einen Kapitalerhaltungspuffer, einen systemischen Risikopuffer und einen antizyklischen Kapitalpuffer. Für den Stichtag 31. Dezember 2018 ergibt sich somit ein Erfordernis bei der CET1 Quote (inkl. des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses) im Ausmaß von 9,9 Prozent für die RBI. Eine Verletzung des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses würde zu Einschränkungen von z. B. Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen. Die im Jahresverlauf gültigen Kapitalanforderungen wurden inklusive eines ausreichenden Puffers auf konsolidierter Basis und Einzelbasis eingehalten.

Nationale Aufseher können grundsätzlich systemische Risikopuffer (bis 5 Prozent) sowie zusätzliche Kapitalaufschläge für systemrelevante Banken (bis 3,5 Prozent) bestimmen. Sofern sowohl systemische Risikopuffer als auch Aufschläge für systemrelevante Banken für ein Institut festgelegt werden, findet nur der höhere der beiden Werte Anwendung. Im September 2015 hat das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SRB) für gewisse Banken zu verordnen, darunter auch für die RBI. Dieser wurde durch die FMA via Kapitalpuffer-Verordnung mit Jahresbeginn 2016 in Kraft gesetzt (inkl. anschließender Adaptierungen). Für die RBI wurde der SRB im Jahr 2016 mit 0,25 Prozent angesetzt, ab 1. Jänner 2017 auf 0,50 Prozent erhöht und steigt nun bis 2019 schrittweise auf 2 Prozent an.

Die Festlegung eines antizyklischen Kapitalpuffers obliegt den nationalen Aufsehern und ergibt auf Ebene der RBI einen gewichteten Durchschnitt, um zu starkes Kreditwachstum einzudämmen. Dieser Puffer wurde aufgrund des zurückhaltenden Kreditwachstums und des stabilen makroökonomischen Umfelds in Österreich aktuell mit 0 Prozent festgesetzt. Jene Pufferraten, die in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt wurden, finden auf Ebene der RBI Anwendung (auf Basis einer gewichteten Durchschnittsberechnung).

Weitere zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden von Group Regulatory Affairs laufend beobachtet, in Szenarioberechnungen dargestellt und analysiert. Potenzielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

Per 31. Dezember 2018 betrug das harte Kernkapital (CET1) nach Abzugsposten der RBI € 9.702.017 Tausend, dies bedeutet eine Erhöhung um € 435.616 Tausend gegenüber dem Jahresendwert 2017. Wesentlich für die Verbesserung verantwortlich war die Berücksichtigung des erwirtschafteten Gewinns im regulatorischen Kapital. Negativ beeinflusst war das CET1 durch die Umstellung auf den neuen Bilanzierungsstandard IFRS 9 per 1. Jänner 2018, Währungseffekte sowie sonstige Abzugsposteneffekte. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten erhöhte sich um € 1.088.848 Tausend auf € 10.927.869 Tausend, insbesondere aufgrund der im Jänner 2018 erfolgten Platzierung von zusätzlichem Kernkapital mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500.000 Tausend und der Veränderungen im CET1. Demgegenüber verringerten sich die ergänzenden Eigenmittel aufgrund vorzeitiger Rückzahlungen und des Abreifens von Kapitalinstrumenten um € 689.918 Tausend auf € 2.362.918 Tausend. Die

gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 13.290.788 Tausend, dies entspricht einem Anstieg um € 398.930 Tausend im Vergleich zum Jahresendwert 2017.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) stiegen per 31. Dezember 2018 um € 769.571 Tausend auf € 72.671.743 Tausend. Wesentliche Grundlage für den Anstieg war Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in Group Corporates & Markets, Russland, Rumänien, Tschechien (unter anderem bedingt durch die Auflösung einer Verbriefungstransaktion) und der Slowakei. Ein gegenläufiger Effekt ergab sich durch den Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts, wodurch die RWA um € 4.941.237 Tausend zurückgingen.

Die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) verbesserte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 13,4 Prozent, der Verkauf des polnischen Kernbankgeschäfts wirkte sich dabei mit 0,9 Prozentpunkten aus. Die Tier 1 Ratio (fully loaded) verbesserte sich um 1,3 Prozentpunkte auf 14,9 Prozent, die Eigenmittelquote (fully loaded) um 0,3 Prozentpunkte auf 18,2 Prozent.

in € Tausend	2018	2017
Eingezahltes Kapital	5.974.080	5.993.858
Erwirtschaftetes Kapital	4.033.691	3.539.904
Kapital nicht beherrschender Anteile	428.618	421.071
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	10.436.390	9.954.833
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	-699.431	-583.611
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	0	-61.055
Abzugsposten Verbriefungen	-14.809	-36.672
Abzugsposten Verlustvorträge	-20.133	-7.093
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten	9.702.017	9.266.401
Zusätzliches Kernkapital	1.220.634	716.279
Kapital nicht beherrschender Anteile	5.219	9.877
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	0	-145.903
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	0	-7.632
Kernkapital	10.927.869	9.839.021
Langfristiges nachrangiges Kapital	2.087.390	2.841.500
Kapital nicht beherrschender Anteile	40.840	27.307
Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen	234.688	184.030
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	2.362.918	3.052.837
Gesamte Eigenmittel	13.290.788	12.891.858
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	5.813.739	5.752.174
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	13,4%	12,9%
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,4%	12,7%
Tier 1 Ratio (transitional)	15,0%	13,7%
Tier 1 Ratio (fully loaded)	14,9%	13,6%
Eigenmittelquote (transitional)	18,3%	17,9%
Eigenmittelquote (fully loaded)	18,2%	17,8%

Die als transitional dargestellten Quoten sind die aktuell gültigen Quoten gemäß den Anforderungen der CRR unter Berücksichtigung der für das laufende Kalenderjahr gültigen Übergangsbestimmungen gemäß Teil 10 der CRR in Verbindung mit der CRR-Begleitverordnung (CRR-BV), veröffentlicht durch die FMA.

Die als fully loaded bezeichneten Quoten dienen nur der Information und sind unter der Annahme der Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gerechnet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 werden für die RBI keine direkten Übergangsbestimmungen mehr angewendet. Es gibt daher bei der Common Equity Tier 1 Ratio keine Effekte. Lediglich bei der Tier 1 Ratio und der Eigenmittelquote gibt es aufgrund nicht mehr anrechenbarer Kapitalinstrumente (im zusätzlichen Kernkapital) Unterschiede.

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Tausend	2018	2017
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	4.894.582	4.811.850
Auf internen Ratings basierender Ansatz	3.059.999	2.555.486
Standardansatz	1.817.492	2.236.010
CVA-Risiko	17.090	20.354
Basel I Floor	0	0
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen	303.245	276.117
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	615.913	664.207
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	5.813.739	5.752.174
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	72.671.743	71.902.171

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko stellte sich nach Asset-Klassen wie folgt dar:

in € Tausend	2018	2017
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach Standardansatz	22.718.655	27.950.121
Zentralstaaten und Zentralbanken	540.815	1.105.473
Regionale Gebietskörperschaften	98.128	102.934
Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen ohne Erwerbscharakter	31.289	44.208
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
Kreditinstitute	171.035	309.058
Firmenkunden	7.030.811	9.456.267
Retail-Kunden	10.503.972	12.149.466
Beteiligungspositionen	1.822.812	2.037.548
Gedekte Schuldverschreibungen	13.274	14.981
Investmentfonds-Anteile	52.635	37.704
Verbriefungspositionen	240	3.846
Sonstige Posten	2.453.643	2.688.637
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach auf internen Ratings basierendem Ansatz	38.249.992	31.943.576
Zentralstaaten und Zentralbanken	2.186.652	1.018.927
Kreditinstitute	1.424.099	1.163.634
Firmenkunden	27.875.849	24.025.988
Retail-Kunden	5.970.514	5.323.613
Beteiligungspositionen	373.916	178.028
Verbriefungspositionen	418.963	233.385
CVA-Risiko	213.627	254.423
Basel I Floor	0	0
Risikogewichtete Aktiva (Kreditrisiko)	61.182.274	60.148.120
Eigenmittelerfordernis (Kreditrisiko)	4.894.582	4.811.850

Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Diese stellte per 31. Dezember 2018 noch keine rechtsverbindliche quantitative Anforderung dar und dient bis dahin der Information:

in € Tausend	2018	2017
Gesamtrisikoposition	163.077.123	160.828.421
Kernkapital	10.927.869	9.839.021
Verschuldungsquote (transitional)	6,70%	6,12%
Verschuldungsquote (fully loaded)	6,65%	6,08%

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die im Rahmen der Berechnung des Eigenmittelerfordernisses verwendeten Kalkulationsmethoden in den Tochterunternehmen:

Einheit	Kreditrisiko		Marktrisiko	Operationelles Risiko
	Non-Retail	Retail		
Raiffeisen Bank International AG, Wien (AT)	IRB	STA	Internes Modell	AMA
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	IRB	IRB	STA	STA
Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisen Banka a.d., Novi Beograd (RS)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisenbank Russland d.d., Moskau (RU)	IRB	STA	STA	AMA
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	STA	n.a.	STA	AMA
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	STA	STA	n.a.	AMA
Alle anderen Einheiten	STA	STA	STA	STA

IRB: Internal-Rating-Based-Ansatz

Internes Modell für Risiko der offenen Devisenposition und allgemeines Zinsrisiko des Handelsbuchs

STA: Standardansatz

AMA: Fortgeschrittener Messansatz

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Alle finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich der derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IFRS 9 in der Bilanz zu erfassen. Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäß ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Geschäftspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und beim anderen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; dieser entspricht in der Regel dem Transaktionspreis zum Zugangszeitpunkt. Gemäß IFRS 13 ist der beizulegende Zeitwert definiert als Veräußerungspreis. Hierbei handelt es sich um den Preis, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten bzw. bei der Übertragung einer Schuld zahlen. In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit von der jeweiligen Bewertungskategorie gemäß IFRS 9 entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt.

IFRS 9 beinhaltet einen Klassifizierungs- und Bewertungsansatz für finanzielle Vermögenswerte, der zum einen auf dem Geschäftsmodell, im Rahmen dessen die Vermögenswerte gesteuert werden, und zum anderen auf den Zahlungsstrombedingungen der Vermögenswerte beruht. Für die RBI ergeben sich fünf Klassifizierungskategorien für finanzielle Vermögenswerte:

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Amortized Cost, AC)
- Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Fair Value Through Other Comprehensive Income, FVOCI)
- Zwingend als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Fair Value Through Profit/Loss, FVTPL)
- Optional als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVTPL)
- Held For Trading (HFT)

Ein finanzieller Vermögenswert wird in der RBI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn dessen Zielsetzung darin besteht, Vermögenswerte zu halten, um vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen und die vertraglichen Ausstattungsmerkmale dieser Cash-Flows an festgelegten Zeitpunkten ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Ein Vermögenswert wird in der Folge erfolgsneutral zum Fair Value bewertet (FVOCI), wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, sowohl vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermö-

genswerte zu veräußern. Des Weiteren führen die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Beim erstmaligen Ansatz eines Eigenkapitalinstruments, das nicht zu Handelszwecken gehalten wird, kann sich die RBI unwiderruflich dafür entscheiden, nachfolgende Änderungen des Fair Value im sonstigen Ergebnis (OCI) darzustellen. Diese Entscheidung wird für jede Anlage einzeln getroffen und betrifft im Wesentlichen strategische Beteiligungen, die nicht vollkonsolidiert werden.

Alle anderen finanziellen Vermögenswerte – d. h. finanzielle Vermögenswerte, die die Kriterien für eine Klassifizierung als Vermögenswerte, die anschließend zu Anschaffungskosten oder zum FVOCI zu bewerten sind, nicht erfüllen – werden als Vermögenswerte klassifiziert, die anschließend erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten sind. Darüber hinaus hat die RBI beim erstmaligen Ansatz die Option, einen finanziellen Vermögenswert als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet (FVTPL) zu designieren, wenn dadurch Bewertungs- oder Ansatzinkonsistenzen – d. h. eine Bilanzierungsanomalie – vermieden oder erheblich verringert werden. Diese Anomalien entstehen, wenn die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten oder die Erfassung von Gewinnen und Verlusten auf unterschiedlichen Grundlagen erfolgt.

Ein finanzieller Vermögenswert wird beim erstmaligen Ansatz in eine dieser oben genannten Kategorien klassifiziert.

Die Bilanzierung der finanziellen Verbindlichkeiten entspricht im Wesentlichen den Regelungen von IAS 39 mit der Ausnahme, dass Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos der RBI ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind.

Nach IFRS 9 werden eingebettete Derivate nicht vom Basisvertrag eines finanziellen Vermögenswerts getrennt. Stattdessen werden finanzielle Vermögenswerte gemäß dem Geschäftsmodell und ihren Vertragsbedingungen klassifiziert, wie im Kapitel Überprüfung des Geschäftsmodells und im Kapitel Überprüfung der Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme erläutert. Die Bilanzierung von Derivaten, die in Finanzverbindlichkeiten und in nichtfinanziellen Basisverträgen eingebettet sind, hat sich in IFRS 9 nicht verändert.

Überprüfung des Geschäftsmodells

Die RBI überprüft die Zielsetzung des Geschäftsmodells, im Rahmen dessen ein finanzieller Vermögenswert verwaltet wird, auf Portfolioebene, da dies am besten die Art und Weise widerspiegelt, wie das Geschäft gesteuert wird und wie der Geschäftsleistung Informationen zur Verfügung gestellt werden. Folgende Faktoren werden bei der Überprüfung, welches Geschäftsmodell zutreffend ist, als Nachweis berücksichtigt:

- Art und Weise der Beurteilung der Performance des Geschäftsmodells (und der im Rahmen dieses Geschäftsmodells gehaltenen finanziellen Vermögenswerte) und der diesbezüglichen Berichterstattung an Mitglieder der Unternehmensleitung
- Risiken, die sich auf die Performance des Geschäftsmodells (und der im Rahmen dieses Geschäftsmodells gehaltenen finanziellen Vermögenswerte) auswirken, sowie Art und Weise, wie diese Risiken gesteuert werden
- Ausgestaltung des Vergütungssystems der Führungskräfte – orientiert sich z. B. die Vergütung am beizulegenden Zeitwert der verwalteten Vermögenswerte oder an den vereinnahmten vertraglichen Cash-Flows
- Häufigkeit, Wert und Timing von Verkäufen in der Vergangenheit, Gründe für diese Verkäufe sowie Erwartungen bezüglich der zukünftigen Verkaufsaktivität
- Sind Verkäufe und die Vereinnahmung vertraglicher Cash-Flows jeweils für das Geschäftsmodell wesentlich oder nebensächlich (Geschäftsmodell zur Vereinnahmung gehalten gegenüber Geschäftsmodell Halten und Verkaufen)

Finanzielle Vermögenswerte, die mit Handelsabsicht gehalten werden, sowie jene, die verwaltet werden und deren Performance auf Basis des Fair Value beurteilt wird, unterliegen der erfolgswirksamen Bewertung zum Fair Value (FVTPL).

Das Ziel eines Geschäftsmodells kann darin bestehen, finanzielle Vermögenswerte zu halten, um vertragliche Cash-Flows zu sammeln, selbst wenn ein Verkauf von finanziellen Vermögenswerten stattgefunden hat oder erwartet wird. Für die RBI stehen die folgenden Verkäufe mit dem Geschäftsmodell Halten im Einklang:

- Die Verkäufe resultieren aus einem Anstieg des Kreditrisikos eines finanziellen Vermögenswerts.
- Die Verkäufe sind selten (wenn auch signifikant) oder sind einzeln und insgesamt unbedeutend (selbst wenn sie häufig sind).
- Die Verkäufe erfolgen kurz vor der Fälligkeit des finanziellen Vermögenswerts, und die Verkaufserlöse weichen nicht wesentlich von dem bei Fälligkeit zu erzielenden Rückzahlungsbetrag ab.

Für die RBI wird der Verkauf von mehr als 10 Prozent des Portfolios (Buchwert) während eines rollenden Dreijahreszeitraums möglicherweise als mehr als selten angesehen, es sei denn, diese Verkäufe sind insgesamt unwesentlich.

Überprüfung der Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme

Sobald die RBI entschieden hat, dass das Geschäftsmodell eines bestimmten Portfolios darin besteht, die finanziellen Vermögenswerte mit der Zielsetzung zu halten, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen (oder sowohl vertragliche Zahlungsströme zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu veräußern), muss sie im nächsten Schritt überprüfen, ob die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows führen, die ausschließlich

Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Für diesen Zweck werden Zinsen definiert als Vergütung für den Zeitwert des Geldes, für das Kreditrisiko, das sich aus dem für einen bestimmten Zeitraum ausstehenden Kapitalbetrag ergibt, für andere aus einer Kreditvereinbarung entstehende Risiken und Kosten sowie als Gewinnmarge. Diese Überprüfung wird für jedes Instrument zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des finanziellen Vermögenswerts durchgeführt.

Bei der Überprüfung, ob die vertraglichen Zahlungsströme ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen sind, berücksichtigt die RBI die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Instruments. Dies schließt die Überprüfung mit ein, ob der finanzielle Vermögenswert eine Vertragsbedingung enthält, die den Zeitpunkt oder den Betrag vertraglicher Zahlungsströme so verändern kann, dass diese Bedingung nicht mehr erfüllt wurde. Die RBI berücksichtigt dabei:

- Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlung oder Verlängerung
- Gehebelte Vereinbarungen
- Beschränkung der Forderung auf bestimmte Vermögenswerte oder Cash-Flows
- Verbriefungen

Im Jahr 2018 hat das IASB eine Änderung des IFRS 9 zu Vorfälligkeitsregelungen mit negativer Ausgleichsleistung veröffentlicht. Eine negative Vergütung entsteht, wenn die vertraglichen Bedingungen dem Kreditnehmer erlauben, das Instrument vor seiner vertraglichen Fälligkeit im Voraus zu bezahlen, der Vorauszahlungsbetrag aber geringer sein könnte als die unbezahlten Beträge von Kapital und Zinsen. Um sich für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zu qualifizieren, muss die negative Vergütung jedoch eine angemessene Entschädigung für die vorzeitige Beendigung des Vertrags sein. Die RBI hat kein signifikantes Volumen von Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlung mit negativer Vergütung, die zwingend als erfolgswirksam zum Fair Value (FVTPL) bewertet werden müssen.

Änderungen des Zeitwerts des Geldes und Benchmark-Test

Der Zeitwert des Geldes ist die Zinskomponente, die lediglich die Vergütung für den Zeitablauf darstellt. Er berücksichtigt keine anderen Risiken (Kredit, Liquidität etc.) oder Kosten (Verwaltung etc.), die mit dem Halten eines finanziellen Vermögenswerts verbunden sind. In einigen Fällen kann die Komponente des Zeitwerts des Geldes modifiziert werden (bezeichnet als nicht perfekt). Dies wäre z. B. dann der Fall, wenn der Zinssatz eines finanziellen Vermögenswerts regelmäßig angepasst wird, die Häufigkeit dieser Zinsanpassungen aber von der Zinslaufzeit abweicht. In diesem Fall müssen die Modifikationen dahingehend beurteilt werden, ob die vertraglichen Cash-Flows noch ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen darstellen, d. h. ob das Modifikationsmerkmal die Cash-Flows nicht erheblich von denen eines perfekten Benchmark-Instruments abweichen lässt. Diese Beurteilung stellt kein Rechnungslegungswahlrecht dar und kann nicht einfach durch die Schlussfolgerung vermieden werden, dass ein Instrument bei Verzicht auf eine solche Beurteilung zum Fair Value bewertet wird.

Für die folgenden vertraglichen Hauptausstattungsmerkmale, die den Zeitwert des Geldes unter Umständen modifizieren können, wird ein Benchmark-Test angewendet:

- Laufzeitinkongruenz bei der Verzinsung (abweichende Referenzzinssatzperiode)
- Historische Verzinsung
- Zinsglättungsklauseln
- Zinsaussetzung mit Zinskapitalisierung
- Referenz zu einer Sekundärmarktrendite

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

Ein finanzieller Vermögenswert wird in der RBI zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet, wenn beide der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Der Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, Vermögenswerte zu verwalten, um vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen.
- Die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts führen an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Diese Bedingungen sind in den Kapiteln Überprüfung des Geschäftsmodells, Überprüfung der Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme und Änderungen des Zeitwerts des Geldes und Benchmark-Test detaillierter ausgeführt.

Dieser Kategorie werden vor allem Kredite gegenüber Kunden bzw. Kredite gegenüber Kreditinstituten zugeordnet. Darüber hinaus werden Forderungen aus Finanzierungsleasing, die gemäß IAS 17 bilanziert werden, sowie Wertpapiere, die die oben genannten Bedingungen erfüllen, unter dieser Bewertungskategorie ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Berechnung des

Zinsertrags erfolgt auf Basis des Bruttobuchwerts, solange der finanzielle Vermögenswert nicht wertgemindert ist. Sobald der finanzielle Vermögenswert wertgemindert ist, erfolgt die Berechnung des Zinsertrags auf Basis des Nettobuchwerts. Die fortgeführten Anschaffungskosten werden ferner um die Erfassung des erwarteten Verlusts unter Anwendung des Expected Loss Approach gemäß IFRS 9 angepasst, wie im Kapitel allgemeine Regelungen zu Wertminderungen (IFRS 9) dargestellt.

Finanzielle Vermögenswerte – Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

Ein finanzieller Vermögenswert wird in der RBI verpflichtend zum Fair Value ausgewiesen, wenn der finanzielle Vermögenswert weder zu fortgeführten Anschaffungskosten noch zum Fair Value Through Other Comprehensive Income bewertet wird, zudem keine Handelsabsicht besteht und der Vermögenswert nicht freiwillig zum Fair Value designiert wurde. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Wertpapiere und Kredite, die die Überprüfung der vertraglichen Zahlungsstrombedingungen nicht erfüllen, bzw. Portfolien von finanziellen Vermögenswerten, die nicht Handelszwecken dienen, die anhand des Fair Value gesteuert und nach dessen Wertentwicklung beurteilt werden.

Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

Ein Fremdkapitalinstrument wird in der RBI zum Fair Value Through Other Comprehensive Income bewertet, wenn beide der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Ein Vermögenswert wird in der Folge erfolgsneutral zum Fair Value bewertet (FVOCI), wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, sowohl vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu veräußern.
- Die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts führen an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Dieser Kategorie werden vor allem Wertpapiere der Liquiditätssteuerung zugeordnet.

Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Zinserträge, Fremdwährungsgewinne und -verluste aus der Neubewertung sowie Wertminderungsaufwendungen oder Wertaufholungen werden in der Erfolgsrechnung erfasst und so berechnet wie bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten. Die verbleibenden Fair-Value-Änderungen werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Bei Ausbuchung werden die im sonstigen Ergebnis erfassten kumulierten Nettogewinne oder -verluste aus den Fair-Value-Änderungen in die Erfolgsrechnung umgegliedert. Weiters unterliegen die Fremdkapitalinstrumente der FVOCI-Kategorie dem gleichen Wertminderungsmodell wie die zu fortgeführten Anschaffungskosten erfassten finanziellen Vermögenswerte (siehe Kapitel allgemeine Regelungen zu Wertminderungen (IFRS 9)). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Fair Value und den fortgeführten Anschaffungskosten wird bis zur Ausbuchung des finanziellen Vermögenswerts im sonstigen Ergebnis erfasst.

Ein Eigenkapitalinstrument wird in der RBI zum Fair Value Through Other Comprehensive Income bewertet, wenn sich die RBI unwiderruflich dafür entscheidet, nachfolgende Änderungen des Fair Value im sonstigen Ergebnis (OCI) darzustellen. Diese Entscheidung wird für jede Anlage einzeln getroffen und betrifft im Wesentlichen strategische Beteiligungen, die nicht vollkonsolidiert werden. Anders als bei Schuldinstrumenten werden die im sonstigen Ergebnis (OCI) erfassten Gewinne und Verluste beim Verkauf nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert, und es werden keine Wertminderungen erfolgswirksam erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten – Held For Trading

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten – Held For Trading dienen der Nutzung von kurzfristigen Marktpreisschwankungen. Die zu Handelszwecken dienenden Wertpapiere und derivativen Finanzinstrumente werden zum Fair Value bilanziert. Für die Ermittlung des Fair Value werden bei börsennotierten Produkten die Börsenkurse herangezogen. Sind solche Kurse nicht vorhanden, werden bei originären Finanzinstrumenten und Termingeschäften auf Basis von Barwertberechnungen und bei Optionen anhand von geeigneten Optionspreismodellen interne Preise ermittelt. Der Barwertberechnung wird eine Zinskurve zugrunde gelegt, die sich aus Geldmarkt-, Future- und Swapsätzen zusammensetzt. Als Optionspreisformeln werden je nach Optionsart entweder Black-Scholes 1972, Black 1976 oder Garman-Kohlhagen verwendet. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Binomialbaummodellen und Monte-Carlo-Simulationen.

Wenn positive Marktwerte (Dirty Prices) bestehen, werden diese den finanziellen Vermögenswerten – Held For Trading zugeordnet, bei negativen Marktwerten erfolgt ein Ausweis unter den finanziellen Verbindlichkeiten – Held For Trading. Die Wertänderung des Marktwerts wird erfolgswirksam im Handelsergebnis dargestellt. Derivate, die Sicherungszwecken gemäß IAS 39 dienen, werden unter dem Bilanzposten Hedge Accounting ausgewiesen. Außerdem sind etwaige Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapier-Leerverkäufen in den finanziellen Verbindlichkeiten – Held For Trading dargestellt.

Kapitalgarantierte Produkte (Garantiefonds und Zukunftsvorsorge) werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben als verkaufte Put-Optionen auf den jeweils zu garantierenden Fonds dargestellt. Die Bewertung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation. Der Konzern hat im Rahmen der staatlich geförderten prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gem. § 108h Abs 1 Z 3 EStG Kapitalgarantiepflichtungen abgegeben. Dabei garantiert das Kreditinstitut, dass im Fall einer Verrentung der für die Verrentung zur

Verfügung stehende Auszahlungsbetrag nicht geringer ist als die Summe der vom Steuerpflichtigen eingezahlten Beträge zuzüglich der für diesen Steuerpflichtigen gutgeschriebenen Prämien im Sinn des § 108g EStG.

Zinserträge werden im Zinsüberschuss dargestellt, Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair Value Bewertungen ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Diese Kategorie umfasst im Wesentlichen jene finanziellen Vermögenswerte, die zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes unwiderruflich als designiertes Finanzinstrument zum Fair Value gewidmet wurden (sog. Fair-Value-Option). Die Anwendung der Fair-Value-Option ist an die Voraussetzung geknüpft, dass Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder signifikant verringert werden. Diese entstehen, wenn die Bewertung von finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten oder die Erfassung von daraus resultierenden Gewinnen oder Verlusten auf unterschiedlicher Grundlage erfolgt.

Ebenso werden finanzielle Verbindlichkeiten als Finanzinstrumente zum Fair Value designiert, um Bewertungsabweichungen von den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Derivaten zu vermeiden. Der Fair Value der unter Anwendung der Fair-Value-Option in diese Kategorie klassifizierten finanziellen Verpflichtungen enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit diesen finanziellen Verpflichtungen in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Emittenten.

Bei finanziellen Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert werden, sind Änderungen des Fair Value, die auf eine Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, nicht in der Erfolgsrechnung, sondern im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Im Jahr 2018 konnten ebenso wie im Vergleichsjahr 2017 durchwegs beobachtbare Marktpreise für die Bewertung der eigenen Bonität nachrangiger Emissionen herangezogen werden. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören im Wesentlichen strukturierte Anleihen. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cash-Flows mithilfe einer kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. Bewertungsergebnisse für Verbindlichkeiten, die als Finanzinstrument zum Fair Value designiert wurden, werden im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen ausgewiesen.

Diese Finanzinstrumente sind gemäß IFRS 9 zum Marktwert bewertet. Zinserträge werden im Zinsüberschuss dargestellt, Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen ausgewiesen.

Finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost

Verbindlichkeiten werden überwiegend mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten angesetzt. Neben dem Zinsaufwand werden Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag effektivzinsgerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen. In dieser Kategorie werden vor allem Kundeneinlagen und Wertpapieremissionen, die der Refinanzierung dienen, ausgewiesen.

Beziehungen zwischen Aktiva/Passiva, Bewertungsmaßstäben und Kategorie gemäß IFRS 9

Aktiva/Passiva	Wesentlicher Bewertungsmaßstab			Kategorie gemäß IFRS 9 ¹
	Marktwert	Fortgeführte Anschaffungskosten	Sonstige	
Aktivische Klassen				
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen			Nominalwert	n. a.
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost		X		AC
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing		X		AC
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	X			FVOCI
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	X			FVTPL
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	X			FVTPL
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	X			FVTPL
Hedge Accounting	X			n.a.
Passivische Klassen				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost		X		AC
davon Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing		X		
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	X			FVTPL
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	X			FVTPL
Hedge Accounting	X			FVTPL
AC:	Amortized Cost			
FVOCI:	Fair Value Through Other Comprehensive Income			
FVTPL:	Fair Value Through Profit/Loss			

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die Effektivzinzmethode ist eine Methode zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments und der Zuordnung von Zinsaufwendungen und -erträgen zu den jeweiligen Perioden. Der Effektivzinssatz ist derjenige Zinssatz, mit dem die geschätzten künftigen Ein- und Auszahlungen (einschließlich aller Gebühren, die Teil des Effektivzinssatzes sind, Transaktionskosten und sonstiger Agios und Disagios) über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments oder eine kürzere Periode, sofern zutreffend, auf den Nettobuchwert aus der erstmaligen Erfassung abgezinst werden.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value)

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist.

Gemäß IFRS 13 verwendet die RBI folgende Hierarchie zur Feststellung und Offenlegung des Fair Value für Finanzinstrumente:

Notierte Preise in einem aktiven Markt (Level I)

Der beizulegende Zeitwert wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein öffentlich notierter Marktpreis zur Verfügung steht. Dies gilt insbesondere für an Börsen gehandelte Eigenkapitalinstrumente, im Interbankenmarkt gehandelte Fremdkapitalinstrumente und börsengehandelte Derivate. Die Bewertung beruht im Wesentlichen auf externen Datenquellen (Börsepreise bzw. Broker-Quotierungen in liquiden Marktsegmenten). Bei einem aktiven Markt handelt es sich um einen Markt, in dem Transaktionen von Vermögenswerten und Schulden mit ausreichender Häufigkeit und ausreichendem Volumen stattfinden, sodass Preisinformationen laufend zur Verfügung stehen. Indikatoren für aktive Märkte können die Anzahl, die Häufigkeit der Aktualisierung oder die Qualität der Quotierungen (z. B. Banken oder Börsen) sein. Weiters sind auch enge Bid-/Ask-Spannen sowie Quotierungen der Marktteilnehmer innerhalb eines bestimmten Korridors Anzeichen für einen aktiven liquiden Markt.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level II)

In den Fällen, in denen keine Börsennotierungen für einzelne Finanzinstrumente vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Value die Marktpreise vergleichbarer Finanzinstrumente herangezogen oder durch anerkannte Bewertungsmodelle mithilfe von beobachtbaren Preisen oder Parametern (insbesondere von Barwertmethoden oder Optionspreismodellen) ermittelt. Diese Verfahren betreffen die Mehrheit der OTC-Derivate und der nicht börsennotierten Fremdkapitalinstrumente.

Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Parameter (Level III)

Wenn für die Bewertung mit Bewertungsmodellen nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorliegen, werden auch nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter herangezogen. Diese Eingangsparameter können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten unter anderem aus historischen Daten ermittelt werden (Bewertungshierarchie Level III). Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind unter Punkt (31) Fair Value von Finanzinstrumenten enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cash-Flows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind oder der Konzern diese übertragen hat bzw. bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cash-Flows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten. Ein übertragener Vermögenswert wird auch ausgebucht, wenn alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Grundprinzip für die Zulässigkeit von Direktabschreibungen (Write-offs) im Konzern ist die ausreichend dokumentierte Einschätzung, dass für die betroffenen Forderungen Rückzahlungen entweder des gesamten aushaftenden Kreditbetrags (Full Write-off) oder eines Teils davon (Partial Write-off) nicht erwartet werden. Dies trifft für Forderungen zu, die bereits wertgemindert sind, und zwar entweder in voller Höhe oder, im Fall von besicherten Forderungen, in Höhe der durch die Sicherheiten nicht gedeckten aushaftenden Beträge. Weitere Informationen zur Abschreibungspolitik sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste enthalten.

Modifikation von finanziellen Vermögenswerten

In der RBI erfolgt die Ausbuchung aufgrund einer Modifikation eines finanziellen Vermögenswerts, wenn der zugrunde liegende Vertrag wesentlich geändert wurde. Eine wesentliche Änderung liegt vor, wenn sich der abgezinste Barwert der Cash-Flows unter den neuen Bedingungen unter Verwendung der ursprünglichen Effektivzinssatz um mindestens 10 Prozent von dem abgezinsten Barwert der verbleibenden Cash-Flows der ursprünglichen finanziellen Vermögenswerte unterscheidet (Barwerttest). Neben dem Barwerttest werden weitere quantitative und qualitative Kriterien bei der Beurteilung, ob es sich um eine wesentliche Änderung handelt, herangezogen. Diese stellen auf die Verlängerung der durchschnittlichen Restlaufzeit ab, wobei diese jedoch bei Umstrukturierungen von Stage-3-Krediten oft in einer Form erfolgen, dass sie den maximal zu erwartenden Zahlungen entsprechen. Wenn Letzteres der Fall ist, wird basierend auf einer Ermessensentscheidung beurteilt, ob die Verlängerung der Zahlungsfrist wirtschaftlich einen neuen finanziellen Vermögenswert ergibt. Als qualitative Kriterien für die Schlussfolgerung einer wesentlichen Änderung der Vertragsbedingungen gelten sowohl der Wechsel der zugrunde liegenden Währung als auch Klauseln, die dazu führen, dass das vertragliche Zahlungsstromkriterium gemäß IFRS 9 nicht erfüllt ist, oder eine Änderung der Art des Instruments (z. B. Anleihe wird in Darlehen umgewandelt).

Verbriefungstransaktionen

Die RBI verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch Platzierung von Risiken aus diesen finanziellen Vermögenswerten, indem diese Risiken auf Basis von Portfolios an Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles, SPV bzw. Structured Entities, SE) übertragen werden, die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgeben. Die Übertragung der Vermögenswerte kann zu einer vollständigen oder teilweisen Ausbuchung führen oder sich in Form der Übertragung von Risiken im Vorhandensein erhaltener Portfoliogarantien niederschlagen. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden.

Ausbuchung finanzieller Verbindlichkeiten

Der Konzern bucht eine finanzielle Verbindlichkeit aus, wenn seine Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Der Ertrag oder Aufwand aus dem Rückkauf von eigenen Verbindlichkeiten wird unter Punkt (6) Sonstiges betriebliches Ergebnis dargestellt. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agios und Disagios) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Umklassifizierung finanzieller Vermögenswerte

Eine Umklassifizierung ist nur für finanzielle Vermögenswerte vorgesehen, für finanzielle Verbindlichkeiten ist eine Umklassifizierung nicht möglich. Eine Änderung der Bewertungskategorie ist in der RBI nur dann vorgesehen, wenn das Geschäftsmodell, das zur Verwaltung eines finanziellen Vermögenswerts eingesetzt wird, sich ändert. Allerdings ist dann die Umklassifizierung zwingend vorzunehmen. Solche Änderungen müssen vom Vorstand festgelegt werden und für die Unternehmenstätigkeit wesentlich sein. Wenn eine derartige Umklassifizierung notwendig ist, ist diese prospektiv ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung vorzunehmen und vom Vorstand der RBI zu genehmigen.

Derivative Finanzinstrumente

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Zu den im Konzern eingesetzten Derivaten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Kreditderivate, Optionen und ähnliche Kontrakte. Der Konzern setzt Derivate ein, um den Bedürfnissen der Kunden im Rahmen von deren Risikomanagement Rechnung zu tragen, um Risiken zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren. Derivate werden erstmals zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und anschließend auch zu diesem bewertet. Der aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird sofort im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen erfasst, es sei denn, das Derivat ist als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting designiert und effektiv. Hier hängt der Zeitpunkt der Erfassung der Bewertungsergebnisse von der Art der Sicherungsbeziehung ab.

Derivate, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen und gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt werden, erfüllen nicht die Bedingung für IAS 39 Hedge Accounting. Sie werden bilanziert, indem die Dirty Prices unter dem Bilanzposten finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading bzw. finanzielle Verbindlichkeiten – Held For Trading ausgewiesen werden. Die Wertänderung dieser Derivate auf Basis des Clean Price ist im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen dargestellt, die Zinsen werden im Zinsüberschuss gezeigt.

Kreditderivate, deren Wert von dem in der Zukunft erwarteten (Nicht-)Eintritt spezifizierter Kreditereignisse abhängt, sind mit dem Marktwert unter dem Bilanzposten finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading bzw. finanzielle Verbindlichkeiten – Held For Trading ausgewiesen. Die Wertänderungen werden im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen erfasst.

Weitere Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten sind unter Punkt (46) Derivative Finanzinstrumente dargestellt.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Bei Identität von Schuldner und Gläubiger erfolgt eine Aufrechnung laufzeit- und währungskonformer Forderungen und Verbindlichkeiten nur dann, wenn ein durchsetzbares Recht darauf besteht und die Aufrechnung dem tatsächlich erwarteten Ablauf des Geschäfts entspricht. Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten sind unter Punkt (40) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden dargestellt.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 räumt in Bezug auf die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen Wahlrechte ein. Die RBI wendet 2018 die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 weiterhin an, jedoch unter Berücksichtigung der Änderungen in den Anhangangaben nach IFRS 7. Die geänderten Anhangangaben sind unter Punkt (47) Hedge Accounting - Zusatzangaben dargestellt.

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Er designiert dafür einzelne Sicherungsinstrumente, im Wesentlichen Derivate, im Rahmen der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge), von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge) oder von Nettoinvestitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten (Capital Hedge). Zu Beginn der Sicherungsbeziehung wird der Zusammenhang zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft einschließlich der zugrunde liegenden Risikomanagement-Ziele dokumentiert. Weiters wird sowohl bei Eingehen der Sicherungsbeziehung als auch in deren Verlauf regelmäßig dokumentiert, dass das in der Sicherungsbeziehung designierte Sicherungsinstrument hinsichtlich der Kompensation der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bzw. der Cash-Flows des Grundgeschäfts in hohem Maß effektiv ist.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten dienen. Einem solchen Marktwertisiko unterliegt insbesondere das Kreditgeschäft, sofern es sich um festverzinsliche Forderungen handelt. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bei einzelnen Krediten oder Refinanzierungen werden Interest Rate Swaps abgeschlossen, die die Voraussetzungen für Hedge Accounting erfüllen. Dies bedeutet, dass die Sicherungsgeschäfte dokumentiert, fortlaufend beurteilt und als hoch wirksam eingestuft werden. Somit kann über die gesamte Laufzeit des Sicherungsgeschäfts davon ausgegangen werden, dass Änderungen des beizulegenden Zeitwerts

eines gesicherten Grundgeschäfts nahezu vollständig durch eine Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments kompensiert werden und die tatsächlichen Ergebnisse in einer Bandbreite von 80 bis 125 Prozent liegen.

Derivate, die zur Absicherung des Marktwerts von einzelnen Bilanzposten (ausgenommen Handelsderivate) abgeschlossen werden, werden mit dem Marktwert (Dirty Price) unter dem Posten Hedge Accounting (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) bilanziert. Die Buchwertänderungen des gesicherten Grundgeschäfts (Aktiva oder Passiva) werden direkt den betroffenen Bilanzposten zugerechnet und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Sowohl das Ergebnis aus der Veränderung der Buchwerte der abzusichernden Positionen als auch das Ergebnis aus der Veränderung der Clean Prices der Derivate werden im Ergebnis aus Hedge Accounting gebucht.

Im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken wird die Absicherung von Zinsrisiken auch auf Portfolioebene abgebildet. Abgesichert werden einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, gegliedert nach Laufzeitbändern entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Konzernabschluss bei einer Konzerneinheit inklusive Sichteinlagen bestimmt, somit werden die Regelungen des EU-Carve-out in Anspruch genommen.

Absicherung von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash-Flow Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Einem solchen Cash-Flow-Risiko unterliegen insbesondere variabel verzinsliche Kredite und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder -veranlagungen). Interest Rate Swaps, die zur Absicherung des Risikos aus schwankenden Cash-Flows bestimmter variabler Zinspositionen abgeschlossen werden, werden wie folgt bilanziert: Das Sicherungsinstrument wird mit dem Marktwert angesetzt, die Änderungen des Clean Price werden im sonstigen Ergebnis verbucht. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus Hedge Accounting ausgewiesen.

Absicherung einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige Teileinheit (Capital Hedge)

Im Konzern werden Kurssicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten zur Reduktion der aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile resultierenden Differenzen getätigt. Als Sicherungsinstrumente dienen in erster Linie Fremdwährungsswaps. Die aus ihnen entstehenden Gewinne bzw. Verluste aus der Währungsumrechnung werden im sonstigen Ergebnis verrechnet und in der Eigenkapitalüberleitung gesondert dargestellt, soweit die Sicherungsbeziehung effektiv ist. Ein etwaiger ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung wird im Handelsergebnis erfasst. Die dazugehörigen Zinskomponenten werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Finanzgarantien

Gemäß IFRS 9 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlung entschädigt den Garantiennehmer für einen Verlust, der ihm durch die nicht fristgemäße Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht. Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmals zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss unter marktgerechten Bedingungen ident mit der Prämie. Im Gegensatz zu der Darstellung der Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten werden erwartete Kreditausfälle als Rückstellung auf der Passivseite ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

In diesem Posten werden im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Avalkrediten und Akkreditiven sowie Kreditzusagen zum Nominalwert erfasst. Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Als unwiderrufliche Kreditzusagen sind Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren, Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzpte bereitzustellen. Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt. Häufig werden Kreditzusagen nur teilweise in Anspruch genommen und bestehen somit aus einer ausgenützten und aus einer nicht ausgenützten Zusage. Wenn die getrennte Identifikation der erwarteten Kreditausfälle, die auf eine in Anspruch genommene und auf eine nicht in Anspruch genommene Zusage entfallen, nicht möglich ist, werden diese gemäß IFRS 7 zusammen mit den Wertminderungen für den finanziellen Vermögenswert dargestellt. Wenn die zusammengenommenen erwarteten Kreditausfälle den Bruttobuchwert des finanziellen Vermögenswerts übersteigen, werden diese als Rückstellung ausgewiesen.

Allgemeine Regelungen zu Wertminderungen (IFRS 9)

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über jene Aspekte der Regelungen zu Wertminderungen, die ein höheres Maß an Ermessen oder Komplexität sowie erhebliche Quellen für Schätzungsunsicherheiten beinhalten und im Geschäftsjahr zu einer erheblichen Anpassung führten. Quantitative Informationen über jede dieser Schätzungen und Ermessensentscheidungen sowie Informationen über die Berechnungsgrundlagen jeder betroffenen Position im Konzernabschluss sind in den zugehörigen Angaben im Anhang enthalten.

Überblick

Wie im Kapitel Anwendung von neuen und geänderten Standards beschrieben, hat die Anwendung von IFRS 9 die Bilanzierung von Kreditrisikoversorgen durch die RBI grundlegend verändert. Beginnend mit 1. Jänner 2018 werden die Risikoversorgen für alle Fremdkapitalinstrumente, die nicht zum Fair Value erfolgswirksam bewertet werden, sowie für Kreditzusagen und Finanzgarantien (im folgenden Abschnitt Finanzinstrumente genannt) in Höhe des erwarteten Kreditverlusts erfasst. Eigenkapitalinstrumente unterliegen nicht den Wertminderungsregeln von IFRS 9.

Wenn sich das Kreditausfallrisiko für Finanzinstrumente seit dem erstmaligen Ansatz signifikant erhöht hat, muss man zu jedem Abschlussstichtag die Wertminderung für ein Finanzinstrument in Höhe der über die (Rest-)Laufzeit erwarteten Kreditverluste bemessen. Hat sich das Kreditausfallrisiko für Finanzinstrumente seit dem erstmaligen Ansatz nicht signifikant erhöht, muss man zu jedem Abschlussstichtag die Wertminderung für ein Finanzinstrument in Höhe des Barwerts eines erwarteten Zwölf-Monats-Verlusts bemessen. Der erwartete Zwölf-Monats-Verlust ist jener Teil der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste, der den erwarteten Kreditverlusten aus Ausfallereignissen entspricht, die bei einem Finanzinstrument innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag möglich sind.

Die RBI hat Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden eingeführt, um am Ende jeder Berichtsperiode beurteilen zu können, ob sich seit der erstmaligen Erfassung eines Finanzinstruments das Kreditrisiko signifikant erhöht hat oder nicht. Auf Basis der oben beschriebenen Vorgehensweise teilt die RBI ihre Finanzinstrumente in Stage 1, Stage 2, Stage 3 und POCI wie folgt auf:

- In Stage 1 werden grundsätzlich alle Finanzinstrumente erfasst, deren Risiko eines Kreditausfalls sich seit ihrem erstmaligen Bilanzansatz nicht signifikant erhöht hat. Darüber hinaus enthält Stage 1 sämtliche Geschäfte, die am Berichtsstichtag ein geringes Kreditrisiko aufweisen und bei denen die RBI von dem Wahlrecht des IFRS 9 Gebrauch macht, auf die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos zu verzichten. Ein geringes Kreditrisiko ist bei allen Schuldverschreibungen gegeben, deren internes Bonitäts-Rating am Berichtsstichtag im Bereich des Investment Grade (entspricht mindestens Standard & Poor's BBB-, Moody's Baa3 oder Fitch BBB-) liegt. Im Kreditgeschäft hat die RBI die Ausnahmeregelung für niedrige Kreditrisiken nicht in Anspruch genommen. Bei der erstmaligen Erfassung von Krediten erfasst die Bank eine Wertminderung in Höhe des erwarteten Zwölf-Monats-Verlusts. Stage 1 umfasst auch Kredite, bei denen sich das Kreditrisiko verbessert hat und die somit von Stage 2 umgegliedert wurden.
- Stage 2 enthält diejenigen Finanzinstrumente, deren Kreditrisiko sich nach dem Zeitpunkt ihres erstmaligen Bilanzansatzes signifikant erhöht hat und die zum Berichtsstichtag nicht als Geschäfte mit geringem Kreditrisiko eingestuft werden. Die Erfassung von Wertminderungen erfolgt in Stage 2 mit den erwarteten Kreditverlusten über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments. Stage 2 umfasst auch Kredite, bei denen sich das Kreditrisiko verbessert hat und die somit von Stage 3 umgegliedert wurden.
- Stage 3 werden Finanzinstrumente zugeordnet, die am Berichtsstichtag als wertgemindert eingestuft werden. Als Kriterium hierfür zieht die RBI die Definition für einen Kreditausfall (Default) gemäß Artikel 178 CRR heran. Für ausgefallene Finanzinstrumente in Stage 3 ist ebenfalls der erwartete Kreditverlust über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments als Wertminderung zu erfassen.
- POCI: Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte Kredite sind solche finanziellen Vermögenswerte, die bereits beim erstmaligen Ansatz wertgemindert waren. Der Erstansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert ohne Erfassung einer Wertminderung unter Anwendung eines bonitätsadjustierten Effektivzinssatzes. In den Folgeperioden entspricht die Wertminderung der kumulierten Veränderung des erwarteten Kreditverlusts über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments nach dem Bilanzzugang. Auch im Fall einer Gesundung bleibt dies der Maßstab für die Bewertung.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Berechnung erwarteter Kreditverluste sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste im Kapitel Berechnung erwarteter Kreditverluste dargestellt. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Bestimmung der signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste im Kapitel signifikante Erhöhung des Kreditrisikos dargestellt. Die Bemessung der erwarteten Kreditausfälle erfolgt entweder auf individueller oder kollektiver Basis. Die Vorgaben für die kollektive Betrachtung sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste im Absatz gemeinsame Kreditrisikomerkmale offengelegt.

Berechnung von erwarteten Kreditverlusten

Die RBI ermittelt den erwarteten Kreditverlust als wahrscheinlichkeitsgewichtete Schätzung aller Zahlungsausfälle unter Berücksichtigung verschiedener Szenarien über die erwartete Laufzeit eines Finanzinstruments, abgezinst mit dem ursprünglich ermittelten Effektivzinssatz. Ein Zahlungsausfall ergibt sich dabei als Differenz zwischen den vertraglich vereinbarten und den tatsächlich erwarteten Zahlungsströmen.

Als Zwölf-Monats-Verlust für die Erfassung von Wertminderungen in Stage 1 wird dabei derjenige Teil der erwarteten Kreditverluste über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments definiert, der aus Ausfallereignissen resultiert, die innerhalb von zwölf Monaten nach dem Berichtsstichtag erwartet werden. Die Ermittlung des ECL erfolgt für Stage 1 und Stage 2 sowie für die nicht signifikanten Finanzinstrumente in Stage 3 einzelgeschäftsbasiert unter Verwendung statistischer Risikoparameter, die aus dem Baseler IRB-Ansatz abgeleitet und an die Anforderungen des IFRS 9 angepasst wurden. Die wichtigsten Input-Parameter zur Berechnung der erwarteten Kreditverluste sind in der RBI wie folgt:

- PD: Die Ausfallwahrscheinlichkeit in der RBI ist die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer entweder innerhalb der nächsten zwölf Monate oder in der gesamten Restlaufzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann.
- Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD): Der Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls entspricht jenem Betrag, den der Kreditnehmer zum Zeitpunkt des Ausfalls über die nächsten zwölf Monate oder über die Gesamtlaufzeit schuldet.
- Verlustquote bei Ausfall (LGD): Die Verlustquote bei Ausfall entspricht der Erwartung der RBI bezüglich der Verlusthöhe bei einem Forderungsausfall.

Alle verwendeten Risikoparameter aus den internen Modellen der Bank werden zur Erfüllung der spezifischen IFRS-9-Anforderungen entsprechend angepasst, und der Prognosehorizont wird zur Abdeckung der Gesamtlaufzeit der Finanzinstrumente entsprechend erweitert. So werden beispielsweise bei der Prognose des Exposure-Verlaufs über die Gesamtlaufzeit der Finanzinstrumente insbesondere auch vertragliche und gesetzliche Kündigungsrechte berücksichtigt.

Weitere Details zur Berechnung von erwarteten Kreditverlusten sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste erläutert.

Zukunftsorientierte Informationen

Grundsätzlich werden bei der IFRS-9-spezifischen Schätzung der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen insbesondere auch das aktuelle wirtschaftliche Umfeld (Point-in-time-Ausrichtung) sowie zukunftsorientierte Informationen berücksichtigt. Insbesondere werden dabei makroökonomische Prognosen der Bank regelmäßig im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Höhe des ECL geprüft und in die ECL-Ermittlung einbezogen. Hierfür wird ein Baseline-Szenario verwendet, das auf dem jeweils gültigen Konsensus (Prognosen von Raiffeisen Research zu wesentlichen makroökonomischen Einflussgrößen, wie z. B. reales BIP, Arbeitslosenquote, Referenzzinssätze sowie Informationen zum Kreditzyklus) beruht und um weitere modellrelevante makroökonomische Parameter ergänzt wird. Weitere im Standardmodell nicht abbildbare Risiken und daraus erwartete Verluste werden zusätzlich berücksichtigt.

Weitere Erläuterungen zu zukunftsorientierte Informationen sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste im Kapitel zukunftsorientierte Informationen dargestellt.

Signifikante Erhöhung des Kreditrisikos

In den Rating-Systemen der RBI werden sämtliche verfügbaren quantitativen und qualitativen Informationen mit Relevanz für die Prognose des Kreditrisikos zur PD verdichtet. Dieser Größe liegt insbesondere eine statistisch fundierte Auswahl und Gewichtung aller verfügbaren Indikatoren zugrunde. Weiterhin fließen in der gemäß den IFRS-9-Anforderungen adjustierten PD neben historischen Informationen und dem aktuellen wirtschaftlichen Umfeld insbesondere auch zukunftsorientierte Informationen, wie z. B. die Prognose der Entwicklung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, ein. Folgerichtig verwendet die RBI ausschließlich die PD als Messgröße für die Beurteilung, ob sich das Kreditrisiko eines Finanzinstruments gegenüber dem Zugangszeitpunkt signifikant erhöht hat. Durch die Verankerung der Überprüfung des relativen Transferkriteriums in den robusten Verfahren und Prozessen des konzernweiten Kreditrisikomanagements der Bank wird sichergestellt, dass eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos zuverlässig und zeitnah nach objektiven Kriterien erfolgt. Die Überprüfung, ob am Berichtsstichtag eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos gegenüber dem Zugangszeitpunkt des betreffenden Finanzinstruments vorliegt, erfolgt zum Berichtsstichtag grundsätzlich durch einen Vergleich der beobachteten Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des Finanzinstruments (Lifetime PD) mit der im Zugangszeitpunkt erwarteten Lifetime PD über denselben Zeitraum. Weitere Erläuterungen zu zukunftsorientierten Informationen sind unter Punkt (35) Erwartete Kreditverluste im Kapitel signifikante Erhöhung des Kreditrisikos dargestellt.

Sicherheiten

Um Kreditrisiken bei finanziellen Vermögenswerten zu mindern, versucht die RBI, sofern möglich, Sicherheiten zu verwenden. Diese Sicherheiten kommen in verschiedenen Formen, wie Bargeld, Wertpapiere, Akkreditive/Garantien, Immobilien, Forderungen, Vorräte, andere nichtfinanzielle Vermögenswerte und Kreditverbesserungen wie Netting-Vereinbarungen, vor. Die Bilanzie-

rungsgrundsätze für Sicherheiten sind im Vergleich zu IAS 39 unverändert. Sicherheiten werden, sofern sie nicht wieder in Besitz genommen werden, nicht in der Bilanz der RBI erfasst. Der beizulegende Zeitwert von Sicherheiten beeinflusst jedoch die Berechnung von ECL. Es wird im Allgemeinen mindestens zu Beginn bewertet und erneut halbjährlich überprüft. Einige Sicherheiten, z. B. Bargeld oder Wertpapiere, werden bezüglich der Margin-Anforderungen täglich bewertet. Weitere Details sind unter Punkt (34) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko dargestellt.

Ein Sonderfall ist die Einordnung von Grundstücken und Gebäuden aus Rettungserwerben im Rahmen der Sicherheitenverwertung, da diese Immobilien bzw. sonstigen Vermögenswerte vorrangig zur Vermeidung von Verlusten aus dem Kreditgeschäft erworben wurden und in der Regel wieder veräußert werden sollen. Im ersten Schritt überprüft die RBI, ob ein zurückgenommener Vermögenswert für den eigenen Geschäftsbetrieb verwendet werden kann oder nicht. Vermögenswerte, die für den eigenen Geschäftsbetrieb als nützlich erachtet werden, werden zum niedrigeren Wert aus der Wiederbeschaffung oder dem Buchwert des ursprünglich gesicherten Vermögenswerts in das Sachanlagevermögen der Bank übertragen. Vermögenswerte, bei denen der Verkauf angedacht ist, werden zum Zeitpunkt des Rückerwerbs in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Bank zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten für nichtfinanzielle Vermögenswerte im Vorratsvermögen der RBI erfasst. In der regulären Sicherheitenverwertung nimmt die RBI jedoch die Immobilien oder andere Vermögenswerte nicht physisch in Besitz, sondern beauftragt externe Agenten, im Rahmen von Auktionen Mittel zu lukrieren, um ausstehende Schulden des Kunden zu begleichen. Überschüssige Mittel werden an die Kunden zurückgegeben. Als Folge dieser Praxis werden Wohnimmobilien im Rahmen der Sicherheitenverwertung nicht in der Bilanz der RBI erfasst.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) verkauft die RBI Vermögenswerte an einen Vertragspartner und vereinbart gleichzeitig, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben in der Bilanz der RBI und werden nach den Regeln des jeweiligen Bilanzpostens bewertet. Eine Ausbuchung der Wertpapiere erfolgt nicht, da alle mit dem Eigentum am Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken von der RBI zurückbehalten wurden. Die Liquiditätszuflüsse aus den Repo-Geschäften werden als finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost in der Bilanz ausgewiesen.

Bei Reverse-Repo-Geschäften werden Vermögenswerte mit der gleichzeitigen Verpflichtung eines zukünftigen Verkaufs gegen Entgelt von der RBI erworben. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden, in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz der RBI ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Die Liquiditätsabflüsse aus den Reverse-Repo-Geschäften werden in den Bilanzposten finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost bilanziert.

Zinsaufwendungen für Repo-Geschäfte und Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden linear über die Laufzeit abgegrenzt und im Zinsüberschuss der RBI ausgewiesen.

Wertpapierleihgeschäfte

Wertpapierleihgeschäfte schließt die RBI mit Kreditinstituten und Kunden ab, um der Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Wertpapierleihgeschäfte werden analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften in der RBI bilanziert. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IFRS 9 bewertet. Entlehene Wertpapiere werden in der RBI nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Durch die RBI gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen in den Bilanzposten finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost und erhaltene Sicherheiten als finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost in der Bilanz ausgewiesen.

Leasing

Leasingverhältnisse werden entsprechend ihrer vertraglichen Ausgestaltung wie folgt klassifiziert:

Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen, wird bei der RBI als Leasinggeber eine Forderung in den Bilanzposten finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost ausgewiesen. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswerts. Die Erträge aus Finanzierungsverhältnissen werden so auf die Perioden verteilt, dass eine konstante periodische Verzinsung des ausstehenden Nettoinvestitionswerts aus den Leasingverhältnissen gezeigt wird. Der Ausweis der Zinserträge erfolgt im Zinsüberschuss.

Hält die RBI Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungs-Leasingverhältnisses als Leasingnehmer, werden diese im jeweiligen Posten des Sachanlagevermögens ausgewiesen, dem passivseitig eine entsprechende Leasingverbindlichkeit gegenübersteht. Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgt im Zinsüberschuss.

Operating Leasing

Operating Leasing liegt vor, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber liegen. Die Leasinggegenstände werden in der RBI dem Bilanzposten Sachanlagen zugeordnet, Abschreibungen erfolgen nach den für das jeweilige Anlagevermögen geltenden Grundsätzen. Mieteinnahmen aus dem entsprechenden Leasinggegenstand werden linear über die Laufzeit des entsprechenden Leasingverhältnisses verteilt und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst und in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen die RBI AG direkt oder indirekt beherrschenden Einfluss ausübt, werden vollkonsolidiert. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Bei strukturierten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, bei denen nicht die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominante Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind. Dies ist z. B. der Fall, wenn die Stimmrechte sich lediglich auf die Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Tätigkeiten durch Vertragsvereinbarungen geregelt sind.

Ebenso wie bei Tochterunternehmen ist die Konsolidierung von strukturierten Unternehmen erforderlich, wenn der Konzern das Unternehmen beherrscht. Im Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von strukturierten Unternehmen im Rahmen eines Prozesses geprüft, der Transaktionen umfasst, bei denen ein strukturiertes Unternehmen durch den Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien initiiert wird, sowie Transaktionen, bei denen der Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einem bereits bestehenden strukturierten Unternehmen tritt. Die Konsolidierungsentscheidungen werden anlassbezogen, mindestens jedoch quartalsweise überprüft. Die Auflistung aller konsolidierten strukturierten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen strukturierten Unternehmen ist unter Punkt (68) Zusammensetzung des Konzerns ersichtlich.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es, eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Dies beinhaltet eine Untersuchung

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Möglichkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Einer oder mehrere der folgenden Faktoren deuten auf solche Anzeichen hin:

- Ein anderer Investor besitzt aufgrund einer Vereinbarung mit dem Konzern die Beherrschungsmöglichkeit über mehr als die Hälfte der Stimmrechte.
- Ein anderer Investor besitzt aufgrund gesetzlicher Regelungen oder einer Vereinbarung die Möglichkeit zur Beherrschung der Finanzpolitik und der geschäftlichen Tätigkeiten der Beteiligung.
- Ein anderer Investor beherrscht die Beteiligung aufgrund seiner Möglichkeit zur Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder oder der Mitglieder eines gleichwertigen Leitungsorgans.
- Ein anderer Investor beherrscht das Unternehmen aufgrund seiner Möglichkeit, über die Mehrheit der abzugebenden Stimmrechte bei einer Sitzung des Vorstands oder eines gleichwertigen Leitungsorgans zu verfügen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn der Konzern aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt.

Tochterunternehmen werden grundsätzlich ab dem Tag in den Konsolidierungskreis einbezogen, an dem der Konzern direkt oder indirekt die Kontrolle erlangt, und scheiden ab dem Zeitpunkt, ab dem die Bank nicht länger beherrschenden Einfluss ausübt, aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Ergebnisse der im Lauf des Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden

vom tatsächlichen Erwerbszeitpunkt an oder bis zum tatsächlichen Abgangszeitpunkt in der Konzern-Erfolgsrechnung erfasst. Der Konzern überprüft zumindest zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Das Kapital nicht beherrschender Anteile wird in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Aktionären der RBI AG zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das Ergebnis nicht beherrschender Anteile wird in der Erfolgsrechnung separat ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten miteinander aufgerechnet. Dabei verbleibende zeitliche Differenzen werden in der Konzernbilanz unter den Posten sonstige Aktiva bzw. sonstige Passiva ausgewiesen.

Konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden ebenfalls miteinander aufgerechnet, wobei temporäre Aufrechnungsdifferenzen aus dem Bankgeschäft teils im Zinsergebnis und teils im Handelsergebnis dargestellt werden. Andere Differenzen werden in der Position sonstiges betriebliches Ergebnis erfasst.

Zwischengewinne werden dann eliminiert, wenn sie wesentlichen Einfluss auf die Posten der Erfolgsrechnung haben. Geschäfte, die zwischen den einzelnen Gesellschaften des Konzerns getätigt werden, erfolgen grundsätzlich zu Marktkonditionen.

Änderungen der Beteiligungsquote des Konzerns an bestehenden Tochterunternehmen

Werden im Zuge der Folgekonsolidierung bei bereits bestehender Beherrschung weitere Anteile erworben oder Anteile ohne Kontrollverlust veräußert, werden diese Vorgänge erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktionen dargestellt. Die Buchwerte der vom Konzern gehaltenen Anteile und der nicht beherrschenden Anteile werden so angepasst, dass sie die Änderungen der an den Tochterunternehmen bestehenden Anteilsquoten widerspiegeln. Jede Differenz zwischen dem Betrag, um den die nicht beherrschenden Anteile angepasst werden, und dem beizulegenden Zeitwert der gezahlten oder erhaltenen Gegenleistung wird unmittelbar im Eigenkapital erfasst und den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zugeordnet.

Wenn die Gesellschaft die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, wird der Endkonsolidierungsgewinn oder -verlust erfolgswirksam erfasst. Dieser wird ermittelt aus der Differenz zwischen

- dem Gesamtbetrag des beizulegenden Zeitwerts der erhaltenen Gegenleistung und dem beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Anteile und
- dem Buchwert der Vermögenswerte (einschließlich des Geschäfts- oder Firmenwerts), der Schulden des Tochterunternehmens und aller nicht beherrschenden Anteile.

Alle im Zusammenhang mit diesem Tochterunternehmen im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Beträge werden so bilanziert, wie dies bei einem Verkauf der Vermögenswerte erfolgen würde, d. h. es erfolgt eine Umgliederung in die Erfolgsrechnung oder eine direkte Übertragung in die Gewinnrücklagen.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf das der Konzern maßgeblichen Einfluss hat. Maßgeblicher Einfluss ist die Möglichkeit, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Unternehmens, an dem die Beteiligung gehalten wird, mitzuwirken. Dabei liegt weder Beherrschung noch gemeinschaftliche Führung der Entscheidungsprozesse vor. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 und 50 Prozent der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei österreichischen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Anteile an assoziierten Unternehmen werden at-equity einbezogen und im Bilanzposten Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen in der Unterposition Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei werden dieselben Regeln angewendet wie bei vollkonsolidierten Unternehmen (Aufrechnung der Anschaffungskosten mit dem zum Fair Value bewerteten anteiligen Nettovermögen). Sofern assoziierte Unternehmen wesentlich sind, wird eine Fortschreibung des Equity-Buchwerts entsprechend der jeweiligen anteiligen Entwicklung des Eigenkapitals der Unternehmen vorgenommen. Jahresergebnisse aus at-equity bewerteten Unternehmen werden saldiert im Posten übriges Ergebnis unter der Sub-Position laufendes Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen dargestellt. Zurechenbare Verluste der at-equity-bewerteten Unternehmen werden nur bis zur Höhe des Equity-Buchwerts berücksichtigt. Übersteigende Verluste werden nicht erfasst, da keine Verpflichtung besteht, die übersteigenden Verluste auszugleichen. Darüber hinaus werden die beim assoziierten Unternehmen erfolgsneutral erfassten Bewertungen im Konzernab-

schluss der RBI ebenfalls erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis dargestellt. Dies betrifft insbesondere Bewertungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Buchwert verglichen wird. Eine in Vorperioden erfasste Wertminderung wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Buchwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, und Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity zu erfassen waren, sind zu Anschaffungskosten im Bilanzposten Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen ausgewiesen und der Bewertungskategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet.

Unternehmenserwerbe

Der Erwerb von Geschäftsbetrieben wird nach der Erwerbsmethode bilanziert. Die bei einem Unternehmenszusammenschluss übertragene Gegenleistung wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser bestimmt sich aus der Summe der zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerte der übertragenen Vermögenswerte, der von den früheren Eigentümern des erworbenen Unternehmens übernommenen Schulden und der vom Konzern emittierten Eigenkapitalinstrumente im Austausch gegen die Beherrschung des erworbenen Unternehmens. Mit dem Unternehmenszusammenschluss verbundene Transaktionskosten werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert ergibt sich als Überschuss der Summe aus der übertragenen Gegenleistung, dem Betrag aller nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen und dem beizulegenden Zeitwert des zuvor vom Erwerber gehaltenen Eigenkapitalanteils an dem erworbenen Unternehmen (sofern gegeben) über den Saldo der zum Erwerbszeitpunkt ermittelten beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und der übernommenen Schulden. Für den Fall, dass sich – auch nach nochmaliger Beurteilung – ein negativer Unterschiedsbetrag ergibt, wird dieser unmittelbar als Ertrag in der Erfolgsrechnung erfasst.

Anteile nicht beherrschender Gesellschafter, die gegenwärtig Eigentumsrechte vermitteln und dem Inhaber im Fall der Liquidation das Recht gewähren, einen proportionalen Anteil am Nettovermögen des Unternehmens zu erhalten, werden bei Zugang entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens bewertet. Dieses Wahlrecht kann bei jedem Unternehmenszusammenschluss neu ausgeübt werden. Andere Komponenten von Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder den Wertmaßstäben bewertet, die sich aus anderen Standards ergeben.

Enthält die übertragene Gegenleistung eine bedingte Gegenleistung, wird diese mit dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden beizulegenden Zeitwert bewertet. Handelt es sich bei der bedingten Gegenleistung um Eigenkapital, erfolgt keine Folgebewertung an nachfolgenden Abschlussstichtagen; ihre Erfüllung wird innerhalb des Eigenkapitals bilanziert. Eine bedingte Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, wird an nachfolgenden Abschlussstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet und ein resultierender Gewinn oder Verlust in der Erfolgsrechnung erfasst.

Anpassungen der Bewertung oder der zusätzliche Ansatz weiterer Vermögenswerte und Schulden, um zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände widerzuspiegeln, die bereits zum Erwerbszeitpunkt bestanden, werden innerhalb des Bewertungszeitraums rückwirkend korrigiert und entsprechend gegen den Geschäfts- oder Firmenwert gebucht. Der Bewertungszeitraum darf ein Jahr vom Erwerbszeitpunkt an nicht überschreiten.

Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

Diese Bilanzposition enthält den Kassenbestand, täglich fällige Forderungen gegenüber Zentralbanken und täglich fällige Sichteinlagen bei Kreditinstituten.

Beteiligungen

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, und Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity erfasst werden, sind unter Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen in der Sub-Position Anteile an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte

Erworbene immaterielle Vermögenswerte

Separat, d. h. nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden in der RBI zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen erfasst. Die Abschreibungen werden linear über die erwartete Nutzungsdauer aufwandswirksam erfasst. Die erwartete Nutzungsdauer sowie die Abschreibungsmethode werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und sämtliche Schätzungsänderungen prospektiv berücksichtigt. Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungen erfasst. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte – Forschungs- und Entwicklungskosten

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte umfassen ausschließlich Software und werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus künftig ein wirtschaftlicher Nutzen entsteht, und die Herstellungskosten verlässlich ermittelt werden können. Kosten für Forschungsaktivitäten werden in der Periode, in der sie anfallen, als Aufwand erfasst.

Ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert, der sich aus der Entwicklungstätigkeit oder aus der Entwicklungsphase eines internen Projekts ergibt, wird dann bilanziert, wenn die folgenden Nachweise erbracht wurden:

- Die Fertigstellung des immateriellen Vermögenswerts ist technisch realisierbar, sodass er zur Nutzung oder zum Verkauf zur Verfügung stehen wird.
- Es besteht die Absicht, den immateriellen Vermögenswert fertigzustellen sowie ihn zu nutzen oder zu verkaufen.
- Die Möglichkeit, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen, ist gegeben. Der immaterielle Vermögenswert wird voraussichtlich einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen.
- Die Verfügbarkeit adäquater technischer, finanzieller und sonstiger Ressourcen, um die Entwicklung abzuschließen und den immateriellen Vermögenswert nutzen oder verkaufen zu können, ist gegeben.
- Die Möglichkeit zur verlässlichen Bestimmung der im Rahmen der Entwicklung des immateriellen Vermögenswerts zurechenbaren Aufwendungen ist gegeben.

Der Betrag, mit dem ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert erstmals aktiviert wird, ist die Summe der entstandenen Aufwendungen von dem Tag an, an dem der immaterielle Vermögenswert die oben genannten Bedingungen erstmals erfüllt. Wenn ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert nicht aktiviert werden kann bzw. noch kein immaterieller Vermögenswert vorliegt, werden die Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie entstehen.

Aktiviert Entwicklungskosten werden im Konzern in der Regel über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren linear abgeschrieben. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, werden in der RBI gesondert vom Geschäfts- oder Firmenwert erfasst und im Erwerbszeitpunkt mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte ohne bestimmbare Nutzungsdauer werden an jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Bei besonderen Ereignissen (Trigger Events) erfolgt auch unterjährig eine Überprüfung der Werthaltigkeit. Sofern Umstände vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird gemäß IAS 36 eine Wertminderung vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden über den Zeitraum abgeschrieben, über den dieser immaterielle Vermögenswert genutzt werden kann. Die Nutzungsdauer für den erworbenen Kundenstock wurde für die Raiffeisen Bank Aval JSC für den Geschäftsbereich Retail Customers mit 20 Jahren festgelegt.

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von jenen des Mitbewerbs Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind unter Punkt (20) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Sachanlagen

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden

im Posten Verwaltungsaufwendungen erfasst. Den linearen Abschreibungen werden folgende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer	Jahre
Gebäude	25 - 50
Büro- und Geschäftsausstattung	5 - 10
Hardware	3 - 7

Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die erwarteten Nutzungsdauern, Restwerte und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft. Dabei fließen alle notwendigen Schätzungsänderungen prospektiv ein. Voraussichtlich dauernde Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst und im Posten Verwaltungsaufwendungen dargestellt. Bei Wegfall der Abschreibungsgründe erfolgt eine Zuschreibung bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten.

Eine Sachanlage wird bei Abgang oder dann, wenn kein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus der fortgesetzten Nutzung des Vermögenswerts erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Verkauf oder der Stilllegung einer Sachanlage ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als solche bezeichnet man Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Die als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücke und Gebäude werden entsprechend der nach IAS 40 zulässigen Cost Method mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewertet und aufgrund untergeordneter Bedeutung in den Sachanlagen ausgewiesen. Die lineare Abschreibung erfolgt auf Basis der Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist ident mit jener von Gebäuden, die unter den Sachanlagen bilanziert werden. Die Abschreibungen werden im Posten Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wird bei Abgang oder dann, wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden soll und ein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus dem Abgang nicht mehr erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Abgang ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird in der Periode des Abgangs im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten (Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte)

Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte

Alle Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf Basis zahlungsmittelgenerierender Einheiten (Cash Generating Units; CGU) auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit wird vom Management festgelegt und ist als die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten eines Unternehmens definiert, die permanente Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Nutzung hervorbringt. In der RBI werden alle Segmente gemäß Segmentberichterstattung als zahlungsmittelgenerierende Einheiten bestimmt. Innerhalb der Segmente bilden rechtlich selbständige Einheiten zum Zweck der Wertminderungsprüfung der Firmenwerte jeweils eine eigene CGU. Dabei wird der Buchwert der jeweiligen Einheit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit dem aus ihr erzielbaren Betrag verglichen. Dieser ist grundsätzlich als der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert (Value in Use) definiert. Der Nutzungswert basiert auf den erwarteten potenziellen Dividenden, die mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert werden. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen sowie der zukünftigen Performance, Letztere unter Beachtung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds.

Die Impairment-Tests der Firmenwerte auf Basis der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beruhen auf einer vom jeweiligen Management erstellten und von den zuständigen Organen genehmigten Mehrjahresplanung. Darin wird die mittelfristige Erfolgsperspektive der CGU unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Bruttoinlandsprodukt, Inflationserwartungen etc.) sowie der jeweiligen Marktverhältnisse abgebildet. Im Anschluss daran erfolgt eine Verstetigung unter Zugrundelegung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Die Diskontierung der bewertungsrelevanten Erträge, das sind die potenziellen Dividenden, erfolgt mit risikoadaptierten und länderspezifisch angepassten Eigenkapitalkostensätzen. Diese wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt. Die einzelnen Zinssatzparameter (risikoloser Zinssatz, Inflationsdifferenz, Marktrisikoprämie, länderspezifische Risiken und Betafaktoren) wurden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Der gesamte Planungshorizont wird in drei Phasen aufgeteilt, wobei sich die Phase I auf den Planungszeitraum des Managements von drei Jahren erstreckt. In der Phase II, die weitere zwei Jahre umfasst, wird die Detailplanung unter Beachtung von gesamtwirtschaftlichen Plandaten extrapoliert. In der Phase III erfolgt die Verstetigung der Ertragserwartung unter Zugrunde-

legung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind unter Punkt (20) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Bedingung wird nur dann als erfüllt angesehen, wenn die Veräußerung hochwahrscheinlich ist, der Vermögenswert (oder die Veräußerungsgruppe) in seiner (ihrer) Beschaffenheit für einen sofortigen Verkauf verfügbar ist und sich der Vorstand zu einer Veräußerung verpflichtet hat. Weiters muss der Veräußerungsvorgang innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein.

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden zum niedrigeren Betrag aus ihrem ursprünglichen Buchwert bzw. dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Ergebnisse aus als zur Veräußerung gehalten klassifizierten langfristigen Vermögenswerten oder Veräußerungsgruppen werden im übrigen Ergebnis erfasst. Sollte der Wertminderungsaufwand der Veräußerungsgruppe den Buchwert der Vermögenswerte, die in den Anwendungsbereich des IFRS 5 Bewertung fallen, übersteigen, gibt es in den IFRS keine spezielle Regelung hinsichtlich der Behandlung dieser Differenz. Diese Differenz wird in dem Bilanzposten Rückstellungen unter Rückstellungen für belastende Verträge erfasst.

Für den Fall, dass sich der Konzern zu einer Veräußerung verpflichtet hat, die mit einem Verlust der Beherrschung über ein Tochterunternehmen einhergeht, werden sämtliche Vermögenswerte und Schulden dieses Tochterunternehmens als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, sofern die oben genannten Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Dies gilt unabhängig davon, ob der Konzern nach der Veräußerung einen nicht beherrschenden Anteil an dem früheren Tochterunternehmen zurückbehält oder nicht. Ergebnisse von aufgegebenen Geschäftsbereichen werden separat als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Details zu Veräußerungsgruppen gemäß IFRS 5 sind unter Punkt (22) Sonstige Aktiva dargestellt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn der Konzern eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis hat und es sowohl wahrscheinlich ist, dass er verpflichtet sein wird, diese zu erfüllen, als auch eine verlässliche Schätzung des Betrags möglich ist. Der angesetzte Rückstellungsbetrag ist der am Bilanzstichtag bestmögliche Schätzwert für die Leistung, die unter Berücksichtigung der der Verpflichtung zugrunde liegenden Risiken und Unsicherheiten hinzugeben ist, um die gegenwärtige Verpflichtung zu erfüllen. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Wird eine Rückstellung auf Basis der für die Erfüllung der Verpflichtung geschätzten Zahlungsströme bewertet, sind diese Zahlungsströme abzuzinsen, sofern der Zinseffekt wesentlich ist.

In der Bilanz werden diese Arten von Rückstellungen unter dem Posten Rückstellungen ausgewiesen. Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Erfolgsrechnung. Kreditrisikoversorgen für Eventualverbindlichkeiten werden in der Erfolgsrechnung unter der Position Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen. Die Restrukturierungsrückstellungen und die Rückstellungen für Rechtsrisiken sowie die sonstigen Personalvorsorgen werden in den Verwaltungsaufwendungen verbucht. Zuführungen zu Rückstellungen, die nicht dem entsprechenden Verwaltungsaufwand zuzuordnen sind, werden grundsätzlich zulasten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses gebildet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Sämtliche leistungsorientierten Sozialkapitalrückstellungen (Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder) werden gemäß IAS 19 Employee Benefits nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für alle Sozialkapitalrückstellungen der österreichischen Konzerneinheiten die AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. In anderen Ländern werden vergleichbare aktuarische Rechnungsgrundlagen verwendet.

Weitere Angaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finden sich unter Punkt (27) Rückstellungen.

Beitragsorientierte Pensionsvorsorge

Im Rahmen beitragsorientierter Vorsorgepläne entrichtet das Unternehmen festgelegte Beiträge an eine Pensionskasse. Die Zahlungen werden in der Erfolgsrechnung als Personalaufwand erfasst.

Mitarbeitervergütungspläne

Variable Vergütung – spezielle Vergütungsgrundsätze

Im Konzern wird die variable Vergütung anhand von Bonus-Pools auf Bank- bzw. Profitcenter-Ebene gesteuert. Jedes variable Entlohnungssystem sieht eine definierte Mindest- sowie Höchstzielerreichung vor und legt somit Maximalauszahlungswerte fest.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 werden die im Folgenden beschriebenen speziellen Grundsätze für die Zuteilung, den Anspruchserwerb und die Auszahlung variabler Vergütungen (einschließlich der Auszahlung zurückgestellter Teile von Boni) für die Vorstandsmitglieder der RBI AG und bestimmter Konzerneinheiten sowie für bestimmte Funktionsträger (Risikopersonal) angewendet:

- 60 Prozent für besonders hohe Beträge bzw. 40 Prozent des jährlichen Bonus werden zu 50 Prozent sofort bar ausbezahlt (Up-Front) und zu 50 Prozent im Weg eines Aktien-Phantom-Plans (Details s. u.) berücksichtigt, der die Zahlung nach einer Behaltfrist (Retention Period) von einem Jahr vorsieht.
- 40 Prozent bzw. 60 Prozent des jährlichen Bonus werden je nach lokaler Gesetzeslage über einen Zeitraum von mindestens drei (in Österreich fünf) Jahren (Deferral) zurückgestellt (Rückstellungsperiode). Die Auszahlung erfolgt auf proportionaler Basis, davon jeweils 50 Prozent bar und 50 Prozent im Weg des Aktien-Phantom-Plans.

In der konkreten Ausgestaltung der oben genannten Grundsätze ergeben sich für einzelne Konzerneinheiten Abweichungen, um den zum Teil strengeren nationalen gesetzlichen Regelungen Rechnung zu tragen.

Eine variable Vergütung einschließlich eines zurückgestellten Anteils wird nur dann zugeteilt, gezahlt oder übertragen, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Dies ist auf der Ebene der RBI und/oder der RBI AG auf der Grundlage einer Entscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde (z. B. durch die Europäische Zentralbank für die RBI) nicht verboten.
- Dies ist nach der Finanzlage der RBI und der Finanzlage der RBI AG insgesamt tragbar und nach Maßgabe der Leistung des Konzerns, der RBI AG, der Geschäftseinheit und des betreffenden Einzelnen gerechtfertigt.
- Die Mindestanforderungen, die nach der lokalen Gesetzgebung für die Zuteilung oder Bezahlung einer variablen Vergütung auf die RBI AG Anwendung finden, werden erfüllt.
- Die gesetzlich vorgeschriebene CET1 Ratio der RBI wird erreicht, die Kapital- und Pufferanforderungen der CRR und der CRD IV für die RBI werden vollumfänglich eingehalten, und des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der variablen Vergütung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RBI abträglich.
- Die RBI hat die nach Maßgabe des geltenden Rechts einzuhaltenden Mindestanforderungen für das ökonomische und das aufsichtsrechtliche Kapital erreicht, des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RBI abträglich.
- Alle zusätzlichen Kriterien und Vorbedingungen für die Zuweisung und/oder Zahlung einer variablen Vergütung, wie sie zu gegebener Zeit vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat (REMCO) der RBI definiert werden, werden erfüllt.

Der Verpflichtung aus Z 11 der Anlage zu § 39b BWG, nach der ein Anteil von zumindest 50 Prozent der variablen Vergütung von Risikopersonal in Form von Aktien oder gleichwertigen unbaren Zahlungsinstrumenten auszugeben ist, kommt der Konzern in Form eines Aktien-Phantom-Plans nach: Jeweils 50 Prozent der Up-Front- und der Deferred-Bonusteile werden durch den durchschnittlichen Schlusskurs der RBI-Aktie an den Handelstagen der Wiener Börse in jenem Leistungsjahr, das als Basis zur Berechnung des Bonus dient, dividiert. Damit wird eine bestimmte Stückzahl an Phantom-Aktien festgelegt und für die gesamte Laufzeit der Rückstellungsperiode fixiert. Nach Ablauf der jeweiligen Behaltfrist wird die festgelegte Anzahl an Phantom-Aktien mit dem wie oben beschrieben ermittelten RBI-Aktienkurs des vorangegangenen Geschäftsjahres multipliziert. Der daraus resultierende Barbetrag wird mit dem nächstmöglichen Monatsgehalt zur Auszahlung gebracht.

Diese Regelungen gelten, solange und sofern nicht lokal anzuwendende Rechtsvorschriften (z. B. in Tschechien, Polen) anderes vorschreiben.

Aktienbasierte Vergütung

In der RBI AG hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats zuletzt für die Jahre 2011, 2012 und 2013 ein Share Incentive Program (SIP) beschlossen, das eine performanceabhängige bedingte Zuteilung von Aktien der Gesellschaft an berechnete Mitarbeiter im In- und Ausland innerhalb einer vorgegebenen Frist anbietet. Teilnahmeberechtigt sind die bisherigen Vorstandsmitglieder und ausgewählte Führungskräfte der RBI AG sowie Vorstandsmitglieder mit ihr verbundener Bank-Tochterunternehmen und anderer verbundener Unternehmen. Wegen der Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütung wurde bereits 2014 beschlossen, dieses Programm nicht mehr fortzusetzen.

Die Anzahl der Stammaktien der RBI AG, die letztlich übertragen wurden, hing vom Erreichen zweier Performance-Kriterien ab: vom vorgegebenen Return on Equity (ROE) und von der Wertentwicklung der Aktie der RBI AG im Vergleich zum Total Shareholder Return der Aktien der Unternehmen im DJ EURO STOXX Banks-Index nach Ablauf einer fünfjährigen Halteperiode.

Sämtliche mit dem Share Incentive Program im Zusammenhang stehenden Aufwendungen wurden gemäß IFRS 2 Share-Based Payment im Personalaufwand erfasst und gegen das Eigenkapital verrechnet. Sie werden unter Punkt (30) Eigenkapital näher dargestellt. Im Jahr 2018 kam es letztmalig zu einer Zuteilung aus einer SIP-Tranche.

Nachrangkapital

Emittiertes Nachrangkapital und Ergänzungskapital werden entweder in der Position finanzielle Verbindlichkeiten – Amortized Cost oder finanzielle Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss ausgewiesen. Verbriefte und nicht verbiefte Vermögenswerte sind nachrangig, wenn die Forderungen im Fall der Liquidation oder des Konkurses erst nach den Forderungen der anderen, nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden können. Als Ergänzungskapital bezeichnet man eingezahlte Eigenmittel, die einem Kreditinstitut für zumindest acht Jahre von Dritten zur Verfügung gestellt werden, für die Zinsen ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresüberschuss gedeckt sind, und die im Fall der Insolvenz des Kreditinstituts auch erst nach Befriedigung der übrigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Zinsüberschuss

Zinsen und ähnliche Erträge umfassen vor allem Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten wie Krediten oder festverzinslichen Wertpapieren sowie Zinsen und ähnliche Erträge aus dem Handelsbestand. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen umfassen vor allem Zinsaufwendungen für Einlagen, verbiefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Negative Zinsen von Aktivposten werden im Zinsertrag, negative Zinsen von Passivposten werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Dividendenerträge

Dividende aus Aktien, nicht vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen, strategischen Beteiligungen sowie assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity bilanziert werden, sind unter Dividendenerträge erfasst. Dividenden werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Rechtsanspruch der RBI auf Zahlung entstanden ist.

Provisionsüberschuss

Im Wesentlichen werden im Provisionsüberschuss Erträge aus und Aufwendungen für Dienstleistungen im Zahlungsverkehr, der Vermögensverwaltung sowie dem Devisen- und dem Kreditgeschäft erfasst. Die Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen

Das Handelsergebnis umfasst die Händlermarge aus dem Devisengeschäft, das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung sowie alle realisierten und nicht realisierten Gewinne und Verluste aus den zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten.

Verwaltungsaufwendungen

In den Verwaltungsaufwendungen werden der Personalaufwand, der Sachaufwand sowie Wertminderungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis und übriges Ergebnis

Die Abgrenzung zwischen dem sonstigen betrieblichen Ergebnis und dem übrigen Ergebnis erfolgt im Wesentlichen auf Basis der Berichterstattung nach FINREP (Financial Reporting), die durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 konkretisiert wird.

Ertragsteuern

Die RBI AG als Gruppenträger und 49 ihrer inländischen Tochterunternehmen sind Mitglieder einer steuerlichen Gruppe. Der laufende Steueraufwand wird auf Basis des zu versteuernden Einkommens unter Berücksichtigung der steuerlichen Gruppe (in Form einer Steuerumlage) für das laufende Jahr ermittelt. Die bestehende Steuerumlagevereinbarung wurde im Geschäftsjahr um eine Ergänzungsvereinbarung erweitert. Erbringt die RBI AG ein steuerlich negatives Ergebnis und sind diese steuerlichen Verluste in der Gruppe nicht verwertbar, ist vom Gruppenträger unmittelbar keine negative Steuerumlage an die RBI AG zu zahlen. Erst bzw. spätestens bei Ausscheiden aus der Steuergruppe hat eine Endabrechnung zu erfolgen. Das zu versteuernde Einkommen unterscheidet sich vom Ergebnis vor Steuern aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung aufgrund von Aufwendungen und Erträgen, die in späteren Jahren oder niemals steuerbar bzw. steuerlich abzugsfähig sein werden. Die Verbindlichkeit des Konzerns für die laufenden Steuern wird auf Grundlage der geltenden bzw. aus Sicht des Abschlussstichtags in Kürze geltenden Steuersätze berechnet.

Die Berechnung und Bilanzierung von latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode. Auf alle temporären Differenzen, die aus dem Vergleich zwischen Konzernbuchwerten und steuerlichen Buchwerten resultieren und sich in den Folgeperioden wieder ausgleichen, werden latente Steuern unter Zugrundelegung der landesspezifischen Steuersätze berechnet. Für Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass in Zukunft in derselben Gesellschaft steuerbare Gewinne in entsprechender Höhe erzielt werden. Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird jedes Jahr am Abschlussstichtag geprüft und herabgesetzt, falls es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass genügend zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung stehen wird, um den Anspruch vollständig oder teilweise zu realisieren. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Tochterunternehmen vorgenommen. Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen werden in den Bilanzposten laufende und latente Steuerforderungen sowie laufende und latente Steuerverpflichtungen ausgewiesen.

Laufende und latente Steuern werden im Gewinn oder Verlust erfasst, es sei denn, dass sie im Zusammenhang mit Posten stehen, die im sonstigen Ergebnis erfasst werden. In diesem Fall ist die laufende und latente Steuer ebenfalls im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis sind alle nach den Rechnungslegungsstandards direkt im Eigenkapital zu erfassenden Erträge und Aufwendungen enthalten. Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, werden getrennt von direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt. Dies betrifft die Währungsdifferenzen aus der Umrechnung des in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapitals, Veränderungen der Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten (Capital Hedge), den effektiven Teil des Cash-Flow Hedge, die Bewertungsänderungen von finanziellen Vermögenswerten (Fremdkapitalinstrumente) der Kategorie FVOCI, anteilige Ergebnisse aus at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen sowie die darauf entfallenden latenten Ertragsteuern.

Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen, die Bewertungsänderungen von finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumente) der Kategorie FVOCI, Bewertungsänderungen aufgrund der Veränderung des eigenen Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, anteilige Ergebnisse aus at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen sowie die darauf entfallenden latenten Ertragsteuern werden als im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt.

Treuhandgeschäfte

Geschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss gezeigt.

Versicherungsverträge

Die Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze, der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Pensionsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorher sagen lässt. Aufgrund des Bestehens von Sterblichkeitsrisiken und ermessensabhängiger Überschussbeteiligungen ergibt sich die Notwendigkeit der Anwendung des IFRS 4 zur Bilanzierung der daraus resultierenden Verbindlichkeiten. Alle Vermögenswerte im Zusammenhang mit den Pensionsprodukten werden gemäß IFRS 9 bilanziert. Die Verbindlichkeiten werden im Posten sonstige Passiva dargestellt. Weitere Angaben zu Versicherungsverträgen sind unter Punkt (29) Sonstige Passiva dargestellt.

Eigene Aktien

Die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien der RBI AG werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral verrechnet.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands im Konzern durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung bzw. Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden - internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend - der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung sind im Kapitel Segmentberichterstattung dargestellt.

Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken

Neben den Informationen zu Risiken aus Finanzinstrumenten in den einzelnen Anhangangaben enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Länderrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko.

Kapitalmanagement

Angaben zum Kapitalmanagement sowie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und den Risikoaktiva sind unter Punkt (70) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG dargestellt.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist bereits erfolgt)

Von der vorzeitigen Anwendung der nachstehenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die zwar verabschiedet wurden, deren Anwendung aber noch nicht verpflichtend ist, wurde abgesehen.

IFRS 16 (Leasingverhältnisse; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Für Leasingnehmer sieht der neue Standard ein Bilanzierungsmodell vor, das auf eine Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Mietleasing verzichtet. Künftig werden somit die meisten Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sein. Dies führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind – es sei denn, es handelt sich um geringwertige Vermögenswerte. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstands repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Für Leasinggeber bleiben die Regelungen des IAS 17 Leasingverhältnisse weitgehend bestehen, sodass hier auch künftig zwischen Finanzierungs- und Mietleasingvereinbarungen zu unterscheiden ist – mit entsprechend unterschiedlichen Bilanzierungskonsequenzen. Zudem verlangen die neuen Vorschriften die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben.

Im Jahr 2017 startete die RBI eine konzernweite Vorstudie, um die Auswirkungen von IFRS 16 auf bestehende Leasingverhältnisse zu analysieren. Im Rahmen dieser Vorstudie wurden einerseits Verträge (Miet- und Leasingverträge) dahingehend analysiert, inwieweit die bestehenden Leasingvereinbarungen als Nutzungsrechte und als Leasingverbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind, andererseits wurden konzernweit gültige Bilanzierungsvorschriften konzipiert. Die Analyse hat ergeben, dass zum 1. Jänner 2019 voraussichtlich Nutzungsrechte in Höhe von rund € 505 Millionen erfasst werden müssen, die sich fast zur Gänze auf Mietverträge von Gebäuden für die Eigennutzung beziehen. Ein wesentlicher Effekt auf das Eigenkapital wird nicht erwartet.

Übergangsregelung IFRS 16

Betreffend die Übergangsregelungen räumt IFRS 16 der RBI als Leasingnehmerin ein Bilanzierungswahlrecht im Hinblick auf den Übergang auf die neuen Leasingvorschriften ein. Entweder wird IFRS 16 vollständig retrospektiv unter Einbeziehung früherer Berichtsperioden in Einklang mit den Vorschriften in IAS 8 Rechnungslegungsmethoden, Änderungen von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Fehler angewendet, oder es kommt die modifizierte retrospektive Methode zur Anwendung, bei der der kumulative Effekt aus der retrospektiven Anwendung im Zeitpunkt der Erstanwendung des Standards als Korrekturbuchung im Eröffnungsbilanzwert der Gewinnrücklagen im Eigenkapital gezeigt wird.

Die RBI hat sich dafür entschieden, die modifizierte retrospektive Methode anzuwenden, was auch dazu führt, dass in der Berichtsperiode 2019 keine Anpassungen von Vergleichsinformationen vorgenommen werden. Die RBI wird als Leasingnehmerin die Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen, die gemäß IAS 17 als Operating Leasing zu klassifizieren waren, zum Barwert der verbleibenden Leasingzahlungen unter Anwendung eines Grenzfremdkapitalzinssatzes im Zeitpunkt der Erstanwendung von IFRS 16 bewerten. Zudem werden die Nutzungsrechte in gleicher Höhe angepasst, um zuvor erfasste vorausbezahlte oder abgegrenzte Leasingzahlungen zu erfassen. Für Verträge, die gemäß IAS 17 als Operating Leasing bilanziert wurden, sind keine Anpassungen vorzunehmen, sofern es sich bei den dem Vertrag zugrunde liegenden Vermögenswerten um geringwertige Vermögenswerte im Sinn von IFRS 16 handelt. Das Wahlrecht hierfür wird auf Einzelbasis in Anspruch genommen werden. Des Weiteren kann die RBI als Leasingnehmerin folgende praktische Ausnahmen und Erleichterungen auf Einzelbasis in Anspruch nehmen: Auf Portfolios mit hinreichend identischen Merkmalen kann die RBI als Leasingnehmerin einen einheitlichen Zinssatz anwenden sowie für Leasingverhältnisse mit einer Restlaufzeit von weniger als zwölf Monaten im Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung die Ausnahme für kurz laufende Leasingvereinbarungen nutzen.

Wurde das Leasingverhältnis unter IAS 17 als Finanzierungsverhältnis eingestuft, übernimmt die RBI den Buchwert des Leasingvermögenswerts als Nutzungsrecht (Right-of-Use Asset) und den Buchwert der Leasingverbindlichkeit als Buchwert der neuen Leasingverbindlichkeit.

Ist die RBI Leasinggeberin, bestehen keine spezifischen Übergangsvorschriften. Daher werden im Zeitpunkt des Übergangs keine Anpassungen der Werte vorgenommen. Ab dem Erstanwendungszeitpunkt werden die bestehenden Werte gemäß den Regelungen des IFRS 16 fortgeführt.

Bei Bestehen von Subleasingverhältnissen (d. h. konzerninternen Leasingvereinbarungen) hat der Subleasinggeber für alle als Operating Leasing klassifizierten Subleasingverhältnisse zu prüfen, ob es sich gemäß IFRS 16 um ein Operating-Leasingverhältnis oder ein Finanzierungsleasingverhältnis handelt. Für Untermietverhältnisse, die gemäß IAS 17 als Operating Leasing bilanziert wurden, nach den Regelungen des IFRS 16 jedoch als Finanzierungsleasing klassifiziert werden, hat die Bilanzierung wie bei einem zu diesem Zeitpunkt neu abgeschlossenen Finanzierungsleasingvertrag zu erfolgen.

IFRIC 23 (Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Diese Interpretation stellt die Bilanzierung von Unsicherheit in Bezug auf Ertragsteuern klar. Aus der Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist noch nicht erfolgt)

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2015–2017 (Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse und IFRS 11 Gemeinsame Vereinbarungen: Mit den Änderungen an IFRS 3 wird klargestellt, dass ein Unternehmen, wenn es Kontrolle über einen Geschäftsbetrieb erlangt, der eine gemeinsame Geschäftstätigkeit darstellt, seine zuvor an dem Geschäftsbetrieb gehaltenen Anteile neu zu bewerten hat. Mit den Änderungen an IFRS 11 wird weiters klargestellt, dass ein Unternehmen, wenn es gemeinsame Kontrolle über einen Geschäftsbetrieb erlangt, der eine gemeinsame Geschäftstätigkeit darstellt, seine zuvor an dem Geschäftsbetrieb gehaltenen Anteile nicht neu zu bewerten hat.
- IAS 12 Ertragsteuern: Mit den Änderungen wird klargestellt, dass alle ertragsteuerlichen Auswirkungen von Dividenden (also Ausschüttungen von Gewinnen) im Betriebsergebnis auszuweisen sind, unabhängig davon, wie die Steuern entstehen.
- IAS 23 Fremdkapitalkosten: Mit den Änderungen wird klargestellt, dass ein Unternehmen für den Fall, dass ein Vermögenswert bereit für seine beabsichtigte Nutzung oder zur Veräußerung ist, jegliche noch vorhandenen Fremdkapitalbestände, die ausdrücklich aufgenommen wurden, um diesen Vermögenswert zu erhalten, bei der Berechnung des Aktivierungssatzes der allgemeinen Fremdkapitalaufnahme als Teil des allgemein aufgenommenen Fremdkapitals zu behandeln hat.

Aus der Anwendung dieser Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderung an IAS 28 (Langfristige Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Die Änderungen stellen klar, dass ein Unternehmen dazu verpflichtet ist, IFRS 9 Finanzinstrumente einschließlich seiner Wertminderungsvorschriften auf langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen anzuwenden, die im Wesentlichen einen Teil der Nettoinvestition in das assoziierte Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen darstellen und nicht nach der Equity-Methode abgebildet werden. Die Anwendung von IFRS 9 geht somit der Anwendung von IAS 28 vor. Aus der Anwendung dieser Änderung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderung an IAS 19 (Planänderungen, -kürzungen oder -abgeltungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Durch die Änderungen an IAS 19 wird zukünftig zwingend verlangt, dass bei einer Änderung, Kürzung oder Abgeltung eines leistungsorientierten Versorgungsplans der laufende Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen für das restliche Geschäftsjahr unter Verwendung der aktuellen versicherungsmathematischen Annahmen neu zu ermitteln sind, die zur erforderlichen Neubewertung der Nettoschuld (Vermögenswert) verwendet wurden. Ferner wurden Ergänzungen zur Klarstellung aufgenommen, wie sich eine Planänderung, -kürzung oder -abgeltung auf die Anforderungen an die Vermögenswertobergrenze auswirkt. Aus der Anwendung dieser Änderung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderung am Rahmenkonzept des IFRS (Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Im neuen Rahmenkonzept sind überarbeitete Definitionen von Vermögenswerten und Schulden und neue Leitlinien zu Bewertung und Ausbuchung, Ausweis und Angaben enthalten. Das neue Rahmenkonzept stellt keine grundlegende Überarbeitung des Dokuments dar, wie ursprünglich beabsichtigt, als das Projekt 2004 aufgenommen wurde. Vielmehr hat sich das IASB auf jene Themengebiete beschränkt, die bis dato ungeregelt waren oder die erkennbare Defizite aufwiesen, die es abzustellen galt. Das überarbeitete Rahmenkonzept ist nicht Gegenstand des Endorsement-Verfahrens.

IFRS 17 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2021)

IFRS 17 regelt innerhalb seines Anwendungsbereichs die Grundsätze in Bezug auf den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung von IFRS 17 besteht in der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und damit einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge. Diese Informatio-

nen dienen den Abschlussadressaten als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen von Versicherungsverträgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Zahlungsströme eines Unternehmens. IFRS 17 wurde im Mai 2017 veröffentlicht und ist erstmals auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Aus seiner Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderungen an IFRS 10/IAS 28 (Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture)

Durch die Änderungen wird klargestellt, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture das Ausmaß der Erfolgserfassung davon abhängt, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

IFRS 14 (Regulatorische Abgrenzungsposten; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Nur Unternehmen, die IFRS-Erstanwender sind und die nach ihren bisherigen Rechnungslegungsvorschriften regulatorische Abgrenzungsposten erfassen, ist gestattet, dies auch nach dem Übergang auf die IFRS weiterhin zu tun. Der Standard ist als kurzfristige Zwischenlösung gedacht, bis das IASB sein längerfristiges grundlegendes Projekt zu preisregulierten Geschäftsvorfällen abschließt. Die Europäische Kommission hat beschlossen, diesen Standard nicht zu übernehmen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bankenabgabe in Rumänien

Ende 2018 beschloss die rumänische Regierung die Einführung einer neuen Bankenabgabe. Aufgrund der Diskussionen um mögliche negative Auswirkungen auf die rumänische Volkswirtschaft besteht noch Abstimmungsbedarf auf Regierungsebene. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das zum Jahresende 2018 vorgelegte Konzept noch einer Überarbeitung unterzogen wird, die eine Entschärfung des bisherigen Entwurfs und der damit verbundenen Belastungen für den Bankensektor zur Folge haben könnte. Die Auswirkung auf die RBI kann noch nicht quantifiziert werden.

Wien, am 27. Februar 2019

Der Vorstand



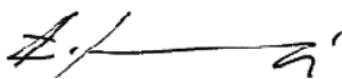
Dr. Johann Strobl



Mag. Martin Grüll



Mag. Andreas Gschwenter



Lic. Mgr. Łukasz Januszewski



Mag. Peter Lennkh



Dr. Hannes Mösenbacher



Dr. Andrii Stepanenko

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

**Raiffeisen Bank International AG,
Wien,**

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden AP-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden, die unter Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost gezeigt werden
- Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden, die unter Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost gezeigt werden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden sind im Bilanzposten „Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost“ mit einem Betrag in Höhe von 73,0 Mrd EUR enthalten. Sie betreffen Kredite und Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen mit 42,0 Mrd EUR und an Haushalte mit 31,0 Mrd EUR.

Für diese Forderungen bestehen zum Bilanzstichtag Wertminderungen im Ausmaß von 2,4 Mrd EUR, wovon 1,3 Mrd EUR Nicht-Finanzunternehmen und 1,1 Mrd EUR auf Haushalte entfallen

Der Vorstand beschreibt die Prozesse zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Wertminderungen in Punkt 35 „Erwartete Kreditverluste“ und den Kapiteln "Risikobericht" und "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang. Der Umstellungseffekt zum 1. Jänner 2018 aus der Umstellung von IAS 39 auf IFRS 9 wird im Kapitel „IFRS 9 Überleitung“ im Anhang dargestellt.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob ein Ausfall vorliegt und damit eine Wertminderung auf individueller Basis (Stufe 3) zu bilden ist. Die Berechnung der Wertminderungen für ausgefallene, individuell bedeutsame Kunden basiert auf einer Analyse der erwarteten szenariogewichteten zukünftigen Rückflüsse. Diese Analyse ist von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung von Kreditsicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst. Für ausgefallene, individuell nicht bedeutsame Kunden im Segment Haushalte wird die Wertminderung nach dem sogenannten „Best Estimate of Expected Loss“-Modell ermittelt. Dieses stellt eine statistisch abgeleitete bestmögliche Schätzung des erwarteten Verlustes dar.

Bei nicht ausgefallenen Forderungen wird für erwartete Kreditverluste („expected credit losses“ – „ECL“) eine Wertminderung auf kollektiver Basis gebildet. Dabei wird grundsätzlich der 12-Monats-ECL verwendet (ECL-Stufe 1). Bei einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos (ECL-Stufe 2) wird der ECL auf Basis der Gesamtlaufzeit berechnet.

Bei der Ermittlung des ECL sind Schätzungen und Annahmen erforderlich. Diese umfassen ratingbasierte Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten, die gegenwartsbezogene und zukunftsgerichtete Informationen berücksichtigen.

Für den Abschluss ergibt sich daraus das Risiko, dass dem Stufentransfer und der Ermittlung der Wertberichtigungen in bedeutendem Ausmaß Schätzungen und Annahmen zugrunde liegen, aus denen sich Ermessensspielräume und Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Höhe der Wertminderungen ergeben und es dadurch zu einer Fehldarstellung kommt.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Die Implementierung der neuen IFRS 9 Modelle anlässlich der Erstanwendung haben wir durch Beurteilung der Fachkonzepte für die Stufenzuordnung der Kredite sowie zur Bildung von ECL-Wertminderungen geprüft. Unsere Finanzmathematiker und IFRS 9 Spezialisten haben beurteilt, ob die ECL Modelle mit den Vorgaben des IFRS 9 konsistent und geeignet sind, die Stufenzuordnung einschließlich der Berechnung des ECL zu ermitteln. Die rechnerische Richtigkeit der Wertminderungen ECL Stufe 1 und 2 für Kredite und Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen haben wir unter Verwendung gegebener Parameter nachberechnet, jene für Kredite und Forderungen an Haushalte haben wir in Testfällen überprüft. Die Angemessenheit der verwendeten Parameter (PD, LGD und makroökonomische Faktoren) wurde von uns ebenfalls, teilweise in Testfällen, beurteilt.

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Bildung von Wertminderungen erhoben und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, einen drohenden Kreditausfall zu erkennen und den Wertansatz der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Zudem haben wir die Prozessabläufe sowie unter Einbeziehung von IT-Spezialisten wesentliche Schlüsselkontrollen getestet. Dabei haben wir die Kontrollen auf ihr Design, ihre Implementierung und ihre Effektivität überprüft.

Hinsichtlich der ausgefallenen Forderungen an Kunden (ECL Stufe 3) haben wir auf Basis einer Stichprobe von Kundenforderungen geprüft, ob Indikatoren für Kreditausfälle bestehen. Das Auswahlverfahren für die Ermittlung der Stichprobe erfolgt einerseits risikoorientiert auf Basis des Kundenratings und andererseits unter Verwendung eines zufallsorientierten Ansatzes. Bei Ausfällen – bezogen auf das aushaftende Obligo – wurden die Einschätzungen der Bank zu Höhe und Zeitpunkt der Rückflüsse einschließlich der Wertansätze der Sicherheiten kritisch hinterfragt, ob die in der Berechnung verwendeten Schätzungen angemessen und von internen oder externen Nachweisen ableitbar sind. Im Hinblick auf die internen Sicherheitenbewertungen haben wir in Stichproben unter Hinzuziehung unserer Bewertungsspezialisten überprüft, ob die in die Modelle eingeflossenen Schätzungen adäquat sind und mit Marktdaten verglichen.

Bei nicht ausgefallenen Forderungen (ECL Stufe 1 und Stufe 2), deren Wertminderung auf Basis des ECL berechnet wurde, haben wir die Methodendokumentationen der Bank auf Konsistenz mit den Vorgaben des IFRS 9 analysiert. Weiters haben wir auf Basis bankinterner Validierungen die Modelle und die darin verwendeten Parameter dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, Wertminderungen in angemessener Höhe zu ermitteln. Wir haben die Angemessenheit der Ausfallwahrscheinlichkeiten für Stufe 1 und Stufe 2 geprüft und die verwendeten statistischen Modelle und Parameter sowie die mathematischen Funktionsweisen beurteilt. Zusätzlich wurden die Auswahl und Bemessung von zukunftsgerichteten Schätzungen und Szenarien analysiert und deren Berücksichtigung in Stufenzuordnung und Parameterschätzung überprüft. Die rechnerische Richtigkeit der Wertminderungen ECL Stufe 1 und 2 für Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen haben wir zur Gänze, jene für Haushalte haben wir in Testfällen überprüft. Bei diesen Prüfungshandlungen haben wir unsere Finanzmathematiker eingebunden. Weiters wurden die dem Berechnungsmodellen zugrunde liegenden Prozesse, Systeme und Schnittstellen im Rahmen eines kontrollbasierten Ansatzes beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben im Anhang zum Konzernabschluss zur Ermittlung von Wertminderungen von Kundenforderungen angemessen sind, einschließlich der entsprechenden Angaben zum IFRS 9 Umstellungseffekt zum 1. Jänner 2018.

Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Das Risiko für den Abschluss

Finanzielle Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rund 1,9 Mrd EUR, wovon 0,4 Mrd EUR nachrangig sind, werden zum Bilanzstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Neben den allgemeinen Marktrisikofaktoren wird ihr beizulegender Zeitwert insbesondere vom eigenen Kreditrisiko der emittierenden Einheit (Credit Spread) beeinflusst.

Der Vorstand der Bank beschreibt die Vorgehensweise der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, im Anhang im Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" sowie im Punkt 24.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von verbrieften Verbindlichkeiten sowie anderen finanziellen Verbindlichkeiten, für die keine aktuellen Marktpreise vorliegen, erfolgt mit internen Bewertungsmodellen. Mit Hilfe eines Discounted Cash Flow Modells wird unter Verwendung von hergeleiteten Credit Spreads der beizulegende Zeitwert bestimmt. Die im Modell verwendeten Credit Spread-Kurven werden dabei von anderen vorhandenen Marktdaten abgeleitet.

Die Bestimmung der Credit Spread-Kurven ist wesentlich für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und beinhaltet auf Grund des teilweise indikativen Charakters der Preisquotierungen das Risiko einer Fehldarstellung im Abschluss.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben unter anderem den Prozess zur Geschäftserfassung, zur Bewertung, zur Risiko- und Limitüberwachung von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten erhoben. Das Design und die Implementierung wesentlicher Kontrollen in den Prozessen wurde von uns kritisch beurteilt und die Effektivität dieser Kontrollen getestet.

Die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle haben wir unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten überprüft. Die ins Modell einfließenden Daten haben wir mit vorhandenen Marktdaten verglichen und beurteilt, ob sie adäquat sind. Die Herleitung der Credit Spread-Kurven haben wir unter Einbindung der zuständigen Mitarbeiter und durch Einsicht in die vom Treasury zur Verfügung gestellten Unterlagen dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, als Basis für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, verwendet zu werden. Auf Basis einer Stichprobe wurde die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte nachvollzogen.

Zudem haben wir die Angemessenheit und Vollständigkeit der Angaben im Anhang zu den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten beurteilt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der AP-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der AP-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und den diesbezüglichen Bestätigungsvermerk.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir geben keine Art der Zusicherung darauf ab.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Konzernabschluss oder mit unserem während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 AP-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. Juni 2017 als Abschlussprüfer gewählt und am 10. Juli 2017 vom Aufsichtsrat mit der Konzernabschlussprüfung der Raiffeisen Bank International AG beauftragt. Wir sind seit der erstmaligen Börsennotiz der Gesellschaft im Jahr 2005 Konzernabschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt Bericht zum Konzernabschluss mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der AP-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der AP-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von den Konzernunternehmen gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Wilhelm Kovsca.

Wien, am 27. Februar 2019

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Wilhelm Kovsca

Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, am 27. Februar 2019

Der Vorstand



Dr. Johann Strobl

Vorstandsvorsitzender mit Verantwortung für die Bereiche Chairman's Office, Group Communications, Group Compliance, Group Executive Office, Group Governmental & Public Affairs, Group Human Resources, Group Internal Audit, Group Marketing, Group Participations, Group Regulatory Affairs, Group Strategy & Innovation, Group Sustainability Management, International Banking Units sowie Legal Services



Mag. Martin Grill

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Active Credit Management, Group Investor Relations, Group Planning & Finance, Group Treasury sowie Group Tax Management



Mag. Andreas Gschwenter

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche COO Strategy, Governance & Change, Group Efficiency Management, Group IT, Group Procurement, Cost & Real Estate Management, Group Project Portfolio & Security sowie Head Office Operations



Lic. Mgr. Łukasz Januszewski

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Group Competence Center for Capital Markets Corporate & Retail Sales, Group Business Management & Development, Group Capital Markets, Group Investment Banking, Institutional Clients sowie Raiffeisen Research



Mag. Peter Lennkh

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Corporate Customers, Corporate Finance, Group Corporate Business Strategy & Steering, International Leasing Steering & Product Management sowie Trade Finance & Transaction Banking



Dr. Hannes Mösenbacher

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Financial Institutions, Country & Portfolio Risk Management, Group Corporate Credit Management, Group Risk Controlling, Group Special Exposures Management, International Retail Risk Management sowie Sector Risk Controlling Services



Dr. Andrii Stepanenko

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche International Retail Business Management & Steering, International Mass Banking, Sales & Distribution, International Premium & Private Banking, International Small Business Banking, International Retail Online Banking, International Retail CRM, International Retail Lending sowie Group Asset Management

Service

Glossar	278
Alternative Leistungskennzahlen (APM)	278
Adressen	280
Impressum	282

Glossar

Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie ohne Anwendung der Übergangsbestimmungen gemäß Teil 10 CRR bzw. CRR-Begleitverordnung der FMA (425. Verordnung, ausgegeben am 11. Dezember 2013).

Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Ergebnis je Aktie – Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis dividiert durch die in der Berichtsperiode durchschnittlich im Umlauf befindlichen Stammaktien.

LCR – Liquidity Coverage Ratio (Liquiditätsdeckungsquote). Eine angemessene LCR fördert die kurzfristige Widerstandskraft des Liquiditätsrisikoprofils von Banken, indem sichergestellt wird, dass sie über ausreichend lastenfreie, erstklassige liquide Aktiva (HQLA) verfügen, die in Barmittel umgewandelt werden können, um den Liquiditätsbedarf auch unter äußerst ungünstigen Umständen für zumindest 30 Kalendertage zu decken.

Leverage Ratio – Verhältnis des Tier-1-Kapitals zu den Aktivposten in der Bilanz und zu den außerbilanziellen Posten, berechnet gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

NSFR – Net Stable Funding Ratio (Strukturelle Liquiditätsquote). Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung.

Risikogewichtete Aktiva (RWA Kreditrisiko) – Summe der gewichteten Forderungswerte; umfasst Forderungen in Form von Aktivposten und außerbilanziellen Geschäften sowie das CVA (Credit Value Adjustment) Risiko.

Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt) – Risikokotiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Tier 1 Ratio (transitional) – Tier-1-Kapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlusspositionen ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und sonstiges betriebliches Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit jener anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und sonstiges betriebliches Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zu Gewinn vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Gibt Auskunft über die Fähigkeit einer Bank, ihre Kredite durch Einlagen anstatt durch Wholesale Funding zu refinanzieren; errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtaktiva abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen, Sachanlagen, Immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen, und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und Auflösungen auf finanzielle Vermögenswerte (Forderungen an Kunden) in Relation zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden (Kategorien: finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income).

NPE/Non-performing Exposure, notleidende Risikopositionen – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures) und umfasst ausgefallene notleidende Kredite, Schuldverschreibungen und nicht ausgefallene notleidende Kredite und Schuldverschreibungen (Risikopositionen, für die kein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt).

NPL/Non-performing Loans, ausgefallene notleidende Kredite – Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist (für Non-Retail-Kunden werden zwölf Indikatoren für die Bestimmung eines Forderungsausfalls verwendet).

NPE Ratio – Anteil der nicht ausgefallenen und ausgefallenen notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Bruttoforderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio (Nichtbanken) - Anteil der ausgefallenen notleidenden Kredite an den gesamten Bruttoforderungen an Kunden. Die Definition des Begriffs „notleidend“ wurde aus Regulierungsstandards und -vorschriften übernommen und betrifft Kunden, bei denen eine Rückzahlung der Forderungen zweifelhaft ist und eine Verwertung der Sicherheiten erwartet wird und die daher in das Ratingssegment für ausgefallene Kunden eingestuft wurden. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio - Zeigt an, in welchem Umfang nicht ausgefallene und ausgefallene notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Einzelwertberichtigungen - Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den nicht ausgefallenen und ausgefallenen notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio - Zeigt an, in welchem Umfang ausgefallene notleidende Kredite durch Wertminderungen (gesamte Risikovorsorgen) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Verhältnis zu den ausgefallenen notleidenden Forderungen an Kunden.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) - Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; „durchschnittlich“ bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) - Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity - Berechnet sich aus dem Konzernergebnis im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) - Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Übriges Ergebnis - Beinhaltet Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Wertminderungen von nicht-finanziellen Vermögenswerten, negative Firmenwerte ergebniswirksam vereinnahmt, laufendes Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Endkonsolidierungen.

Adressen

Raiffeisen Bank International AG

Österreich

Am Stadtpark 9
1030 Wien
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
SWIFT/BIC: RZBATWW
www.rbinternational.com
ir@rbinternational.com
communications@rbinternational.com

Bankennetzwerk in CEE

Albanien

Raiffeisen Bank Sh.A.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
1000 Tirana
Telefon: +355-4-23 8 100
Fax: +355-4-22 755 99
SWIFT/BIC: SGSBALTX
www.raiffeisen.al

Belarus

Priorbank JSC
V. Khoruzhey str. 31-A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9090
Fax: +375-17-28 9-9191
SWIFT/BIC: PJCBBY2X
www.priorbank.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Bank d.d.
Bosna i Hercegovina
Zmaja od Bosne bb
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-287 100
Fax: +387-33-21 385 1
SWIFT/BIC: RZBABA2S
www.raiffeisenbank.ba

Bulgarien

Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD
55 Nikola I. Vapzarov Blvd.
Business Center EXPO 2000 PHAZE III
1407 Sofia
Telefon: +359-2-91 985 101
Fax: +359-2-94 345 28
SWIFT/BIC: RZBBGSGF
www.rbb.bg

Kosovo

Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C.
Rruga UÇK, No. 191
10000 Pristina
Telefon: +381-38-22 222 2
Fax: +381-38-20 301 130
SWIFT/BIC: RBKOKPR
www.raiffeisen-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisenbank Austria d.d.
Magazinska cesta 69
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-45 664 66
Fax: +385-1-48 116 24
SWIFT/BIC: RZBHHR2X
www.rba.hr

Rumänien

Raiffeisen Bank S.A.
Calea Floreasca 246C
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-30 610 00
Fax: +40-21-23 007 00
SWIFT/BIC: RZBRROBU
www.raiffeisen.ro

Russland

AO Raiffeisenbank
St. Troitskaya17/1
129090 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9900
Fax: +7-495-72 1-9901
SWIFT/BIC: RZBMRUMM
www.raiffeisen.ru

Serbien

Raiffeisen banka a.d.
Djordja Stanojevic 16
11070 Novi Beograd
Telefon: +381-11-32 021 00
Fax: +381-11-22 070 80
SWIFT/BIC: RZBSRSBG
www.raiffeisenbank.rs

Slowakei

Tatra banka, a.s.
Hodžovo námestie 3
81106 Bratislava 1
Telefon: +421-2-59 19-1000
SWIFT/BIC: TATRKBX
www.tatrabanka.sk

Tschechien

Raiffeisenbank a.s.
Hvězdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-412 446 400
Fax: +420-234-402 111
SWIFT/BIC: RZBCCZPP
www.rb.cz

Ukraine

Raiffeisen Bank Aval JSC
Vul Leskova 9
01011 Kiew
Telefon: +38-044-490 8888
Fax: +38-044-285-32 31
SWIFT/BIC: AVALUAUK
www.aval.ua

Ungarn

Raiffeisen Bank Zrt.
Akadémia utca 6
1054 Budapest
Telefon: +36-1-48 444-00
Fax: +36-1-48 444-44
SWIFT/BIC: UBRTHUHB
www.raiffeisen.hu

Leasinggesellschaften

Österreich

Raiffeisen-Leasing G.m.b.H.
Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-71 601-0
Fax: +43-1-71 601 8029
www.raiffeisen-leasing.at

Albanien

Raiffeisen Leasing Sh.a.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
1000 Tirana
Telefon: +355-4-22 749 20
Fax: +355-4-22 325 24
www.raiffeisen-leasing.al

Belarus

„Raiffeisen-Leasing“ JLLC
V. Khoruzhey 31 A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9394
Fax: +375-17-28 9-9974
www.rl.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo
Zmaja od Bosne bb.
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-254 340
Fax: +387-33-212 273
www.rlbh.ba

Bulgarien

Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD
32A Cherni Vrah Blvd. Fl.6
1407 Sofia
Telefon: +359-2-49 191 91
Fax: +359-2-97 420 57
www.rlb.g.bg

Kosovo

Raiffeisen Leasing Kosovo LLC
Rr. UÇK p.n.222
10000 Pristina
Telefon: +1-38-222 222 340
www.raiffeisenleasing-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Radnicka cesta 43
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-65 9-5000
Fax: +385-1-65 9-5050
www.raiffeisen-leasing.hr

Moldau

I.C.S. Raiffeisen Leasing S.R.L.
Alexandru cel Bun 51
2012 Chişinău
Telefon: +373-22-27 931 3
Fax: +373-22-22 838 1
www.raiffeisen-leasing.md

Rumänien

Raiffeisen Leasing IFN S.A.
Calea Floreasca 246 D
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-36 532 96
Fax: +40-37-28 799 88
www.raiffeisen-leasing.ro

Russland

OOO Raiffeisen-Leasing
Smolenskaya-Sennaya sq. 28
119121 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9980
Fax: +7-495-72 1-9901
www.raiffeisen-leasing.ru

Serbien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Djordja Stanojevic 16
11070 Novi Beograd
Telefon: +381-11-220 7400
Fax: +381-11-228 9007
www.raiffeisen-leasing.rs

Slowakei

Tatra-Leasing s.r.o.
Černyševského 50
85101 Bratislava
Telefon: +421-2-59 19-3168
Fax: +421-2-5919 3048
www.tatraleasing.sk

Slowenien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Letališka cesta 29a
1000 Ljubljana
Telefon: +38-6-1-241-6250
Fax: +38-6-1-241-6268
www.raiffeisen-leasing.si

Tschechien

Raiffeisen-Leasing s.r.o.
Hvězdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-2-215 116 11
Fax: +420-2-215 116 66
www.rl.cz

Ukraine

LLC Raiffeisen Leasing Aval
Stepan Bandera av. 9
Build. 6 Office 6-201
04073 Kiew
Telefon: +38-044-590 24 90
Fax: +38-044-200 04 08
www.rla.com.ua

Ungarn

Raiffeisen Corporate Lizing Zrt.
Akadémia utca 6
1054 Budapest
Telefon: +36-1-477 87 09
Fax: +36-1-477 87 02
www.raiffeisenlizing.hu

Filialen und Repräsentanzen – Europa

Deutschland

RBI Frankfurt Branch

Wiesenhüttenplatz 26
60329 Frankfurt
Telefon: +49-69-29 921 924
Fax: +49-69-29 921 922

Frankreich

RBI Representative Office Paris

9-11 Avenue Franklin D. Roosevelt
75008 Paris
Telefon: +33-1-45 612 700
Fax: +33-1-45 611 606

Großbritannien

RBI London Branch

Tower 42, Leaf C 9th Floor
25 Old Broad Street
London EC2N 1HQ
Telefon: +44-20-79 33-8000
Fax: +44-20-79-33-8009

Polen

RBI Poland Branch

Ul. Grzybowska 78
00-844 Warschau
Telefon: +48 22 578 56 00
Fax: +48 22 578 56 01
SWIFT/BIC: RCBWPLPW
www.raiffeisen.pl

Schweden

RBI Representative Office

Nordic Countries
Drottninggatan 89, plan 14/14th Floor
11360 Stockholm
Telefon: +46-8-440 5086

Filialen und Repräsentanzen – Asien

China

RBI Beijing Branch

Beijing International Club Suite 200
2nd Floor
Jianguomenwai Dajie 21
100020 Beijing
Telefon: +86-10-65 32-3388
Fax: +86-10-65 32-5926

RBI Representative Office Zhuhai

Room 2404, Yue Cai Building
No. 188, Jingshan Road, Jida,
Zhuhai, Guangdong Province
519015, P.R. China
Telefon: +86-756-32 3-3500
Fax: +86-756-32 3-3321

Indien

RBI Representative Office Mumbai

501, Kamla Hub, Gulmohar Road, Juhu
Mumbai 400049
Telefon: +91-22-26 230 657
Fax: +91-22-26 244 529

Korea

RBI Representative Office Korea

#1809 Le Meilleur Jongno Town
24 Jongno 1 ga
Seoul 110-888
Republic of Korea
Telefon: +82-2-72 5-7951
Fax: +82-2-72 5-7988

Singapur

RBI Singapore Branch

50 Raffles Place
#31-03 Singapore Land Tower
Singapur 048623
Telefon: +65-63 05-6000
Fax: +65-63 05-6001

Vietnam

RBI Representative Office

Ho-Chi-Minh-Stadt

35 Nguyen Hue Str.,
Harbour View Tower
Room 601A, 6th Floor, Dist. 1
Ho-Chi-Minh-City
Telefon: +84-8-38 214 718,
+84-8-38 214 719
Fax: +84-8-38 215 256

Ausgewählte Beteiligungen

Österreich

Kathrein Privatbank

Aktiengesellschaft
Wipplingerstraße 25
1010 Wien
Telefon: +43-1-53 451-300
www.kathrein.at

Raiffeisen Bausparkasse

Gesellschaft m.b.H.

Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-54 646-0
Fax: +43-1-54 646 2369
www.bausparen.at

Raiffeisen Centrobank AG

Tegetthoffstraße 1
1010 Wien
Telefon: +43-1-51 520-0
Fax: +43-1-51 343 96
www.rcb.at

Raiffeisen Factor Bank AG

Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-21 974-57
Fax: +43-1-21 974 57900
www.raiffeisen-factorbank.at

Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.

Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-71 170-0
Fax: +43-1-71 170 761092
www.rcm.at

Raiffeisen Wohnbaubank

Aktiengesellschaft

Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-71 707.1563
Fax: +43-1-71 707 76 1563
www.raiffeisen-wohnbaubank.at

Valida Holding AG

Mooslackengasse 12
1190 Wien
Telefon: +43-1-31 648-0
Fax: +43-1-31 648 6010
www.valida.at

Tschechien

Raiffeisen stavební spořitelna a.s.

Koněvova 2747/99
13045 Prag 3
Telefon: +420-800 112 211
Fax: +420-222 581 156
www.rsts.cz

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
Internet: www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations
Redaktionsschluss: 27. Februar 2019

Konzept/Design: gantnerundenzi.at

Lektorat: be.public

Produktion: Hausintern produziert mit Redaktionssystem Firesys

Druck: Bösmüller

Anfragen an Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Investoren

Anfragen an Group Communications

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Presse

Den Geschäftsbericht finden Sie im Internet unter
<http://gb2018.rbinternational.com>
Der Bericht ist auch auf Englisch verfügbar:
<http://ar2018.rbinternational.com>

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Geschäftsbericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Geschäftsbericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Geschäftsbericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.



Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

www.rbinternational.com
<http://gb2018.rbinternational.com>

